

Revolution



Konter- Revolution

Strategie und Taktik des Klassenkampfes

Die Revolutions- GmbH

Jugoslawien 2000
Georgien 2003
Ukraine 2004
Usbekistan 2005

Kyrgistan, Tunesien 2010

Libien, Ägypten, Syrien, Jemen 2011

Wie macht man eine Revolution? Was in Jugoslawien 2000
passierte, ... in **Donezk**, **Lugansk**, **Ukraine 2014** wirkte wie
ein spontaner Volksaufstand gegen Autokraten. In Wahrheit war
viele sorgfältig geplant von Stadtsterführern und ihren
vernetzten Organisationen. Sie scheuten auch amerikanische Hilfe
nicht. Welches Regime wird im nächsten Opfer?

... auf dem Weg in den
dritten Weltkrieg??

Klaus Hesse
Eigenverlag

Revolution



Konter- Revolution

Strategie und Taktik des Klassenkampfes

Die Revolutions- GmbH

Jugoslawien 2000
Georgien 2003
Ukraine 2004
Usbekistan 2005

Kyrgistan, Tunesien 2010

Libyen, Ägypten, Syrien, Jemen 2011

Maidan 2013

Wie macht man eine Revolution? Was in Jugoslawien 2000
passierte, ... in Donezk, Lugansk, ... 2014 ... wirkte wie
ein spontaner Volksaufstand gegen Autokraten. In Wahrheit war
viele sorgfältig geplant - von Stadtteilführern und ihren
vernetzten Organisationen. Sie scheuten auch amerikanische Hilfe
nicht. Welches Regime wird im nächsten Opfer?

... auf dem Weg in den dritten Weltkrieg??

Klaus Hesse
Eigenverlag

© Klaus Hesse
Hinrichsenstraße 25
04105 Leipzig

Der Autor ist ausdrücklich an Hinweisen zur Überarbeitung und Ergänzung ebenso wie an der Verbreitung dieses Inhaltes interessiert und legt dem Nachdruck und anderer Verwertung keinerlei Hindernisse in den Weg.
Eigenverlag Leipzig 2014

INHALTSVERZEICHNIS

Revolution und Konterrevolution	1
I. Revolution und Konterrevolution – Theorie und Praxis des Klassenkampfes	10
- Revolution und Konterrevolution 1848	13
- die Große Sozialistische Oktoberrevolution	19
- das Scheitern der Novemberrevolution in Deutschland und der Räterepubliken in Bayern und Ungarn	21
- „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“	25
II Revolution und Konterrevolution – Frontalangriff I: imperialistischer Krieg / faschistischer Überfall	26
- Faschisten, Sozialimperialisten und Sozialfaschisten	27
Revolution und Konterrevolution der 20-iger, 30-iger und 40-iger Jahre	
- Vom Reichstagsbrand über Konzentrationslager und industriellen Massenmord in den imperialistischen Vernichtungskrieg	40
- In offener Konfrontation mit der terroristischen Diktatur der reaktionärsten chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals	47
III Revolution und Konterrevolution – Frontalangriff II: an der Schwelle eines atomaren Krieges	49
- kalter Krieg - zwischen offener und verdeckter Konterrevolution, Stellvertreter- und Wirtschaftskriegen	49
- Die Direktive 20/1 des US-National Security Council	53
- Kalter Krieg - der Alltag der ‚Mission impossible‘	56
- Kriege im Kalten Krieg - eine Chronologie I	58
- DIE Bombe und die Strategie der Stärke	59
IV Revolution und Konterrevolution – Frontalangriff III: Offene Konterrevolution	63
- Der 17. Juni 1953 – Rahmenbedingungen und Hintergründe	64
- Das Scheitern einer konterrevolutionären Provokation	69
- Kriege im Kalten Krieg - eine Chronologie II	74
- Polen und Ungarn 1956 - Rahmenbedingungen und Hintergründe	74
- Poznan und Polen im Juni 1956	76
- Konterrevolution in Ungarn	77
- Kriege im Kalten Krieg - eine Chronologie III	88
- Konterrevolution: Der offene Angriff scheitert	91
V Revolution und Konterrevolution – Strategiewandel I:	94
- ‚Prager Frühling‘ - die ČSSR im Jahre 1968	94
- Kriege im Kalten Krieg - eine Chronologie IV	104
- Unter falscher Flagge	106
VI Revolution und Konterrevolution – Strategiewandel II: Viel mehr als Kuba, Chile und Afghanistan	108
- Afghanistan - In der Falle des Klassenfeindes	115
- Kriege im Kalten Krieg - eine Chronologie V	128
VII Revolution und Konterrevolution - Strategiewandel III: Perestroika und Konterrevolution	130
- 1985 - volkswirtschaftliche und militärische Hintergründe	131
- 1986 - Der irritierende Charme der Perestroika	135

- 1987 - 1988 ... auf der schiefen Ebene des Scheiterns	137
- Der Verrat und die Verräter	139
- Mit der ‚Perestroika‘ in die Konterrevolution	145
- Kriege im Kalten Krieg - eine Chronologie VI	148
- Eine Zwischenbilanz	149
VII Revolution und Konterrevolution – Strategiewandel IV: die Revolutions-GmbH	163
- DDR 1989 - die ‚friedliche Revolution‘	169
VIII Die Strategie der ‚einzigen Weltmacht‘	186
- Jugoslawien, der kalte Krieg und die Jugoslawienkriege	195
- der 11.9.2001 und der ‚Krieg gegen den Terror‘	205
IX Die Fortsetzung des kalten Krieges mit Mitteln der Konterrevolution	223
- Kriege nach dem Kalten Krieg - eine Chronologie I	228
- ‚Rosenrevolution‘ - Georgien 2003	235
- ‚Orange Revolution‘ Ukraine 2004	238
- ‚Tulpenrevolution‘ Kirgisien 2005	242
- Kriege nach dem Kalten Krieg - eine Chronologie II	243
- Der ‚arabische Frühling‘	243
X USA - EU - NATO - Russland - China - Ukraine ... Leitlinien einer geostrategischen Wende	246
XI Die Ukraine - im Zentrum geostrategischer Konflikte	252
- Ukraine 2010: Die Wahl der Oligarchen	253
- Die EU, der Assoziationsvertrag und der ‚Maidan‘	255
- Scharfschützen im Einsatz	261
- Die ‚Vereinbarung zur Regulierung der politischen Krise‘	263
- Die Oberste Rada und der Staatsstreich	265
- Die ‚Krimkrise‘	268
- Selbstbestimmungsrecht - territoriale Integrität, Völkerrecht und nationale Interessen	272
- Antimaidan: Charkow, Donezk, Lugansk, Mariupol, Odessa	275
- Krieg in der Ukraine	279
- Der ‚Blitzkrieg‘ des Petro Poroschenko	284
- Der Krieg, der Abschuss der MH17 und der Informationskrieg	290
- Die Gegenoffensive	298
XII Revolution, Konterrevolution und geopolitische Strategien	305
- Szenarien von heute, morgen, übermorgen ...	314
Tabellen	323
Abbildungen	323
Literaturverzeichnis	324

REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION

Es ist nicht nur bemerkenswert, wie häufig das Wort ‚Revolution‘ benutzt wird. Noch aufschlussreicher sind die mitunter merkwürdigen Verwendungen und die damit einher schreitende inflationäre Sinnentleerung dieses Begriffes.

Aber worum geht es eigentlich, wenn von Revolutionen die Rede ist? In Frankreich wird der Sturm auf die Bastille und die damit eingeleitete Große Revolution der französischen Bürger vom 14 Juli 1789 bis heute als Nationalfeiertag gefeiert. Dass am 9. November 1918 in Deutschland eine Revolution stattfand und was daraus geworden ist, weiß nur eine Minderheit der heute lebenden Deutschen. Und im Russland von heute ist nicht etwa der 7. November der Tag der ‚Großen Sozialistischen Oktoberrevolution‘, sondern der 4. November der ‚Tag der Einheit des Volkes‘.

Wer sich dafür interessiert, warum derart unterschiedlich mit historischen Ereignissen umgegangen wird, sollte zunächst einmal im Manifest der kommunistischen Partei nachlesen. In der aktuellen Debatte von ‚Linken‘ und anderen, die doch noch irgendwie von sozialistischen Ideen reden, taucht zwar der folgende Satz auf: *„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“*¹ Wer sich damit schon zufrieden gibt, ist dann sehr schnell mit großen Worten vom ‚demokratischen Sozialismus‘ bei der Hand, ohne darüber nachzudenken, was vom Klassenwesen der ‚Demokratie‘, was von ‚bürgerlicher Demokratie‘ zu halten ist und wovon sich diese von einer sozialistischen Demokratie unterscheidet.

Ursachen dieser Verwirrung sind durchaus nicht nur darauf zurück zu führen, dass der diesem Satz vorangehende Text im Manifest entweder gar nicht oder aber doch nicht gründlich genug gelesen und durchdacht wurde. Dort heißt es: *„Es kann dies natürlich zunächst nur geschehn vermitteltst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind. Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein. Für die fortgeschrittensten Länder werden jedoch die folgenden ziemlich allgemein in Anwendung kommen können:*

1. *Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente u Staatsausgaben.*
2. *Starke Progressivsteuer.*
3. *Abschaffung des Erbrechts.*
4. *Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.*
5. *Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.*

¹ K. Marx, F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. MEW Bd. 4 Berlin 1959, S. 482

6. Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staats.
7. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.
8. Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.
9. Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land.
10. Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw.

*Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter.*¹

Wer für die „freie Entwicklung eines jeden“ als der „Bedingung für die freie Entwicklung aller“ schwärmt ist also allein deshalb weder Sozialist noch Kommunist. Erst in der Einstellung zu und im aktiven Eintreten für ‚despotische Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse‘ scheiden sich Schöngeister von denen, die die Ursache der einander ausschließenden Interessen von Bourgeoisie und Arbeiterklasse nicht nur begriffen haben sondern die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen zur Maxime ihres Handelns gemacht haben.

Noch deutlicher wird das, werden die revolutionären Forderungen der Arbeiterklasse mit denen verglichen, in denen die revolutionären Interessen der Bourgeoisie auf den Begriff gebracht wurden. Im Ergebnis der bürgerlichen Revolution von 1789 wurden „Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung“ in Artikel 2 als „natürliche und unveräußerliche Rechte“² der „frei und gleich geborenen“ Menschen deklariert. Aber von dem, was unter anderen bürgerlichen Verfassungen auch im Grundgesetz der BRD als „unverletzliche und unveräußerliche Menschenrechte als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“³ beschworen wird, blieb schon im Dokument von 1789 unter Artikel 17 nur noch „das Eigentum als ein unverletzliches und heiliges Recht“, dass „niemandem genommen werden (darf).“⁴

Um nicht mehr und nicht weniger als ums Eigentum geht es. Das ist es, was von ‚Egalite, Liberte, Fraternite‘ blieb: Gleichheit und Freiheit, die schon dort aufhören, wo die Gleichheit und Freiheit der Besitzenden mit der ‚Gleichheit‘ und jener ‚Freiheit‘ der angeblich eben so frei geborenen Besitzlosen zu vergleichen ist. Von ‚Egalite, Liberte, Fraternite‘ bleibt ... ‚Propriété‘.

¹ ebenda S. 481f

² Erklärung der Rechte des Menschen und der Bürgers Art. 2, 26. August 1789, nach: W. Markov: Revolution im Zeugenstand – Frankreich 1789-1799, Band 2, Leipzig 1982, S. 105

³ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989, S. 22

⁴ Erklärung der Rechte des Menschen und der Bürgers Art. 2, 26. August 1789, nach: W. Markov: Revolution im Zeugenstand – Frankreich 1789-1799, Band 2, a.a.O., Art. 17, ebenda S. 107

Was aber bleibt von dem wortgewaltigen Gedöhns, das um diese Erklärung gemacht wurde und wird, wenn dies nicht nur mit den schäbigen Resultate der Verhältnisse verglichen wird, die durch brutalste Ausbeutung, mörderische Kriege und ein erbärmliches Missverhältnis einiger weniger Superreicher und Milliarden gekennzeichnet sind, die in auswegloser Armut dahinvegetieren?

Im ‚Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland‘ heißt es in Artikel 14: „(1) *Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt. (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle des Volkes dienen. (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig...*“¹ Wer das für bare Münze nimmt, sollte Artikel 41 der bis heute gültigen Verfassung des Landes Hessen vom 1.12.1946 lesen. Da ist nachzulesen: „(1) *Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden 1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen, 2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet, die Großbanken und Versicherungsunternehmen und diejenigen in Ziffer 1 genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt.*“ Aber dann gibt es dort den kleinen Zusatz: „(2) *Das Nähere bestimmt das Gesetz.*“² Und in der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28. Juni 1950 heißt es in Artikel 27: „(1) *Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden. (2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.*“³ Mit einem Wort: Grundgesetz und diese Landesverfassungen sind in besserer Verfassung als die BRD und diese Länder, denn: Weder in den westlichen Besatzungszonen noch in der BRD wurden diese demokratisch getroffenen Entscheidungen zur Überführung von Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), Betrieben der Eisen- und Stahlerzeugung, der Energiewirtschaft, des Verkehrswesen in Gemeineigentum und zur staatlichen Beaufsichtigung oder Verwaltung der Großbanken und Versicherungsunternehmen umgesetzt.

Im Unterschied dazu wurde in Sachsen in der sowjetischen Besatzungszone – unter Besatzungsrecht – das mit 77,56% per Volksentscheid vom 30.6.1946 entschiedene ‚Gesetze über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes‘ 1946 umgesetzt. Aber mit dem Anschluss der DDR an die BRD wurde dieses Volkseigentum nicht nur in Sachsen sondern auf dem ganzen Territorium der DDR mit der kriminellen Energie einer ‚Treuhandgesellschaft‘ in die alten

¹ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 28

² Verfassung des Landes Hessen Vom 1. Dezember 1946 (*Zum 23.09.2014 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe*), unter: <http://www.rv.hessenrecht.hessen.de/jportal/portal/t/228m/page/bshesprod.psml;jsessionid=6A392F307AABECA70B9B87F8E0144449.jp85?doc.hl=1&doc.id=jlr-VerfHErahmen%3Ajuris-lr00&documentnumber=1&numberofresults=187&showdoccase=1&doc.part=X¶mfromHL=true#jlr-VerfHEpArt41>

³ Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen Vom 28. Juni 1950, unter: http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.2/Gesetze/Verfassung_NRW.jsp

Besitzverhältnisse zurückgeführt. Angesichts dieses seit 1946 und bis auf den heutigen Tag begangenen und fortgesetzten Verfassungs- und Rechtsbruchs haben Vertreter dieses Staates der Monopole die jämmerliche Dummfrechheit, die DDR als Unrechtsstaat zu verleumden. Merke: ‚Heilig‘, ‚unantastbar‘ ist Eigentum nur dann, wenn es Privateigentum der Bourgeoisie ist. Für staatliches, kommunales oder gar Volkseigentum gilt das nicht...

Schon im ‚Ahlemer Programm der CDU‘ wurde diese demagogische Verdrehung der Tatsachen als Grundorientierung der Nachkriegsentwicklung des deutschen Monopolkapitals ausgegeben. Wer damals daran glaubte, dass die Erklärung, dass *„das kapitalistische Wirtschaftssystem ... den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden (ist)“*¹ ernst gemeint sei, wurde 50 Jahre später über die damit verfolgte Absicht gründlich ‚aufgeklärt‘: Nach Beobachtungen eines Teilnehmers dieser Diskussionsrunde ging es Adenauer und den Rechten der CDU darum, die zunächst in einer ‚Christlichen Arbeiterpartei‘ Organisierten mit *„teilweise sehr rüden Methoden“* von der Idee einer künftigen Brückenfunktion zwischen Ost und West abzubringen. Was da als kritische Alternative des Kapitalismus als *„Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“*, zur *„Entflechtung von Bergbau, eisenschaffender Industrie und chemischer Großindustrie“*, zur *„Änderung der Besitz- und Machtverhältnisse in der Wirtschaft“*, zur *„Planung und Lenkung der Wirtschaft“* sowie zur *„Offenlegung der Besitzverhältnisse im Bergbau, in der eisenschaffenden Industrie und in der chemischen Großindustrie“*² angeboten wurde, war nicht mehr und nicht weniger als ‚Adenauers großer Coup‘ im Zuge der von diesem Manne von Anfang an verfolgten ‚Westbindung‘.³ Äußerst aufschlussreich ist auch hier die Sprache: Bei der ‚eisenschaffenden‘ Industrie war das nicht nur eine Anleihe bei den Nazis, sondern Beibehaltung der Sprachkultur, die Kissinger und seine PGs aus dem Reichspropagandaministerium gewohnt waren. Auch hier ging es um Vortäuschung einer sozialistischen Alternative, um die tatsächlichen Machtverhältnisse zu bewahren...

Die Alternative zu den von Anbeginn auf die Sicherung des Besitzes und der Macht der Bourgeoisie orientierten bürgerlichen Deklarationen zu ‚Menschenrechten‘ war und ist die immer wieder ignorierte leninsche ‚DEKLARATION DER RECHTE DES WERKTÄTIGEN UND AUSGEBEUTETEN VOLKES‘ vom Januar 1918. Angesichts der nach wie vor aktuellen Bedeutung dieses historischen Dokumentes wird hier im vollen Wortlaut wiedergegeben, was 1918 in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees einstimmig beschlossen, von der bürgerlichen Konstituierenden Versammlung – wie zu erwarten – abgelehnt und schließlich vom III. Gesamtrussischen Sowjetkongress als Grundlage der ersten Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik beschlossen wurde:

¹ Siehe: CDU überwindet Kapitalismus und Marxismus - Das Ahlemer Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU und die grundlegenden Anträge der CDU im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Bergisch-Gladbach 1947, S. 3

² ebenda S. 7-14

³ A. John: Das Programm war Adenauers großer Coup. Die CDU erinnert an das Treffen in Ahlen vor 50 Jahren, General Anzeiger Bonn v. 3.2.1997

„Die Konstituierende Versammlung beschließt:

I. 1. Russland wird zur Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten und Bauerndeputierten erklärt. Die gesamte zentrale und lokale Staatsmacht gehört diesen Sowjets.

2. Die Sowjetrepublik Russland wird auf der Grundlage eines freien Bundes freier Nationen als Föderation nationaler Sowjetrepubliken errichtet.

II. Die Konstituierende Versammlung, die ihre Hauptaufgabe in der Abschaffung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sieht, in der völligen Aufhebung der Scheidung der Gesellschaft in Klassen, in der schonungslosen Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter, in der Schaffung einer sozialistisch organisierten Gesellschaft und im Sieg des Sozialismus in allen Ländern, beschließt ferner:

1. Das Privateigentum am Grund und Boden wird aufgehoben. Der gesamte Grund und Boden mit allen Baulichkeiten, allem Inventar und allem sonstigen Zubehör der landwirtschaftlichen Produktion wird zum Eigentum des gesamten werktätigen Volkes erklärt.

2. Zur Sicherung der Herrschaft des werktätigen Volkes über die Ausbeuter und als erster Schritt zum völligen Übergang der Fabriken, Werke, Bergwerke, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Verkehrsmittel in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates wird das Sowjetgesetz über die Arbeiterkontrolle und über den Obersten Volkswirtschaftsrat bestätigt.

3. Der Übergang aller Banken in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates wird als eine der Vorbedingungen für die Befreiung der werktätigen Massen vom Joch des Kapitals bestätigt.

4. Um die parasitären Schichten der Gesellschaft zu beseitigen, wird die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt.

5. Um den werktätigen Massen die unumschränkte Macht zu sichern und jede Möglichkeit einer Wiederherstellung der Macht der Ausbeuter auszuschließen, wird die Bewaffnung der Werktätigen, die Bildung einer sozialistischen Roten Armee der Arbeiter und Bauern und die völlige Entwaffnung der besitzenden Klassen dekretiert.

III. I. Die Konstituierende Versammlung bekundet ihre unerschütterliche Entschlossenheit, die Menschheit den Klauen des Finanzkapitals und des Imperialismus zu entreißen, die in diesem verbrecherischsten aller Kriege die Erde mit Strömen von Blut getränkt haben, und billigt vollauf die von der Sowjetmacht durchgeführte Politik der Zerreißung der Geheimverträge, der Organisierung der breitesten Verbrüderung mit den Arbeitern und Bauern der gegenwärtig gegeneinander Krieg führenden Armeen sowie ihre Bemühungen, um jeden Preis, mit revolutionären Maßnahmen, einen demokratischen Frieden zwischen den Völkern herzustellen, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung der Nationen.

2. Zum gleichen Zweck besteht die Konstituierende Versammlung auf dem völligen Bruch mit der barbarischen Politik der bürgerlichen Zivilisation, die den Wohlstand der Ausbeuter in einigen wenigen auserwählten Nationen auf der Versklavung der Hunderte Millionen Werktätigen in Asien, in den Kolonien überhaupt und in den kleinen Ländern begründete. Die Konstituierende Versammlung begrüßt die Politik des Rats der Volkskommissare, der die volle Unabhängigkeit Finnlands proklamiert, mit der Zurückziehung der Truppen aus Persien begonnen und die Freiheit der Selbstbestimmung Armeniens verkündet hat.

3. Die Konstituierende Versammlung sieht in dem Sowjetgesetz über die Annullierung (Nichtigkeitserklärung) der Anleihen, die von den Regierungen des Zaren, der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie aufgenommen wurden, den ersten Schlag gegen das internationale Bank- und Finanzkapital und gibt ihrer Zuversicht Ausdruck, dass die Sowjetmacht auf diesem Wege entschlossen fortschreiten wird bis zum vollen Sieg des internationalen Arbeiteraufstands gegen das Joch des Kapitals.

IV. In Anbetracht der Tatsache, dass die Konstituierende Versammlung auf Grund von Kandidatenlisten gewählt worden ist, die von den Parteien vor der Oktoberrevolution aufgestellt wurden, als das Volk noch nicht imstande war, sich in seiner ganzen Masse gegen die Ausbeuter zu erheben, als es die ganze Stärke des Widerstands der Ausbeuter bei der Verteidigung ihrer Klassenprivilegien nicht kannte und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft praktisch noch nicht in Angriff genommen hatte - in Anbetracht dieser Tatsache würde es die Konstituierende Versammlung, selbst vom formalen Standpunkt aus, für grundfalsch halten, sich der Sowjetmacht entgegen zu stellen. In der Sache selbst ist die Konstituierende Versammlung der Auffassung, dass jetzt, im Augenblick des letzten Kampfes des Volkes gegen seine Ausbeuter, die Ausbeuter in keinem einzigen Organ der Staatsmacht zugelassen werden können. Die Macht muss gänzlich und ausschließlich den werktätigen Massen und ihrer bevollmächtigten Vertretung - den, Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten - gehören. Die Konstituierende Versammlung unterstützt die Sowjetmacht und die Dekrete des Rats der Volkskommissare und ist der Auffassung, dass ihre Aufgaben mit der Festlegung der grundlegenden Richtlinien für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft erschöpft sind. Bestrebt, ein wirklich freies und freiwilliges und folglich um so engeres und festeres Bündnis der werktätigen Klassen aller Nationen Russlands herzustellen, beschränkt die Konstituierende Versammlung zugleich ihre Aufgabe auf die Festlegung der Hauptgrundsätze der Föderation der Sowjetrepubliken Russlands und überlässt es den Arbeitern und Bauern jeder Nation, selbständig auf ihrem eigenen bevollmächtigten Sowjetkongress zu beschließen, ob und auf welcher Grundlage sie sich an der föderativen Regierung und an den übrigen föderativen Sowjetinstitutionen beteiligen wollen.¹

Nur auf der Grundlage der Verwirklichung der Forderungen nach der Enteignung des Grundeigentums, der Banken, Fabriken, durch die Beseitigung der Ausbeutung und die Aufhebung der Klassenherrschaft wird es möglich, demokratische Verhältnisse herzustellen, d.h. Verhältnisse, in denen nicht die Banken, nicht das Kapital und nicht deren Politikaster, Manager, Aktionäre etc. sondern der Demos, das Volk herrscht. Wie ernst es all denen damit ist, die sich mit ihrer Justiz, ihrem Klassenrecht, ihrer Polizei, wenn nötig mit ihrem Militär dagegen zur Wehr setzen, wird durchaus nicht nur aber geradezu exemplarisch im nach wie vor gültigen Verbotsurteil der Kommunistischen Partei Deutschlands dokumentiert. Die KPD wurde und ist nach wie vor unter anderem deshalb verboten, weil sie „eine ‚einschneidende soziale Gesetzgebung‘ mit sechsstündigem Höchstarbeitstag; die sofortige gründliche Umgestaltung des Ernährungs-, Wohnungs- und Erziehungswesens im Sinn und Geist der proletarischen Revolution; die Enteignung aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe, aller Banken, Bergwerke und Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel; die Konfiskation aller Vermögen von einer noch zu bestimmenden Höhe an“ forderte.²

Mit einem geradezu pathologischen Antikommunismus verfolgten damals eben noch bei der Gestapo, in der Nazipolizei, Nazirichter und -staatsanwälte sowie andere bei

¹ W.I. Lenin: Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes, in: LW Bd. 26, Berlin 1972, S. 422ff

² BVerfGE 5, 85 - KPD-Verbotsurteil vom 17. August 1956, unter: <http://www.ml-werke.de/andere/kpdverbt.htm>

der SS und in anderen Naziorganisationen Aktive jetzt in CSU, CDU, FDP und SPD ihre alten Ziele: Von 1949 bis 1968 wurden 250.000 polizeiliche und staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren gegen Bürger durchgeführt, die sich nach dieser Art ‚Rechtsprechung‘ strafbar gemacht wurden. Im Ergebnis dessen wurden über 10.000 Frauen, Männer und Jugendliche zu – zum Teil mehrjährigen – Haft und Nebenstrafen verurteilt.¹ An anderer Stelle ist von 125.000 bis 200.000 Ermittlungen und 7.000 bis 10.000 Verurteilungen sowie von 80 Verboten die Rede, die gegen Organisationen ausgesprochen wurden, die als von der KPD gelenkt galten.² Darunter waren nicht nur leitende Funktionäre und aktive Mitglieder der Kommunistischen Partei, sondern auch Frauen und Männer, die sich in der Aktion ‚Frohe Ferien für alle Kinder‘ für die Ferien ihrer Töchter und Söhne in einem Ferienlager der DDR eingesetzt hatten. Die zu überwiegendem Teil schon in der Nazizeit in Amt und Würden bei der Kommunistenverfolgung aktiven Staatsanwälte mussten nicht mehr nachweisen, dass es Straftaten gegeben hatte, die kommunistische oder des Kommunismus verdächtige Gesinnung der Angeklagten war allein schon hinreichender Grund für eine Verurteilung. Nicht selten sahen sich die ehemaligen Häftlinge der Nazis vor Gericht mit denselben Personen konfrontiert, die sie damals schon einmal hinter Gitter bzw. hinter den Stacheldraht der KZ gebracht hatten.

Wen kann es sonderlich überraschen, wenn Jahrzehnte später festgestellt wird, dass durch deren Enkel und andere rechts blinde Nachfolger dieses Staatsapparates gegen die Verbrecher des Naziuntergrundes gerichtete „*Maßnahmen der Fahnder sogar sabotiert worden*“.³

Auch und gerade angesichts des Wiederauflebens neonazistischer Parteien und Organisationen reicht es nicht aus, die Zusammenhänge und Wechselbeziehungen zwischen diesen Verbrecherbanden und ihrer Duldung und mehr oder weniger offenen Förderung aufzudecken. Wer im Hier und Heute nach Antworten nach einer ernst zu nehmenden Alternative sucht, kommt nicht umhin, sich mit historischen Hintergründen und der hautnahen Aktualität des Spannungsfeldes von Revolution und Konterrevolution auseinander zu setzen. Auch und gerade angesichts der noch lebendigen ersten praktischen Erfahrung mit dem Sozialismus, mit der Vielzahl der dazu anstehenden Fragen zu unseren Siegen, unseren Niederlagen und dem Scheitern ist es schon und vor allem im Interesse der jetzt und künftig Heranwachsenden höchste

¹ K. Stiffel: Über 10.000 Opfer der Justiz des kalten Krieges, unter: http://www.archiv.ruhrecho.de/Uber_10000_Opfer_der_Justiz_des_kalten_Krieges.pdf

² A. v. Brünneck: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1978, S. 113ff u. 242; R. Gössner: Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges, Berlin 1998, S. 26 nach: KPD-Verbot, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/KPD-Verbot>

³ Bericht des Untersuchungsausschusses 5/1 ‚Rechtsterrorismus und Behördenhandeln‘ Mögliches Fehlverhalten der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden, einschließlich der zuständigen Ministerien unter Einschluss der politischen Leitungen, sowie der mit den Sicherheitsbehörden zusammenarbeitenden Personen (so genannte menschliche Quellen) im Zusammenhang mit Aktivitäten rechts-extremer Strukturen, insbesondere des "Nationalsozialistischen Untergrundes" (NSU) und des ‚Thüringer Heimatschutzes‘ (THS) und seiner Mitglieder sowie mögliche Fehler der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden bei der Aufklärung und Verfolgung der dem NSU und ihm verbundener Netzwerke zugerechneten Straftaten. THÜRINGER LANDTAG 5. Wahlperiode Drucksache 5/8080, S. 1330

Zeit, sich damit vorurteilslos und ohne Scheu vor kritischer Auseinandersetzung mit den Erfahrungen, aber auch mit Irrtümern und Fehleinschätzungen im Kampf um diese unsere eigene Sache zu befassen.

Dabei wird sich herausstellen, dass schon in den Anfängen der kritischen Aufarbeitung dieses Wissens Erkenntnisse und Einsichten gewonnen wurden, die es wert gewesen wären, aufmerksamer und gründlicher durchdacht zu werden. Insbesondere ist hier auf die Gründlichkeit hinzuweisen, mit der Engels eine differenzierte Analyse des Entwicklungsstandes der Klassenbeziehungen, der Reife des Klassenbewusstseins und der Organisiertheit der Klassenkräfte zum Ausgangspunkt seiner Einschätzungen und Schlussfolgerungen machte. Nicht weniger wichtig sind die Erfahrungen, die die leninistischen Kräfte in der SDAPR(B) im Übergang von der russischen Februar- zur Oktoberrevolution machten. Im Vergleich mit diesen Erfahrungen waren die Herausforderungen beim Übergang von einer revolutionären Partei neuen Typs zu einer regierenden Partei, die sich unter den Bedingungen imperialistischer Umkreisung nur unter äußerster Anstrengung aller Kräfte und Mittel gegen die Bestrebungen offen und verdeckt operierender Gegner und die Angriffe der inneren und äußeren Feinde durchsetzen musste, allein schon auf Grund dieser ganz anders gearteten Herausforderungen grundsätzlich anderer Art. Und nicht immer wurde damals und wird heute verstanden, dass und wie Gruppen- und Einzelinteressen Ausgangspunkt einer Entwicklung wurden, die in den nun auszutragenden Klassenkämpfen neue Klassenwidersprüche beförderten.

Im Bündel dieser Widersprüche war und ist überdeutlich, dass die inneren Konflikte und die in diesem Zusammenhang ausgetragenen Auseinandersetzungen zwar dominierend und letztlich entscheidend waren. Aber mindest eben so deutlich ist auch auszumachen, dass das Wesen dieser Konflikte nur dann in seiner historisch konkreten Entwicklung zu verstehen ist, wenn diese im Zusammenhang mit der Entwicklung der äußeren Rahmenbedingungen und dem konkreten Entwicklungsstand und –verlauf der internationalen Klassenauseinandersetzungen untersucht wird. Die Wirren der mitten in diesen Kämpfen kaum überschaubaren Vielfalt einander widersprechender, sich eben so ausschließender wie wechselseitig bedingender und einander überlagernder antagonistischer und nichtantagonistischer Widersprüche lassen sich im Zerrspiegel der von den Medien als ‚revolutionär‘ oder aber ‚konterrevolutionär‘ deklarierten Ereignisse schon deshalb nicht beantworten, weil diese selbst Bestandteil und Akteur dieser Auseinandersetzungen waren und sind.

Erst durch die Beantwortung ganz einfacher Fragen wird erkennbar, wem es da um was geht: Wer waren die Gewinner, wer die Verlierer der revolutionären Verhältnisse? Wer sind die Gewinner und wer ist der Verlierer dessen, was da – aus der Sicht der Gewinner eine ‚Revolution‘, aus der Sicht der Verlierer eine ‚Konterrevolution‘ war? Wo ab ist das objektive Kriterium, an dem unabhängig von dieser interessegebundenen Interpretation das Wesen dieser Ereignisse als ‚revolutionär‘ oder aber ‚konterrevolutionär‘ zu qualifizieren ist?

Die Antwort auf diese Frage ist im Grunde schon seit der französischen Revolution von 1789 bekannt: Bleibt das Eigentum in den Händen der alten Machthaber oder kehrt es in diese zurück, was bleibt dann von der Revolution? Wechselt das Eigentum aus den Händen der einen Gruppe von Besitzern in die einer anderen – was bleibt dann denen, die vor dieser – mit Verlaub – Revolution besitzlos waren und es immer noch sind. Was hat es mit der ‚Freiheit‘ der Besitzenden und der ‚Freiheit‘ der immer noch Besitzlosen vor und nach dieser ‚Revolution‘ aus? Und wer redet da noch von der ‚Brüderlichkeit‘ der Besitzenden und der Besitzlosen?? Wer sich damit vorbehaltlos auseinandersetzt kommt folgerichtig zu der Erkenntnis, dass die Frage nach ‚Revolution‘ oder ‚Konterrevolution‘ letztlich nur durch die Beantwortung der Frage nach dem Verbleib des Eigentums entscheiden werden kann. Erst dann wird unübersehbar, wer die Sieger, wer die Verlierer dieser Auseinandersetzungen sind.

Aber so ‚einfach‘ und ‚richtig‘ diese Antwort auch immer ist – erst in dem Maße, in dem mit diesen ersten Schritten revolutionärer Umwälzung die Zerschlagung der Klassengesellschaft auf den Weg gebracht wurde, zeigt sich auch, wie vielschichtig differenziert die Erwartungen und Zielstellungen derer sind, die mit der weiteren Entwicklung dieses revolutionären Prozesses verbunden wurden. Dabei tritt auch immer deutlicher zutage, dass und wie im Spannungsverhältnis von Revolution und Konterrevolution neue Widersprüche, Spannungen und Konfliktherde sichtbar wurden und werden. Im Umfeld der dahinter stehenden Interessen und des Reagierens der handelnden Seite und Kräfte sind mittel- und langfristige strategische Konzepte und deren Resultate zu erkennen, in denen die sich in diesem Prozess differenziert formierenden Kräfteverhältnisse sichtbar werden. Dabei wird die konsequente Verfolgung des Zieles einer klassenlosen Gesellschaft unter Hintanstellung eigener Sonder- und Gruppeninteressen eben so deutlich, wie die Reanimierung kleinbürgerlicher, bourgeois und neobourgeois Sonderinteressen, die sich mit Unterstützung aus dem Ausland zu Anknüpfungspunkten für konterrevolutionäre Entwicklungen entwickeln können.

I. REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION – THEORIE UND PRAXIS DES KLASSENKAMPFES

In seinem Bemühen, der Bauernschaft nicht nur das Wesen der gescheiterten revolutionären Kämpfe von 1848, sondern auch die dabei offen zutage getretene Übereinstimmung ihrer Interessen mit der revolutionären Arbeiterbewegung verständlich zu machen, kam Marx in seiner Analyse der Revolution von 1848 zu folgender Einschätzung: *„Die konstitutionelle Republik, das ist die Diktatur seiner vereinigten Exploiteurs; die sozialdemokratische, die rote Republik, das ist die Diktatur seiner Verbündeten. Und die Waage steigt oder fällt je nach den Stimmen, welche der Bauer in die Wahlurne wirft. Er selbst hat über sein Schicksal zu entscheiden. - So sprachen die Sozialisten in Pamphlets, in Almanachs, in Kalendern, in Flugschriften aller Art. Verständlicher wurde ihm diese Sprache durch die Gegenschriften der Partei der Ordnung, die sich ihrerseits an ihn wandte und durch die grobe Übertreibung, durch die brutale Auffassung und Darstellung der Absichten und Ideen der Sozialisten den wahren Bauernton traf und seine Lüsterheit nach der verbotenen Frucht überreizte. Am verständlichsten aber sprachen die Erfahrungen selbst, welche die Bauernklasse von dem Gebrauch des Stimmrechts gemacht hatte, und die in revolutionärer Hast Schlag auf Schlag ihn überstürzenden Enttäuschungen. Die Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte.“¹*

Manch einer mag sich heute noch an dem Bild orientieren, dass Mitte des XIX. Jahrhunderts als Ausdruck einer durch nichts aufzuhaltenden Umwälzung zu verstehen war. Mittlerweile ist die Summe der vergleichbar tiefgreifend wirksamen Umwälzungen nicht mehr überschaubar: Chemische und elektrotechnische Revolutionen sind längst Selbstverständlichkeiten geworden. Nicht mehr kalkulierbare Folgen haben von der noch vor wenigen Jahrzehnten Begeisterung auslösenden Kernenergie kaum etwas gelassen. Derzeit sind die neuesten Generationen von Mikroprozessoren mit immer komplexeren Leistungsparametern, Nano-, Gen- und andere Technologien zum Instrumentarium und zur unübersehbaren Tatsache einer sich beschleunigenden Serie revolutionärer Umwälzungen geworden. Damit untrennbar verbunden sind die immer schnellere Umwälzung und Erneuerung der Arbeitsteilung, der Proportionen des Bedarfs an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit, der Volkswirtschaften, der Weltwirtschaft, des Welthandels, der sich in diesem Rahmen entwickelnden sozialen und politischen Beziehungen.

Angesichts dessen sind die nörglerischen Bemerkungen einer Frau, die geprägt durch die traumatischen Erfahrungen ihrer frühkindlichen Vernachlässigung außerstande ist, sich von den kleinbürgerlichen Hoffnungen auf eine großbürgerliche Karriere zu lösen eigentlich belanglos. Da die Worte der Bettina Röhl² aber für die Unfähigkeit, sich aus diesem beschränkten Horizont zu lösen, geradezu repräsentativ sind, hier das Zitat: *„Die Marxsche Spekulation, die er mit Schießpulver bewehrte in dem er zu*

¹ K. Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, MEW Bd. 7, Berlin 1960, S. 84f

² Bettina Röhl (1962) Journalistin, Tochter der 1976 in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim ‚tot aufgefundenen‘ Angehörigen der ‚Rote Armee Fraktion‘ Ulrike Meinhof

sagen wusste, dass Revolutionen die Lokomotiven der Geschichte seien, sind bei realistischer Betrachtung nichts anderes als gigantische Spekulationen ohne jeden Realitätsbezug. Würde man Marx heute die Leitung eines Weltkonzerns übertragen? Oder die Leitung eines kleinen Handwerksbetriebes? Oder würde man ihm das Schicksal des Euro überantworten? All das würde man vernünftigerweise gewiss nicht tun, es sei denn Marx würde sein ‚Kapital‘ vergessen und geloben eine anständige kaufmännische Ausbildung zu machen und sich entsprechend zu profilieren. Die Marxsche Spekulation ist weltweit fehlgeschlagen. Sie hat Völker über Jahrzehnte in Armut getrieben. Und da bekommt sein Satz, dass das wirtschaftliche Sein das Bewusstsein bestimme und beeinträchtige, um seinen Gedanken korrekt interpretiert zu übertragen, in geradezu makaberer Weise Bedeutung.¹ Offensichtlich ist es dieser Dame - der die Übertragung der Verantwortung für einen Weltkonzern offensichtlich als Krönung karrieristischer Träume erscheint - nie eingefallen, nachzufragen, wie es angesichts der Anhäufung des derzeit kaum noch überschaubaren produktiven Reichtums zu einer derart unvorstellbaren Anhäufung eben dieses Reichtums in den Händen der Besitzer und Spitzenmanager der Weltkonzerne und -banken und einer nicht minder unvorstellbaren Anhäufung der Armut in der von diesen beherrschten Welt kommen konnte.

Marx kam im Resultat seines kritischen Studiums der Hegelschen Rechtsphilosophie unter anderem zu der Erkenntnis, dass „*die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft ... auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung ... mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten (in Widerspruch geraten). Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein.*“²

Unmittelbar nach der Februarrevolution 1917 verfasste Lenin eine Begleitbroschüre zu seinen Aprilthesen, in der er sich über diese und die nachfolgende Etappe revolutionärer Umwälzungen äußerte. Dort schrieb er zum „*Übergang der Staatsmacht an die Bourgeoisie. Bis zur Februar-März-Revolution 1917 befand sich die Staatsmacht in Russland in den Händen einer alten Klasse: der Klasse der adligen fröhlichen Gutsbesitzer, mit Nikolaus Romanow an der Spitze. Nach dieser Revolution befindet sich die Staatsmacht in den Händen einer anderen, neuen Klasse: der Bourgeoisie. Der Übergang der Staatsmacht aus den Händen einer Klasse in die einer anderen ist das erste, wichtigste, grundlegende Merkmal einer Revolution, sowohl in der streng wissenschaftlichen wie auch in der praktisch-politischen Bedeutung dieses Begriffs. Insofern ist die bürgerliche bzw. bürgerlich-demokratische Revolution in Russland abgeschlossen.*“³

Diesem Staatstyp stellte Lenin die zu dieser Zeit in Russland bereits bestehenden Sowjets der Arbeiter, Bauern und Soldaten als den „*höheren, besseren Typus der Re-*

¹ B. Röhl: Der Spekulant Marx, unter: <http://www.wiwo.de/politik/europa/bettina-roehl-direkt-revolutionen-als-die-lokomotiven-der-geschichte/7025266-3.html>

² K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort, MEW Bd. 13, Berlin 1961, S. 9

³ W.I. Lenin: Briefe über die Taktik, LW. Bd. 24, Berlin 1959, S. 26 (unterstrichen im Original kursiv)

gierung¹, den die Menschheit bisher hervorgebracht hat¹, entgegen. Doch dabei war der zu diesem Zeitpunkt durchaus nicht vorhandener höherer Entwicklungsstand der Produktivkräfte, sondern ein anderes Moment ausschlaggebend. Kamenew und anderen Zweiflern an der Möglichkeit einer zu diesem Zeitpunkt und unter den herrschenden Umständen durchführbaren sozialistischen Revolution hielt er entgegen: „Ich ‚rechne‘ nur darauf, ausschließlich darauf, dass die Arbeiter, Soldaten und Bauern besser als die Beamten, besser als die Polizisten mit den praktischen schwierigen Fragen der Steigerung der Getreideproduktion, der besseren Brotverteilung, der besseren Versorgung der Soldaten usw. usf. fertig werden.“² Angesichts der im revolutionären Petrograd entstandenen Situation kritisierte er alle seiner Genossen, die die Frage, „ob die bürgerliche Revolution ‚abgeschlossen‘ sei, in der alten Weise“ stellen, denn sie opfern den lebendigen Marxismus dem toten Buchstaben.³

Ihnen hält er entgegen: „Unsere Lehre ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln‘ - das betonten Marx und Engels ständig, wobei sie sich mit vollem Recht über das Einochsen und einfache Wiederholen von ‚Formeln‘ lustig machten, die bestenfalls nur geeignet sind, die allgemeinen Aufgaben vorzuzeichnen, die durch die konkrete ökonomische und politische Situation in jedem besonderen Zeitabschnitt des geschichtlichen Prozesses zwangsläufig modifiziert werden.“⁴ Hier werde „sinnlos eine auswendig gelernte Formeln wiederholt., anstatt die Eigenart der neuen, der lebendigen Wirklichkeit zu studieren.“⁵ Tatsache sei vielmehr, dass „die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ... bereits Wirklichkeit geworden (ist), aber auf eine außerordentlich originelle Weise, mit einer Reihe höchst wichtiger Modifikationen.“⁶

So überaus klug und durchdacht diese leninsche Weiterentwicklung des marxistischen Verständnisses der Dialektik von Revolution und Konterrevolution aber auch immer war, es bliebe nicht einmal eine Halbwahrheit, wenn man dabei stehenbleibt. Die Tatsache, dass Sowjetrußland nicht die erhoffte Unterstützung durch Revolutionen der Arbeiterklasse in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und anderen entwickelten Industriestaaten erhielt war mit einem Komplex überaus schwerwiegender Konsequenzen verbunden. Das begann mit Bürger- und Interventionskriegen, setzte sich mit dem Kampf gegen Hunger und Elend fort und war in imperialistischer Umkreisung nur durch die aus eigener Kraft gemeisterten Herausforderungen der sozialistischen Industrialisierung zu meistern. Davon können die bitteren Erfahrungen der Verluste im Großen Vaterländischen Krieg genau so wenig getrennt werden, wie der Triumph über die damals stärkste imperialistische Militärmacht. Dazu gehören die historischen Leistungen beim Wiederaufbau ebenso wie die Erfolge im Kampf gegen die Atomkriegspläne der imperialistischen Mächte. Dazu gehören aber auch die schwerwiegenden Folgen reformistischer Deformierung der Parteien und das Zurück-

¹ W.I. Lenin: Über die Doppelherrschaft, LW. Bd. 24, Berlin 1959, S. 22

² W.I. Lenin: Briefe über die Taktik, LW. Bd. 24, a.a.O., S. 36 (unterstrichen im Original kursiv)

³ ebenda S. 28 (unterstrichen im Original kursiv)

⁴ ebenda S. 25 (unterstrichen im Original kursiv)

⁵ ebenda S. 26 (unterstrichen im Original kursiv)

⁶ ebenda S. 27

weichen vor dem Frontalangriff des Klassenfeindes. Immer und überall dort, wo die Handlungen der kommunistischen Parteien durch eine nüchterne Analyse der Klassenkräfte und der Klasseninteressen geprägt waren, wo ein historisch-materialistisch fundiertes Verständnis der realen Entwicklung der sich fortschreitend verändernden grundlegenden sozialökonomischen Rahmenbedingungen zur Grundlage des eigenen Handelns in den Klassenauseinandersetzung gemacht wurde, konnte und wird die Auseinandersetzung zwischen den Kräften der Revolution und der Konterrevolution zu Gunsten der Kräfte des gesellschaftlichen Fortschritts entschieden werden.

Um diesem Anspruch auch in Zukunft gerecht zu werden ist es unerlässlich, eigene Erfahrungen, Siege wie Niederlagen ohne alle Beschönigung in aller gebotenen Nüchternheit zu untersuchen. So komplex diese Zielstellung, so eingeschränkt sind die Möglichkeiten seiner umfassenden Realisierung. Deshalb kann es hier nur um eine exemplarische Auswahl gehen, in der vorliegende Untersuchungen aber auch einige Vorfälle erfasst werden, deren Auswertung für Gegenwart und Zukunft von besonderem Interesse sind.

REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION 1848

Den Grundstein einer kritischen Analyse des Spannungsverhältnisses von Revolution und Konterrevolution hat Friedrich Engels gelegt. Zwischen März und Oktober 1852 erschienen in der ‚New-York Daily Tribune‘ 19 Artikel der von ihm in Absprache mit Marx erarbeiteten Artikelserie ‚Revolution und Konterrevolution in Deutschland‘¹. Mit dem Hinweis, dass es nicht um eine *„eine vollständige Geschichte der Ereignisse (geht), wie sie sich in Deutschland abgespielt haben.“*² Daran schließt sich nicht nur die Feststellung an, dass *„Die Zusammensetzung der verschiedenen Klassen des Volkes, die die Grundlage eines jeden politischen Organismus bilden, ... in Deutschland komplizierter als in irgendeinem anderen Lande (war).“*³ Darauf aufbauend kam er im Rahmen einer Analyse der Klassenstruktur zu den folgenden Einschätzungen: *„Die Bourgeoisie Deutschlands war bei weitem nicht so reich und konzentriert wie die Frankreichs oder Englands.“*⁴ ... *„Die Arbeiterklasse Deutschlands ist in ihrer gesellschaftlichen und politischen Entwicklung ebenso weit hinter der Englands und Frankreichs zurück wie die deutsche Bourgeoisie hinter der Bourgeoisie jener Länder. Wie der Herr, so der Knecht. Die Entwicklung der Existenzbedingungen für ein zahlreiches, starkes, konzentriertes und intelligentes Proletariat geht Hand in Hand mit der Entwicklung der Existenzbedingungen für eine zahlreiche, wohlhabende, konzentrierte und mächtige Bourgeoisie.“*⁵

Engels unterschied zwischen der historischen, wirtschaftlichen, politischen und sozialökonomischen Entwicklung in Preußen, in den übrigen deutschen Staaten und in Österreich. Vor dem Hintergrund seiner Analyse des unterschiedlichen Entwicklungsniveaus der Klassenkräfte erarbeitet er seine Einschätzung des Verlaufs der revolutio-

¹ F. Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, MEW Bd. 8, Berlin 1960, S. 3-108

² ebenda S. 7

³ daselbst

⁴ ebenda S. 7f

⁵ ebenda S. 10

nären Kämpfe: *„Die Revolution in Wien wurde von einer, man kann sagen, fast einmütigen Bevölkerung gemacht. Die Bourgeoisie - mit Ausnahme der Bankiers und der Börsenspekulanten - , das Kleinbürgertum, die gesamte Arbeiterschaft erhoben sich gleichzeitig wie ein Mann gegen eine Regierung, die von allen verabscheut, eine Regierung, die so allgemein verhasst war, dass die kleine Minderheit von Adligen und Geldfürsten, die sie unterstützt hatte, gleich beim ersten Ansturm von der Bildfläche verschwand.“*¹

In Engels Untersuchung werden Entwicklungsprobleme des revolutionären Kampfes aufgezeigt, die durchaus nicht nur für die damaligen Auseinandersetzungen von Bedeutung waren. So verweist er darauf, dass es *„das Schicksal aller Revolutionen (ist), dass dies Bündnis verschiedener Klassen, das bis zu einem gewissen Grade immer die notwendige Voraussetzung jeder Revolution ist, nicht von langer Dauer sein kann. Kaum ist der Sieg über den gemeinsamen Feind errungen, da beginnen die Sieger sich in verschiedene Lager zu scheiden und die Waffen gegeneinander zu kehren. Gerade die rasche, heftige Entwicklung des Klassenantagonismus macht in alten, komplizierten gesellschaftlichen Organismen die Revolution zu einer so mächtigen Triebkraft des sozialen und politischen Fortschritts; gerade das unaufhörliche, schnelle Emporschießen neuer Parteien, die nacheinander an der Macht sind, lässt eine Nation in Zeiten so heftiger Erschütterungen in fünf Jahren weiter vorankommen als unter normalen Verhältnissen in einem Jahrhundert.“*²

Nicht weniger aufschlussreich ist seine Analyse der Klassenkräfte im Ausgangsstadium und im Verlauf der revolutionären Auseinandersetzungen: *„Die Revolution in Wien machte die Bourgeoisie theoretisch zur herrschenden Klasse; das heißt, die der Regierung abgerungenen Zugeständnisse hätten, einmal in der Praxis angewandt und eine Zeitlang aufrechterhalten, die Herrschaft der Bourgeoisie unbedingt sichergestellt. Aber in Wirklichkeit war die Herrschaft dieser Klasse keineswegs fest begründet. Durch die Schaffung einer Nationalgarde, die der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum Waffen in die Hand gab, erlangte diese Klasse zwar Macht und Einfluß; durch die Einsetzung eines ‚Sicherheitsausschusses‘, einer Art revolutionärer, niemandem verantwortlicher Regierung, in der die Bourgeoisie das entscheidende Wort hatte, gelangte sie an die Spitze der Macht. Aber gleichzeitig wurde auch ein Teil der Arbeiter bewaffnet; sie und die Studenten hatten die Hauptlast des Kampfes getragen, soweit es einen Kampf überhaupt gegeben hatte; und die Studenten, an die 4000 Mann stark, gut bewaffnet und weit besser diszipliniert als die Nationalgarde, bildeten den Kern, die eigentliche Stärke der revolutionären Streitmacht, und sie waren keineswegs gewillt, bloß Werkzeug in den Händen des Sicherheitsausschusses zu sein.“*³

Bei der Beantwortung der Frage nach dem Verlauf der revolutionären Auseinandersetzungen in Berlin verweist Engels nicht nur auf die dort bestehenden Klassenver-

¹ ebenda S. 35

² ebenda S. 36

³ daselbst

hältnisse, sondern auch auf die Entwicklung des Umfeldes dieser Ereignisse: *„Durch die Februarrevolution wurde in Frankreich gerade die Regierungsform vernichtet, die die preußische Bourgeoisie in ihrem eigenen Lande eben errichten wollte. Die Februarrevolution kündigte sich an als eine Revolution der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie; sie proklamierte den Sturz der bürgerlichen Regierung und die Emanzipation des Arbeiters.“*¹ Zugleich macht er auf die zutiefst widersprüchliche Interessenlage der Bourgeoisie und die dadurch bedingte, nicht weniger widersprüchliche Vorgehensweise aufmerksam: *„In der Tat war schon bei Beginn des revolutionären Dramas deutlich erkennbar, dass die liberale Bourgeoisie sich gegen die besiegten, aber nicht vernichteten feudalen und bürokratischen Parteien nur behaupten konnte, wenn sie sich auf die im Volk wurzelnden radikaleren Parteien stützte, und dass sie gegen den Ansturm dieser fortgeschritteneren Massen gleichermaßen auf die Unterstützung des Feudaladels und der Bürokratie angewiesen war.“*²

Welche Bedeutung Engels dem Verlauf der Ereignisse in Wien und Berlin beimaß wird deutlich, wenn er feststellt: *„Da Österreich und Preußen die führenden deutschen Staaten waren, wäre jeder entscheidende revolutionäre Sieg in Wien oder Berlin für ganz Deutschland von entscheidender Bedeutung gewesen. Und so weit die Ereignisse des März 1848 in diesen beiden Städten gediehen, waren sie für den Verlauf der Dinge in ganz Deutschland entscheidend.“*³ Aber ausgehend von der eingangs erarbeiteten Analyse des Reifestandes der Klassen und Schichten, die in dieser Situation miteinander konfrontiert waren kommt er in seiner Einschätzung des weiteren Verlaufes, vor allen Dingen aber auf Grund seiner Kenntnis jener Personen, die sich in der Frankfurter Nationalversammlung zusammengefunden hatten zu der ernüchternden Einschätzung, dass sich die revolutionären Kräfte *„vor allem eine organisierte bewaffnete Macht im Lande verschaffen müß(t)en, stark genug, um jeden Widerstand seitens der Regierungen zu brechen. Und das alles war leicht, sehr leicht in jenem Anfangsstadium der Revolution. Aber das hieß viel zuviel erwarten von einer Versammlung, die sich in ihrer Mehrheit aus liberalen Advokaten und doktrinären Professoren zusammensetzte, einer Versammlung, die zwar den Anspruch erhob, die Blüte deutschen Geistes und deutscher Wissenschaft zu verkörpern, die aber in Wirklichkeit nichts anderes war als eine Bühne, auf der alte, längst überlebte politische Figuren ihre unfreiwillige Lächerlichkeit und ihre Impotenz im Denken wie im Handeln vor den Augen ganz Deutschlands zur Schau stellten.“*⁴

In aller Deutlichkeit charakterisiert er das Verhältnis der sich eben noch als Bündnispartner aufspielenden und nun um ihre Pfründe besorgten Kräfte zu den revolutionären Bestrebungen der Volksmassen: *„Diese Versammlung alter Weiber hatte vom ersten Tag ihres Bestehens mehr Angst vor der geringsten Volksbewegung als vor sämtlichen reaktionären Komplotten sämtlicher deutscher Regierungen zusam-*

¹ ebenda S. 39

² ebenda S. 44

³ ebenda S. 45

⁴ ebenda S. 45f

*mengenommen.*¹ Dass es dabei durchaus nicht um eine spezifische nationale Besonderheit der zu allem Unglück auch noch in Kleinstaaterei verfilzten Deutschen ging macht Engels deutlich, indem er das Klassenwesen dieser Tatsache aufzeigt: *„Schon Anfang April 1848 war die revolutionäre Flut auf dem ganzen europäischen Kontinent eingedämmt durch das Bündnis, das jene Gesellschaftsklassen, die aus den ersten Siegen Nutzen gezogen, sofort mit den Besiegten eingingen. In Frankreich hatten sich das Kleinbürgertum und der republikanische Teil der Bourgeoisie mit der monarchistischen Bourgeoisie gegen das Proletariat zusammengetan; in Deutschland und Italien hatte die siegreiche Bourgeoisie eifrig für die Unterstützung des Feudaladels, der staatlichen Bürokratie und der Armee gegen die Masse des Volkes und der Kleinbürger geworben.“*²

Wie im Zeitraffer fasst Engels zusammen, was sich *„nach den zuweilen merkwürdigen, meist aber langweiligen parlamentarischen Verhandlungen und lokalen Kämpfe (tat), die in Deutschland die verschiedenen Parteien während des Sommers beschäftigten.“*³ Zu Beginn des Herbstes 1848 *„war die Stellung der verschiedenen Parteien zueinander so gereizt und kritisch geworden, dass eine Entscheidungsschlacht nicht mehr zu vermeiden war.“* Das fruchtlose Geschwätz in der Frankfurter Nationalversammlung hatte dazu geführt, dass *„die einzige Regierung, die - wenigstens dem Anschein nach - ausschließlich aus Volkswahlen hervorgegangen war, die Reichsregierung zu Frankfurt, ebenso wie die Nationalversammlung, in den Augen des Volkes erledigt war.“*⁴ In dieser Situation wurde die revolutionäre Erhebung und darauf folgende Erstürmung Wiens im Oktober 1848 zum Gegenstück der französischen Junischlacht, *„das für Deutschland ebenso entscheidend war, wie der Kampf des Pariser Proletariats es für Frankreich gewesen.“*⁵

Engels beschreibt die *„Verwirrung und Ratlosigkeit“* die sich in der Bourgeoisie in Anknüpfung an ihr altes Misstrauen gegen die Arbeiterklasse breitmachte. Im Gegenzug hatten die Arbeiter die Angriffe der bewaffneten Krämer eben so wenig vergessen hatten wie die schwankende Politik des Bürgertums *„wollten diesem die Verteidigung der Stadt nicht anvertrauen und verlangten Waffen und eine eigene militärische Organisation.“* Die bürgerlichen Intellektuellen von der ‚Akademischen Legion‘ waren unfähig, *„die Entfremdung zwischen den beiden Klassen zu verstehen“* – *„Der Rest des Reichstags tagte in Permanenz; aber statt eine entschiedene Haltung einzunehmen, verträdelte (die) Zeit mit nutzlosen Debatten über die Möglichkeit eines Widerstandes gegen die kaiserliche Armee...“* Und alles das stand unter der Herrschaft einer Mehrheit von Pfahlbürgern und Kleinkrämer. Heroische Beschlüsse wurden verabschiedet, ohne die Führung zu übernehmen. Die eben erst selbstbewusst werdenden Arbeiter waren - voll eines überaus berechtigten Misstrauens - bereit, bis zum Äußersten zu kämpfen, sobald sie nur Waffen erhielten.

¹ ebenda S. 46

² ebenda S. 57

³ ebenda S. 59

⁴ ebenda S. 60

⁵ daselbst

Das alles geschah in Wien, während die sechzig- bis siebzigtausend Mann, gut bewaffneter, gut organisierter, reorganisierter österreichischer Armee vor den Toren der Stadt stand. Drinnen Verwirrung, Klassenspaltung, Desorganisation; eine Nationalgarde, von der ein Teil gar nicht kämpfen, ein anderer Teil noch zu keinem Entschluß gekommen und nur der kleinste Teil zum Handeln bereit war: *„Eine proletarische Masse, stark an Zahl, aber ohne Führer, ohne jede politische Schulung, ebenso leicht geneigt zu Panik wie zu beinahe grundlosen Wutausbrüchen, eine Beute jedes falschen Gerüchts, das ausgestreut wurde, durchaus bereit zu kämpfen, doch ohne Waffen, wenigstens zu Beginn, und auch später, als man sie schließlich zum Kampfe führte, nur unvollständig bewaffnet und fast gar nicht organisiert; ein hilfloser Reichstag, der noch über theoretische Haarspaltereien diskutierte, als ihm schon fast das Dach über dem Kopfe brannte; ein leitender Ausschuss ohne innere Triebkraft und Energie. Alles war anders geworden seit den Tagen des März und Mai, als im Lager der Konterrevolution völlige Verwirrung herrschte und nur eine einzige organisierte Macht bestand: die von der Revolution geschaffene. Über den Ausgang eines solchen Kampfes konnte es kaum einen Zweifel geben, und wenn es noch einen gab, so wurde er behoben durch die Ereignisse des 30. und 31. Oktober und des 1. November.“*¹

In seinem zwölften Artikel verglich Engels nicht nur die kaiserliche Armee mit der Nationalgarde, der Akademischen Legion und der *„wirren Masse bewaffneter Proletarier“* in der proletarischen Garde und ihrer miserablen Bewaffnung. Abgesehen davon, dass diese Kräfte für die Verteidigung Wiens völlig unzureichend waren - die Führung, wenn man sie denn so nennen kann - war viel mehr um die Sicherung ihres Eigentums als um diese militärische Herausforderung besorgt.² Im Verlauf des Angriffs der Armee Windisch-Graetz³ wurde gegen die Barrikaden Artillerie eingesetzt. Die Revolution wurde nach zwei Kampftagen in einer nun einsetzenden Serie von *„Grausamkeiten und standrechtlichen Erschießungen, die unerhörten Gräueltaten und Schandtaten“*⁴ erstickt. Engels konstatiert: *„Die Frankfurter Machthaber waren durch den Sieg der Konterrevolution in Wien de facto schon gestürzt; sie wären ebenso gestürzt worden, wenn die Revolution dort die Unterstützung gefunden hätte, die sie brauchte, um ihre Feinde zu besiegen.“*⁵ Die Niederlage der Revolution in Wien, die sich anschließende *„Auflösung der konstituierenden Versammlung in Berlin“* und die danach, also viel zu spät eingeleitete Organisation des bewaffneten Widerstandes hoben *„den Mut und die Kraft der konterrevolutionären Partei in ganz Deutschland.“*⁶

¹ ebenda S. 61

² ebenda S. 67

³ *Alfred Candidus Ferdinand Fürst zu Windisch-Graetz* (1787-1862) österreichischer Feldmarschall. Kommandeur des am 31.10.1848 in Wien eingedrungenen kaiserlichen Heeres. Mit über 2000 Toten und erheblichen Verwüstungen gelang es ihm, die Revolution im Blut zu ersticken. Zu den Opfern dieses Angriffs gehört auch Robert Blum, der als Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung auf Seiten der Revolutionäre gekämpft hatte und deswegen standrechtlich erschossen wurde.

⁴ F. Engels: *Revolution und Konterrevolution in Deutschland*, MEW Bd. 8, a.a.O., S. 68

⁵ ebenda S. 70 (unterstrichen im Original kursiv)

⁶ ebenda S. 75

Engels analysiert Merkwürdigkeiten und geschwätzige Posen der Verfassungsdebatte in der noch immer tagenden Nationalversammlung und die Beerdigung der letzten Reste revolutionärer Pose im schäbigen Spiel der Wahl des preußischen Königs zum Kaiser von Deutschland. Der ebenso hilflos-ohnmächtigen wie verräterischen Rolle der Bourgeoisie stellt er die Entwicklung in den Volksmassen entgegen: *„Eine Entscheidung des Kampfes durch Waffengewalt war offensichtlich unvermeidlich geworden. Die Feindseligkeit der Regierungen, die Gärung im Volke kamen von Tag zu Tag heftiger zum Ausdruck. Überall wurde das Militär von den demokratischen Bürgern bearbeitet, in Süddeutschland mit großem Erfolg. Überall wurden große Massenversammlungen abgehalten, auf denen beschlossen wurde, für die Reichsverfassung und die Nationalversammlung einzutreten, nötigenfalls durch Waffengewalt. In Köln fand zu dem gleichen Zweck eine Versammlung von Abgeordneten aller Gemeinderäte Rheinpreußens statt. In der Pfalz, im Bergischen, in Fulda, in Nürnberg, im Odenwald kamen die Bauern in hellen Scharen zusammen und ließen sich von der Begeisterung mitreißen. Um dieselbe Zeit löste sich die französische Konstituante auf, und die Vorbereitungen zur Neuwahl gingen unter heftiger Erregung vor sich, während an der östlichen Grenze Deutschlands die Ungarn innerhalb eines Monats durch eine Reihe glänzender Siege die Hochflut der österreichischen Invasion von der Theiß an die Leitha zurückgedrängt hatten und man täglich erwartete, sie würden Wien im Sturme nehmen. Weil aber die Phantasie des Volkes so von allen Seiten aufs höchste erregt und die aggressive Politik der Regierung mit jedem Tage bestimmtere Gestalt annahm, war ein gewaltsamer Zusammenstoß unvermeidlich, und nur feige Schwachköpfigkeit konnte sich einreden, der Konflikt könne auf friedlichem Weg beigelegt werden. Aber diese feige Schwachköpfigkeit war in der Frankfurter Versammlung ausgiebigst vertreten.“*¹

Engels stellt aus eigenen Erfahrungen fest: *„der wirklich kämpfende Kern der Aufständischen, jener Kern, der zuerst zu den Waffen griff und sich mit den Truppen schlug, aus den Arbeitern der Städte. Ein Teil der ärmeren Landbevölkerung, Landarbeiter und Kleinbauern, schloss sich ihnen im allgemeinen nach dem tatsächlichen Ausbruch des Kampfes an.“*² Und nicht weniger aufschlussreich ist seine sich direkt daran anschließende Feststellung: *„Namentlich die Studenten, diese ‚Vertreter der Intelligenz‘, wie sie sich gern selbst bezeichneten, waren die ersten, die fahnenflüchtig wurden, soweit sie nicht durch Verleihung des Offiziersrangs, wozu sie sich natürlich sehr selten eigneten, zurückgehalten wurden.“*³

Aber es gab da auch noch eine andere, nicht weniger schwerwiegende Erfahrung, die Engels aus eigener Beobachtung im Verlauf der Kämpfe gegen die Konterrevolution machte: *„Die Arbeiterklasse beteiligte sich an diesem Aufstand, wie sie sich an jedem andern beteiligt hätte, von dem sie erwarten durfte, er werde einige Hindernisse auf ihrem Wege zur politischen Herrschaft und zur sozialen Revolution aus dem Wege räumen oder wenigstens die einflussreicheren, aber weniger mutigen Gesell-*

¹ ebenda S. 92

² ebenda S. 98 (unterstrichen im Original kursiv)

³ daselbst

schaftsklassen in eine entschiedenerere revolutionäre Richtung drängen, als sie bisher eingeschlagen."¹ Hier fand sich bestätigt, was Engels aus seinen Erfahrungen in Manchester zu Papier gebracht hatte. Und ganz in diesem Sinne wurde später aus der These von der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse² die letzten Strophen des Liedes von der Einheitsfront: „*Und weil der Prolet ein Prolet ist, Drum wird ihn kein anderer befreien. Es kann die Befreiung der Arbeiter Nur das Werk der Arbeiter sein.*“

DIE GROSSE SOZIALISTISCHE OKTOBERREVOLUTION

Am 3. April Abends nach 23 Uhr hatte Lenin unmittelbar nach seiner Rückkehr aus der Emigration auf dem Platz vor dem Finnischen Bahnhof vor den zu seiner Begrüßung zusammengekommenen mehreren zehntausend Arbeiter und Soldaten eine kurze Ansprache gehalten, die er mit den Worten „*Es lebe die sozialistische Revolution*“³ beendete. Nachdem diese Demonstration vor der Villa der Kschesinkaja, dem Sitz des ZK, Fortsetzung gefunden hatte trug Lenin vor den dort versammelten Mitgliedern des ZK und dem Aktiv der Partei seine Analyse der entstandenen Lage und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen vor. Am darauf folgenden Tag wurden diese Gedanken den im Taurischen Palast versammelten Vertretern der Bolschewiki und danach noch einmal auch den Menschewiki und nicht parteigebundenen Sozialdemokraten vorgetragen.⁴

Das Wesen dieser Ansprache wurde in schriftlicher Form in 10 Aprilthesen' vorgelegt. Lenin ging davon aus, dass es „*infolge des kapitalistischen Charakters dieser Regierung*“ zu einer Fortsetzung des räuberischen imperialistischen Krieges kommen muss und schloss daraus, dass es „*ohne den Sturz des Kapitals unmöglich ist, den Krieg durch einen wahrhaft demokratischen Frieden und nicht durch einen Gewaltfrieden zu beenden.*“ Aus dieser Einschätzung zog er den Schluss, dass es angesichts „*des ungenügend entwickelten Klassenbewusstseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats*“ notwendig ist, „*zur zweiten Etappe der Revolution (überzugehen, in der) die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft gelegt werden muss.*“ Die provisorische Regierung dürfe keinerlei Unterstützung erfahren es gehe vielmehr um die „*Aufdeckung der ganzen Verlogenheit aller ihrer Versprechungen, insbesondere hinsichtlich des Verzichts auf Annexionen*“ und die Entlarvung der von ihr geweckten Illusionen. Lenin wies ausdrücklich darauf hin, dass „*unsere Partei in den meisten Sowjets der Arbeiterdeputierten in der Minderheit, vorläufig sogar in einer schwachen Minderheit ist gegenüber dem Block aller kleinbürgerlichen opportunistischen Elemente, die dem Einfluss der Bourgeoisie erlegen sind und diesen Einfluss in das Proletariat hineintragen*“. Die Aufgabe der

¹ daselbst

² „Solange die besitzenden Klassen nicht nur kein Bedürfnis verspüren nach Befreiung, sondern auch der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse sich mit allen Kräften widersetzen, solange wird die Arbeiterklasse nun einmal genötigt sein, die soziale Umwälzung allein einzuleiten und durchzuführen.“ F. Engels: [Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1892 der „Lage der arbeitenden Klasse in England“!], MEW Bd. 2, Berlin 1962, S. 641

³ А.П. Ненароков: 1917 краткая история, документы, фотографии (A.P. Nenarokow: 1917 kurze Geschichte, Dokumente, Fotografien) Moskau 1987, S. 76

⁴ ebenda S. 78f

Partei sah er in diesem Moment – solange wir in der Minderheit sind - „*in geduldiger, systematischer, beharrlicher, besonders den praktischen Bedürfnissen der Massen angepasster Aufklärung über die Fehler ihrer Taktik.*“ Das politische Ziel sah er nicht in der Errichtung einer parlamentarischen Republik, sondern in einer „*Republik der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten*“. Bestandteile dieses Programms waren das Agrarprogramm, die „*Verlegung des Schwergewichts auf die Sowjets der Landarbeiterdeputierten. Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien. Nationalisierung des gesamten Bodens im Lande; die (Verlegung der) Verfügungsgewalt über den Boden ... in die Hände der örtlichen Sowjets der Landarbeiter- und Bauerndeputierten.*“ Die „*Sofortige Verschmelzung aller Banken des Landes zu einer Nationalbank und Errichtung der Kontrolle über die Nationalbank durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.*“ Aber nicht die sofortige „*Einführung’ des Sozialismus als unsere unmittelbare Aufgabe, sondern augenblicklich nur Übergang zur Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.*“ In diesem Kontext sah er angesichts der Notwendigkeit das Parteiprogramm in wesentlichen Punkten zu ändern die Aufgaben der Partei in einer sofortigen Einberufung des Parteitages und in der Gründung einer revolutionären Internationale, einer Internationale gegen die Sozialchauvinisten und gegen das ‚Zentrum‘.¹

Diese Forderungen stießen in der Führung der Bolschewiki auf Verwunderung und Unverständnis. Auf geordnete Verhältnisse in einer eben erst angegangenen bürgerlichen Revolution hoffend lehnte es die Mehrheit der eben erst aus der Verbannung gekommenen Altkader ab, diese Chance durch ein Abenteuer zu verspielen. Aber in der nun immer deutlicher werdenden Tendenz der an die Macht gekommenen Kompradorenbourgeoisie gewann die Idee einer sozialistischen Revolution sowohl in der Arbeiterschaft, unter den Soldaten der Petrograder und anderer Garnisonen, in immer größeren Teilen der Dorfarmut und in den Volksmassen immer mehr Einfluss. Die von der ohne alle Rücksicht auf die Interessen des Landes nach noch größerem Reichtum strebende russische Großbourgeoisie gab sich nicht einmal mehr Mühe, den von ihnen betriebenen kaum Ausverkauf zu verschleiern. Die Regierungen Lwow und Kerenski setzten alles daran, um den Krieg auch angesichts der aussichtslos gewordenen Lage mit allen Mitteln fortzusetzen.

Unter diesen Bedingungen erwiesen sich die von Plechanow, Bogdanow und anderen als ‚Fieberphantasien‘ (бред) abgetanen Aprilthesen sowohl als treffendste Charakterisierung der Lage als auch als einzige Alternative zu dem nun absehbaren Absturz der Völker Russlands ins Bodenlose. Obwohl diese Orientierung durch den Verlauf der Klassenkämpfe im Laufe des Jahres 1917 bestätigt wurde wiederholte sich diese Auseinandersetzung im unmittelbaren Vorfeld der Oktoberrevolution: Als am 10. Oktober auf der letzten illegalen Sitzung des ZK die Frage nach der Auslösung des bewaffneten Aufstandes zu beantworten war gab es zwei Gegenstimmen. Und

¹ W.I. Lenin: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, LW Bd. 24, Berlin 1959, S. 3-6

Kamenew und Sinowjew beließen es nicht dabei: Sie veröffentlichten in der Zeitung ‚Новая жизнь‘ vom 18.10. ihren besonderen Standpunkt und verrieten damit die Vorbereitungen des militärisch-revolutionären Zentrums.¹

Durch den weiteren Verlauf dieser revolutionären Auseinandersetzungen und die in diesem Prozess zutage tretenden Entwicklungsprobleme wird deutlich, dass damit eine neue Epoche in den internationalen Klassenauseinandersetzungen eingeleitet wurde. Der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Bruch mit den alten Machtverhältnissen schuf grundsätzlich neue Möglichkeiten zur Einschränkung der bis dahin grenzenlosen Macht der Ausbeuterklassen des Feudaladels und des Kapitals. Aber zugleich wurde auch überdeutlich sichtbar, dass die gescheiterten Hoffnungen auf die Unterstützung der russischen Revolution durch die Weiterführung dieses revolutionären Prozesses in Deutschland, Frankreich und anderen kapitalistischen Staaten nur durch außerordentliche Anstrengungen beim Aufbau einer eigenen modernen Industrie kompensiert werden konnte. Aber so wenig die in ihrer Bedeutung für das Wechselverhältnis von Revolution und Konterrevolution kaum zu überschätzende vielschichtig widersprüchliche Entwicklung der Geschichte der Sowjetunion in diesem Rahmen erfassbar ist² so wichtig ist die Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen, die durch die Veränderungen in der internationalen Arbeiterbewegung und insbesondere in der Entstehung und Auseinandersetzung zwischen sozialistischen und kommunistischen Parteien befördert wurden.

DAS SCHEITERN DER NOVEMBERREVOLUTION IN DEUTSCHLAND UND DER RÄTEREpubLIKEN IN BAYERN UND UNGARN

‚Linke‘ und ‚liberale‘ Rezeption der Ausarbeitungen Rosa Luxemburgs ‚Zur russischen Revolution‘ beschränken sich auf eine bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Wiederholung des Satzes „*Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenker*“³. Wer darauf mit Häme reagiert, hat das Anliegen der Luxemburg nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. Ihr ging es um eine sozialistische Zukunft. Sie war bestens mit den schier unlösbaren Problemen vertraut, die durch die russische Revolution bewältigt werden mussten. Aber weder dies noch das Versagen der Sozialdemokratie konnte

¹ А.П. Ненароков: 1917 краткая история, документы, фотографии, (A.P. Nenarokow: 1917 kurze Geschichte, Dokumente, Fotografien), a.a.O., S. 179ff

² siehe dazu: K. Hesse: Zur Geschichte der UdSSR und der KPdSU, Über erste praktische Erfahrungen mit dem Sozialismus, Fragen zur historischen Wahrheit, zu Hintergründen der Siege, der Niederlage und des Scheiterns ... Teil 1.1 Von den Anfängen bis 1941, Leipzig 2012, unter: http://www.kommitter.de/Buecher/Zur%20Geschichte%20der%20UdSSR%20und%20der%20KPdSU_B_%201.1.pdf; K. Hesse: Zur Geschichte der UdSSR und der KPdSU, Über erste praktische Erfahrungen mit dem Sozialismus, Fragen zur historischen Wahrheit, zu Hintergründen der Siege, der Niederlage und des Scheiterns ... Teil 1.2: Der Große Vaterländische Krieg, unter: http://www.kommitter.de/Buecher/Zur%20Geschichte%20der%20UdSSR%20und%20der%20KPdSU_B_%201.2.pdf; K. Hesse: Zur Geschichte der UdSSR und der KPdSU, Über erste praktische Erfahrungen mit dem Sozialismus, Fragen zur historischen Wahrheit, zu Hintergründen der Siege, der Niederlage und des Scheiterns ... Teil 1.3: Nach dem Sieg bis zum Tode Stalins, unter: http://data8.blog.de/media/521/6798521_3ad5b25d83_d.pdf; K. Hesse: Zur Geschichte der UdSSR und der KPdSU, Über erste praktische Erfahrungen mit dem Sozialismus, Fragen zur historischen Wahrheit, zu Hintergründen der Siege, der Niederlage und des Scheiterns ... Teil 2: 1953-1964, Leipzig 2013

³ R. Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: R. Luxemburg: Gesammelte Werke Band 4 August 1915 bis Januar 1919, Berlin 1990, S. 359 Fußnote 3

sie in ihrer grundsätzlichen Haltung beirren: Das Wesentliche und Bleibende der bolschewistischen Revolution sah sie darin, dass Lenin, Trotzki und ihre Freunde „*die Aktionsfähigkeit des Proletariats, die revolutionäre Tatkraft der Massen, der Wille zur Macht des Sozialismus überhaupt*“ als erste gewagt hatten.¹ Der diesen Artikel abschließende Gedanken ist deshalb nach wie vor aktuell: „*In Russland konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Russland, es konnte nur international gelöst werden. Und in diesem Sinne gehört die Zukunft überall dem ‚Bolschewismus‘.*“² Erst in diesem Kontext kann verstanden und nachvollzogen werden, warum und in welchem Kontext dieser Satz in einem Manuskript zu finden ist, das sie selbst nie veröffentlicht hat.

Denn das Anliegen der Luxemburg wird durch den aus diesem Zusammenhang gerissenen Satz von der ‚Freiheit der Andersdenkenden‘ nicht nur nicht nachvollziehbar, sondern in einer Art und Weise in sein Gegenteil verkehrt, die ihre revolutionäre Absicht in ein Instrument der Konterrevolution verkehrt. Das wird deutlich, wenn sie in dieser Fußnote eines handschriftlich verfassten Textes schreibt: „*Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Land, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats. Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die ‚wohl erworbenen‘ Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich eine sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen lässt. Aber diese Diktatur muss das Werk der Klasse und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d.h., sie muss auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen.*“³

Noch deutlicher wird die Luxemburg in einer ihrer Reden auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands. Zum Vergleich der Lage nach der Novemberrevolution mit der Sowjetrusslands hält sie ihren gar zu eifrigen Genossen vor: „*Habt Ihr vielleicht schon eine sozialistische Regierung, eine Trotzki-Lenin-Regierung? Russland hatte vorher eine lange Revolutionsgeschichte, die Deutschland nicht hat. In Russland beginnt die Revolution nicht im März 1917, sondern bereits im Jahre 1905. Die letzte Revolution ist doch nur das letzte Kapitel, dahinter liegt die ganze*

¹ ebenda S. 365

² daselbst

³ ebenda S. 363

*Periode von 1905 an. Da erreicht man eine ganz andere Reife der Massen als heute in Deutschland.*¹ Und in Fortsetzung dieser Überlegung stellt sie fest, dass *„gerade dank der Unreife der Massen, die bis jetzt nicht verstanden haben, das Rätesystem zum Siege zu bringen, ist es der Gegenrevolution gelungen, die Nationalversammlung als ein Bollwerk gegen uns aufzurichten.“*²

Dem allen ist auch und gerade auf Grund der Erfahrungen zuzustimmen, die in dem zwischenzeitlich vergangenen Jahrhundert gewonnen wurden. Aber dabei kann und darf nicht übersehen werden, dass es da noch einen wesentlichen Unterschied gab: In den unter Führung Lenins schon 1903 eingeleiteten Auseinandersetzungen um das Programm und den Charakter der Partei spaltete sich die SDAPR in den bolschewistischen und menschewistischen Flügel. Die einen – die Minderheit – verstand sich nach wie vor als eine Gemeinschaft von Gesinnungsgenossen, zu der ein revisionistischer Flügel eben so gehörte, wie linke und opportunistische ‚Zentristen‘. Die Mehrheit – die Bolschewiki – hatten sich im Unterschied dazu entschlossen, sich im Interesse ihres Kampfes zum Sturz der kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse zu einer straff organisierten und disziplinierten Kampfpartei umzugestalten. Ihr Ziel war es, die die wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Interessen der Arbeiterklasse in der Auseinandersetzung mit dem Klassengegner zu vertreten, die Massen für diese Ziele zu gewinnen und im praktischen Kampf zu organisieren. Für die Bolschewiki war die Auseinandersetzung mit allen Erscheinungen des Revisionismus und des Dogmatismus eine elementare Voraussetzung ihres Erfolges.

In der deutschen Sozialdemokratie war es auch nach dem Ausbruch des ersten Weltkrieges nicht zu einer solchen konsequenten Trennung des revolutionären Teiles der Arbeiterbewegung von den reformistischen, opportunistischen und sozialimperialistischen Kräften in der Mitgliedschaft und in der Führung gekommen. In den Auseinandersetzungen um die Kriegskredite wurde überdeutlich, dass die Reichstagsfraktion und der Vorstand der SPD mit ganz wenigen Ausnahmen als ‚Vaterlandsverteidiger‘ auftraten. Der in Teilen der Arbeiterbewegung Einfluss gewinnende Reformismus war schon am Vorabend des ersten Weltkrieges immer offener zutage getreten. Auf der Zimmerwalder Konferenz brach der Kampf *„zwischen einer geschlossenen Gruppe von Internationalisten, revolutionären Marxisten, und schwankenden Beinahe-Kautskyanern ... , die den rechten Flügel der Konferenz bildeten“*³ offen aus. Das war der Auftakt zur Spaltung der Arbeiterbewegung in revolutionäre Sozialisten und Kommunisten auf der einen und reformorientierte Sozialdemokraten auf der anderen Seite. In dem Vorwurf an die deutsche Delegation wurde diese Unvereinbarkeit der Standpunkte eindeutig formuliert: *„In Worten bekennt ihr euch zur kommenden Revolu-*

¹ R. Luxemburg: Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in Berlin I. Rede für die Beteiligung der KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung, in: R. Luxemburg: Gesammelte Werke Band 4 August 1915 bis Januar 1919, Berlin 1990, S. 480

² Ebenda S. 481

³ W.I. Lenin: Die revolutionären Marxisten auf der internationalen sozialistischen Konferenz vom 5.-8. September 1915, LW Bd. 21, Berlin 1960, S. 396

*tion, faktisch aber verzichtet ihr darauf, den Massen offen von der Revolution zu sprechen, sie dazu aufzurufen und ganz konkret die Kampfmittel anzugeben, die von der Masse im Verlauf der Revolution erprobt und als richtig anerkannt werden.*¹

Im zaristischen Russland gab es eine Organisation der Bolschewiki, die ungeachtet ihrer zahlenmäßigen Schwäche als konsequenteste Vertreterin der Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes bekannt war. Ihr konsequentes Eintreten für die Beendigung des imperialistischen Krieges, für eine Bodenreform und für die Enteignung der Großindustrie und der Banken wurde in der politischen Auseinandersetzung in dem Maße ausschlaggebend, in dem der Verrat der nationalen Interessen durch die bürgerliche Regierung offensichtlich wurde. In Deutschland war die Führung der SPD zu einem beflissenen Erfüllungsgehilfen der kaiserlichen Regierung deformiert. Rosa Luxemburg konstatierte, dass sich die Führung der USPD, *„die Herren Haase, Dittmann usw. ... unter allerlei Larven und Schminken der Revolution ... als Kuppler der Konterrevolution erwiesen (haben).“*² Wen konnte es angesichts dieses Zustandes der sich immer noch als Partei der Arbeiterklasse aufspielenden Organisationen wundern, dass man in Deutschland *„plötzlich am 9. November 1918 eine großartige, klassen- und zielbewusste Revolution erlebt; und was wir am 9. November erlebt haben, war zu drei Viertel mehr Zusammenbruch des bestehenden Imperialismus als Sieg eines neuen Prinzips.“*³

Der Spartakusbund war nicht in der Lage, die Gründung einer revolutionären Kampfpartei zu ersetzen. Die Gründung der KPD kam eben so wie die Feststellung um Jahre zu spät *„Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner. Wenn wir heute in unserem Programm erklären: Die unmittelbare Aufgabe des Proletariats ist keine andere, als ... den Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen und den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, so stellen wir uns auf den Boden, auf dem Marx und Engels 1848 standen und von dem sie prinzipiell nie abgewichen waren.“*⁴

Die furchtbaren Folgen blieben nicht auf die Erkenntnis beschränkt, dass die Herren Ebert und Scheidemann auch für den Blödesten als das zu erkennen waren, was sie sind: *„Das ist Konterrevolution, wie sie leibt und lebt.“*⁵ Der mit Unterstützung der SPD-Führung an den Matrosen der Volksmarinedivision begangene Meuchelmord, die blutige Niederschlagung der Münchener und der ungarischen Räterepubliken und die Zusammenrottung einer nationalistisch-faschistischen Verbrecherbande aus den reaktionärsten Elementen des deutschen Monopolkapitals, des deutschen Kleinbürgertums und des Lumpenproletariats aller Couleur – alles das waren die Folgen der viel zu spät eingeleiteten Organisation einer kommunistischen Partei.

¹ ebenda S. 397

² R. Luxemburg: Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in Berlin III Unser Programm und die politische Situation, in: in: R. Luxemburg: Gesammelte Werke Band 4 August 1915 bis Januar 1919, a.a.O., S. 499

³ ebenda S. 495

⁴ ebenda S. 492

⁵ ebenda S. 499

**„DIE GESCHICHTE ALLER BISHERIGEN GESELLSCHAFT IST
DIE GESCHICHTE VON KLASSENKÄMPFEN“**

Der einleitende Satz des ‚Manifest der Kommunistischen Partei‘ charakterisiert vor wie nach den Zustand der Gesellschaft, in der wir leben. Führt man sich das Ausmaß der durch Ausbeutung und Unterdrückung, durch Kriege, Raubzüge, Betrug und Erniedrigung immer wieder aufs neue reproduzierten Armut, des Elends und der chancenlosen Verzweiflung vor Augen wird verständlich, warum diese Gesellschaft alles andere als eine ‚menschliche‘ ist. Bei Marx und Engels findet sich aber noch eine Feststellung, die angesichts der in jüngster Geschichte und insbesondere angesichts der in der Gegenwart gemachten Erfahrungen besondere Aufmerksamkeit verdient. Der zweite Satz des Abschnitts I lautet: *„Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.“*¹

Bei einem Vergleich der Art und Weise der Austragung der Klassenkämpfe der frühbürgerlichen, bürgerlichen und der ersten proletarischen Revolutionen wird deutlich, dass diese im Wesentlichen durch den Einsatz der jeweils verfügbaren militärischen Kräfte ausgefochten wurden. Das war in den Bauernkriegen nicht anders als im Verlaufe der Französischen Revolution von 1789, wiederholte sich – mit unterschiedlichen Ergebnissen - in der Revolution von 1848 (in Deutschland durch den Einsatz des preußischen Militärs in der Reichsverfassungskampagne), in der Pariser Kommune, in der russischen Revolution von 1905, in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, den Bürger- und Interventionskriegen, in der Novemberrevolution von 1918 und in den danach ausgetragenen revolutionären Kämpfen. Doch bei der schon damals festgestellten Unterscheidung von *„bald verstecktem, bald offenem Kampf;“* sollte es nicht bleiben. Im selben Maße, in dem sich mit der fortschreitenden Entwicklung der sich wechselseitig bedingenden und zugleich einander ausschließenden Widersprüche zwischen den technologischen Grundlagen des Lebenserwerbes, der Entwicklung der Gesamtheit der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse, der Differenzierung der arbeitsteiligen und sozialen Grundlagen der gesellschaftlichen Entwicklung umgewälzt wurden, war auch eine sich fortschreitend Veränderung der taktischen und strategischen Vorgehensweise der einander gegenüber stehenden antagonistischen Klassenkräfte zu beobachten. Schon in dieser Phase waren die Auswirkungen einer reformistischen Deformierung der organisierten Arbeiterklasse spürbar. Aber mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in einem der in seiner kapitalistischen Entwicklung rückständigsten Länder wurden Prozesse ausgelöst, die untrennbar mit nachhaltigen Folgen für die weitere Entwicklung des Klassenkampfes verbunden waren.

¹ K. Marx, F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, a.a.O., S. 462

II REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION – FRONTALANGRIFF I: IMPERIALISTISCHER KRIEG / FASCHISTISCHER ÜBERFALL

Die Entwicklung der Ereignisse nach dem Verrat der Novemberrevolution durch die in dieser Phase an der Macht beteiligte rechte Führung der SPD ist ein Problemfeld, das ungeachtet der damit verbundenen Konsequenzen sowohl in der bürgerlichen als auch in der sich sozialistisch und/oder marxistisch verstehenden Geschichtsschreibung tunlichst gemieden wird. Zwar konstatiert Malanowski in einem Spiegel-Artikel durchaus zutreffend, dass *„der Sozialdemokrat Gustav Noske (bis heute) der umstrittenste Politiker seiner Partei und eine der umstrittensten Figuren der deutschen Zeitgeschichte (ist). Er ging als ‚Retter Deutschlands‘, ‚Arbeiterverschleicher‘ und ‚Bluthund‘ in die Geschichte ein“*.¹ Aber die viel weiter in die deutsche und in die Weltgeschichte hineinreichenden Konsequenzen dieses Verrates werden damit nicht einmal andeutungsweise erwähnt. Zweifelsohne kann der Absturz Deutschlands in die ungeheuren Verbrechen Hitlerdeutschlands nicht einzig und allein diesem Manne oder aber der Gruppe reformistisch-opportunistischer Funktionäre von SPD und USPD zugeschrieben werden. Das hieße, die unmittelbaren und direkten Beziehungen und Zusammenhänge zwischen führenden Kräften des deutschen Monopolkapitals und der NSDAP Führung und damit das eigentliche Klassenwesen dieser Partei und ihrer verbrecherischen Organisationen verkennen.

Aber genau so wenig kann ignoriert werden, dass es beim Ausbruch des ersten Weltkrieges nicht nur in Parteiführung und in Reichstagsfraktion der SPD, sondern auch in der Mitgliedschaft und in den Gewerkschaften mit dem Übergang zum Imperialismus nun auch in Teilen der deutschen Arbeiterbewegung Tendenzen zu beobachten waren, die es zunächst nur in England gegeben hatte. Engels hatte seinerzeit festgestellt, dass *„das englische Proletariat faktisch mehr und mehr verbürgert, so dass diese bürgerlichste aller Nationen es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat neben der Bourgeoisie zu besitzen...“*² Aber offensichtlich war es so, dass diese Erfahrung nicht nur für die englischen Verhältnisse zutreffend war. Auch in Deutschland war zu beobachten, dass sich *„ein Teil des Proletariats ... von Leuten führen (lässt), die von der Bourgeoisie gekauft sind oder zumindest von ihr bezahlt werden.“*³

Es war, ist und bleibt eigentlich müßig, wenn darüber räsoniert wird, ob leitende Funktionäre der Arbeiterbewegung und ihrer Partei aus unzureichender Kenntnis der marxistischen Erkenntnisse vom Klassencharakter der sozialökonomischen Entwicklung, aus Angst vor persönlichen Konsequenzen, als käufliche Dreigroschenjungen oder aber aus Naivität und wider besseres Wissen zum Verräter wurden. Aufschlussreich ist es trotzdem, wenn Gustav Noske zur Rechtfertigung seines Verrates in seinem

¹ W. Malanowski: Einer muss der Bluthund werden, Der Spiegel 28.3.1998, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13528846.html>

² daselbst

³ W.I. Lenin: Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (gemeinverständlicher Abriss), LW Bd. 22, Berlin 1960, S. 289

Pamphlet ‚Abwehr des Bolschewismus‘ behauptet, er sei der Meinung gewesen sei, dass Deutschland im Januar 1919 ‚unmittelbar vor der bolschewistischen proletarischen Diktatur‘ stand und die Folgen eines bolschewistischen Erfolges wie folgt beschreibt: *„Wie verheerend ein durchgreifendes Experiment nach russisch-bolschewistischem Muster in Deutschland für breiteste Volkskreise und die deutsche Volkswirtschaft gewirkt hätte, ist schwer vorstellbar. Millionenopfer an Menschenleben wären sicher gefordert worden.“*¹ Wer sich vor Augen führt, welche Folgen mit dem Handeln der Noske, Ebert, Scheidemann und ihresgleichen verbunden waren, kommt nicht umhin, deren Verantwortung für die ungeheuren Verbrechen zu begreifen die damals und seither im Namen des Antikommunismus begangen wurden und werden. Das, was da an jämmerlicher Angst vor einer erfolgreichen sozialistischen Revolution zur eigenen ‚Rechtfertigung‘ vorgeschoben wurde, war das hypothetische Geschwätz von Feiglingen und Verrätern, die durch ihren Verrat den Zugriff der Nazis zur Macht vorbereiteten und damit den Absturz in die Barbarei des Massenmordes und der Kriegsverbrechen einleiteten.

Aber erst, wenn man sich ferner vor Augen führt, welche Konsequenzen mit dem Fehlen einer Partei verbunden waren, die in den entscheidenden Momenten der Klassenauseinandersetzung an der Schwelle zum ersten Weltkrieg in der Lage gewesen wäre, die von einer Antikriegsbewegung erfassten revolutionären Massen zu organisieren wird das ganze Ausmaß dieser Tragödie erahnbar. Am ehesten lässt sich dieses vielleicht noch in einem Vergleich mit den Erfahrungen beschreiben, die den spanischen Maler Francisco de Goya unter dem Eindruck der aufeinander folgenden Kriege Spaniens gegen Frankreich und England zu seinem Capricho ‚Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer‘ veranlassten.

FASCHISTEN, SOZIALIMPERIALISTEN UND SOZIALFASCHISTEN REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION DER 20-IGER, 30-IGER UND 40-IGER JAHRE

Auch und gerade angesichts der Aktivität offen auftretender faschistischer und neofaschistischer Kräfte und ihrer rechtskonservativen Helfershelfer in Parlamenten, beim Militär, bei der Polizei, in Amtsstuben, Gerichtssälen und Strafanstalten: Es ist höchste Zeit, daran zu erinnern, dass der Faschismus nicht nur auf die Zeit von 1933 bis 1945 in Hitlerdeutschland, den damit untrennbar im Zusammenhang stehenden Völkermord des 2. Weltkrieges und nicht nur auf die Diktaturen in Italien, Österreich, Spanien und Ungarn zu reduzieren ist. Die deutsche Variante des Faschismus war kein singuläres Ereignis. Nicht nur in Spanien und Portugal, sondern auch in Griechenland, Paraguay, Chile, Argentinien und in einer Vielzahl anderer Staaten gab bzw. gibt es faschistische Diktaturen. Es gab und es gibt nicht nur in den USA, in Großbritannien, in Frankreich und anderen Staaten der einstigen Antihitlerkoalition auch überaus ernst zu nehmende offen und/oder verdeckt agierende rassistische, chauvinistische und faschistoide Machtgruppierungen. Dabei kann und darf weder

¹ G. Noske: Die Abwehr des Bolschewismus, in: Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928, Berlin 1928, S. 21

unterschätzt noch ignoriert werden, dass die größten Gefahren oft viel weniger von rechtsradikalen Radaubrüdern und offen auftretenden faschistoiden Banden, ‚Kameradschaften‘ und Parteien als vielmehr von jenen Kräften ausgeht, die unter der Tarnung bürgerlich-, liberal- oder aber christdemokratischer Firmierung in Dienststellen und Einheiten der Armeen, der Polizei, der Gerichte und Ämter tätig sind.

US-amerikanische Sicherheitsbehörden deckten schon 1934 auf, dass die reaktionärsten Kreise der Monopolbourgeoisie mit Hilfe der militärischen Organisation einer ‚Amerikanischen Legion‘ einen faschistischen Putsch gegen die Roosevelt-Administration und deren Politik des ‚New Deal‘ vorbereitete, ohne dass dies ein gerichtliches Nachspiel gehabt hätte.¹

Wer sich angesichts der aggressiven Politik der US-Regierungen und des in diesem Zusammenhang systematisch betriebenen Bruchs des Völkerrechts fragt, wo da der Unterschied zur Hitlerregierung lag, sollte diese historischen Hintergründe, ihre Fortwirkung und die diese Entwicklung tragenden Kräfte nicht aus den Augen verlieren. In der folgenden (unvollständigen) chronologischen Übersicht zur Entstehungsgeschichte faschistischer, profaschistischer, ‚nationalsozialistischer‘ und verwandter Organisationen wird deutlich, wie sich diese Pest organisierte:

1912 - in Leipzig wird unter Leitung von Hermann Pohl (der ‚Germanenorden‘ als Kommandozentrale einer völkisch/antisemitischen Bewegung gegründet ab 1916 Rudolf von Sebottendorf, alias Erwin Torre, (eigentlich Adam Alfred Rudolf Glauer (1875-1945)) Der Germanenorden war eine Tarnorganisation politischer Attentäter, wie der Mord an Matthias Erzberger (1875-1921) belegt. Die Attentäter, die im August 1921 den ehemaligen Reichsfinanzminister und Unterzeichner des Waffenstillstands von 1918 erschossen, gehörten wie ihr Auftraggeber Manfred von Killinger (1886-1944) dem Germanenorden an.

1917/18 - zum Jahreswechsel wird von Rudolf von Sebottendorf aus dem Germanenorden die Thule-Gesellschaft gegründet

1919 - Anton Drexler (1884-1942 Schlosser), Karl Harrer (1890-1926 Journalist und Reichsvorsitzender eines ‚Nationalsozialistischen Arbeitervereins in der Thule-Gesellschaft‘²) und Michael Lotter (konterrevolutionärer Matrose und für 10.000 Mark gekaufter Mitbeteiligter an der Ermordung des bayrischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner³) gründeten in München auf Veranlassung des Dr. Paul Tafel (1872-1953, Spitzenfunktionär des ‚Alldeutschen Verbandes‘, Direktoriumsmitglied der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Vorstandsmitglied des Bayerischen Industriellenverbandes und Mitglied der Thule-Gesellschaft) die ‚Deutsche Arbeiterpartei (DAP)‘

- Adolf Hitler (1889-1945) nahm im September 1919 auf Weisung seines Reichswehrkommandeurs Kontakte zur DAP auf und wurde dort Propagandabbeauftragter
- nach der Niederschlagung der Ungarischen Räterepublik errichtet der Kriegsminister der konterrevolutionären Regierung Nikolaus Horthy von Nagybánya (1868-1957) eine Militärdiktatur

¹ Siehe: Redaktionskollegium: Geschichte der neuesten Zeit Teil I 1917-1939, Berlin 1961, S. 191ff

² K. Pätzold, W. Weißbecker: Hakenkreuz und Totenkopf – Die Partei des Verbrechens, Berlin 1981, S. 23

³ ebenda

- Benito Mussolini (1883-1945) gründet nach dem Scheitern der Sozialistischen Internationale beim Ausbruch des ersten Weltkrieges mit der ‚Fascio di combattimento‘ (Kampfbund) die erste faschistische Organisation Italiens.
- 1920 - Die DAP wird auf Hitlers Drängen in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) umbenannt. Seit Dezember verfügte die NSDAP mit dem 1918 von der Thule-Gesellschaft übernommenen ‚Münchner Beobachter‘ (neuer Name ‚Völkischer Beobachter‘) über eine eigene Wochenzeitung.
 - nach dem Kapp-Putsch vereinigt der ‚Bayerische Ordnungsblock (BOB)‘ rund 40 völkisch-nationalistische Organisationen und bis zu 50.000 Mitglieder.
 - mit 21 Abgeordneten zieht Mussolini in das italienische Parlament ein.
 - Hitler wird Vorsitzender der NSDAP.
 - unter dem Eindruck des faschistischen Marsches auf Rom ernennt Italiens König Viktor Emanuel III. (1869-1947) Mussolini zum italienischen Ministerpräsidenten
- 1923 - Nach der Weigerung v. Lossows (1868-1938, Kommandeur der bayerischen Reichswehrdivision), einen Auftrag des Reichswehrministers Geßler zur Durchsetzung eines Verbots der NSDAP auszuführen und seiner nachfolgenden Amtsenthebung unterstellte der diese Division seinem Kommando. – Hitler und Teile der NSDAP nutzten dies, um die bayrische Regierung zum Sturz der Reichsregierung zu drängen und eine eigene Regierung auszurufen. Aber die im Bürgerbräukeller (8.11.) mit dem Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, dem bayrische Reichswehreinheiten unterstanden (1862-1934 in Dachau ermordet) über eigene Putschpläne verhandelnden Politiker ließen sich nicht auf dieses Vorhaben ein... Am 9.11. kam es beim ‚Sturm auf die Feldherrnhalle‘ zum Schusswechsel zwischen dem Naziaufgebot () und der Polizei, bei dem 16 Putschisten, 4 Polizisten und ein Unbeteiligter ums Leben kamen.
 - In Absprache mit König Alfons XIII. errichtete Miguel Primo de Rivera, Marqués de Estella (1870-1930) in Spanien eine über sechs Jahre währende Militärdiktatur.
 - die Ermordung des Generalsekretärs der Sozialistischen Partei Italien Giacomo Matteotti (1885-1924) durch die Faschisten führt zum Auszug der sozialistischen und kommunistischen Opposition aus dem Parlament – der Aufruf der Kommunisten zum Sturz Mussolinis scheitert. Mussolini errichtet ein diktatorisches faschistisches Regime
 - in Polen übernimmt Marschall Józef Klemens Piłsudski (1867-1935) mit einem Staatsstreich unter Beibehaltung von Verfassung und Parlament ein autoritäres Regime.
 - in Portugal wird von Gomes de Costa (1863-1929) und General António Óscar de Fragoso Carmona (1869-1951) eine Diktatur errichtet.
 - in Frankreich entwickelt sich unter dem Obersten comte François de La Rocque de Severac (1885-1946) aus der ehemaligen Frontkämpferorganisation ‚Croix de Feu‘ (Feuerkreuzler) eine faschistische Kampftruppe.
 - in Rumänien wird von Corneliu Zelea Codreanu (Zilinski) (1839-1938) die nationalistische ‚Legion Erzengel Michael‘ gegründet.
 - in Österreich entwickeln sich die ‚Heimwehren‘ zu einer am Vorbild des italienischen Faschismus orientierten politischen Kampforganisation.
 - im italienischen Ausland gründet Ante Pavelić (1889-1959) mit der ‚Ustascha‘ eine radikale Organisation kroatischer Nationalisten.
 - in Belgien gründet Léon Degrelle (1906-1994) im Kontext der französisch-flämischen Konflikte die rechtsradikale ‚Rexbewegung‘ (‚Mouvement National Rexiste‘).
 - in Rumänien entsteht auf der Basis der ‚Legion Erzengel Michael‘ die nationalistisch-antisemitische ‚Eiserne Garde‘ (Garda de Fier).
- 1931 - In den Niederlanden wird von Anton Adrian Mussert (1894-1946) und Cornelius van Geerken (1901-1979) die Nationaal-Socialistische Beweging (NSB) gegründet.
- 1932 - António de Oliveira Salazar (1889-1970) bildet als Ministerpräsident Portugals der ständisch-autoritären Verfassung von 1933 den profaschistischen ‚Estado Novo‘.

- in Großbritannien gründet Sir Oswald Ernald Mosley, 6th Baronet (1896-1980) die ‚British Union of Fascists‘.
- Gustav Celminš (1899-1968) gründet die von der lettischen Regierung verbotene faschistische Bewegung ‚Feuerkreuz‘ (*Ugunskrusts*)
- Gründung der Nationalsozialistische Bewegung Chiles (Movimiento Nacional-Socialista de Chile (MNS) durch den in Deutschland ausgebildeten General Francisco Javier Diaz.
- in Deutschland wird Hitler mit Unterstützung der Monopole und Großgrundbesitzer von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt – schon vor der Organisation des Reichstagsbrandes wird von der SA ein Terrorregime gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, bürgerliche Oppositionelle und Juden errichtet.
- in Litauen errichtet A. Smetona (1874-1944) mit einem militärischen Staatsstreich ein pro-faschistisches Regime.
- in Österreich gründet Engelbert Dollfuß (1892-1934) eine nach dem Führerprinzip organisierte ‚Vaterländische Front‘.
- in Norwegen gründet der Offizier und Kriegsminister Vidkun Quisling (1887-1945) mit der ‚Nasjonal Samling‘ eine faschistische Partei.
- in der ČSR gründet Konrad Henlein (1898-1945) die ‚Sudentendeutsche Heimatfront‘.

Schon lange bevor die NSDAP in Deutschland an die Macht gebracht wurde gab es ein Netzwerk internationaler Kontakte. Diese Beziehungen wurden durch das ‚Außenpolitische Amt der NSDAP‘ zu einem weltumspannenden Bündnis nationalistischer, antisemitischer, antikommunistischer, insbesondere antisowjetischer Gruppierungen, Parteien und Feme-Organisationen ausgebaut. Dazu gehörten russische Emigrantenorganisationen mit Sitz in der Türkei, in Belgrad, Prag, Wien, Paris und London. Hier trafen sich die Interessen der reaktionärsten Kräfte aus aller Herren Länder mit denen der imperialistischen Geheimdienste. Zu Partnern dieser ‚Internationale‘ gehörten nicht nur Vertreter der faschistischen Regime Italiens, Ungarns, Polens, der baltischen Republiken, Finnlands sondern auch solche, die noch nicht an der Macht waren. Vertreter der IRA waren hier ebenso anzutreffen, wie schottische, baskische, bretonische und andere Nationalisten. Kristallisationskern waren Gruppen, die sich mit der ‚Pflege deutschen Brauchtums‘ beschäftigten. Unter diesem Deckmantel entstanden militante Organisationen, die einen zunehmend aggressiven deutschen Nationalismus vertraten, damit Druck auf die Angehörigen der deutschen nationalen Minderheiten ausübten und mit separatistischen Forderungen gegen andere Bevölkerungsgruppen vorgingen. Solche Organisationen entstanden nicht nur in Gebieten, die einmal zum Deutschen Reich gehört hatten, sondern auch in den baltischen Republiken, in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn, Rumänien, in Jugoslawien, an der Wolga und anderen Siedlungen der Russlanddeutschen, in süd- und nord-amerikanischen Siedlungsgebieten deutscher Auswanderer und in den ehemaligen deutschen Kolonien. Wo sich deutsche Aussiedler niederließen wurden Organisationen gebildet, die sich nicht nur auf die Förderung und Verbreitung nationalen Brauchtums beschränkten sondern vielmehr mit der Verbreitung chauvinistischer, rassistischer, antikommunistischer und faschistischer Ideen und der militärischen Ausbildung von Kampfgruppen und dem Aufbau von Spionagenetzen befasst waren.

Nicht nur in den Niederlanden, in Belgien, Luxemburg, Frankreich und Großbritannien bestehende faschistische und profaschistische Organisationen erhielten von Rosenbergs ‚Amt‘ großzügige finanzielle und materielle Unterstützung. Unter dem Deckmantel des Kampfes um bürgerlich demokratische Rechte gedieh das flächendeckende Netzwerk der fünften Kolonne. Wie weit dessen Einfluss gediehen war wurde erst im Verlauf und nach der Okkupation deutlich. Dabei ging es längst nicht mehr nur um die Auslösung von Panik oder um Verbreitung defätistischer Gerüchte. Mit Spionage, Sabotage- und Diversionsakten wie der Unterbrechung von Telefonverbindungen, der Verhinderung von Brückensprengungen und durch gezielte und systematische Behinderung der Streitkräfte des eigenen Landes wurde der Einmarsch der Wehrmachtsverbände von der ‚fünften Kolonne‘ vorbereitet. So entstanden Keimformen der Kollaboration, in die im Laufe der Okkupation ausgewählte Gruppen der jeweiligen Landesbevölkerung einbezogen wurden.

Besonderes Interesse verdient dabei die Sektion Ost dieser ‚Internationale‘, deren Einsatzgebiet die UdSSR war. Unter Leitung des Fürsten Obolenski wurde in Berlin die ‚Russische vereinte nationalsozialistische Partei‘ (Ронд) gegründet.¹ Nachdem Hoffnungen der konterrevolutionären Emigranten auf Unterstützung durch Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands an der Realität der wirtschaftlichen Interessen gescheitert waren, wurden nicht nur Anhänger Denikins, Koltschaks und Wrangels sondern auch ukrainische, georgische und andere Nationalisten in die Vorbereitung des antibolschewistischen Feldzuges einbezogen. Schon 1924 gab es in Serbien einen Versuch, eine ‚Russische faschistische Partei‘ zu gründen. 1926 wurde die ‚Arbeiter und Bauern Kosaken Opposition der Russen‘ kurz: ‚Russische Faschisten‘ gegründet. Und in den zwanziger Jahren entstanden in der russischen Emigration 15 größere politische Organisationen mit mehr als 40.000 Mitgliedern, die sich als ‚faschistisch‘ oder ‚nationalrevolutionär‘ bezeichneten und verstanden.²

Dass das nicht ohne Folgen blieb, zeigte sich nicht nur in der Mitarbeit russischer Emigranten in der Wehrmacht. Ein H. Schneider berichtet über einen ‚Aufstellungsstab der Ostlegionen‘, dem er seit Sommer 1942 angehörte. Dort ist von einer ‚Turkestanischen Legion‘ mit Turkmenen, Turkestanern, Kalmüken, Kasachen, Usbeken, Kirgisen, Tadschiken und anderen moslemischen Völkern, einer ‚Wolgatatarischen Legion‘ mit der Bergkaukasischen Legion mit Karatschaiern, Karbadinern, Tscherkessen und anderen nordkaukasischen Völkern, einer ‚Georgischen Legion‘ mit Georgiern, Inguschen, Ossetinern, Abchasen, Chewsuren und anderen südkaukasischen Völkerschaften sowie einer ‚Armenischen Legion‘ und einer ‚Aserbeidschani-schen Legion‘ mit Dagesthanern und Aserbeidschanern die Rede.³

¹ Э. Генри: Гитлер над Европой? Гитлер против СССР (Ernst Henri: Hitler über Europa? – Hitler gegen die UdSSR), Moskau 2004, S. 107ff

² С. и. Е. Рыбас: Сталин судьба и стратегия – том 1, Moskau 2007, (S. u. E. Rybas: Stalin- Schicksal und Strategie, Band 1, Moskau 2007, S. 491

³ H. Schneider 3787 Tage - unter Stalins Knute, unter: http://209.85.129.104/search?q=cache:ЕрсАхсQG_LcJ:kazachestvo.org/PORTAL/request.php%3F54+Rittmeister+zur+M%C3%BChlen+Estland&hl=de&ct=clnk&cd=&gl=de&client=firefox-a

- 1934 - in Lettland bereitet General Hopper unter Leitung von Kārlis Ulmanis¹ (1877-1942) einen faschistischen Staatsstreich der ‚Donnerkreuzler‘ und der ‚baltischen Bruderschaft‘ vor.
- in Estland entsteht eine estnische nazistische Partei unter Leitung des Rittmeisters zur Mühlen – mit ihrer Hilfe errichtet Konstantin Päts (1874-1956) ein profaschistisches Regime.
 - während eines durch österreichische SS-Angehörige organisierten nationalsozialistischen Umsturzversuches wird Bundeskanzler Dollfuß ermordet.
 - in Bulgarien regiert Zar Boris III. (1894-1943) nach einem Militärputsch autoritär durch persönliche Beauftragte.
 - in Spanien gründen der Anwalt Jose Primo de Rivera (1903-1936), der Pilot Julio de Alda (1897-1936) und der Schriftsteller Alfonso Valdecasas (1904-1993) die ‚Falanga Española‘.
- 1935 - zur französischen ‚Croix de Feu‘ gehören 260.000 Mitglieder, nach Auflösung der ‚Croix de Feu‘ schließen sich deren Mitglieder der faschistischen ‚Parti social français‘ an.²
- Ungarn gründet Ferenc Szálasi (1897-1946) die rechtsextreme Hungaristenbewegung ‚Partei des Willens der Nation‘ die späteren ‚Pfeilkreuzler‘.
- 1936 - der von der spanischen Volksfrontregierung in die Verbannung geschickte General Francisco Franco (1892-1975) putscht mit Unterstützung der spanischen Falange und errichtet mit Hilfe Italiens und Deutschlands nach einem Bürgerkrieg ein faschistisches Regime.
- 1937 - Verbot der ‚Parti social français‘.
- Die ‚Falanga Española‘ schließt sich mit den traditionalistischen Karlisten zur ‚Falanga Española Traditionalista y de las J.O.N.S.‘ zusammen.
- 1940 - Rumänien General Ion Antonescu (1882-1946) errichtet eine profaschistische Militärdiktatur.
- nach dem Überfall auf die Niederlande unterstützt die von Anton Adrian Mussert ‚Nationaal-Socialistische Bewegung‘ (NSB) den Nazi-Reichskommissar Seyß-Inquart (1892-1946).
- 1941 - die von Léon Degrelle gegründete belgische ‚Wallonische Legion‘ kämpft auf Seiten der Waffen-SS gegen die UdSSR.

Ohne aktive Unterstützung durch die einflussreichsten Kreise des jeweiligen nationalen Großkapitals, der Großgrundbesitzer, der Polizei, der Justiz und der Militärs wäre diese Entwicklung nicht möglich gewesen. Was in der Innenpolitik davon betroffener Staaten zur fortschreitenden Liquidierung der Reste der bürgerlichen Demokratie führte, wirkte sich auch in der Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen aus: Ohne die aktive Unterstützung durch britische, französische und US-amerikanischen

¹ dazu: dessen Großneffe Guntis Ulmanis (1939 -) war von 1993-1999 Staatspräsident Lettlands

² dazu: Welche Bedeutung diese Organisation damals hatte, wurde von Georgi Dimitroff wie 1935 folgt charakterisiert: *„Die stärkste faschistische Organisation „Feuerkreuzler“ verfügt gegenwärtig über 300.000 bewaffnete Leute, deren Kern 60.000 Reserveoffiziere bilden. Sie hat starke Positionen in der Polizei, in der Gendarmerie, in der Armee, in der Luftflotte, im gesamten Staatsapparat. Die letzten Gemeindewahlen zeigen, dass in Frankreich nicht nur die revolutionären Kräfte, sondern auch die Kräfte des Faschismus zunehmen. Wenn es dem Faschismus gelingt, in die breiten Bauernmassen einzudringen und sich die Unterstützung eines Teiles der Armee bei Neutralität des anderen zu sichern, dann werden die französischen werktätigen Massen den Machtantritt der Faschisten nicht verhindern können.“* Siehe: G. Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale, unter: <http://www.marxists.org/deutsch/referenz/dimitroff/1935/bericht/ch2a.htm>

Monopole (Deterding, General Motors, Ford, Bush u.a.) hätte es weder die Besetzung des Rheinlandes, noch den ‚Anschluss‘ Österreichs, weder die Besetzung des Sudestengebietes, noch den Verrat von München und auch nicht den kampflosen Einmarsch der Wehrmacht in die ‚Resttschechoslowakei‘ gegeben. Die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges durch das deutsche Monopolkapital fand bei den sich bürgerlich demokratisch gebärdenden politischen Interessenvertretern des Monopolkapitals schon deshalb aktive politische und diplomatische Unterstützung, weil deren Interessen auf das engste mit denen der deutschen Rüstungsindustrie verflochten waren. Dabei ging es nicht nur um die zu General Motors gehörenden Opel-Werke in Rüsselsheim. Längst steht fest, dass IBM, Dow Chemical, und eine Vielzahl weiterer US-Firmen über Aktienanteile, durch Lizenzvergabe und andere geschäftliche Beziehungen bei IG-Farben und anderen unmittelbar beteiligt waren.¹

Wenn man sich darüber hinaus fragt, wer jene waren, die an die Spitze nationalistischer, chauvinistischer und faschistischer Organisationen standen, werden die Hintergründe dieses Szenarios umso deutlicher. Vergleicht man die biografischen Angaben führender Köpfe faschistischer Bewegungen in Rumänien, Frankreich, Belgien, Italien, den Niederlanden, Spanien, Portugal, Polen, Ungarn, Österreich, Deutschland, Estland, Litauen, Finnland, Lettland, Kroatien, Albanien und Großbritannien und das politische Profil der von ihnen geleiteten Organisationen werden aufschlussreiche Details sichtbar: Admiral Miklós Horthy, Generalstabsoffizier Ion Antonescu und die rumänische ‚Eiserne Garde‘, der Jurist Léon Degrelle und die belgische ‚Mouvement National Rexiste‘, der Jurist Engelbert Dollfuß und die ‚Vaterländische Front Österreichs‘, der Ingenieur Anton Adriaan Mussert und die ‚Nationaal-Socialistische Beweging in Nederland‘, der Grundschullehrer und Journalist Benito Mussolini und die ‚Partito Nazionale Fascista‘, der Professor für Nationalökonomie António de Oliveira Salazars und die ‚Legião Portuguesa‘, der Jurist Konstantin Päts und der ‚Estonische Bund der Freiheitskämpfer‘, der Offizier Gustavs Celmiņš und die lettische ‚Pērkonkrusts‘, der General Francisco Franco und die spanische ‚Falange‘, der Offizier und Diplomat Vidkun Quisling und der gescheiterte Kunstmaler Adolf Hitler und die ‚Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei‘ waren bei all ihrer Unterschiedlichkeit nicht nur dadurch verbunden, dass sie die Macht mit bewaffneten Staatsstreich an sich gerissen hatten. Für den Franzosen François de La Rocque und die ‚Croix de Feu‘ und Sir Oswald Mosley und die ‚British Union of Fascists‘ trifft dies nur deshalb nicht zu, weil deren Putschversuche scheiterten. Aber ungeachtet der Unterschiede in Herkunft und Klassenzugehörigkeit waren alle diese Personen und die von diesen geführten politischen Organisationen durch einen ausgeprägt chauvinistischen Nationalismus, vor allem aber durch einen militanten Antikommunismus geprägt. Das politische Spektrum dieser faschistischen Machthaber ist durch eine breit gefächerte Gemengelage von Karrieristen, Abenteurern, gewöhnlichen Kriminellen, Militaristen und Chauvinisten aller Couleur geprägt. Vom entwurzelten Lumpenproleten über Abkömmlinge des kleinbürgerlichen Mittelstandes bis zu Adelsprösslingen ist alles

¹ E. Black: IBM und der Holocaust - Die Verstrickung des Weltkonzerns in die Verbrechen der Nazis (Aktualisierte Taschenbuchausgabe), Berlin 2001, S. 610

vertreten, was in seinem Streben nach politischer Karriere weder Hemmungen noch Rücksichten kannte.

Bemerkenswert ist aber nicht nur der Umstand, dass Mussolini, Quisling, Mosley, der polnische Diktator Piłsudski aber auch Goebbels und die Brüder Gregor und Otto Strasser zu Beginn ihrer politischen Entwicklung Anhänger sozialistischer Organisationen und Parteien waren.¹ In diesem Zusammenhang ist auch auf die Tatsache hinzuweisen, dass es in allen diesen Parteien neben einem Kern rechtskonservativer zutiefst reaktionärer Klassenkräfte eine nicht zu unterschätzende Zahl von Angehörigen der ausgebeuteten Klassen und Schichten gab. Das war und ist durchaus nicht nur auf das besonders stark ausgeprägte Karrierestreben und/oder die Bildungsferne von lumpenproletarischen Elementen der Arbeiterklasse zurück zu führen. Solche Reaktionen waren in vielen Fällen nachweisbar eine direkte Folge des von reformistischen und opportunistischen Führungen der Sozialdemokratie betriebenen Verrats der Revolution. Für die faschistischen Demagogen war es ein Leichtes, die Enttäuschung über diesen Betrug mit ihren verlogenen Ankündigungen über die *„Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Brechung der Zinsknechtschaft; .. restlose Einziehung aller Kriegsgewinne; die Verstaatlichung aller Betriebe; Gewinnbeteiligung an Großbetrieben; den großzügigen Ausbau der Alters-Versorgung; die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen; eine unseren nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation; rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen.“*² Nicht wenigen erschien dies die Alternative zu den gebrochenen Versprechungen der rechten Führer der Sozialdemokratie zu sein. Und viele sahen nach eigener Verstrickung in die im Namen dieser vermeintlichen Ziele begangenen Verbrechen keinen Ausweg und nicht wenige blieben und versanken immer tiefer in das nun mit ihrer Beteiligung entstandene System schwerster Verbrechen aller Art.

In diesem Kontext ist auf Zusammenhänge hinzuweisen, die Lenin schon im Inkubationsstadium dieser Entwicklung festgestellt und analysiert hatte. In seiner Auseinandersetzung mit den Entwicklungsproblemen des imperialistischen Stadiums der Entwicklung des Kapitals kam er unter anderem auch zu folgender Feststellung: *„Die imperialistische Ideologie dringt auch in die Arbeiterklasse ein. Diese ist nicht durch eine chinesische Mauer von den anderen Klassen getrennt. Wenn die Führer der heutigen sogenannten ‚sozialdemokratischen‘ Partei Deutschlands mit Recht ‚Sozialimperialisten‘ genannt werden, d. h. Sozialisten in Worten, Imperialisten in der Tat, so hat Hobson bereits 1902 in England das Vorhandensein von ‚Fabier-Imperialisten‘ festge-*

¹ K. Hesse: Faschismus und Neonazis, Hintergründe, Wirkungsmechanismen, Ideologie und Praxis, Leipzig 2008, S. 5-19

² Auszüge aus dem ‚Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei‘, München, den 24. Februar 1920

stellt, die der opportunistischen ‚Gesellschaft der Fabier‘ angehören.“¹ Die Auswirkungen dieser Entwicklung beschränkten sich durchaus nicht nur auf die Verhaltensweisen der in politischer Verantwortung stehenden Funktionäre der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften, sie hatten eine soziale Basis innerhalb der Arbeiterschaft, in der Arbeiterbewegung und auch in den Parteien der Arbeiterklasse: „Jetzt steht das Bündnis des zaristischen Imperialismus mit dem fortgeschrittenen kapitalistischen europäischen Imperialismus auf der Basis ihrer gemeinsamen Unterdrückung einer Reihe von Nationen dem sozialistischen Proletariat entgegen, das in ein chauvinistisches, ‚sozialimperialistisches‘ und ein revolutionäres Proletariat gespalten ist.“² Nicht weniger deutlich beschrieb er die Konsequenzen dieses Differenzierungsprozesses für die Rahmenbedingungen des Klassenkampfes: „Damals ging es vor allen Dingen ‚gegen den Zarismus‘ (und gegen einige von ihm in antidemokratischer Richtung ausgenutzte Bewegungen kleiner Nationen) und für die zu den großen Nationen gehörenden revolutionären Völker des Westens. Jetzt geht es gegen die ausgerichtete Einheitsfront der imperialistischen Mächte, der imperialistischen Bourgeoisie, der Sozialimperialisten, für die Ausnutzung aller nationalen Bewegungen gegen den Imperialismus im Interesse der sozialistischen Revolution.“³

In diesem Kontext vermittelt Richard Sorges Analyse der Entwicklung des neuen deutschen Imperialismus nach dem ersten Weltkrieg einen tiefen Einblick in die Entwicklung der Klassenstruktur und der Klassenauseinandersetzungen. In dieser Phase wurden die Störungen der ökonomischen und organisatorischen Basis des deutschen Imperialismus weitgehend überwunden. Das deutsche Kapital war wieder ein „*ernster Faktor im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf der verschiedenen kapitalistischen Gruppierungen geworden,*“ dessen Bedeutung im Konflikt der imperialistischen Großmächte mit der Sowjetunion auch weltpolitisch an Gewicht gewann.⁴

Schon mit seinen einleitenden Bemerkungen macht Sorge deutlich, dass die Analyse der Entwicklung des Imperialismus nicht aus der Perspektive einer ein für allemal fixierten Tatsache erarbeitet werden kann. Für ihn sind die „*ökonomischen Voraussetzungen ... oder auch diese ökonomische Basis*“ vorhanden, wenn die kapitalistische Entwicklung folgende Wesenszüge aufweist: „*1. Monopole auf der Grundlage einer hohen Konzentration der Produktion und des Kapitals, 2. Finanzkapital (Verschmelzung des monopolisierten Bankkapitals mit dem Kapital der konzernierten Industrie) und Finanzoligarchie, 3. Kapitalexpert (dem der Warenexport an Bedeutung nachsteht), 4. Teilnahme an den internationalen monopolistischen Kapitalistenverbänden, die die Welt unter sich teilen und 5. Beteiligung an der territorialen Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte.*“ Zugleich weist er darauf hin, dass die wichtigsten Wesenszüge des Imperialismus „*nicht alle in ... in sozusagen klassischer Form vorhanden sein*“ müssen, dass sie bezogen auf einen einzelnen Staat „*bald*

¹ W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, gemeinverständlicher Abriss, LW Bd. 22, a.a.O., S. 290 (Unterstreichung K.H.)

² Ebenda S. 249f (unterstrichen im Original kursiv)

³ Ebenda S. 250

⁴ R. Sorge: Der neue deutsche Imperialismus, Berlin 1988, S. 5

*stärker, bald schwächer in Erscheinung treten, bald das eine Merkmal zeitweilig verschwindet oder unter spezifischen Formen auftritt.*¹

Seine Untersuchung der Entwicklung der ‚kapitalistischen Schichten‘ und der ‚anti-imperialistischen Klassen und Schichten‘ dient als Ausgangspunkt einer Analyse der deutschen Innenpolitik und ihrer künftigen Entwicklung. Sorge unterscheidet das monopolistische Finanzkapital, den großagrarisches-kapitalistischen Flügel und den nicht-monopolistischen Flügel der weiterverarbeitenden Industrie als drei Abteilungen der kapitalistische Schichten, in denen *„imperialistische Varianten ... ganz deutlich nachweisbar sind.*“² Er verweist aber nicht nur auf die in dieser Differenziertheit vorgeprägten Interessenunterschiede, sondern auch darauf, dass diese Unterschiede in der imperialistischen Einstellung von den einen *„eleganter, diplomatischer, ... englischer“*, von anderen *„verhältnismäßig klobig, groß“*, von dritten *„propagandistisch vorbereitet“* vertreten werden.³ Aber in der Sache waren sich beide Gruppierungen einig: Beiden war *„der ausgesprochene Wille zur Durchsetzung einer neuen imperialistischen Politik gemeinsam, ebenso wie der Wille zu einer immer selbständigeren Rolle Deutschlands in der Weltpolitik und einer wachsenden Machtposition des deutschen Imperialismus. ... Der schwerindustrielle Teil hat für seine Politik den feudal-großagrarisches Flügel herangezogen.*“⁴ Den dritten Teil charakterisiert er als außerordentlich ziellos, korrupt und schwach. Links von Stresemann reicht er *„herunter bis zur Sozialdemokratie“*. Er sei *„kein ausgesprochen imperialistischer Flügel ... Teile davon sind sogar eigentlich, wenn sie genug Rückgrat besäßen, antiimperialistisch eingestellt.“*⁵ Sie seien *„imperialistisch unzuverlässig. Auf der Grundlage einer zurückgebliebenen kapitalistischen Basis, nicht selbst Träger des Finanzkapitals, ist sie freihändlerischen Ideen vermischt mit imperialistischem Appetit nach neuen Absatzmärkten zugänglich.“*⁶

In seiner Unterscheidung der antiimperialistischen Klassen und Gruppen geht Sorge zunächst auf das Kleinbürgertum, danach auf die Kleinbauernschaft und erst abschließend auf die Arbeiterschaft ein. Er unterscheidet vier Teile des Kleinbürgertums: Erstens die ruinierten offen antikapitalistisch und antiimperialistisch Gewordenen; zweitens Geschäfts- oder Hausbesitzer, die Teile ihres Vermögens herüber gerettet haben und *„durchaus noch kapitalistisch und national eingestellt, aber gleichzeitig ... ziemlich stark erschüttert“* sind; drittens die durch stärkere Einbeziehung in den großkapitalistischen Produktionsprozess *„stramm national und am Imperialismus“* interessierten und viertens *„die absolut entwurzelten Elemente, deren Zusammenbruch in jeder Beziehung nur durch die Anklammerung an die faschistische Ideologie aufgehalten werden kann.“*⁷

¹ ebenda S. 11

² ebenda S. 117

³ ebenda S. 118

⁴ ebenda S. 119

⁵ ebenda S. 120

⁶ ebenda S. 121

⁷ ebenda S. 123

Die Folgen des differenziert voranschreitenden Zersetzungsprozesses sind durchaus *„nicht immer ... zugunsten des Proletariats. Wenn diese Zersetzung auch im großen Ganzen das Gefolge des Finanzkapitals im Vergleich zur Vorkriegszeit quantitativ schwächt, so wird andererseits ein Teil des zersetzten Kleinbürgertums zu einem qualitativ gefährlicheren Feind für das Proletariat. Der faschistisch gewordene Flügel des Kleinbürgertums in seiner konterrevolutionären Potenz doch immerhin bedeutsam und wiegt durch seine organisatorische Zusammensetzung bis zu einem gewissen Grad den Verlust breiter kleinbürgerlicher Schichten für das Finanzkapital auf.“*¹

Im Unterschied dazu sei die Zersetzung der Bauernschaft und speziell des Kleinbauern­tums in Bezug auf ihre politische Einstellung erst ganz in den Anfängen bemerkbar. Der Adel ist nicht mehr der gottgewollte Führer, Teile der Bauernschaft *„lassen sich lieber von einer roten Regierung zu Tode regieren, als dass (sie) unter der Leibeigenschaft der mecklenburgischen Großgrundbesitzer leben' wollen“* und das Landproletariat ist noch viel deutlicher in Gärung.²

In der Arbeiterschaft zeige sich ganz besonders deutlich, dass *„der deutsche Imperialismus nicht in der Lage ist, das Proletariat an den Erfolgen des imperialistischen Aufbaus teilnehmen zu lassen.“* Die entscheidende Frage formuliert Sorge wie folgt: *„... wird das deutsche Kapital in der Lage sein, seine Arbeiterschaft wie vor dem Kriege in breitem Umfange an der imperialistischen Entwicklung des deutschen Kapitals zu beteiligen? Oder wird gerade in der Unmöglichkeit einer solchen Beteiligung breiter Schichten durch Verbesserung ihrer Lebenslage eine nicht bloß wirtschaftliche und politische, sondern auch soziale Eigenart des stagnierenden Charakters des neuen deutschen Imperialismus zum Ausdruck kommen?“*³ Die Tendenz seiner Vermutung wird dadurch markiert, dass die mit der Schutzzollpolitik und den Dumpingpreisen der deutschen Monopole verbundenen wirtschaftlichen Erfolge *„schon seit Anfang 1926 (auf eine) bemerkbare Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft“*⁴ zurückzuführen sind.

Vor diesem Hintergrund analysiert Sorge die Veränderungen innerhalb der Arbeiteraristokratie. Unter dieser versteht er *„Arbeiterschichten, die einmal über dem Durchschnitt der breiten Masse der Arbeiterschaft in ihren Lohnbezügen sich befinden und gleichzeitig solche, bei denen der Unterschied zwischen gelernten und ungelernten ebenso erheblich größer ist als bei anderen Kategorien.“*⁵ Aber schon in diesem Zusammenhang weist er anhand statistischer Daten zur Entwicklung der Durchschnittsreallöhne bei gelernten und ungelernten Arbeitern nach, dass es eine Tendenz zur Verminderung dieser Differenz gibt. Aber nicht nur daraus schließt er, dass *„die Arbeiteraristokratie im Schwinden ist“*. Das sieht er auch im Zusammenhang mit der Tatsache, dass es durch das Eindringen eben noch kleinbürgerlicher, insbesondere

¹ ebenda S. 124

² ebenda S. 126

³ ebenda S. 132

⁴ ebenda S. 133

⁵ ebenda S. 136

aber auch faschistischer Elemente zu Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung kommt.¹

Diese Überlegungen werden nach kurzen Ausführungen zur Innenpolitik mit hier erkennbaren Konsequenzen für das Kleinbürgertum und die Arbeiterschaft fortgesetzt. Nach der Beobachtung, dass versucht wird, die Bedürfnisse „*einer dünnen Schicht .. Hausbesitzer, Verwaltungs- und Justizbeamte*“ zu befriedigen, konstatiert er, dass „*die Monopolisierung und die Rationalisierung eine Vergrößerung des technischen und kaufmännischen Apparates mit sich bringt.*“ Dem folgt die Feststellung, dass der faschistisch eingestellte Teil des Kleinbürgertums durch die Finanzierung faschistischer Organisationen an das Finanzkapital gebunden wird. Und schließlich folgt: „*Die Stärke der alten faschistischen Bewegung in Italien und der faschistischen Bewegung 1923 beruhte ja gerade darauf, dass der Faschismus dem Kleinbürgertum als eine vom Finanzkapital unabhängige, über den Parteien stehende, mit revolutionären Tendenzen behaftete ganz neue Bewegung*“ erschien. Sorge verweist auf die schwere Krise, die in Italien mit dem Übergang des Faschismus in das finanzkapitalistische Lager verbunden war und macht darauf aufmerksam, dass das „*in Deutschland der Ausgangspunkt der faschistischen Bewegung zu werden*“ scheint.²

Im Kapitel IV setzt sich Sorge mit der Stellung der II. Internationale und der deutschen Sozialdemokratie zum Imperialismus und speziell zum neuen deutschen Imperialismus in der Nachkriegszeit auseinander. Er erinnert daran, dass Kautsky zwar gegen Erscheinungen des Imperialismus auftrat, „*ohne aber das Problem des Imperialismus im ganzen richtig zu stellen.*“ Und er verweist auf Hilferding, der einst eine klare Stellung zum Imperialismus bezogen hat.³ Insgesamt aber sei die von Kautsky entwickelte These vom Überimperialismus die „*eigentliche Basis der heutigen Theorie der II. Internationale.*“⁴ Das versucht Hilferding nachzuweisen, indem er behauptet, dass sich der Imperialismus „*nach dem Krieg durchaus verändert hat.*“ Diese These ist nicht nur der Bruch mit den Resultaten seiner früheren Ergebnisse, sondern der Eckpunkt der revisionistischen Positionen der II. Internationale und der deutschen Sozialdemokratie. Um diese Wende um 180° zu begründen schließt Hilferding aus dem Streben der „*früher getrennten Formen des Industrie-, Handels- und Bankkapitals zur Vereinheitlichung*“, dass dies „*den Übergang von dem Kapitalismus der freien Konkurrenz zum organisierten Kapitalismus (bedeutet).*“ Und schließt daraus, dass „*damit ... zugleich die bewusste Ordnung und Leitung der Wirtschaft wächst, die die immanente Anarchie des Kapitalismus der freien Konkurrenz auf kapitalistischer Basis zu überwinden strebt.*“⁵ Aufmerksamkeit verdient dabei auch seine Beobachtung, dass es in der chemischen Industrie „*nicht in so unmittelbaren und unvermittelten Gegensatz zur Arbeiterklasse (kommt), wie in der Schwerindustrie.*“⁶ Bemerkenswert bleibt jedoch, dass diese durchaus ernst zu nehmende Beschreibung einer Erschei-

¹ ebenda S. 138

² ebenda S. 144f

³ ebenda S. 152

⁴ ebenda S. 153

⁵ ebenda S. 155f

⁶ ebenda S. 157

nung weder nach den technologischen Ursachen veränderter arbeitsteiliger Beziehungen noch hinsichtlich der Möglichkeiten hinterfragt wurde, die aus den Zusatzprofiten dieses Industriezweiges bei der Bestechung größerer Gruppen von Angestellten und Arbeitern erwachsen – Hilferding hat auch hier die Grundpositionen einer wissenschaftlichen marxischen Analyse verlassen und begnügt sich mit der Darstellung der Oberfläche dieser Erscheinungen.

Noch deutlicher wird diese Entwicklung in den Schlussfolgerungen, die Hilferding aus diesen Überlegungen zieht: Auf seine Frage, wie denn der Einfluss der Arbeiterparteien gestärkt werden könne, antwortet er mit dem Hinweis auf „*die weitere Entfaltung der Demokratie*.“ Sorge stellt klar, worum es dabei geht, indem er feststellt, dass es hier um den Kampf gegen die „*wirklichen Feinde einer Veränderung des Imperialismus gehè*“ als welche zum einen die Faschisten aber zum anderen – „*was für die Sozialdemokratie das wichtigste ist, die Bolschewisten*.“ Und er stellt klar, dass „*mit dieser Äußerung ... die Interessengemeinschaft zwischen der Sozialdemokratie und den imperialistischen Mächten ganz klar aufgezeigt (ist)*.“¹

Ganz in diesem Sinne bleibt Hilferdings These, dass der Kapitalismus eben so wenig zwingend mit Krieg wie der Sozialismus mit Frieden identifiziert werden könne. Und noch deutlicher wird das in der Abrüstungsfrage. Da unterstellen ‚Sozialisten‘ und ‚Sozialdemokraten‘ England zeitgleich zur Ablehnung substantieller sowjetischer Abrüstungsvorschläge einen Abrüstungswillen und unterbreiten sowohl in Frankreich als auch in anderen europäischen Staaten neue, noch umfangreichere, Militarisierungspläne. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Liquidierung der elementarsten Beziehungen zum Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie so weit fortgeschritten ist, dass jene Kräfte, die sich zur offenen Unterstützung dieser monopolistischen Pläne entschlossen haben, in Leugnung elementarster Axiome sich selbst als ‚Marxisten der Tat‘ bezeichnet werden.²

Folgerichtig wurden nicht nur die schon seit Noske bestehenden engen Beziehungen zur Reichswehr immer weiter ausgebaut. Immer häufiger erscheinen nationalistische und chauvinistische Aussagen in der unter sozialdemokratischer Kontrolle erscheinenden Gewerkschaftspresse. Sorge macht darauf aufmerksam, dass sich dort sogar „*nationalsozialistische Äußerungen mit ausgeprägter Hakenkreuzideologie*“³ finden.

Das abschließende Kapitel V ist der Kriegsgefahr und dem Kampf gegen diese gewidmet. Sorge skizziert drei Arten: 1. die Beteiligung an einem Krieg zwischen den imperialistischen Mächten, 2. die Beteiligung an der Intervention in China und 3. die Beteiligung an einem Krieg gegen die UdSSR auf Seiten ihrer anderen imperialistischen Gegner. Die Haltung der II. Internationale ist dadurch geprägt, dass sie „*ihren einzelnen Sektionen wie 1914 die Möglichkeit gibt, ihr Vaterland zu Verteidigen*.“⁴ Sorge weist nach, dass die führenden Köpfe der II. Internationale so weit gehen,

¹ ebenda S. 159

² ebenda S. 169

³ ebenda S. 173

⁴ ebenda S. 179

dass sie gar nicht mehr wissen und keinesfalls daran erinnert werden wollen, dass 1907 und 1912 in Stuttgart und Basel beschlossen wurde, alles gegen den Krieg zu tun und angesichts eines bereits ausgebrochenen Krieges alles zu tun, um die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen. Damit nicht genug: Von den Führern der Sozialdemokratie wird der Krieg gegen die UdSSR offen vorbereitet. Von ihrer Seite wird alles unternommen, um die ohnehin grenzenlose Korrumpierung von Teilen der Arbeiterklasse zu beschleunigen. Er zitiert in diesem Zusammenhang Lenins Wertung der Furcht vor und des Nichtbegreifens der Notwendigkeit des Kampfes gegen diese Entwicklung: *„Die Menschen sind durch die bürgerliche Legalität dermaßen korrumpiert und verdummt, dass sie nicht einmal den Gedanken der Notwendigkeit anderer Organisationen, illegaler Organisationen zur Leitung des revolutionären Kampfes fassen können.“*¹ Das Ausmaß der Wirkungen dieser Tendenz unterstreicht Sorge mit den folgenden Worten: *„Bisher hat der Sozialismus, hat die sozialistische Internationale den Krieg noch nicht zu verhindern vermocht, und dass die Idee der internationalen proletarischen Solidarität heute ein stärkerer Schutz gegen den Krieg sei, als 1914, wird kein ehrlicher Sozialist behaupten. Spielt doch der nationale Gedanke in manchen sozialistischen Kreisen eine weit stärkere Rolle als je.“*²

Wie weit der Verrat der führenden Vertreter der II. Internationale an den Positionen der sozialistischen Arbeiterbewegung vorangeschritten war, wird dokumentiert, wenn sie offiziell erklärt, dass *„der Faschismus und die mit ihm zusammenhängende Kriegsgefahr nur bekämpft werden könne, wenn auch gleichzeitig der zweite Hebel der Kriegsgefahr, der Bolschewismus der Sowjetunion bekämpft würde.“*³ Dabei macht er darauf aufmerksam, dass die deutschen Sozialdemokraten in ihrem wütenden Hass gegen die Sowjetunion so weit gehen, dass sie sogar die Maßnahmen der britischen und anderer imperialistischer Mächte zur Vorbereitung eines Angriffskrieges gegen die Sowjetunion vorsehend rechtfertigen.

VOM REICHSTAGSBRAND ÜBER KONZENTRATIONSLAGER UND INDUSTRIELLEN MASSENMORD IN DEN IMPERIALISTISCHEN VERNICHTUNGSKRIEG

Am 27. Februar 1933 gegen 15.00 Uhr – knapp einen Monat nach der ‚Machtübernahme‘, eine Woche vor der nächsten Reichstagswahl und 6 Stunden vor dem Reichstagsbrand – versandte der damalige Leiter der politischen Polizei und spätere Gestapo-Chef Diehls ein Telegramm, in dem behauptet wurde, dass kommunistische Angriffe auf Polizei und ‚Angehörige nationaler Verbände‘ zu gewärtigen seien. Deshalb seien *„kommunistische Funktionäre erforderlichenfalls in Schutzhaft (zu) nehmen.“*⁴ Wie aus einem Vergleich von Untersuchungsakten hervor geht, wurden Göring, Goebbels und Hitler *„telefonisch vom Brand im Reichstag verständigt, bevor dieser überhaupt ausgebrochen war!“*⁵ Im Unterschied zur Verschleierung dieser

¹ ebenda S. 181

² ebenda S. 183

³ ebenda S. 184

⁴ nach: A. Bahar, W. Kugel: Der Reichstagsbrand – wie Geschichte gemacht wird. Berlin 2001, S. 71

⁵ ebenda S. 73

Tatsachen werden Hitlers Worte vom Tatort nach der Erinnerung eben jenes Diehls zitiert: *„Das ist der Beginn des kommunistischen Aufstandes, sie werden jetzt losgeschlagen! Es darf keine Minute versäumt werden!’ Jetzt gäbe es kein Erbarmen mehr: ‚Wer sich uns in den Weg stellt, wird niedergemacht. Das deutsche Volk wird für Milde kein Verständnis haben. Jeder kommunistische Funktionär wird erschossen, wo er angetroffen wird. Die kommunistischen Abgeordneten müssen noch in dieser Nacht aufgehängt werden. Alles ist festzusetzen, was mit den Kommunisten im Bunde steht. Auch gegen Sozialdemokraten gibt es jetzt keine Schonung mehr.’“¹* Die Quelle dieses Zitats belegt, dass auch heute noch versucht wird, die Lüge von der kommunistischen Brandstiftung zu bestätigen. Aber nicht einmal im Felde dieser Lügen kann gelogen werden, dass dies - wenn schon nicht Auftakt - so doch eine dramatische Zuspitzung einer allen Gesetzen Hohn sprechenden Verfolgung von Kommunisten, Sozialdemokraten und potentiellen Gegnern des Naziregimes war.

Wie danach vorgegangen wurde, ist mittlerweile dokumentarisch belegt. Ein Rudolf Schneider, einer der in den Jahren nach 1933 verantwortlichen Richter in Hamm, rühmte sich und seine Kollegen: *„In den ersten Jahren nach der Machtübernahme wurde mit ganzer Energie der Kampf gegen den Kommunismus und gegen die Sozialdemokratie aufgenommen. [...] So wurden bisher von unseren Strafsenaten über 12.000 Angeklagte wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, meist zu schweren Zuchthausstrafen.[...] Das Oberlandesgericht Hamm hat hier mit eiserner Hand zugegriffen und hat an der Vernichtung des Kommunismus und der Sozialdemokratie seinen ganz wesentlichen Anteil.“* Das wird im Wuppertaler Gedenkbuch unter dem Stichwort ‚Justiz‘ bestätigt: *„Im Zeitraum 1933-1936 verurteilten die vier Strafsenate aus Hamm über 10.000 Personen, die überwiegend aus dem Rhein-Ruhrgebiet stammten. In tagelangen Massenprozessen wurden hauptsächlich Anhänger und Sympathisanten der KPD und ihrer Unterorganisationen verurteilt. 97 % aller vor dem OLG Hamm in den Jahren 1933-1939 verhandelter Hochverratsprozesse betrafen, so die Berechnungen von Niermann, Angehörige der KPD, des KgF, des RFB, des KJVD, der RGO und der Roten Hilfe. Bei den Hochverratsverfahren ging es meist um illegalen Waffenbesitz zu ‚hochverräterischen Zwecken‘, um Herstellung und Verteilung von staatsfeindlichen Druckschriften und um den Wiederaufbau der KPD oder ihrer Unterorganisationen.“²* Es ist keine Übertreibung, wenn diese Einschätzung aus dieser einen Stadt im Ruhrgebiet als repräsentative Charakterisierung der Lage im ganzen Deutschen Reich herangezogen wird. Und nicht nur in Hamm waren es nicht nur die ohnehin schon oder nun schnell Mitglied der NSDAP Gewordenen, die sich im Zuge dieser Verfolgungsexzesse profilierten. Mit bemerkenswerter Geschwindigkeit schlossen sich nicht nur bürgerlich-konservativ eingestellte Richter, Polizeibeamte, Verwaltungsangestellte, Ärzte, Lehrer, verbeamteten Wissenschaftler, Briefträger,

¹ S.F. Kellerhoff: 21.27 Uhr war der Plenarsaal ein Flammenmeer, Ende Februar 1933 legte ein junger holländischer Anarchist im Berliner Reichstagsgebäude Feuer. Er wollte gegen die Regierung Hitler protestieren – und spielte den Nationalsozialisten in die Hände. unter: <http://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article113959804/21-27-Uhr-war-der-Plenarsaal-ein-Flammenmeer.html>

² nach: Justiz, unter: <http://www.gedenkbuch-wuppertal.de/de/justiz>

Angehörige der Reichswehr – so gut wie alle, die sich um ihre Anstellung im Staatsapparat sorgten - dem ‚Wiedererwachen Deutschlands‘ an.

Schon 1933 war absehbar: Verfolgung und Verhaftung, die als ‚Schutzhaft‘ getarnte Internierung in Konzentrationslagern, Folter und systematisch betriebener Vernichtung durch Arbeit richtete sich zunächst und vor allem gegen die Kommunisten, die konsequentesten Gegner des Faschismus. Aber dabei blieb es nicht. Innerhalb weniger Wochen galt das auch für Sozialdemokraten und Gewerkschaftsangehörige, die nicht sofort bereit waren, das Terrorregime der Nazis zu begrüßen, für bürgerliche Oppositionelle und für jeden, der auch nur andeutungsweise kritische Bedenken äußerte. Nicht weniger brutal wurde dieses Regime auch bei der Arbeitsbeschaffung durchgezogen: Bis heute wird in der Diskussion zum Thema ‚Zwangsarbeit‘ ignoriert, dass die Anfänge schon seit Mitte der dreißiger Jahre per Dienstverpflichtung und den ‚Reichsarbeitsdienst‘ gemacht wurden.

Zwischen März und Dezember 1933 wurden auf dem Territorium des Deutschen Reiches 29 Konzentrationslager errichtet, in denen mehrere tausend ‚Schutzhäftlinge‘ zusammengepfercht wurden. In den Folgejahren wurde das nicht nur in Deutschland sondern auch in den okkupierten Gebieten zu einem System von Vernichtungslagern, Durchgangs-, Sammel-, Internierungs-, Sicherungs-, Zwangsarbeits-, Zigeuner-, Juden-, Eindeutschungs-, Frauen- und anderen Lagern und einem letztlich gar nicht mehr überschaubaren System von SS- und ‚betriebseigenen‘ Außenlagern ausgebaut. Nach einem gar nicht mehr vollständig zu rekonstruierendem Überblick gab es weit über 1.000 Konzentrations- und Nebenlager sowie 7 große Vernichtungslager.

Das verlogene Geschwätz von der ‚nationalen Revolution‘ durch die das ‚raffende Kapital‘ angeblich zerschlagen und das ‚schaffende Kapital‘ im Dienste eines ‚nationalen Sozialismus‘ gefördert werden sollte, endete spätestens mit der ‚Röhm-Affäre‘ und der Zerschlagung oppositioneller Kräfte in der SA. Wer von denen überlebt hatte fand sich anschließend in Konzentrationslagern wieder – diesmal als Häftling.

	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Häftlingsbestand ^A	50.000	56.250	65.850	71.150	76.850	83.050	132.900
Zugänge ^A	12.500	16.900	13.200	14.200	15.350	83.050	199.350
Todesopfer ^A	6.250	7.300	7.900	8.500	9.200	33.200	66.450
Mortalität	10%	9,97%	9,99%	9,95%	9,98%	19,4%	20%
Hingerichtete ^B	98			k.A.	86	99	143
	1940	1941	1942	1943	1944	1945	
Häftlingsbestand ^A	265.800	279.100	334.900	375.100	478.250	569.350	
Zugänge ^A	106.300	167.450	200.950	262.550	334.750	113.800	
Todesopfer ^A	93.000	111.650	160.750	159.400	243.900	273.150	1.180.650
Mortalität	24,99%	25%	29,99%	24,99%	30%	39,98%	
Auschwitz, Maidanek, Treblinka und andere Todeslager im Osten ^A							~ 5.500.000
Hingerichtete ^B	306	1.146	3.393	5.684	5.764	.808	~ 17.519
militärgerichtlich Hingerichtete ^B							~ 20.000
Gesamtzahl der Opfer des faschistischen Terrors							~6.718.169

Tab. 1: Opfer des faschistischen Terrors von 1933-1945¹

¹ Zusammengestellt und berechnet nach

A E. Kogon: Der SS-Staat - Das System der deutschen Konzentrationslager, München 2001, S. 177

Eugen Kogon weist darauf hin, dass die ‚etwa 50‘ der im Jahre 1933 eröffneten KZ noch nicht den Charakter der erst später von der SS übernommenen Konzentrationslager hatten.¹ Schon damals war die Chance, ein KZ lebend zu verlassen, außerordentlich gering. In den Lagern im Gebiet des Deutschen Reiches wurden 1933-1945 insgesamt 1.263.100 Häftlinge als ‚Bestand‘ und 1.540.350 als ‚Zugänge‘ ausgewiesen. Danach kamen in den Jahren 1933 bis 1937 durch Hinrichtungen, Mord, Folter und infolge Unterernährung, durch Unterkühlung, Krankheiten und Erschöpfungszustände jeweils 10% um. Zwischen 1938 und 1939 verdoppelte sich die Mortalität. Die Auslösung des Krieges machte sich auch hier auf dramatische Weise bemerkbar: Nach 1940 stieg die Sterberate zunächst auf 25%. Im Jahre 1942 erreichte sie bereits 30% und im ersten Vierteljahr des letzten Jahres des Hitlerfaschismus sogar 40% der KZ-Insassen.

In Auschwitz, Maidanek, Treblinka, Skarcisko Kamienna sowie in den Ghettos Warschau, Lemberg und Riga wurde diese Zahl übertroffen. Im Rahmen des Programms zur ‚Endlösung der Judenfrage‘ wurden von den ~ 8,4 Millionen europäischen Juden im Zusammenwirken von Eichmannscher Bürokratie, Deutscher Reichsbahn und Zyklon-B-Produzenten ~ 4.194.200 bis ~ 5.721.000,² d.h. zwischen 50-68% mit industriellen Methoden in fast störungsfrei funktionierender ‚deutscher Akribie‘ ermordet. Aus Angaben zu den 1938/39 bzw. 1944 Verhafteten geht hervor, dass es insbesondere der kommunistische Widerstand war, der Polizei, Gestapo und SD ‚beschäftigte‘:

	ges.	KPD	SPD	SAP	and.	Verhaftungen vom April bis Juni 1944	April		Mai		Juni		ges.
1938							Insg.	Ausl.	Insg.	Ausl.	Insg.	Ausl.	
Jan.	562	496	42	3	21	Kommun.Marxismus	1.387	906	2.188	1.558	1.478	865	5.053
Feb.	470	386	61	1	22	Reaktion, Opposition	529	235	567	246	723	324	1.819
März	555	303	90	-	162	Kath.Kirchenbewegg	71	42	41	17	37	17	149
Sept.	611	326	45	14	226	Ev. Kirchenbewegg.	5	-	6	1	7	-	18
Okt.	1.630	683	83	19	845	Sekten	147	49	63	9	78	27	288
Nov.	527	276	55	5	191	Juden	453	137	331	92	533	148	1.317
Dez.	416	256	36	1	123	Widerstd.Bew.(Ausl.)	1.781	1.781	3.166	3.166	3.593	3.593	8.540
1939						Heimtück. Angel.	1.665	628	1.913	709	2.498	913	6.076
April	357	223	35	2	97	Wirtschaft Angel.	618	489	1.218	956	826	566	8.738
Mai	478	263	51	4	160								
ges.	5.606	3.212	498	49	1.847								
in %	100	57,3	8,9	0,9	32,9								

Tab. 2: Opfer antifaschistischen Widerstandskampfes nach Parteizugehörigkeit und Motiven³

In derselben Art und Weise, in der die Naziführung mit aktiver Unterstützung und Förderung der Führungsspitzen der deutschen Großindustrie ihre terroristische Macht gegen alle potentiell oppositionellen Kräfte im Lande ausübte wurde auch die Kriegsführung vorbereitet und praktiziert: Aber mittlerweile ging es längst nicht mehr ‚nur‘ nach dem Motto ‚Wer sich uns in den Weg stellt, wird niedergemacht.‘ Das eigent-

B Deutsche Geschichte 1933-1945, Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Frankfurt a.M. 2002, S. 377

¹ E. Kogon: Der SS-Staat - Das System der deutschen Konzentrationslager, a.a.O., S. 59

² Deutsche Geschichte 1933-1945, Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, a.a.O., S. 377

³ Zusammengestellt nach: R. Kühnl: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1977, S. 429 u. 430

liche Ziel des Krieges hatte Goebbels auf den Begriff gebracht, als er am 18.10.1942 hinausschrie, dass es nicht mehr nur um „*blasse Ideal*“ nicht mehr nur um „*Proletariat oder Bürgertum .. Sozialismus oder Nationalsozialismus*“ sondern um „*Kohle, Eisen, Öl und vor allem um Weizen*“ geht.¹ Das waren Monopolinteressen im Klartext. Damit mit war alles Gesülze über einen ‚nationalen Sozialismus‘ zur Seite gefegt. Das, was da von Anbeginn angestrebt wurde, war weder in nationalen Interesse noch hatte dies auch nur das Geringste mit einem wie auch immer gearteten Sozialismus zu tun. Und das war nichts anderes als das, was der nach Macht und Einfluss drängende Kriegsverbrecher, Montanindustrielle und spätere ‚Wehrwirtschaftsführer‘ Hermann Röchling schon 1936 – gerade mal ein Jahr nach seinem Eintritt in die NSDAP - in einer von ihm verfassten Denkschrift „... *über die Vorbereitung zum Kriege und seine Durchführung*“² Hitler und der Naziführung angetragen hatte.

Das größte Hindernis bei der Verwirklichung dieser verbrecherischen Ziele waren weder die Bedenken einiger Herren im Generalstab der Wehrmacht noch die Sorge, dass die deutsche Bevölkerung nicht bereit wäre, in einen neuen Krieg zu ziehen. Erstere waren mit raschen Beförderungen ruhig zu stellen und die übergroße Mehrzahl der Deutschen war schon in den Nachkriegsjahren durch die gezielte Hetze gegen den Versailler Vertrag, mit der ‚Dolchstoßlegende‘ und einem kaum noch überschaubaren Trommelfeuer revanchistischer Ideen so weit vorbereitet, dass es nur noch einiger weniger Lügen (Überfall auf den Sender Gleiwitz) bedurfte, um nun endlich ‚zurück zu schießen...‘

Nicht nur die Naziführung und die Generalität war von der Leichtigkeit der zunächst kaum vorstellbaren Siegen trunken: Der Krieg gegen Polen war nach 5 Wochen mit minimalen eigenen Verlusten beendet, eben so verliefen die Überfälle auf die Niederlande (4 Tage), Belgien (18 Tage), Dänemark (2 Tage), Norwegen (7 Wochen), Frankreich (6 ½ Wochen), Griechenland (31 Tage) und Jugoslawien (11 Tage). Das britische Expeditionskorps wurde an die Kanalküste gedrängt und konnte nur unter Zurücklassung der schweren Waffen und erheblichen Verlusten evakuiert werden.

In diesen Zeiträumen planend ging die Wehrmachtsführung davon aus, dass auch die ‚Operation Barbarossa‘ innerhalb weniger Wochen aber spätestens im Frühherbst 1941 mit dem Erreichen der Linie Archangels-Astrachan abgeschlossen sei.³ Dabei stand von Anbeginn fest, dass es sich um den „*endgültig auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter politischer Systeme*“ handelt. Entsprechend wurden Sonderaufgaben der SS und deren Kooperation mit der Wehrmachtsführung festgelegt.⁴

¹ H. Bergschicker: Deutsche Chronik 1933 – 1945, Berlin 1988, S. 510

² Denkschrift Hermann Röchlings an Adolf Hitler: ‚Gedanken über die Vorbereitung zum Kriege und seine Durchführung‘ v. 17.8.1936, in: Deutsche Geschichte 1918-1933, Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Frankfurt a.M. 2002, S. 109

³ Wilhelm Deist: Die militärischen Planungen des „Unternehmens Barbarossa“. In: Roland G. Foerster (Hg.): „Unternehmen Barbarossa“. Zum historischen Ort der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis Herbst 1941. München 1993, S.109-122 nach: Forum "Barbarossa": Beitrag 2 – 2001, unter: <http://www.historisches-centrum.de/forum/dorn01-1.html>

⁴ Oberkommando der Wehrmacht - Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa), nach: W. Hubatsch: Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945, Bonn o.J., S. 89

Der Krieg gegen die Sowjetunion war von Anbeginn als Vernichtungskrieg geplant. Noch deutlicher wird das im Befehl Ia Nr. 2682/41 geh. ‚zum Verhalten der Truppe im Ostraum‘, den Generalfeldmarschall Reichenau am 12.10.1941 – d.h. zu einem Zeitpunkt erließ, zu dem das Kriegsziel eigentlich schon erreicht sein sollte. Dort heißt es: *„Das wesentlichste Ziel des Feldzuges gegen das jüdisch-bolsche-wistische System ist die völlige Zerschlagung der Machtmittel und die Ausrottung des asiatischen Einflusses im europäischen Kulturkreis. Hierdurch entstehen auch für die Truppe Aufgaben, die über das hergebrachte einseitige Soldatentum hinausgehen. Der Soldat ist im Ostraum nicht nur ein Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst, sondern auch Träger einer unerbittlichen völkischen Idee und der Rächer für alle Bestialitäten, die deutschem und artverwandtem Volkstum zugefügt wurden. [...] Deshalb muss der Soldat für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum volles Verständnis haben. Sie hat den weiteren Zweck, Erhebungen im Rücken der Wehrmacht, die erfahrungsgemäß stets von Juden angezettelt wurden, im Keime zu ersticken.“*¹

In diesem Befehl und in der darauf beruhenden aber auch in der sich parallel und unabhängig davon entwickelnden verbrecherischen Kriegsführung artikuliert sich das zutiefst menschenfeindliche Wesen einer gegen den gesellschaftlichen Fortschritt gerichteten Geisteshaltung und der darauf aufbauenden Praxis des faschistischen Mobs. Dies ist nicht mehr und nicht weniger als die verbrecherische Fortsetzung der konterrevolutionären Politik der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals mit den Mitteln militärischer Gewalt und grenzenlosen Terrors.

Anhand einer Untersuchung zum Verlauf des Großen Vaterländischen Krieges² und wird deutlich, dass es trotz des im Laufe des Jahres 1942 ausgeglichenen Kräfteverhältnisses erst 1944 gelang, im Verhältnis der Verluste eine Wende zugunsten der sowjetischen Streitkräfte herbei zu führen. Das ist nicht nur darauf zurück zu führen, dass die nun in der Rolle des Angreifers operierenden Verbände der Roten Armee die tief gestaffelten Verteidigungsanlagen dieses Gegners nur überwinden konnten, wenn sie in den entscheidenden Zentren eine mehrfache Überlegenheit an Kräften und Mitteln sicherstellen konnten. Nicht zuletzt ist dabei auch zu bedenken, dass es längere Zeit dauerte, ehe die Komplexität der Führung großer militärischer Operationen, die Koordinierung des effektiven Einsatzes der Waffengattungen, die kluge Nutzung territorialer und meteorologischer Bedingungen und der verdeckten Vorbereitung derart großer Angriffsoperationen auf allen Ebenen bis ins Detail beherrscht wurde. Erst in diesem Kontext wird verständlich, wie schwer es fiel, die Bilanz der Verluste in den Jahren 1943, 1944 und 1945 grundlegend zu verändern.

¹ Der ‚Reichenau-Befehl‘ - Das Verhalten der Truppe im Ostraum, unter: <http://www.ns-archiv.de/krieg/untermenschen/reichenau-befehl.php>

² K. Hesse: Zur Geschichte der UdSSR und der KPdSU, Über erste praktische Erfahrungen mit dem Sozialismus, Fragen zur historischen Wahrheit, zu Hintergründen der Siege, der Niederlage und des Scheiterns ... Teil 1.2: Der Große Vaterländische Krieg, unter: http://www.kommitter.de/Buecher/Zur%20Geschichte%20der%20UdSSR%20und%20der%20KPdSU_B_%201.2.pdf

Aber in vergleichender Übersicht der Verluste an den Fronten werden die Ausmaße des durch diesen Krieg verursachten Leides nicht einmal im Ansatz fassbar.

Jahr	Deutschland ^I				Verhältnis d.Verluste	UdSSR ^{II}		
	Gefallene	Verwundete	Vermisste	Gesamtverl.		Gefallene u. Verstorbene	Kriegsgef.u. Vermisste	Gesamt- verluste
1941	177.963*	631.659	39.151*	848.773*	1 : 3,697	802.191	2.335.482	3.137.673
1942	313.371	879.349	150.866	1.343.586	1 : 2,425	1.742.995	1.515.221	3.258.216
1943	323.940	1.000.176	191.608	1.515.724	1 : 1,525	1.944.623	367.806	2.312.429
1944	242.252	1.052.980	686.847	1.982.079	1 : 0,890	1.596.328	167.563	1.763.891
1945	119.611	738.052	263.488	1.121.151	1 : 0,714	732.180	68.637	800.817
Gesamt	1.005.413 ²	3.992.062 ²	1.369.174 ²	6.366.649 ²	1 : 1,771	6.818.317	4.454.709	11.273.026

Tab. 3: Verluste der UdSSR und Hitlerdeutschlands an der Ostfront 1941-1945¹

In einer Gesamtrechnung der Opfer werden auf sowjetischer Seite 26,6 Mio., auf der Seite Hitlerdeutschlands 11,9 Mio. Tote erfasst. Diese Unterschiede sind vor allen Dingen darauf zurück zu führen, dass

- Hitlerdeutschland und seine Satelliten mit dem erklärten Ziel der Ausrottung der ‚russischen Untermenschen‘ einen Vernichtungskrieg gegen die Völker der UdSSR führten;
- die Okkupation großer Gebiete der UdSSR, die systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, die Verschleppung ganzer Bevölkerungsgruppen zur Zwangsarbeit und der Terror gegen alle potentiellen Gegner des Okkupationsregimes und die Partisanenbewegung über drei Jahre andauerte;
- zu den Opfern dieses Krieges auch die Bürger der UdSSR zählen, die auf Seiten Hitlerdeutschlands in der Wlasow-Armee, den Bandera-Banden und in den Verbänden der Waffen-SS kämpften;
- bei der Berechnung der Opferzahlen auch die Toten der italienischen, ungarischen, finnischen, spanischen, slowakischen und kroatischen Verbände zu erfassen wären, die auf Seiten der Wehrmacht kämpften;
- die Verluste der faschistischen Wehrmacht in den offiziellen Angaben der BRD und anderer westlicher Quellen zu niedrig angegeben werden. Ungeachtet ausstehender genauer Berechnung kursiert eine Vielzahl einander widersprechender Zahlen.²

Alles das ist mit zu bedenken, wenn zusammenfassend festzustellen ist, dass die Zerschlagung des Hitlerfaschismus in Europa in erster Linie der UdSSR zu verdanken ist. Nach Angaben des OKW vom 20.4.1945 fielen an der Ostfront insgesamt 1.005.413 Mann (davon 33.336 Offiziere und Generäle). Das sind 83 % all derer, die im Verlaufe des 2. Weltkrieges gefallen sind. An der Ostfront wurden 3.992.062 (=

¹ zusammengestellt nach

I - F. Hahn: Waffen und Geheimwaffen des deutschen Heeres 1933-1945, Band 2: Panzer- und Sonderfahrzeuge, ‚Wunderwaffen‘, Verbräuche und Verluste, Bonn 1998, S. 301 (2 = nach einer abschließenden Meldung v. 20.4.45)

II - Россия и СССР в войнах XX века – Потери вооруженных сил – Статистическое исследование (Russland und die UdSSR in den Kriegen des XX. Jahrhunderts, Verluste der Streitkräfte, Statistische Untersuchung), Moskau 2001, S. 250

² siehe: Россия и СССР в войнах XX века – Потери вооруженных сил – Статистическое исследование (Russland und die UdSSR in den Kriegen des XX. Jahrhunderts, Verluste der Streitkräfte, Statistische Untersuchung), a.a.O., S.518f

84,7%) verwundet.¹ Darin sind weder die Verluste der Schlacht um Berlin noch die der abschließenden Kämpfe im Raum Prag einberechnet. Die militärischen Verluste Hitlerdeutschlands im 2. Weltkrieg gehen weit über 80% auf das Konto der Ostfront. Allein durch diese Tatsache ist belegt, dass Hitlerdeutschland vor allen Dingen durch die militärischen Leistungen der Roten Armee in die Knie gezwungen wurde. Unter Hinweis auf die Achtung, die ausdrücklich allen Soldaten, Offizieren, Widerstandskämpfern und allen Opfern des faschistischen Terrors entgegenzubringen ist: Der Anteil der westlichen Alliierten steht dazu in keinem vergleichbaren Verhältnis. Genau so wenig kann und darf vergessen und ignoriert werden, in welchem Maße insbesondere die Sowjetunion durch die schrecklichen Verluste dieses Krieges geschwächt wurde, wie viele Jahre ihr die Hauptlast dieses Krieges überlassen wurde und wie schäbig ihre - sehr bald schon nicht einmal mehr formal - ‚Verbündeten‘ alles unternahmen um die von diesen von Anbeginn verfolgten antikommunistischen und letztlich konterrevolutionären Ziele zu realisieren. In dieser historischen Bilanz sind auch Schuld und Verantwortung der sozialimperialistisch- zu Teilen sozialfaschistischen Kräfte in den sozialistisch- sozialdemokratischen Parteien einzurechnen. Wie immer sie sich auch deklarieren – ihre Handlungen haben wesentlich dazu beigetragen, dass die reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals uneingeschränkte Macht erhielten.

**IN OFFENER KONFRONTATION MIT DER TERRORISTISCHEN DIKTATUR
DER REAKTIONÄRSTEN CHAUVINISTISCHEN UND IMPERIALISTISCHEN
ELEMENTE DES FINANZKAPITALS ²**

Hinter dem verlogenen Gerede von einer ‚nationalen Revolution‘ und der als ‚Programm der ‚Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei‘ ausgegebenen Liste demagogischer Forderungen standen von Anbeginn die reaktionärsten Kräfte des internationalen Finanzkapitals. Diese Partei war weder national noch sozialistisch, gleich gar keine Arbeiterpartei. Im Auftrag des reaktionärsten Klüngels der im ersten Weltkrieg gescheiterten Generalität initiiert, mit Hilfe US-amerikanischer Monopole finanziert und durch die Erpressung des korrupten Reichspräsidenten von führenden Kreisen des deutschen Monopolkapitals scheinbar nach parlamentarischen Spielregeln an die Macht gebracht war dieser verkommene Klüngel halbseidener Hasardeure, Karrieristen und Verbrecher von Anbeginn im Auftrag der der deutschen und der mit ihm verfilzten Kreise der amerikanischen und britischen Hochfinanz tätig.

Der durchaus nicht zu unterschätzende Einfluss dieses asozialen Gesindels ist nicht nur darauf zurück zu führen dass kleinbürgerliche Schichten in den Jahren der Weltwirtschaftskrise verarmten und größere Gruppen des bürgerlichen Mittelstandes in seiner Substanz bedroht waren. Noch viel schwerwiegender war das Ausmaß der Verelendung in der Arbeiterklasse und unter der immer schneller größer werdenden Zahl derer, die mit dem Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage alle sozialen

¹ F. Hahn: Waffen und Geheimwaffen des deutschen Heeres 1933-1945, Band 2: Panzer- und Sonderfahrzeuge, ‚Wunderwaffen‘, Verbräuche und Verluste, a.a.O., S. 301

² G. Dimitroff: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin 1958, S. 629f, zitiert nach: J. Kuczynski: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Band 5 / 1918 - 1945, Wiesbaden o.J., S. 53

Bindungen verloren hatten. Unter diesen Bedingungen bot der in allen Kreisen der Gesellschaft wuchernde Orientierungsverlust den Nazidemagogen nicht nur in der durch nationalistische und revanchistische Phrasen indoktrinierten Generation der Kriegsteilnehmer Anknüpfungspunkte.

Die mit dem Übergang zum Imperialismus, fortschreitender Verelendung, sozialer Differenzierung und Korruption größerer Gruppen, der Ausbreitung des Revisio-nismus und dem wachsenden Einfluss sozialimperialistischer und sozialfaschistischer Kräfte in der Führung der SPD vollzogene Spaltung der Arbeiterklasse war eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Machtergreifung des Hitlerregimes. Diese Tat-sache kann genau so wenig ignoriert werden, wie die folgenschwere eben so undif-ferenzierte wie unzulässige Abqualifizierung der Mitgliedschaft der SPD zu Sozial-faschisten. Der von der Führung der SPD gepredigte blinde Glaube an ‚Selbst-heilungskräfte der bürgerlichen Demokratie‘ vereitelte das Zustandkommen einer auch in der SPD vorbereiteten antifaschistische Aktionseinheit. Von der faschisti-schen Führung wurde diese Gelegenheit genutzt, um die Initiative an sich zu reißen.

Die faschistische Führung war sich dessen bewusst, dass sie bei der Vorbereitung der von ihr von Anfang an verfolgten großdeutschen Ambitionen schon deshalb von Seiten der herrschenden Kreisen des britischen und französischen Monopolkapitals Unterstützung finden würden, weil ihr eigentliches Ziel der Angriff gegen die UdSSR war.¹ Diese Tatsache prägte die strategische Orientierung der Westmächte nicht nur vor, sondern auch nach dem Ausbruch und im Verlauf des zweiten Weltkrieges. Ungeachtet der Fehleinschätzung der imperialistischen Sonderinteressen des deutschen Monopolkapitals und der durch die Niederlage und die Besetzung Frankreichs und der irreparablen strategischen Einbusen Großbritanniens im Verlauf zweiten Weltkrieges wurde alles getan, um die im Krieg mit Hitlerdeutschland verbündete Sowjetunion zu schwächen.

Mit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches endete nicht nur das Hitlerregime. Dieser Sieg war vor allen Dingen und in erster Linie ein Sieg der soziali-stischen Sowjetunion über die damals mächtigste imperialistische Macht: Vor dem Überfall hatte das Deutsche Reich im Bündnis mit Italien fast alle imperialistischen Staaten durch Angriffskriege unterworfen. Die UdSSR wurde mit der eben erst erfolg-reich realisierten sozialistischen Industrialisierung mit dem industriellen und militäri-schen Potential Europas konfrontiert. Nur durch die konsequente Mobilisierung aller Kräfte und Mittel gelang es in äußerster Anstrengung aller Völker der Sowjetunion unter Führung der KPdSU(B), den mit der faschistischen Machtergreifung eingeleite-ten Absturz in die Barbarei zu vereiteln und die Völker Europas von den faschisti-schen Eroberern zu befreien.

¹ Im Programm der NSDAP vom 24.2.1920 heißt es in Punkt 1: „Wir fordern den Zusammenschluss aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland“ und in Punkt 3: „Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Annsiedlung unseres Bevölkerungs-Überschusses.“ Nach: Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 24.2.1920

III REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION - FRONTALANGRIFF II: AN DER SCHWELLE EINES ATOMAREN KRIEGES

In der Endphase des zweiten Weltkrieges wurde immer deutlicher, was von den Beziehungen zwischen der UdSSR und ihren westlichen Alliierten zu halten war: Zur Errichtung der zweiten Front kam es erst, als die Hoffnung scheiterte, dass sich die UdSSR und Hitlerdeutschland so sehr gegenseitig ausbluten, dass es den nun führenden US-Streitkräften mit Unterstützung britischer und französischer Truppen leicht musste, ohne nennenswerte Verluste als Sieger aufzutreten. In dem Maße, in dem absehbar wurde, dass die Rote Armee auch ohne militärisches Eingreifen der westlichen Alliierten in der Lage war, diesen Krieg zu beenden, war Eile geboten. Die Landung der Alliierten in der Normandie war von US-amerikanischer und britischer Seite mit der Hoffnung verbunden, den Einfluss der UdSSR auf die Nachkriegsentwicklung Europas so gering wie möglich zu halten.¹ Schon am 17. April 1945 erteilte Churchill dem Chef des Komitees der Stabschefs General Ismay Order, unter der Bezeichnung Operation ‚Unthinkable‘ (‚Undenkbar‘) einen Angriff gegen die Sowjetunion vorzubereiten.² Deshalb kann Montgomery zwar zugestimmt werden, wenn er schreibt, dass *„es nicht notwendig gewesen ist, im August 1945 zwei Atombomben über Japan abzuwerfen...“* Aber seine Schlussfolgerung, dies sei *„der erste amerikanische Schlag im ‚kalten Krieg‘“*³ gewesen, lässt das Engagement der Briten und das Scheitern ihrer eigenen imperialistischen Pläne zu Unrecht außen vor.

KALTER KRIEG ZWISCHEN OFFENER UND VERDECKTER KONTERREVOLUTION, STELLVERTRETER- UND WIRTSCHAFTSKRIEGEN

Anatoli Utkin hat Hintergründe und Entwicklungsphasen des kalten Krieges in einer umfangreichen Untersuchung beginnend mit den in der Startphase der Antihitlerkoalition, in Teheran, zur Vorgehensweise auf dem Balkan, zu Polen und zur Bildung der UNO zutage tretenden internen Spannungen und Konflikten gewissenhaft und detailliert analysiert. Er geht auf die Verstöße der USA und Großbritanniens gegen die vereinbarte Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Kernwaffen ebenso ein wie auf die Konferenzen von Jalta und Potsdam und auf die diplomatischen Auseinandersetzungen

¹ siehe dazu u. A. auch: M. Williamson: Eisenhower and Berlin, unter: <http://weaponsandwarfare.com/?p=2827>

² Churchill ließ *„offenbar im Frühjahr 1945 ein Szenario ausarbeiten, wie die Alliierten mit Hilfe der gerade geschlagenen Deutschen ‚Russland eliminieren‘ könnten. Unter dem Decknamen ‚Operation Undenkbar‘ hatten Churchills Planer auf 29 Seiten skizziert, wie der dritte Weltkrieg am 1. Juli 1945 mit einem Angriff der Briten und Amerikaner verlaufen könnte. In Norddeutschland sollten die Alliierten entlang der Ostseeküste auf Stettin vorstoßen, weiter im Süden auf Posen. 100.000 deutsche Soldaten hätten notfalls reaktiviert werden sollen, um an der Seite ihrer einstigen Gegner Europa vor dem Kommunismus zu schützen. Im Verlauf gründlicher Erörterungen dieses Papiers wurden allerdings Bedenken laut, dass die Russen dann womöglich die Türkei und Griechenland sowie die Ölfelder von Persien und Irak erobern könnten. Deshalb verschwanden die Durchmarschpläne schnell im Archiv.“* Nach: ‚Russland eliminieren‘ – Die britischen Geheimdienste drängen die Regierung Blair, die Veröffentlichung von Dokumenten über ihre dubiosen Auslandsoperationen zu verbieten. Sie haben aus gutem Grund Angst vor Blamagen, Der Spiegel 43/1998, S. 206f

³ Feldmarschall Montgomery Viscount Montgomery of Alamein: Kriegsgeschichte – Weltgeschichte der Schlachten und Kriegszüge, London 1968, S. 544f

gen in der Nachkriegszeit. In seiner Sicht des weiteren Verlaufs der Entwicklung war die globale Expansion der USA in der Mitte des XX. Jahrhunderts mit zwei wesentlichen Momenten verbunden: „*Die erste - die europäische - war die Okkupation eines großen Teils Deutschlands... Die zweite - die asiatische - war die Zerschlagung und die Okkupation des Territoriums Japans, des Gegners im stillen Ozean*“ Nach Meinung der US-amerikanischen Regierung hätte die UdSSR ‚das Recht der USA auf eine weltweite Kontrolle der innen- und außenpolitischen Entwicklung‘ anerkennen müssen. Angesichts dieser missionarischen Begeisterung für ihre atomwaffengestützten Weltherrschaftspläne erschien schon eine Weigerung in der Sicht der Truman-Administration wie ein feindlicher Akt.¹ In diesem Zusammenhang analysiert Utkin Hintergründe der Entstehung des Nordatlantikpaktes, die Aktivitäten der Eisenhower-Regierung und die sich daran anschließende Phase sich fortschreitend zuspitzender Konfrontationen, die Ära Carter, die Rolle der Administration Reagen und kommt zu dem Punkt, den nicht nur er irrtümlicherweise als ‚das Ende des ‚kalten Krieges‘ angesehen hat. In dieser Untersuchung steht ein Moment im Vordergrund aller Überlegungen, das in der Vergangenheit entweder gar nicht oder aber nur am Rande erwähnt wurde: Utkin verfolgt die Entwicklung zwischen zwei konkurrierenden Großmächten und leitet deren Verhalten aus ihren sich gegenseitig ausschließenden Machtansprüchen ab. In seiner Darstellung geht es um einseitige Verstöße gegen die Gleichbehandlung der Kontrahenten. Aber die Tatsache, dass es dabei um die viel tiefer greifende Konfrontation unvereinbarer Klasseninteressen ging (und geht) spielt in der Summe dieses umfangreichen Paketes gewissenhafter historischer Analysen so gut wie keine Rolle.

Wesentlich aufschlussreicher sind die Ergebnisse einer Untersuchung zur Geschichte des CIA nicht nur schon deswegen, weil die (nicht nur) bei Utkin ausgeklammerten grundlegenden Klassenunterschiede zwar aus US-amerikanischer Sicht aber letztlich doch in aller gebotenen Offenheit beim Namen genannt und im Klartext beschrieben und dokumentarisch belegt werden. Nicht weniger bemerkenswert ist diese Untersuchung schon deshalb, weil sie nicht von einem Kommunisten, sondern von einem intimen Kenner der amerikanischen Geheimdienstsysteme erarbeitet wurde, der sich recht eigentlich als Vertreter der Interessen für eine effektivere Arbeit der ‚Dienste‘ einsetzt. Dem US Journalisten und zweifachen Pulitzer-Preisträger Tim Weiner² ist es gelungen, in 20 Jahren intensiver Arbeit auf der Grundlage von 50.000 ausgewerteten Dokumenten einen Einblick in die Funktion des CIA im kalten Krieg zu vermitteln, der weit über den unmittelbaren Rahmen hinaus reichende Erkenntnisse vermittelt und allein schon deshalb größere Aufmerksamkeit verdient.

¹ А. Уткин: Мировая холодная война, (А. Utkin: Der kalte Weltkrieg), Moskau 2005, S. 351f

² *Tim Weiner* (1956) US-amerikanischer Journalist, schreibt für die ‚New York Times‘, einer der profunden Kenner der amerikanischen Geheimdienstsysteme. Für Reportagen und Berichterstattung über das geheime ‚National Security Program‘, des CIA und des Pentagon erhielt er zwei Pulitzer-Preise. Er deckte 1988 als Reporter des ‚The Philadelphia Inquirer‘ eine durch Reptilienfonds finanzierte, der parlamentarischen Kontrolle entzogene Rüstungsforschung und Waffenausgaben der US-amerikanischen Regierung auf. nach: http://de.wikipedia.org/wiki/Tim_Weiner

Die Untersuchung Weiners beginnt im Sommer 1945 in Berlin, wo Allen Dulles¹ und sein Günstling Lieutenant Richard Helms² „erste Versuche unternahmen, „*die Sowjets auszuspähen*“.³ Er zitiert aus Trumans Rede vom 12.3.1947 den Teil, der später als das Credo der Truman-Doktrin praktiziert wurde: *„Ich glaube, die Politik der Vereinigten Staaten muss darin bestehen, alle freien Völker zu unterstützen, die sich gegen den Versuch wehren, sie mit Hilfe bewaffneter Minderheiten oder durch Druck von außen zu unterjochen.“*⁴ Was hinter diesen moraltriefenden Worten zu verstehen war macht Weiner mit seinem Hinweis auf Trumans Warnung deutlich: *„... die Welt werde eine Katastrophe erleben, wenn die USA nicht den Kommunismus im Ausland bekämpfen. Hunderte Millionen Dollar müssten zur Unterstützung nach Griechenland gehen, das zur Zeit ‚durch terroristische Aktivitäten mehrerer tausender Bewaffneter bedroht‘ sei.“*⁵ In Ergänzung dessen ist nachzulesen, was zu den Beziehungen zur UdSSR nachzulesen ist: *„Im Zweiten Weltkrieg machten die Vereinigten Staaten gemeinsame Sache mit den Kommunisten, um gegen die Faschisten zu kämpfen. Amerikanische Patrioten führten diese Mission im Namen der Vereinigten Staaten durch. ‚Man kann den Zug nicht ins Rollen bringen‘, so Allen Dulles in einer verhängnisvollen Formulierung, ‚ohne ein paar NSDAP-Mitglieder mitzunehmen.“*⁶

Für Zeitgenossen, die wenig vom Widerstandskampf des griechischen Volkes gegen die faschistische Besatzung und die griechische Monarchie und noch weniger vom griechischen Bürgerkrieg zwischen der griechischen Volksfront und den militärisch bereits geschlagenen Kräften der Monarchisten wissen: Nur durch Unterstützung des am 5.10.1944 gelandeten britischen Militärs war möglich, das Ende der griechischen Monarchie und das damit untrennbar verknüpfte Ende des Einflusses Großbritanniens aufzuhalten. Angesichts dessen, dass Großbritannien allein nicht in der Lage war, den wachsenden politischen Einfluss der kommunistischen Kräfte des antifaschistischen Widerstandes zurückzudrängen sahen sich die Briten gezwungen, das militärische Kräfteverhältnis durch den Einsatz amerikanischer Transportflieger zu ihren Gunsten zu verändern, die ΕΛΑΣ aus Athen zu verdrängen und die Regierungsbetei-

¹ *Allen Welsh Dulles* (1893-1969) 1916 bis 1926 im politischen Dienst der USA, danach als Mitglied der auf das Auslandsgeschäft spezialisierten Wirtschaftskanzlei Sullivan & Cromwell mit der Betreuung von Geschäften der Chase Bank der Familie Rockefeller, Ford, ITT, SKF und der I.G. Farben beauftragt. Zum Direktor von Sullivan & Cromwell aufgestiegene John Foster Dulles fungierte als amerikanischer Generalrepräsentant des damals größten Chemiekonzerns der Welt, der I.G. Farben. Er und sein Bruder John Foster Dulles sprachen sich öffentlich gegen einen Kriegseintritt der USA aus. Im zweiten Weltkrieg war A. Dulles Gesandter des neu gegründeten Office of Strategic Services (OSS) in Bern wo er als Anlaufstelle für Zuträger und Widerstandskämpfer aus Hitlerdeutschland arbeitete. Im Februar 1945 hatte er direkten Kontakt zu SS General Wolf. Nach Auflösung der OSS und Gründung der CIA kritisierte Dulles deren bürokratische und ineffektive Arbeit. von 1953 bis 1961 Direktor der CIA. nach: http://de.wikipedia.org/wiki/Allen_Welsh_Dulles

² *Richard McGarrah Helms* (1913-2002) Funktionär US-amerikanischer Geheimdienste 1966 bis 1973 Direktor der CIA. Unter seine Verantwortung fallen unter anderem die Zerstörung eines großen Teils der Aufzeichnungen zum MKULTRA-Projekt (geheimes Forschungsprogramm der CIA über Möglichkeiten der Bewusstseinskontrolle) sowie die CIA-Aktivitäten in Chile Anfang der 1970er Jahre. nach: http://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Helms

³ T. Weiner: CIA – die ganze Geschichte, Frankfurt a.M. 2009, S. 34

⁴ ebenda S. 51

⁵ daselbst

⁶ ebenda S. 72

ligung der KP Griechenlands zu hintertreiben. Unter dem Druck der bürgerlichen Parteien stellte die EAM den Antrag auf Waffenstillstand, obwohl die ΕΛΑΣ nach wie vor große Gebiete des Landes kontrollierte.¹ Der sich daran anschließende Bürgerkrieg dauerte bis Oktober 1949. Die Volksbewegung erlitt eine schwere Niederlage, weil zu spät erkannt wurde, dass die bürgerlichen Kräfte mit den britischen Inter-venten gemeinsame Sache machten. Für die Niederlage letztlich ausschlaggebend waren die massive Unterstützung durch die USA, die im Interesse der Aufrechterhaltung der Anti-Hitler-Koalition nur zögerlich gewährte Unterstützung durch die Rote Armee und die im Schatten des sich zuspitzenden Konfliktes zwischen der VR Jugoslawien und der UdSSR eingestellte jugoslawische Unterstützung.

Weiner beschrieb die Tätigkeit des CIA in Italien: Der Beginn einer ‚längeren Romanze‘ zwischen der christdemokratischen Partei und der CIA wurde durch deren Praxis eingeleitet, *„in Italien – und in vielen anderen Ländern – mit großen Geldsummen Wahlen und Politiker zu kaufen“* und er merkt dazu an, dass sich dies noch 25 Jahre lang fortsetzte...² Nicht weniger offen werden die Aktivitäten in der UdSSR geschildert: Der US-amerikanische Verteidigungsminister hatte unter dem Codenamen ‚Nightingale‘ eine ukrainische Widerstandsgruppe ermächtigt, *„einen Geheimkrieg gegen Stalin zu führen. An ihrer Spitze standen Nazi-Kollaborateure, die im zweiten Weltkrieg hinter den deutschen Linien Tausende von Menschen umgebracht hatten. Ihre Mitglieder waren darauf vorbereitet, für die CIA jenseits des Eisernen Vorhangs mit dem Fallschirm abzuspringen.“*³

Die Ereignisse vom 17. Juni 1953 werden im Kontext der vom CIA ehestens für 1969 prognostizierte Möglichkeit erörtert, *„dass die Sowjets ... in der Lage sein würden, eine Interkontinental-Rakete auf die Vereinigten Staaten abzufeuern...“* Noch bevor es sich herausstellte, dass sich die ‚Experten‘ des CIA um 12 Jahre verrechnet hatten hatte Eisenhower den Plan gefasst, diesem Problem *„mit Geheimaktionen zu Leibe zu rücken. Aber erbitterte Kämpfe in Ostberlin hatten gezeigt, dass die CIA nicht in der Lage war, es mit dem Kommunismus unmittelbar aufzunehmen. Am 16. und 17. Juni 1953 gingen insgesamt fast 370.000 Ostdeutsche auf die Straße. Tausende von Studenten und Arbeitern rebellierten gewaltsam gegen ihre Unterdrücker, legten Brände in Gebäuden der Sowjets und der Kommunistischen Partei (SED), demolierten Polizeiwagen und versuchten, die sowjetischen Panzer aufzuhalten, die ihren Elan niederwalzten. Der Aufstand war weit umfangreicher, als die CIA zunächst erkannt hatte, aber sie konnte nichts tun, um die Aufständischen zu retten.“*⁴

Im Juni 53 waren den Organisatoren dieser Entwicklung die Ereignisse aus den Händen gelaufen. Das, was von der Seite einiger sowjetischer Akteure um Berija als Auf-

¹ История второй мировой войны 1939-1945, том девятый – Освобождение территории СССР и европейских стран. война на тихом океане и в азии, (Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Band 9: Die Befreiung des Territoriums der UdSSR und der europäischen Länder, der Krieg im Stillen Ozean und in Asien), Moskau 1978, S. 183ff

² T. Weiner: CIA – die ganze Geschichte, a.a.O., S. 57

³ ebenda S. 71

⁴ ebenda S. 116

takt von einem Führungswechsel in der DDR die Voraussetzungen für Veränderungen in der Deutschlandpolitik schaffen sollte, wurde von den Beobachtern des CIC als Überprüfung der Handlungsfähigkeit der auf dem Boden der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte betrachtet und entsprechend analysiert. US-amerikanische Analytiker kamen zu dem Resultat, dass die sowjetische Armee beim ersten Befehl ihre Fähigkeit zu schneller Mobilisierung und zur Unterdrückung von Unruhen unter Beweis gestellt habe. Es sei klar geworden, dass die unbewaffnete Bevölkerung in der sowjetischen Okkupationszone nicht in der Lage sei, den sowjetischen Streitkräften Widerstand zu leisten.¹ Der beim RIAS arbeitende Bahr, die beim KgU² agierenden Altnazis, die für diesen Coup organisierten Westberliner Kleinkriminellen und die Bauarbeiter von Stalinallee wussten nicht, in wessen Spiel sie da hineingeraten waren. Parallelen zur Entwicklung der Ereignisse im Jahre 1989 sind durchaus zu erkennen, wenn Sudoplatow mit der Sachkenntnis des Beteiligten feststellt, dass dies ein Zugeständnis an den Westen war, „*das einem Verrat gleichkam.*“³

DIE DIREKTIVE 20/1 DES US-NATIONAL SECURITY COUNCIL

In der Chronologie der Ereignisse wird wiederholt der ‚Plan Dulles‘ oder die ‚Dulles-Doktrin‘ erwähnt, die das Ziel der Vernichtung der UdSSR durch propagandistische Unterwanderung und moralische Zersetzung verfolgt. Dabei wird ein Motiv eines Romans aufgegriffen. Anders verhält es sich mit dem streng geheimen Dokument NSC 20/1 vom 18. August 1948. ‚U.S. OBJECTIVES WITH RESPECT TO RUSSIA‘.⁴ In diesem Dokument wurden die militärischen Möglichkeiten erörtert. Dabei kamen die Autoren zu dem Ergebnis, dass es angesichts des sich zuspitzenden politischen Krieges notwendig sei, dass die Regierung schon jetzt, zu Zeiten des Friedens konkreter aktivere Zielstellungen zu stellt, als die, die auf dem Höhepunkt des Krieges gegen Deutschland oder Japan gestellt wurden. Dabei waren den Autoren durchaus bewusst, dass dieser Krieg nicht mit dem gleichen Resultat enden würde, wie der zweite Weltkrieg.⁵ Welche Bedeutung diesem Dokument beigemessen wurde geht schon daraus hervor, dass 1950 bei Ausarbeitung des NSC 68 durch eine von Paul Nitze⁶ geleiteten NSC Study Group nicht nur festgestellt wurde, dass es im Ergebnis

¹ В.А. Гаврилов in: Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (W.A. Gawrilow in: Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), Moskau 2003, S. 44

² Die ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU)‘ war eine der war eine antikommunistischen Organisationen, durch die Altnazis zwischen 1949 und 1959 unter US-amerikanischer Führung von West-Berlin aus Sabotage und Spionage im demokratischen Sektor Berlins, auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR organisierten.

³ А. Судоплатов: Тайная жизнь генерала Судоплатова – правда и вымыслы о моем отце, Книга 2 (A. Sudoplatow: Das geheime Leben des Generals Sudoplatow - Wahrheit und Dichtung über meinen Vater), Moskau 1998, S. 370

⁴ U.S. OBJECTIVES WITH RESPECT TO RUSSIA - TOPSECRET August 18, 1948 [Source; Records of the National Security Council on deposit in the Modern Military Records Branch, National Archives, Washington. D.C.], unter: http://www.sakva.ru/Nick/NSC_20_1.html

⁵ Hier und im weiteren Text beziehen sich die Angaben auf die Übersetzung des Textes in: Директива Совета Национальной Безопасности США 20/1 от 18 августа 1948 года из сборника Thomas H. Etzold and John Lewis Gaddis, eds., Containment: Documents on American Policy and Strategy, 1945-1950 NSC 20/1 (pages 173-203), unter: http://www.sakva.ru/Nick/NSC_20_1R.html

⁶ Paul Henry Nitze (1907-2004) war 1950-1953 Director of Policy Planning im US-Außenministerium übernahm. 1963- 1967 Marineminister (Secretary of the Navy) und im Anschluss bis 1969 als stell-

des zweiten Weltkrieges zu einem „drastischen Rückgang der beiden großen imperialen Systeme, des britischen und des französischen gekommen sei, dass sich die internationale Verteilung der Macht in einer Generation grundlegend geändert habe.“ Hier wird konstatiert, dass „die am 23.11.1948 in NSC 20 formulierten Ziele ihre Gültigkeit behalten“.¹

Als die zwei wichtigsten Aufgaben wurde angesehen, „die Macht und den Einfluss Moskaus in einem solchen Maße zu begrenzen, dass es künftig keine Gefahr für den Frieden und die Stabilität der internationalen Beziehungen darstellt.“ Zugleich ginge es darum, „Grundlegende Veränderungen in der Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen einzuführen, die von den Regierungen unterstützt werden, die unter dem Einfluss der Macht Russlands stehen.“ Wie eine Übersetzung in den politischen Klartext wird die erste Aufgabe als ‚territoriale Einschränkung der russischen Macht und ihres Einflusses‘² definiert.

Hier finden sich Erläuterungen, die die hinter den verlogenen Beschuldigungen des Gegners und den verschleierte Sprüchen über das eigene Anliegen verborgenen Zielstellungen schon etwas deutlicher markieren. Dort heißt es, dass die erste Aufgabe schon in friedlichen Zeiten darin bestehe, mit „nichtmilitärischen Mitteln eine allmähliche Einschränkung der unverhältnismäßig großen russischen Macht und ihres Einflusses auf osteuropäische Länder und die internationale Szene als Faktor eines unabhängigen Faktors herbeizuführen.“ Zu diesem Zweck sollten „mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln föderalistische Institutionen geschaffen und unterstützt werden, die es ermöglichen, dass in den baltischen Ländern das nationale Leben wiedergeboren wird.“ Mit anderen Worten: Angesichts des unübersehbaren Einflusses kommunistischer Ideen waren die Autoren dieses Dokumentes durchaus gewillt, nicht nur Möglichkeiten der nationalen Kultur zu instrumentalisieren, sondern nationalistische und – im konkreten Falle – die noch nicht zerschlagenen Reste faschistischer und faschistoider Kräfte zu unterstützen.

Auch die Überlegungen zur ‚Veränderung der Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen, die von Moskau verfolgt werden‘³ vermitteln Einblicke in die wahren Absichten der Autoren. Dort wird behauptet, dass die sowjetische Position dadurch geprägt sei, dass „a) die friedliche Koexistenz und die Zusammenarbeit souveräner Staaten auf der Grundlage der Gleichheit und gegenseitiger Achtung als unmögliche Illusion abgetan werden; b) Konflikte die Grundlage des internationalen Leben seien, wobei die Überlegenheit anderer von keinem anerkannt werde; c) dass Moskau die Regime, die die Autorität und ideologische Führung Moskaus nicht anerkennen, als

vertretender Verteidigungsminister. Nitze war dabei stets einer der Falken[1], die für eine Position der militärischen Stärke eintraten. nach: http://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Nitze

¹ NSC 68: United States Objectives and Programs for National Security – Terms of Reference, unter: <https://www.fas.org/irp/offdocs/nsc-hst/nsc-68-t.htm>

² 1 . THE GEOGRAPHIC REDUCTION OF RUSSIAN POWER AND INFLUENCE (1. ТЕРРИТОРИАЛЬНОЕ СОКРАЩЕНИЕ РОССИЙСКОЙ МОЩИ И ВЛИЯНИЯ.)

³ 2. THE CHANGE IN THEORY AND PRACTICE OF INTERNATIONAL RELATIONS AS OBSERVED IN MOSCOW (2. ИЗМЕНЕНИЕ ТЕОРИИ И ПРАКТИКИ МЕЖДУНАРОДНЫХ ОТНОШЕНИЙ, КОТОРЫМ СЛЕДУЕТ МОСКВА.)

unmoralisch und für den gesellschaftlichen Fortschritt ansehen und mit beliebigen Methoden bekämpfen; d) dass eine Annäherung der kommunistischen und der nicht-kommunistischen Welt auf Grund ihrer antagonistischen Interessen unmöglich sei; e) dass individuelle Kontakte zwischen Menschen aus der Welt der kommunistischen Herrschaft zu Menschen jenseits ihrer Grenzen den Fortschritt der Menschheit nicht nur nicht befördern, sondern schädlich seien." Dieser Mix aus offenkundigen Lügen, willkürlichen Fehlinterpretationen, der Anknüpfung an naive Illusionen über den Charakter der Klassenauseinandersetzungen und verdrehten Teilwahrheiten charakterisiert nicht nur den politischen Horizont der Autoren dieses Dokumentes. Hier wird eine Vorgabe für die inhaltliche Grundorientierung der außenpolitischen Aktivitäten und der propagandistischen Angriffe auf die UdSSR und ihre Verbündeten formuliert.

Das Ziel dieser Vorgehensweise wird noch deutlicher, wenn unter der Überschrift ‚Reduzierung russischer Macht und ihres Einflusses‘¹ formuliert wird, *„dass es darauf ankommen in den Beziehungen Russlands zur Welt Situationen zu schaffen, die die sowjetische Regierung schon in Friedenszeiten zwingt, die praktische Unzweckmäßigkeit dieses Vorgehens zu akzeptieren.“*

In dem ‚spezifische Ziele‘² benannten dritten Abschnitt wird der Übergang zum Kriege erörtert. Zwar wird eingangs noch so getan, als sei dies eigentlich nicht erwünscht, man wäre daran interessiert, die eigenen Ziele auch ohne Krieg zu realisieren.³ Aber aus den weiteren Ausführungen wird sehr schnell klar, was davon zu halten ist.

Als erstes der militärischen Ziele wird die *„Liquidierung des russischen militärischen Einflusses und deren Herrschaft über beliebige grenznahe Staaten.“* Darüber hinaus werde man mit der Frage konfrontiert, *„bis zu welchem Stadium wir im Ergebnis erfolgreicher militärischer Operationen bei der Veränderung der sowjetischen Grenzen kommen könnten.“* Darauf könne man im Moment noch nicht antworten, aber das dürfe man nicht dem Zufall überlassen. Auszugehen sei aber davon, dass *„unser grundlegendes militärisches Ziel die vollständige Demontage der Struktur von Beziehungen ist, mit deren Hilfe die Führer der Kommunistischen Partei in der Lage sind, ihren moralischen und disziplinarischen Einfluss auf einzelne Bürger und Gruppen von Bürgern der Länder auszuüben, die nicht unter kommunistischer Führung stehen.“*

Welche Bedeutung der Kontrolle über das unter sowjetischem Einfluss stehende Territorium zugeordnet wurde, geht aus der Feststellung hervor, dass es ohne eine wesentliche Einschränkung dieses Territoriums⁴ nicht möglich ist, diese Zielstellungen durchzusetzen. Äußerst bemerkenswert ist die Feststellung, dass dieses Resultat auch durch flächendeckende Zerstörung wichtiger industrieller und wirtschaftlicher Objekte aus der Luft erreicht werden könne. Wie dies auch immer sei *„unsere militärischen Ziele können nicht als erfolgreich realisiert angesehen werden, wenn unter der Kontrolle des kommunistischen Regimes ein Teil des gegenwärtigen mili-*

¹ 1. THE RETRACTION OF RUSSIAN POWER AND INFLUENCE (1. СОКРАЩЕНИЕ РОССИЙСКОЙ МОЩИ И ВЛИЯНИЯ)

² 3. SPECIFIC AIMS (3. СПЕЦИФИЧНЫЕ ЦЕЛИ)

³ 1. THE IMPOSSIBILITIES (1. О НЕВОЗМОЖНОМ)

⁴ 2. THE RETRACTION OF SOCIET POWER (2. СОКРАЩЕНИЕ СОВЕТСКОЙ МОЩИ)

tärisch-industriellen Potentials der Sowjetunion verbleibt, das groß genug wäre, um einen erfolgreichen Krieg mit benachbarten Staaten oder einer beliebigen konkurrierenden Macht zu führen, durch die das traditionelle russische Territorium wieder hergestellt wird."

Zur Sicherstellung dieser Zielstellung sollten „zur Durchsetzung der eigenen Interessen selbst im schlechtesten Falle – der Bewahrung der Sowjetmacht - folgende Forderungen durchgesetzt werden:

- a) direkte militärische Zugeständnisse (Abgabe der Waffen, Evakuierung der Schlüsselzonen etc.) und Sicherstellung einer langfristigen militärischen Hilflosigkeit;*
- b) Einhaltung von Bedingungen, die die ökonomische Abhängigkeit von der Außenwelt sicherstellen;*
- c) Einhaltung von Bedingungen, die nationalen Minderheiten die Freiheit oder den Status föderativen Status garantiert (Als Mindestforderungen werden die volle Befreiung der baltischen Staaten und der föderative Status für die Ukraine genannt)*
- d) Einhaltung der Bedingungen, die die Beseitigung des eisernen Vorhanges garantieren, die den freien Fluss von Ideen und die Herstellung breiter persönlicher Kontakte mit Menschen außerhalb und innerhalb des sowjetischen Machtbereiches sichern."*

Unter der Zwischenüberschrift *„Teilung oder nationale Einheit“*¹ wird unter Viertens ‚überlegt‘, ob die Beibehaltung eines einheitlichen Regimes oder eine Teilung und welches Niveau der Föderalisierung bei Beibehaltung eines einheitlichen Regimes durchzusetzen sei. Unter Fünftens geht es um die *„Wahl einer neuen regierenden Gruppe“*², wobei festgestellt wird, dass man *„gewisse Anstrengungen unternehmen müsse, damit die Entscheidung, wer Russland nach dem Zerfall des Sowjetregimes regieren wird, nicht von uns getroffen wird.“* Und Sechstens wird das „Problem der ‚Entkommunisierung‘“³ erörtert. Dort heißt es unter anderem: *„Wir müssen so lange auf dem Recht der Entwaffnung und der Nichtzulassung zu leitenden Funktionen in der Regierung bestehen, so lange sie keine Beweise für eine aufrichtige Korrektur ihrer Anschauungen beibringen.“* Dies solle aber nicht durch die eigenen Kräfte, sondern durch beliebige örtliche Machtstrukturen durchgesetzt werden, die in der Lage sind, die sowjetische Führung zu ersetzen ...⁴

KALTER KRIEG – DER ALLTAG DER ‚MISSION IMPOSSIBLE‘

Mit welchen Intentionen die um Präsident Truman zusammengeschlossenen konservativen Kreise des US-Monopolkapitals zu den Potsdamer Verhandlungen fuhren, ist aus Notizen des Georg F. Kennan⁵ zu entnehmen: *„Die Idee, Deutschland gemein-*

¹ 4. PARTITION VS. NATIONAL UNITY (4. РАЗДЕЛЕНИЕ ИЛИ НАЦИОНАЛЬНОЕ ЕДИНСТВО)

² 5. THE CHOICE OF A NEW RULING GROUP (5. ВЫБОР НОВОЙ ПРАВЯЩЕЙ ГРУППЫ)

³ 6. THE PROBLEM OF "DE-COMMUNIZATION" (6. ПРОБЛЕМА "ДЕКОММУНИЗАЦИИ")

⁴ Директива Совета Национальной Безопасности США 20/1 от 18 августа 1948 года из сборника Thomas H. Etzold and John Lewis Gaddis, eds., Containment: Documents on American Policy and Strategy, 1945-1950 NSC 20/1 (pages 173-203), unter: http://www.sakva.ru/Nick/NSC_20_1R.html

⁵ *George Frost Kennan* (1904-2005) Historiker und einer der bedeutendsten Diplomaten der USA. Von 1926 bis 1961 im diplomatischen Dienst u.A. in Moskau, Berlin, Prag, Lissabon und London. Das von Kennan nach seiner Rückkehr aus Moskau entwickelte Konzept des ‚Cotainment‘ (Eindämmung) wurde eine der tragenden Säulen der ‚Truman-Doktrin‘.

sam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn. Ein ebensolcher Wahn ist es, zu glauben, die Russen und wir könnten uns eines schönen Tages höflich zurückziehen und aus dem Vakuum werde ein gesundes und friedliches, stabiles und freundliches Deutschland steigen. Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland - den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung haben - zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, dass der Osten sie nicht gefährden kann. Das ist eine gewaltige Aufgabe für Amerikaner. Aber sie lässt sich nicht umgehen; und hierüber, nicht über undurchführbare Pläne für eine gemeinsame Militärregierung, sollten wir uns Gedanken machen. Zugegeben, dass das Zerstückelung bedeutet. Aber die Zerstückelung ist bereits Tatsache, wegen der Oder-Neiße-Linie. Ob das Stück Sowjetzone wieder mit Deutschland verbunden wird oder nicht, ist jetzt nicht wichtig. Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellblock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorlässt.“¹

Diese politische Leitlinie wurde 1949 mit dem von den westlichen Militärgouverneuren verkündeten Besatzungsstatut zur Grundlage der Außen- und Innenpolitik der BRD erklärt. Den westlichen Alliierten blieben Sonderbefugnisse zur Wiederbewaffnung, zur Demontage und Entflechtung der Großindustrie, zur Außenwirtschaft und zu sicherheitsrelevanten Entscheidungen vorbehalten.² Aber noch 2007 merkt Peter Scholl-Latour an, das Zweifel erlaubt sind, *„ob Deutschland nach der Wiedervereinigung wirklich, wie behauptet wird, ein voll souveräner Staat geworden ist. Die Bundesrepublik bleibt weiter von einem System amerikanischer Militärbasen überzogen, über die sie keine Kontrolle ausübt. Ihr Luftraum konnte für zwielichtige Aktionen der CIA missbraucht werden. Die Mehrzahl der deutschen Medien beweist täglich ihre Skrupel, sich aus der gewohnten Unterwürfigkeit zu lösen. Es sind amerikanische und nicht deutsche Kommentatoren, die die ‚Rapid Response Force‘, die im Rahmen der NATO aufgestellt wird, als eine ‚sich selbst finanzierende Fremdenlegion der Europäer im Dienste amerikanischer Interessen‘ beschreiben.“³*

Weiner kommentiert die Haltung des zum ‚prominenten Russland-Fachmann‘ stilisierten Kennan wie folgt: *„Kennan entwarf einen Schlachtplan für den Kalten Krieg, der gerade erst seinen Namen erhalten hatte.“⁴* Grundlage dieser Einschätzung waren das – auf Weisung Forestals zur Pflichtlektüre tausender Offizier gemachte⁵ - ‚lange Telegramm‘ vom Februar 1946, in dem Kennan nicht mehr und nicht weniger erklärte, als dass die UdSSR nach Kriegsende kein Bündnispartner mehr sei und - gestützt auf seine Analyse der sowjetischen Politik - von der Truman-Administration den Politikwechsel forderte, dessen Ziele im NSC 20/1 ausformuliert waren. Nach seiner Einschätzung handle die UdSSR so, als sei sie mit der westlichen Welt im Krieg, die

¹ G.F. Kennan: Über Potsdam, unter: http://www.zum.de/psm/n45/kennan1_n45_al.php

² Die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 – 1951, unter: <http://geschichteverein-koengen.de/Adenauer.htm>

³ P. Scholl-Latour: Russland im Zwangsgriff, Berlin 2014, S. 18

⁴ T. Weiner: CIA – die ganze Geschichte, a.a.O., S. 41 u. 49

⁵ daselbst

sowjetische Regierung sei unfähig, ein realistisches Bild der Lage im Inneren wie in der Außenpolitik zu erarbeiten, wäre selbst durch innere Instabilität charakterisiert und sei dem Westen sowohl geistig wie ökonomisch unterlegen.¹ Alles das gipfelte schließlich in Kennans Ankündigung des Beginns der organisierten politischen Kriegsführung gegen die UdSSR vom 4.5.1948.²

Welche praktischen Hintergründe und Konsequenzen damit verbunden waren notiert Weiner mit der Feststellung, dass nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands *„in der amerikanisch besetzten Zone Deutschlands ... zwei Millionen Menschen gestrandet (waren) – viele von ihnen verzweifelte Flüchtlinge, die dem immer größer werdenden Schatten der sowjetischen Herrschaft entkommen waren. Frank Wisner³ schickte seine Mitarbeiter direkt in die Lager der Displaced Persons, um diese für eine Mission anzuwerben, die er folgendermaßen definierte: ‚Entsendung von Widerstandsgruppen ins Sowjetreich und Herstellung von Kontakten zum Untergrund‘. Sein Plädoyer lautete, die CIA müsse ‚Flüchtlinge aus dem Sowjetreich für die nationalen Interessen der USA einsetzen.‘* Damals noch in der OSS setzte sich Wisner gegen die Richtlinien seiner Vorgesetzten dafür ein, *„diesen Männern Feuerwaffen und Geld zu schicken. Die Exilrussen würden dringend gebraucht, als Reservegruppe für den möglichen Kriegsfall.“*⁴ Zu den unter diesen Voraussetzungen für die Dienste rekrutierten Personen gehörten solche Kriegsverbrecher wie Mikola Lebed, der wegen der Ermordung des polnischen Innenministers im Vorkriegspolen inhaftiert war und anschließend mit der Wehrmacht an den Verbrechen des Bataillons ‚Nachtigall‘ beteiligt war. Weiner kommentiert: *„Die bisweilen schauerliche Kriegsvorgeschichte vieler Emigrantengruppen verschwand umso mehr im Ungewissen, je wichtiger sie für die CIA wurden‘. Im Jahre 1949 waren die Vereinigten Staaten bereit, sich mit fast jedem Schurken gegen Stalin zusammenzutun...“*⁵

KRIEGE IM KALTEN KRIEG – EINE CHRONOLOGIE I⁶

Ein Versuch, anhand der Untersuchungen Weiners die ganze Liste der inszenierten Verbrechen in der Abfolge aufzulisten, in der dieser das nach der Verantwortung der Präsidenten und ihrer CIA-Direktoren vorgenommen hat, scheidet allein schon an dem hier zur Verfügung stehenden Platz. Hinreichend informativ ist aber schon die folgende - sicher unvollständige - Liste von Aufständen, Bürger-, Kolonial-, Befreiungs-, Stellvertreter- und wie auch immer inszenierten Kriegen, Putschs sowie offener und verdeckter Geheimdienstoperationen. Darin werden unter anderem auch militär-

¹ G. Kennan: The Long Telegram, Moskau 22.2.1946, unter: <http://www.ntanet.net/KENNAN.html>

² T. Weiner: CIA – die ganze Geschichte, a.a.O., S. 59

³ Frank Gardiner Wisner (1909-1965) leitender amerikanischer Geheimdienstmitarbeiter und Anwalt. Während des Zweiten Weltkrieges arbeitete Wisner für das OSS. März 1945 war Wisner in Wiesbaden die OSS-Verbindung zur Organisation Gehlen. Nach der Gründung der CIA leitete er die für die geheimen Operationen im Ausland zuständige Abteilung.

⁴ T. Weiner: CIA – die ganze Geschichte, a.a.O., S. 72

⁵ ebenda S. 74f

⁶ zusammengestellt nach: Liste der Kriege und Schlachten im 20. und 21. Jahrhundert, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Kriege_und_Schlachten_im_20._und_21._Jahrhundert, und: Wie viele Kriege hat die USA nach Beendigung des 2. Weltkriegs bereits geführt?, unter: <http://www.terra-kurier.de/US-Kriege.htm>

technische Entwicklungen erwähnt, die mit strategischen Veränderungen des Kräfteverhältnisses verbunden sind:

- 1945/46 - Intervention Frankreichs, Großbritanniens und Kuomintang-Chinas in Vietnam;
- 1945/46 - Intervention Großbritanniens und der Niederlande in der Republik Indonesien;
- 1945/47 - Nationaler Befreiungskrieg des burmesischen Volkes gegen die britischen Kolonialherren;
- 1945/49 - Dritter Bürgerkrieg und Intervention der USA in China;
- 1945/53 - Nationaler Befreiungskrieg Kambodscheas gegen die französischen Kolonialherren;
- 1945/54 - Bewaffneter Volksaufstand in Laos - Befreiungskrieg gegen französische Interventionen;
- 1946/49 - Großbritannien und die USA landen in Griechenland und unterstützten monarchistische Truppen im Kampf gegen die griechische Volksbefreiungsarmee;
- 1946/54 - Widerstandskrieg gegen die französischen Kolonialherren;
- 1947 - US-Marineinfanterie wird bei der Unterdrückung eines Aufstandes in Paraguay eingesetzt;
- 1947/48 - Nationaler Befreiungskrieg des Volkes von Madagaskar gegen französische Kolonialherren;
- 1947/48 - Erster Kolonialkrieg der Niederlande gegen die Republik Indonesien;
- 1947/48 - Bewaffneter Grenzkonflikt zwischen Pakistan und Indien um Kaschmir;
- 1948 - Bürgerkrieg und Intervention der USA in Costa Rica;
- 1948/49 - Arabisch-Israelischer Krieg;
- 1948/53 - Bürgerkrieg und Intervention der USA auf den Philippinen;
- 1948/60 - Nationaler Befreiungskrieg der Völker Malaysias gegen die britischen Kolonialherren;
- 1948/75 - Bürgerkrieg in Burma;
- 1949/50 - Befreiungskrieg im Jemen gegen die britischen Okkupationstruppen;
- 1950/53 - Der Befreiungskrieg des koreanischen Volkes gegen das Seouler Regime und Interventionstruppen der USA, Australiens, Großbritanniens, Griechenlands und andere Einheiten auf Seiten Südkoreas wird durch chinesische Volksfreiwillige und sowjetische Waffenlieferungen und Luftwaffenverbände unterstützt. Von Seiten der USA wurden bakteriologische und chemische Waffen eingesetzt, erneut wurde der Einsatz von Atomwaffen geplant;
- 1950/63 - Bewaffneter Aufstand gegen britische Kolonialherren im Hadramaut und Aden;
- 1951/52 - Nationaler Befreiungskampf des ägyptischen Volkes gegen die Aggression Großbritanniens in der Suezkanalzone;
- 1952/56 - Nationaler Befreiungskrieg in Kenia gegen die britischen Kolonialherren;
- 1952/56 - Bewaffneter Volksaufstand in Tunesien gegen die französischen Kolonialherren;
- 1952 - Bewaffneter Volksaufstand in Bolivien gegen die Militärdiktatur General Ballivan;
- 1952 - Bewaffneter antifeudaler und antiimperialistischer Volksaufstand in Ägypten;
- 1952/56 - Bewaffneter Volksaufstand in Marokko gegen die französischen Kolonialherren;

DIE BOMBE UND DIE STRATEGIE DER STÄRKE

Die im Verlauf des zweiten Weltkrieges in Großbritannien und den USA von den Regierungen hinter der Maske eines ‚Alliierten‘ verborgenen imperialistischen Eigen- und Sonderinteressen traten in dem Maße offen zutage, in dem das Kriegsende absehbar wurde. Der offene Bruch wurde zunächst hinausgezögert, weil die Zerschlagung der Kwantung-Armee und die Besetzung Japans allein durch die Koalition US-

amerikanischer und britischer Truppen nicht zu bewerkstelligen gewesen wäre. Aber der zeitgleich zum Eingreifen der sowjetischen Streitkräfte in der Mandschurei erfolgte - bislang einzige Einsatz der ersten beiden Atombomben – signalisierte überdeutlich, dass die herrschenden Kräfte in den USA und in Großbritannien zu Kriegsverbrechen jeder Art bereit waren, wenn es darum ging, ihren weltweiten Machtanspruch durchzusetzen.

Der die Interessen der reaktionärsten Kreise des US-amerikanischen Imperialismus repräsentierende Präsident Truman und die längst auf das Ende der für sie wider natürlichen Koalition mit der Sowjetunion drängenden britischen Konservativen um Churchill ließen jetzt alle Zurückhaltung fallen. Zwar wurde Hitlerdeutschland als imperialistischer Konkurrent ausgeschaltet. Aber der von Anbeginn als der eigentliche Feind angesehene Alliierte ging nicht nur nicht geschwächt sondern als der eigentliche Sieger aus dem zweiten Weltkrieges hervor. Der mit Unterstützung breiter Volksmassen in den vom Faschismus befreiten Staaten von der sowjetischen Führung eingeforderte wesentlich stärkere Einfluss auf die Neuordnung der Nachkriegsverhältnisse stieß in den führenden Kreisen des Westens auf eine Welle des Hasses. Die bis dahin nur latente antikommunistische und antisowjetische Hetze wurde sowohl in den führenden imperialistischen Staaten als auch in den unter angloamerikanischer Kontrolle stehenden Staaten und Gebieten zur offiziellen Staatsdoktrin.

Schon in der Endphase des zweiten Weltkrieges wurde der Bruch der Antihitlerkoalition vorbereitet. Die Führung der britischen und US-amerikanischen Besatzungstruppen setzte nicht nur die Entwaffnung der italienischen Partisanen durch sondern bediente sich beim Aufbau der neuen staatlichen Behörden krimineller Maffiabanden und übertrug italienischen Faschisten leitende Funktionen beim Neuaufbau der Polizei, der Sicherheitsdienste, der Gerichte und anderer staatlicher Organe. Italienische Kommunisten wurden aus Ämtern gedrängt, die sie im Verlauf des Kampfes um die Zerschlagung des faschistischen Staates eingenommen hatten. Weder die Vertreter der Briten noch die US-Amerikaner waren bereit, ihre sowjetischen Alliierten an der Arbeit der Kontrollkommission für Italien gleichberechtigt zu beteiligen. Als es um den Einfluss der westlichen Alliierten in den Kontrollkommissionen für Bulgarien und Rumänien ging wollten weder Briten noch die Vertreter der USA zur Kenntnis nehmen, dass sich diese ihre Praxis nun gegen ihre Forderungen richtete. Gleich ob in Europa oder in Japan: In der arroganten Manier der US-Regierung hätte die UdSSR den Anspruch der USA auf eine weltweite Kontrolle der innen- und außenpolitischen Entwicklung nicht nur dulden sondern anerkennen sollen.

Der Bruch der Antihitlerkoalition wurde in der Endphase des zweiten Weltkrieges eingeleitet. Von den westlichen Alliierten wurden alle Bemühungen der Völker, sich von den korrupten und durch das Zusammenwirken mit den faschistischen Besatzern diskriminierten herrschenden Klassen zu trennen, zunichte gemacht. In dem Maße, in dem die auf die Restauration der alten Machtverhältnisse orientierte Besatzungspolitik durchgesetzt wurde in verlogener Umkehr der Tatsachen alles das, was auf

diesem Gebiet in den osteuropäischen Volksrepubliken entstanden war, als Resultat eines angeblich von der Sowjetunion errichteten ‚eisernen Vorhanges‘¹ interpretiert. Mit Churchills Rede vom 5.3.1946 vor der Universität Fulton sollte nicht nur der Beginn des kalten Krieges angekündigt werden. Mit diesen verlogenen Behauptungen sollte vergessen gemacht werden, dass es Briten und US-Amerikaner waren, die mit Einsatz militärischer Gewalt die verhasste Monarchie in Griechenland wieder errichteten, mit Hilfe italienischer, niederländischer und anderer Faschisten und Nazi-Kollaborateure demokratisch gewählte Nachkriegsregierungen stürzten, dass CIC, CIA und NATO Terror und Staatsstriche gegen demokratisch gewählte Regierungen inszenierten. Unter Einbeziehung von Angehörigen der SS, der Wehrmacht, Kollaborateuren und anderen Personen, die an faschistischen Verbrechen beteiligt waren, wurde in den von angloamerikanischen und französischen Besatzungsarmeen okkupierten europäischen Staaten ein Netz geheimer Terrorarmeen aufgebaut. Gegen kommunistische und andere Angehörige des antifaschistischen Widerstands, die in Italien, in Frankreich, in den Beneluxstaaten und in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands in die Parlamente und Regierungen wurde ein ganzes System diffamierender Hetze und Verbrechen losgetreten.² Im Unterschied dazu wurden rechtskonservative Parteien in einem Maße subventioniert, die den dort installierten Politikern nur das Handeln nach den Vorgaben der – in der Regel – US-amerikanischen Drehbüchern erlaubte.

In der Weiterentwicklung der Klassenkämpfe der Nachkriegsjahre kann und darf die strategische Funktion der sowohl auf den Gebieten der Wirtschafts-, der militärischen und der politische Spionage, durch gezielte subversive Sabotageakte, ideologische Diversion und die organisatorische Vorbereitung und Durchführung politischer Provokationen, mit Unruhen, Aufständen und Putschversuchen aktiven Geheimdienste keinesfalls unterschätzt oder ignoriert werden. Hier nur exemplarisch zu erwähnend ist die NSC-Direktive 20/1 ein Musterbeispiel dieses Vorgehens.

Aber die Einschätzung der Nachkriegsphase bleibt einseitig und oberflächlich, wenn nicht einkalkuliert wird, dass mehrfach wiederholte provokative Versuche zur Erprobung realer militärischer Möglichkeiten der Führung eines atomaren Kernwaffenkrieges gegen die UdSSR scheiterten. Die zu diesem Zweck in Richtung des sowjetischen Territoriums vorgeschickten B-29 wurden vor den Kurilen und vor der Küste der baltischen Republiken abgeschossen. Der von den USA und ihren südkoreanischen Quislingen provozierte Krieg endet nach für beide Seiten verlustreichen Kämpfen mit einem Kompromiss, der einer Niederlage der USA und ihrer Verbündeten gleichkam.

¹ Diese Bezeichnung hatte Goebbels am 25.2.1945 in der Nazizeitschrift ‚Das Reich‘ für die Ergebnisse der Jaltaer Konferenz verwendet: Bei einer deutschen Kapitulation würde sich über das von der UdSSR besetzte Gebiet *„sofort ein eiserner Vorhang heruntersenken, hinter dem dann die Massenabschlachtung der Völker begänne“*. Nachdem die britische ‚Times‘ diese Formulierung übernommen hatte verwendete Churchill diese Worte am 12. Mai 1945 in einem Telegramm an Truman. Nach: Eiserner Vorhang, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Eiserner_Vorhang

² siehe dazu: D. Ganser: NATO-Geheimarmeen in Europa – inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung, Zürich 2008

Die sowjetischen Streitkräfte hatten überzeugend unter Beweis gestellt, dass jeder Versuch, die strategische Lage in offener militärischer Konfrontation zu verändern, zum Scheitern verurteilt war.

Dabei erhielt die UdSSR auch aus Kreisen der erstarkenden Weltfriedensbewegung und durch die anwachsende Welle antikolonialistischen Kampfes gegen die britische, französische und niederländische Kolonialherrschaft Unterstützung. Von kaum zu überschätzender Bedeutung waren dabei nicht nur der Bruch des US-amerikanischen Atomwaffenmonopols, sondern auch die umfangreichen sowjetischen Anstrengungen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie.

IV. REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION - FRONTALANGRIFF III OFFENE KONTERREVOLUTION

Der Eindruck vom Verlauf der Ereignisse in den fünfziger und den folgenden Jahren bleibt einseitig und also oberflächlich, wenn die Aufmerksamkeit ausschließlich auf den Verlauf innerer Auseinandersetzungen konzentriert wird. Was sich ereignete, erscheint so als ein scheinbar folgerichtiges Ergebnis des konkurrierenden Verhaltens verschiedener Personen. Dabei werden nicht nur historisch gewachsene Entwicklungsunterschiede in und zwischen den Ländern der sich erst formierenden sozialistischen Gemeinschaft und die Widersprüche und Konflikte zwischen diesen und den führenden imperialistischen Staaten und den damals noch zu großen Teilen in kolonialer Abhängigkeit lebenden Völkern der Welt ignoriert. So würde völlig außer Acht gelassen: In der Sowjetunion und in anderen vom Kriege verwüsteten Staaten war es eben erst gelungen, einige der schwersten Kriegsschäden zu überwinden. Das Ausmaß der in der Nachkriegszeit unternommenen Anstrengungen bleibt unverständlich, wenn nicht begriffen wird, welche ungeheuren Anstrengungen unter diesen Bedingungen unternommen werden mussten, um das Atombombenmonopol der USA zu brechen und damit die Durchführung eines immer wieder aufs neue geplanten Atomkrieges zu vereiteln. Nur diesen Anstrengungen und den Bemühungen aller, die daran beteiligt waren (u.A. auch den Kollegen der SDAG Wismut), ist es zu danken, dass es weder damals noch in den folgenden Jahren erneut zum Einsatz dieser Waffen kam.

Daraus folgt aber auch, dass das Spektrum der als ‚kalter Krieg‘ bezeichneten Konfrontation zwischen den führenden imperialistischen Staaten und der sozialistischen Völkergemeinschaft wesentlich breiter war, als das in der unmittelbaren militärischen Konfrontation von Rüstungsanstrengungen und den sich laufend wiederholenden Provokationen an der Schwelle zum Kriege und Stellvertreterkriegen zum Ausdruck kam. Dazu gehörte auch ein ganzes System von immer wieder erneuerten und verschärften Maßnahmen zur Behinderung der wirtschaftlichen, der wissenschaftlich-technischen und der technologischen Entwicklung (u.A. die COCOM¹ – Bestimmungen über das Verbot des Handels mit strategisch verwertbaren Rohstoffen, Geräten und Know-how). Die größten Anstrengungen wurden unter gezielter Nutzung der neuesten Möglichkeiten, die sich aus der wissenschaftlich-technischen Revolution ergaben, auf die militärische Rüstung und das wissenschaftlich-technische Niveau der Kriegsführung konzentriert. Damit wurden nicht ‚nur‘ die Investitionskapazitäten sondern auch des noch im Aufbau befindlichen Forschungs- und Entwicklungspotentials der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft in so starkem Maße in Anspruch genommen, dass für Vorhaben, die für die Realisierung der sozialistischen Alternative zur Verwendung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums im Interesse der werk-

¹ Das 1949 gegründete ‚Coordinating Committee on Multilateral Export Controls‘ (der Koordinationsausschuss für multilaterale Ausfuhrkontrollen) COCOM überwachte den Handel mit und koordinierte den Wirtschaftskrieg gegen die UdSSR und deren Partner. Dieses auf Initiative der USA gegründete multinationale Organ hatte die Aufgabe, Verbotslisten aufzustellen, diese Sanktionen zu überwachen und die Lieferung von neuen Technologien und Werkstoffen zu vereiteln.

tätigen Bevölkerung geplant waren, kaum noch Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden konnten.

Aber nicht weniger wichtig und wirksam waren die Bemühungen des CIA und anderer ‚Dienste‘, zur Unterwanderung des Gegners. Die verdeckte Speerspitze dieses Programms war auf die Zerstörung der inneren Wertestrukturen der sozialistischen Gesellschaft gerichtet. Das, was in der ‚Ostpolitik‘ der SPD in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre als ‚Wandel durch Annäherung‘ bezeichnet wurde, war ein Resultat von Untersuchungen, die 1949-51 unter Einbeziehung mehrerer hundert sowjetischer Emigranten aus der Wlassow-Armee und den Bandera-Banden als Bestandteil eines Projektes der Harvard-University in München erarbeitet wurde.¹ Dabei ging es darum, die ideologische Orientierung des sozialistisch geprägten Selbstbewusstseins derer, die unter diesen Verhältnissen mit dem Erlebnis des Sieges im Kampf gegen Hitlerdeutschland aufgewachsen waren mit ein pluralistisch, freiheitlich und demokratisch klingenden Angeboten aufzuweichen. Dieses langfristig konzipierte Programm zielte insbesondere auf die heranwachsende Generation, auf unzufriedene kritische Intellektuelle, Künstler und karrieristische Streber im Partei- und Staatsapparat. Besondere Aufmerksamkeit galt denen, die im Zuge der Entnazifizierung aus Schulen, Ämtern und Einrichtungen gejagt wurden.

DER 17. JUNI 1953 RAHMENBEDINGUNGEN UND HINTERGRÜNDE

Die Machtkämpfe in der Sowjetunion boten hervorragende Möglichkeiten, dahinter verborgene Konflikte zwischen verschiedenen Interessengruppen und den von diesen vertretenen alternativen Positionen zu instrumentalisieren. Dabei ging es nicht mehr nur um die Vernichtung der Spuren eigener Beteiligung an Gesetzverstößen. Berija versuchte ebenso wie die anderen Mitglieder des sofort nach Stalins Ermordung wieder in alter Besetzung amtierenden Politbüros, die politische Initiative an sich zu reißen. Das zeigte sich auch in der Debatte um die weitere gesellschaftspolitische Orientierung der Entwicklung in Deutschland und in der DDR. Mehrfach waren Versuche gescheitert, die Remilitarisierung Westdeutschlands zu verhindern. So fiel der Ablehnung der Westmächte und der Adenauer-Regierung sogar deren eigene, mit der Note der Sowjetregierung vom 10.3.1952 aufgegriffene, Forderungen nach freien Wahlen (vom 27.9.1951²) für eine Nationalversammlung zum Opfer. Wie in der ‚New York Herald Tribune‘ nachlesbar, wollten die Vereinigten Staaten nach der Spaltung Deutschlands durch Gründung der Bi- und der Tri-Zone, der Spaltung Berlins und der geheim vorbereiteten einseitigen Währungsreform *„jetzt keine freien Wahlen in Deutschland.“*³

Adenauer lehnte die Perspektive eines neutralen Deutschlands ab, dass sich auf Grundlage eines Friedensvertrages innerhalb der durch das Potsdamer Abkommen

¹ В. Широнин: Под колпаком контрразведки тайная подоплека перестройки - тайная подоплека перестройки, (W. Schironin: unter dem Deckel der Spionageabwehr – der geheime Hintergrund der Perestroika), Moskau 1996, S. 82f

² So wurde Deutschland gespalten, Berlin 1966, S. 104f

³ ebenda 109

fixierten Grenzen entwickeln sollte. Nach seiner Meinung ging es nicht um Wiedervereinigung, sondern um die „*Befreiung der Provinzen östlich von Elbe und Werra*“.¹ Revanchistischer Ausgangspunkt dieser Politik waren und blieben die deutschen Grenzen von 1937.

Nachdem Adenauer am 26./27.5.1952 den Deutschlandvertrag und den Vertrag über die Gründung der ‚Europäischen Verteidigungsgemeinschaft‘ (EVG) unterschrieben hatte, waren die Würfel gefallen. Wegen im Westen angeblich bestehenden Zweifeln am Ausgang solcher Wahlen kam es zur Remilitarisierung einer in den imperialistischen Westen integrierten BRD. In der DDR erfolgte unter Anleitung sowjetischer Offiziere der militärische Ausbau der Grenzsicherungsanlagen zur BRD.² So wird nicht nur verständlich, warum Stalin in der Aussprache mit Pieck, Ulbricht und Grotewohl am 7.4.1952 darauf hinwies, dass „*man vorerst nicht lauthals vom Sozialismus sprechen soll*“³.

In diesem Zusammenhang wird nicht nur klar, dass es unter den deutschen Kommunisten um Walter Ulbricht eine sich davon deutlich unterscheidende Interessenslage gab und warum auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 „*der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der DDR*“ erklärt wurde.⁴ In der sowjetischen Führung gab es von Anbeginn erhebliche Differenzen in der Wertung dieses Schrittes. Das geht nicht nur daraus hervor, dass das sowjetische Außenministerium bei Versuchen, „*eine gewisse Dynamik in die deutsche Frage zu bringen*“, die mit dieser Orientierung unvereinbar war, auf massiven Widerstand des sowjetischen Militärs stieß.⁵ Nach Berija sollte dieser Weg nicht nur - wie von Molotow und anderen vorgeschlagen - nicht nur nicht beschleunigt, sondern überhaupt abgebrochen werden.⁶ Nach seinen Informationen waren im ersten Halbjahr 1952 bereits 57.234 Personen aus der DDR in den Westen gegangen, im zweiten waren das 78.831, im ersten Quartal 1953 sogar 84.034.⁷ Die Sorgen, dass da ein Gebilde entstand, das künftig in jeder Hinsicht von der materiellen Unterstützung der UdSSR abhängig sein würde, waren durchaus berechtigt.

General Wollweber, Staatssekretär für Staatssicherheit, informierte über den Streit, den die Orientierung auf den Aufbau des Sozialismus im ZK der SED ausgelöst haben sollte. Noch vor Stalins Tod wurden von Berija Versuche unternommen, nun auch

¹ ebenda S. 107-109

² K. Hager: Erinnerungen, Leipzig 1996, S. 186

³ H. Neubert – W. Wolkow; Stalin wollte ein anderes Europa – Moskaus Außenpolitik 1940-68, Berlin 2003, S. 196

⁴ Aus dem Beschluss ‚Zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgabe im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus‘, angenommen auf der 2. Parteikonferenz der SED 9.-12.7.1952, in: Dokumente zur Geschichte der SED, Band 2: 1945 bis 1971, Berlin 1988, S. 171

⁵ Siehe: Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), Moskau 2003, S. 12

⁶ Ф. Чуев: Молотов - полудержавный властелин (F. Tschujew: Molotow - Herrscher im Schatten der Macht), Moskau 2002, S. 402ff

⁷ Аналитическая записка № 44/Б (Analytische Notiz Nr. 44/B vom 6.5.1953 von Berija für das ZK der KPdSU, in: Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), Moskau 2003, S. 18

Ulbricht in die Welle der Prozesse um Slansky einzubeziehen.¹ Jetzt sollte auf Berijas Befehl eine Arbeitsgruppe seines Ministeriums unter Leitung der Obristin Rybkina in einer streng geheim gehaltenen Operation hinter dem Rücken des Politbüros, Molotows und des Außenministeriums über verschiedene Kanäle sondieren, welcher Preis bei den Westmächten für die Wiedervereinigung eines neutralen Deutschlands zu realisieren wäre. Mit den solcherart noch einmal auf 10 Jahre verlängerten Reparationen (etwa 10 Mrd. \$) hoffte Berija, die Infrastruktur der UdSSR zu modernisieren.² Doch diese Gruppe wurde nach ihrem Eintreffen in Berlin von sowjetischen Militärs verhaftet.³ Kobulow und Goglidze wurden zusammen mit Berija auch wegen des Vorwurfs verurteilt und hingerichtet, den Aufbau des Sozialismus in der DDR zu hintertreiben und Versuche zu ihrer Umwandlung in einen bürgerlichen Staat unternommen zu haben, „*was einer direkten Kapitulation vor den imperialistischen Kräften gleichgekommen wäre.*“⁴ Über Hintergründe wurde auf dem DDR-Schriftstellerkongress am 9.1.56 gerätselt: „*Jemand sagte: Nach der ersten Genfer Friedenskonferenz vom Januar vierundfünfzig hätte man mit einer Wiedervereinigung Deutschlands gerechnet, die DDR sollte auf dem Altar des Friedens geopfert werden.*“⁵

Immer wieder wird auf die im Beschluss des ZK der KPdSU hervorgehobenen kritischen Bemerkungen hingewiesen, dass durch die SED „*fälschlicherweise Kurs auf einen beschleunigten Aufbau des Sozialismus in Ostdeutschland genommen wurde, ohne Vorhandensein der dafür notwendigen realen sowohl innen- als auch außenpolitischen Voraussetzungen.*“⁶ Im Kontext der vorab beschriebenen Vorgänge wird aber auch deutlich, dass in der Führung der SED ernsthaft darüber nachgedacht wurde, wie die aus einer solchen Politik absehbar folgende Liquidierung einer sozialistischen Entwicklung in Deutschland zu vermeiden wäre. Aus diesem Grunde gingen einige der nun von Walter Ulbricht und seinen Genossen in der DDR eingeleiteten Maßnahmen in Wahrnehmung ihrer nationalen Verantwortung tatsächlich über die damals höchst widersprüchlichen Ziele der Moskauer Politik hinaus.⁷ Dabei ging es durchaus nicht nur um Vorstellungen deutscher Kommunisten von der Zukunft. Viel problematischer waren die unübersehbaren Restaurationsbestrebungen der in Amt und Würden gebliebenen oder wieder eingegliederten Nazis in der Bundesrepublik.⁸

Dabei wird nicht nur ignoriert, dass es keine Beschlüsse gab, in denen von einem beschleunigten Ausbau die Rede ist. Viel problematischer ist der Umstand, dass die DDR-Wirtschaft im Resultat der Spaltungsfolgen, Reparationen und Besatzungskosten gar nicht in der Lage war, die unübersehbar notwendige und auch von sowje-

¹ Andert / Herzberg: Der Sturz – Honecker im Kreuzverhör, Berlin und Weimar 1990, S. 232

² П. Судоплатов: Спецоперации лубянка и кремль 1930-1950 годы, (P. Sudoplatow: Spezoperationen – Lubyanka und Kreml 1930-1950), Moskau 2003, S. 561ff

³ ebenda S. 565

⁴ Beschluss des Plenums de ZK der KPdSU Über die verbrecherische partei- und staatsfeindliche Tätigkeit Berijas, in: Der Fall Berija – Protokoll einer Abrechnung, Berlin 1993, S. 335

⁵ J. Putrament: Ein halbes Jahrhundert – Memoiren 1950-1956, 2. Buch, Berlin 1982, S. 364

⁶ Berliner Zeitung v. 8.9.1990, zitiert nach: K. Hager: Erinnerungen, a.a.O., S. 194

⁷ M. Frank: Walter Ulbricht – Eine deutsche Biographie, Berlin 2001, S. 209

⁸ N. Frei: Karrieren im Zwielficht – Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt a.M. 2001

tischer Seite dringend ‚anempfohlene‘ Entwicklung einer eigenen Schwerindustrie ohne einschneidende Verschlechterung der Lebensbedingungen zu realisieren. Es ist heute kaum noch nachvollziehbar, wer seinerzeit in wessen Auftrag mit welcher Zielstellung in dieser Situation welche Maßnahmen durchzusetzen half. Offensichtlich reflektierten sich aber auch darin die *„ernsten politischen Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze in der sowjetischen Führung.“*¹

Betzien sieht in Herrstadt und Zaisser die Männer des KGB, die daran arbeiteten, diese Pläne im Osten Deutschlands umzusetzen.² Dass die administrative Erhöhung der Normen um 10 Prozent, die Abschaffung der Lebensmittelkarten für Handwerker und kleine Gewerbetreibende, der Preise Arbeiterrückfahrkarten sowie andere Maßnahmen gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerichtet waren³, stand von Anfang an fest. Bleibt zu fragen, wer daran interessiert war. Hier ging es nicht mehr nur um eine falsche Einschätzung der Lage.

Doch damals führten die damit provozierten Auseinandersetzungen noch nicht dazu, dass die DDR zur Verhandlungsmasse wurde. Schon im Juni 53 liefen den Organisatoren dieser Entwicklung die Ereignisse aus den Händen. Am 9.6. beschloss das ZK der SED, *„begangene Fehler“ zu korrigieren „und die Lebenshaltung der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes“ zu verbessern.*⁴ Nachdem noch am 3.6.53 im ND mit einem aus der BGL ausgetretenen Schlosser über die ‚Richtigkeit des Beschlusses zur Normenerhöhung‘ polemisiert wurde⁵ informierte das Kommuniqué des Politbüros vom 9.6.53 neun Tage darauf, dass *„eine Reihe von Fehlern begangen wurden“*. Ausdrücklich erwähnt wurden restriktive Regelungen bei Lebensmittelkarten, die Übernahme von Betrieben, außerordentliche Maßnahmen zur Steuererhebung und die Vernachlässigung der Interessen der Einzelbauern, Einzelhändler, der Handwerker und der Intelligenz.⁶ Aber am 16.6. brachte ein Artikel in der ‚Tribüne‘, in dem die administrativ beschlossenen Normenerhöhungen trotz des eben erst beschlossenen ‚neuen Kurses‘ sogar noch verteidigt wurde, das ‚Fass zum Überlaufen‘.... Das war nicht mehr nur dem Übereifer irgendeines Journalisten geschuldet, der weder die Zeichen der Zeit noch den Beschluss des ZK zum neuen Kurs verstanden hatte.

Aber aus der solcherart von Berijas Vertrauten Herrstadt und Zaisser vorbereiteten und geplanten Machtübernahme wurde nichts.⁷ Walter Ulbricht blieb trotz des Eingeständnisses, *„für diese Fehler die größte Verantwortung zu tragen“*⁸ an der Partei-

¹ K. Hager: Erinnerungen, a.a.O., S. 200

² H. Betzien: Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte - Verlauf - Hintergründe, Berlin 2003, S. 148ff, 154ff

³ K. Hager: Erinnerungen, a.a.O., S. 194

⁴ Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED vom 9.6.1953, ND vom 12.6.1953

⁵ Ist Schlosser Schermer nun überzeugt?, ND vom 3.6.1953, S. 1

⁶ Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED vom 9.6.1953, a.a.O., S. 1

⁷ H. Betzien: Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte - Verlauf - Hintergründe, a.a.O., S. 155

⁸ Siehe: Das 15. Plenum des ZK der SED - Parteiinternes Material - nur für den persönlichen Gebrauch bestimmt. S. 76, nach: M. Frank: W. Ulbricht - eine deutsche Biographie, a.a.O., S. 248

spitze. Er war der eigentliche Initiator der - im Widerspruch zu Stalins eigentlichen Empfehlungen - von der II. Parteikonferenz der SED gefassten Beschlüsse zum Aufbau des Sozialismus in der DDR.¹ Nach Meinung von I.F. Maksimytschew diente dies in der von Stalin verfolgten Außenpolitik dazu, Druck auf die BRD auszuüben, um den wahrscheinlichsten Ausgangspunkt eines Angriffs auf die UdSSR rechtzeitig zu eruieren.² Ulbricht und seine Genossen sahen darin eine durchaus ernst zu nehmende Chance für die praktische Durchführung jener tief greifenden gesellschaftlichen Umwälzungen, die es zu nutzen galt. Aber sowohl die Befürworter als auch die Gegner dieser Entscheidung in den eigenen Reihen wie auf der anderen Seite begriffen, dass mit der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in einem der am weitesten fortgeschrittenen imperialistischen Staaten weit reichende Konsequenzen verbunden waren. Deshalb konnte und kann es nicht verwundern, dass es schon damals zwischen der Herangehensweise der deutschen Kommunisten um Ulbricht und den Vertretern einer großmachtpolitischen ‚Realpolitik‘ der Sowjetunion auch in der deutschen Frage grundlegende Differenzen gab.

Wenn der seinerzeit für die Bereitstellung des Urans zuständige Ministers für ‚mittleren Maschinenbau‘ A.P. Sawenjagin nach Berijas ‚Verhaftung‘ in der ZK-Debatte darauf hinweist, dass in der DDR möglicherweise eben so viel Uran abgebaut werde, *„wie den Amerikanern ... zur Verfügung steht“*³, wird deutlich, dass es in dieser Debatte schon damals durchaus nicht ‚nur‘ um politische Solidarität mit den Genossen in der DDR oder um die Frage nach der politischen Zukunft Deutschlands ging. Vielmehr waren bei dem (im Auftrag des ZK Berijas organisierten) Eingreifen der sowjetischen Streitkräfte auch äußerst ernst zu nehmende wirtschafts- und militärpolitische Interessen ausschlaggebend. Schließlich kann und darf nicht vergessen werden, dass der von Berija vorbereitete Deal damals nicht zustande kommen konnte, weil dieses Szenario nicht in das Machtkalkül der Gruppierung passte, die sich letztlich durchsetzte.

Auf der anderen Seite mussten übereifrige Brandstifter zurückgepfiffen werden. Bahr und seine RIAS-Propagandaredner mussten von ihren – ernsthaft um den Ausbruch eines Krieges besorgten - amerikanischen Auftraggebern zurück gepfiffen werden.⁴ Das war durchaus nicht der ‚Friedensliebe‘ dieser aggressiven Interessenvertreter der US- Monopole geschuldet, sondern vielmehr der - in Korea offensichtlich gewordenen Tatsache, dass eine solche militärische Auseinandersetzung bei allen furchtbaren Zerstörungen in den Staaten Westeuropas für die USA nicht nur nicht zu gewinnen war: Damit wäre das Ende des Imperialismus auf europäischem Boden absehbar gewesen...

¹ W. Ulbricht: Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben Sozialistischer Einheitspartei Deutschlands, in: W. Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Aus Reden und Aufsätzen, Berlin 1958, S. 408-422

² И.Ф. Максимычев in: Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (I.F. Maksimytsch in: Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), S. 99

³ siehe Der Fall Berija - Protokoll einer Abrechnung, Das Plenum des ZK der KPdSU Juli 1953, Stenographischer Bericht, a.a.O., S. 257f

⁴ H. Betzien: Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte - Verlauf - Hintergründe, a.a.O., S. 126

DAS SCHEITERN EINER KONTERREVOLUTIONÄREN PROVOKATION

Diese Hintergründe waren weder den Bauarbeitern von der Stalinallee noch den aus Westberlin in blitzsauberen Bauarbeiteranzügen ‚delegierten‘ Arbeitslosen bekannt. Für die einen war es unverständlich und unzumutbar, wie mit ihnen im Arbeiter- und Bauernstaat umgegangen wurde. Für die anderen war das eine Gelegenheit, zu Geld zu kommen. Dazwischen gab es ein breites Spektrum sehr unterschiedlicher Interessen, Absichten und.. zielgerichtet ‚organisierter Zufälle‘. Manch einer geriet aus naiver Neugier in eine Sache hinein, von der er nicht wusste, welches Programm da im Hintergrund lief. Aber es gab auch andere: Im VEB Bodenbearbeitungsgerätewerk Leipzig bildete sich eine Streikleitung aus ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und Berufssoldaten der Wehrmacht.¹ Ähnliche Erscheinungen gab es auch andernorts. Nachdem in den Jahren zuvor Naziaktivisten zur Umerziehung in die Bereiche der Produktion geschickt wurden, wo die Arbeitsbedingungen besonders schwer waren, bildeten sich in einigen Bereichen größere Konzentrationen solcher Personengruppen. Manch einer von denen sah jetzt eine günstige Gelegenheit, sich für die in letzten Jahren erlittenen Konsequenzen seines einstigen Verhaltens zu rächen. Bei der Organisation von Unruhen, bei der Plünderung und Zerstörung von Verwaltungsgebäuden, Kaufhäusern, Gefängnissen und Kiosken, bei der Misshandlung von Volkspolizisten, Funktionären und all denen, die sich ihnen in den Weg stellten, taten sich viele ‚Ehemalige‘ im engsten Zusammenwirken mit einigen Typen hervor, die Kontakte zu amerikanischen Dienststellen in Westberlin hatten.² Im Verlaufe der Untersuchungen stellte sich heraus, dass – so der Agent der so genannten ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ Heinz Lumma aus Eisleben – *„der Tag X am 17. Juni 1953 vorzeitig ausgelöst werden musste, da der neue Kurs der Regierung der DDR dazwischen gekommen sei. Eigentlich wäre der Tag X für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen gewesen.“*³ Davon hatten die keine Ahnung, die völlig zu recht empört auf einige Entscheidungen reagierten aber noch nicht mitbekommen hatten, dass sich da etwas tat.

Die Hintergründe dieser Ereignisse bleiben unverständlich, wenn die ökonomischen Rahmenbedingungen dieser Entscheidungen außer Acht gelassen werden. In der Nachkriegsphase wurden die Unzulänglichkeiten der metallurgischen Voraussetzungen des im Osten Deutschlands konzentrierten Maschinenbaus immer deutlicher spürbar: Lieferung aus dem Ruhrgebiet und aus Salzgitter erfolgten nicht nur unregelmäßig – nicht selten blieben sie gerade dann aus, wenn sie besonders dringend gebraucht wurden. Unter diesen Bedingungen war die Aufmerksamkeit der SED-Führung und des Staatsapparates auf den Ausbau einer eigenen Schwerindustrie konzentriert. Doch schon bei der Ausarbeitung der Pläne konnten die realen Möglichkeiten der Leistungsentwicklung schon deshalb nicht genügend berücksichtigt werden,

¹ K. Pientka: Ein ‚Toter‘ saß im Gerichtssaal, in: Spurensicherung – Zeitzeugen zum 17. Juni 1953, Schkeuditz 1999, S. 51

² G. Meister: Lichtsignale vom Nikolaikirchturm, in: Spurensicherung – Zeitzeugen zum 17. Juni 1953, Schkeuditz 1999, S. 44

³ Unmenschlichkeit als System – Dokumentarbericht über die ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e.V.‘ Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2-4, Berlin 1957, S. 57

weil die damit befassten Personen nur in den seltensten Fällen wirklich in der Lage waren, die dabei anstehenden technischen und technologischen Probleme zu beurteilen. Dazu kam, dass Defizite in der Versorgung und Ungerechtigkeiten durch die administrative Vorgabe von Normen und restriktive Maßnahmen gegen potentielle Gegner von den wirklichen Gegnern dieses gesellschaftlichen Umbruchsprozesses raffiniert benutzt wurden. Die dabei praktizierte Art der Entscheidungsfindung hatte sich von der politischen Realität gelöst. Nur im Resultat kompromisslosen Eingreifens der sowjetischen Militärführung konnte der konterrevolutionären Tendenz dieser Ereignisse Einhalt geboten werden. In der späteren Darstellung wurde und wird kaum darauf eingegangen, warum sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht beteiligt hatte. Zwar stießen Provokateure und Randalierer, die Zerstörung von Gebäuden und Brandstiftungen angesichts der lebendigen Erinnerungen an die Kriegsjahre auf Unverständnis und Ablehnung. Aber zu viele ließen sich – nicht zuletzt unter dem Eindruck der eigenen Unzufriedenheit mit Versorgungs- und anderen Problemen - nach wie vor von einem Beobachterstandpunkt leiten. Und nicht wenige waren allein schon deshalb instrumentalisierbar...

Unter den Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte gab es – im Widerspruch zu immer wieder reanimierten Gerüchten über Fälle von Befehlsverweigerung - allein schon auf Grund der noch lebendigen Erinnerungen an die Kriegsjahre kein Zögern.¹ In ihrer Einschätzung kamen US-amerikanische Analytiker zu dem Resultat, dass die sowjetische Armee beim ersten Befehl ihre Fähigkeit zu schneller Mobilisierung und zur Unterdrückung von Unruhen unter Beweis gestellt habe. Es sei klar geworden, dass die unbewaffnete Bevölkerung in der sowjetischen Okkupationszone nicht in der Lage sei, den sowjetischen Streitkräften Widerstand zu leisten.² Dass der Ereignisse des 17. Juni 1953 den Beobachtern des CIC nicht zuletzt auch der Überprüfung der Handlungsfähigkeit der auf dem Boden der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte diene, findet in der Untersuchung dieses Ereignisses bislang keine angemessene Aufmerksamkeit.

Auch im Resultat jüngster Erfahrungen ist es notwendig, die Entwicklung des sozialistischen Aufbaus, dabei erlittene Niederlagen und errungene Erfolge vor allem und in erster Linie durch die schonungslose Untersuchung eigener Fehler auszuwerten. Aber es hieße, den dabei zu erkennenden Fehlern einen weiteren hinzuzufügen, wenn dabei außer acht gelassen würde, dass es hier von Anbeginn um eine Klassenauseinandersetzung zwischen den an einer sozialistischen Umgestaltung interessierten und den Kräften der nationalen und internationalen Konterrevolution ging. Aus einer Art nationaler Nabelschau kann weder die Komplexität der damaligen Ereignisse noch die der späteren Entwicklung verstanden werden. Erst durch die Aufdeckung der Vielschichtigkeit dabei aufbrechender Widersprüche wird deutlich, in welchem Handlungsrahmen Probleme zu verstehen und deren Lösung in Angriff ge-

¹ В.В. Соколов in: Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (W.W. Sokolow in: Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), Moskau 2003, S. 33

² В.А. Гаврилов in: Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (W.A. Gawrilow in: Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), a.a.O., S. 44

nommen werden musste, wo welche Versäumnisse zugelassen und Fehlentscheidungen in der Entwicklung dieser Situation entwicklungsentscheidend wurden, wo warum welche Unterlassungen, wo nachvollziehbar begründete, wo was durch wen verursacht wurde.

Aus dieser Sicht wird deutlich, dass es sowohl in der Planung der gesellschaftspolitischen und der wirtschaftlichen Entwicklung als auch in der Bewertung der politischen Haltung größerer Teile der DDR-Bevölkerung Illusionen und mehr oder weniger schwerwiegende Fehleinschätzungen gab. Angesichts der sich durch Kriegsfolgen, die Spaltung und die Auswirkungen des kalten Krieges anhäufenden Lasten war für einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung ein Ausweg aus der zum Dauerzustand gewordenen Armut nicht absehbar. Im gezielt organisierten Widerspruch zu dem im Westen mit Marshallplan-Investitionen, D-Mark-Umstellung und den außerordentlich vorteilhaften Rahmenbedingungen des Korea-Krieges auf den Weg gebrachten ‚Wirtschaftswunders‘ stagnierten oder verschlechterten sich die Lebensbedingungen im Osten. In der wirtschaftlichen Entwicklung der beiden Teile des gespaltenen Deutschland fokussierten sich die gesellschaftspolitischen Antagonismen des kalten Krieges.

Aber es wäre auch und vor allem aus historischer Sicht all zu einseitig und also falsch, würde man die Wirkungen des von W.L. Clayton und F. Kennan erarbeiteten und nach dem US-Außenminister C. Marshall benannten Plans auf die unmittelbaren Folgen an der Grenze zwischen den beiden Militärblöcken beschränken. Die Feststellung, dass es beim ‚European Recovery Program‘ nicht nur und nicht einmal in zweiter Linie um die Überwindung der Nahrungsmitteldefizite und um den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten europäischen Staaten ging, ist mittlerweile fast schon banal. Es ging darum, den Einfluss der UdSSR mit Hilfe US-amerikanischer Gelder zurück zu drängen, *„einige osteuropäische Staaten durch den Plan vom Kommunismus befreien zu können.“*¹ Aber auch dann, wenn die Aufmerksamkeit ausschließlich oder vorrangig auf die Käuflichkeit einiger führender Politiker konzentriert wird, bleiben die mit diesem Plan ausgelösten sozialökonomischen Veränderungen im Dunkeln. Darauf verweisen die Rybas in ihrer Untersuchung: Bei ihnen geht es nicht nur um die mit der Kreditierung der westeuropäischen Wirtschaften begründete Abhängigkeit, nicht nur um den Absatz amerikanischer Waren, für die es keinen Markt gab, und nicht nur um die Schwächung des sowjetischen Einflusses. Sie verweisen daraus, dass es *„im Zuge der Umsetzung dieses Planes mit der Ablösung der fehlenden Kohle durch das wesentlich billigere Erdöl zu einer Schwächung der in der Nachkriegszeit äußerst einflussreichen prokommunistischen Bergarbeitergewerkschaften kam. Die gut organisierten Bergarbeiter verloren ihren Einfluss. Die auf Kohlebasis begründete europäische Wirtschaft wurde auf die Nutzung von Erdöl umgestellt. Damit, d.h. mit der nun in großem Stil im nahen und mittleren Osten anlaufenden Erdölförderung begann eine neue Zeitrechnung.“*² Das war nicht ‚nur‘ der Ausgangspunkt für die

¹ Marshallplan, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Marshallplan>

² Рыбас, С. и. Е.: Сталин - судьба и стратегия 2 (S. u. E. Rybas: Stalin – Schicksal und Strategie 2) Moskau 2007, S. 507f

Entstehung neuer Märkte, Beziehungen und Abhängigkeiten – hier sind die erst in der Gegenwart in voller Breite wirksam werdenden langfristigen wirtschaftsstrategischen Konzepte zu erkennen, die den dominierenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einfluss der USA auf ihre europäischen und asiatischen Vasallen garantieren...

In der DDR entstand eine ausweglose Situation, die trotz aller Unterschiede im industriellen Entwicklungsniveau in einigen wesentlichen Momenten unverkennbar Parallelen zur Lage in der UdSSR zu Beginn der 30-er Jahre aufwies: Die für den Aufbau einer leistungsfähigen Industrie unabdingbar notwendigen Investitionen in der Metallurgie, im Schwermaschinenbau und in der kasernierten Volkspolizei führten dazu, dass der Ausbau der Leichtindustrie und die Verbesserung der Versorgung vorerst zurückgestellt werden sollte. Aber das geschah bei offener Grenze zum anderen Teil Deutschlands. Die unmittelbare Folge war eine rasch anwachsende Welle der Abwanderung von Bauern, hoch qualifizierten Ingenieuren, Ärzten und Wissenschaftlern aber auch einer größeren Zahl von Arbeitern in den Westen. Dieser Aderlass war mit schwerwiegenden Folgen für die gesundheitliche Versorgung, für die wissenschaftlichen Forschung und die Realisierung der Planaufgaben in der Volkswirtschaft verbunden.

Dazu kamen Schäden, Ausfälle und Verluste durch Spionage, Sabotage, Verrat, Diversions- und Terrorakte, die aus Westberlin ohne besondere Schwierigkeiten organisiert und durchgeführt werden konnten.¹ Dabei ging es um die systematisch organisierte Schädigung des Außenhandels und die Störung der Versorgung, um die Zerstörung von Produktionsanlagen, um Brandstiftung in volkseigenen Betrieben und landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, um die Zerstörung von Transport- und Sicherungsanlagen und Brücken der Reichsbahn, und um gezielte Abwerbung dringend gebrauchter Spezialisten. Nur durch den Zugriff der Sicherheitsorgane konnte der KGU-Agent Benkowitz – stellvertretender Schulleiter aus Weimar - an der von ihm vorbereiteten Sprengung der Saaletalsperre, von Eisenbahnbrücken und Unterführungen gehindert werden.² Aus gleichem Grunde konnte die Auslieferung des von einem Leipziger Veterinärmediziner im dortigen Schlachthof vergifteten Fleisches unterbunden werden.³

Wenn man sich alles das und die Summe dieser Ereignisse vor Augen führt, wird nicht nur deutlich, unter welchen Umständen und mit welchen Anstrengungen der Aufbau des Sozialismus in der DDR begann. Angesichts des durch Kriegsfolgen, Demontage und Reparation verursachten niedrigen Ausgangsniveaus der Arbeitsproduktivität, des Fehlens qualifizierter Facharbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler, der Defizite in der Versorgung der Bevölkerung und der völlig unzureichenden Versorgung der Betriebe mit Roh- und geeigneten Werkstoffen, der dadurch sowie im Resultat gezielter Schädlingstätigkeit verursachten Produktionsausfälle sind die

¹ siehe Unmenschlichkeit als System – Dokumentarbericht über die ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e.V.‘ Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2-4, a.a.O., S. 187-261

² ebenda S. 230

³ ebenda S. 237f

trotz dieser Umstände errungenen Ergebnisse zwar noch lange kein ‚Wunder‘ aber doch der unwiderlegbare Beweis für die Unterstützung des sozialistischen Aufbaus durch die überwiegende Mehrheit der DDR-Bevölkerung. Vergleicht man diese Realität und die Resultate der damaligen Anstrengungen mit den mit Hilfe US-amerikanischer Investitionen, durch Material- und Personalhilfe aus Ost und West erreichten und als ‚Wirtschaftswunder‘ gepriesenen Ergebnissen der wirtschaftlichen Entwicklung der BRD, wird deutlich, unter welchen sozialökonomischen Voraussetzungen ein höheres Niveau gesellschaftlicher Kreativität freigesetzt wurde.

Derartige Erscheinungen waren durchaus nicht nur als Resultat der tatsächlichen Bedrohung der sozialistischen Entwicklung durch innere und äußere Feinde anzusehen. Unzulängliche ökonomische Voraussetzungen, allgegenwärtige Versorgungsmängel, dadurch verursachte soziale Spannungen, nur widerwillig geduldete und bürokratisch gemaßregelte Initiativen der Bürger und die im Hintergrund eines pauschal postulierten Führungsanspruchs der sich hierarchisch organisierenden zentralisierten Partei ausgetragenen Machtkämpfe entwickelten sich zum Nährboden einer schleichenden Deformierung der sozialistischen Ziele. Ansätze zur nüchternen Analyse der Ursachen dieser Probleme wurden als defätistische ‚Fehlerdiskussion‘ diskriminiert und in ideologischer Rechthaberei abgewürgt. Dort, wo eine sachlich konstruktive Diskussion zu theoretischen und praktischen gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Grundfragen notwendig gewesen wäre, waren Disziplin und Ergebnisadressen gefragt.

Zwar wurde im Statut der SED gefordert, *„die Selbstkritik und Kritik von unten zu entwickeln, furchtlos Mängel in der Arbeit aufzudecken und sich für ihre Beseitigung einzusetzen, gegen Schönfärberei und die Neigung, sich an Erfolgen in der Arbeit zu berauschen, gegen jeden Versuch, die Kritik zu unterdrücken und sie durch Beschönigung und Lobhudelei zu ersetzen, anzukämpfen; Mängel in der Arbeit ohne Ansehen der Person den leitenden Parteiorganen bis zum Zentralkomitee zu melden.“* Aber es war durchaus kein Zufall, dass zwar zur Mitteilung solcher Kritiken an die leitenden Parteiorgane und das ZK, aber nicht zur kritischen Auseinandersetzung mit deren Tätigkeit aufgefordert wurde. Wer sich dazu erdreistete erst zu machen mit der These im Statut, dass *„kein Parteimitglied ... Missstände verbergen und Handlungen, die die Interessen der Partei und des Staates schädigen, mit Stillschweigen übergehen (darf)“* wurde darauf hingewiesen, dass *„der Verrat von Partei- und Staatsgeheimnissen ... ein Verbrechen an der Partei und der Arbeiterklasse und unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Partei (ist).“*¹ So konnte es nicht verwundern, dass W. Ulbricht in seinem Schlusswort zur Diskussion auf dem IV. Parteitag zwar zur Kritik an Werk- und Abteilungsleiter wegen nicht bedarfsgerechter Produktion², am

¹ siehe IV. Parteitag der SED vom 30.3.-6.4.1954, K. Schirdewan: Über die Abänderungen am Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands - Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1954, S. 87

² W. Ulbricht: Neuen Erfolgen entgegen! Schlusswort nach Abschluss der Diskussion zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees auf dem IV. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1954, S. 23f,

Bürokratismus¹, zur unzureichenden Kritik der Lehrer am Volksbildungsministerium² und sogar über die berechnete „Kritik am Parteiapparat“³ und der Arbeit der Bezirksleitungen⁴ sprach, aber kein selbstkritisches Wort über Unzulänglichkeiten und Fehlentscheidungen in der eigenen Arbeit geschweige denn zum Versagen des ZK im Vorfeld und am 17. Juni 1953 verlor.

KRIEGE IM KALTEN KRIEG – EINE CHRONOLOGIE II⁵

- 1953 - Revolutionärer bewaffneter Aufstand gegen die Batista-Diktatur in Kuba;
- 1953 - Einfall britischer Truppen in Kuwait;
- 1953 - Im Rahmen einer CIA-Operation wird im Iran die Regierung Mossadegh gestürzt und die Macht des Palevi-Regimes restauriert;
- 1954 - mit Unterstützung der US-Luftwaffe stürzt ein Kommando von US-Söldnern im Auftrag der United Fruit Company die demokratisch gewählte Regierung Arbens in Guatemala;
- 1954/62 - Nationaler Befreiungskrieg in Algerien gegen die französischen Kolonialherren;
- 1954/64 - Bürgerkrieg in Südvietnam;
- 1955 - Intervention der USA in Kostarika vom Territorium Nikaraguas;
- 1955 - Bewaffneter Grenzkonflikt zwischen Pakistan und Afghanistan;
- 1955 - Bewaffneter Konflikt zwischen Großbritannien und Saudi-Arabien;
- 1955/56 - Bewaffneter Volksaufstand in Jordanien gegen die britischen Imperialisten;
- 1955/60 - Bewaffnete Provokationen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der BRD vom Territorium der BRD und Westberlins gegen die DDR;
- 1955/59 - Nationaler Befreiungskrieg des zypriotischen Volkes gegen die britischen Kolonialherren;
- 1955/59 - Nationaler Befreiungskrieg des Volkes von Oman gegen die britischen Kolonialherren
- 1955/62 - Nationaler Befreiungskrieg in Kamerun gegen die französischen Kolonialherren;
- 1955/69 - Bewaffnete Provokationen der USA und Südkoreas gegen die KVDR;
- 1956 - Bewaffneter Volksaufstand in Peru gegen das diktatorische Regime des Generals Odria;
- 1956 - Bewaffneter Volksaufstand in Guatemala gegen die Diktatur Armas;
- 1956 - Suez-Krise: Ägypten, 26.07.1956 bis 15.11.1956;

POLEN UND UNGARN 1956

RAHMENBEDINGUNGEN UND HINTERGRÜNDE

Vergleicht man die Entwicklung im Osten Deutschlands mit der in Polen und Ungarn, so wird zwar deutlich, dass es sowohl hinsichtlich der historischen Voraussetzungen als auch in der jeweiligen innenpolitischen Entwicklung spezifische nationale Besonderheiten gab. Aber in der Entwicklung der Ereignisse, die im Sommer 1956 in Polen und im Herbst des gleichen Jahres in Ungarn zu einer außerordentlichen Zuspitzung

¹ ebenda S. 26ff

² ebenda S. 34

³ ebenda S. 37

⁴ ebenda S. 38ff

⁵ zusammengestellt nach: Liste der Kriege und Schlachten im 20. und 21. Jahrhundert, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Kriege_und_Schlachten_im_20._und_21._Jahrhundert, und: Wie viele Kriege hat die USA nach Beendigung des 2. Weltkriegs bereits geführt?, unter: [http:// www. terra-kurier.de/US-Kriege.htm](http://www.terra-kurier.de/US-Kriege.htm)

der Klassenauseinandersetzungen führten, sind Parallelen zur Entwicklung in der DDR unübersehbar. Auch hier gab es subjektivistische Fehlentscheidungen leitender Funktionäre, die sich zwar auf unterschiedliche Art und Weise durch ihre Treuebekennnisse zur Sowjetunion aber durchaus nicht in gleichem Maße durch Sachkompetenz hervorgetan hatten. Einige ‚leitende Genossen‘ nutzten ihre Position zum Ausbau eines Systems von Privilegien für ihnen nahe stehende Mitarbeiter, ohne sich selbst zu vergessen. Wer sich derartigen Erscheinungen in den Weg stellte, wurde kalt gestellt. Wenn in Polen von der ‚neuen Bourgeoisie‘ gesprochen wurde, so mag die Wortwahl andernorts anders gewesen sein – das Problem gab es bei allen Unterschieden und Nuancen in allen Volksrepubliken. Es ist keine Übertreibung, wenn in diesem Zusammenhang konstatiert wird, dass die Teilung des Nationalstaates und die offene Grenze wesentlich dazu beitrugen, dass derartige Erscheinungen in der DDR nicht annähernd solche Ausmaße annehmen konnten, wie in der UdSSR und in anderen sozialistischen Staaten: Mitunter sogar offen demonstrierte Erscheinungen von Korruption und Privilegienwirtschaft hätte die Westpresse mit Genuss aufgegriffen..

Zwischen dem im Februar 1956 stattfindenden XX. Parteitag der KPdSU und den Ereignissen von 1956 in Polen und Ungarn gab es eine ähnlich vielschichtige Beziehung wie die zwischen dem Tod Stalins und den Ereignissen vom 17. Juni 1953 in der DDR. Die durch den Tod Stalins verursachten Irritationen waren für die Regisseure des CIA Grund und Gelegenheit, um die Durchführbarkeit ihrer politischen Ziele durch ihre Helfershelfer die Organisation des Protestes von Unzufriedenen zu testen. Jetzt bot der durch Chruschtschow losgetretene Kampf gegen den ‚Stalinismus‘ eine viel weiter reichende Möglichkeit: Unter dieser Losung konnte die ganze bisherige sozialistische Entwicklung in der UdSSR und in den Volksdemokratien angegriffen werden. Weiner beschreibt den ersten Eindruck von der Nachricht über die ‚Geheimrede Chruschtschows‘ vom XX. Parteitag im CIA: *„Es war indessen Nikita Chruschtschow, der Generalsekretär der KPdSU, der ... mehr Konfussion im Lager des Weltkommunismus auslöste, als die CIA je für möglich gehalten hätte. In einer Rede auf dem 20. Parteitag seiner Partei im Februar 1956 geißelte er den knapp drei Jahre zuvor verstorbenen Stalin als ‚einen übermäßigen Egoisten und Sadisten, der alles und jeden der eigenen Macht und dem eigenen Ruhm zu opfern bereit war.‘ Gerüchte über Chruschtschows Rede kamen der CIA im darauf folgenden März zu Ohren. ‚Mein Königreich für eine Kopie‘ soll daraufhin Allen Dulles zu seinen Leuten gesagt haben. Sollte die CIA vielleicht doch noch an Informationen aus dem inneren Zirkel des Politbüros herankommen?“*¹

Der Wirkung dieses Materials widmete Weiner besondere Aufmerksamkeit: *„In der Folge wurde die Geheimrede monatelang von Radio Free Europe, der mit 100 Millionen Dollar dotierten Propagandamaschine der CIA, in Länder hinter dem Eisernen Vorhang ausgestrahlt. Bei dem Sender waren über 3.000 Emigranten als Radiojournalisten, Autoren und Techniker tätig. Zusammen mit ihren amerikanischen Vorge-*

¹ T. Weiner: CIA – die ganze Geschichte, a.a.O., S. 174f

setzten sendeten sie in acht Sprachen und hielten Tag für Tag einen neunzehnstündigen Funkbetrieb aufrecht. Eigentlich sollten ihre Nachrichten und Propagandasendungen ohne viel Drumherum über den Äther gehen, Wisner aber wollte das Wort als Waffe einsetzen. ... Die dort beschäftigten Emigranten hatten ihre amerikanischen Vorgesetzten immer wieder gedrängt, dem Sender eine klare Botschaft an die Hörer vorzugeben. Nun hatten sie eine: Chruschtschows Rede wurde rund um die Uhr über die Mikrofone verlesen. Das hatte unmittelbare Folgen. Während noch einige Monate zuvor die klügsten Köpfe der CIA zu dem Schluss gekommen waren, dass für den Rest der fünfziger Jahre nicht mit Volksaufständen in Osteuropa zu rechnen sei, begannen am 28. Juni, nach Ausstrahlung der Rede, polnische Arbeiter sich gegen ihre kommunistische Regierung zu erheben.“¹

POZNAN UND POLEN IM JUNI 1956

Auch in Polen boten die wirtschaftlichen Probleme des Wiederaufbaus und der Umstellung des noch immer agrarwirtschaftlich dominierten Landes, die traditionell anti-russisch/antisowjetische Einstellung größerer Teile der Bevölkerung und die Anwesenheit sowjetischer Truppen eine Vielzahl von Möglichkeiten und Anknüpfungspunkten für die Zuspitzung politischer Konflikte. Infolge von Lieferschwierigkeiten und administrativ verordneten Normensteigerungen kam es schon im Sommer 1955 in den Werken von ZNTK und ZISPO zu Beschwerden. ‚Man‘ hatte auch in Poznań *„die Normen so veränderte, dass die Löhne stark schrumpfen mussten.“*² Durch Nachrichten vom XX. Parteitag der KPdSU, Gerüchte um den Tod Boleslaw Bieruts (der am 12.3.1956, kurz nach dem XX. Parteitag in Moskau verstarb) und die danach einsetzenden Auseinandersetzungen um die weitere politische Entwicklung verschärfte sich die Lage.

Nachdem Vertretern der Poznaner Arbeiter am 26.6. ein besseres Lohnsystem zunächst zugesichert aber am nächsten Tag zurückgenommen wurde, kam es zu massenhaften Protestdemonstrationen. Es war durchaus kein Zufall, dass auch in Polen gewaltsame Auseinandersetzungen auslösten. Aber zur gleichen Zeit, in der Arbeiter der Zispo-Werke geordnet und ruhig zum Präsidium des Volksrates zogen wurden die Gebäude des Militärstaatsanwaltes, das Gefängnis und das Rundfunkgebäude angegriffen. Die Provokation von Angriffen auf Angehörige der Sicherheitsorgane, der Sturm auf Verwaltungsgebäude der Partei und der Massenorganisationen, die Zerstümmerung des Mobiliars – das Szenario wiederholte sich. Polizisten wurden entwaffnet und Verwaltungsgebäude gestürmt. *„Es ging nicht mehr um eine Kritik durch die Arbeiter, die oft richtig war, nicht mehr um die mehr oder weniger berechtigten Forderungen; aus der Angelegenheit wurde ein bewaffneter, von Provokateuren organisierter Angriff auf die Volksmacht.“*³ Beim Sturm auf das Gebäude der Staatssicherheit kam es zu einem Feuergefecht, das schließlich dazu führte, dass Einheiten der Armee eingesetzt wurden. Hier lief ein Szenario der Konterrevolution ab, das

¹ ebenda S. 177f

² J. Putrament: Ein halbes Jahrhundert – Memoiren 1950-1956, 3. Buch, Berlin 1984, S. 63

³ Neues Deutschland (ND) vom 1.7.1956, S. 5

später mehrfach ‚verbessert‘ und präzisiert wurde: Unter Nutzung der administrativen Entscheidungen von ganz besonders ‚prinzipienfesten‘ und ‚der Partei ergebenen‘ Genossen wurde in einer Art und Weise in das Leben größerer Bevölkerungsgruppen eingegriffen, die diese in Widerspruch zur Politik der Partei bringen musste. In den gleichen Kreisen wurde dann auch festgelegt, wie dieser ‚konterrevolutionäre‘ Unmut zu unterdrücken war.

Der nach dem Tode Bieruts zum Ersten Sekretär der PVAP gewählte. Das war das Resultat einer unter der Losung des ‚Kampfes gegen den Stalinismus‘ geführten Auseinandersetzung: Das Spektrum reichte von einer sich selbst als ‚Linke‘ bezeichnenden revisionistischen Gruppierung¹ über eine stark dezimierte Gruppierung alter Kommunisten, die im Resultat der die Hetze der ‚freien Presse‘ ihren Einfluss in Partei und Staat verloren hatte², über ehemalige Hartliner, die sich mit populistischen Phrasen im liberalen Lager zu profilieren suchten bis hin zu ganz gewöhnlichen Karrieristen und Schuften, die sich nun als Führer der Entstalinisierung aufspielten.³ Wenn Putrament den Unterschied zwischen zur Entwicklung in Ungarn darin sieht, dass „*bei uns .. die Linke, (die Arbeiter aus [K.H.]) Žerań an der Spitze, die Oberhand (hatte), in Ungarn die gegen Rákosi gerichtete Rechte*“⁴ hat er zumindest ein wichtiges Moment übersehen: Es gab Überfälle auf Parteisekretäre und die Sicherheitsorgane. Zudem wurden – meist unter Führung katholischer Priester – Produktionsgenossenschaften aufgelöst. Aber es kam nicht zum Ausbruch eines Bürgerkrieges. In Polen hatte es einen massenhaften antifaschistischen Widerstand gegeben, der trotz aller antisowjetischen Ressentiments in großen Teilen der katholischen Bevölkerung eine zwar extrem widersprüchliche, aber in wesentlichen Momenten sozialistisch dominierte Grundeinstellung hervorgebracht hatte. Das äußerte sich nicht zuletzt auch in der Empörung über jene Karrieristen, denen die sozialistische Phraseologie doch nur zum eigenen Vorteil diente.

KONTERREVOLUTION IN UNGARN

Ungarn hatte eine andere Vergangenheit. Das wird schon deutlich, wenn nach den sozialökonomischen Ursachen der Zerschlagung der Sozialistischen Föderativen Räterepublik Ungarn und der über Stabilität des danach errichteten faschistischen Regimes gefragt wird. In den 133 Tagen nach dem 21.3.1919 war angesichts der von Anbeginn anstehenden Kämpfe mit den Kräften der nationalen und internationalen Konterrevolution, mit dem Verrat durch opportunistische Politiker und mit der fehlenden eigenen Erfahrung kaum Zeit, grundlegende Veränderungen durchzusetzen. Bei nüchterner Prüfung werden aber auch die Fehler in der Einschätzung der Lage im Lande deutlich sichtbar, die damals zum Scheitern führten. Der sozialistischen Revolution standen nicht nur große Teile der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerung ablehnend gegenüber, sondern auch ein keineswegs zu unterschätzender Teil

¹ J. Putrament: Ein halbes Jahrhundert – Memoiren 1950-1956, 3. Buch, a.a.O., S. 126

² ebenda S. 106

³ ebenda S. 118

⁴ ebenda S. 92

der Arbeiterklasse. Die Räteregierung enttäuschte nicht nur die Hoffnung der Kleinbauern auf eine Bodenreform, die ihnen mehr Land eingebracht hätte. Waren es dort die nach der Nationalisierung auf allen Höfen über 55 ha errichteten Staatsgüter, so war die Stimmung der Angehörigen der Arbeiterklasse durch die von Sozialdemokraten genährte Sorge dominiert, dass „*Kommunisten ihren ‚sozialen Kampf‘ gefährden könnten*“.¹

Im Resultat des derart vorbereiteten Bodens antikommunistischer Hetze, der nach der blutigen Niederschlagung der Räterepublik - wegen des hohen Anteils jüdischer Kommunisten - einsetzenden antisemitischen Hetze und des nun aufgeheizten Nationalismus stabilisierte sich das Horthy-Regime in den Nachkriegsjahren zu einer der reaktionärsten faschistischen Diktaturen Europas. Diese Entwicklung fand im Bündnis mit Hitlerdeutschland Fortsetzung: „*Im Bunde mit den Nazis konnte Ungarn bis 1941 viele verlorene Gebiete wieder erlangen, was in allen Klassen und Schichten begeistert aufgenommen wurde. Die ungarische Armee beteiligte sich an den Aggressionen gegen die UdSSR und Jugoslawien. Im Herbst 1944 besetzten die Nazis Ungarn und unterstützten die an die Macht gelangten faschistischen Pfeilkreuzler, die ihnen bis zum Schluss die Treue hielten und Zehntausende von Juden und Antifaschisten umbrachten. Erst in der Endphase des Krieges erklärten sich linke und nichtfaschistische bürgerliche Parteien bereit, mit den Kommunisten eine antifaschistische Front zu schaffen, die im Dezember 1944 auf befreitem Gebiet eine Provisorische Regierung schuf. Die ungarischen Streitkräfte konnten wegen ihrer faschistischen Ausrichtung als einzige Satellitenarmee nicht gegen die Nazis eingesetzt werden.*“²

Das Horthyregime blieb bis zum Frühjahr 1944 einer der treuesten Verbündeten Hitlerdeutschlands. Zwar waren im Sommer 1941 zunächst nur 216.000 ungarische Soldaten eingesetzt.³ Ungarn hatte mit 295.300 Gefallenen und Vermissten sowie 513.766 Kriegsgefangenen, von denen 54.755 starben nach Hitlerdeutschland die höchsten Verluste zu verzeichnen. Auch daraus erklärt sich die Härte, mit der auch angesichts der chancenlosen militärischen Lage auf Seiten der ungarischen Faschisten gekämpft wurde.⁴ Das bestätigte sich auch beim Vordringen der mit der Roten Armee vereint kämpfenden ersten rumänischen Armee in die ungarische Tiefebene. Zunächst hatte Horthy versucht, durch Verhandlungen Zeit zu gewinnen. Nachdem dies dem deutschen Oberkommando bekannt geworden war, organisierten sie mit Hilfe der Pfeilkreuzler einen Putsch, der die Regierung Szalasi an die Macht brachte. Ein Aufstand antifaschistischer Offiziere wurde niedergeschlagen.

¹ B. Majorow: Zur Vorgeschichte der ungarischen Konterrevolution von 1956, RotFuchs Nr. 89, S. 22

² daselbst

³ История второй мировой войны 1939-1945, (im weiteren ИВМВ), том четвертый - Фашистская агрессия против СССР. Крах стратегии молниеносной войны, (Geschichte des Zweiten Weltkrieges [im weiteren GdZW], Band 4: Die faschistische Aggression gegen die UdSSR. Das Scheitern der Blitzkriegsstrategie), Moskau 1974, S. 21

⁴ Россия и СССР в войнах XX века – Потери вооруженных сил - Статистическое исследование (Russland und die UdSSR in den Kriegen des XX. Jahrhunderts, Verluste der Streitkräfte, Statistische Untersuchung), a.a.O., S. 514

Zwar sabotierten einige ungarische Arbeiter und Kleinbauern die von Pfeilkreuzlern angeordneten Verteidigungsmaßnahmen. Aber in den von der Ungarischen Kommunistischen Partei organisierten Widerstandsgruppen waren lediglich 2.500 Mann organisiert.¹ Trotz deutlicher Überlegenheit an Kräften und Mitteln konnte das zur Festung ausgebaute Budapest erst nach der Zerschlagung mehrerer der in der ungarischen Tiefebene vorgetragenen mächtigen Gegenangriffe und nur unter erheblichen Verlusten der sowjetischen Streitkräfte im Laufe von 1¹/₂ Monaten härtester Straßen- und Häuserkämpfen besetzt werden.² Erst am 13. Februar war Budapest befreit.

Nach der Befreiung von Szeged hatte sich am 2.12.1944 eine ‚Ungarische nationale Front der Unabhängigkeit‘ gegründet und am 21.12. bildete sich in dem von sowjetischen Truppen befreiten Debrecin unter Leitung des ehemaligen Kommandeur der ersten ungarischen Armee eine provisorische Regierung.³ Aber bei den 1945 stattfindenden ersten Parlamentswahlen gewannen in Ungarn – im Unterschied zu allen anderen befreiten Ländern - die um die Unabhängige Partei der kleinen Landwirte gruppierten Rechten. Zugleich hatten die Kommunisten einen geradezu unglaublichen Zuwachs zu verzeichnen. Im Dezember 1944 zählten diese 2.500 Mitglieder. Im Mai 1945 wuchs deren Anzahl auf 150.000, im August waren das 300.000, im Januar 1946 noch einmal doppelt so viele und im Juni 1947 schließlich eine drei viertel Million. Nach der Vereinigung mit den Sozialdemokraten zählte die Partei der Ungarischen Werktätigen fast 900.000 Mitglieder.⁴ Offensichtlich war dabei die Tatsache von ausschlaggebender Bedeutung, dass es nach 1945 zu mehreren Wellen der Säuberung des Staatsapparates von faschistischen und sympathisierenden Elementen gekommen war. Eine große Zahl der Pfeilkreuzler, die für die im Kriege verübten Verbrechen verantwortlich waren war untergetaucht oder hatte sich ihrer Verantwortung durch die Flucht in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands entzogen. Von den unter dem Vorwurf der Beteiligung an Kriegsverbrechen Verhafteten 22.000 Personen wurden vorerst 9.000 interniert und 2.000 vor Gericht gestellt.⁵

In diesem Zusammenhang ist aber auch noch auf Ereignisse einzugehen, die zu Beginn der fünfziger Jahre mit folgenschweren Konsequenzen für die innenpolitische Auseinandersetzung in allen Volksrepubliken verbunden waren. Überall wiederholte sich ein Szenario: Auf der einen Seite standen Politiker, die durch den Widerstandskampf geprägt, durch Verfolgungen und KZ-Haft für die Durchsetzung einer an den eigenen Interessen und an den Traditionen des eigenen Volkes orientierte Politik

¹ Redaktionskollegium: Weltgeschichte in zehn Bänden, Band 10, Berlin 1965, S. 425

² ИВМВ, том девятый – Освобождение территории СССР и европейских стран. война на тихом океане и в азии, (GdZW, Band 9: Die Befreiung des Territoriums der UdSSR und der europäischen Länder, der Krieg im Stillen Ozean und in Asien), a.a.O., S. 199

³ ИВМВ, том девятый – Освобождение территории СССР и европейских стран. война на тихом океане и в азии, (GdZW, Band 9: Die Befreiung des Territoriums der UdSSR und der europäischen Länder, der Krieg im Stillen Ozean und in Asien), a.a.O., S. 203

⁴ V. Majorow: Zur Vorgeschichte der ungarischen Konterrevolution von 1956, a.a.O., S. 22

⁵ Т.В. Волокитина, Г.П. Мурашко, А.Ф. Носкова, Т.А. Покивайлова: Москва и восточная европа политических режимов советского типа 1949-1953 Очерки истории (Т.В. Wolokitina, G.P. Muraschko, A.F. Noskowa, T.A. Pokiwailowa: Moskau und Osteuropa - Die Errichtung politischer Regime sowjetischen Typs 1949-1953 Abriss der Geschichte), Moskau 2002, S. 64

autorisiert waren. Auf der anderen Seite waren das Funktionäre, die in Moskau Verfolgungen und die Repression aller erlebt und überlebt hatten, die tatsächlich oder vermeintlich im Widerspruch zu der Art und Weise handelten, mit der einige Vertreter der KPdSU(B) ihren Führungsanspruch durchsetzten.

Nicht wenige der im illegalen Widerstand Aktiven hatten ihr Leben nur durch die Flucht in die Schweiz oder in den noch nicht besetzten Teil Frankreichs retten können. Hier zu überleben war für illegal lebende Kommunisten, denen der Fluchtweg über den Ozean versperrt war, nur durch die Bereitstellung von Lebensmittel, Geld, Medikamenten, und gefälschte Personaldokumente möglich. Dafür hatte sich das ‚Unitarian Service Committee (USC)‘, eine US-amerikanische Quäkerorganisation engagiert. Dort hatte sich u.a. auch Noel Field, ein ehemaliger US-Diplomat nach seiner Entlassung vom Völkerbund für die Unterstützung von Antifaschisten engagiert, die fürchten mussten, an die Gestapo ausgeliefert zu werden. Aber zu den Finanziers und Mitwissern gehörte nicht nur bekannte Schriftsteller und engagierte Antifaschisten, sondern auch der Vertreter des OSS Allen Dulles, der mit Field aus gemeinsamer Arbeit im US State Departement persönlich kannt war.

Im durchaus ‚erfolgreichen‘ Bemühen, seine bedingungslose Treue zur Sowjetunion im Kampf mit Anhängern Titos heraus zu streichen, nutzte Rakosi diese Gelegenheit, um seinen Konkurrenten, den Sekretäre der Budapester Parteiorganisation und Innenminister Laszlo Rajk, auszuschalten. Dieser genoss nicht nur die besondere Autorität eines antifaschistischen Widerstandskämpfers und KZ-Häftlings, Rajk hatte durch sein Amt als Innenminister auch direkten Kontakt zum sowjetischen Innenministerium. Aber die Tatsachen, dass er auch dienstliche Kontakt zum jugoslawischen Innenminister Rankowitsch gehabt hatte und den US-Bürger Noel Field aus der Zeit des Widerstandes kannte, waren ausreichend, um ihn zu verhaften und nach einem mit Hilfe ‚unzulässiger Verhörmethoden‘ ‚erzielten‘ Geständnis wegen Spionage für Horthy, die USA und Tito zum Tode zu verurteilen.

Durch eine in den 70-er Jahren veröffentlichte, aber sowohl im Westen als auch in der UdSSR totgeschwiegene Dokumentation wurde bekannt, dass die gezielte Diffamierung des Noel Field nur der Ausgangspunkt einer viel weiter reichenden Geheimdienstoperation des CIA war.¹ Durchaus vergleichbar mit den am Ende der dreißiger Jahre von Heidrich und Schellenberg lancierten Gestapo-Dokumenten zur Diskriminierung und Ausschaltung der sowjetischen Armeeführung erhielt Józef Światło - ein für den CIA arbeitender Oberst des polnischen Sicherheitsdienstes - zu seiner Überraschung nicht etwa den Auftrag, Spionagetätigkeit für die USA durchzuführen. Stattdessen sollte er so viel wie nur irgend möglich an ‚amerikanischen Agenten‘ und sowjetfeindlichen Aktivitäten trotzkistischer und ‚titoistischer‘ Kräfte in den Partei- und Staatsführungen der Volksdemokratien ‚entlarven‘.² Insbesondere sollte er ‚nachweisen‘, dass unter Leitung Fields eine Gruppe am Werk sei, die ‚im Auftrag des CIA an

¹ С. Стивен: Операция ‚Раскол‘, (S. Steven: Operation Splinter), Moskau 2002, S. 5

² ebenda S. 164f

der Zerstörung des sowjetischen Blocks arbeite und ihrem Ziels bereits nah gekommen' sei.¹ Nach der Einreise Fields nach Prag, der daran anschließende Verhaftung und den Verhören wurden die, die in der Emigration mit ihm in Verbindung gestanden hatten, in Prag, Warschau, Budapest, Sofia und Bukarest verhaftet und mit der Beschuldigung, im imperialistischen Auftrag gehandelt zu haben, fast ausnahmslos zur Höchststrafe abgeurteilt.

Bei der Verfolgung ‚stalinistischer Deformationen‘ war es schon 1956 üblich, Mátyás Rákosi nur in seiner Verantwortung für die Liquidierung von Konkurrenten und Gegner, für Säuberungsaktionen und die willkürliche Verhaftung derer, die dagegen aufbegehrten, zu nennen. Dabei wurde und wird sowohl ignoriert, dass er als Gründungsmitglied der Ungarischen Partei der Kommunisten in der Ungarischen Räterepublik unter Bela Kun Oberbefehlshaber der Roten Garde (‚Vörös Örség‘) war, dass er 1924 - nach einem SU-Aufenthalt - illegal nach Ungarn einreiste, 1925 verhaftet wurde und vom Horthy-Regime bis 1940 in Einzelhaft gehalten wurde. Nach dem XX. Parteitag wurde die bedingungslose Parteidisziplin, mit der er die Vorgaben der sowjetischen Parteiführung sogar noch bei seinem Rücktritt akzeptiert, zum Ausgangspunkt der daran anknüpfenden konterrevolutionären Ereignisse.

In der Darstellung Ch.-A. Udry´s (Mitglied der IV. Internationale) habe Rákosi die Ereignisse in Polen nutzen wollen, um weitere 400 ‚oppositionelle Elemente‘ vor Gericht zu stellen. Dem seien Suslow und Mikojan zuvor gekommen: Auf deren Empfehlung wurde Rákosi abgelöst und durch Ernő Gerő ersetzt.² In der Sicht Gossweilers, bei dem von 400 weiteren Verhaftungen keine Rede ist, waren das Chruschtschow und Tito.³ In seiner Selbstkritik übernahm Rákosi die Verantwortung für den Personenkult, die Verletzung der Gesetze und der leninschen Normen der innerparteilichen Demokratie, die zu Schäden für die sozialistische Entwicklung geführt hatten.⁴

Doch weder Rákosis Rücktritt noch Gerös Amtsantritt brachten die erhoffte Entspannung. Zwar gab es den Eindruck, dass letzterer *„alle wichtigen Probleme schnell, sachlich und ohne überflüssiges Geschwätz erledigte“*⁵, aber die breite Bevölkerungskreise erfassende Protestwelle entwickelte eine zielstrebig angeheizte Eigendynamik und war nicht mehr aufzuhalten. In einer späteren offiziellen Darstellung steht: *„Die Politik Rákosi-Gerös führte die sozialistische Entwicklung des Landes in die Sackgasse. Die Folgen dieser verbrecherischen Politik lösten gewaltige Empörung und eine*

¹ „Gibt es einen Ort für vernünftige Menschen“ Neues Deutschland (ND) 7.1.1997, S. 15: Der Architekt Hermann Field bestätigt, das er wegen völlig absurder Beschuldigungen von Oberst Józef Światko verhört wurde und nach 1954 erfuhr, dass dieser „jahrelang unbemerkt als amerikanischer Agent in Polen tätig gewesen sei.“

² C.-A. Udry: Ungarn 1956: eine Revolution wird entstellt, unter: http://bfs-zh.ch/Themen/Geschichte/Ungarn%201956_Eine%20Revolution%20wird%20entstellt.htm

³ K. Gossweiler: Zur Vorgeschichte des 13. August 1961, unter: <http://www.kurt-gossweiler.de/artikel/13aug61.pdf>

⁴ siehe: Mátyás Rákosi übt Selbstkritik, 18. Juli 1956, unter: http://www.zeitgeschichte-online.de/portals/_ungarn1956/documents/chronik/rakosi_selbstkritik_180756.html

⁵ K. Mihály: Hit, illuziók nélkül, (Glaube ohne Illusionen), Budapest 1977, Übersetzung von E. Kornagel

*breite Volksbewegung aus.*¹ Majorow spricht von „überzogenen, die sozialistische Gesetzlichkeit in Frage stellenden Methoden der inneren Repression.“² Dieses Konfliktpotential wurde von einer revisionistisch orientierten Gruppierung um den KGB-Mitarbeiter Imre Nagy genutzt, um sich selbst als ‚Hoffnungsträger‘ eines ‚demokratischen Sozialismus‘ oder ‚Nationalkommunismus‘ zu profilieren und eigene Strukturen aufzubauen. Aber eine offene ideologische Auseinandersetzung war der Rakosi-Führung verbaut, weil sie selbst in Ungesetzlichkeiten verstrickt war. Die Absetzung und der Ausschluss Nagys aus der Partei stießen auf Widerstand.³ Vor dem Hintergrund einer eingefleischten Feindschaft gegen die Sowjetunion und die Kommunisten in der ungarischen Gesellschaft, die „nach der zwangsweisen Umgruppierung der wirtschaftlichen Kraftquellen nach den Bedürfnissen der Rüstung“⁴ angesichts sinkenden Lebensstandards zusätzlich aktiviert wurde, konnten die bescheidenen Erfolge der kommunistischen Regierung und der sie unterstützenden Linken nicht greifen: „Am Vorabend der Konterrevolution war die Partei faktisch gespalten: Der linke Flügel erwies sich als führungs- und konzeptionslos. In dieser Lage schien der Parteiführung ein Rückgriff auf Nagy unvermeidlich.“⁵

Die in diesem Handlungsrahmen von den intellektuellen Führern des Petöfi-Kreises der Schriftsteller G. Lukács, T. Déry und G. Hay getragenen Diskussionen fanden immer mehr Zulauf. Im Sommer 1956 standen diese Ereignisse im Schatten der polnischen Auseinandersetzungen. Aber der Versuch, dem zunehmenden Protest mit Rákosis Ablösung durch Ernő Gerő Rechnung zu tragen, kam zu spät und war schon deshalb ungeeignet, der weiteren Zuspitzung der Ereignisse Einhalt zu gebieten, weil Gerő „sämtliche Verfehlungen repräsentierte, die Rákosi angelastet wurden.“⁶ Am 6.10. wurden die sterblichen Überreste des 1950 hingerichteten und nun rehabilitierten László Rajk und seiner Genossen umgebettet. Hinter dieser, unter der Losung der Erneuerung des Sozialismus organisierten, Veranstaltung organisierten sich oppositionelle Gruppierungen unterschiedlichster Couleur, die nur durch ihre Unzufriedenheit mit den immer noch herrschenden Zuständen vereint waren.

Die studentische Jugend hatte die Nachrichten der Radiostation ‚Freies Europa‘ über die Wahl Gomulkas genutzt, um die ungarische Bevölkerung zu Solidaritätskundgebungen aufzufordern. Eine zunächst verbotene Demonstration der studentischen Jugend entwickelte sich am Morgen des 23. Oktober nach zunehmend heftigen Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften durch den Zustrom tausender Arbeiter, Angestellter und Angehörigen der Intelligenz zu einem Aufmarsch von 200.000 Menschen.⁷ Noch am Abend dieses Tages wurde die Stalin-Statue auf dem Helden-

¹ siehe Die konterrevolutionären Kräfte bei den Oktoberereignissen in Ungarn I, Felelős kiadó: a Magyar Népköztársaság Minisztertanácsa Tájékoztatói Hivatala, o.O., o.J., S. 3

² B. Majorow: Die erste Etappe der ungarischen Konterrevolution von 1956, RotFuchs Nr. 90, S. 23

³ daselbst

⁴ E. Rozsyai: Brief an K. Gossweiler, in: Rotfuchs Nr. 98, S. 29

⁵ B. Majorow: Die erste Etappe der ungarischen Konterrevolution von 1956, a.a.O., S. 23

⁶ J. Putrament: Ein halbes Jahrhundert – Memoiren 1950-1956, 3. Buch, a.a.O., S. 92

⁷ P. Медведев: Юрий Андропов: неизвестное об известном (R. Medwedjew: Jurij Andropow: Unbekanntes über einen Bekannten), Moskau 2004, S. 45

platz gestürzt, nach der Besetzung eines Radiosenders und mehrerer Einrichtungen der Armee schlossen sich Teile der Armee und Offiziersschüler dem nun offen ausgebrochenen bewaffneten Aufstand an. Dass diese Entwicklung sorgfältig vorbereitet war, geht nicht zuletzt daraus hervor, dass in Analogie zur Konterrevolution im Jahre 1919 Fernsprechanlagen, Rundfunksender, Arsenale und Großgaragen besetzt wurden.¹ In dieser Etappe der eskalierenden Konterrevolution war die Partei gespalten: Der linke Flügel war führungslos.² Gerő trug zu einer weiteren Zuspitzung der Lage bei, indem er in seiner Rundfunksprache alle Demonstranten als Feinde Ungarns und Konterrevolutionäre verurteilte. Zwischenzeitlich auf Weisung der KPdSU rehabilitiert gab Nagy vor, sich mit der Partei an die Spitze dieser Bewegung zu stellen, um eine Konterrevolution zu verhindern.

In der darauf folgenden Nacht erhielt Imre Nagy den Auftrag zur Neubildung der Regierung. Obwohl er zuvor der Verlagerung eines in Ungarn dislozierten Armeekorps der Roten Armee nach Budapest zugestimmt hatte lehnte er es ab, die Regierung der UdSSR um militärische Hilfe zu ersuchen.³ Der noch amtierende Ministerpräsident übernahm dies⁴ und in der Zeit vom 24. bis zum 26.10. besetzten Einheiten der Roten Armee die wichtigsten Gebäude der Regierung. In dieser Phase wurde eine folgenschwere konterrevolutionäre Provokation organisiert. Vom Dach des Landwirtschaftsministeriums wurde eine Gruppe von Demonstranten beschossen, die den Abzug der sowjetischen Streitkräfte gefordert hatte. Die damit verbundenen Absichten wurden deutlich, als ‚Radio Freies Europa‘ unmittelbar danach die Nachricht verbreitete, dies sei das Werk des ungarischen Staatssicherheitsdienstes AVH gewesen. Jetzt wurden von schon bereitstehenden LKW Waffen verteilt, Polizeidienststellen und Gefängnisse gestürmt und Kampfgruppen aus freigelassenen Insassen gebildet. Im Unterschied dazu verweigerte das Innenministerium im Widerspruch zu einem Beschluss des ZK die Herausgabe von Waffen an Betriebsgruppen der Partei.⁵

Nagy ging zunächst davon aus, der bewaffnete Kampf würde nur von einem unbedeutenden Teil der Werktätigen, von Anhängern Horthys, Konterrevolutionären, deklassierten und aus dem Westen eingeschleusten verbrecherischen Elementen getragen. Aber innerhalb weniger Tage war er schon nicht mehr der Herr seiner Entscheidungen – zu viele der von ihm beauftragten Personen verfolgten andere Ziele... Nagys Versuche, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, scheiterten – er geriet zunehmend unter den Druck der Aufständischen und schloss sich am 27.10. ihren Forderungen nach der Auflösung des AVH, dem Verbot des Einsatzes ungarischer Streitkräfte gegen die Aufständischen nach vollständiger Souveränität, dem Austritt aus dem Warschauer Pakt und dem Abzug der sowjetischen Truppen an. Den Aufständischen wurde zugesagt, dass sie in die ungarische Armee aufgenommen würden.

¹ Die konterrevolutionären Kräfte bei den Oktoberereignissen in Ungarn I, Felelős kiadó: a Magyar Népköztársaság Minisztertanácsa Tájékoztatói Hivatala, o.O., o.J., S. 3f

² B. Majorow: Die erste Etappe der ungarischen Konterrevolution von 1956, a.a.O., S. 23

³ Р. Медведев: Юрий Андропов: неизвестное об известном (R. Medwedjew: Jurij Andropow: Unbekanntes über einen Bekannten), a.a.O., S. 46f

⁴ ebenda S. 47

⁵ B. Majorow: Die zweite Phase der ungarischen Konterrevolution 1956, RotFuchs Nr. 91, S. 21

In der sowjetischen Führung gab es Streit. Einige Militärs vertraten den Standpunkt, die Ungarn sollten sich doch selbst verteidigen. Botschafter Andropow, Mikojan und Suslow lehnten es ab, die sowjetischen Streitkräfte aus dem eben noch zu den Feindstaaten gehörenden Ungarn abzuziehen den Horthy-Leuten und der absehbar nachrückenden USA zu überlassen.¹ Trotzdem erhielten die sowjetischen Truppen am 30.10. den Befehl zum Abzug. In der Nacht zum 31.10 wurde Budapest geräumt. Schon am 28. hatte Nagy die Sicherheitsorgane aufgelöst. Die nun ausbrechende Orgie weißen Terrors war nicht mehr kalkulierbar. Damit begann ein Vernichtungsfeldzug gegen Mitarbeiter der Sicherheitsorgane, Funktionäre der Partei und Vertreter des Staatsapparates. *„Innerhalb einer Woche wurden 300 Kommunisten ermordet, 2829 für den ‚Tag der Abrechnung‘ (5.11.) in Gefängnisse und ‚Sturmlokale‘ der Volksmachtfeinde geworfen und gefoltert.“*²

Nicht wenige, die eben noch für einen ‚demokratischen Sozialismus‘ eintraten, *„warfen die ‚sozialistische‘ Maske ab und begannen, den Aufbau der Volksdemokratie zu untergraben. Ehemalige Horthy-Offiziere, Gendarmen, aus Gefängnissen herausgeholt Faschisten, Kriegsverbrecher und Kriminelle organisierten bewaffnete Angriffe auf alles, was sich ihnen in den Weg stellte. Nachdem Nagy einen Offizier des Horthy-Generalstabs zum Oberkommandierenden ernannte wurde das Verteidigungsministerium von Horthy-Offizieren übernommen.“* Am 31.10. stand im Bericht eines Reporters vom ‚Daily Express‘: *„Jetzt ist der Terror des Mobs an der Tagesordnung ..., Lynchmethoden, zu denen auch die bewaffneten Hilfskräfte greifen.“*³ Später wurde dies alles als Volksaufstand, als Äußerung des demokratischen Widerstandes gegen den stalinistischen Terror der roten Machthaber umgedeutet...

Am 30.10.1956 begann eine Phase hemmungslosen weißen Terrors. Nicht nur in Budapest, sondern im ganzen Lande begann die zügellose Verfolgung aller Kommunisten. Eines der Objekte war das Gebäude der Stadtleitung der Partei am Platz der Republik. Unter dem erlogenen Vorwand, im Keller sei eine Haftanstalt, wurde dieses Haus nach Artilleriebeschuss von der Wache aufgegeben. Ein Überlebender berichtete: *„Die Meuterer, die nun ins Gebäude eindringen, begannen die dort befindlichen Menschen mit unglaublicher Grausamkeit zu foltern und zu töten. Uniformträger – Heeresoffiziere, Polizisten, einfache Soldaten, die ihrer Dienstpflicht in den Staatssicherheitstruppen Genüge taten (meist Arbeiter- und Bauernsöhne von etwa 20 Jahren) wurden an den Bäumen auf dem Platz der Republik aufgehängt. Einigen schlug man, nachdem man sie getötet hatte, den Kopf ab oder schnitt ihnen das Herz heraus.“*⁴ Ein Jahr später habe ich selbst Schnürstellen der Stricke an den Bäumen auf dem Platz der Republik gesehen. Wo sich die Hände der kopfüber aufgehängten und zu Tode gepeitschten Opfer konterrevolutionären Terrors vor Schmerz

¹ ebenda S. 51

² B. Majorow: Die zweite Phase der ungarischen Konterrevolution 1956, a.a.O., S. 21

³ Die konterrevolutionären Kräfte bei den Oktoberereignissen in Ungarn I, Felelős kiadó: a Magyar Népköztársaság Minisztertanácsa Tájékoztatói Hivatala, o.O. und o.J. S. 4

⁴ ebenda S. 29

in die Rinde eingegraben hatten, waren auf beiden Seiten der Stämme noch die Fingerspuren zu sehen....

Nicht weniger bemerkenswert ist die Art und Weise, in der diese Vorgänge in der Presse registriert wurden. Putrament notierte Nachrichten, die er bei einem Zwischenaufenthalt in Rom erhielt: *„In der Stadt tobte ein fürchterliches antikommunistisches Kesselreiben, überall klebten Plakate aus Anlass der ungarischen Ereignisse. Man schwelgte in den Verbrechen der Kommunisten und schrieb ihnen wer weiß was für Untaten zu, druckte aber die Bilder ermordeter, erschossener, erhängter, bei lebendigem Leibe verbrannter Kommunisten, die den ‚Demokraten‘ des Herrn Nagy in die Hände gefallen waren. Eine dieser Fotografien werde ich nie vergessen. Sie musste von einem erfahrenen Fotografen gemacht worden sein. Die ‚Demokraten‘ hatten einen Angehörigen der dortigen Sicherheit gefangen genommen, einen jungen Burschen, der die Regierung Geró verteidigt hatte. Waffenlos stand er auf dem Gehweg. Eine Menge vertierter ‚Demokraten‘. Er schaut sie aber nicht an, sieht nur hinauf nach dem nächsten Baum. Dort steht schon der Henker mit der Schlinge.“*¹

Die damaligen Ereignisse werden heute ebenso totgeschwiegen, wie die Unterstützung der Aufständischen aus der US-Botschaft, über Österreich organisierte Hilfe mit Waffen und Geld, die Rolle der Geheimdienste und die unmittelbare Beteiligung von Horthy-Faschisten an diesen Verbrechen.

Stattdessen ist da von einem Arbeiteraufstand die Rede. Ein Augenzeuge der damaligen Ereignisse notierte folgende Beobachtungen: *„Im Oktober 1956 wurden die Gefängnisse geöffnet und alle Verurteilten freigelassen: Diebe und auch ehemalige faschistische Gefolgsleute, SS-Männer, Räuber und Kriegsverbrecher, Einbrecher und Pfeilkreuz-Häftlinge. Einige von ihnen meinten, dass hier nichts mehr zu holen sei und verließen sofort das Land. Andere zogen sich zurück, nicht wenige aber beteiligten sich am bewaffneten Kampf. Immer, wenn nicht eine Klasse gegen die Macht rebelliert – und über 1956 kann man vieles sagen, nur nicht, dass es ein Arbeiter- oder ein Bauernaufstand gewesen ist -, spielt die Unterwelt eine große Rolle in dem nachfolgenden Chaos.“*² Die nur in den ersten Anfängen von den Forderungen nach einem demokratischen Sozialismus getragene Volksbewegung war den Organisatoren des Petöfi-Clubs entglitten. Untergetauchte Kräfte des Horthyregimes hatten sich zunächst ihrer scheinrevolutionären Phraseologie bedient. Nachdem sie aber mit ihren eigentlichen Forderungen nach der Zerschlagung des Sicherheitsapparates erste Erfolge verbuchen konnten lösten sie mit Unterstützung aus dem Ausland die offene Konterrevolution und den Bürgerkrieg aus.

Gyurkó ist zwar nicht der Meinung einiger ungarischer Historiker, dass die bewaffneten Angriffe am 23. Oktober *„genau geplante und durchgeführte Aktionen“* waren: *„Die Explosion kam zu plötzlich, um so präzise vorbereitet worden zu sein. Sicher gab es in Ungarn gut ausgebildete ausländische Geheimagenten mit entsprechenden*

¹ J. Putrament: Ein halbes Jahrhundert – Memoiren 1950-1956, 3. Buch, a.a.O., S. 103

² L. Gyurkó: János Kádár – Porträtskizze auf historischem Hintergrund, Budapest 1988, S. 138

*Instruktionen. Sicher ist auch, dass die illegalen Organisationen in Ungarn Pläne für einen bewaffneten Putsch hatten. Ohne die Massendemonstrationen aber hätte es dazu nicht kommen können.*¹ Nicht nur spätere Erfahrungen belegen, dass die Initiierung von Unruhen in den auf Grund ihrer Interessenlage einschlägig sensibilisierten Bevölkerungsgruppen zu den Elementaren konterrevolutionärer Aktivitäten zählen. Diese Erfahrung haben die Jakobiner nicht als erste und die eigentlichen Opfer ‚friedlicher‘, ‚orangener‘ etc. Konterrevolutionen nicht als letzte machen müssen. Nicht weniger aufschlussreich ist aber der Umstand, dass die Konterrevolution in den Dörfern keine Unterstützung fand: Während in den Betrieben noch Nagys Zusicherung geglaubt wurde, dass das Volkseigentum nicht angetastet würde hatten die alten Gutsbesitzer mit ihren mehr als arroganten Rückgabeforderungen einen Widerstand ausgelöst, der sich in Angst und Wut entlud.²

Am 2.11. titelte das ‚Neue Deutschland‘: *„Faschistischer Pogrom in Budapest – Verfolgungsjagd auf Mitglieder der Partei“*. Dass diese Aktion nicht ‚nur‘ auf Ungarn begrenzt bleiben sollte, war sogar aus der Presse zu entnehmen: Dieser Meldung war am 26.10. die Aufforderung von United Press vorausgegangen, über ‚Streikwellen in der DDR‘ zu berichten. Aber am 10.10. konnten sich Journalisten der ‚FAZ‘, des ‚Spiegel‘ und der ‚Frankfurter Rundschau‘ überzeugen, dass die geforderten Berichte über angebliche Streiks und polizeiliche Besetzung der Werksanlagen des VEB Mess- und Armaturenwerk ‚Karl Marx‘ in Magdeburg nicht geliefert werden konnten – dort wurde nicht gestreikt. Am 27.10 berichtete das ND, dass Westberliner Provokateure bei dem Versuch, unter Studenten an der Humboldt-Universität Unruhe zu schüren, gescheitert waren. Ungeachtet dessen ‚informierte‘ der RIAS am 3.11. über einen ‚Generalstreik an der Humboldt-Uni‘ und ‚Unruhen in Rumänien‘ – beides war von A bis Z erlogen. Am gleichen Tag erschien eine gefälschte Ausgabe des ‚ND‘. Am 31.10. war ein anderes Thema Spitzenmeldung: Nach der Nationalisierung des Suez-Kanals begann die von Großbritannien, Frankreich und Israel inszenierte Aggression gegen Ägypten. Auf Seite 4 wurde in einem Augenzeugenbericht aus Budapest darüber informiert, dass eine in Budapest stattfindende Demonstration in Budapest von bewaffneten Gruppen beschossen wurde.³

Am nächsten Tag berichtet das ND nicht nur über Nassers Ablehnung des anglo-französischen Ultimatums und den Beginn des Bombardements ägyptischer Städte, sondern auch über die Erklärung der Sowjetregierung zu ihren Beziehungen zu anderen sozialistischen Staaten. Angesichts des zügellosen antikommunistischen Terrors blieb der sowjetischen Führung gar nichts anderes übrig, als der offen ausgebrochene Konterrevolution mit militärischer Gewalt ein Ende zu setzen. Mit Hilfe von Luftlandeeinheiten wurden die Zugänge Budapests abgeriegelt und die Grenzen zu Österreich trotz des Protestes von Imre Nagy geschlossen.

¹ ebenda S. 134

² B. Majorow: Die Niederwerfung der ungarischen Konterrevolution 1956, RotFuchs Nr. 92, S. 24

³ siehe: Neues Deutschland (ND) vom 26.10. bis zum 2.11.1956

Zwischenzeitlich hatten sich die Kräfte der Konterrevolution organisiert. 12.000 von 26.000 Soldaten der Ungarischen Volksarmee waren auf Seiten der Putschisten. Allein in Budapest waren das 7.000 Armeeingehörige. In ihrer Verfügung befanden sich etwa 50 Panzer, eine große Menge Waffen und Munition sowie mehrere Rundfunkstationen. Nicht weniger Aufmerksamkeit verdient aber auch der Umstand, dass es auch Teile der ungarischen Volksarmee gab, die ihre Waffen gegen die Kräfte der Konterrevolution einsetzten. In den Tagen bis zum 28.10. stand Ungarn an der Schwelle eines in seinen Konsequenzen nicht mehr kalkulierbaren blutigen Bürgerkrieges.¹ Zwischen dem 25. und dem 28.10. wurde zwischen Nagy, Mikojan und Suslow eine Vereinbarung zur friedlichen Regelung der Krise erarbeitet. Aber zwischenzeitlich hatte sich die Lage verändert. Die Macht lag faktisch in den Händen eines ‚Revolutionären Kriegsrates‘ unter Leitung der Generäle Kann, Kovac und des Obersten Maleter. Auf Seiten der Nagy-Regierung verbliebene Einheiten der Ungarischen Volksarmee erhielten den Befehl, nicht an der mit der sowjetischen Regierung vereinbarten Räumung des Stadtzentrums teilzunehmen. Noch am gleichen Tage folgte die offizielle Erklärung über den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Vertrag. Daraufhin verließen Kadar und eine Gruppe seiner Mitarbeiter den Regierungssitz und teilten nach Konsultation mit der sowjetischen Regierung mit, dass sie nicht nur aus der Regierung Nagy ausgetreten waren, sondern ihrerseits eine neue revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung gebildet hatten. Von dieser erging die Aufforderung an die sowjetische Regierung, bei der Niederschlagung der Konterrevolution und der Wiederherstellung der Ordnung bewaffnete Hilfe zu leisten. Nagy war sowohl in seinen Beziehungen zur sozialistischen Partei als auch in denen zu den längst nicht mehr unter der Flagge des ‚demokratischen Sozialismus‘ agierenden Kräften der Konterrevolution isoliert.

Der zu Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Streitkräfte eingetroffene Verteidigungsminister der Regierung und dessen Delegation wurden verhaftet. Nach Abstimmung mit den Partei- und Staatsführungen Polens, Jugoslawiens und anderer sozialistischer Staaten begann in der Nacht vom 3. zum 4. November der Einmarsch der sowjetischen Streitkräfte in Budapest. Gegen Ende des 7. war der Widerstand gebrochen. In Budapest legten die Reste der Aufständischen am 9., in anderen Gebieten Ungarns bis zum 11. 11. die Waffen nieder.²

Als sowjetische Streitkräfte im Morgengrauen des 1.11. in Budapest einrückten wurden weder Luftstreitkräfte noch Artillerie, sondern Panzer ohne Infanteriedeckung eingesetzt: Nachdem diese Sammelpunkte Aufständischen zerschossen hatten führen sie weiter. Zunächst verjagte bewaffnete Aufständische sammelten sich erneut und bewarfen die Panzer mit Benzinflaschen. *„Ich habe auf der Straße nicht wenige verkohlte, zusammengeschrumpfte Leichen der Panzersoldaten liegen sehen.“*³ In den

¹ С.Л. Рогоза, Н.Б. Ачкасов: Засекреченные войны 1950-2000 гг., (S.L. Rogosa, N.B. Atschkasow: Geheimgehaltene Kriege der Jahre 1950-2000), Moskau – S. Petersburg 2005, S. 82f

² Р. Медведев: Юрий Андропов: неизвестное об известном (R. Medwedjew: Jurij Andropow: Unbekanntes über einen Bekannten), a.a.O., S. 57

³ L. Gyurkó: János Kádár – Porträtskizze auf historischem Hintergrund, a.a.O., S. 145

Kämpfen kamen 669 Offiziere, Sergeanten und Soldaten der 60.000 eingesetzten sowjetischen Armeeangehörigen zu Tode, 51 weitere wurden als vermisst gemeldet.¹ Nach offiziellen Angaben fielen 2.700 Aufständische. Größeren Gruppen gelang es, sich über die Grenze nach Österreich und in die BRD abzusetzen.² In Gefangenschaft geratene und verhaftete Teilnehmer der bewaffneten Kämpfe wurden zunächst in die Karpatoukraine verbracht. Auf Drängen Kadar wurde diese Deportation eingestellt und bereits Deportierte zurück gebracht.³ Imre Nagy hatte sich in die jugoslawische Botschaft zurückgezogen. Beim Verlassen dieses Gebäudes wurde er verhaftet und zunächst in eine sowjetische Kaserne überführt. Nach seiner Ablehnung, in der Regierung Kadar mitzuwirken wurde er nach Rumänien verbracht, wo er zunächst unter Hausarrest lebte. Hier wurde er am 14.4.1957 verhaftet und in Budapest mit Unterstützung sowjetischer Juristen unter Anklage gestellt. Wegen ‚der Beziehung der verräterischen Gruppe Nagy mit den Imperialisten und Vorbereitung und Durchführung eines konterrevolutionären Putsches‘ wurden Imre Nagy und Pal Maleter zum Tode verurteilt und hingerichtet.⁴

Wenn man die Entwicklung dieser Ereignisse nach Parallelen und verallgemeinerungsfähigen Momenten hinterfragt wird sehr bald deutlich, dass es weder im Juni 53 noch im Sommer bzw. im Herbst 56 um spontane Aktionen ging. Es ist höchst aufschlussreich, dass an der Spitze dieser Ereignisse in allen Fällen Proteste gegen staatliche Willkürmaßnahmen und Forderungen nach einer ‚demokratischen Umgestaltung‘, nach einem ‚demokratischen Sozialismus‘ standen. Nicht weniger offensichtlich ist heute die Tatsache, dass mit dieser Losung durchaus nicht nur ehrliche Sozialisten auftraten. Aber erst später stellte es sich heraus, wo eine subjektiv ehrliche Überzeugung, wo politische Naivität, wo karrieristische Heuchelei und wo von Anbeginn konterrevolutionäre Zielstellungen die letztlich ausschlaggebenden Motive des Handelns waren. In der Sogwirkung dieser Ereignisse wurden nicht nur Personen hineingerissen, die dazu ursprünglich keine Beziehung hatten, in vielen Fällen veränderten sich die Grundhaltungen und das Verhalten der unter diesen Bedingungen agierenden in einer später kaum noch nachvollziehbaren Art und Weise.

KRIEGE IM KALTEN KRIEG – EINE CHRONOLOGIE III⁵

1956 - Bewaffneter Aufstand in Verlagsoman und Katar gegen britischen Kolonialherren;
 1956/57 - Britisch-französisch-israelischer Aggression gegen Ägypten (26.7. – 15.11.);
 1956/58 - Befreiungskrieg im Jemen gegen die britischen Eroberer;

¹ nach Россия и СССР в войнах XX века – Потери вооруженных сил - Статистическое исследование (Russland und die UdSSR in den Kriegen des XX. Jahrhunderts, Verluste der Streitkräfte, Statistische Untersuchung), a.a.O., S. 532

² P. Медведев: Юрий Андропов: неизвестное об известном (R. Medwedjew: Jurij Andropow: Unbekanntes über einen Bekannten), a.a.O., S. 57

³ ebenda S. 59

⁴ ebenda S. 66

⁵ zusammengestellt nach: Liste der Kriege und Schlachten im 20. und 21. Jahrhundert, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Kriege_und_Schlachten_im_20._und_21._Jahrhundert, und: Wie viele Kriege hat die USA nach Beendigung des 2. Weltkriegs bereits geführt?, unter: [http:// www. terra-kurier.de/US-Kriege.htm](http://www.terra-kurier.de/US-Kriege.htm)

- 1956/59 - Bewaffneter revolutionärer Aufstand gegen die Batista-Diktatur in Santiago de Cuba und Bürgerkrieg in Kuba;
- 1956/62 - Bewaffnete Konflikte zwischen Frankreich und Tunesien im Gebiet von Bizerte und an der Grenze zu Algerien;
- 1957 - Bewaffnete Provokationen der USA, Großbritanniens, der Türkei und Israels gegen Syrien;
- 1957 - Bewaffneter Volksaufstand auf den Malediven gegen die britischen Kolonialherren;
- 1957/58 - Bewaffneter Aufstand in Ifni und in der Westsahara gegen die spanischen und französischen Kolonialherren;
- 1958 - Bewaffneter Volksaufstand in Venezuela gegen die Diktatur Jiménez;
- 1958 - Bewaffneter Volksaufstand in Njassaland gegen die britischen Kolonialherren;
- 1958 - Bewaffneter Volksaufstand und Intervention der USA im Libanon;
- 1958 - Bewaffneter Volksaufstand im Irak gegen das monarchistische Regime;
- 1958 - Intervention Großbritanniens in Jordanien;
- 1958 - Operation Blue Bat: Libanon, 15.07.1958 bis 20.10.1958;
- 1958 – 1963 - Taiwan-Straße: 23.08.1958 bis 1.06.1963;
- 1958/61- Bewaffneter Volksaufstand in Westirien gegen die niederländischen Kolonialherren;
- 1959 - Bewaffneter Volksaufstand in Mittelkongo gegen die französischen Kolonialherren;
- 1959 - Bewaffneter Volksaufstand in Gabun gegen die französischen Kolonialherren;
- 1959 - Bewaffneter Grenzkonflikt zwischen China und Indien;
- 1959/60 - Bewaffneter Volksaufstand in Belgisch-Kongo gegen die belgischen Kolonialherren;
- 1959/61- Bewaffnete Provokationen der USA und kubanischer Konterrevolutionäre gegen Kuba;
- 1959/62 - Bewaffneter Volksaufstand in Ruanda-Burundi für die Unabhängigkeit;
- 1960 - Bewaffneter Volksaufstand in Uganda gegen die britischen Kolonialherren;
- 1960 - Bewaffneter Volksaufstand in Angola gegen die portugiesischen Kolonialherren;
- 1960 - die Sprengkraft des nuklearen Potentials der USA und der UdSSR hat ein Overkill-Potential von 3-4 t TNT pro Kopf der Welt-Bevölkerung erreicht;
- Frankreich zündet in der Sahara erstmals eigene Atomwaffen;
- 1960/1962 - Kongo: 14.07.1960 bis 1.09.1962;
- 1960/66 - Bürgerkrieg und Intervention der USA, Großbritanniens und Belgiens in Kongo und Ermordung des demokratisch gewählten Präsidenten Lumumba;
- 1960/61- Bürgerkrieg und Intervention der USA, der Philippinen und Südvietnams in Laos;
- 1961 - Von der CIA initiiertes Überfall einer von den US-Söldnertruppe auf Kuba;
- 1961 - Bewaffneter Aufstand in Nordrhodesien gegen die britischen Kolonialherren;
- 1961 - Bewaffneter Konflikt zwischen Indien und Portugal, Vertreibung der portugiesischen Kolonialherren aus Goa, Daman und Diu;
- 1961/62 - Bewaffneter Konflikt zwischen Frankreich und Marokko an der Grenze zu Algerien
- 1961/70 - Nationaler Befreiungskrieg der irakischen Kurden für nationale Autonomie;
- 1961/74 - Nationaler Befreiungskrieg in Angola gegen die portugiesischen Kolonialherren;
- 1961 - eine US-Air Force B-52 verliert eine 24 Megatonnen Wasserstoffbombe;
- eine TU-95 wirft auf dem Polygon Nowaja Semlja eine sowjetische Wasserstoffbombe mit einer Sprengkraft von 57 Megatonnen TNT ab;
 - USA und UdSSR nehmen nach 58-er Teststopp erneut Kernwaffenversuche auf;
 - das US-Oberkommando beschließt den ‚Einheitlichen Operationsplan zum Einsatz von Atomwaffen‘ ‚SIOP 1‘, den Übergang von der Strategie der ‚massierten Vergeltung‘ zur Strategie des ‚flexiblen Reagierens‘;

- ab 13.8. wird die DDR-Staatsgrenze gesichert;
 - in der Schweinebucht scheitert ein von der CIA und den US-Luftstreitkräften unterstütztes Landeunternehmen von Exilkubanern;
 - in der Türkei, in Großbritannien und Italien werden zusätzlich 350-400 strategische Raketensysteme stationiert;
 - das vereinte Oberkommando der USA beschließt fünf Varianten der Eskalation atomarer Kriegsführung (1. gegen strategische Kräfte der UdSSR, 2. gegen die Luftabwehr der UdSSR, 3. gegen die Luftabwehr im Umfeld von Großstädten, 4. gegen Kommandostützpunkte, 5. massierte Vernichtung von Bevölkerungs- und Industriezentren);
 - das vereinte Oberkommando der USA plant mit ‚DARPA¹‘ einen ‚atomaren Entwaffnungsschlag‘;
 - der Oberkommandierende der NATO bestätigt einen ‚Plan zur Führung eines Kernwaffenkrieges Nr. 200/61‘;
 - das erste sowjetische Atom-U-Boot ‚K-3‘ führt unter dem Eis des Nordpolarmeers eine Unterwasserfahrt bis zum Nordpol durch;
 - Angesichts eines drohenden atomaren Konfliktes erklärt sich die UdSSR bereit, ihre Waffen abzugeben, wenn die USA auf ihre Interventionspläne gegen Kuba verzichtet und ihre Mittelstreckenraketen aus der Türkei abzieht;
 - Bewaffneter Grenzkonflikt zwischen China und Indien, die Streitkräfte Chinas stellen einseitig das Feuer ein;
 - Nationaler Befreiungskrieg Indonesiens gegen das niederländische Kolonialregime in Westirien;
- 1962 - Operation ‚Linebacker I‘ Bombenangriffe gegen Nordvietnam 10.5. – 23.10.06;
- Operation ‚Ranch Hand‘ Südvietnam Januar 1962 bis Januar 1971;
- 1962/1963 - Kuba-Krise: weltweit, 24.10.1962 bis 1.06.1963,
- 1962/63 - Volksaufstand gegen das britische Kolonialregime in Brunei;
- 1962/70 - Bürgerkrieg und Intervention Großbritanniens, Saudi-Arabiens und Jordaniens in der Jemenitischen Arabischen Republik;
- Operation ‚Ranch Hand‘: Südvietnam, Januar 1962 bis Januar 1971;
- 1963 - in Moskau unterzeichnen Vertreter der UdSSR, der USA und Großbritanniens einen Vertrag zum Verbot der Erprobung von Atomwaffen in der Atmosphäre, im Kosmos und unter Wasser;
- Bewaffneter Volksaufstand in Kongo (Brazzaville) gegen des Regime Abbé Youlou;
- 1962/63 - Volksaufstand gegen das britische Kolonialregime in Brunei;
- 1963/64 - Bürgerkrieg in Laos;
- bewaffnete Zusammenstöße zwischen der türkischen und griechischen Bevölkerung Zyperns;
- 1963/66 - Nationaler Befreiungskrieg der Völker Nordkalimantans gegen das britische Kolonialregime;
- 1963/67 - Bewaffneter Grenzkonflikt zwischen Somalia und Äthiopien;
- Nationaler Befreiungskrieg in Südjemen gegen das britische Kolonialregime;
- 1964 - die französische Armee übernimmt Atomwaffen und beginnt den Aufbau der Force de frappe;
- die sowjetische militärische Aufklärung verfügt über Dokumente zur Stationierung von Kernwaffensprengköpfen der USA in der Türkei, in Griechenland, in Großbritannien, in der BRD, in den Niederlanden und anderen europäischen Staaten;
 - in China wird der erste Test einer Atombombe durchgeführt;

¹ ‚Defense Advanced Research Projects Agency‘ (DARPA) ist eine Behörde des US-Verteidigungsministeriums, das mit der Durchführung von Forschungsprojekten der US-Streitkräfte befasst ist

- Bewaffneter Konflikt zwischen den USA und Panama in der Panamakanalzone;
 - Bewaffneter Volksaufstand auf Sansibar gegen das Sultanregime;
 - Bewaffneter Volksaufstand im Sudan gegen die Militärdiktatur;
- 1964/72 - Aggression der USA gegen die Demokratische Republik Vietnam;
- 1964/75 - Nationaler Befreiungskrieg des Volkes von Laos gegen die Aggression der USA, Thailands und des Saigoner Regimes;
- 1964/74 - Nationaler Befreiungskampf in Mocambique;
- 1965 - die sowjetische militärische Aufklärung kommt in den Besitz von Kopien des ‚Planes von Kernwaffenschlägen der Landstreitkräfte der NATO‘ und des ‚Programms zur Führung von Kernwaffenschlägen der NATO in Europa‘;
- das vereinte Oberkommando der USA beschließt den Bau von ‚Poseidon S-3‘ – Raketen mit je 10-14 individuell gesteuerten Sprengköpfen;
 - Kämpfe zwischen Indien und Pakistan im Kaschmirgebiet;
 - bewaffneter Grenzkonflikt zwischen Kongo (Leopoldville) und Kongo (Brazzaville);
 - bewaffneter Grenzkonflikt zwischen Guatemala und Mexiko;
 - die unter maoistischem Einfluss stehende KP Indonesiens versucht die Machtübernahme durch Offiziere Sukarnos - bei der anschließenden Kommunistenverfolgung kommen ~100.000 Menschen ums Leben;
- 1965/66 - Bürgerkrieg in der Dominikanischen Republik Operation ‚Powerpack‘ Intervention von USA und OAS 28.04.1965 – 21.09.66;
- Krieg zwischen Pakistan und Indien;
- 1965/68 - Operation ‚Rolling Thunder‘: Südvietnam, 24.02.1965 bis Oktober 1968;
- 1965/70 - Operation ‚Arc Light‘: Südostasien, 18.06.1965 bis April 1970;
- 1966 - beim Zusammenstoß eines US-Fernbombers mit einem Tankflugzeug gehen über Palomares in Spanien 4 Wasserstoffbomben verloren;
- bewaffneter Grenzkonflikt zwischen der Elfenbeinküste und Guinea;
 - Intervention der USA, Belgiens und Großbritanniens gg. Kongo (Leopoldville);
 - bewaffneter Grenzkonflikt zwischen Sudan und Tschad;
- 1967/70 - Bürgerkrieg in Nigeria;
- 1967 - Arabisch-Israelischer ‚6-Tage‘-Krieg 13.5. – 10.6.;
- China zündet seine erste Wasserstoffbombe;
 - NATO löst ‚sofortiger nuklearer Vergeltung‘ durch die ‚flexible Abwehr‘ ab;
 - das vereinte Oberkommando der USA beschließt den ‚Einheitlichen Operationsplan zum Einsatz von Atomwaffen‘ ‚SIOP 3 und 4‘: Ausdehnung auf bis zu 10.000 Angriffsobjekte – US-Streitkräfte verfügen über 12 MBR ‚Atlas‘, 2 Atom-U-Boote mit 16 Raketen ‚Polaris A-1‘, 200 B-52 und B-58 und ~5.000 Wasserstoffbomben;
 - Intervention der USA, Belgiens und Großbritanniens in Kongo (Leopoldville);
 - Staatsstreich der Armeeführung in Griechenland;
 - an der Grenze zu Sikkim bewaffneter Grenzkonflikt zwischen China und Indien;
 - nach dem Rücktritt Novotnys wird in der CSSR eine ‚Reform‘ eingeleitet, die nach heftigen Auseinandersetzungen zur Besetzung der CSSR durch Truppen der Warschauer Vertragsstaaten führt;

KONTERREVOLUTION: DER OFFENE ANGRIFF SCHEITERT...

Die Ereignisse des 17. Juni 1953, der Auseinandersetzungen vom Sommer 1956 in Polen und vom Herbst des gleichen Jahres in Ungarn wurden und werden in den bürgerlichen Massenmedien und von bürgerlichen Historikern als ‚Volks-‘ oder ‚Arbeiteraufstände‘, als ‚bürgerlich-demokratische Revolution‘ oder aber als ‚Freiheitskampf‘ gefeiert. Bei den mit der Vorbereitung, mit der logistischen Unterstützung, der Orga-

nisation und der Auswertung dieser Ereignisse befassten Analytikern einschlägiger Dienste fanden sich nicht nur weitaus nüchternere Formulierungen. Der damalige Chefredakteur des RIAS tut bis heute so, als ob es niemand für möglich hielt, *„dass die Menschen innerhalb der sowjetischen Machtsphäre aufbegehren und einen Aufstand wagen würden.“*¹ Und in einer aktuellen Studie zur Rolle der Organisation Gehlen am 17.6.1953 wird zwar davon ausgegangen, dass sich *„die mit großem Aufwand betriebene Informationsbeschaffung und –verarbeitung ... im BND-Archiv eigentlich in einer dichten Überlieferung spiegeln (müsste).“* Doch der Autor musste feststellen: *„dem ist leider nicht so, denn gegenwärtig ist in Pullach nur sehr fragmentarisches Schriftgut aus den frühen 1950er Jahren greifbar.“*²

Beim Nachlesen dessen, was ein über zehn Jahre in der ‚Organisation Gehlen‘ für die sowjetische Aufklärung tätiger Mitarbeiter zu diesem Thema zu sagen hatte, wäre er nicht nur auf die ernüchternde Tatsache gestoßen, dass am Vorabend dieses ‚spontanen Volksaufstandes‘ „höchst interessante Personen in Westberlin aufhielten: Allen W. Dulles, Chef der CIA; Eleanor L- Dulles, Sonderberaterin des US-Außenministeriums für Berlin-Fragen ...; General Matthew B. Ridgway, zeitweilig Befehlshaber der 8. US-Armee ...; Otto Lenz, Staatssekretär im Bundeskanzleramt.“ Am nächsten Tag fanden sich auch noch Jakob Kaiser, Minister für Gesamtdeutsche Fragen und der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer ein.³ Dass das Zusammentreffen dieser illustren Gesellschaft nicht auf die Zufälle ihrer Urlaubsplanung zurückzuführen war ist eben so offensichtlich, wie der selektive Zugriff auf die Dokumente des BND. Wer auch immer von der ‚überraschenden‘ Entwicklung der Ereignisse in Berlin redet – entweder hat er absolut keine Ahnung oder er lügt...

Felfe berichtet, was im Vorfeld dieser Ereignisse geschah: *„Es ging um nichts anderes als um den konterrevolutionäre Putschversuch gegen die DDR am 17. Juni 1953, dessen Vorbereitung zur Jahreswende 1952/53 bereits auf Hochtouren lief. Ein Beleg dafür ist die vom 29. Juli 1952 datierte ‚Abhandlung Nr. 6600‘, nach der Chiffre meist nur ‚Juno‘-Programm genannt.“*⁴ Daraus zitiert er wörtlich: *„Die Verschärfung der Lage macht es erforderlich, ernsthaft an die Vorbereitung für den E-Fall heranzutreten. Nach den vorliegenden Erkenntnissen sind die psychologischen Voraussetzungen dafür günstig. Auf Grund des Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West muss in Europa zunächst mit einer Periode des Rückzugs gerechnet werden, der erst nach Heranführung weiterer Kräfte eine Periode der stabilisierten Fronten folgen kann. Diesem Stadium eines zukünftigen Krieges müssen daher die Vorbereitungen in erster Linie gelten.“*⁵

¹ nach dem ‚Handelsblatt‘ vom 16.6.2003: "Wollen Sie den Dritten Weltkrieg?", unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ex-minister-egon-bahr-erinnert-sich-an-den-17-juni-1953-wollen-sie-den-dritten-weltkrieg/2252630.html>

² R. Heidenreich: Die Organisation Gehlen und der Volksaufstand am 17. Juni 1953, S. 8, unter: http://www.uhk-bnd.de/wp-content/uploads/2013/06/UHK-BND_Studien1-Inhalt-rz_online1.pdf

³ H. Felfe: Im Dienste des Gegners – Autobiographie, Berlin 1989, S. 199

⁴ Ebenda S. 198

⁵ Ebenda S. 199

Durch eine weitere Quelle wird dieser Bericht bestätigt. In der Dokumentation ‚Die Sicherheit‘, in der Insider des MfS über die Abwehrarbeit berichten. Dort wird unter anderem über die Ergebnisse des Verhörs eines ehemaligen Majors der Wehrmacht berichtet, der in der DDR bei der Anwerbung von Agenten verhaftet wurde und sich nun für seine Tätigkeit als Filialleiter der Organisation Gehlen in Westberlin verantworten musste. Er machte *„Aussagen zur Arbeitsweise und Struktur der ‚Organisation Gehlen“ und schilderte „ausführlich ihre Funktion für die Vorbereitung auf den sogenannten E-Fall, den Ernstfall, d.h. eines Krieges. Ausgangspunkt dazu war die ‚Abhandlung Nr. 66.00‘ der Führung der ‚Organisation Gehlen‘ von 1952/53 und das sogenannte ‚Juno-Programm...“*¹

Diese Berichte sind durchaus nicht nur von historischem Interesse. Bahr erinnert sich, dass *„bereits drei Stunden nach der ersten Ausstrahlung der Arbeiterforderungen ... Gordon Ewing, der US-Direktor des Senders, beim Rias (erschien)“* und den Befehl erteilte, die Sendung sofort einzustellen und gleich danach *„der amerikanische Hoch-kommissar Conant ... angerufen und erbost gefragt (habe), ob der Rias den dritten Weltkrieg beginnen wolle.“*² Und in der OG war man sich durchaus dessen bewusst, dass ein ‚E-Fall‘ – angesichts des aktuellen Kräfteverhältnisses mit einer Niederlage eingeleitet würde. Aber die durch ‚Frontbegradigungen‘ an der Ostfront geschulten Herren der Fremde Heere Ost waren durchaus willens, ihre zögerlichen Partner in ein solches Abenteuer hineinzuziehen. Nicht weniger offensichtlich war, dass es – siehe die Besucherliste vom 16. und 17.6. – auch auf US-amerikanischer Seite einflussreiche Unterstützer gab...

¹ R. Grimmer, W. Irmeler, W. Opitz, W. Schwanitz: Die Sicherheit, Berlin 2002, S. 450, auch unter: <http://www.mfs-insider.de/SachbuchPDF/Spionageabwehr4.pdf>

² "Wollen Sie den Dritten Weltkrieg?", unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ex-minister-egon-bahr-erinnert-sich-an-den-17-juni-1953-wollen-sie-den-dritten-weltkrieg/2252630.html>

V REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION - STRATEGIEWANDEL I:

Durch das Scheitern der Konterrevolution in der DDR, in Polen und in Ungarn war unübersehbar: Im direkten offenen Angriff hatten die Kräfte der inneren Reaktion trotz aktiver politischer, propagandistischer und organisatorischer Unterstützung keine Chance. Trotz der unterschiedlich gearteten Unzufriedenheit mit Entwicklungs- und Versorgungsproblemen wurden sowohl in der DDR, in Polen und in Ungarn nur Teile der Bevölkerung erreicht. Zu viele verhielten sich abwartend. Und in dem Maße, in dem es zum offenen Ausbruch des konterrevolutionären Terrors kam, zogen sich viele, die zunächst an Protesten teilgenommen hatten zurück. Dabei kann und darf aber auch nicht übersehen werden: Für die Niederlage der Konterrevolution war der Einsatz militärischer Gewalt sowohl in der DDR und noch deutlicher in Ungarn letztlich ausschlaggebend. Dieser erfolgte in der DDR in einem frühen Stadium des Umkippens der von außen – über den RIAS organisierten – ‚spontanen‘ Protestveranstaltungen in Angriffe auf staatliche und Einrichtungen der Partei. Dadurch konnte die Zahl der Opfer eingeschränkt werden. In Ungarn nutzten die Kräfte der Konterrevolution die weit fortgeschrittenen Auflösungserscheinungen in der Partei und im Staatsapparat und übernahmen selbst leitende Funktionen. Dabei konnten sie die viel zu zögerliche Entscheidung in der sowjetischen Führung in ihrem Interesse nutzen. Gleichwohl war auch hier unübersehbar: Im direkten Angriff waren die Kräfte der Konterrevolution unterlegen. Diese Tatsache wurde nicht nur von den Analysten des CIA sondern auch in den internen Debatten von Dissidenten aller Couleur erörtert. Sowohl dort als auch hier war man sich einig: Ein Angriff mit offenem Visier war zum Scheitern verurteilt. Es ging nicht nur um die Nutzung des Vokabulars und auch nicht nur um Symbole, die in der Öffentlichkeit gar nicht anders als ‚sozialistisch‘ angesehen wurden. Es ging vielmehr darum, mit dieser Sprache und mit diesen Insignien Inhalte zu transportieren, die deren ursprüngliches Anliegen infrage stellten, die eine schrittweise Demontage dieser Zielstellungen befördern und damit deren Delegitimierung und die Suche nach solchen Alternativen provozieren, die

‚PRAGER FRÜHLING‘ - DIE ČSSR IM JAHRE 1968

In der ČSSR hatte es nach dem Tode Gottwalds nur erste Ansätze einer offenen Aussprache über Fragen und Probleme gegeben, die schon in den fünfziger Jahren im Zusammenhang mit den zum Tode verurteilten Slánský, Geminder, Frejka, Frank, Clementis, Reicin, Šváb, Margolius, Fischl, Šling und Simone¹ zu beantworten gewesen wären. Aber das und alles was damit zusammenhängen konnte wurde nicht nur nicht beantwortet sondern nach den Ereignissen in Ungarn als ‚Fehlerdiskussion‘ verdrängt. Diese ‚Praxis‘ wurde auch auf die mit der wissenschaftlich-technischen und gesellschaftlichen Entwicklung immer offensichtlicher zutage tretenden Widersprüche

¹ Diese Mitglieder der Parteiführung der KPČ wurden auf der Grundlage der vom CIA inszenierten und durch den polnischen Oberst Światło organisierten Verleumdungskampagne in einem ‚Prozess gegen die Leitung des staats-feindlichen Verschwörerzentrums mit Rudolf Slansky an der Spitze‘ am 20. bis 27. November 1952 wegen Hochverrats, der Spionage, der Sabotage und des Militärverrats zum Tode verurteilt und hingerichtet.

und Interessenkonflikte in der wirtschaftspolitischen Abstimmung mit RGW-Partnern und daraus resultierende notwendige Diskussionen über die weitere Orientierung übertragen. Durch die Abhängigkeit der eigenen Entwicklung von sowjetischen Rohstoffen, vom sowjetischen Markt und dem damit verbundenen Anforderungsniveau wurden diese Tendenzen in einer Art und Weise bestätigt und bekräftigt, die dazu führte, eigene Entwicklungsdefizite zu beschönigen. Alle dieser Erscheinungen waren in besonderer Weise mit der Haltung und der Person des Präsidenten der Republik und Generalsekretärs der KPČ Antonin Novotný verbunden.

Nachdem es 1967 auf dem tschechoslowakischen Schriftstellerkongress zu Auseinandersetzungen um Missstände in den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zustände gekommen war wurde auch auf der Sitzung des ZK der KPČ vom Oktober 1967 offen über bis dahin beschönigte und verdrängte Konflikte gesprochen. Nach dem Dezemberplenium, dem Besuch Breshnews und dessen Erklärung, dass das die inner Angelegenheit der KPČ sei¹, trat Novotný zurück. Aber damit waren die Probleme nicht gelöst. Der neue erste Sekretär Alexander Dubček und die Mitglieder des ZK fanden keinen Ausweg. Im Februar 1968 gab es aus Anlass des 20. Jahrestages des Februar 1948 eine Parade der Kampfgruppen und eine Festveranstaltung, zu der die Partei- und Staatsführung der befreundeten Staaten eingeladen waren. Schon hier kam es zu „*heftigen Auseinandersetzungen mit den Gastgebern*“. Ulbricht und Breshnew hatten „*massive Kritik an der tschechoslowakischen Parteiführung geäußert und ihr Versagen bei der Lösung der innenpolitischen Probleme vorgeworfen.*“ Ihr Disussionspartner „*erschieden ziemlich ratlos, was die weitere Entwicklung betraf.*“²

Für Ulbricht musste diese Feststellung um so schwerer wiegen, weil hier nicht nur deutlich wurde, welche Konsequenzen mit der Verzögerung des Reagierens auf die Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und die längst überfällige Umstellung der Wirtschaft verbunden waren. Hier wurde sichtbar, wie diese Defizite von den Kräften der Konterrevolution in einer Art genutzt wurde, die dieses Vorhaben als Ganzes in Frage stellte. Dass diese Sorgen mehr als berechtigt waren, wurde Ende März anlässlich des Dresdener Treffens der Führung des Warschauer Vertrages noch deutlicher: „*Auf die vielfältigen Fragen seiner Konferenzpartner nach dem weiteren Weg antwortete (Dubček) mit einer Schnurre, wie ihm Prager Studenten eine Flasche Wodka geschenkt hätten, damit er seine Erkältung auskurieren möge.*“ Nicht nur Eberlein fragte sich, ob dies ein wirklich ernst gemeinter Versuch war, um Volkstümllichkeit zu demonstrieren, oder ob es da um eine Schwejkade ging die doch nur dazu dienen konnte, ernsthaften Fragen auszuweichen. Wichtiger war für alle Beteiligten, dass von der tschechoslowakischen Seite alle Angebote zur weiteren Zusammenarbeit anscheinend vorbehaltlos angenommen wurden.³

¹ P. Медведев: Юрий Андропов: неизвестное об известном (Jurij Andropow: Unbekanntes über einen Bekannten), a.a.O., S. 125

² W. Eberlein: Geboren am 7. November – Erinnerungen, Berlin 2000, S. 348

³ ebenda S. 349

Offensichtlich war es schon damals nicht das gleiche, was Ota Šik, Josef Smrkovský und Alexander Dubček mit der von ihnen angestrebten Durchführung von Wirtschaftsreformen wollten. Vasil Bilak, der diese Entwicklung als Teilnehmer und Mitwirkender aus eigenem Erleben kannte, spürte, dass Dubček „*vielleicht noch einen anderen Sozialismus (wollte) – sie vermutlich von Anfang an dessen Liquidierung.*“¹ Ota Šik stellte 1990 klar: „*Wir, der Kern der ökonomischen Reformer, versuchten in Prag damals eben nicht den Kommunismus zu reformieren. Unser eigentliches Ziel war, ihn abzuschaffen und ein neues System aufzubauen. Man hat zwar immer von der Reform hin zu einer sozialistischen Demokratie oder sozialistischer Marktwirtschaft sprechen müssen, weil man sonst überhaupt nicht an die Öffentlichkeit gelangt wäre (...). Wir konnten nicht öffentlich von der Notwendigkeit großer privater Unternehmungen sprechen. Auch während des Prager Frühlings ließ die damalige politische Führung das nicht zu. Heute ist es ein direkter Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft (...). Der Begriff der Reform war ein Zugeständnis an die Machtverhältnisse.*“²

Im Bemühen um Unterstützung breiter Kreise der Bevölkerung wurde eine öffentliche Debatte um tatsächliche und scheinbare Überspitzungen, dogmatische Entstellungen, Fehlentscheidungen und Machtmissbrauch eingeleitet. Dubček stieß nicht nur auf das Interesse der Intellektuellen, der Journalisten und der Jugend. Hier boten sich Anknüpfungspunkte für grundlegend anders orientierte politische Kräfte. Aber von ihnen wurden nicht nur die Probleme wissentlich ignoriert, die mit der Einführung eines ‚Markt-Sozialismus‘ verbunden waren. Denn mit der Orientierung auf einen ‚demokratischen Sozialismus‘ wurde jetzt ‚begründet‘, dass es im Interesse der Gesundung der tschechoslowakischen Wirtschaft angeblich notwendig sei, auch mittelgroße Betriebe zu ‚privatisieren‘. Dem Trend der damit losgetretenen und von den Massenmedien unter der Losung der Pressefreiheit und des Kampfes für die Menschenrechte aufgeheizten Diskussion folgten Forderungen nach der Lockerung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der UdSSR.

Im April 1968 verabschiedete das ZK der KPC ein Aktionsprogramm, in dem die Demokratisierung und eine Einschränkung des politischen Einflusses der Partei als Voraussetzung für die Entwicklung eines ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘ als Ausweg aus der Situation propagiert wurde. Bilak war völlig überrascht, als er im Verlauf der Dresdener Beratungen erfuhr, dass Dubček mit Černík, Smrkovský und Mlynář bereits an Vorschläge arbeiteten, deren Kern „*der schrittweise Rückzug der Partei aus dem Staatsapparat und der Wirtschaft sowie eine Wirtschaftsreform*“ bildeten.³ Dieses Papier, die immer offener zutage tretende Konzeptionslosigkeit und die daraus resultierende Führungsschwäche wurden von den sich nun organisierenden Kräften der Konterrevolution genutzt, um ihre politischen Alternativen zu pro-

¹ V. Bilak: Wir riefen Moskau – Der ‚Prager Frühling‘ aus der Sicht eines Beteiligten, Berlin 2006, S. 20

² O. Šik: Interview mit O. Šik: „Wer will denn heute den Mischmasch aus Plan und Markt?“, in: Die Welt 5.11.1990, zitiert nach: K. Kukuk: Nachbetrachtung zu V. Bilak: Wir riefen Moskau – Der ‚Prager Frühling‘ aus der Sicht eines Beteiligten, S. 264f

³ V. Bilak: Wir riefen Moskau – Der ‚Prager Frühling‘ aus der Sicht eines Beteiligten, a.a.O., S. 24

pagieren. Schon im ZK fand diese Orientierung nur halbherzige Unterstützung: Den ‚radikalen Reformern um Smrkovský und Goldstücker‘ ging diese Orientierung nicht weit genug. Und der Einfluss der Reformgegner um die ‚Konservativen‘ Wasil Bilak und Alois Indra ging im selben Maße zurück, in dem die Massenmedien immer deutlicher auf einen antikommunistischen Kurs einschwenkten. Und etwa 40% der Mitglieder verhielten sich abwartend.¹ Die Kritik Breshnews, dass *„das Zentralkomitee an der Spitze stehen (müsse) und nicht irgend eine selbsternannte Elite von Schriftstellern, Journalisten, zwielichtigen Philosophen und Politikern wie Jan Procházka, Eduard Goldstücker, Karel Kosík, Josef Smrkovský und andere“*² war offensichtlich zutreffend. Was damals schon zu vermuten war bestätigte sich: Frau Dubčeková wurde *„unbeabsichtigte Zeugin eines Gespräches zwischen Kriegel und dem US-Botschafter. Später hätte Kriegel Smrkovský informiert, welche Hinweise er von dem Diplomaten bekommen habe. Es seien eindeutig Handlungsanweisungen für ihr weiteres Vorgehen gewesen.“*³

Aber vorerst bedienten sich die Wortführer der Konterrevolution noch sozialistischen Vokabulars. Zunächst wurde in aller ‚Unschuld‘ gefragt, ob *„man die führende Rolle der Kommunistischen Partei eigentlich verfassungsmäßig verankern (muss)?“*⁴ Zwar hatte das ZK der KPČ im Mai gefordert, dass die *„politische Führung der Gesellschaft durch die Kommunistische Partei gewährleistet wird und alle Versuche energisch zurückgewiesen werden, die Partei als Ganzes zu diskreditieren, Misstrauen gegen die Partei hervorzurufen und ihr das moralische und politische Recht abzusprechen, die Gesellschaft zu leiten und die entscheidende politische Kraft der sozialistischen Macht zu sein.“*⁵ Aber diese Forderungen hatten kaum noch etwas mit der Realität zu tun. Was eben noch Gegenstand ‚akademischer‘ Debatten zu sein schien wurde nun immer offener von einer sehr schnell größer werdenden Zahl verschiedener Gruppierungen und Organisationen gefordert: Mitte Juni 1968 lagen dem Ministerium des Inneren von 70 neuen oder wieder belebten Organisationen aus der Zeit vor 1948 Anträge zur ‚vorläufige Erlaubnis ihrer Tätigkeit‘ vor.⁶ In der ‚Mladá fronta‘ vom 14.6. wurde ein ‚Memorandum des Volkes der Tschechoslowakei‘ von der ‚Partei der tschechoslowakischen gerechten Sozialisten‘ veröffentlicht, in dem Klartext gesprochen wurde: *„Ein Gesetz, das wir annehmen werden, muss jede kommunistische Betätigung in der Tschechoslowakei verbieten. Wir werden die KPČ verbieten und die KPČ auflösen.“* Und in der ‚Literární listy‘ kam ein Herr Tomeček von einem ‚Klub der Jungen‘ wie folgt zu Wort: *„Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei ist als*

¹ P. Медведев: Юрий Андропов: неизвестное об известном (Jurij Andropow: Unbekanntes über einen Bekannten), a.a.O., S. 127

² V. Bilak: Wir riefen Moskau – Der ‚Prager Frühling‘ aus der Sicht eines Beteiligten, a.a.O., S. 28

³ ebenda S. 118

⁴ So A. Kramer in einem Artikel in der Wochenzeitschrift ‚Student‘, zit. nach: Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei – Tatsachen - Dokumente Presse- und Augenzeugenberichte, APN-Verlag Moskau, o.J., S. 13

⁵ ebenda S. 11

⁶ K. Horak ‚Rude Pravo‘: „Wie waren die Worte und wie waren die Taten – Die Wahrheit über das ‚Aktionsprogramm‘ 1968“, Neues Deutschland (ND) vom 9./10.4.1988, S. 13

eine verbrecherische Organisation zu betrachten sie tatsächlich gewesen ist, und aus dem öffentlichen Leben hinauszuerwerfen.“¹

Wer, wie die 99 Arbeiter von ‚Auto-Praga‘ versuchte, sich der anschwellenden anti-kommunistischen Hetze in den Weg zu stellen, wurde als ‚Verräter‘ diffamiert, der ‚sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgeschlossen hat‘. Diese – so ‚frei‘ das Wort im ‚Svobodné slovo‘ und so geht man mit denen um, die nicht die Meinung dieses Blattes teilen – „*müssen sich dorthin begeben, wo sie Unterstützung suchen und Anklang finden.*“ Aber Ende Juli waren die Dinge bereits weiter gediehen: Noch wurden der Leiter der betrieblichen Volksmiliz und andere, die diesen Brief an die Prawdā unterschrieben hatten, ‚nur‘ entlassen. Aber im Wälzlagerwerk Brno übergab ein Werkschutzmann einen Drohbrief, in dem nicht mehr ‚nur‘ dazu aufgefordert wurde, einen schonungslosen Kampf gegen die Kommunisten zu mobilisieren. Hier wurde bereits offen zum Mord aufgefordert: „*Schont nicht ihr Leben!*“² Zugleich sorgten sich die Drahtzieher, dass Disziplin zu halten sei, dass alles unternommen werden müsse, um in den Apparat und die leitenden Organe einzudringen aber keinerlei Anlässe für verfrühte Konflikte geboten werden dürfe. Hinter dem Nebelvorhang von ‚Liberalisierung‘ und ‚Demokratisierung‘ wurde im Programm der ‚2000 Worte‘ aufgefordert, sich von ‚nicht genehmen Parteikadern durch Demonstrationen, Streiks und Boykott zu entledigen‘ aber auch bereit zu sein, ‚mit der Waffe in der Hand für eine Führung zu handeln‘, der von wem auch immer „*das Mandat erteilt wurde.*“³ Dass es eine Führung gab, die zu dieser Zeit sogar noch unterstützt wurde interessierte hier schon nicht mehr. Parallel dazu lief eine sich verschärfende Hetze gegen die Volksmilizen, bewaffnete Formationen der Arbeiterklasse, die schon 1948 zum Schutz der revolutionären Errungenschaften gebildet wurden.

Weder damals noch heute konnte die Situation in der Parteiführung und die Lage im Lande ausschließlich aus tschechoslowakischer Sicht beurteilt werden. Das wird auch durch ein Ereignis am Rande deutlich. Smrkovský hatte auf dem Philosophiekongress der DDR aufgefordert, dem Beispiel der Prager ‚Reformer‘ zu folgen. Hagers Antwort, dass es hier um einen vom Westen ‚geräuschlos‘ geförderten Versuch gehe, „*die sozialistischen Länder von innen aufzuweichen, voneinander zu trennen und im besonderen die DDR zu isolieren*“ zeigte Wirkung: Dubček erkundigte sich nicht etwa bei Hager oder vielleicht bei Ulbricht, sondern beschwerte sich in Umkehrung des Anlasses bei Breshnew über einen ‚Angriff aus Berlin‘ und über die ‚Einmischung Hagers in die inneren Angelegenheiten der ČSSR...“⁴ Aber diese ‚diplomatische‘ Kontroverse war nicht das eigentliche Problem. Vielmehr war dies ein Indiz für das beschleunigte Tempo, mit dem nun schon immer offener agierenden reformistischen Funktionäre der KPČ, die Regierung Černík und die sich in der Zuspitzung der anti-kommunistischen Hetze gegenseitig übertreffenden verschiedenen Gruppen, Komi-

¹ Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei – Tatsachen - Dokumente Presse- und Augenzeugenberichte, a.a.O., S. 13

² ebenda S. 17

³ ebenda S. 19

⁴ K. Hager: Erinnerungen, a.a.O., S. 295f

tees, Vereine und Parteien, die mit den von ihnen lancierten Medien hinter der mit Naivität, Hilf- und Tatenlosigkeit dekorierten Schirmherrschaft Dubčeks neue politische Tatsachen schufen.

Hier war es erstmals gelungen, unter Zuhilfenahme einer bemerkenswert großen Gruppe von Journalisten, Schriftstellern, Wissenschaftlern und anderen, als ‚Berater‘ agierenden Intellektuellen im Zentralkomitee einer in Regierungsverantwortung stehenden kommunistischen Partei eine als Reform kaschierte Konterevolution auszulösen. Aber nicht zu vergessen: Auch damals zeitigte dieser Prozess vor allen Dingen deshalb Wirkung, weil es nicht nur der KPČ sondern auch in den anderen Partei Erscheinungen gab, die mehr als genug Anlass zur Sorge gaben. Bilak macht dies unfreiwillig durch die Art und Weise deutlich, in der er seine Vorstellungen vom Parteiapparat verteidigt: *„Der Parteiapparat ist ein unverzichtbares Element. Ohne ihn kann revolutionäre Politik nicht realisiert werden. Der Apparat bereitet die Analysen und Schlussfolgerungen vor, kontrolliert die Arbeit der Kommunisten an allen Abschnitten und liefert den gewählten Organen objektive Informationen. Den Apparat zu untergraben bedeutet, die Tätigkeit der gewählten Organe zu untergraben, bedeutet, die führende Rolle der Partei zu schwächen.“*¹ Es ist symptomatisch, dass in diesen Überlegungen der Gedanke keine Rolle spielt, dass sich im und mit dem Apparat und seinem Einfluss auch Erscheinungen und Tendenzen der Verselbständigung von Sonderinteressen entwickelten. Diese Tendenz wird gerade und insbesondere durch die Kontrolle der Arbeit der Kommunisten noch verschärft – genau umgekehrt hätte es sein müssen... Gerade deshalb, weil dem nicht so war, kam es damals dort und nach 89 in der SED dazu, dass sich ‚Initiativgruppen‘ ohne Mandat und ohne Legitimation kraft ihres bunt zusammen gewürfelten Ideen als Vertreter der Basis aufspielen konnten, ohne diese wirklich zu repräsentieren.

Eine Intervention wurde von Breshnew, Gomulka, Kàdàr, Shiwkow und Ulbricht erstmals auf dem Moskauer Treffen aus Anlass des 8. Mai erörtert. Am 15. Juli wurde im gleichen Kreis ein Brief an das ZK der KPČ verabschiedet, in dem in aller Dringlichkeit auf die Gefährdung des Sozialismus in der ČSSR hingewiesen, die Verteidigung der sozialistischen Ordnung in der Tschechoslowakei zur Aufgabe aller sozialistischen Länder erklärt und noch einmal Hilfe angeboten wurde. Da auch dieses Angebot keine Wirkung zeigte kam es am 19.6. im ZK der KPdSU zu einer ausführlichen Debatte über das weitere Vorgehen. Andropow, Ustinow, Masurow und Kapitonow vertraten den Standpunkt, dass es für eine militärische Intervention höchste Zeit sei.

Breshnew und Kossygin wollten, dass durch ein weiteres Treffens Einfluss genommen werden solle.² Aber das Fehlen einer Delegation der KPČ bei der Warschauer Beratung der Bruderparteien im Juli 1968 signalisierte, dass dort Kurs auf den Bruch mit den Verbündeten genommen wurde.³ Dazu kamen Warnungen vom Militär: Die

¹ V. Bilak: Wir riefen Moskau – Der ‚Prager Frühling‘ aus der Sicht eines Beteiligten, a.a.O., S. 56

² P. Медведев: Юрий Андропов: неизвестное об известном (Jurij Andropow: Unbekanntes über einen Bekannten), a.a.O., S. 130f

³ Der Weg aus der Krise, Materialien der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Berlin 1971, S. 32

Einsatzbereitschaft der tschechoslowakischen Volksarmee war nicht nur infolge unzureichender Versorgung, sondern durch konterrevolutionäre Agitation durch gewendete Politorgane gefährdet.¹ Dieser Umstand wurde angesichts der als ‚Journalisten‘, ‚Touristen‘ und als ‚Studentenaustausch‘ getarnten Anwesenheit US-amerikanischer, westdeutscher und anderer Aufklärungseinheiten und der zeitgleich stattfindenden Beteiligung mehrerer Divisionen an NATO-Manövern in unmittelbarer Grenznähe zur ČSSR mit höchster Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen.

Auf Grund der sich immer deutlicher abzeichnenden destruktiven Haltung von Vertretern der KPČ fanden Ende Juli Anfang August in Čierna nad Tisou bilaterale Gespräche zwischen einer Delegation des ZK der KPdSU und dem Präsidium des ZK der KPČ statt, die am 3.8. unter Beteiligung aller anderen Parteien in Bratislava fortgesetzt wurden. Die gemeinsame Erklärung beinhaltet die später als ‚Breshnew-Doktrin‘ bezeichnete These von der internationalen Pflicht der sozialistischen Staaten zum Schutz sozialistischer Errungenschaften. Während der Unterzeichnung wurde eine Massenkundgebung vor dem Rathaus organisiert, wo Smrkovský eine Rede hielt, die aber den anwesenden Vertretern der Bruderparteien nicht übersetzt wurde. Der Eindruck der Gäste war: Hier ging es nicht um die eben erst vereinbarten Regelungen, statt dessen wurden ganz anders orientierte Tatsachen geschaffen...² In der späteren Einschätzung hieß es, dass die rechten Vertreter nicht mit ehrlichen Absichten zu den Verhandlungen kamen: *„Untereinander machten sie aus ihrer Absicht keinen Hehl, unsere treuesten Verbündeten erneut zu täuschen, um bis zum XIV. Parteitag der KPČ Zeit zu gewinnen, der ihnen den endgültigen Sieg bringen sollte.“*³

Im Hintergrund dieser Ereignisse fand im Auftrag Breshnews am ungarischen Plattensee eine geheime Zusammenkunft zwischen Schelest und Bilak statt. In deren Verlauf wurde vereinbart, dass von einer Gruppe ZK-Mitglieder ein Brief übergeben werde, in dem angesichts der Gefahr eines Bürgerkrieges die Bitte um Hilfe im Kampf gegen die Konterrevolution ausgesprochen werden sollte. Das von Indra, Bilak, Kolder, Barbírek, Kalek, Rigo, Pilar, Šwestka, Kaufman, Lenart und Strougal unterzeichnete Schreiben wurde am 3.8. von Bilak übergeben.⁴ Am 12.8. fand in Karlovy Vary noch ein Gespräch zwischen Ulbricht und Dubček statt, ohne dass Übereinkunft erzielt wurde. Am 16.8. protestierte Breshnew gegen den fortgesetzten Verstoß gegen die in Čierna nad Tisou getroffenen Vereinbarungen. Aber Dubček war, selbst wenn er das gewollt hätte, längst nicht mehr in der Lage, Pelikan und andere mittlerweile populär gewordene Personen von der politischen Bühne zurück zu drängen. Die Führung der KPČ war in wesentlichen Teilen zu einem Instrument der Kräfte geworden, die unter dem Vorwand eines ‚demokratischen Sozialismus‘, eines ‚Sozialismus

¹ Из донесений командарма-38 (июль 1968 года) (Aus dem Bericht des Kommandeurs der 38. Armee [Juli 1968]), nach: А. Майоров: Вторжение - Чехословакия 1968 (A. Majorow: Der Einmarsch - Tschechoslowakei 1968), Москва 1998, S. 149f

² W. Eberlein: Geboren am 7. November – Erinnerungen, a.a.O., S. 350

³ Der Weg aus der Krise, Materialien der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, a.a.O., S. 33

⁴ Р. Медведев: Юрий Андропов: неизвестное об известном (Jurij Andropow: Unbekanntes über einen Bekannten), a.a.O., S. 133

mit menschlichem Antlitz' hinter der medienwirksamen Ankündigung eines ‚Prager Frühlings‘ zur Durchsetzung konterrevolutionärer Ziele angetreten waren.

Am 18. August fand im sowjetischen Verteidigungsministerium eine Beratung statt, die von Marschall Gretschnko mit den folgenden Worten eröffnet wurde: *„Ich komme direkt von der Beratung des Politbüros. Die Entscheidung über den Einmarsch der Streitkräfte der Warschauer Vertragsstaaten in die Tschechoslowakei wurde getroffen. Dieser Beschluss wird auch dann ausgeführt, wenn er zu einem dritten Weltkrieg führt.“*¹ Danach wurden zunächst die Kommandeure der Teilstreitkräfte und die Kommandeure der an diesem Einsatz beteiligten ersten Panzerarmee, der 20-ten und der 38-ten Armeen und der 98. Division der Luftlandeeinheiten zum Stand der Einsatzbereitschaft befragt. Anschließend berichteten die Oberkommandierenden der strategischen Raketenstreitkräfte, der Luftstreitkräfte, der Seestreitkräfte, der Luftabwehr, der Luftlandeeinheiten, der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland über die Einsatzbereitschaft ihrer Einheiten im Kriegsfall. Der Stabschef berichtete über die volle Einsatzbereitschaft mehrfach dublierter überirdischer, unterirdischer und luftgestützter Kommandopunkte des Oberbefehlshabers der sowjetischen Streitkräfte und des Generalstabes der Warschauer Vertragsstaaten.²

In der Nacht vom 20. zum 21.8. rückten Streitkräfte der UdSSR, Polens, Ungarns und Bulgariens auf das Territorium der ČSSR vor. Luftlandeeinheiten der sowjetischen Armee waren auf den Flugplätzen um Prag und Plzen in einer Gesamtstärke von 700.000 Mann gelandet oder einmarschiert.³ Im Verlauf des Einmarsches kam es zu keinen Kämpfen. Aber im Verlauf der vom 21.8 bis zum 20.9. dauernden Dislokation dieser Kräfte auf dem Territorium der ČSSR fielen im Ergebnis vereinzelter Angriffe 12 Soldaten, Sergeanten und Offiziere.⁴ Truppen und Stäbe der 11. motorisierten Schützendivision und der 7. Panzerdivision der Nationalen Volksarmee der DDR standen in den Wäldern des Erzgebirges in erhöhter Gefechtsbereitschaft.⁵ Gretschnko hatte die Kommandeure der sowjetischen Einheiten davon informiert, dass das Verteidigungsministerium der DDR fünf Divisionen bereit gestellt habe, die aber aus politischen Gründen vorerst nicht zum Einsatz kommen.⁶ Das Oberkommando der Warschauer Vertragsstaaten hatte den tschechoslowakischen Verteidigungsminister über dem unmittelbar bevorstehenden Einmarsch unterrichtet. Von ihm ergingen Befehle an die Streitkräfte, in denen erhöhte Gefechtsbereitschaft in den Kasernen angeordnet wurde. Die tschechoslowakische Führung rief dazu auf, keinen Widerstand zu

¹ zitiert nach: A. Майоров: Вторжение - Чехословакия 1968 (A. Majorow: Der Einmarsch – Tschechoslowakei 1968) Москва 1998, S. 224 Majorow nahm als Kommandeur der 38. Armee an dieser Beratung teil und berichtet anhand seiner Tagebuchnotizen.

² ebenda S. 218-226

³ P. Медведев: Юрий Андропов: неизвестное об известном (Jurij Andropow: Unbekanntes über einen Bekannten), a.a.O., S. 137

⁴ Россия и СССР в войнах XX века – Потери вооруженных сил – Статистическое исследование (Russland und die UdSSR in den Kriegen des XX. Jahrhunderts, Verluste der Streitkräfte, Statistische Untersuchung), a.a.O., S. 533

⁵ K. Hager: Erinnerungen, a.a.O., S. 300

⁶ A. Майоров: Вторжение - Чехословакия 1968 (A. Majorow: Der Einmarsch – Tschechoslowakei 1968), a.a.O., S. 218

leisten. Aber von den Straßen verschwanden die Straßenschilder, die Bevölkerung verweigerte die Ausgabe von Getränken, immer wieder kam es zu heftigen Diskussionen über die Berechtigung und den Sinn dieses Einmarsches, in deren Verlauf nicht wenige der Soldaten keine Antworten zu geben wusste.

Nachdem sich - entgegen Bilaks Zusage - die Mehrheit der Mitglieder des Präsidiums des ZK für Dubčeks Vorschlag einer Erklärung an die Bevölkerung ausgesprochen hatten wurde beschlossen, die bereits gewählten Delegierten des XIV. Parteitages der KPČ zu einer Sitzung einberufen. 4 Uhr 30 war das ZK der KPČ von sowjetischen Fallschirmjägern besetzt. Telefonverbindungen wurden unterbrochen. Davor versammelte sich eine größer werdende Menschenmasse, die den Namen Dubčeks skandierte. Gegen 9 Uhr betraten Mitarbeiter der tschechoslowakischen Staatssicherheit den Sitzungssaal und verhaftete Dubček, Smrkovsky, Kriegel und Špaček im Namen eines ‚Revolutionstribunals‘.

Aber der Versuch, unter Leitung Indras eine neue ‚Arbeiter- und Bauernregierung‘ zu bilden, scheiterte. Strougal übernahm an Stelle des verhafteten Černík die Regierungsgewalt. Unter dem Schutz der Arbeitermilizen eines Großbetriebes versammelte sich ein außerordentlicher Parteitag der KPČ, der ein neues ZK wählte. Weder die militärische noch die politische Führung hatte eine Vorstellung, wie jetzt weiter zu handeln wäre.¹ Der Einfluss der Rechten auf die Politik der Partei, die Orientierung der Massenmedien und die Stimmung in der Bevölkerung hatte Ausmaße angenommen, die in der Analyse der Situation unzureichend beachtet wurde. Mit militärischen Mitteln waren weder die realen Probleme eines seitens der Partei konzeptionslos in Gang gesetzten gesellschaftspolitischen Erneuerungsprozess zu lösen noch die Erscheinungen der sich in der so entstehenden Grauzone ausbreitenden Kräften der Konterrevolution in ihrem Kern zu erfassen.

Welche Vorbereitungen die Kräfte der Konterrevolution getroffen hatten wurde vor dem Einmarsch der Streitkräfte der Verbündeten offensichtlich. Schon am 12.6. fanden Mitarbeiter der Staatssicherheit ein umfangreiches Lager von Handfeuerwaffen, die aus Beständen der US-Army stammten. Nach dem Einmarsch wurde eine Vielzahl geheimer Waffenlager mit MG-s, Granatwerfern und schweren Waffen gefunden, die zum Teil auch aus ungenügend bewachten Lagern der Miliz stammten. Im Ministerium für Landwirtschaft und im Prager Haus der Journalisten fand sich eine größere Zahl MG-s und Munition. Dazu kam eine rasch anwachsende Welle systematischer konterrevolutionärer Hetze, an denen sich außer den Sendern der BRD, Österreichs und der USA weitere 18 illegal arbeitende tschechische Rundfunkstationen und vier illegale Fernsehkanäle beteiligten. Ein Leiter der Untergrundbewegung teilte mit, dass *„rechtzeitig ein weit verzweigtes System geheimer Sender, Druckereien und Transportmitteln geschaffen wurde.“*² Auch in den Zentren in- und ausländi-

¹ P. Медведев: Юрий Андропов: неизвестное об известном (Jurij Andropow: Unbekanntes über einen Bekannten), a.a.O., S. 139

² Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei – Tatsachen - Dokumente Presse- und Augenzeugenberichte, a.a.O., S. 115

scher ‚Dienste‘ wurden detaillierte Vorbereitungen für alle Eventualitäten getroffen. Besondere Bedeutung kam dabei den elektronischen Massenmedien zu..

Am 22. wurde die Führung der KPČ zunächst in die Ukraine und später nach Moskau ausgeflogen. Am 23. flogen Präsident Svoboda, Husak, Bilak, Dzur und Indra nach Moskau. Svoboda forderte vor der Aufnahme von Verhandlungen die Freilassung aller Verhafteten. Im Ergebnis viertägiger schwieriger Gespräche wurde vereinbart, dass eine Gruppe sowjetischer Streitkräfte in der ČSSR stationiert würden, dass Dubček, Černík und Smrkovský ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, die Entscheidungen des außerordentlichen Parteitages der KPČ annulliert sowie Bilak, Indra und andere im ZK bleiben. Nachdem - außer Kriegel - alle anderen dieser Regelung zugestimmt hatten kehrte die Gruppe der tschechoslowakischen Führung nach Prag zurück. Das Kontingent der sowjetischen Streitkräfte wurde vereinbarungsgemäß reduziert. Aber jetzt waren – ebenso wie in allen anderen sozialistischen Staaten - auch in der CSSR in mehreren Orten sowjetische Streitkräfte stationiert.

Aber der Krieg im Äther war noch lange nicht beendet. Das Rundfunkbataillon 701 der Bundeswehr und die illegalen Sender der verschiedensten tschechischen Untergrundbewegungen verbreiteten provokatorische Lügen über angebliche Gräueltaten sowjetischer Soldaten. Immer wieder wurde behauptet, dass es beim Einmarsch in der Zivilbevölkerung eine große Zahl von Toten und Verwundeten gegeben habe, dass bereits viele hundert verhaftet wurden und weitere Massenverhaftungen bevorstünden. Zu Streiks, zum Vergiften des Trinkwassers und der Nahrungsmittel, zu bewaffnetem Widerstand und zur Entgleisung von Eisenbahntransporten wurde aufgefordert. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Elektroenergie wurde sabotiert. Im selben Maße, in dem immer deutlich wurde, dass es doch noch zu einer friedlichen Lösung kommen würde, überschlugen sich die Initiatoren solcher Aktivitäten.

In der Einschätzung der Ereignisse kam das ZK der KPČ im Dezember 1970 zu der Einschätzung, dass es entscheidende Ursachen dieser Entwicklung gegeben habe: Erstens hatte die KPČ 1968 aufgehört, *„leitendes Zentrum der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu sein. Unter dem Einfluss des Revisionismus verlor sie den Charakter einer marxistisch-leninistischen Partei .. und büßte ihre Aktionsfähigkeit ein.“* Zweitens war die Zersetzung der sozialistischen Macht in den Organen der Sicherheit, der Justiz und der Armee so weit fortgeschritten, dass die inneren und äußeren Feinde immer größere Handlungsräume hatten. Drittens wurden die Nationale Front, Jugendverband und Gewerkschaften in Organisationen umfunktioniert, die gemeinsam mit neu gegründeten und wieder aktivierten antikommunistischen Organisationen und Parteien konterrevolutionäre Zielstellungen verfolgten. Viertens wurde die Beseitigung der führenden Rolle der Partei in der Planung und Leitung der Volkswirtschaft als Voraussetzung zur ökonomischen Bindung an den Westen und die Liquidierung des Volkseigentums ausersehen. Fünftens wurde die ideologische Kapitulation der Reformisten zum Ausgangspunkt der Übernahme der Massenmedien durch Kräfte der Massenmedien. Schließlich wurde sechstens die außenpolitische Orientierung auf die Herbeiführung einer Krise in den Beziehungen und schließlich auf den

Bruch mit den Verbündeten angesteuert. Wer sich dieser Entwicklung in den Weg stellte, wurde als ‚Konservativer‘ diskriminiert und aus dem Wege geräumt.¹

Nach den Moskauer Verhandlungen versuchten Dubček, Černík und Smrkovský, die getroffenen Vereinbarungen durch tendenzielle Entstellung und lückenhafte und falsche Darstellung zu hintertreiben. Nur schrittweise gelang es, die den Rechten überlassenen Positionen zurück zu gewinnen. Auch nach der Wahl Husaks zum ersten Sekretär und zum Präsidenten blieben die Beziehung zwischen der ČSSR und den anderen sozialistischen Ländern durch diese dramatischen Ereignisse belastet.

KRIEGE IM KALTEN KRIEG – EINE CHRONOLOGIE IV ²

- 1967/69 - Nationaler Befreiungskrieg des Volkes von Südrhodesien gegen das rassistische Smith-Regime;
- 1968/70 - Umrüstung der strategischen Raketen der USA von Minutman 1 auf Minutman 2;
- 1968 - Bürgerkrieg in Nordirland;
- 1969 - Intervention Spaniens in Äquatorialguinea;
- Volksaufstand und Intervention Großbritanniens auf Anguilla (Karibik);
 - bewaffneter Volksaufstand und Intervention der Niederlande auf den Inseln; Saint-Martin und Curacao (Karibik);
 - bewaffneter Grenzkonflikt zwischen Irak und Iran;
 - bewaffneter Grenzkonflikt zwischen China und Indien im Unionsstaat Uttar Pradesh;
 - bewaffneter Grenzkonflikt zwischen China und der UdSSR am Ussuri;
 - bewaffneter Grenzkonflikt zwischen Saudi-Arabien und der Volksrepublik Südjemen;
- 1969/75 - Bürgerkrieg und Intervention der USA, Thailands und des Saigoner Regimes in Kampuchea;
- 1970 - der Atomwaffensperrvertrag tritt nach seiner Ratifizierung durch 43 Staaten in Kraft, USA und UdSSR verhandeln SALT 1 (Begrenzung strategischer Raketenwaffen);
- Operation ‚Tailwind‘: Laos, 1970;
 - Operation ‚Ivory Coast/Kingoin‘: Nordvietnam, 21.11.1970;
 - Aggression Portugals gegen die Republik Guinea;
 - Aufstand der Solidarnosc an der polnischen Ostseeküste;
 - in Chile wird der Sozialist Allende zum Staatspräsidenten gewählt;
- 1971 - Aggression der USA und des Saigoner Regimes gegen Laos;
- US-Kriegsmarine stellt das erste Atom-U-Boote mit Poseidon-Kernwaffenraketen in Dienst;
 - des Volkes von Bangladesh gegen das pakistanische Regime;
 - bewaffneter Grenzkonflikt zwischen Pakistan und Indien;
 - bewaffneter Grenzkonflikt zwischen Syrien und Jordanien;
 - ein Aufstand der Volksbefreiungsfront wird in Ceylon niedergeschlagen;
 - Aggression Pakistans gegen Indien und Bangladesh;
- 1971/72 - bewaffneter Grenzkonflikt zwischen Tansania und Uganda;
- Bürgerkrieg auf den Philippinen;
 - bewaffneter Grenzkonflikt zwischen der Jemenitischen Arabischen Republik und der Volksdemokratischen Republik Jemen;

¹ Der Weg aus der Krise, Materialien der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, a.a.O., S. 36-48

² zusammengestellt nach: Liste der Kriege und Schlachten im 20. und 21. Jahrhundert, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Kriege_und_Schlachten_im_20._und_21._Jahrhundert, und: Wie viele Kriege hat die USA nach Beendigung des 2. Weltkriegs bereits geführt?, unter: [http:// www. terra-kurier.de/US-Kriege.htm](http://www.terra-kurier.de/US-Kriege.htm)

- dem Bürgerkrieg in Burundi fallen 50.000 Menschen zum Opfer;
- Militärputsch in Ghana;
- Die UdSSR hat bei Trägermitteln u. Kernwaffen ‚strategisches Gleichgewicht‘ erreicht;
- 1972 - Operation ‚Freedom Train‘: Nordvietnam, 6.04.1972 bis 10.05.1972;
- Operation ‚Linebacker I‘: Nordvietnam, 10.05.1972 bis 23. Oktober;
- Operation ‚Linebacker II‘: Nordvietnam, 18.12.1972 bis 29.12.1972;
- Operation ‚Pocket Money‘: Nordvietnam, 9.05.1972 bis 23.10.1972;
- 1972–1973 - Operation ‚Endweep‘: Nordvietnam, 27.01.1972 bis 27.07.1973;
- 1973 - faschistischer Militärputsch der reaktionären Oberschicht der Streitkräfte in Chile unter Leitung von General Pinochet;
- Arabisch-Isarelischer ‚Jom-Kipur-Krieg‘;
- im Zuge eines ägyptischen Überraschungsangriffs werden die Proportionen des militärischen Kräfteverhältnisses im ‚modernen‘ Krieg durch den Einsatz von Fla-Raketen und Panzerabwehrraketen neu definiert;
- die OPEC-Länder lösen durch Lieferstopp in den USA und in Westeuropa eine Öl- und Treibstoffkrise aus;
- Operation ‚Nickel Grass‘ Mittlerer Osten 6.10. – 17.11.;
- 1973/74 - bewaffneter Grenzkonflikt zwischen China und Südvietnam wegen der Paracelus-Inseln;
- 1974 - Indien führt einen Atomtest durch und ist damit nach den USA, der UdSSR, Großbritannien, Frankreich und China die sechste Atommacht;
- bewaffneter Volksaufstand unter Führung der ‚Bewegung der Streitkräfte‘ gegen das feudalherrschaftliche Regime in Äthiopien;
- bewaffneter Aufstand unter Führung der Bewegung der Streitkräfte in Portugal;
- bewaffneter Putsch griechischer Obristen - Einmarsch türkischer und griechischer Truppen auf Zypern;
- Indien annektiert das Königreich Sikkim;
- 1975 - Krieg der Befreiungstreitkräfte Südvietnams gegen das Saigoner Regime;
- Bürgerkrieg im Libanon;
- Aggression Indonesiens gegen die Demokratische Volksrepublik Osttimor;
- Eritrea kämpft gegen Äthiopien;
- die Roten Khmer nehmen Pnom Penh ein;
- Operation ‚Eagle Pull‘: Kambodscha, 11.04.1975 bis 13.04.1975;
- Operation ‚Frequent Wind‘: Evakuierung in Südvietnam, 26.04.1975 bis 30.04.1975;
- Operation ‚Mayaguez‘: Kambodscha, 15.05.1975 - - ;
- 1975/86 - Bürgerkrieg im Libanon;
- 1975/76 - Bürgerkrieg und ausländische Intervention in Angola;
- 1976 - Militärputsch in Uruguay;
- in Argentinien wird Präsidentin Peron vom Militär gestürzt;
- von syrischen Truppen wird der Bürgerkrieg im Libanon beendet;
- 1977 - Militärputsch in Thailand und Pakistan;
- Ägyptens Präsident Sadat vereinbart mit Israel den Gewaltverzicht;
- dem Regime Idi Amin werden Ausrottungskampagnen mit 100.000 Toten zur Last gelegt;
- Operation ‚Coronet Oak‘ Zentral- und Südamerika Oktober 1977 bis 17.2.99;
- 1978 - Bürgerkrieg in der Kongo Provinz Katanga;
- im Libanon Kämpfe zwischen christlichen Milizen und syrischen Truppen;
- Staatsstreich in der Demokratischen Volksrepublik Jemen;
- Militärischer Konflikt China und Vietnam;
- Militärputsch in Bolivien;

UNTER FALSCHER FLAGGE

Dass sich der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft angesichts einer größer werdenden Vielfalt ungelöster und neuer wirtschaftlicher Probleme, fehlender und nicht mehr einfach übertragbarer Erfahrungen, Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Interessengruppen im Inneren und der systematischen Instrumentalisierung dieses Konfliktpotentials durch die westlichen Massenmedien und ‚Dienste‘ mit neuen Herausforderungen konfrontiert wurde, wurde Ende der sechziger Jahre immer deutlicher. Machtkämpfe zwischen verschiedenen Gruppierungen in der sowjetischen Führung, der dominant werdende Einfluss von Vertretern des Militärisch-industriellen Komplexes und Tendenzen des Reformismus beförderten vor dem Hintergrund der stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung Verunsicherungen und Irritationen. Mit den sich unter dem Einfluss wissenschaftlich-technischer Revolutionen immer schneller umwälzenden materiell-technischen Entwicklungsmöglichkeiten, sich dynamisch verändernden arbeitsteiligen und gesellschaftlichen Beziehungen und neuen Bedürfnissen vervielfachte sich das Bündel ungelöster Fragen und neuer Probleme. Alles das konnte weder durch die Umbenennung der symbolische Akte noch durch Debatten über Unterschied von Entwicklungsstufen der sozialistischen Gesellschaft kompensiert werden.

Die unter nicht wenigen leitenden Funktionären der KPdSU und anderer Parteien unzureichend entwickelte Verständnis und die fehlende Bereitschaft, sich diesen Problemen zu stellen, immer größer werdende Aufwendungen für den militärischen Schutz und die sich im Schatten dieser Entwicklung verselbständigenden Sonderinteressen verschiedener Gruppen und Schichten trugen wesentlich dazu bei, dass sich parallel zu dieser Entwicklung die Suche nach Alternativen verselbständigte. Die in der DDR, in der ČSSR aber auch in der UdSSR begonnene Suche nach neuen Lösungswegen stießen viel zu oft auf Unverständnis, Desinteresse und hinhaltenden Widerstand. Und nicht immer war das, was da als neuer Lösungsweg vorgeschlagen und diskutiert wurde, als ein ernst zu nehmender Vorschlag zur Weiterführung oder Erneuerung sozialistischer Zielstellungen konzipiert.

Unter diesen Umständen entwickelte sich die an Breite gewinnende Diskussion um den Begriffen eines ‚demokratischen Sozialismus‘ zu einer Chimäre, die zugleich der Beruhigung und Selbstberuhigung derer diente, die an einer Weiterentwicklung des Sozialismus interessiert waren aber von denen als Schutzschirm benutzt wurde, die damit ganz anders orientierte Zielstellungen verfolgten. Auch vierzig Jahre später wurden die damaligen Ereignisse nicht in der Komplexität ihrer Funktionen im Klassenkampf verstanden. In einer Erklärung der ‚Linken‘ heißt es 40 Jahre später: *„Die einen sehen die Bewegung jenes Jahres lediglich als Vorläufer des Terrors der RAF oder sie vergleichen gar die protestierenden Studenten mit den Anhängern Hitlers. Für die anderen führte 1968 zur ‚Neu- und Umgründung der Bundesrepublik‘, die in den ‚Kanon der westlichen Demokratien aufgenommen‘ wurde. Die Proteste werden als eine Art Katalysator einer ‚Fundamentalliberalisierung‘ gesehen. Wir hingegen sind der Meinung, dass ‚1968‘ vor allem die Chiffre für eine bis in die späten 1970er*

Jahre währende Epoche globalen gesellschaftlichen Aufbruchs ist, die sich vor allem auf die Jahre 1967-69 fokussiert.“ 1968 stehe für weltweite Studierendenproteste, den ‚Pariser Mai‘ – den wochenlangen Generalstreik in Frankreich – und Fabrikbesetzungen in Italien. Es stehe für Reformversuche in der Tschechoslowakei, einen ‚Sozialismus mit menschlichen Antlitz‘ zu schaffen. Es sei ein Synonym für den weltweiten Widerstand gegen den grausamen Krieg der USA in Vietnam, für die antikolonialen Befreiungsbewegungen in der ‚Dritten Welt‘ und die Bürgerrechtsbewegung in den USA. Zugleich wird aber auch festgestellt, dass das ‚grundsätzliche Ziel‘, – eine fundamentale demokratisch-sozialistische Veränderung der Gesellschaften im Osten und im Westen – nicht erreicht wurde.¹

‚Erreicht‘ wurde etwas ganz anderes: Mit der Forderung nach einem ‚demokratischen Sozialismus‘ wurde postuliert und akzeptiert, dass der reale Sozialismus wenn er denn schon nicht als ‚undemokratisch‘ abqualifiziert wurde so doch zumindest Demokratiedefizite habe. Die Forderung nach einem ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘ war mit noch weiter reichenden Folgerungen verbunden: In dieser Sicht wurde dem realen Sozialismus nicht mehr und nicht weniger als Unmenschlichkeit vorgeworfen. Die Stoßrichtung dieser Argumente wurde durch die Bildung sogenannter Menschenrechtsgruppen und die – bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit von Repräsentanten des Klassenfeindes zum Standardvorwurf erhobenen Forderungen nach Einhaltung ‚der Menschenrechte‘ immer deutlicher: Alles das, was da von den Vertretern des Kapitals systematisch zur Zerschlagung der sozialen Menschenrechte getan wurde, wurde und wird kaum noch erwähnt. Aber immer dann, wenn der Handlungsrahmen der unter der Kontrolle des Kapitals stehenden Massenmedien und der aus dem westlichen Ausland finanzierten Grüppchen und Gruppen kontrolliert und hinterfragt wurde, war dies eine ‚Einschränkung der Meinungsfreiheit‘.

Peter Scholl-Latour können sicherlich keine besonderen Sympathien für sozialistische Ideen nachgesagt werden, noch ist er verdächtig, antiimperialistische Propaganda zu betreiben. Umso aufschlussreicher sind dessen Feststellungen zum Thema Pressefreiheit. Die ausgesprochen naive Begeisterung einer oppositionellen belorussischen Journalistin für die ‚freie Presse‘ kommentierte er mit Hinweis auf die ihrer harrende herbe Enttäuschung, *„falls eines Tages die Willkür ‚Batkas‘ durch die Finanzinteressen von marktorientierten Verlagsgruppen und deren politische Präferenzen abgelöst würde. Wie schrieb noch der zutiefst konservative deutsche Leitartikler Paul Sethe in den frühen Dekaden der Bonner Republik: ‚Die Freiheit der Presse ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu veröffentlichen.‘ Ich nehme an, dass diese Zahl inzwischen erheblich geschrumpft ist.“*²

¹ 1968: Ein globaler Aufbruch Erklärung der Historischen Kommission der LINKEN, unter: <http://www.die-linke.de/partei/weitere-strukturen/berufene-gremien/historische-kommission/erklarungen-und-stellungnahmen/1968-ein-globaler-aufbruch/>

² P. Scholl-Latour: Russland im Zwangsgriff, a.a.O., S. 108

VI REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION - STRATEGIEWANDEL II: VIEL MEHR ALS KUBA, CHILE UND AFGHANISTAN

Angesichts der derzeit scheinbar uneingeschränkt herrschenden Restauration imperialistischer Besitz- und Machtverhältnisse wird die Einschätzung des Charakters unserer Epoche auf der im November 1960 in Moskau stattfindenden Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aus aktueller Sicht auch bei vielen, die die damalige Entwicklung noch aus eigener Erfahrung kennen, wenn schon nicht auf Desinteresse, so doch auf Unverständnis stoßen. Wenn man aber den historischen Hintergrund und den Verlauf der damaligen Ereignisse mit dieser Einschätzung vergleicht wird nicht nur verständlich, wie es dazu kam. Aber erst in diesem Kontext werden viele der historischen Zusammenhänge wieder bewusst, die unter dem Druck der derzeit noch triumphierenden Kräfte der Konterrevolution auf das Übelste diffamiert, aber vor allen Dingen und auf jeden Fall gründlich vergessen werden sollen.

Im November 1942 wurde in Bihać der Antifaschistische Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens (AVNOJ) (Антифашистичко веће народног ослобођења Југославије – АВНОЈ) gegründet. Aus diesem entstand im November 1943 das Grundgerüst des künftigen föderativen Jugoslawiens. Unmittelbar nach der Vertreibung der faschistischen Okkupanten wurde am 24.5.1944 in Albanien die ‚Sozialistische Volksrepublik Albanien (Republika Popullore Socialiste e Shqipërisë, RPSSH) gegründet. Nachdem am 22.7.1944 das Lubliner Komitee der Nationalen Befreiung in Polen die Regierung der befreiten Gebiete übernahm¹, im September 1944 in Bulgarien eine Regierung der Vaterländischen Front gebildet wurde², im März 1945 in Rumänien unter Beteiligung der Kommunistischen Partei eine Koalitionsregierung die Macht übernommen hatte³, am 5.4.1945 in Košice aus Vertretern der Londoner Exilregierung und Vertretern der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei eine Regierung der Nationalen Front entstanden war und in Ungarn im November 1945 auf der Grundlage von Wahlen⁴ eine Koalitionsregierung ihre Arbeit aufnahm, waren in den von der Roten Armee befreiten Gebieten Osteuropas Voraussetzungen für die Durchsetzung der Interessen dieser Völker gegeben. Zugleich waren damit politische Voraussetzungen für den Bruch mit der Macht der alten Ausbeuterordnung geschaffen.

Am 29.11.1943 hatte die AVNOJ die unter Führung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens stehende Bildung einer neuen Förderation südslawischer Staaten be-

¹ Am 31.12.1944 wurde ein Dekret über die Umwandlung der Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung in die Provisorische Regierung der Polnischen Republik (Rząd Tymczasowy Rzeczypospolitej Polskiej) im Juni 1945 wurde eine Regierung der Nationalen Einheit gebildet, der auch der Premierminister der (Londoner) polnischen Exilregierung Stanisław Mikołajczyk angehörte.

² Am 8. September 1946 hatten bei einem Referendum 91,63 % für den Sturz der und die Umwandlung Bulgariens in eine Republik gestimmt.

³ Nachdem das Antonescu-Regime mit Unterstützung des damals 23-jährigen Zar Mihai wurde dieser für den Bruch mit dem Hitlerregime am 6.6.1945 mit dem sowjetischen Siegesorden (Nr.16) ausgezeichnet.

⁴ Bei den Wahlen vom 4.11.1945 erhielten die Partei der kleinen Landwirte 57%, die Sozialdemokratische Partei Ungarns 17,5%, die kommunistische Partei Ungarns 17% und die Nationale Bauernpartei 7% der Stimmen.

schlossen. Am 15.9.1946 folgte die Bildung der Bulgarischen Volksrepublik. 1947 hatte Zar Mihai I auf den Thron verzichtet, danach wurde Rumänien zur Volksrepublik erklärt. Nach dem Versuch der Tschechischen national-sozialen Partei und anderer rechten Parteien, die Tschechoslowakei über den Marshall-Plan auf die von der USA und den Westmächten vorgegebenen Positionen des kalten Krieges einzustellen kam es im Februar 1948 in der Tschechischen Republik zu einer Regierungskrise, die aber nicht zum beabsichtigten Sturz der unter Beteiligung von Sozialdemokraten und Kommunisten arbeitenden Regierung führte. Die unter dem Druck eines Streikes mit 2 ½ Millionen Teilnehmern und einer Demonstration von über 100.000 sah sich Präsident Benesh gezwungen einer Regierung zuzustimmen, an der unter Leitung Klement Gottwalds 11 Kommunisten beteiligt waren. Am 18.8.1949 wurde Ungarn durch die vom Parlament beschlossene Verfassung zur ‚Magyar Népköztársaság‘, der Ungarischen Volksrepublik deklariert. Und am 7.10.1949 wurde auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands der erste deutsche Arbeiter- und Bauernstaat, die Deutsche Demokratische Republik gegründet.

Allein schon anhand einer chronologisch geordneten Liste der Staaten, die sich im Laufe ihrer Geschichte in den Jahren nach 1945 selbst als ‚sozialistisch‘ bezeichneten, wird nicht nur deutlich, welchen Einfluss die sozialistischen Ideen in den Jahren nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus hatten. In der hier als ‚Ideologie, Entwicklung‘ nur plakativ bezeichneten pauschalen Charakterisierung kann der damit angesprochene vielschichtig widersprüchliche Hintergrund historischer, wirtschaftlicher, ideologischer und politischer Probleme nicht annähernd angemessen erfasst werden. Mit dem Wissen darum erscheint es aber doch sinnvoll, die damit zumindest oberflächlich benannten Differenzen zu erwähnen:

- 1943 - Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien - Marxismus-Leninismus (1945–1948) - Titoismus (ab 1948)
- 1944 - Sozialistische Volksrepublik Albanien - Titoismus (1944–1948) Marxismus-Leninismus (1948–1968) Maoismus (1968–1978) ‚Albanischer Sozialismus‘ (bis 1990/91)
 - Volksrepublik Bulgarien - Marxismus-Leninismus (1944-1990)
 - Volksrepublik Polen - Marxismus-Leninismus 1944/1952-1989
- 1945 - Demokratische Republik Vietnam - Marxismus-Leninismus seit 1945
- 1948 - Sozialistische Republik Rumänien - Marxismus-Leninismus (1948-1990)
 - Tschechoslowakische Sozialistische Republik - Marxismus-Leninismus (1948-1990)
 - Demokratische Volksrepublik Korea - Marxismus-Leninismus (bis 1977) Chuch'e-Ideologie (1977–2009) Sön'gun-Ideologie (seit 2009)
 - Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka
- 1949 - Volksrepublik Ungarn - Marxismus-Leninismus (‚Gulaschkommunismus‘ 1956–1989)
 - Deutsche Demokratische Republik - Marxismus-Leninismus (1949-1990)
 - Volksrepublik China - Maoismus (bis 1976) Dengismus (seit 1976), ‚Sozialismus chinesischer Prägung‘
 - Republik Indonesien - 1957 Etablierung eines ‚Indonesischen Sozialismus‘ mit Sukarnos Prinzip ‚Nasakom‘, das kommunistische, nationale und religiöse Elemente verbindet, 1957/58 Enteignung niederländischen Eigentums und Verstaatlichung niederländischer Unternehmen, ab 1960er Agrarreformen, 1966 Sturz Sukarnos und Abkehr von Nasakom; Gründungsmitglied der Bewegung der Blockfreien Staaten

- 1950 - Arabische Republik Syrien - Arabischer Sozialismus („Baathismus“); die Arabische Sozialistische Baath-Partei wird in Konkurrenz zur Kommunistischen Partei in den 1950er Jahren stärkste politische Kraft; 1958–1961 Vereinigung mit Ägypten zur Vereinigten Arabischen Republik; Planwirtschaft seit 1961; ein Militärputsch bringt 1963 die Baath-Partei an die Macht, es folgen Landreform und umfangreiche Verstaatlichungen; 1966 Machtübernahme des radikalen linken Flügels der Baath-Partei nach einem Staatsstreich, die Umwandlung Syriens in eine sozialistische Gesellschaft wird vorangetrieben, verstärkte Zusammenarbeit mit der UdSSR; bis 1969 Verstaatlichung von etwa 20 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche, aber nur zögernde Kollektivierung; Planwirtschaft ab 1961, Industrialisierung unter Führung des öffentlichen Sektors; Entwicklungshilfe fast ausschließlich durch Ostblockländer; eine neue Verfassung erklärt Syrien 1973 zum ‚demokratisch-sozialistischen souveränen Volksstaat‘
- 1952 - Republik Ägypten – 1952 Landreform; ab 1955 Bewegung der blockfreien Staaten, Zusammenarbeit mit Jugoslawien und Indien, Anerkennung der VR China; 1956 Verstaatlichung des Suez-Kanals; Planwirtschaft ab 1960, Verstaatlichung der Großbanken und des größten Teils des modernen Sektors der Wirtschaft; 1962 beschließt der Nationalkongress der Volkskräfte die ‚totale Revolution‘ mit dem Ziel einer kooperativen sozialistischen Gesellschaft, jedoch Festhalten an Privatbesitz; seit 1964 per Verfassung ‚demokratischer sozialistischer Staat‘ (Arabischer Sozialismus, ‚Nasserismus‘), Islam ist Staatsreligion, die Arabische Sozialistische Union ist die einzige politische Organisation, verstärkte Sowjetische Hilfe; 1971 Freundschaftsvertrag mit der UdSSR; 1972 Ausweisung der sowjetischen Militärberater, 1976 Widerruf des Freundschaftsvertrags mit der Sowjetunion.
- 1957 - Republik Ghana - 1957 Unabhängigkeit von Großbritannien, ab 1960er Anlehnung an die Sowjetunion und Umstellung der Wirtschaft nach realsozialistischen Muster, Kollektivierung der Landwirtschaft, Militärputsch 1966
- 1958 - Revolutionäre Volksrepublik Guinea - Afrikanischer Sozialismus; 1958 Unabhängigkeit von Frankreich, Bruch mit Frankreich und Anlehnung an die Sowjetunion, Etablierung eines Einparteiensystems unter der Führung Ahmed Sékou Tourés und seiner Partei die Demokratische Partei Guineas (PDG), 1984 Tod Tourés und Abkehr vom Sozialismus
- 1959 - Republik Kuba - 1959 Revolution sowie Land- und Agrarreform; 1960 Verstaatlichung der Ölraffinerien; 1961 Ausrufung der Sozialistischen Republik sowie entschädigungslose Enteignung ausländisches Eigentums; 1972 RGW-Beitritt; 1976 Annahme der marxistisch-leninistischen Verfassung und Durchsetzung der Planwirtschaft
- 1960 - Republik Mali - 1960 Erlangung der Unabhängigkeit von Frankreich und Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, Kollektivierung der Landwirtschaft und Industrialisierung mit Staatsbetrieben, enge Zusammenarbeit mit Ghana und Guinea, Anlehnung an die Staaten des Ostblocks und Asiens, aber auch Abkommen mit Westeuropa, 1966 wieder Kooperation mit Frankreich, 1968 Militärputsch, Abkehr vom Sozialismus und Westbindung
- Republik Senegal - Afrikanischer Sozialismus 1960-1968¹

Wenn man sich ferner vor Augen führt, dass die Sowjetunion mit einem Territorium von 22,4 Mio. mit weitem Abstand das weltweit größte Land der Erde war und die Volksrepublik China mit über 650 Millionen Bürgern das bevölkerungsreichste Land und die UdSSR mit 216 Millionen Bürgern zu den bevölkerungsreichsten Länder der Erde gehörten, wird etwas besser verständlich, warum die Vertreter von kommuni-

¹ Zusammengestellt nach: ‚Liste sozialistischer Staaten‘, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_sozialistischer_Staaten

stischen und Arbeiterparteien im Dezember 1960 in Moskau zu folgender Einschätzung kamen: *„Unsere Epoche, deren Hauptinhalt der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, ist die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus, die Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab.“* Ergänzend und unterstreichend wurde hinzugefügt: *„Es ist das Hauptmerkmal unserer Zeit, dass das sozialistische Weltsystem zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird.“*¹

Dieser Optimismus wurde auch und insbesondere durch die wissenschaftlich-technischen, wirtschaftlichen und militärischen Erfolge der UdSSR in den Jahren des Wiederaufbaus und in der Anfangsphase des kalten Krieges gefördert.

	USA		Sowjetunion		VR China	
Territorium	9.826.675 km ²		22.402.200 km ²		9.571.302 km ²	
	Bevölk. Mio ²	BSP Mrd. US-\$ ³	Bevölk. Mio ⁴	BSP Mrd. US-\$ ⁵	Bevölk. Mio ⁶	BSP Mrd. US-\$ ⁷
1960	179.323.175	526,4	216.300.000	k.A.	650.660.513	k.A.
1970	203.392.031	1.038,3	241.720.000	433,4	820.403.282	143,7
1980	226.545.805	2.788,1	262.436.227	940,0	984.736.460	274,8
1990	248.709.873	5.800,5	286.700.000	776,8	1.148.364.470	640,0

Tab. 4: Vergleich des Territoriums, der Bevölkerungsentwicklung und des Bruttosozialproduktes der USA, der UdSSR und der VR China 1960-1990

Vergleicht man die Fortschritte sozialistischer Revolutionen und die Erfolge im Kampf gegen die Kolonialregime vor und nach der Moskauer Beratung ist nicht zu übersehen, dass der Einfluss sozialistischer Ideen längst nicht mehr nur auf das unmittelbare Umfeld der unter sowjetischem Einfluss stehenden Länder begrenzt blieb. Zwar wurden mit dem Sturz der alten Machthaber und mit der Erringung der Unabhängigkeit günstigere Voraussetzungen für die gesellschaftliche Entwicklung dieser Völker geschaffen. Aber damit waren weder die inneren noch die äußeren Auseinandersetzungen um die Zukunft der auf eine sozialistische Entwicklung drängenden Völker entschieden noch konnte die Begeisterung durch die nationale Befreiung die ganze Vielfalt der in Jahrhunderten gewachsenen wirtschaftlichen, politischen und anderen

¹ Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960 / Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, Berlin 1961, S. 10f

² US Gross Domestic Product GDP History, unter: http://www.usgovernmentpending.com/us_gdp_history

³ Wirtschaftswachstum der USA ab 1929, unter: <http://pdwb.de/nd23.htm>

⁴ Население СССР (Bevölkerung der UdSSR), unter: https://ru.wikipedia.org/wiki/Население_СССР

⁵ Валовой внутренний продукт (ВВП) СССР (Bruttoprodukt der UdSSR), unter: http://be5.biz/makro_ekonomika/gdp/gdp_ussr.html

⁶ Volksrepublik China, Bevölkerungsentwicklung, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Volksrepublik_China#Bev.C3.B6lkerungsentwicklung

⁷ Bruttoinlandsprodukt (BIP) EU – USA – China, unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/135823/bruttoinlandsprodukt-bip>

Probleme gelöst werden. Dazu kam eine Vielzahl neuer Herausforderungen, von denen es zum Zeitpunkt dieser Entscheidung nur sehr unscharfe Vorstellungen geben konnte. In diesem Zusammenhang sind die mit den sich fortschreitenden beschleunigten Serien wissenschaftlich-technischer Revolutionen eingeleiteten Umwälzungen der materiell-technischen Grundlagen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses an erster Stelle zu nennen. Durch die damit ausgelösten Veränderungen zwischen dem Entwicklungsniveau der auf diesem Gebiet führenden Staaten, ‚Anschlussländern‘, den in ihrer Entwicklung zurückgebliebenen und den rückständigsten wurden viele der eben erst unabhängig gewordenen Staaten mit ökonomischen Problemen konfrontiert, durch die die schon zuvor bestehende Armut und Chancenlosigkeit großer Bevölkerungsgruppen geradezu unvorstellbare Ausmaße annahm.

- 1963 - Demokratische Volksrepublik Algerien – Die Nationale Befreiungsfront Algeriens (FLN) ist seit 1963 die einzig zugelassene politische Organisation; ab 1963 Selbstverwaltung der Betriebe und des verstaatlichten Bodens (Staatsfarmen) durch Arbeiterkomitees; 1966 Verstaatlichung ausländischer Bergwerksgesellschaften, 1971 wichtiger Erdölanlagen und aller Ölleitungen; Planwirtschaft ab 1970
- 1964 - Republik Sambia - Afrikanischer Sozialismus; 1964 Unabhängigkeit von Großbritannien, 1967 Etablierung des so genannten ‚Sambischen Humanismus‘ als Staatsideologie, in der eine sozialistische Entwicklung des Landes angestrebt wird, 1973 Einführung des Einparteiensystems, 1991 Abkehr vom Einparteiensystem und Afrikanischen Sozialismus
- 1966 - Republik Uganda - Afrikanischer Sozialismus; 1966 Putsch Milton Obotes und Ausrufung eines Einparteiensstaates, 1967 neue sozialistische Verfassung, Abschaffung des Feudalismus, Verstaatlichung einiger Finanz-, Handels- und Industrieunternehmen, 1971 Militärputsch Idi Amins und Abkehr vom Sozialismus
- 1967 - Volksrepublik Jemen - Nachdem die Südarabische Föderation und das Protektorat von Südarabien am 30. November 1967 die Unabhängigkeit von Großbritannien erlangten, schlossen sich beide zur Volksrepublik Jemen zusammen. Drei Jahre später erfolgte die Annahme der bis 1990 verwendeten Bezeichnung. Allgemein war und ist die Bezeichnung Südjemen geläufig gewesen.
- 1969 - Arabische Republik Libyen / Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija - 1969 Revolution und Ausrufung der Arabischen Republik Libyen sowie Verstaatlichung der meisten Ölgesellschaften, Banken und Versicherungen; 1973 Verstaatlichung der restlichen Ölgesellschaften; 1977 Ausrufung der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija; ab 2004 Privatisierungswelle; 2011 Bürgerkrieg und Ende der Dschamahirija
 - Somalische Demokratische Republik - 1969 Ausrufung; 1970 Verstaatlichung ausländischen Eigentums, Annäherung an die Sowjetunion und an die arabischen Staaten; 1974 Vereinbarung über militärische Zusammenarbeit mit der UdSSR; 1976–1991 SRSP Einheitspartei; 1977 Bruch mit der Sowjetunion, Ogadenkrieg
 - Demokratische Republik Sudan - Arabischer Sozialismus; 1969 Militärputsch durch Dschafar Muhammad an-Numairi, Etablierung eines sozialistischen Einparteiensstaates unter der Führung der Sudanesischen Sozialistischen Union (SSU), Verstaatlichung aller Banken und Unternehmen, Anlehnung an die Sowjetunion, 1971 Putschversuch linker Kräfte, dadurch Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion, 1972 Annäherung an die USA und an die Bundesrepublik Deutschland, 1973 Annahme einer neuen Verfassung mit der SSU als Staatspartei und dem Islam als Staatsreligion, 1976 Beendigung der Kooperation mit Libyen, Beistandsabkommen mit Ägypten, Radikale Islamisierung und 1983 Einführung der Scharia im ganzen Land, 1985 Sturz

An-Numairis durch Militärputsch, Erneute Annäherung an die Sowjetunion und Libyen, diplomatische Beziehungen mit dem Iran, seit 1989 islamistische Diktatur Umar al-Baschirs

- 1970 - Volksrepublik Kongo - 1970 Ausrufung, Einheitspartei ist die ‚Parti Congolais du Travail‘, die sich auf den Marxismus-Leninismus festlegt; 1974 Verstaatlichung der meisten Ölgesellschaften und Versicherungen; 1981 trotz Freundschaftsvertrags mit der Sowjetunion leichte Öffnung zum Westen; 1990 Einführung des Mehrparteiensystems; 1991 Umbenennung in Republik Kongo
- Republik Chile - Demokratischer Sozialismus; 1970 Wahl des Marxisten Salvador Allendes zum Präsidenten, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Enteignung ausländischer Kapitalgesellschaften, Bodenreformen, 1973 Militärputsch Augusto Pinochets mit Unterstützung der CIA
 - Kooperative Republik Guyana - gemäßigter Sozialismus seit 1970
- 1971 - Republik Afghanistan - gemäßigter Sozialismus (1973–1978 und 1987–1992)
- Volksrepublik Bangladesch - gemäßigter Sozialismus – seit 1971
 - Republik Irak - Arabischer Sozialismus (‚Baathismus‘); 1971 ‚volksdemokratisch-sozialistischer Einheitsstaat‘, die Baath-Partei bildet mit der Kommunistischen Partei eine Nationale Front; ab 1972 Verstaatlichung des gesamten Erdölsektors; 1972 Freundschaftsvertrag mit der UdSSR, militärische und wirtschaftliche Unterstützung durch die Sowjetunion; ab 1978 Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion und Bruch der Baath-Partei mit der Kommunistischen Partei
 - Islamische Republik Pakistan - Islamischer Sozialismus; 1971 Übernahme des Präsidentenamts durch Zulfikar Ali Bhutto, Bodenreform, Verstaatlichung von Banken und Industriebetrieben, Schulen und Universitäten, 1973 neue Verfassung und Abkehr vom Präsidentsystem, Bhutto wird daraufhin Premierminister, Fazal Elahi Chaudry neuer Präsident, 1977 Militärputsch Zia ul-Haq und umfassende Islamisierung, 1979 Ermordung Bhuttos
- 1972 - Jamaika - Demokratischer Sozialismus – 1972-1980
- 1973 - Demokratische Republik Madagaskar - 1973 Verstaatlichungen von Banken, Versicherungen und Unternehmen, 1975 Annahme einer sozialistischen Verfassung, Annäherung an die sozialistischen Länder des Ostens und der VR China, enge Kooperation mit Nordkorea, ab 1985 auch vorsichtige Öffnung zum Westen und beschränkte Liberalisierung, 1992 Beginn der Dritten Republik.
- 1974 - Volksrepublik Angola - 1974 Ausrufung der Volksrepublik Angola; 1976 setzt sich die von Kuba und der UdSSR unterstützte MPLA gegen die FNLA und die UNITA durch und wird Einheitspartei; 1975–2002 Bürgerkrieg; 1989–1991 Abzug der kubanischen Truppen.
- Demokratische Volksrepublik Äthiopien - 1975 Verstaatlichung in- und ausländischer Industrieunternehmen durch das Derg-Militärregime, Bodenreform mit Bildung von Genossenschaften; 1978 Freundschaftsvertrag mit der UdSSR; 1987 Ausrufung der Demokratischen Volksrepublik Äthiopien; 1974–1991 Bürgerkrieg; 1990 Abkehr vom Marxismus.
 - Volksrepublik Benin - 1974 Ausrufung eines „marxistisch-leninistischen Staates“, 1975 Volksrepublik; zahlreiche Verstaatlichungen; 1975–1989 war die kommunistische Volksrevolutionäre Partei Benins Einheitspartei; 1989 Abkehr vom Marxismus-Leninismus.
 - Republik Guinea-Bissau - 1974 Unabhängigkeit von Portugal und Etablierung eines Einparteienstaates unter der Führung der sozialistischen PAIGC, Anlehnung an die Sowjetunion und der VR China, 1980 Militärputsch, 1984 Umwandlung in Präsidialrepublik, ab 1989 schrittweise Abkehr vom realsozialistischen Wirtschafts- und Einparteiensystem, 1991 Einführung des Mehrparteiensystems.

- Republik Kap Verde - 1974 Unabhängigkeit von Portugal in Union mit Guinea-Bissau, Etablierung eines Einparteienstaates unter der Führung der sozialistischen PAIGC, sozialistisch orientierte Wirtschaftspolitik, 1980 Ende der Union mit Guinea-Bissau und Umbenennung der PAIGC in PAICV, Mitglied der Bewegung der Blockfreien Staaten, 1991 Einführung des Mehrparteiensystems.
- Sozialistische Föderative Republik Birma – ‚Birmanischer Sozialismus‘ 1974-1988
- 1975 - Demokratische Volksrepublik Laos - Marxismus-Leninismus seit 1975
- Volksrepublik Mosambik - 1975 Unabhängigkeit der Volksrepublik Moçambique, Verstaatlichung des Gesundheits- und Erziehungswesens, Errichtung von Kollektivfarmen; die marxistisch-leninistisch ausgerichtete FRELIMO ist Einheitspartei; 1977–1992 Bürgerkrieg; 1980 begrenzte Reprivatisierungen; 1989 gibt die FRELIMO die marxistisch-leninistische Ausrichtung zugunsten einer allgemein sozialistischen auf; 1990 Einführung des Mehrparteiensystems. 1975-1990
- Demokratische Republik São Tomé und Príncipe - 1975 Erlangung der Unabhängigkeit von Portugal, Schaffung eines Einparteiensystems unter der sozialistisch orientierten ‚Movimento de Libertação de São Tomé e Príncipe (MLSTP)‘, Verstaatlichung der Plantagen, Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage durch Abwanderung der Europäer, 1980er Reihe fehlgeschlagener Putsche, 1990 neue Verfassung und Übergang zum Mehrparteiensystem. 1975-1990
- Demokratisches Kampuchea - Maoismus 1975–1979
- 1976 - Sozialistische Republik Vietnam - Marxismus-Leninismus (seit 1945)
- Republik Seychellen - 1976 Erlangung der Unabhängigkeit von Großbritannien, 1977 Putsch France-Albert René und Errichtung eines sozialistischen Einparteienstaats nach tansanischem Modell, 1979 neue Verfassung mit der ‚Seychelles People’s Progressive Front (SPPF)‘ als alleinige Staatspartei, 1984 Zusammenschluss mit Mauritius und Madagaskar zur Indian Ocean Commission (IOC), ab 1989 schrittweise Liberalisierung, 1991 Wiederherstellung des Mehrparteiensystems. 1977-1991
- Vereinigte Republik Tansania - Afrikanischer Sozialismus; seit 1977 stellt die Verfassung die Einheitspartei CCM über Parlament und Regierung; 1987–1988 Teilnahme am Bürgerkrieg in Mosambik gegen die RENAMO; 1992 Einführung des Mehrparteiensystems
- 1978 - Demokratische Republik Afghanistan - Marxismus-Leninismus 1978–1987
- 1979 - Staat Grenada - Demokratischer Sozialismus;^[47] 1979 Putsch Maurice Bishops und des sozialistischen New Jewel Movement, Kooperations- und Militärabkommen mit Kuba und der Sowjetunion, sozialistische Reformen, 1983 Sturz Bishops und US-Invasion. 1979-1983
- Republik Nicaragua - gemäßigter Sozialismus; 1979 Sturz Anastasio Somoza Debayle durch die sozialistische ‚Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN)‘, Aufbau eines Demokratischen Sozialismus: Landreformen, Alphabetisierungskampagnen und Schaffung eines nationalen Gesundheitswesens, 1981 bis 1990 Contra-Krieg, 1991 Ende durch Niederlage bei Parlamentswahlen. 1979-1991
- Volksrepublik Kampuchea - Marxismus-Leninismus 1979–1989
- 1980 - Republik Suriname - 1980 Militärputsch Dési Bouterse, 1981 Deklaration Surinames als sozialistische Republik, 1990 Erneuter Militärputsch und Abkehr vom Sozialismus. 1980-1990
- 1983 - Obervolta Burkina Faso - 1983 Militärputsch Thomas Sankaras, Etablierung eines Afrikanischen Sozialismus, 1987 Sturz Sankaras durch Blaise Compaoré und Umstellung auf einen orthodox-marxistischen Kurs, 1991 Abkehr vom Sozialismus.
- 1993 - Eritrea - Marxismus-Leninismus albanischer Prägung seit 1993
- 1999 - Bolivarische Republik Venezuela - bolivarianer Sozialismus seit 1999

2006 - Plurinationaler Staat Bolivien - boliviarischer Sozialismus seit 2006¹

Dieser chronologische Überblick vermittelt einen Eindruck von der Vielfalt und Breite der Entwicklung verschiedener Varianten sozialistischer Erfahrungen. Die genau so wenig zu übersehende Tatsache, dass hier auch solche Länder, wie der Irak, Lybien und Pakistan aufgelistet wurden, ist durchaus nicht nur darauf zurück zu führen, dass diese auch in der hier zugrunde gelegten Quelle benannt wurden. Wer sich vor Augen führt, welche Rolle die Verstaatlichung resp. Nationalisierung von Erdöl- und Erdgas und die Verstaatlichung von Banken in den damaligen und in den gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen gespielt hat und nach wie vor spielt, kommt ungeachtet alle seiner überaus berechtigten Vorbehalte nicht umhin, auch diese Tatsache zur Kenntnis zu nehmen. Damit wird aber auch deutlich, dass alle diese Versuche und Erfahrungen nie anders als im historisch konkreten Kontext der sozialökonomischen Entwicklung jedes einzelnen dieser Staaten und Völker verstanden werden können. Erst vor diesem Hintergrund kann über die reale Widersprüchlichkeit der sozialökonomischen Voraussetzungen, d.h. den Entwicklungsstand der Produktivkräfte und die Ausprägung welcher Produktionsverhältnisse, die Klassenstruktur, die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Organisiertheit der politischen Kräfte gesprochen werden.

Aus der Vielfalt der mit den hier verwendeten Begriffen nur angedeuteten Probleme kann schon deshalb nicht eingegangen werden, weil eine solche Untersuchung den Rahmen der hier verfolgten Zielstellung sprengen würde. Deshalb wird Chile hier nur deshalb erwähnt, weil diese Niederlage weitab von den Grenzen zu den Staaten der sozialistischen Staatengemeinschaft im Zusammenhang mit der Reaktion der UdSSR auf die Entwicklung in Afghanistan zu verstehen ist: Der am 11. September 1973 von der CIA inszenierte und von Teilen der chilenischen Streitkräfte ausgeführte faschistische Putsch gegen die demokratisch gewählte sozialistische Regierung konnte trotz aller Warnungen nicht verhindert werden. Als sich im Sommer 1979 in Afghanistan, d.h. unmittelbar an der sowjetischen Grenze unter der Regierung Amin eine Entwicklung abzeichnete, in der Parallelen zu den chilenischen Ereignissen nicht übersehbar waren, stand die damalige sowjetische Führung vor einem Dilemma: Jede Entscheidung war schon, bevor sie getroffen wurde, mit schwerwiegenden Konsequenzen verbunden. Deshalb sind nicht nur die Tatsachen zu durchdenken, dass das damals verfügbare Wissen über die Probleme dieses Landes bestenfalls oberflächlich war und auch nicht der Umstand, dass die außenpolitischen Reaktionen in jedem Falle negativ sein mussten. Viel schwerer wog der Umstand, dass da ein strategisches Szenario vorbereitet wurde, dessen Folgen schwerwiegender kaum sein konnten.

AFGHANISTAN – IN DER FALLE DES KLASSENFEINDES

Afghanistan war und ist eines der extrem ärmsten wirtschaftlich kaum entwickelten Länder, in dem etwa 80% der Bevölkerung von einer zu großen Teilen archaisch betriebenen Landwirtschaft lebten. Das hängt nicht zuletzt von den äußerst komplizier-

¹ Zusammengestellt nach: ‚Liste sozialistischer Staaten‘, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_sozialistischer_Staaten

ten geographischen Bedingungen ab: Die über 7.000 m hohen Berge des Hindukusch teilen Afghanistan in eine Nord- und eine Südregion. Im Norden hat Afghanistan Anteil am Tiefland von Turan, im Süden dehnen sich ein von Salzsümpfen durchzogenes Wüstenbecken aus. Außer Bergpfaden gibt es nur wenige Straßenverbindungen. Die politische Macht befand sich in der Hand ökonomische einflussreicher Stammesoberhäupter, der Oberhäupter eines Dorfes oder religiöse Führer.

1964 verfügten 40.000 Großgrundbesitzer über 73% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, mit den restlichen 23% mussten 580.000 bäuerliche Familien zurecht kommen. Zu diesem Zeitpunkt gab es keine Industrie, kein Eisenbahn- und kein Straßennetz. 1967 gab es die ersten 90 Fabriken, in denen 31.000 Arbeitskräfte (= 0,76% der Bevölkerung) beschäftigt waren. Im Handwerk gab es zu diesem Zeitpunkt etwa 300.000 Beschäftigte. Das Lebensniveau dieses Teils der Bevölkerung unterschied sich grundlegend von den 70-100.000 Afghanen, die als Offiziere, Angehörige der Intelligenz und der städtischen Bourgeoisie Zugang zu Bildungseinrichtungen hatten und im Ausland studierten. 1978 war die Zahl der Industriearbeiter im Raum Kabul und in tadschikisch-usbekischen Gebieten auf 334 Tausend angewachsen. Darüber hinaus waren weitere 150.000 Arbeiter im Bau- und Transportwesen sowie in der Energiewirtschaft beschäftigt. Deren Arbeits- und Lebensbedingungen wurden von der Regierung Daoud durch einen gesetzlich geregelten 7½-Studentag, Recht auf Urlaub und Rente geregelt. Von insgesamt 3,6 Millionen lohnabhängig Arbeitenden waren 20% im kapitalistischen Sektor, alle anderen unter halbfeudalen Bedingungen beschäftigt.¹ Noch in den siebziger Jahren lag das Rechtswesen in den Händen religiöser Gerichtshöfe, auf dem Land gab es keine Schulen, Frauen wurden für Brautgelder gekauft. 90 % der Bevölkerung und 98 % der Frauen waren Analphabeten.

Die Entwicklung der politischen Ereignisse in und um Afghanistan verdient schon auf Grund der Vielschichtigkeit dieses Entstehungszusammenhanges Aufmerksamkeit. Seit 1953 verfolgte die königliche Regierung des von konkurrierenden Stämmen bewohnten zentralasiatischen Staates im Gegensatz zu den CENTO-Staaten Pakistan und Iran mit Unterstützung der UdSSR eine Politik der Bündnisfreiheit. Die Ausbildung von Offizieren und die Ausrüstung der afghanischen Armee waren Bestandteile dieser Beziehungen, wie Hilfe beim Aufbau des Bildungswesens, der medizinischen Versorgung und der geologischen Erkundung. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass in den an Afghanistan angrenzenden tadschikischen Gebieten des Pamir-Gebirges und auf dem Territorium Afghanistans nicht nur große Erdgas- und Erdölvorkommen, sondern auch Lagerstätten von Uran und anderen strategischen Rohstoffen² gefunden wurden. In größerem Umfang wurden Kohlevorkommen bei Darrahi-Suf, Karkar, Ischpuschta und Herat sowie Erdgas genutzt. Aber neben Erdöllagerstätten bei Koh-i-Angot gibt es bei Shibergan reiche Erdgasvorkommen. Darüber

¹ Назад, в каменный век (Zurück in die Steinzeit), unter: <http://mikle1.livejournal.com/2114182.html>

² Ю. Дроздов: «Шторм-333» (J. Drozdow: „Sturm-333“), in: А.И.Андогский, Ю.И. Дроздов, В.Н. Курилов, С.Г. Бахтурин: Афган, снова Афган... (A.I. Andogskij, J.I. Drozdow, W.N. Kurilow, S.G. Bachturin: Afghan, immer wieder Afghan...), Москва 2002, S. 29

hinaus gibt es hochwertige Eisenerzreserven, Kupfervorkommen und eine Reihe anderer Mineralien wie Blei, Zink, Gold, Silber, Asbest, Glimmer, Schwefel, Beryll.¹

In diesem Zusammenhang ist auf die strategische Lage dieses Landes hinzuweisen: Mit der Kontrolle über Afghanistan war und ist der Zugriff auf alle zentralasiatischen Staaten gesichert. Mit Pakistan als dem durch die USA kontrollierten Hinterland war und ist ein schnelles Vordringen in den Iran eben so einfach wie der Zugriff auf zur UdSSR gehörende Republiken Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und die Infiltration des Tibetischen Hochlands und der VR China sowie der zwischen Pakistan und Indien umstrittenen Gebiete von Jammu und Kashmir.

1965 wurde die Volksdemokratische Partei Afghanistans (VDPA) gegründet. Aber deren Mitglieder und ihre führende Persönlichkeiten gehörten unterschiedlichen Gruppierungen an: Generalsekretär Nur Mohammed Taraki gehörte zur ‚Halk‘ (dem ‚Volk‘), sein Stellvertreter Babrak Karmal war Leiter der Gruppe ‚Partscham‘ (das ‚Banner‘). Hier waren sowohl Sozialisten als auch bürgerlich-demokratisch orientierte Intellektuelle, antimonarchistische Offiziere aber kaum Vertreter des sich gerade erst in erster Generation aus mittelalterlich-feudalaristokratischen Abhängigkeiten lösenden Proletariats vertreten. Wiederholte Versuche zur Herstellung der Einheit dieser breit gefächerten Volksbewegung stießen auf Widerspruch: Fast alle Offiziere stammten aus der Feudalhierarchie der adligen Großgrundbesitzer und unter den Intellektuellen gab es viele, die ihre Vorstellungen nach den Erfahrungen ihrer westlichen oder östlichen Studienorte orientiert waren.

Als nach wiederholtem Versuch zur Herstellung der Einheit am 17.4.1978 Mir Akbar Chaiber, einer der führenden Funktionäre des ZK der VDPA ermordet wurde, kam es in Kabul zu Demonstrationen gegen die Regierung und zur Verhaftung von Taraki, Karmal und anderen. Damit wurde von den der ‚Halk‘ und dem ‚Partscham‘ zugehörenden oder nahestehenden Offizieren der Streitkräfte eine Aktion ausgelöst, die in wenigen Tagen zum Sturz der Regierung führte. Hafisollah Amin war einer der Organisatoren. So wird auch besser verständlich, dass die im April 1978 von der Regierung Daoud befohlene Verhaftung führender Kommunisten zwar unter der Mehrzahl der in der UdSSR ausgebildeten Offiziere, Lehrer, Ärzte, Akademiker und Ingenieure die ‚Aprilrevolution‘ heftige Reaktionen auslöste aber in der Masse der ländlichen Bevölkerung kaum beachtet wurde. Scholl-Latour zitiert in diesem Zusammenhang Valentin Falin. Nach dem Hinweis darauf, dass die sowjetische Führung gar keinen Einfluss auf die Kabuler Ereignisse vom April 1978 hatte werden dessen Worte wir folgt wiedergegeben: *„Präsident Daud, der seinen Vetter, König Mahamed Zaher Schah, fünf Jahre zuvor gestürzt hatte, war dabei, alle progressiven Elemente seines Landes, die er bereits inhaftiert hatte, physisch zu liquidieren. Die marxistische ‚Saur-Revolution‘, - ursprünglich eine Koalition von reformorientierten Intellektuellen und Militärs – war eine spontane Reaktion der Afghanen gewesen.“*² Für die Masse der

¹ Nach: W.P. Zingel: Afghanistan – Wirtschaft, unter: <http://www.sai.uniheidelberg.de/abt/intwep/zingel/afgha-wi.htm>

² P. Scholl-Latour: Russland im Zwangsgriff, a.a.O., S. 123

unter mittelalterlichen Verhältnissen lebenden Stammesverbände und die fast ausschließlich analphabetische ländliche Bevölkerung blieben diese Ereignisse unverstänlich.

Ungeachtet dessen war Medwedjews Behauptung, dass es „in Afghanistan Ende der 70-er Jahre keine revolutionäre Situation gab...“¹ falsch. Sogar der keiner kommunistischen Sympathien verdächtige Militärkorrespondent der ‚The Independent‘ kam zu dem Schluss: „Wenn jemals ein Land eine Revolution nötig hatte, dann war es Afghanistan.“ Bis Ende der siebziger Jahre war es nicht gelungen, die Probleme des Landes zu lösen.

Die traditionelle afghanische Gesellschaft bot keine Lösung - sie war das Problem.² Den in ihren Interessen existenziell betroffenen Kreise der städtischen Bevölkerung gelang im Zuge der Aprilrevolution mit Unterstützung der Armee und der Luftwaffe der Sturz der Regierung und die Gründung einer ‚Demokratischen Republik Afghanistan‘. Die Organisation dieses Kampfes lag in den Händen Hafisulla Amins. Einer der ersten Schritte der von der VDPA gebildeten neuen Regierung war die Beratung mit Vertretern der UdSSR. Das Ersuchen des stellvertretenden Ministerpräsidenten um politische Unterstützung beim Aufbau der revolutionären Streitkräfte stieß auf volles Verständnis. Aber die sowjetischen Berater sahen sich sehr schnell mit der Tatsache konfrontiert, dass es trotz ihrer dringenden Warnungen und Aufforderungen in der Regierung des eben erst aus der Haft befreiten Mohammed Taraki und zwischen den Flügeln der VDPA einen sich zuspitzenden Machtkampf gab. Taraki, Amin und Babrak Karmal konnten sich nicht über ihren Anteil und ihre Rolle in der politischen Macht einigen. Beide strebten danach, die jeweils andere Gruppierung auszuschalten. Mit Hinweis auf die Verfolgung und Vernichtung von Menschewisten und Trotzisten in der UdSSR der dreißiger Jahre organisierte Amin die Vernichtung aller Anhänger der ‚Partscham‘. Im Hintergrund dieser Konflikte steht eine Einschätzung der politischen Chancen vom US-Botschafter in Kabul. Im August 1979 informierte der seine Regierung, dass „der Sturz der DVAP-Regierung ... den allgemeinen Interessen der Vereinigten Staaten dienen (würde), unabhängig davon, was dies für die weiteren sozialen und wirtschaftlichen Reformen in Afghanistan bedeutet.“³

Doch damit ist das Spektrum der Rahmenbedingungen der weiteren Entwicklung nur unvollständig erfasst: Zwischen den sowjetischen Beratern gab es Meinungsverschiedenheiten. Vertreter der sowjetischen Botschaft, Berater der KPdSU, des Ministeriums des Inneren und des Verteidigungsministeriums waren der Überzeugung, dass die an der Macht befindliche Gruppierung zu unterstützen sei und agierten entsprechend. In Afghanistan tätige Vertreter des KGB vertraten eine andere Position. Nach ihrer Meinung sollte Amin ausgeschaltet und der mit ihnen in engstem Kontakt ste-

¹ P. Медведев: Юрий Андропов: неизвестное об известном (Jurij Andropow: Unbekanntes über einen Bekannten), a.a.O., S. 259

² J. Hippler: Afghanistan: Von der Volksdemokratie bis zur Herrschaft der Taliban, http://www.jochen-hippler.de/Aufsätze/Afghanistan_Von_der_Volksdem/afghanistan_von_der_volksdem.html

³ Holmes and Dixon: Behind the US War in Afghanistan, Sydney 2002, S. 29, zitiert nach: J. Pilger : Verdeckte Ziele – über den modernen Imperialismus, Frankfurt a.M. 2004, S. 76

hende Babrak Karmal an dessen Stelle treten. Dabei blieb es nicht: Zur gleichen Zeit, in der die in der Armee tätigen sowjetischen Generäle und Offiziere Amin unterstützten organisierten Offiziere des KGB in einer Infanteriedivision im März 1979 einen Putsch gegen Amin, der – gleichfalls unter Führung sowjetischer Offiziere - von anderen Einheiten der afghanischen Armee niedergeschlagen wurde.¹ Zeitgleich gab es in Herat einen bewaffneten Aufstand islamistischer Stammesfürsten, der von der dortigen Garnison der afghanischen Armee unterstützt wurde. Die Regierung Taraki sah sich auch im Ergebnis der drakonischen Unterdrückung aller, die nicht bereit waren, Amins Linie zu folgen innerhalb kurzer Zeit damit konfrontiert, dass revoltierende Armeeeinheiten, sehr schnell immer größere Teile des Landes erfasste. Diese Kämpfe wurden schon in den Anfängen durch konservative islamistische Kreise aus Pakistan, dem Iran, Saudi-Arabien und der CIA durch finanzielle Hilfe und die Entsendung von Waffen, Nachrichtentechnik und Informationen unterstützt.

Inspiziert vom Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten begann die Unterstützung antikommunistischer islamistischer Gruppierungen und der von diesen finanzierten Mujaheddin ein halbes Jahr vor dem Einmarsch sowjetischer Truppen.² Brzezinski³ war sich bewusst, dass damit das Risiko einer militärischen Intervention seitens der Sowjetunion größer wurde – dies war die eigentliche Absicht. Später erklärte er, dass es ihm darum gegangen sei, die UdSSR in die ‚afghanische Falle‘ zu locken...

Mit vom CIA in Ägypten aufgekauften sowjetische Waffen⁴ wurden im pakistanischen Grenzgebiet Ausbildungslager für die verdeckten Operationen der ‚Mudschaheddin‘ und die sie begleitende CIA Agenten organisiert. Wo diese Gruppen in Erscheinung traten wurden außer den neuen Vertretern der demokratischen Macht auch die mit ihnen in den ländlichen Gebieten eingetroffene Lehrer, Ärzte, Ingenieure und Geologen umgebracht. Hippler berichtet, dass ihm *„ein pakistanischer General a.D. ausführlich schilderte, wie er mit zwei Kollegen vom militärischen Geheimdienst ISI bereits 1971/72 begonnen hatte, die Mudschaheddin aufzubauen. Dabei ging es der pakistanischen Regierung darum, nach ihrer Niederlage im Krieg gegen Indien und der Unabhängigkeit des ehemaligen Ostpakistans als Bangladesch ihre strategische Position in der Region zu verbessern. Deshalb sollten im Nachbarland Afghanistan*

¹ Л. Млечин: Особая папка: Знаменитые самоубийцы, (L. Mletschin: Die besondere Akte: Berühmte Selbstmörder), Москва 2005. S. 174

² dazu: An diesem Tag unterschrieb Präsident Carter die erste Direktive für eine geheime Unterstützung der Madjahedin, nach: ‚Zbigniew Brzezinskis‘, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Zbigniew_Brzezi%C5%84ski

³ *Zbigniew Kazimierz Brzeziński* (1928) polnisch-US-amerikanischer Politikwissenschaftler, zählt zu den grauen Eminenzen US-amerikanischer Globalstrategen, war 1966-1968 Berater Lyndon B. Johnsons und 1977 bis 1981 Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter. Er gilt auch als der führende außenpolitische Berater Obamas. Er ist Professor für US-amerikanische Außenpolitik an der School of Advanced International Studies (SAIS) der Johns Hopkins University in Washington, D.C., Berater am ‚Zentrum für Strategische und Internationale Studien‘ (CSIS) in Washington, D.C. und Verfasser politischer Studien. Daneben betätigt er sich als Berater für mehrere große US-amerikanische und internationale Unternehmen.

⁴ П. Швейцер: Победа (P. Schweizer: Der Sieg), Минск 1995, S. 37

*(mit dem es historische Grenzstreitigkeiten gab) in allen Provinzen kleine, bewaffnete Gruppen als strategische, militärische Option aufgebaut werden. Dies hatte offensichtlich nichts mit ‚Kommunismus‘ oder einer sowjetischen Intervention zu tun.*¹

Offiziell kämpften islamistische Glaubenskrieger im Namen des heiligen Dschihad gegen Ungläubige. Viele lehnten es als unrechtmäßig ab, den eben erst durch eine Bodenreform neu verteilten Grundbesitz der Stammesfürsten in Besitz zu nehmen. Viel zu tief war deren über Jahrhunderte Macht im Alltagsbewusstsein verankert, als dass diese Realität von den durch Analphabetismus und ökonomische Abhängigkeit geprägten landlosen Bauern ohne einen besonderen Anlass in Frage gestellt werden konnte. Dazu kam, dass die Art und Weise, in der die neuen Vertreter der Macht gegen die tief verwurzelten Stammestraktionen, vor allem aber gegen die religiösen Bindungen vorgingen, nicht hinnehmbar war. Schon deshalb fand dieser Krieg in größeren Teilen der ländlichen Bevölkerung Unterstützung.

Zeitgleich spitzten sich die Kämpfe zwischen den Flügeln der VDPA zu. Im Zusammenhang mit dem außer Kontrolle geratenen Bürgerkrieg kam es zwischen Anhängern Präsident Tarakis und Ministerpräsident Hafisollah Amin zu heftigen Auseinandersetzungen. Hier entbrannte ein Wettbewerb um die Gunst der sowjetischen Führung: Wer werde schneller sein mit dem Aufbau des Sozialismus. Anhänger Amis nannten ihren Führer einen ‚afghanischen Stalin‘, der mit Hilfe der Sowjetunion schaffen würde, innerhalb von zehn Jahren in Afghanistan den Sozialismus aufzubauen.² Taraki behauptete, dass das, wozu die UdSSR in 60 Jahren gebraucht habe, hier in fünf Jahren zu schaffen sei: *„Kommen sie zu uns in einem Jahr und sie werden sehen, dass die Metscheten leer stehen.“*³ Im Januar 1979 wurde der ganze Klan (21 Personen) der als religiöse Führer bekannten Modshaaddidi auf Amins Befehl erschossen.⁴ Nach Tarakis⁵ Ermordung weitete Amin seinen Vernichtungsfeldzug gegen Anhänger Tarakis und der Partschami aus.

Schon lange vor dem Tode Breshnews wurde die Lage in der UdSSR durch den fortschreitenden Zerfall der Entscheidungsstrukturen dieser Großmacht geprägt. Hinter dem offiziell demonstrierten Anschein einer einheitlichen Führung traten die divergierenden Interessen einzelner Republiken, großer staatlicher Unternehmen, der Ministerien, der staatlichen Planungskommission, der regionalen und zentralen Parteior-gane und ihrer leitenden Funktionäre immer deutlicher hervor. Auch die Entschei-

¹ J. Hippler: Afghanistan: Von der Volksdemokratie bis zur Herrschaft der Taliban, http://www.jochen-hippler.de/Aufsätze/Afghanistan_Von_der_Volksdem/afghanistan_von_der_volksdem.html

² С. Бахтурин: Так это было (S. Bachturin: So war das ...) in: А.И.Андогский, Ю.И. Дроздов, В.Н. Курилов, С.Г. Бахтурин: Афган, снова Афган... (A.I. Andogskij, J.I. Drozdow, W.N. Kurilow, S.G. Bachturin: Afghan, immer wieder Afghan...), а.а.О., S. 317

³ Р. Медведев: Юрий Андропов: неизвестное об известном (Jurij Andropow: Unbekanntes über einen Bekannten), а.а.О., S. 261

⁴ С. Бахтурин: Так это было (S. Bachturin: So war das ...) in: А.И.Андогский, Ю.И. Дроздов, В.Н. Курилов, С.Г. Бахтурин: Афган, снова Афган... (A.I. Andogskij, J.I. Drozdow, W.N. Kurilow, S.G. Bachturin: Afghan, immer wieder Afghan...), а.а.О., S. 321

⁵ А.А.Ляховский in: Ю. Дроздов «Шторм-333» (Ljachowski in: J. Drozdow: „Sturm-333“), in: А.И. Андогский, Ю.И. Дроздов, В.Н. Курилов, С.Г. Бахтурин: Афган, снова Афган... (A.I. Andogskij, J.I. Drozdow, W.N. Kurilow, S.G. Bachturin: Afghan, immer wieder Afghan...), а.а.О., S. 50

dung über die Entsendung eines motorisierten Schützenbataillons des KGB nach Kabul wurde am 8.12.1979 von Verteidigungsminister Marschall Ustinow, Außenminister Gromyko, dem Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit Andropow, dem Ideologiesekretär Suslow und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU Breschnew auf der Grundlage einer einseitigen Einschätzung von Vertretern des KGB entschieden, ohne dass Amin entsprechend seines Ersuchens angehört wurde. Die von Militärberatern (u.A. von General Zaplatin, der seit 1978 in Afghanistan im Einsatz war) vorgebrachten Warnungen, dass die UdSSR durch die Entsendung von Truppen in den sich dadurch noch weiter aufheizenden innerafghanischen Bürgerkrieg hinein gezogen würden, wurden nicht beachtet resp. erst zu spät zur Kenntnis genommen.¹

Diese schwerwiegende Entscheidung war Resultat heftiger Auseinandersetzungen. Auf der Politbürositzung vom 17.-19.3.1979 vertraten Andropow, Gromyko und Ustinow den Standpunkt, dass es angesichts mangelnder Unterstützung der Aprilrevolution, des Überganges ganzer Divisionen auf die Seite der Gegner und sich häufender linksradikaler Provokationen unmöglich sei, mit bewaffneten Kräften einzugreifen. Es war absehbar, dass die UdSSR in die Rolle eines Aggressors geraten würde.² Nach mehrfacher Überprüfung verschiedener Möglichkeiten zur Ablösung des Amin-Regimes³ wurde deutlich, dass nicht länger gezögert werden konnte. Dazu kamen Berichte der Aufklärung über Pläne zur Errichtung eines neuen großosmanischen Imperiums unter Einschluss der mittelasiatischen Sowjetrepubliken.⁴ Angesichts der Verschiebungen geopolitischer Machtstrukturen, die mit der islamischen Revolution im Iran, der Zuspitzung militärischer Kämpfe zwischen Vietnam, Kambodscha und China, der Annäherung zwischen den USA und China, der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa und der nicht mehr kalkulierbaren Entwicklung in Afghanistan ging es um die Bedrohung lebenswichtiger Interessen.

Es war durchaus nicht nur die Bestätigung einer schon längere Zeit bestehenden Vermutung, dass es zwischen Amin und dem CIA seit seines Studiums Beziehungen gab, die dabei von letztlich ausschlaggebender Bedeutung war.⁵ Hier war eine Situation entstanden, in der auch und gerade angesichts der damit verbundenen Konsequenzen gehandelt werden musste. Dass dieses Vorhaben durchaus noch andere, viel weiter reichende Wirkungen haben könnte, wurde damals nicht bedacht. Hippler

¹ Л. Млечин: Особая папка: Знаменитые самоубийцы, (L. Mletschin: Die besondere Akte: Berühmte Selbstmörder), a.a.O., S. 183ff

² Б.В. Громов: Ограниченный контингент (B.W. Gromow: Begrenztes Kontingent), Moskau 1994, S. 41, 43 und 51

³ С. Бахтурин: Так это было ... (S. Bachturin: So war das ...) in: А.И.Андогский, Ю.И. Дроздов, В.Н. Курилов, С.Г. Бахтурин: Афган, снова Афган... (A.I. Andogskij, J.I. Drozdow, W.N. Kurilow, S.G. Bachturin: Afghan, immer wieder Afghan...), a.a.O., S. 323

⁴ А.А. Ляховский in: Ю. Дроздов «Шторм-333» (Ljachowski in: J. Drozdow: ‚Sturm-333‘), in: А.И.Андогский, Ю.И. Дроздов, В.Н. Курилов, С.Г. Бахтурин: Афган, снова Афган... (A.I. Andogskij, J.I. Drozdow, W.N. Kurilow, S.G. Bachturin: Afghan, immer wieder Afghan...), a.a.O., S. 37 und С.Л.Рогоза, Н.Б. Ачкасов: Засекреченные войны 1950-2000 гг. (S.L. Rogoza, N.B. Atschkasow: Geheimgehaltene Kriege 1950-2000), a.a.O., S. 344

⁵ Р. Медведев: Юрий Андропов: неизвестное об известном (Jurij Andropow: Unbekanntes über einen Bekannten), a.a.O., S. 262 und 265

verweist darauf, dass die Mudschaheddin schon „während ihres angeblich ‚Heiligen Krieges‘ an zwei Fronten kämpften: einerseits leisteten sie Widerstand gegen die sowjetischen Truppen und die Regierung der PDPA, andererseits befanden sie sich in einem dauerhaften Krieg untereinander, der zum Teil um die Hegemonie im eigenen Lager, zum Teil um handfeste materielle Vorteile geführt wurde, wie etwa die Kontrolle der Opiumproduktion in der Provinz Helmand. Die Brutalität und Grausamkeit der Mudschaheddin stand der ihrer Gegner in nichts nach. Anschläge auf Zivilisten mit Dutzenden von Toten, Abschüsse von Zivilflugzeugen, Massenerschießung von Gefangenen, Heroinhandel im großen Stil, Folter und andere Methoden der Konflikt-austragung waren immer an der Tagesordnung.“¹

Aber offensichtlich waren sich die Beteiligten an dem sich hier entwickelnden Stellvertreterkrieges der Konsequenzen der eskalierender Auseinandersetzung durchaus bewusst: In einer Region, die allein durch die unmittelbare Nachbarschaft zur Sowjetunion, China, Indien und Pakistan von strategischer Bedeutung war, ging es nicht zuletzt auch um den Zugriff zu den strategisch langfristig entwicklungsbestimmenden Rohstoffreserven. Für die USA ergab sich eine außerordentlich vorteilhafte Gelegenheit, die UdSSR in einen lang anhaltenden Krieg hineinzuziehen, dessen politische und wirtschaftliche Folgen noch schwerwiegender sein würden als die Niederlage der USA in Vietnam. Durch die Verfolgung und Liquidierung der demokratischen Kräfte an der Südostflanke der UdSSR wurde die Führung der Sowjetunion von den Strategen des Pentagon vor die Wahl gestellt, entweder eine mit der Liquidierung der sozialistischen Regierung in Chile vergleichbare Niederlage in unmittelbarer Nachbarschaft ohne Gegenwehr hinzunehmen oder in eine militärische Konfrontation unvorhersehbaren Ausmaßes hineingezogen zu werden. Nach Abstimmung zwischen dem Vorsitzenden des KGB Andropow, Marschall Ustinow und Marschall Ogarkow wurde ein (nicht unterzeichneter!²) Befehl zum Einsatz der speziell für die Durchführung von Diversionsakten ausgebildeten Sondereinheiten des KGB ‚Зенит‘ (Kommandeur Major Romanow), ‚Гром‘ (Kommandeur Major Semjonow)³ und ‚Альфа‘ sowie eines verstärkten motorisierten Schützenbataillons aus Tadshikistan erteilt. In den Abendstunden des 27. Dezember wurden die Nachrichtenverbindungen der afghanischen Streitkräfte unterbrochen, die Wachen an den Zugängen zum Palast Amins und zum Verteidigungsministerium ‚ausgeschaltet‘ und – nach einer Vergiftung Amins - dessen Palast gestürmt. Dabei wurden Amin, Angehörige seiner Wache und seiner Familie erschossen.⁴ In dem ungleichen Kampf fiel eine größere Anzahl afghanischer Offiziere und Soldaten dem Überraschungsmoment zum Opfer. Zeitgleich begann der massierte Einmarsch größerer Verbände sowjetischer Streitkräfte. Am Flughafen

¹ J. Hippler: Afghanistan: Von der Volksdemokratie bis zur Herrschaft der Taliban, http://www.jochen-hippler.de/Aufsätze/Afghanistan__Von_der__Volksdem/afghanistan__von_der__volksdem.html

² Ю. Дроздов: «Штурм-333» (J. Drozdow: ‚Sturm-333‘), in: А.И.Андогский, Ю.И. Дроздов, В.Н. Курилов, С.Г. Бахтурин: Афган, снова Афган... (А.И. Andogskij, J.I. Drozdow, W.N. Kurilow, S.G. Bachturin: Afghan, immer wieder Afghan...), а.а.О., S. 75

³ А.А. Ляховский in: Ю. Дроздов: «Штурм-333» (Ljachowski in: J. Drozdow: ‚Sturm-333‘), in: А.И. Андогский, Ю.И. Дроздов, В.Н. Курилов, С.Г. Бахтурин: Афган, снова Афган... (А.И. Andogskij, J.I. Drozdow, W.N. Kurilow, S.G. Bachturin: Afghan, immer wieder Afghan...), а.а.О., S. 50

⁴ ebenda S. 52ff

Kabul landeten Transportmaschinen vom Typ IL-76 im 30-40 Sekunden Intervall. In einer anderen Darstellung ist von einer Gruppe ‚Oktava‘ die Rede, die einschließlich ihres Kommandeurs, eines Oberst Bojarinow nach ihrem Einsatz in afghanischen Uniformen von der Gruppe Alpha bis auf den letzten Mann erschossen wurden... Was von diesen Angaben zu halten ist, bleibt unklar. Auf jeden Fall stimmen sie nicht mit der Darstellung der Ereignisse überein, die von denen gegeben wurde, die am Sturm auf den Palast Amins beteiligt waren.

Am 27. Dezember rückten sowjetische Streitkräfte mit 50.000 Mann in Afghanistan ein. Kabul, Herat und Bagram wurden auf dem Landweg und mit Luftlandeeinheiten besetzt. Aber ursprünglich war überhaupt nicht beabsichtigt, in die bewaffneten Auseinandersetzungen einzugreifen. An den Grenzen zu Pakistan und zum Iran sowie in den größeren Städten sollten Garnisonen eingerichtet werden, deren Auftrag es war, die Infiltration von Waffen, Munition und anderem militärischen Gerät zu unterbinden.¹ Der Januar 1980 verlief vorerst ruhig. Im Februar ging die Phase der Dislozierung der sowjetischen Garnisonen in eine bis April 1985 dauernde Phase aktiver Kämpfe über. Die Anwesenheit sowjetischer Streitkräfte führte nicht nur nicht zur Beruhigung der Lage. Statt dessen sahen sie sich mit den jetzt erst wieder neu aufzubauenden Regierungstreitkräften gezwungen, sich gegen die mittlerweile immer öfter und in größerer Zahl übergelaufenen Einheiten der afghanischen Armee, gegen schlecht bewaffnete aber in diesem Terrain durchaus ernst zu nehmende Privatarmeen von Stammesfürsten und gegen die Partisanentaktik der aus Pakistan und aus dem Iran unterstützten Mudschaheddin zu verteidigen.

Auch die mit der Regierung Babrak Karmals verbundene Erwartungen erfüllten sich nicht: Die Beziehungen zwischen den verschiedenen Stammesgruppen hatten nur sehr wenig mit den politischen Auseinandersetzungen in Kabul und den wenigen größeren Städten zu tun. Und auch hier gab es so gut wie keine Beziehungen zwischen Handwerkern, der zerstrittenen Intelligenz und den zumeist aus dem Stammesadel stammenden Offizieren der Armee. Außer wenigen Beschäftigten in den eben erst errichteten staatlichen Fabriken gab es keine Arbeiterklasse. Der überwiegende Teil der Bevölkerung hatte keine Beziehungen zu den Zielen der Aprilrevolution – die ihrer Mehrheit analphabetische bäuerliche Bevölkerung verstand gar nicht, was das sollte. Und viele von denen, die mit der Aprilrevolution neue Hoffnungen auf demokratische Ziele verbunden hatten, wurden durch Amins Regime auf das schlimmste enttäuscht. In dieser Situation wirkte die Invasion der mit diesen Verhältnissen nicht vertrauten sowjetischen Militärs für das einzige, alle Afghanen traditionell verbindende Moment des Kampfes gegen jeden Aggressor wie eine Initialzündung.

1983 waren die sowjetischen Streitkräfte bereits fünf Jahre in Afghanistan. Im Verlaufe dieser Zeit hatte sich der Charakter dieses Einsatzes ‚eines begrenzten Kontingentes‘ mehrfach gründlich verändert: Schon im März 1980 gab es heftige Kämpfe zwischen Einheiten der sowjetischen Streitkräfte, zu den Mudschaheddin übergetre-

¹ С.Л. Рогоза, Н.Б. Ачкасов: Засекреченные войны 1950-2000 гг. (S.L. Rogoza, N.B. Atschkasow: Geheimgehaltene Kriege 1950-2000), а.а.О., S. 346f

tenen afghanischen Verbänden und den Mudschaheddin. Der Aufbau der afghanischen Armee nicht die erwarteten Fortschritte: Nach ihrer Einberufung desertierten immer wieder größere Gruppen. Wer sich da auf wen verlassen konnte – diese Frage musste bei jedem Einsatz aufs Neue beantwortet werden. Auch bei der Ausrüstung und in der taktischen Orientierung der sowjetischen Einheiten traten neue Probleme zutage: In vorwiegend gebirgigem Gelände mit engen Pässen, schmalen Pfaden und unübersehbaren Felsvorhängen boten Panzer und Militärkolonnen für die aus natürlicher Deckung angreifenden Mudschaheddin hervorragende Ziele. Dabei stellte sich ein schwerwiegender technischer Mangel heraus: Die Artilleriebewaffnung der Panzer und der Schützenpanzerwagen war für das, im Kampf im Gebirge immer wieder notwendige, Schießen in den oberen Winkelgruppen nicht eingerichtet.

Im Resultat ohnehin nur oberflächlicher Vorstellungen von diesem Kriegsschauplatz war es nicht gelungen, die aktiven Truppenoffiziere auf Bedingungen des Kampfes mit Partisanenverbänden einzustellen. Zwar kannte man die Erfahrungen eigener Partisanen aus dem Großen Vaterländischen Krieg – aber hier ging es obendrein um ganz verschiedene Völker, um Stammesunterschiede, um verschiedene Lebensweisen, von denen kaum jemand eine realistische Vorstellung hatte. Sie sahen sich mit Menschen konfrontiert, von deren Kultur, Tradition, Religion und Sprache oft nur wenige Spezialisten etwas wussten. Noch schwieriger war dies für die aus der Arbeit im ‚zivilen Sektor‘ mobilisierten Reservisten. Viele von diesen wussten nicht einmal, wozu sie einberufen wurden. Die Folge waren hohe Verluste im Kampf gegen Partisangruppen, die eben so schnell und spurlos, wie sie aus den Dörfern auftauchten, dort wieder in der Bevölkerung untertauchten. Aus vereinzelt operierenden Freischärlergruppen entstanden größere Verbände, die den sowjetischen Soldaten trotz hoher eigener Verluste auch durch den Einsatz schwerer Waffen erhebliche Verluste zufügten. Ein nicht geringer Teil dieser Ausrüstung wurde von desertierten afghanischen Soldaten mitgebracht aber auch von sympathisierenden Offizieren der Regierungsarmee und von korrupten Angehörigen der sowjetischen Armee verkauft.

Die schwersten Kämpfe gab es 1983-84. Jetzt organisierten sich auf Seite des Gegners ‚islamistische Regimenter‘, die in schwer zugänglichen Gebirgszonen tief gestaffelte Verteidigungssysteme und Bunkersysteme zum Ausgangspunkt ihrer Angriffe nutzten. In vielen Dörfern gab es kaum noch Einwohner: Fast alle waren in den pakistanischen Flüchtlingslagern oder bei den Mudschaheddin. Versuche, das Land mit militärischen Mitteln unter Kontrolle zu bringen, war gescheitert, weil mit der Vertreibung von Aufständischen aus den Dörfern auch unter der Zivilbevölkerung immer häufiger Opfer zu beklagen waren. Immer öfter sahen sich Offiziere und Mannschaften der sowjetischen Streitkräfte mit der demoralisierenden Tatsache konfrontiert, dass die Opfer dieses Krieges auf der eigenen Seite, in der afghanischen Zivilbevölkerung und auf der Seite des Gegners weder durch den ursprünglichen Auftrag noch durch dessen unaufhaltsam fortschreitende Umwandlung in ein eskalierendes Morden zu rechtfertigen waren. Der Verkauf von Ausrüstungen, Waffen und Munition

hatte Ausmaße angenommen, die bis in die Kommandospitzen der sowjetischen und der afghanischen Armee reichten.¹

Der Versuch, den Kommandounternehmen der Mudschaheddin im Stile des zweiten Weltkrieges mit konzentriertem Panzer- und Artillerieeinsatz beizukommen, war gescheitert. Dem konnte auch durch die fortschreitende Vergrößerung der Anzahl der zum Einsatz kommenden Truppen (1985 waren das bereits 105.000 Mann) kein Einhalt geboten werden. Auch die im April 1985 eingeleitete dritte Etappe, die Konzentration auf gemeinsame Operationen mit der afghanischen Volksarmee zur Sicherung von Städten und Kommunikationslinien scheiterte. Wirksamer war der Einsatz von Kommandounternehmen, mit denen bei Unterstützung von Kampfhubschraubern militärische Erfolge erzielt wurden. Dabei gab es hohe Verluste auf beiden Seiten - die Vorteile waren auf Seiten der sowjetischen Streitkräfte. Dazu kam, dass immer öfter Kampfhandlungen durchgeführt werden mussten, die auf Bitten der Kabuler Regierung an Moskau (unter Umgehung des sowjetischen Befehlshabers in Afghanistan) oder an die Vertreter des KGB bzw. des sowjetischen Innenministeriums in Kabul in Auftrag gegeben wurden. Gromov warf der afghanischen Regierung vor, dass die bei solchen Aktionen erreichten militärischen Erfolge nicht praktisch genutzt oder dauerhaft gesichert wurden. Er verurteilt ihren Führungs- und Lebensstil ohne auf die sowjetischen Berater dieser afghanischen Politiker einzugehen.²

Im Streit um das weitere Vorgehen in diesem längst sinnlos gewordenen Krieg schienen sich die Vertreter eines militärischen Erfolges durchzusetzen. Aber am 26. August 1986 - kurz vor Schließung der im Winter nicht mehr passierbaren Gebirgspässe - wurden die Raketen- und Munitionslager der achten Armee im Ergebnis einer durch einen einzigen Raketenangriff ausgelösten Kettenreaktion völlig vernichtet.³ Außer den hier lagernden 1.200 Waggonladungen Munition verbrannten über 200 neue Panzermotoren und andere Ersatzteile.⁴ Damit fehlten die materiellen Voraussetzungen zur Fortführung aktiver Kampfhandlungen. Dieser Verlust war auch mit einer weiteren Steigerung der ohnehin längst nicht mehr vertretbaren Aufwendungen verbunden. Mit den zu gleicher Zeit zum Einsatz kommenden amerikanischen Flugzeugabwehrraketen ‚Stinger‘ veränderten sich auch die Einsatzbedingungen für die Luftstreitkräfte. Eine militärische Lösung dieses Konfliktes – sofern es die überhaupt gegeben hatte - war damit endgültig ausgeschlossen.

Erst danach begannen im Januar 1987 Verhandlungen mit der Regierung Nadschibulla über den Rückzug der sowjetischen Streitkräfte. Nach mehrfach korrigierten Angaben zur Zahl der zu Tode gekommenen sowjetischen Militärangehörigen sind unter Einschluss der Grenztruppen und der Truppen des Ministeriums des Inneren

¹ nach: С.Л. Рогоза, Н.Б. Ачкасов: Засекреченные войны 1950-2000 гг. (S.L. Rogoza, N.B. Atschkasow: Geheimgehaltene Kriege 1950-2000), а.а.О., S. 371

² siehe: Zum Buch ‚Das begrenzte Kontingent‘ von Boris V. Gromov, unter: http://www.thans.de/ralph_site/texte/gromov_kritik.htm

³ П. Швейцер: Победа (P. Schweizer: Der Sieg), а.а.О., S. 221

⁴ С.Л. Рогоза, Н.Б. Ачкасов: Засекреченные войны 1950-2000 гг. (S.L. Rogoza, N.B. Atschkasow: Geheimgehaltene Kriege 1950-2000), а.а.О., S. 387

15.051 Mann, (12.726 Soldaten und Unteroffiziere, 2179 Offiziere und 4 Generäle) gefallen, 53.753 wurden verwundet oder erkrankten. 417 weitere Militärangehörige wurden vermisst oder gerieten in Gefangenschaft. Von den letzteren kehrten 130 zurück. Auf Seiten der Mudschaheddin kämpften 1982 etwa 40.000 Mann. Für 1988 wird eine Zahl von 150.000 genannt. Nach Einschätzungen aus Afghanistan fielen Im Gesamtzeitraum dieses Krieges – d.h. seit der Aprilrevolution bis heute – von einer Bevölkerung von etwa 24 Millionen mehr als eine Million Menschen.¹

In einer zusammenfassenden Einschätzung kommt Gromov zu folgendem Ergebnis: *„Neun Jahre des Krieges, Tausende umgekommene Soldaten und Offiziere, der Gram der Mütter, die unzählbaren Ausgaben für die Versorgung der afghanischen Bevölkerung und Entwicklung der Wirtschaft... Ist es nicht alles umsonst? Nein. Wie bitter es auch sein mag, doch heute müssen wir zugeben: Afghanistan wurde für viele, vor allem aber auch uns selbst zum deutlichsten Beispiel dafür, dass Methoden der Gewalt für die Lösung politischer Probleme perspektivlos sind. Die heutigen und zukünftigen Politiker, sollten meines Erachtens ständig daran denken, dass es zwischen einem Ziel und den Mitteln seiner Erreichung keinen Riss geben darf. Nur gegenseitiges Einvernehmen, nur Verhandlungen, nur die Erzielung von Kompromissen helfen, aus einer Sackgasse herauszukommen. Das ist der einzig wahrhaftige Weg bei der Lösung beliebiger, auf den ersten Blick schwieriger Probleme. Anderenfalls werden selbst die besten Absichten keine Garantie gegen das Anwachsen der Opfer von bewaffneten Konflikten sein. Das Ignorieren der afghanischen Erfahrungen der Regulierung innenpolitischer Probleme, beispielsweise durch die jetzigen Führer der ehemaligen Sowjetrepubliken, führte dazu, das allein 1992 im Ergebnis zwischennationaler Konflikte mehr als 150 000 unserer Landsleute ums Leben kamen. Das ist zehnmal mehr als während der neun Jahre des afghanischen Krieges! Die Entfesselung des afghanischen Krieges erwies sich als eine der unpopulärsten Entscheidungen der sowjetischen Regierung. Die militärische Einmischung in die afghanische Krise war der Grund für eine heftige Verurteilung der Außenpolitik der Sowjetunion seitens der internationalen Partner. Gleichzeitig ertönten immer häufiger die Stimmen des Protestes innerhalb des Landes. Schließlich war die sowjetische Regierung gezwungen, sich mit einem Truppenabzug aus Afghanistan einverstanden erklären, was seinerseits die zentrifugalen Tendenzen verstärkte. Der ungestüme Zerfall, zunächst des sozialistischen Lagers und schließlich, im Dezember 1991, auch der Sowjetunion - dies ist nur die Folge der tiefsten Krise, in der sich die Führung des Landes, ja und auch das gesamte System befand. Auf diese Weise erweist sich das politische Fiasko des afghanischen Unternehmens als eben jener Stein des Fundamentes, infolge dessen Verlustes das über siebzig Jahre gebaute Gebäude zusammenbrach.“*²

Parallel dazu entwickelten sich die globalen Auseinandersetzungen im Rahmen verschiedener Stellvertreterkriege aber auch auf dem Gebiet der strategischen Kernwaffen. 1982 wurde in den USA das Szenario eines ‚siegreichen‘ 6-Monate Atomwaf-

¹ ebenda S. 359 und 365

² nach: Zum Buch ‚Das begrenzte Kontingent‘ von Boris V. Gromov, unter: http://www.thans.de/ralph_site/texte/gromov_kritik.htm

fenkrieges gegen die UdSSR veröffentlicht. Die USA verfügten zu diesem Zeitpunkt über 9.500 nukleare Sprengköpfe, die UdSSR über 6.500: Beide Seiten waren in der Lage, nicht nur den jeweiligen Gegner, sondern die gesamte Erdoberfläche mehrfach hintereinander einem flächendeckenden Atomwaffenbombardement auszusetzen. Unter diesen Bedingungen war schon ein technischer Defekt, eine falsch interpretierte Radarmeldung oder das Versagen einer der autark agierenden strategischen Atom-Bomber- oder U-Boot-Besatzungen ausreichend, um eine atomare Katastrophe mit allen Konsequenzen bis hin zur Zerstörung des Lebens auszulösen.

Wer sich heute an die damalige Entwicklung des kalten Krieges erinnert, weiß vielleicht noch etwas von den heftigen Auseinandersetzungen um die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa, von den widersprüchlichen Nachrichten aus Afghanistan und von den in allen sozialistischen Staaten unternommenen Anstrengungen zum Abbau kaum noch bezahlbarer Kredite. Nur wenige wussten um die tatsächlichen Ausmaße der Probleme, die sich aus der Verstrickung der UdSSR in den sich immer weiter aufheizenden afghanischen Bürgerkrieg aus dem Rückstau längst nicht mehr regulierbarer Probleme in der Landwirtschaft, aus der unüberschaubar gewordenen Masse wissenschaftlich-technischer Defizite und daraus resultierenden Auswirkungen auf die ökonomische, die soziale und die politische Entwicklung dieses Riesenlandes ergaben. Im direkten militärischen Vergleich mit dem ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Hightech-Potential der USA und ihrer Verbündeten wurde sowohl in Afghanistan aber auch bei strategischen Waffen die existenzbedrohenden Ausmaße der Systemauseinandersetzung vor Augen geführt.

Befangen in den Stereotypen von Vorstellungen aus den vierziger und fünfziger Jahren war die überalterte Führung unter Brezhnev weder willens noch in der Lage, die Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und deren Konsequenzen für das militärische Kräfteverhältnis, die strategischen Grundlinien der industriellen Entwicklung und daraus resultierende ökonomische, soziale und politische Folgen einzukalkulieren. Schon seit Mitte der siebziger Jahre wurden die Probleme des akut instabilen Gesundheitszustandes dieser Führung nur noch durch rücksichtslose Konsequenz bei der Unterdrückung aller Versuche, dieses erstarrte Beziehungssystem zu überwinden und das Ausmaß der im Kampf um den Machterhalt inszenierten Intrigen übertroffen. Andropow - selbst Teil dieses Systems - kam auf Grund seines detaillierten Hintergrundwissens um das tatsächliche Ausmaß von Korruption und Verfall zu der Einsicht, dass ein grundlegend anderes Herangehen überfällig war. Aber er war als einer der Initiatoren der schwerwiegenden Fehlentscheidung über die Entsendung sowjetischer Streitkräfte nach Afghanistan nicht imstande, dieses Drama selbst zu beenden. Noch konnte er sich von den durch das Ausmaß der Vernichtungswirkung der ‚modernen‘ nuklearen Massenvernichtungswaffen längst überholten Vorstellungen von einer militärstrategischen Überlegenheit lösen...

Sein Kampf gegen den schier unaufhaltsam fortschreitenden gesellschaftlichen Verfall der Sowjetunion wurde mit Methoden geführt, die den eigentlichen Kern dieser antisozialistischen Erscheinungen nur peripher erfassen konnten. Zu groß war der

Widerstand, der gegen grundlegende Veränderungen in den Kreisen der Nomenklaturkader der Partei, der Ministerien, des Verwaltungsapparates und der UdSSR und der Unionsrepubliken mobilisiert wurde. Hier gab es ein ganzes Netz sich wechselseitig stabilisierender Beziehungen, das wirklich tief greifende Veränderungen allein schon wegen der damit verbundenen Konsequenzen für die Teilhabe an der politischen Macht und an privilegierten Versorgungssystemen, der Zuteilung von Datschen etc. unmöglich machte. Weiter gehende Konsequenz war mit der Gefahr verbunden, dass nicht nur der korrupte Filz der Nomenklatur, sondern die Partei als ganzes bedroht war. So war es in den nicht einmal 1^{1/2} Jahren seiner Amtszeit nicht möglich, die schon seit langem überfälligen grundlegenden Veränderungen durchzusetzen. Das Problem dieser Situation war also durchaus nicht nur dadurch geprägt, dass das, was an die Weite der Problemsicht der КЕПС und an die Leninsche Phase der politischen Entwicklung der UdSSR anknüpfen sollte von einem Mann in Angriff genommen wurde, dessen Gesundheitszustand dramatisch zuspitzte und sich Tag für Tag dramatisch verschlechterte. Am 9. 2.1984 starb Andropow im Alter von 69 Jahren.

KRIEGE IM KALTEN KRIEG – EINE CHRONOLOGIE V¹

- 1979 - im KKW Harrisburg kommt es (USA) zu einem schweren Störfall;
 - Befreiungskrieg gegen die Somoza-Diktatur in Nicaragua;
 - Bürgerkrieg in El Salvador;
 - Militärputsch in Bolivien;
 - im Libanon Kämpfe zwischen christlichen Milizen und Arabern;
 - Südafrika bestreitet, eine von Israel unterstützte Kernwaffenexplosion durchgeführt zu haben;
 - mit Hilfe der vietnamesischen Volksarmee wird das von China gestützte Pol Pot Regime gestürzt, dem von 1975-79 ~ 4 Mio. Menschen zum Opfer fielen;
 - China greift auf breiter Front Vietnam an, um ihm ‚eine Lektion zu erteilen‘..;
 - nach dem Sturz des Schah-Regimes kehrt Ayatollah Khomeini in den Iran zurück;
 - im Verlauf der iranischen Revolution werden von Revolutionsgerichten 519 Hinrichtungen vollzogen, insgesamt wurden 60.000 Opfer der Revolution angegeben;
- 1982 - US-Multinational Force: Libanon, 25.08.1982 bis 11.12.1987 - unter den Augen der israelischen Armee führen christliche Milizen ein Massaker an in libanesischen Flüchtlingslagern lebenden Palästinenser durch;
 - In den USA wird das Szenario eines ‚siegreichen‘ 6-Monate Atomwaffenkrieges gegen die UdSSR veröffentlicht;
 - die USA schlagen die Verminderung der atomaren Sprengköpfe auf je 5.000 vor;
 - Bürgerkrieg in Guatemala;
 - Militärputsche in Guatemala und Obervolta;
 - Grenzkrieg zwischen Somalia und Äthiopien;
 - in Uganda Umsturzversuch;
 - Falklandkrieg zwischen Argentinien und Großbritannien;
- 1983 - allein im März werden bewaffnete Konflikte zwischen 45 Staaten gezählt;
 - die USA erproben erstmals Laserwaffen gegen Raketen;
 - Bürgerkrieg im Libanon - Israel und Syrien verstärken Truppenkontingente;

¹ zusammengestellt nach: Liste der Kriege und Schlachten im 20. und 21. Jahrhundert, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Kriege_und_Schlachten_im_20._und_21._Jahrhundert, und: Wie viele Kriege hat die USA nach Beendigung des 2. Weltkriegs bereits geführt?, unter: [http:// www. terra-kurier.de/US-Kriege.htm](http://www.terra-kurier.de/US-Kriege.htm)

- Im Raum Sachalin kommen 269 Personen beim Abschuss einer südkoreanischen Zivilmaschine um, die vom CIA zu Spionagezwecken fehlgeleitet wurde;
 - beim Überfall palästinensischer Selbstmordattentäter auf US- und französischer Interventionstruppen im Libanon kommen 280 Menschen um;
 - bürgerkriegsartige Kämpfe zwischen konkurrierenden Palästinensern in Tunis;
 - Operation ‚Urgent Fury‘: Grenada, 23.10.1983 bis 21.11.1983 - in Grenada wird Ministerpräsident Bishop gestürzt, daraufhin Intervention der USA;
- 1984
- Die USA bereiten eine weltraumgestützte Abwehr von Raketen vor (SDI);
 - Die UdSSR beantwortet die Stationierung von US-Raketen in Europa mit der Stationierung von SS-20 Raketen in der DDR und der CSSR;
 - Der CIA vermint Nicaraguanische Häfen;
 - die multinationale Truppe aus USA, Frankreich, Großbritannien und Italien wird aus dem Libanon abgezogen;
 - Indonesien unterdrückt gewaltsam Unabhängigkeitsbestrebungen in Ost-Timor;
 - Bürgerkrieg zwischen Singhalesen und Tamilen in Sri Lanka;
- 1985
- Israel greift das Hauptquartier der PLO in Tunis mit seiner Luftwaffe an;
 - in Uganda wird das Regime Idi Amin von Offizieren gestürzt;
 - Ende der Militärdiktaturen in Argentinien, Brasilien und Uruguay;
- Die Systemauseinandersetzung zwischen USA, NATO und der UdSSR und Warschauer Vertrag gerät mit den militärischen Auseinandersetzungen in Afghanistan, Angola, Äthiopien, Kambodscha und Nicaragua und der Zuspitzung des Konfliktes um atomare Hochrüstung und Raketenabwehrsysteme außer Kontrolle..;

VII REVOLUTION - KONTERREVOLUTION - STRATEGIEWANDEL III: PERESTROIKA UND KONTERREVOLUTION

Wer sich etwas gründlicher mit der Frage beschäftigt wie und warum wer zum Generalsekretäre der KPdSU auserkoren wurde, stößt nicht nur auf eine Vielzahl von Banalitäten. Denn hinter der Art und Weise, in der die Bewertung bestimmter Charaktereigenschaften letztlich zu einer anscheinend unbegrenzten Macht führte, standen nicht nur die konkurrierenden Interessen einzelner Personen, sondern mehr oder weniger große aber allzumal äußerst einflussreiche Gruppierungen: Da waren nicht ‚nur‘ Verteidigungsministerium und Generalität, das Komitee für Staatssicherheit, das Innen- und das Außenministerium. Dazu gehörten immer auch die ‚Minister für allgemeinen Maschinenbau‘, die von diesen vertretenen Interessen der über das ganze Land verstreuten ‚Schließfachbetriebe‘, die auf keiner Landkarte ausgewiesenen geheimen Städte und Siedlungen, die dort lebenden und arbeitenden Wissenschaftler, Ingenieure und Arbeiter der Rüstungsindustrie. Ein wesentliches Detail dieses Ganzen waren die besonderen Versorgungssysteme, durch die sowohl die Mitarbeiter des Parteiapparates und der Staatsorgane, Armee- und Milizangehörige und alle, die damit etwas zu tun hatten, Zugang zu Waren hatten, die im öffentlichen Angebot nicht zu sehen waren. Das setzte sich in den hierarchischen Strukturen der Unions- und der autonomen Republiken, in den Gebiets- und Rayonleitungen der Partei und der Sowjets fort.

Wer sich in diesem Beziehungsgefüge nach oben durcharbeiten wollte, brauchte die Unterstützung derer, deren Interessen unmittelbar oder mittelbar davon betroffen waren. Ohne diese Hintergründe der politischen Macht können weder die Auseinandersetzungen um Stalins Nachfolge noch die Ausschaltung Berijas, weder die Konflikte zwischen Chruschtschow, Molotow, Bulganin und Kaganowitsch noch deren Ablösung, weder die Übernahme und die bis zur Handlungsunfähigkeit andauernde Macht Breschnjews oder die Rolle Andropows und Tschernenkows verstanden werden. Diese spezifisch russische Art der Verselbständigung der politischen Zentralgewalt ist auch in historischer Parallele zu dem widersprüchlichen Verhältnis zwischen Zaren und Bojaren, zu den Opritschniki und sich regelmäßig wiederholenden gewaltsamen Veränderungen an der Spitze der Zentralgewalt zu verstehen: Von den Verschiebungen im Machtgefüge waren nicht nur die einflussreichen Ministerien (KGB, Innen- und Verteidigungsministerium, Rüstungs- und Atomindustrie) sondern auch die Leitungsspitzen der Unionsrepubliken und der größeren Gebietsleitung betroffen. Um welche Dimensionen es dabei ging, wird etwas besser verständlich, wenn man sich vor Augen führt, wie das im Prozess der ‚Perestroika‘ bewusst wurde: *„Die Intelligenz, die Arbeiter und Bauern wurden in diesen Prozess hineingezogen. Aber da ist zu beachten, dass es auch noch 18 Millionen Angestellte und deren Familienangehörigen gibt. Das sind 60 Millionen, die sich um ihren Futtertrog sorgen.“*¹

¹ siehe: В политбюро ЦК КПСС, по записям Анатолия Черняева, Вадима Медведева, Георги Щахназарова (1985-1991), (Im Politbüro des ZK der KPdSU, nach Aufzeichnungen Anatoli Tschernjajewas, Wadim Medwedjews, Georgi Schachnazarows [1985-1991]), Moskau 2006, S. 194

In den Herausforderungen, mit denen der neue Generalsekretär konfrontiert war, war dies nur ein Moment. Von Anbeginn stand fest, dass diese Erwartungen angesichts einer immer größer werdenden Vielzahl von teilweise über Jahrzehnte aufgelaufenen Problemen kaum zu erfüllen waren. Aber der Start schien gelungen: Die mit dem Namen Tschernenkos verbundene Lähmung wurde zum Ausgangspunkt einer in euphorische Begeisterung umkippenden Grundstimmung: Dass es so nicht weiter gehen konnte, war allen bewusst. Jetzt schien der Moment gekommen, wo der sozialistischen Entwicklung ein ‚zweites Leben‘ gegeben wurde. Nach der nicht abreißen- den Serie von Beerdigungen wurde diese optimistische Grundorientierung nicht nur in der UdSSR mit Begeisterung aufgegriffen.

1985 - VOLKSWIRTSCHAFTLICHE UND MILITÄRISCHE HINTERGRÜNDE

Der Start war vielversprechend. Im Politbüro wurde beschlossen, dass mit der Bildungsreform Maßnahmen zur Überwindung des ‚Computer-Analphabetismus‘, Grundlagen von Informatik und Rechentechnik sollten Voraussetzungen für die schnelle Einführung dieser Technik zu schaffen seien.¹ Auf der ZK-Tagung zu Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts war man sich einig: Der Maschinenbau sollte die entscheidende Rolle spielen. Aber nicht nur der Zustand des zivilen Maschinenbaus war *„gelingend gesagt schäbig. Hier gab es keine intellektuellen, wissenschaftlichen und experimentellen Grundlagen“*. Problematischer waren Rückstände in der Mikroelektronik, bei der Programmierung und in der praktischen Umsetzung solcher Lösungen, die es in den Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen der Akademie und der Hochschulen bereits gab. Unter diesen Umständen konnte auch eine Steigerung der Investitionen um das 1,8-fache nur wenig bewirken.² Und die Türen zum MIK blieben unter dem Siegel der militärischen Geheimhaltung verschlossen. Ein schneller Erfolg war so nicht zu haben. Ryshkow registrierte, wie sich ‚Prioritäten‘ veränderten: Im Juni 1985 wurde die Wirtschaftspolitik auf den Maschinenbau konzentriert.³ Wenig später wurden in Dnepropetrowsk Elektronik, Elektrotechnik und Biotechnologie als die zentralen Schwerpunkte benannt, ohne dass es dazu eine Auseinandersetzung gegeben hatte und im September kam mit der *„komplexen Entwicklung der Erdöl- und Erdgasindustrie“* eine weitere ‚Priorität‘ hinzu.⁴ Was eben noch eine sachlich begründete Orientierung auf die Schlüsselprobleme der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zu sein schien, verwandelte sich in eine austauschbar-belanglose Flut großer Worte.

Dazu kam, dass das Ausmaß der Verselbständigung des MIK in der UdSSR erst in Reykjavik in seinem ganzen Umfang zur Kenntnis wurde. Erst im Dezember 1986 wurde Gorbatschow mit Zahlen vertraut gemacht, die von den Militärs selbst vor dem

¹ siehe: В политбюро ЦК КПСС, (Im Politbüro des ZK der KPdSU), Известия 30.3.1985, S. 1

² Н. Рыжков: Перестройка: История предательства (N. Ryshkow: Die Perestroika - Geschichte eines Verrates), Москва 1992, S. 90

³ М. Горбачев: Die Grundfragen der Wirtschaftspolitik der Partei, in: М. Горбачев: Reden und Aufsätze zu Glasnost und Perestroika, Moskau 1989, S. 54ff, siehe auch: М. Горбачев: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 326

⁴ Н. Рыжков: Перестройка: История предательства (N. Ryshkow: Die Perestroika - Geschichte eines Verrates), а.а.О., S. 90

ZK der KPdSU geheim gehalten wurden. Nach Angaben des SIPRI verfügte die UdSSR mit 45.000 einsatzbereiten Kernwaffen über 40% mehr als die 24.000, die in der USA bereit standen. Nur bei Flugzeugträgern, schweren Bombern und kernwaffenbestückten Kreuzern waren die USA der UdSSR überlegen. Bei einigen strategischen und taktischen Kernwaffen, bei erdgestützten Interkontinentalraketen, bei Panzern und vielen anderen Waffen verfügte die UdSSR über eine größere Zahl, als alle anderen Staaten der Welt. Auch beim Waffenhandel hatte die UdSSR mit einem Umsatz von umgerechnet 30 Mrd. US-\$ eine führende Position inne.

1. Vergleich des Kräfteverhältnisses der Streitkräfte (in 1.000 Personen)			
	Warschauer Vertrag	Kräfteverhältnis	NATO
Leitungskräfte, Generalstäbe Ministerien	30,2	1 : 1,6	49,47
Landstreitkräfte	1.823,5	1 : 1,2	2.115,36
Luftabwehr	550,5	4 : 1	137,70
Luftstreitkräfte	425,1	1 : 1,1	482,30
Seestreitkräfte	338,0	1 : 2,0	685,00
Aufklärung, Nachrichten, Hochschulen u.a.	225,4	2,3 : 1	96,90
Rückwärtige Dienste	146,3	1,7 : 1	87,50
Territorialverteidigung	34,1	5,7 : 1	6,00
Gesamtzahl der Streitkräfte in Europa und in europäischen Gewässern	3.573,1	1 : 1 1,1 : 1	3.660,2
2. Vergleich des Kräfteverhältnisses bei verschiedenen Waffen			
Kampfflugzeuge der Luftwaffe, der Luftabwehr und der Seestreitkräfte	7.876	1,1 : 1	7.130
Taktische Kampfflugzeuge	5.355	1 : 1	5.450
Abfangjäger	1.829	36 : 1	50
Flugzeuge d. Seestreitkräfte	692	1 : 2,4	1.630
Kampfhubschrauber	2.785	1 : 1,9	5.270
Raketenstartrampen	1.608	11,8 : 1	136
Panzer	59.470	1,9 : 1	30.690
Panzerabwehrraketen	11.465	1 : 1,6	18.070
Panzerwagen	70.330	1,5 : 1	46.900
Raketenwerfer	71.560	1,3 : 1	57.060
U-Boote (ohne strategische)	228	1,1 : 1	200
Davon Atom-U-Boote	80	1 : 1	76
Große Überwasserschiffe	102	1 : 5	499
Darunter Flugzeugträger	2	1 : 7,5	15
Schiffe m. Flügelraketen	23	1 : 11,9	274
Landeschiffe	24	1 : 3,5	84

Tab. 5: Übersicht zur Darstellung des militärischen Kräfteverhältnisses des Warschauer Vertragsstaaten und der NATO¹

Führt man sich vor Augen, dass die ‚Überlegenheit‘ bei offensiv einsetzbaren Panzerverbänden schon – wie im israelisch-arabischen Krieg von 1967 praktisch bewiesen -

¹ nach: Заявление Комитета министров обороны государств-участников Варшавского Договора «О соотношении численности вооруженных сил и вооружений Организации Варшавского Договора и Североатлантического союза в Европе и прилегающих акваториях», (Erklärung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages „Über das Kräfteverhältnis der Streitkräfte und der Bewaffnung der Organisation des Warschauer Vertrages und des Nordatlantikpaktes in Europa und angrenzenden Gewässern“) Правда 30.1.1989, S. 5

durch den Einsatz von Panzerabwehrraketen kompensiert werden konnte, bleiben nicht nur die Fragen offen, was vom Kampfwert der Streitkräfte nach einem ersten atomaren Schlagabtausch überhaupt noch verfügbar sein konnte, welche der eben noch als strategisch wichtigen Einheiten unter diesen Bedingungen wie lange noch als ‚einsatzbereit‘ eingestuft werden könnte, wo und wie lange also ein Handlungsraum bleiben konnte. Wenn aber in solche Rechnungen auch noch das Ausmaß der Zerstörungen einbezogen wird, die nach einem ersten atomaren Schlagabtausch zu gewärtigen sind, wird die Frage nach dann noch verbleibenden militärischen Möglichkeiten absurd: Unter den Bedingungen eines Raketenkernwaffenkrieges werden derlei Überlegungen gegenstandslos. Nur scheinbar verlagert sich mit flächendeckendem Einsatz dieser Waffen die Ebene der noch verbleibenden Handlungsmöglichkeiten auf das Niveau der strategischen Raketenstreitkräfte.

Aber angesichts des unter diesen Bedingungen zu gewärtigenden Ausmaßes, der Art und Weise und der Intensität von Zerstörungen in den Ballungszentren, des Zusammenbruchs aller Versorgungssysteme (Energie, Transport und Verkehrswesen, der Telefon- und Nachrichtendienste), der medizinischen Versorgung nicht mehr fassbarer Zahlen von Toten, radioaktiver Verseuchung, Schwerstverletzter, für die es keine Hilfe gibt – in diesem Stadium kann Frage, was da noch zu ‚verteidigen‘ war, nicht mehr beantwortet werden.

Mit der mit Atom- und Wasserstoffbomben, interkontinentalen Raketen und Raketen mit Mehrfachsprengköpfen eingeleiteten technologischen Umwälzung des Militärwesens und der Strategien wurde die nur scheinbar präzise Logik aller in der Tradition des Clausewitzschen Denkens stehender strategischer militärischer und militärpolitischer Überlegungen ad absurdum geführt. Wer sich ernsthaft fragt, wie bewaffnete Einheiten, wie Panzer-, Luftwaffen- und Marineverbände unter diesen Bedingungen handeln sollten oder können, muss wissen, dass von diesen Einheiten spätestens nach dem zweiten Schlag nichts mehr verfügbar ist, dass Nachrichtenverbindungen infolge der von Atombombenexplosionen ausgelösten massiven elektromagnetischen Stosswellen zusammenbrachen, dass sowohl für die eigentlich zu verteidigende Zivilbevölkerung als auch für die in - eben noch als ‚kernwaffensicher‘ angesehenen - Bunkeranlagen untergebrachten höheren militärischen Stäben und politischen Führungszentren das Ende angebrochen wäre....

Das trifft auch den nachfolgenden Vergleich zur Darstellung der Eigendynamik des Rüstungswettlaufes beim Bau atomar getriebener U-Boote. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums wurden von 1955-1993 in der Sowjetunion bzw. in Russland 243, in den USA 179, in Großbritannien 24, in Frankreich 12 und in der VR China 6 Atom-U-Boote gebaut. Beteiligt waren daran in Leningrad die Produktionsvereinigungen ‚Rubin‘, ‚Malachit‘ und die Admiralitätswerft, in Gorki ‚Lazurit‘ und ‚Krasnoye Sormovo‘, in Komsomolsk am Amur das ‚Amur-Werk‘ und in Severodwinsk das weltgrößte Schiffsbauzentrum für atomgetriebene Schiffe. Sicher sind bei einem summarischen Vergleich damit verfügbarer, autark handelnder strategischer Waffensysteme das Datum der Indienststellung und der Ausmusterung, sind Havarien und

die Bewaffnung heranzuziehen. Nicht weniger wichtig sind Angaben über das industrielle Potentiale, das nicht nur den Bau und die Wartung sondern auch die Modernisierung laufender Serien sichern kann.¹

Mit dem Hinweis auf dieses relative Ungleichgewicht wurde das Militärbudget der US-Streitkräfte durch die Regierung Reagan erheblich vergrößert. Aber schon die beabsichtigte Vergrößerung der US-amerikanischen strategischen Bomberflotte, die Vorbereitung mobiler interkontinentaler und U-Boot-Raketen, die Vergrößerung der U-Boot-Flotte und der Einsatz von Flügelraketen diente sowjetischen Militärs zur Begründung von Antwortreaktionen. Aber das Bruttosozialprodukt der UdSSR lag bei 60%, die offiziellen Militärausgaben schwankten zwischen 12 bis 20% von dem der USA - im sowjetischen Staatshaushalt waren das 40-50%, in der USA 5-20%.² Eine derartige hohe, seit Beginn des Großen Vaterländischen Krieges nicht mehr abreißen- de Dauerbelastung der volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesse war mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Entwicklung der immer wieder in den Hintergrund tretenden Landwirtschaft, der Leichtindustrie und alle anderen Bereiche verbunden, die keine unmittelbare Bedeutung für die Verteidigungsindustrie hatten. Hier mussten Alternativen gefunden werden. Die Beibehaltung dieses Niveaus der sowjetischen Rüstungsausgaben war allein schon aus ökonomischen Gründen nicht mehr möglich.

Aber damit war das Spektrum der Probleme nicht annähernd erfasst, das bei der Entscheidung in dieser Frage zu bedenken war. Die sowjetischen Streitkräfte waren in Afghanistan an einem immer aufwendigeren und zunehmend verlustreichen Krieg beteiligt. Auch der Versuch, durch den Ausbau und die Unterstützung der afghanischen Armee die eigenen Streitkräfte aus den aktiven Kampfhandlungen zu lösen, war mit erheblichen Aufwendungen verbunden. Dazu kamen die Aufwendungen, die durch die Hilfe mit sowjetischer Militärtechnik und die Verluste beim Einsatz sowjetischer Spezialisten in den Kämpfen der mosambikanischen Frelimo und der angolesischen MPLA, in Somalia, Äthiopien sowie in anderen Krisengebieten sowie durch die Hilfe für Palästina entstanden. Trotz der Beteiligung kubanischer und anderer Kräfte und Mittel – der größte Anteil der aus Stellvertreterkriegen anfallenden Lasten konnte nur durch die UdSSR getragen werden. Schon die einfache Auflistung einiger militärpolitisch relevanter Ereignisse lässt erahnen, wie breit das Spektrum der Probleme war, deren anscheinend einfache Lösung immer auch mit schwerwiegendsten innenpolitischen und wirtschaftlichen Konsequenzen verbunden waren:

- 1986 - die USA überschreiten demonstrativ die im SALT 2 Vertrag vereinbarte Höchstgrenze atomarer Waffen;
- die USA bombardieren Libyen als ‚Vergeltungsschlag für Terrorakte‘;
- im Resultat heftiger Machtkämpfe zwischen rivalisierenden Gruppen kommen in Südjemen \approx 10.000 Menschen um;

¹ V. Marinin: Nuclear Submarine Construction in Russia, in: Military-Parade, Журнал военно-промышленного комплекса, March-April 1995, S. 114-119

² О. Гриневский: Перелом от Брежнева к Горбачеву, (O. Grinjewskij: Der Umbruch – von Breshnew zu Gorbatschow), Москва 2005, S, 523ff

Diese Hintergründe sollte man kennen, wenn man verstehen will, was es heißt, das auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU die „*neue technische Rekonstruktion der Volkswirtschaft*“ auf Grundlage „*der fortgeschrittensten technologischen Prozesse und flexibler Produktionssysteme*“ als wichtigste Orientierung der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes beschlossen wurde. Hier war von „*tiefgreifenden Strukturveränderungen in der Wirtschaft*“, von einer flexiblen und rechtzeitigen Umstellung, „*progressiven Veränderungen in Wissenschaft, Technik und Technologie*“ die „*den gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnissen entsprechen*“ müssen, die Rede. Im Zusammenhang mit notwendigen Schritten zur ‚weiteren‘ Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der Leitungssysteme und der Methoden der Wirtschaftsführung wurden wirtschaftliche Rechnungsführung und Preisbildung angesprochen.¹ Wer dies im Vergleich zu den, in den 70-er Jahre in der ČSR und in der DDR unternommenen Anstrengungen liest, erkennt die Folgen des Abbruchs der damals diskriminierten und letztendlich abgebrochenen Bemühungen um die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Zugleich kann nicht übersehen werden: Auch wenn dieses Programm zumindest jetzt ernsthaft in Angriff genommen worden wäre, hätten sich allein schon aus dem Abbau der in den große Produktionsvereinigungen der Rüstungsindustrie vorhandenen großzügigen Versorgungssysteme für die dort Beschäftigten weit reichende Konsequenzen ergeben. Schon deshalb stieß die Umstellung von der Herstellung der prestige- und privilegienträchtigen Entwicklung moderner Waffen auf landwirtschaftliche Maschinen, Ausrüstungen für den Maschinenbau und die zivile Industrie sowohl bei den Militärs als auch in der Bürokratie auf Ablehnung, Unverständnis und Widerstand.

1986 - DER IRRITIERENDE CHARME DER PERESTROIKA

Das wurde von vielen, die dies mit Aufmerksamkeit verfolgten, als ein Beispiel für die nun in Angriff zu nehmende Entwicklungsetappe verstanden. Im Zusammenwirken mit dem hohen Leistungsniveau der großen technischen Hochschulen, dem dort und in vielen Instituten konzentrierten Forschungskapazitäten und der einschlägigen Betriebe des MIK wurde ein Entwicklungsschub erhofft, der mit der Leistungsentwicklung in der Industrialisierungsphase vergleichbar gewesen wäre. Einschlägige Projekte gab es. Durch die engen Kontakte bei der Realisierung von Projekten der Raketentechnik, der Erforschung des Kosmos und bei der Entwicklung der verschiedensten Waffensysteme gab es auch gute Voraussetzungen für die Umstellung großer Unternehmen auf neue Fertigungsprofile. Aber die Realität sah anders aus. Aus dem Wissen um diese Probleme erklärt sich auch Erich Honeckers Zurückhaltung bei der Bewertung der vom XXVII. Parteitag erarbeiteten neuen Konzeption der KPdSU.²

Der widersprüchliche Verlauf dieser Phase wird durch den Besuch Gorbatschows zum XI. Parteitag der SED konterkariert. Dabei ging es viel weniger um die protokollari-

¹ siehe Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Angenommen vom XXVII. Parteitag der KPdSU, in: XXVII. Parteitag der KPdSU – Dokumente, Berlin 1986, S. 36ff

² W. Kotschemassow: Meine letzte Mission, Berlin 1994, S. 51

sche Seite dieser Angelegenheit: Aufschlussreicher ist der Inhalt und die Art und Weise der Kontakte, die hier entstanden und - zunächst - auch ausgebaut wurden. Schon auf dem Rückflug hatte Gorbatschow Botschafter Kotschemassow angerufen: *„Ich habe mich noch einmal davon überzeugt, wie wichtig es für uns ist, die DDR zu unterstützen und die Beziehungen mit ihr weiter auszubauen. Es gibt noch so viele ungenutzte Möglichkeiten in unserer Zusammenarbeit. Ich bitte dich, bereite einen umfangreichen Vorschlag über den Ausbau der Beziehungen zwischen unseren Ländern auf qualitativ neuem Niveau vor, alle Bereiche eingeschlossen, vor allem aber die Wirtschaft. Gehe so ernsthaft und kühn wie möglich heran. Je weitreichender diese Vorschläge, nicht einfach ausgedacht, sondern begründet und durchgearbeitet sein werden, desto besser. Ich wiederhole, wir müssen die Beziehungen mit der DDR auf ein qualitativ neues Niveau heben. Betrachte das als deine höchste Aufgabe.“* Der Botschafter beschrieb die Reaktion: *„Als Honecker von diesen Überlegungen erfuhr, war er einfach begeistert. Er erklärte mir, dass er dieses Vorhaben voll und ganz unterstütze und unverzüglich die nötigen Aufträge für die Ausarbeitung entsprechender Vorschläge seitens der DDR erteilen werde. Es begann eine spannende Arbeit.“*¹

Aber wer waren die, die angetreten waren, alles besser zu machen? Gorbatschow bestach durch demonstrative Unterschiede im persönlichen Auftreten: Er ging (zum Entsetzen seiner Personenschützer) auf dem Leningrader Newski-Prospekt in die dort versammelte Menge und fragte, wie denn Politik besser gemacht werden könne... Es war überraschend, dass es einen neuen ‚Gensek‘ gab, der auf der Straße erschien, ohne aufgeschriebene Rede in der Lage und auch noch verständlich sprach.² Aber in dem Vergleich, den Alexander Bowin anlässlich des Zusammentreffens einer vietnamesischen und einer sowjetischen Regierungsdelegation anstellte, wird deutlich, dass es nach Jahrzehnten einer bürokratisierten Verselbständigung der politischen Macht ein ganz anderes Problem gab: *„Unsere, das waren Angestellte, die in den Korridoren der Macht, im Labyrinth des Apparates groß geworden waren. Ihr Kommando – das waren ehemalige Untergrundkämpfer, ehemalige Politgefangene, die im Kriege erwachsen wurden.“*³ Solche persönlichkeitsprägenden Unterschiede gewannen im selben Maße entscheidenden Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Führungsgremien, in dem die offene Diskussion konträrer Standpunkte zu grundlegenden Fragen durch das Verbot einer ‚Fehlerdiskussion‘ ersetzt wurden.

Auch die mit ihm unmittelbar zusammenarbeitenden Mitglieder des Politbüros hatten den gleichen Eindruck: Worotnikow erinnert sich an die Manier Gorbatschows, ‚vertrauensvolle Gespräche‘ zu führen. *„So entstand die Illusion der Offenheit, aufrichtiger Beziehungen unter Genossen, des Bestrebens, sich zu beraten, die Meinung des Gesprächspartners zu erfahren. Ich befand mich lange in der Gefangenschaft dieser ‚Kameradschaft‘. .. Erst viel später habe ich begriffen, dass das nur die Imitation, der*

¹ ebenda S. 54

² Н. Рыжков: Перестройка: История предательства (N. Ryshkow: Die Perestroika - Geschichte eines Verrates), а.а.О., S. 91

³ А. Бовин: XX. век как жизнь - Воспоминания (A. Bowin: Das XX. Jahrhundert als Leben – Erinnerungen), Москва 2003, S. 132

*äußere Anschein von kameradschaftlichen Beziehungen und Freundschaft war.*¹ Ähnliche Beobachtungen stammen aus der Feder des Mannes, der Gorbatschow als Personenschützer zu begleiten hatte: *„Der Krieg gegen die - unter Breschnjew zum Standard gewordene - Schmeichelei und Liebedienerei war vergessen, als sich Michail Sergejewitsch Gorbatschow noch auf den Vorstufen zum Generalsekretär befand, jetzt nahm er Lobpreisungen als eine Selbstverständlichkeit entgegen.*² Die Erwartung, dass es für die aufgelaufenen Probleme Lösungen gebe, die sich dann doch irgendwie durch öffentliche Diskussionen und demokratische Abstimmungen von allein finden war gescheitert, noch ehe deren Ausmaß und die damit verbundenen Konsequenzen bewusst wurden: Die Vielschichtigkeit der Probleme, deren absehbar langfristig wirksamen wissenschaftlich-technischen, wirtschaftlichen, gesellschaftspolitischen und sozialökonomischen Folgen, und die auf Grund fehlender Konzepte und mangelnder Konsequenz immer deutlicher werdende ohnmächtige Hilflosigkeit ließen immer deutlicher werden: Von schnellen Erfolgen konnte keine Rede sein. Aber auch darin waren sich viele aus der unmittelbaren Umgebung einig: Darüber half auch die – nicht nur im Vergleich mit Breshnew und Tschernenko – wirklich bemerkenswerte Arbeitsfähigkeit dieses Mannes (*„Gorbatschow liebte es nicht nur, erster zu sein. Er konnte das...“*³) nicht hinweg.⁴

1987 - 1988 ... AUF DER SCHIEFEN EBENE DES SCHEITERNS

Nicht weniger aufschlussreich ist aber auch die Tatsache, dass es selbst von denen, die Gorbatschows Linie in jeder Hinsicht unterstützten, kritische Bemerkungen gab: Zur Wertung der Ereignisse von 1986 finden sich bei Tschernjajew zur *„reformatorischen Evolution Gorbatschows“* die Bemerkung: *„Ungewöhnlich mutig in den Worten und in der Bewertung der Probleme aber vorsichtig in der Sache.“*⁵ Als sich dann herausstellte, dass die Partei nicht gewillt war, die ihr vom Generalsekretär zugedachte Rolle als Avantgarde dieser ‚Umgestaltungen‘ zu übernehmen, fand der seinen ‚Ausweg‘: *„Durch die Allunionskonferenz der KPdSU wurden die in den 20-er Jahren von Stalin liquidierte Alleinherrschaft der Sowjets wieder hergestellt und die Partei von allen Machtfunktionen entbunden.“*⁶ Das Jahr 1988 war für Tschernjajew der Wendepunkt, an dem sich Gorbatschow auch in seiner Beurteilung der inneren und der äußeren Lage vom marxistisch-leninistischen Herangehen löste. Nicht obwohl, sondern weil er selbst zu der Schlussfolgerung kommt, dass schon in diesem Jahr die *„Uneffektivität und Unmöglichkeit der eben erste begonnenen Marktreform“*

¹ В.И. Воротников: А было это так ... Из дневника члена Политбюро ЦК КПСС (W.I. Worotnikow: Das war so ... Aus dem Tagebuch eines Mitgliedes des Politbüros des ZK der KPdSU), Moskau 2003, S. 49

² В. Медведев: Человек за спиной, (W. Medwedjew: Der Mann im Hintergrund), Moskau 1994, S. 196ff

³ Н. Рыжков: Перестройка: История предательства (N. Ryshkow: Die Perestroika - Geschichte eines Verrates), а.а.О., S. 82

⁴ ebenda S. 208ff

⁵ А. Черняев: Был ли у России шанс? Он последний (A. Tschernjajew: Hatte Russland eine Chance? – Das war die letzte), Moskau 2003, S. 62

⁶ ebenda S. 63

zutage trat,¹ obwohl im folgenden Jahr „*der Zerfall des sowjetischen Staates begann*“² Gorbatschow, Jakowlew, Schewardnase, Tschernjajew & Co ließen sich nicht irritieren. Letzterer war nur beunruhigt, weil die Unterschiede zwischen dem Staatsmann Gorbatschow und der Person, die in der Lage war, den Verführungen der Macht im Alltagsleben und in seinen Beziehungen zu den Menschen immer deutlicher zutage traten.³ Die Feststellung, dass „*sich die Partei in diesem Jahr (1989) immer schneller in einen offenen Feind der Gorbatschowschen Umgestaltungen verwandelte*“⁴ war denn doch ein gewisser Höhepunkt des Zynismus dieser ‚Demokraten‘.

Später stellte Gorbatschow die Ereignisse so dar, als habe er dieses Ziel von Anfang an verfolgt. Es gehört zur eigenartigen Struktur seiner Persönlichkeit, dass es ein Zwischenstadium gab, in dem er im Bestreben, sein eigenes Wirken „*besser zu verstehen und sowohl das Positive als auch das Fehlerhafte (s)einer Handlungen einzuschätzen*“, feststellte, dass er „*das tatsächliche Ausmaß der ungelösten Probleme .. zum damaligen Zeitpunkt nicht erkannt (habe.)*“⁵ Aber jeder Versuch, die spätere Entwicklung allein auf ökonomischen Hintergründe, den Einfluss des MIK, nicht mehr kontrollierbare Operationen eigener oder fremder Geheimdienste, Verschiebungen im militär- und wirtschaftsstrategischen Kräfteverhältnis, im Partei- und Staatsapparat, innerparteiliche, soziale, ökonomische und politische Konflikte oder andere Momente zu reduzieren, ist in dieser Eindimensionalität unzureichend, wenn eine Antwort auf die Fragen nach den Ursachen gesucht wird. Erst im Bündel aller dieser Vorgänge wird etwas besser verständlich, wodurch und wie es so kommen konnte.

Aber Fehler Gorbatschows sieht Tschernjajew nicht: Er ist der Meinung, dass „*die sowjetische Gesellschaftsordnung lange vor Gorbatschow ihre historische Mission in Russlands erschöpft habe.*“⁶ Dass und wie das alles zu Ende ging, wer dabei was gewann, wer was verlor – das alles interessierte diese ehemals führenden Funktionäre genau so wenig, wie die Tatsache, dass sie eine Partei gegen deren erklärten Willen führen wollten, dass das sowjetische Volk sich in eindeutiger Mehrheit in einem demokratischen Referendum anders entschied: Für sie blieb als Schlussfolgerung: „*Das sowjetische Volk kam mit der Freiheit nicht zurecht und trat von der Szene der Geschichte ab.*“⁷

Wie das in der Praxis aussah beschrieb Chasbulatow anhand der Auswirkungen der Beschlüsse der XIX. Parteikonferenz. Dieser Beratung waren umfassende personelle Veränderungen in den Führungsetagen des ZK aber auch in den Spitzenfunktionen der Unionsrepubliken, der Gebiets-, Rayon- und aller anderen Parteileitungen fortgesetzt. Aber was zunächst wie eine – längst überfällige – Verjüngung aussah erwies

¹ ebenda S. 69

² ebenda S. 71

³ ebenda S. 70f

⁴ ebenda S. 77

⁵ M.S. Gorbatschow: Gipfelgespräche – Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993, S. 8-9

⁶ А. Черняев: Был ли у России шанс? Он последний (А. Тschernjajew: Hatte Russland eine Chance? – Das war die letzte), a.a.O., S. 74

⁷ ebenda S. 79

sich schon bald als eine Säuberung, der jene zum Opfer fielen, die sich nicht an den Steigerungsformen verbaler Kampagnen beteiligten, sondern darauf drängten, sich mit den Schwierigkeiten realer Probleme auseinander zu setzen. Stattdessen waren Signale bedingungsloser Begeisterung für die jeweils neueste Wendung von Perestroika und Glasnost gefragt. Was mit einer ‚Kaderrevolution‘ in der Parteiführung begonnen hatte wurde mit einem entscheidenden Schlag gegen die staatlichen Organe in der Union fortgeführt. *„Deren Wesen bestand darin, dass die (neuen K.H.) ersten Sekretäre der Gebiets- und Kreisleitungen, indem sie auch noch die Aufgaben der Vorsitzenden der Bezirks- und Kreissowjets übernahmen mit der Leitung der regionalen Parlamente“* die Führung der jeweiligen Region in ihren Händen konzentrierte.¹

1987 - die UdSSR bietet eine Null-Lösung bei Mittelstreckenraketen an, Frankreich baut seine Force de frappe aus;

- nach dem Beginn einer neuen Testserie in den USA beendet die UdSSR ihr einseitiges Moratorium zur Erprobung von Kernwaffen;
- Y. Arafat akzeptiert das Existenzrecht Israels; Beginn der Intifada in Palästina;

Ungeachtet der vielen großen und der diesen folgenden noch größeren Worte: Der Rückstau einer immer größer werdenden Zahl unaufschiebbarer Probleme drohte in eine Art sozialökonomischen Massendefekt umzukippen. Eine strategische Neuorientierung war überfällig. Zwar wurde sehr viel von ‚Demokratisierung‘ und ‚Гласность (Offenheit)‘ gesprochen. Aber weder die immer deutlicher zutage tretenden Mängel in Landwirtschaft und Industrie, nur auf dem Papier ‚erfüllte‘ Pläne und die sich auf allen Gebieten zuspitzende Versorgungslage noch die sich häufende Zahl schwerer und schwerster Havarien wurden in den inneren Führungszirkeln erörtert. Wenn denn Zweifel an der vom Generalsekretär vertretenen Linie aufkamen, fragte der im nachträglichen Zwiegespräch mit ‚entwaffnender Aufrichtigkeit: *„glaubst Du denn, ich wolle, dass es schlechter wird.“*²

DER VERRAT UND DIE VERRÄTER

Es lohnt durchaus, nachzulesen, was Tschernjajew über den Auftritt Gorbatschows auf einem Empfang in der Botschaft der UdSSR in Washington mitzuteilen hatte. Da ging es nicht nur darum, dass da die *„Sahne der amerikanischen Gesellschaft“* teilnahm. Viel aufschlussreicher ist, was da über Gorbatschows Auftritt berichtet wird: *„Ganz offen, wie unter besten Freunden, begann der zu erzählen, wie er zu den ersten Überlegungen kam, dass alles geändert werden müsse, wie sich seine Ablehnung zu der Ordnung, in der er aufgewachsen war, herausbildete, warum er die sowjetische Gesellschaft veränderte, welcher Logik er folgte.“*³ Das war nicht nur seines Auftritts als everybody darling geschuldet. Das kaum noch zu überbietende

¹ Р. Хасбулатов: Взорванная жизнь, Кремль и российско чеченская война, (R. Chasbulatow: Das zerrissene Leben – Der Kreml und der russisch-tschetschenische Krieg) Москва 2002, S. 29

² В.И. Воротников: А было это так ... Из дневника члена Политбюро ЦК КПСС (W.I. Worotnikow: Das war so ... Aus dem Tagebuch eines Mitgliedes des Politbüros des ZK der KPdSU), a.a.O., S. 517

³ А. Черняев: Был ли у России шанс? Он последний (A. Tschernjajew: Hatte Russland eine Chance? – Das war die letzte), a.a.O., S. 152

Ausmaß an Anbiederung war die Folge seines Scheiterns in der Konfrontation mit den ersten ernsten Schwierigkeiten.

Diese Informationen konnten auch vor der DDR-Führung nicht geheim gehalten werden: *„Wir erhielten schon 1987 gewisse Informationen aus Washington, aus dem Weißen Haus. Wir konnten und wollten solchen Warnungen nicht glauben, sie nicht zur Grundlage unserer Politik machen. Dies, obwohl unser Botschafter in Moskau schon im Jahre 1987 feststellte, dass sowjetische Persönlichkeiten in den verschiedenen Medien ‚die Überwindung der deutschen Zweitstaatlichkeit‘ als ‚politische Tagesaufgabe‘, als eine Voraussetzung zur ‚Herausbildung des Europäischen Hauses‘ betrachten. Dies konnte nach Lage der Dinge nur durch die Liquidierung der DDR erreicht werden.“*¹

1988 - in Lettland wird ein Jahr der ‚singenden Revolution‘ eingeleitet;

20./28.2. - in Sumgait kommt es zu einem antiarmenischen Pogrom - daraufhin kommt es im Nagorny Karabach und in Jerewan zu Demonstrationen, auf denen die Vereinigung mit dem Nagorny Karabach gefordert wird;

März - in der Zeitung ‚Sowjetskaja Rossija‘ erscheint der Brief der Leningrader Dozentin Nina Andrejewa ‚Ich kann meine Prinzipien nicht preisgeben‘

Aus den protokollarischen Notizen aus dem Politbüro des ZK geht hervor, dass es heftige Auseinandersetzungen um die Veröffentlichung des Artikels der Nina Andrejewa in der ‚Sowjetskaja Rossija‘ gab. Im Verlaufe dieser Debatte wurde deutlich, dass es keine einhellige Meinung gab. Zwar bestätigte sich Gorbatschows Vermutung nicht, dass dieser Brief gar nicht aus der Feder dieser Leningrader Dozentin stammte.² Aber Ligatschow hatte diesen Artikel auf seinem Tisch, bevor er veröffentlicht und zur Diskussion in die Parteigruppen der Moskauer Parteiorganisation verabschiedet wurde. Aber nicht nur ihm, sondern auch anderen Mitgliedern des Politbüros (Jakowlew nennt in seiner diesbezüglichen Notiz Solomenzew, Nikonow und Lukjanow) erschien das, was da zu Papier gebracht wurde, - bei unterschiedlichen Vorbehalten durchaus publikations- und diskussionswürdig. Gorbatschow interpretierte diesen Artikel und Gerüchte um seine Person als Versuch, ihn und die von ihm vertretene Linie der Perestroika zu kippen. Er nahm diese Gelegenheit zum Anlass, um für den Fall, dass seine Meinung nicht unterstützt würde, seinen Rücktritt anzudrohen.³ Auf der im April 88 stattfindenden Aussprache mit den ersten Sekretären der ZK-s der Unionsrepubliken, der Gebiets- und Kreisleitungen der KPdSU wurde noch deutlicher, dass es nicht nur unter den Älteren, sondern auch in vielen Belegschaften, in Teilen der Intelligenz und unter führenden Funktionären der Unionsrepubliken Zustimmung zu den in diesem Artikel aufgeworfenen Fragen gab.⁴

¹ E. Honecker: Moabiter Notizen – Letztes schriftliches Zeugnis und Gesprächsprotokolle vom BRD-Besuch 1987 aus dem persönlichen Besitz Erich Honeckers, Berlin 1994, S. 89

² NB das wurde durch diese auch in einem späteren Gespräch im Generalkonsulat der DDR in Leningrad ausgeschlossen

³ siehe: В политбюро ЦК КПСС, по записям Анатолия Черняева, Вадима Медведева, Георги Щахназарова (1985-1991), (Im Politbüro des ZK der KPdSU, nach Aufzeichnungen Anatoli Tschernjajewas, Wadim Medwedjews, Georgi Schachnazarows [1985-1991]), a.a.O., S. 266

⁴ ebenda S. 271ff

Worotnikow beschrieb sein Erstaunen über die über Erwartungen emotionale Reaktion Gorbatschows auf diesen Artikel und kommt danach zu der Feststellung, dass es dem zum einen darum gegangen sein muss, den mittlerweile wegen allzu kritischer Fragen lästig gewordenen Ligatschow nicht nur in die Schranken zu verweisen, sondern auf Nebengleise abzuschieben. Zweitens aber ging es um einen Schlag gegen die in letzter Zeit immer lauter werdenden kritischen Stimmen, um Fragen nach dem Stand, dem Verlauf und vor allem nach den mittlerweile immer fragwürdiger erscheinenden wirklichen Zielen der Perestroika. Gorbatschow ging es darum, alle seine Gegner mit Hilfe der Massenmedien als ‚Konservative‘ abzustempeln.¹ Dabei störte eine Diskussion, in der die unübersehbaren Mängel seines Herangehens an die Probleme des Landes zum Gegenstand einer öffentlichen Debatte gemacht wurden.

Unter der Losung der ‚Глазность‘ wurde im ‚Ogonjok‘, in anderen Zeitungen, im Fernsehen und in Rundfunk ein ‚Enthüllungsjournalismus‘ praktiziert, der sich durchaus nicht nur auf die Bloßstellung von tatsächlich vorhandenen Mängeln und Fehlern sowie auf die Untersuchung krimineller Machenschaften und Machtmissbrauch beschränkte. Diese längst überfälligen und nun verspätet einsetzenden Auseinandersetzungen wurden instrumentalisiert, um nicht nur die Geschichte des eigenen Landes als eine ununterbrochene Kette von Verbrechen und die Führung der Partei als die dafür verantwortlichen Verbrecher darzustellen. Vielmehr ging es darum, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für die gesellschaftspolitischen Veränderungen vorzubereiten, die auf eine systematische Demontage der sozialökonomischen Grundlagen des Sozialismus abzielten.

Unter dem Druck der von der neuen Führung selbst geschürten Erwartungshaltung wurden schnelle Erfolge gebraucht. Der neue Generalsekretär genoss den Beifall, der ihm überall entgegenschlug. Aber alles, was sich an realen Problemen in den Weg stellte, wurde mit immer ‚großartigeren‘ Ideen übertüncht, jeder, der darauf mit nüchterner Kritik reagierte wurde als Gegner der Perestroika und lästiger Störer zu Seite gedrängt. Es ist höchst aufschlussreich, wie sich ausgerechnet Jakowlew mit denen auseinandersetzte, die er als Gegner der Perestroika ausgemacht hatte: Unter der Flagge des Kampfes gegen regionale Fürsten und andere, die in der Praxis der letzten 20-30 Jahre verharrten erklärte er *„die moralische Gesundung der Gesellschaft, die Säuberung der sowjetischen Lebensweise von allem, was ihr fremd war“*, zu *„einer der wichtigsten Richtungen der Tätigkeit in der nach-April-Periode.“*² Aber hier agierten Personen, die sich durch Wohlverhalten im Apparat auf der Karriereleiter nach oben gedient hatten, die wussten, mit welchen Intrigen ihre eigenen Ambitionen am ehesten realisiert werden konnten. Ihre Kritik am kritikwürdigen Zustand der Verhältnisse verfolgte nicht das Ziel, diesen Zustand zu verändern. Das

¹ В.И. Воротников: А было это так ... Из дневника члена Политбюро ЦК КПСС (W.I. Worotnikow: Das war so ... Aus dem Tagebuch eines Mitgliedes des Politbüros des ZK der KPdSU), a.a.O., S. 228f

² А.Н. Яковлев: Главное практические дела и результаты in: А.Н. Яковлев: Реализм земля перестройки Избранные выступления и статьи (A.N. Jakowlew: Das wichtigste sind praktische Resultate, in: A.N. Jakowlew: Realismus – Erde Perestroika, ausgewählte Reden und Artikel), Moskau 1990, S. 198

hätte nicht nur zu lange gedauert ... darum ging es ihnen gar nicht. Deshalb unternahmen sie keine ernsthaften Anstrengungen, um vorhandenen Chancen zu nutzen. Darum wurde gelogen und geheuchelt – ihre Ziele waren damals und sind heute ihre eigenen Vorteile... Bestens vertraut mit dem Vokabular, das ihnen von Anbeginn doch nur Mittel zu einem ganz anderen Zweck war nutzten sie diese Worte, um deren Inhalt zu demontieren und das Gegenteil zu bewirken. Es dauerte lange, viel zu lange, ehe Worotnikow, Ryschkow und andere unmittelbar beteiligte Mitstreiter begriffen, um was es eigentlich ging: *„Gorbatschow war ein Meister von Manövern und Kompromissen... Aber diese ‚Meisterschaft‘ führte unser Land und das sowjetische Volk letztendlich in eine Tragödie. Dabei ging es nicht mehr um ein politisches Taktieren, um ein bestimmtes politisches Ziel. Gorbatschow änderte nicht nur die Taktik, sondern auch die Strategie, er änderte seine Überzeugungen und mit ihnen seine Kampfgefährten, seine Genossen. Seine persönlichen, eigennützigen Interessen vergaß er dabei nicht...“*¹

Das Bild dieser Entwicklungsphase der UdSSR bliebe unvollständig, wenn nicht ausdrücklich auch auf einen Mann eingegangen würde, der in diesen Auseinandersetzungen eine besondere Rolle spielen sollte. Jakowlew war durchaus nicht ‚nur‘ *„eine der widerwärtigsten Figuren in der Breshnew-Ära, der (bei der Verfolgung des DDR-Experiments mit dem Neuen Ökonomischen System K.H.) die Ansichten Lenins wiederholt verwechselte.“*² In den mit dem Anspruch von ‚Glasnost‘ während der Perestrojka herausgegebenen biographischen Angaben fehlen ‚zufällig‘ Angaben über ein Studium, das Jakowlew in den Jahren 1957-1958 an der New Yorker Columbia-Universität absolvierte. W.A. Krjutschkow veröffentlichte Materialien, aus denen hervorgeht, dass *„Alexander Nikolajewitsch Jakowlew im Verlaufe von 30 Jahren mit dem CIA zusammenarbeitete.“*³ Aber Hinweise und Informationen zu den Aktivitäten dieses Mannes bei der Unterstützung separatistischer und nationalistischer Organisationen in den baltischen Republiken und im Kaukasus wurden von Gorbatschow genau so ignoriert, wie andere, die seinerzeit an das ZK der SED weitergeleitet wurden.⁴ So war Gorbatschow trotz aller gegenteiligen Behauptungen sehr wohl darüber informiert, dass *„es die Propagandaabteilung des ZK ablehnte, mit ihm (mit Jakowlew) zusammenzuarbeiten, weil der völlig unzuverlässig war.“*⁵

So manch einer konnte und wollte sich das nicht vorstellen: Der Sekretär für Ideologie im ZK der KPdSU arbeitet für die Konterrevolution. Aber Jakowlew bestätigt das:

¹ ebenda S. 49

² K. Tiedke: Doppelzüngler der schlimmsten Sorte, ND v. 10.2.2004, S. 8

³ В. Широнин: Под колпаком контрразведки тайная подоплека перестройки (W. Schironin: Unter dem Deckel der Spionageabwehr - der geheime Hintergrund der Perestrojka), a.a.O., S. 198, 202ff

⁴ dem Autor wurde im Mai 1989 von Stepan Stepanowitsch Samjakow eine handschriftliche Dokumentation mit der Bitte um deren Weitergabe an das ZK der SED und Publikation in der DDR übergeben, die ihm nach ihrer auftragsgemäßen Weitergabe und Kenntnisnahme mit dem Kommentar zurückgegeben wurde, dass er ... ‚gar nicht berechtigt gewesen sei, dies überhaupt entgegen zu nehmen – das ZK der SED habe dieses Dokument nicht zur Kenntnis genommen‘...

⁵ siehe: В политбюро ЦК КПСС, по записям Анатолия Черняева, Вадима Медведева, Георги Щахназарова (1985-1991), (Im Politbüro des ZK der KPdSU, nach Aufzeichnungen Anatoli Tschernajewas, Wadim Medwedjews, Georgi Schachnazarows [1985-1991]), a.a.O., S. 195

Er sei schon 1956 davon überzeugt gewesen, dass „*das bolschewistische System unaufhaltsam auf den Bankrott zusteuert... Fortan widmete ich mich der Suche nach einer Möglichkeit, diesem unmenschlichen System ein Ende zu setzen. Auf keinen Fall durfte ich bei der Entscheidung für ein neues System einen Fehler machen. ... Ich führte ein Doppelleben lähmender Heuchelei. Ich passte mich an, verstellte mich und bemühte mich zugleich, meine Orientierung nicht zu verlieren und mich nicht zu blamieren.*“¹ Dabei bediente er sich der Vokabeln des marxistischen Denkens, berief sich auf Lenin, kritisierte Erscheinungen eines ‚vulgär-spießerhafte Interpretation‘ des Marxismus, kritisierte ‚Dogmatismus, Scholastik und Wortklauberei‘, forderte ‚dialektisches Denken‘ und sparte nicht mit Appellen an den revolutionären Geist des Marxismus.² In seinen – erst nach dem Scheitern der Perestroika veröffentlichten programmatischen Notizen vom 2.12.1985 ist nachzulesen, worum es ihm und seinesgleichen eigentlich ging: Für eine ‚normale Ökonomie‘ sei ein Eigentümer unerlässlich, nur dadurch gebe es ein Interesse, das alle Hindernisse überwindet. In der ‚Entfremdung des Menschen vom Eigentum und der Macht‘ sah der neue Ideologiesekretär der KPdSU die ‚Gene aller Sünden‘. Folgerichtig waren in seinen Vorstellungen die Grundlagen der Perestroika die Marktwirtschaft und der Eigentümer als ‚Subjekt der Freiheit‘.³

Das Ausmaß der durch Karrierismus und Lobhudelei geprägten Art und Weise der Umgangsformen in den Führungsetagen des ZK der KPdSU wird durch die Karriere dieses Manne besonders deutlich. In der Art Klima verlogener Liebedienerei, der Heuchelei, in der dieser Mann Karriere gemacht hatte, wird das Hinüberwachsen von Deformationen des Parteiapparates in den offenen Verrat geradezu prototypisch. Später bezeichnete er alles das, was er als Ideologiesekretär propagiert hatte, als „*ungemein niederträchtige marxistisch-leninistische Lumpenideologie.*“⁴ Zu seiner Rechtfertigung behauptet Jakowlew, er sei zu der Überzeugung gekommen, dass „*der Oktoberumsturz eine Konterrevolution war, die den Grundstock eines verbrecherischen despotischen Staats russisch-asiatischen Typs gelegt habe.*“⁵ So wird denn auch verständlich, warum Jakowlew in der von Tiedke gerügten Art und Weise seinerzeit gegen das Neue ökonomische System in der DDR auftrat. Aber das ist im Vergleich zu seinem Wirken in der UdSSR eine Lappalie: Es war Jakowlew, der mit Duldung und Förderung seinen Aufritten in den baltischen und kaukasischen Republiken der UdSSR separatistische Bewegungen bis zum offenen Ausbruch des Bürgerkrieges anheizte. Nicht weniger bemerkenswert ist die Art und Weise, in der dieses

¹ A.N. Jakowlew: Ein Jahrhundert der Gewalt in Sowjetrußland und ders.: Die Abgründe meines Jahrhunderts, zitiert nach: H. Schützler: Dämonischer Wahnsinn – Alexander Jakowlew sinniert über ein Jahrhundert der Gewalt in Sowjetrußland, ND v. 10.3.2005, S. 13

² A. Jakowlew: Der Sozialismus der Gegenwart braucht ein tiefere Verständnis seiner selbst, Moskau 1987, S. 11

³ А. Яковлев: Сумерки (A. Jakowlew: Dämmerung), Москва 2005, S. 8

⁴ A.N. Jakowlew: Ein Jahrhundert der Gewalt in Sowjetrußland, und ders.: Die Abgründe meines Jahrhunderts, zit. nach: H. Schützler: Dämonischer Wahnsinn – Alexander Jakowlew sinniert über ein Jahrhundert der Gewalt in Sowjetrußland, a.a.O., S. 13

⁵ А. Яковлев: Сумерки (A. Jakowlew: Dämmerung), a.a.O., S. 27

Verhalten im ND zum einen als Einsicht eines ‚Erleuchteten‘¹, ein Jahr später als ‚dämonischer Wahnsinn‘² – aber nicht als eine jener Erscheinungen des Klassenkampfes charakterisiert wird, die mittlerweile zum Inventar des Konfliktes zwischen Revolution und Konterrevolution gehört...

Oldenburg spricht von *„Hoffnungen des Trios Gorbatschow-Schewardnadse-Jakowlew“*, die durch den ‚Apparat‘ hintertrieben wurden.³ Aber welcher Art waren diese? Gorbatschow verteidigte nicht nur Jakowlew, der *„auf der Grundlage des Sozialismus stehe,“* sondern sich selbst. Damals schätzte der SU-Botschafter in der DDR ein, dass *„die Lage in unserem Lande und in der KPdSU viel komplizierter war. Es gab eine rasche Zunahme scharfer Konflikte, .. viele Parteiorganisationen waren demoralisiert. Wie konnte man in dieser Situation darüber sprechen, dass alles, was in der UdSSR getan wird, auf die Stärkung des Sozialismus gerichtet ist?“* Das war nicht nur das ‚erstaunliche Resultat vereinfachter Analyse‘.⁴ Schon hier war das jener Gorbatschow, der später bekundete, dass ihm die links-zentristische Position *„am nächsten“* stehe: *„Ich sehe viele Möglichkeiten in der Bürger-Union.“* Dort seien seine potentiellen Anhänger, zu denen er auch Kontakte pflege. Auf die Frage, ob er noch Kommunist sei, antwortet der ehemalige Generalsekretär der KPdSU und bis zum Untergang der UdSSR regierender Präsident: *„Wenn sie meine Aussagen nehmen, dann wird Ihnen klar, dass meine politischen Sympathien der Sozialdemokratie gehören und der Idee von einem Sozialstaat nach der Art der Bundesrepublik Deutschland.“*⁵

Nicht weniger aufschlussreich ist das, was Kotschemassow über die Art und Weise der Beziehungen zwischen der sowjetischen und der DDR-Führung zu sagen hatte: Hinter dem Rücken wurden von beiden Seiten Vereinbarungen getroffen, ohne sich zu informieren. Und: ‚dieses Misstrauen war begründet‘: *„Das betraf zwei Kardinalfragen: die Bedingungen der Abrüstung und die Perspektiven der Lösung der ‚deutschen Frage‘, ... Im Dezember 1993 räumte Schewardnadse in einem Interview mit der Zeitung ‚Die Welt‘ ein, dass er schon einige Jahre vor dem Beginn der offiziellen Verhandlungen die Notwendigkeit der Vereinigung erkannt hatte. Eben das bestimmte seine Position und danach praktische Handlungen.“*⁶ Zwar verstand sich der ehemalige Außenminister der UdSSR ‚offiziell‘ noch 1991 als Kommunist – aber was hieß das schon - *„ich (habe) heute andere Ansichten und Einstellungen. Ich habe mich geändert, so wie sich auch unser Land geändert hat.“*⁷ Aber wie konnte Schewardnadse auf die Idee kommen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands zum damaligen Zeitpunkt eine der ‚Kardinalfragen‘ war? Warum wurde darüber nicht mit denen gesprochen, die das als erste anging? Das in der Sowjetunion zur Verwun-

¹ F.S. Oldenburg: Ein Maulwurf oder Erleuchteter, ND v. 29.1.2004, S. 9

² H. Schützler: Dämonischer Wahnsinn – Alexander Jakowlew sinniert über ein Jahrhundert der Gewalt in Sowjetrußland, ND v. 10.3.2005, S. 13

³ F.S. Oldenburg: Ein Maulwurf oder Erleuchteter, a.a.O., S. 9

⁴ W. Kotschemassow: Meine letzte Mission, a.a.O., S. 150f

⁵ siehe: „Russland wird auferstehen“ – Michael Gorbatschow über die Politik Jelzins und über seine Chancen einer Rückkehr zur Macht, Der Spiegel 3/1993, S. 126 u. 127

⁶ W. Kotschemassow: Meine letzte Mission, a.a.O., S. 131

⁷ E. Schewardnadse: „Das ist meine Tragödie“ – der frühere Außenminister Edward Schewardnadse über seinen Rücktritt und die Krise in der Sowjetunion, Der Spiegel 22/1991, S. 169

derung vieler DDR-Besucher systematisch forcierte Interesse an diesem Thema war keine Reaktion auf das Drängen der davon Betroffenen. Selbst dann, wenn die Antwort auf beide Fragen im Detail offen bleiben sollten: Hier zeichnete sich eine Wende in den außenpolitischen Grundorientierungen führender Spitzenpolitiker der UdSSR Beziehungen ab, die im Interesse eines höchst kurzfristig verstandenen eigenen Vorteils willen bereit waren, die Existenz der DDR in Frage zu stellen. Denn das, was da von sowjetischer Seite als Bauernopfer im globalen Spiel der Perestroika-Basteleien an einem ‚gesamteuropäischen Haus‘ gedacht war, erfüllte schon in dieser Phase eine ganz andere Funktion. In den USA war man sich - nicht zuletzt auch anhand einschlägiger Informationen aus erster Hand - sicher, dass damit ein Domino-Effekt ausgelöst wurde, der viel weiter reichende Veränderungen auslösen würde.

MIT DER ‚PERESTROIKA‘ IN DIE KONTERREVOLUTION

Dass es in der UdSSR angesichts der sich kumulativ häufenden wirtschaftlichen Probleme, der flächendeckenden Defizite bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, sich häufender Havarien mit schwerwiegendsten Folgen und dem kurz aufeinander folgenden Tode von drei Generalsekretären, nicht nur um eine Führungskrise ging, war offensichtlich geworden. Unter diesen Umständen waren tief greifende Veränderungen der herrschenden Zustände überfällig. Aber eben so eindeutig waren die damit verbundenen Erwartungshaltungen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung der Sowjetunion: Ein Ausweg aus dieser Situation konnte nur um einen Neubeginn der sozialistischen Entwicklung gefunden werden. Die gleiche Haltung wurde durchaus von den Spitzen von Partei und Regierung in fast allen anderen sozialistischen Bruderländern vertreten. Jeder Versuch, zu diesem Zeitpunkt die eigentlich beabsichtigte Restauration des Kapitalismus als alternative Perspektive anzukündigen, wäre nicht nur durch das Eingreifen der Sicherheitsorgane, sondern am Widerstand der Volksmassen gescheitert. Sowohl in der Sowjetunion als auch in der DDR, in der ČSSR, in Ungarn, in Rumänien, Polen und Bulgarien als auch unter den sozialistisch orientierten Kreisen der westeuropäischen Linken wurde diese Revolution von oben als ein längst überfälliger notwendiger Schritt begrüßt.

Im Kontext dieser Ereignisse organisierten sich nicht nur in den baltischen Republiken, in Moldawien, in der Ukraine und im Kaukasus schon zuvor als Dissidenten aktive Kreise in oppositionellen Gruppierungen. Nicht wenige derer, die ihr Engagement eben noch als ‚Kampf um Menschenrechte‘ oder als Streit um die Interessen nationaler Minderheiten ausgegeben hatten traten nun in aller Öffentlichkeit mit nationalistischen, antisozialistischen, separatistischen und z.T. sogar mit monarchistischen Forderungen auf. Die Zeitung ‚Sowjetskaja rossija‘ bildete den Kristallisationskern einer Bewegung großrussischer Nationalisten. Die Organisation ‚Pamjat‘ befasste sich durchaus nicht nur mit der Erinnerung an die Gefallenen des Großen Vaterländischen Krieges.

Den sich hier politisch profilierenden Journalisten, Schriftstellern und Intellektuellen diente das Interesse der durch immer neue Sensationsmeldungen aufmerksam gewordenen Bürger für die noch immer nicht beigesetzten Toten der 2. Stoßarmee

u.a. auch dazu, die Wlassow-Armee zu rehabilitieren. Bei öffentlichen Auftritten der Organisation ‚Память‘ wurde immer offener antisemitische Hetze betrieben. So absurd dies zunächst zu sein schien: Seit Ende 1987 wiederholten sich in Leningrad Gerüchte von einem bevorstehenden Judenpogrom, ab Mitte 1988 kam es auf dem Leningrader Platz des Friedens zu wöchentlichen Treffen russischer Faschisten. Das geschah in aller Offenheit ohne dass die ansonsten durchaus aufmerksamen Sicherheitsorgane überhaupt reagierten. Ähnliche Erscheinungen gab es in Lettland: In Riga versammelten sich ehemalige Angehörige der SS vor dem Freiheitsdenkmal, ohne dass gegen sie etwas unternommen wurde....

April - Gründung der ‚Rahvarine‘, einer estnischen Volksfrontbewegung, die das Ziel der staatlichen Unabhängigkeit verfolgt;

Mai - Mit dem Gesetz ‚Über die Kooperative‘ werden Möglichkeiten zur Legalisierung des bis dahin als Spekulation verfolgten privaten Kommerzes eröffnet – wenig beachtet aber weit wirksamer: auf dieser Grundlage wurden auch kommerzielle Banken gegründet;

26.6. - Gründung der Nationalen Unabhängigkeitsbewegung Lettlands (LNNK);

8.10. - bei der Niederschlagung einer Demonstration in Tbilisi durch Sicherheitskräfte sind durch den Einsatz von Giftgas mehrere Tote zu beklagen;

9.10. - Gründungskongress der Lettischen Volksfront;

Offensichtlich war die Häufung derart beunruhigender Informationen doch so besorgniserregend, dass darauf reagiert werden musste. Aber der weitere Verlauf dieser Art des ‚Reagierens‘ war nicht weniger aufschlussreich, als das, was sich da zusammenbraute. Der in die baltischen Republiken entsandte Jakowlew informiert das Politbüro über Ergebnisse seiner Reise. Nach dessen Worten unterstützen die Volksfrontbewegungen die Perestroika. ‚Im Grunde sei alles normal. Die ZK-s der kommunistischen Parteien kontrollieren die Situation. Zwar gebe es Erscheinungen ungerechtfertigter Panikmache. Aber im Grunde entwickle sich alles normal, demokratisch und offen..¹ Was in der Sicht dieses Mannes ‚normal‘ war zeigte sich schon sehr bald. Beunruhigt war Jakowlew nur deswegen, weil durch das Vorpreschen einiger besonders ungeduldiger Kräfte vorzeitige Aufmerksamkeit und damit eine Gefährdung für die wahren Ziele dieser Bewegung ausgelöst wurde. Noch war es zu zeitig, offen über das von ihm und Gorbatschow mit der Perestroika verfolgten Ziele zu sprechen...

20.10.- Brasauskas wird Vorsitzender der KP Litauens;

22./23.10. - Gründungskongress der litauischen Volksfront ‚Sajudis‘;

16.11. - der Republik Sowjet erklärt die Souveränität Estlands – diese Entscheidung wird durch das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR für ungültig erklärt

Nov. - erstes Treffen der ‚Volksbewegung der Ukraine für die Umgestaltung Ruch‘;

7.12.- durch ein Erdbeben der Stärke 10,5 werden auf.000 km² die armenischen Städte Kirowokan, Spitak, Stepanwan und Leninakan und 300 Dörfer zerstört, von fast 40.000 Verschütteten konnten nur 15.234 lebend geborgen werden, über 500.000 sind obdachlos, über 100.000 Menschen mussten in Gebiete außerhalb Armeniens evakuiert werden. Ungeachtet dessen versuchen nationalistische Gruppierungen auch unter diesen Bedingungen nationalen Hass zu schüren²;

¹ В.И. Воротников: А было это так ... Из дневника члена Политбюро ЦК КПСС (W.I. Worotnikow: Das war so ... Aus dem Tagebuch eines Mitgliedes des Politbüros des ZK der KPdSU), a.a.O., S. 258

² ebenda S. 267-271

Mit der 1988 beginnenden Erosion der Wirtschaft und der Finanzen der UdSSR verbindet Sirotkin den Übergang von der ‚Andropowschen‘ zur ‚Gorbatschow-Jakowleschen‘ Perestroika: Der Zerfall der Leichtindustrie und die katastrophalen Zustände in vielen landwirtschaftlichen Gebieten wurde durch die Legalisierung der sich nun in ‚Kooperativen‘ organisierenden Schattenwirtschaft beschleunigt. Schwerwiegender wirkte sich die – in der Öffentlichkeit zunächst kaum beachtete – Zulassung privater Banken auf die ohnehin schon destabilisierten Grundstrukturen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses aus. Mit den von den staatlichen Banken mit einem Zinssatz von einem Prozent vergebenen Krediten operierten die nun aus dem Boden schießenden Privatbanken in einer Art und Weise, die absolut nichts mehr mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu tun hatte. Am 1.1.1989 waren 41 kommerzielle Banken registriert – Mitte 1991 waren das bereits mehr als 1.500, die ausschließlich spekulative Ziele verfolgten.¹ Mit Hilfe der von ihrer Lobby lancierten Gesetze legalisierte die von Vertretern der Nomenklatura, der Bürokratie und der Wirtschaft die von ihnen organisierten kriminellen Umverteilungsprozesse. Damit wurde der Weg für Spekulationsgeschäfte in bislang unvorstellbaren Dimensionen frei gemacht und eine de-facto Machtübernahme der Oligarchen vorbereitet.

1989 - Kämpfe um den Nagorny Karabach;

24.2. - Estland erklärt seinen Anschluss an die UdSSR für erzwungen und damit nichtig;

26.3. - bei Wahlen zum sowjetischen Volksdeputiertenkongress gewinnt die Sajudis 36 von 42 Sitzen (In Vilnius erhielt die KP noch 17 %, die Sajudis 70%);

April - In Bergbaugebieten und in der metallurgischen Industrie häufen sich Unruhen;

25.5. - der erste Kongress der Volksdeputierten der UdSSR nimmt seine Arbeit auf;

4.6. - durch die Explosion einer Erdgasleitung kommen in zwei in diesem Moment vorüberfahrenden Personenzügen über 500 Menschen ums Lebens;

25.6. - Gründung der Georgischen Volksfront;

5.7. - Regierungsbeteiligung der Sajudis;

15./16.7. - in Suchumi kommt es zwischen Georgiern und Abchasen, die eine eigene Unionsrepublik fordern, zu bewaffneten Kämpfen;

16.7. - in Aserbaidshan bildet sich eine Volksfront, die Unabhängigkeit von der UdSSR anstrebt;

- im Westen der Kasachischen SSR kommt es wegen sozialer und ethnischer Spannungen zu Unruhen;

17./19.7. - Streiks in den Kohlenrevieren von Donbass und Dnjepr mit finanziellen und ökonomischen Forderungen;

8./10.9. - Gründungskongress der ukrainischen ‚Ruch‘;

23.9. - Aserbaidshan erklärt seine Unabhängigkeit und verlangt die Eingliederung Nagorny Karabachs;

23.11. - das Pachtgesetz ermöglicht den Aufbau privater Betriebe;

Mit der Entwicklung in Ungarn, in der DDR und in der ČSSR wurden nicht nur die außenpolitischen Ziele und Folgen der Perestroika sichtbar. Eine immer größer werdende Zahl von Partei-, Komsomol-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären war unter

¹ В. Сироткин: Кто обворовал Россию? (W. Sirotkin: Wer hat Russland bestohlen?), Moskau 2003, S. 151f

der Losung kooperativer Initiative nur noch mit der Verselbständigung eines in ihrer Hand konzentrierten privatkapitalistischen Sektors beschäftigt. Das ZK und die Leitungen der Partei befassten sich mit Organisationsfragen, ohne auf die katastrophalen Auswirkungen ihrer Untätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet zu reagieren. Genau so verhielt sich die sowjetische Führung zur Entwicklung in den sozialistischen Bruderländern: Nachdem Gorbatschow angesichts der dort entstandenen Lage mit Hinweis auf das Recht auf die freie Entscheidung der sozialistischen Staaten erklärte, dass man die DDR nicht im Stich lassen werde konstatiert Worotnikow: „*Das ist doch Geschwätz – wo bleiben konkrete Handlungen? ... entweder er versteht nicht, warum die Menschen in der UdSSR das, was in der DDR geschieht, mit Schmerzen verfolgen oder distanziert er sich bewusst von diesen Ereignissen?*“¹ Mit anderen Worten: Worotnikow konnte und wollte noch immer nicht begreifen, dass vom Generalsekretär der KPdSU, von Schewardnadse und Jakowlew, d.h. von den Leuten, denen er noch immer vertraute unter Verwendung sozialistischer Losungen und Rituale eine Politik betrieben wurde, die auf die Liquidierung des Sozialismus abzielte.

In den Auftritten Jakowlews, Sobtschaks und des Obersten Militärstaatsanwaltes der UdSSR Katusew vor dem Kongress der Volksdeputierten wurde die Situation in der Partei und im Lande auf den Begriff gebracht: In Jakowlews Rede über den deutsch-sowjetischen Vertrag von 1939 wurde nun offensichtlich, dass die Haltung des Ideologen der KPdSU zur Geschichte der UdSSR durch Hass und Feindschaft geprägt war. Sobtschak versuchte die Verantwortung für die blutige Niederschlagung einer Demonstration in Tiblissi auf das ZK der KP Grusiniens abzuwälzen. Als aus Katusews Darstellung deutlich wurde, dass es um die Folgen verantwortungsloser extremistisch orientierter Führer der nationalistischen Opposition ging, kam es zum offenen Konflikt. Damit trat der Bruch zwischen revolutionärer Phraseologie und konterrevolutionärer Praxis offen zutage. Wieder wurde verdrängt, was längst nicht mehr zu übersehen war: Die UdSSR befand sich bereits in einem weit fortgeschrittenen Stadium ihrer Auflösung. Im Lande gewannen neokapitalistische und nationalistische Kräfte immer mehr und immer offener entscheidenden Einfluss. Die mit Einflussagenten, doppelzünglerischen Apparatschiks und Karrieristen durchsetzte Führung der KPdSU war mit sich selbst beschäftigt, weder willens noch in der Lage, Wege zur Lösung der aufgestauten Probleme zu suchen – ihre Beschlüsse zeigten kaum noch Wirkung... Das Land trieb unaufhaltsam in eine Katastrophe...

KRIEGE IM KALTEN KRIEG - EINE CHRONOLOGIE VI ²

1980 - Operationen Eagle Claw/Desert One": Iran, 25.04.1980

1981 - Operation Golf von Sidra: Libyen, 18.08.1981

1981/199 - El Salvador, Nikaragua: 1.01.1981 bis 1.02.1992

¹ Воротников, В.И.: А было это так ... Из дневника члена Политбюро ЦК КПСС (W.I. Worotnikow: Das war so ... Aus dem Tagebuch eines Mitgliedes des Politbüros des ZK der KPdSU), a.a.O., S. 367

² zusammengestellt nach: Liste der Kriege und Schlachten im 20. und 21. Jahrhundert, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Kriege_und_Schlachten_im_20._und_21._Jahrhundert, und: Wie viele Kriege hat die USA nach Beendigung des 2. Weltkriegs bereits geführt?, unter: [http:// www. terra-kurier.de/US-Kriege.htm](http://www.terra-kurier.de/US-Kriege.htm)

- 1983 - Operation Urgent Fury: Grenada, 23.10.1983 bis 21.11.1983
- 1982/1987 - US-Multinational Force: Libanon, 25.08.1982 bis 11.12.1987
- 1986 - Operation Attain Document: Libyen, 26.01.1986 bis 29.03.1986
- Operation El Dorado Canyon: Libyen, 12.04.1986 bis 17.04.1986
 - Operation Blast Furnace: Bolivien, Juli 1986 bis November 1986
- 1987/1990 - Operation Ernest Will: Persischer Golf, 24.07.1987 bis 2.08.1990
- 1988 - Operation Praying Mantis: Persischer Golf, 17.04.1988 bis 19.04.1988
- Operation Golden Pheasant: Honduras, ab März 1988
- 19.1.1990 - Baku wird von sowjetischen Truppen besetzt dabei kommt es zu bewaffneten Kämpfen;
- 4.2. - Massenkundgebung gegen die Alleinherrschaft der KPdSU in Moskau;
- 16.2. - das lettische Parlament erklärt den Beitritt zur UdSSR von 1940 für ungültig;
- 27.2. - der Kongress der Volksdeputierten beschließt weit reichende Vollmachten für den zum Präsidenten der UdSSR gewählten Gorbatschow;
- 28.2. - Gesetz über die privatwirtschaftliche Nutzung von Agrarland;
- 9.3. - Georgien erklärt seine Souveränität;
- 11.3.- die Unabhängigkeitserklärung des litauischen Parlaments wird vom Volksdeputiertenkongress der UdSSR für ungültig erklärt;
- 18.3. - bei Parlamentswahlen gewinnt die Lettische Volksfront 131 von 201 Mandaten;
- 30.3. - Estland erklärt seine Souveränität;
- 18.4. - Beginn einer sowjetischen Wirtschaftsblockade gegen Litauen;
- 4.5. - das lettische Parlament beschließt die Unabhängigkeit Lettlands und den Austritt aus der UdSSR;
- 4.6. - in der Region Osch eskalieren Streitigkeiten zwischen Kirgisen und der usbekischen Minderheit;
- 2./13.6. - XXVIII. Parteitag der KPdSU – Gorbatschow wird als Generalsekretär wieder gewählt, die kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken werden selbständig;
- 12.6.- Russland erklärt seine Souveränität - Boris Jelzin und die ‚Demokratische Plattform‘ treten aus der KPdSU aus;
- 20.6. - Usbekistan erklärt seine Souveränität;
- 23.6. - Moldawien erklärt seine Souveränität;
- 29.6. - der Oberste Rat Litauens setzt die Unabhängigkeitserklärung für 100 Tage aus;
- 16.7. - die Ukraine erklärt ihre Souveränität;
- 27.7. - Belorussland erklärt seine Souveränität;
- 23.8. - die Republik Armenien erklärt ihre Souveränität;
- 19.10.-der Oberste Sowjet stimmt Gorbatschows Programm zur Wirtschaftsreform zu, durch den der Übergang zu einer Marktwirtschaft geregelt werden soll;
- 23.10.-neun nichtkommunistische Parteien schließen sich in Moskau zur Bewegung ‚Demokratisches Russland‘ zusammen;
- 28.10.-bei Parlamentswahlen in Georgien siegt das Oppositionsbündnis ‚Freies Georgien‘;
- 11./12.12. - nachdem Südossetien im Anschluss an Abchasien eine Sezessionserklärung abgegeben hat wird das autonome Gebiet durch das Parlament Georgiens aufgelöst - es kommt zu Kämpfen, die 1993 mit einer Niederlage der Georgier enden;

EINE ZWISCHENBILANZ

Aber in der nachträglichen Analyse der theoretischen Grundlagen dieses historischen Ereignisses kommt Kara-Mursa zu folgender Einschätzung. Mit Hinweis auf die Wer-

tung der Perestroika durch die Soziologin Saslawskaja, als einer „sozialen Revolution, die die Grundlagen der gesellschaftspolitischen Strukturen verändert und zu einer einschneidenden Umverteilung der Macht, des Rechtes und der Freiheiten zwischen Klassen, Schichten und Gruppen führt“ stellt er deren wesentliche Charakterzüge ohne Erwähnung des wesentlich klareren Begriffes ‚Konterrevolution‘ wie folgt dar:

„- Die Perestroika gehört zur Kategorie der ‚Revolutionen von oben‘.

- Die Perestroika führte zu tief greifenden Veränderungen im politischen System, in den grundlegenden wirtschaftlichen und nationalen Beziehungen, in der Lebensweise und in der Kultur der Völker der UdSSR. Sie führt zu kardinalen Veränderungen in der geopolitischen Struktur der Welt und löste Prozesse aus, deren Vollendung nicht in Sicht ist. In diesem Sinne hat die Perestroika weltgeschichtliche Bedeutung.

- Die Perestroika ist Bestandteil einer weltgeschichtlichen Konfliktes. In ihrer Entwicklung und bei der Nutzung ihrer Resultate haben politische Kräfte aus dem Ausland eine ebenso aktive wie wichtige Rolle gespielt. Letzten Endes führte die Perestroika zur Liquidation des Warschauer Vertrages und des RGW. Dies und die Auflösung der UdSSR wird im Westen als deren Niederlage im kalten Krieg verstanden.

- Die treibenden Kräfte der Perestroika wurden durch das ungewöhnliche Bündnis der folgenden soziokulturellen Gruppen gebildet: Ein Teil der Nomenklatur des Partei- und Staatsapparates, der bestrebt war, die heranreifende Krise der Legitimität zu überwinden und die eigene Position (auch um den Preis des Wechsels der ideologischen Maske) zu sichern; ein Teil der Intelligenz, der von liberalen und westlichen Utopien durchdrungen war (sie ließen sich von verworrenen Idealen der Freiheit und der Demokratie und von der Vorstellung von ‚vollen Schaufenstern‘ leiten) und kriminelle Schichten, die mit der Schattenökonomie verbunden waren.“¹

Die erste Etappe dieser ‚Revolution‘ wurde durch die ‚Glasnostj‘, eine Art von ‚Offenheit‘ eingeleitet, mit der die Diskussion der gesellschaftlichen Entwicklungsprobleme in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt werden sollte. Unter den Losungen des Kampfes gegen reaktionäre und verbürokratisierte Partei- und Staatsapparate (die es zweifelsohne gab), gegen Zensur und Unterdrückung der Pressefreiheit kam es nur scheinbar zu einer Verselbständigung der Massenmedien. Das, was sich in dieser Phase in den Auseinandersetzungen um die politische Orientierung der Massenmedien abspielte, war ein von Jakowlew und seiner ZK-Abteilung initiiertes Prozess der systematischen Diskriminierung der sowjetischen Geschichte und Gegenwart, die genüssliche Darstellung von Zerfallserscheinungen und Katastrophen (erinnert sei hier nur an Tschernobyl, den Untergang der ‚Admiral Nachimow‘, die Explosion einer Gasleitung und die dadurch verursachte Eisenbahnkatastrophe, das Erdbeben in Armenien) und die Propagierung von Marktwirtschaft, Demokratie und westlichen Freiheiten.

Schon in dieser Phase war zu erkennen, wer die Gewinner und wer Verlierer dieser Entwicklung sein würden. Mit mehr oder weniger entwickeltem Geschick drängten

¹ С.Г. Кара Мурза: Советская цивилизация - от великой победы до наших дней (S.G. Kara-Murza: Die sowjetische Zivilisation vom großen Sieg bis zu unseren Tagen), Moskau 2001, S. 269f

demagogische ‚Demokraten‘ in die neue zu wählenden staatlichen Gremien. Bei den Wahlen zum Kongress der Volksdeputierten brauchten Deputierte aus den Wahlkreisen 230.400 Stimmen, für die unabhängig davon gewählten ‚Vertreter gesellschaftlicher Organisationen‘ wurden ganze 21,6 Wählerstimmen gebraucht. Wesentlich ernster zu nehmen: Erstmals in der Geschichte der UdSSR gab es im Obersten Sowjet keine Arbeiter und Bauern aber eine eindeutig überwiegende Mehrzahl von Wissenschaftlern, Journalisten und Verwaltungsangestellten.¹ Hinweise auf die nicht selten mehr als formalen Auswahlverfahren und das pflegeleichte Verhalten solcher Abgeordneten beantworteten sich durch analoges Verhalten von Parlamentariern aus den so genannten ‚besseren‘ Kreisen. Hier wurden Weichen in einer Art und Weise gestellt, die das Interesse derer berücksichtigte, die nach der Macht griffen. Nicht einmal Tschernjajew kam umhin, diese Kräfte als „*antikommunistische Opposition*“ zu qualifizieren. Aber das irritierte diesen Antikommunisten genau so wenig, wie die Tatsache, dass die ‚neuen wirtschaftlichen Subjekte‘ die sich bei der immer schneller voranschreitenden systematischen Zerstörung der sowjetischen Planwirtschaft hervortaten in ihrem Wesen nicht ‚nur‘ als Privateigentum, sondern im Prinzip als Diebe zu qualifizieren waren.²

So schwerwiegend dies war, 1987 wurde mit dem ‚Gesetz über die staatlichen Betriebe‘ die bis dahin strikt befolgte Trennung zwischen dem bargeldlosen Verkehr zwischen Betrieben, Banken und anderen wirtschaftsleitenden Organisationen und dem ausschließlich im Handel verwendeten Bargeld aufgehoben. Unter der Leitung einer ausgewählten und zuvor in den USA als Manager geschulten Gruppe von Komsomolfunktionären wurde damit die Privatisierung des sowjetischen Bankwesens eingeleitet. Den von ihnen geschaffenen ‚Zentren wissenschaftlich-technischen Schöpfertums der Jugend‘ wurde das ausschließliche Recht der Konvertierung bargeldloser Beträge zugebilligt. Durch das 1988 verabschiedete ‚Gesetz über die Kooperativen‘ wurde eine weitere Veränderung der grundlegenden Strukturen des Reproduktionsprozesses eingeleitet. Allein durch den Export von etwa $\frac{1}{3}$ der für die Inlandsversorgung produzierten Waren³, die innerhalb der UdSSR auf der Grundlage subventionierter Preise, das heißt zu Billigstpreisen aufgekauft und im Ausland zu den dort gültigen Preisen verkauft wurden, kam es zu einer selbst unter sowjetischen Bedingungen bislang nie gekannten dramatischen Verschlechterung der Versorgungslage. In Kombination mit der de facto Übertragung des Alkoholmonopols auf schwarzbrennende Kooperative und den neuen Regelungen der Abführung betrieblicher Gewinne führte dies zu einer dramatischen Verschlechterung der Bilanz des Staatshaushalts, zur persönlicher Bereicherung in nie gekannten Ausmaßen und damit zugleich auch zu einer neuen, spezifisch postsowjetischen Form der ursprünglichen Akkumulation von Kapital...

¹ ebenda S. 273

² А. Черняев: Был ли у России шанс? Он последний (А. Тschernjajew: Hatte Russland eine Chance? – Das war die letzte), a.a.O., S. 72f

³ С.Г. Кара Мурза: Советская цивилизация - от великой победы до наших дней (S.G. Kara-Murza: Die sowjetische Zivilisation vom großen Sieg bis zu unseren Tagen), a.a.O., S. 279

Tab. 6: Proportionen der Umverteilung betrieblicher Gewinne in der UdSSR 1985 und 1990, der Inlandverschuldung des Staatshaushaltes (Mlrd. Rubel) (a) in % des Bruttonationalproduktes (b)

	Abführung an den Staatshaushalt	Verbleibender Gewinnanteil	Davon Mittel zur ökonomischen Stimulierung	
1985	56%	40%	16%	
1990	36%	51%	48%	
	1985	1989	1990	1991
a)	142	399	566	890
b)	18,2	41,3	56,6	

Nicht am Rande ist in diesem

Zusammenhang auch darauf zu verweisen, dass nicht nur die Goldreserven der UdSSR von den 2.000 t 1985 bis 1990 auf 200 t ‚abschmolzen‘ sondern auch die zuvor nicht vorhandenen Auslandsschulden auf 120 Mrd. US \$ angewachsen waren.¹ Ende 1987 informierte Ryschkow, dass das Defizit im Staatshaushalt 84 Mrd. Rubel erreicht hatte, davon allein 9 Mrd. durch fehlende Einnahmen aus dem Verkauf von Spirituosen, dass die Warenreserven auf 10 Mrd. zusammen geschmolzen waren und allein durch die Weigerung der Kolchosen, unverkäufliche Kombines zu kaufen ein Ausfall von für 580 Mio. zu verzeichnen waren.² Prozessbegleitend zur Perestrojka kam ein ganzes System politischer, finanzökonomischer und anderer (nicht zuletzt geheimdienstlicher) Instrumente zum Einsatz, die schließlich in die Liquidierung der UdSSR einmündeten. In diesem Kontext wird verständlich, warum die Rede Krjutschkows vor einer geschlossenen Sitzung des Obersten Sowjets, in der er auf die Tätigkeit von Einflussagenten hinwies, nicht nur von Gorbatschow mit äußerstem Ärger ignoriert wurde.³ Im Kontext dieser Ereignisse sind sich in Moldawien, in den baltischen und kaukasischen Republiken, in der Ukraine und in Belorussland häufende nationalistische und separatistische Erscheinungen zu sehen. Auch hier gleichen sich die Bilder: Entscheidenden waren „*Journalisten und Vertreter der schöpferischen Intelligenz*“,⁴ die sich bei der Organisation extremistischer Kräfte engagierten.

Dass diese Entwicklung sich auch auf die Außenpolitik der UdSSR im Allgemeinen und auf die Beziehungen zu den anderen sozialistischen Staaten auswirken musste, war nur folgerichtig. Zwar wurden die zwischen der Sowjetunion und anderen Mitgliedern des Warschauer Vertrages beschlossenen Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe nicht gekündigt. Aber es blieb nicht nur bei der in ihrer Selbstverständlichkeit zunächst banal erscheinenden Erklärung, dass „*jede Partei und jede Regierung der Länder des Warschauer Pakts selbst die volle Verantwortung dafür trägt, was im Lande passiert.*“⁵ Dass damit die Preisgabe des sozialistischen Internationalismus vorbereitet wurde, war damals vielleicht noch nicht

¹ ebenda S. 281

² siehe: В политбюро ЦК КПСС, по записям Анатолия Черняева, Вадима Медведева, Георги Щахназарова (1985-1991), (Im Politbüro des ZK der KPdSU, nach Aufzeichnungen Anatoli Tschernjajewas, Wadim Medwedjews, Georgi Schachnazarow [1985-1991]), a.a.O., S. 209

³ В. Широнин: Под колпаком контрразведки тайная подоплека перестройки - тайная подоплека перестройки, (W. Schironin: unter dem Deckel der Spionageabwehr – der geheime Hintergrund der Perestrojka), a.a.O., S. 160f

⁴ nach: Коллективное письмо сотрудников СКБ «АСУ Союзпищепром» (Kollektiver Brief der Mitarbeiter des SKB ‚ASU Unionslebensmittelindustrie‘ aus Kishinjew), in: Известия ЦК КПСС 10-1989, S. 138

⁵ nach: K. Hager: Erinnerungen, a.a.O., S. 383

jedem und nicht in allen daraus folgenden Konsequenzen absehbar. Aber auch später, als die damit übernommene Verpflichtung zu gegenseitigem Beistand aufgegeben und nun auch in die Militärdoktrin des Warschauer Vertrages eingearbeitet wurden, wurden die aus der „*Änderung des Kräfteverhältnisses zwischen den USA und der Sowjetunion und des Verhalten(s) Gorbatschows*“ resultierenden Gefahren für „*die Existenz der DDR nicht wirklich ernst genommen*.“¹ An die Stelle der nie offiziell als solche deklarierten ‚Breschnjew-Doktrin‘ von der durch das gemeinsame Interesse an der Erhaltung des Sozialismus eingeschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten trat – so der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums die ‚Sinatra-Doktrin‘: „*They can do it their way*“ zu gut deutsch: Macht doch, was ihr wollt...²

Aber, gleich wie dies insbesondere die existenziellen Interessen der DDR-Bürger betraf - allein daraus kann kein Zugang zu den Problemen gewonnen werden, die den damaligen Handlungsrahmen der sowjetischen Außenpolitik bestimmten. Im Kern ging es dabei um die extrem instabile militärstrategische Beziehung zwischen den USA und der UdSSR. Die einfache Fortsetzung bisheriger Versuche, durch atomare Hochrüstung ein Gleichgewicht herzustellen, würde mit der wachsenden Zahl von Massenvernichtungswaffen früher oder später in einer allein schon durch Havarien früher oder menschliches Versagen ausgelösten Katastrophe enden. Der Versuch, auf die Hochrüstung der USA mit gleichen Mitteln zu reagieren, hatte in eine Sackgasse geführt: Lange vor der Verfügbarkeit der Mittel für eine mehrfache flächendeckende atomare Zerstörung der Erdoberfläche war jede weitere Anstrengung nur noch absurd. Diese grundlegende Tatsache konnte auch durch die Reproblematisierung der Kriegsgefahr mit so genannten Präzisionswaffen, ‚Enthauptungsschlägen‘ und anderen pseudo-‚kreativen‘ Versuchen nicht relativiert werden. Eine Lösung dieses, alle anderen Herausforderungen übergreifenden, Problems war angesichts dieser Situation nur noch dann möglich, wenn die Barrieren der bisherigen Herangehensweise überwunden wurden. Damit nicht genug: Ohne Lösung dieses Problems würde die schon lange nicht mehr tragbare Last des MIK auch die letzten Hoffnung auf eine vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt getragene wirtschaftliche Entwicklung beerdigen, ehe die ersten Schritte getan waren. Das stand in untrennbarem Zusammenhang mit den Herausforderungen, die in der Landwirtschaft und bei der Versorgung zutage traten.

In diesem Kontext wird nachvollziehbar, warum und wie Gorbatschows „*Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt*“, seine außenpolitischen Aktivitäten und die sich daran anschließenden Verhandlungsrunden verstanden wurden. Aber bald zeigte es sich, dass der sich immer schneller beschleunigende Wechsel der Prioritäten auch hier nichts anderes verbarg als eine immer deutlicher zutage tretende Orientierungslosigkeit. Ehe die ersten Schritte zur Realisierung der Vorhaben zur wissenschaftlich-technischen Modernisierung des Maschinenbaus greifen konnten, wurden die, die diese Vorhaben ausgearbeitet hatten und sich nun mit

¹ K. Hager: Erinnerungen, a.a.O., S. 393

² ebenda S. 384

Problemen ihrer praktischen Umsetzung herumschlagen, im Verlauf der nun losgetretenen ‚demokratischen‘ Wahl der Direktoren, Abteilungsleiter und Generaldirektoren ... abgelöst. Wenn Gorbatschow verlangte, ‚in der technischen Ausstattung Weltspitze zu erreichen‘ und behauptete dass man *„bei uns jetzt ... einen regelrechten Boom in Informatik und Computertechnik, aber auch in anderen Bereichen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“*¹ erlebe, so war das gelungen.

Dieses voluntaristische Herangehen zeugte Nachfolger und hatte äußerst verhängnisvolle Wirkungen: Dass eine grundlegende Verbesserung der technischen Kontrolle überfällig war, war angesichts der unzureichenden Qualität vieler Produkte unbestritten. Aber Qualität kann nicht in die Produktion ‚hineinkontrolliert‘ werden.² Angesichts des technischen und moralischen Verschleißes des industriellen Maschinenparks in der ‚zivilen‘ Industrie war eine moderne technische Umrüstung in absehbarer Zeit gar nicht realisierbar. Jetzt wurde entschieden, in Ergänzung statt der bestehenden Organe der technischen Kontrolle (OTK) in Anlehnung an Erfahrungen aus dem Vaterländischen Krieges wieder eine staatliche Gütekontrolle einzuführen. Chef der Leningrader ‚Госприемка‘ wurde ein ehemaliger Komsomolfunktionär, der sich auf einer Komsomolhochschule zur politischen Ökonomie des Sozialismus promoviert hatte. Der sah allen Ernstes (und in aller ‚Bescheidenheit‘) das Neue dieser Institution darin, dass wissenschaftlich-technische Qualitätskontrolle nun nicht mehr von Naturwissenschaftlern oder Ingenieuren (zu seinen Vorgängern zählte u.a., und darauf erwies er ausdrücklich, Mendelejew) sondern von einem ‚Gesellschaftswissenschaftler‘, d.h. von ihm ausgeübt wurde. Auf die Frage, wie denn die sein gewaltiges Arbeitszimmer zierende Losung: ‚Bis zum Jahre 1990 alle Produkte aus dem Leningrader Gebiet auf Weltniveau‘ praktisch umgesetzt werden sollte, kam denn auch die nun nicht mehr überraschende Antwort, dass *„dies unter seiner Führung mit ‚ökonomischen Hebeln‘ geschieht...“*

1988 - die UdSSR und die USA unterzeichnen einen Abrüstungsvertrag zu Mittelstreckenraketen;

- im Irak kommen ~5000 Kurden durch den Einsatz von Giftgas ums Leben;
- in Burundi kommen 5000 Menschen bei Stammeskämpfen ums Leben;
- schwere Unruhen in verschiedenen Gebieten Jugoslawiens;
- Streik der Solidarnosc in Polen;

In der Praxis sah es anders aus: 1985 sank die Industrieproduktion um 0,3 % und die Arbeitsproduktivität blieb mit einem Zuwachs von 1,4% hinter den Erwartungen zurück.³ Zwar konnte die Industrieproduktion in den Jahren 1985 und 1986 um mehr als vier und die Agrarproduktion um drei Prozent gesteigert werden. Aber 1987 begann mit einem schweren Rückschlag: Die Industrieproduktion sank im Vergleich mit dem Dezember 86 um 6 %, Metallurgie, Maschinenbau, chemische und Leicht-

¹ M. Gorbatschow: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Berlin 1987, S. 113f

² В.И. Воротников: А было это так ... Из дневника члена Политбюро ЦК КПСС (W.I. Worotnikow: Das war so ... Aus dem Tagebuch eines Mitgliedes des Politbüros des ZK der KPdSU), a.a.O., S. 118

³ W. Eberlein: Geboren am 9. November - Erinnerungen, a.a.O., S. 447

industrie gab es so große Probleme, dass der Plan 1987 in Gefahr geriet.¹ Medwedjew erinnert sich, wie die Arbeiter in sibirischen Betrieben mit Gorbatschow offen über die längst nicht mehr nur bei ihnen auftretenden Probleme sprachen: *„Es gibt keine Kinderbekleidung, keine Schuhe und keine Nahrungsmittel.“* Dessen Reaktion beschränkte sich auf die zynische Bemerkung: *„Dort steht der Gebietssekretär der Partei – wendet euch an den.“* Nicht nur Medwedjew empfand dieses Verhalten als Demagogie: *„Angesichts des in Auflösung begriffenen Landes sprach der das durchaus verstehende Gorbatschow mit Pathos und Wut, als ob irgend jemand anderes der Leiter dieses Landes sei.“*² Neu war das nicht: Gorbatschow war schon zu Breshnews Zeiten und bei Andropow für das Nahrungsmittelprogramm verantwortlich. Das hinderte ihn nicht, die auf diesem Gebiet zugelassenen Mängel und Inkonsequenzen sowie die dort Arbeitenden auf das Schärfste zu kritisieren, ohne seine eigene Verantwortung auch nur zu erwähnen..

Auch in den folgenden Jahren gelang es nicht, die über lange Zeit zurückgestauten und immer wieder verdrängten Versorgungsprobleme zu lösen. Durch über viele Jahre ausbleibenden Investitionen in der Landwirtschaft, im Transportwesen, in der Lagerhaltung und in allen anderen Bereichen des ‚zivilen Sektors‘ wurden nicht ‚nur‘ Versorgungslücken und die Umverteilung von Defiziten zum wichtigsten Gegenstand der Wirtschaftsführung. In der Funktion der ‚Besorger‘ sogar institutionalisiert wurden Korruption, der Ausbau ‚besonderer Versorgungssysteme‘, Diebstahl und andere Wirtschaftsverbrechen zu einem festen Bestandteil der grundlegenden gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse. Jeder Eingriff in dieses funktionale Ganze war mit nicht mehr vorhersehbaren Konsequenzen verbunden. Besonders deutlich wurde dies mit der Antialkoholkampagne, dem Aufblühen des Schwarzmarktes und der sich damit endgültig zur dominierenden Kraft entwickelnden Schattenwirtschaft. Hier ging es schon nicht mehr nur um Lücken im System der sozialistischen Planwirtschaft. Mit dem sich in wenigen Monaten dynamisch beschleunigenden Wachstum der Kooperativen, der Sanktionierung kaum noch kontrollierbarer privater Initiativen wuchs die Wirtschaftskriminalität. Um eine Vorstellung von den Größenordnungen der damit umgesetzten Finanzmittel zu vermitteln: Die Produktion alkoholischer Getränke sollte innerhalb des Fünfjahrplans von 21 Mio. Dekaliter auf 11. Mio. abgesenkt werden. Dieses Ziel wurde innerhalb von 2 ½ Jahren realisiert. Aber der Stolz auf dieses Resultat hatte einen merkwürdigen Beigeschmack. Offiziell wurde ausgewiesen, dass jeder Einwohner der UdSSR statt 10,45 l offiziell (aus dem staatlichen Handel) nur noch 4,23 l ‚verbrauchte‘.

Was davon zu halten war, wird nachvollziehbar, wenn man weiß, dass jetzt 400.000 t Zucker mehr als zuvor ‚privat‘ im öffentlichen Handel aufgekauft wurden. Wo der Staat verschwand brachten nun die überall aus dem Boden schießenden ‚Kooperative‘, zwielichtige ‚Geschäftsleute‘ (бизнесмени) und ‚private‘ Schwarzbrenner

¹ M. Gorbatschow: Erinnerungen, a.a.O., S. 337

² Медведев: Человек за спиной, (W. Medwedjew: Der Mann im Hintergrund), a.a.O., S. 215f

Selbstgebranntem auf den Markt.¹ Viel wichtiger: Allein 1989 führte der Verzicht auf das staatliche Monopol beim Alkoholvertrieb zu einem Verlust bei den Steuern in Höhe von 20 Mrd. Rubel.² Die von Gorbatschow initiierte Antialkoholkampagne wurde so zu einem Ausgangspunkt der spezifisch russischen ‚Privatisierung‘ der staatseigenen Industrie.. Damit begann die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals durch die russischen Oligarchen. Schon deshalb konnte es nicht überraschen, dass es nicht nur nicht gelang, die strategischen Entwicklungsdefizite in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung auszugleichen. Mit der Zulassung von Kooperativen wurde eine Entwicklung ausgelöst, der die großen staatlichen Betriebe und Institute hilflos gegenüber standen. Mit der Abwanderung von Leistungsträgern in die kooperative Selbständigkeit und den immer größer werdenden Lücken in den im Rahmen des staatlichen Planes - verteilt über das riesige Territorium der UdSSR - vereinbarten System von Zulieferungen von Roh- und Werkstoffen, Ersatzteilen, Bauelementen, wissenschaftlich-technischen und anderen Dienstleistungen kam es folgerichtig zu einer Kettenreaktion immer weiter reichender Einbrüche.

Für Außenstehende ohnehin kaum nachvollziehbar geriet das komplexe System der für die ganze UdSSR zentral geplanten und organisierten wirtschaftlichen Grundfunktionen außer Tritt. Damit fehlten auch die ökonomischen, technischen, technologischen und wissenschaftlichen Voraussetzungen zur Realisierung von neuen Vorhaben, die auf die Besonderheiten, Interessen und Entwicklungsmöglichkeiten der verschiedenen Unions-, der autonomen Republiken und der Gebiete abzielten. Das gleiche galt für zentrale Entwicklungsvorhaben bei der Umsetzung wissenschaftlich-technischer Spitzenleistungen...

Angesichts dieser Entwicklung gewinnt das Wissen über den trotz aller Nahrungsmittelprogramme über Jahrzehnte fortschreitenden Verfall der sowjetischen Landwirtschaft eine andere Substanz. Die katastrophalen Verluste beim Transport und der Lagerung von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten, die im Ergebnis einer geradezu sträflichen Vernachlässigung aller Bereiche der Nahrungs- und Genussmittel-, der Textil- und der Leichtindustrie hausgemachte Unfähigkeit zur Fertigung von Bekleidung, Schuhen und Nahrungsmitteln – alles das und der dadurch notwendig werdende Import von Getreide, Bekleidung, Schuhen etc. konnte (und musste) immer wieder mit dem Verkauf unveredelter Rohstoffen kompensiert werden. Aber die Wirkungen der aus falschen und verschleppten Entscheidungen, durch fehlender Analyse, durch Lügen und Selbstbetrug entstandenen Bündels nicht mehr kalkulier- und schon gleich gar nicht mehr beherrschbarer Probleme blieben durchaus nicht ‚nur‘ auf die wirtschaftliche Entwicklung beschränkt. Nachdem die über Jahrzehnte in der Vorstellungswelt des Kalten Krieges erstarrte Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik wesentlich zu dieser Situation beigetragen hatte führte der

¹ В.И. Воротников: А было это так ... Из дневника члена Политбюро ЦК КПСС (W.I. Worotnikow: Das war so ... Aus dem Tagebuch eines Mitgliedes des Politbüros des ZK der KPdSU), S. 210f

² И. Панарин: Технология информационной войны (I. Panarin: Technologie des Informationskrieges), Moskau 2003, S. 145

Bruch mit diesen Vorstellungen angesichts ausbleibender schneller Erfolge und neuer Katastrophen in der Bevölkerung zu einer rasch um sich greifenden Enttäuschung und ebenso folgerichtig in der Partei- und Staatsführung zu einer neuen Art der Flucht aus der Wirklichkeit.

Dieser Prozess entwickelte sich nicht voraussetzungslos. Aber die Geduld der Sowjetbürger war nach den von Chruschtschow, Breschnew und nun von Gorbatschow wiederholten Versprechungen am Ende. Doch wenn denn in der wirtschaftlichen Entwicklung keine kurzfristigen Erfolge zu haben waren, dann musste ein überzeugender außenpolitischer Erfolg her. Gorbatschow hatte in Großbritannien und anderswo interessierte Bereitschaft zu offenen Gesprächen gefunden – und für bare Münze genommen. Aber in Reykjavik musste er die Erfahrung machen, dass seine Vorschläge zur Abrüstung bei der Reagan-Administration auf rigorose Ablehnung stießen. Doch außer einer wirklich längst überfälligen ernst zu nehmenden Alternative zu dieser Politik des Wahnsinns – er musste sowohl um der wirtschaftlichen Konsequenzen aber noch viel mehr um des eigenen Prestiges willen Erfolg haben. Das war das eigentliche Drama, von dem er in einem seiner vielen Interviews sagte, *„dass wir nun schon so weit gekommen waren, dass es keinen Rückweg gab.“*¹ Ihm schien, dass ‚man‘ sich sehr nahe gekommen sei. Angesichts des nahe liegenden Erfolges schien es nur noch um einige *„ideologische Stereotype“*² zu gehen....

Ob, wie und wann sich Gorbatschow der daraus resultierenden Konsequenzen überhaupt bewusst wurde, ist eine Frage, deren Beantwortung für die Beurteilung seiner Person unabdingbar wäre. Heinz Kessler erinnert sich an die äußerst problematischen Konsequenzen, die schon Ende der 80-er Jahre absehbar waren: Zwar will Egon Krenz nichts von ‚Beweisen‘ dafür gewusst haben, *„dass die UdSSR die DDR zur Disposition gestellt hätte.“*³ Aber angesichts der mittlerweile zumindest in Teilen der SED- und DDR-Führung bekannt gewordenen praktischen Auswirkungen der Perestroika und der Art und Weise, in der hinter ihrem Rücken mit den USA über die DDR verhandelt wurde machten sich in einer Situation sich häufender wirtschaftlicher, politischer und ideologischer Probleme, wo *„jedes Zögern noch gefährlicher“* wurde, Unentschlossenheit und Ratlosigkeit breit. Kessler erinnert sich, Erich Honecker habe in einem vier-Augen-Gespräch mitgeteilt, was er von dieser Entwicklung in der Sowjetunion hielt. Danach war er einer derjenigen, die am frühesten und schärfsten zu der Erkenntnis gelangt waren, dass die Perestroika ein Experiment mit ungesichertem Ausgang war. Aus Anlass einer Rede Gorbatschows habe Honecker schon einer Zeit, wo Kessler zwar *„ein zunehmend ungutes Gefühl“* hatte, aber dessen kritische Meinung noch lange nicht teilte, zu ihm gesagt: *„Entweder der Mann hat keine Ahnung von Politik – oder er besorgt die Geschäfte anderer, wer auch immer dies sein mag.“*⁴

¹ nach: В. Широнин: Под колпаком контрразведки тайная подоплека перестройки (W. Schironin: unter dem Deckel der Spionageabwehr), a.a.O., S. 194

² siehe: „Schön, ich gab die DDR weg“ – Nikolai Gorbatschow über seine Rolle bei der deutschen Vereinigung, Spiegel – Gespräch, Der Spiegel 40/1995, S. 66

³ E. Krenz: Herbst `89, Berlin 1999, S. 36

⁴ H. Kessler: Zur Sache und zur Person – Erinnerungen, Berlin 1997, S. 239

Kotschemassow vermutete nicht nur völlig zu recht: *„Wenn wir uns immer mehr von den katastrophalen Folgen der ‚Perestroika‘, der undurchdachten Reformen, die dem Sowjetvolk auferlegt wurden, überzeugen, warum soll man nicht annehmen, dass Honecker und die DDR-Führung über diese Entwicklung der Ereignisse in unserem Lande sehr gut Bescheid wusste.“* Und weiter mit direktem Bezug zu diesen Verhandlungen: *„Es ist nicht ausgeschlossen, dass Honecker mit einem der besten Geheimdienste der Welt auch über ausführliche Informationen über den wirklichen Inhalt der Zusammenkünfte, über den Verlauf von Verhandlungen zwischen hochrangigen sowjetischen und westlichen Vertretern verfügte. Kaum ohne Grund erklärte Fischer seinem Amtskollegen Schewardnadse, dass ‚die Führer der UdSSR in den internationalen Angelegenheiten nicht eine Politik der ununterbrochenen Abrüstung, sondern etwas ganz anderes betreiben. Pausenlos werden von unserer Seite einseitige Konzessionen gemacht.“*¹ Offensichtlich gab es damals einen nicht offen ausgesprochenen, ergo auch nicht ausgetragenen Widerspruch zwischen denen, die nach wie vor bedingungslos auf die führende Rolle der Sowjetunion setzten und denen, die in mit Ernüchterung beobachteten, was sich da in der führenden Macht des sozialistischen Lagers abspielte...

Aber dabei blieb es nicht. Im Frühjahr 1992 informierte das Bundesamt für Verfassungsschutz über eine geheime KGB-Struktur in Deutschland. Demnach arbeitete unter dem Namen ‚Луч‘ (Strahl) neben der Residentur in Karlshorst seit Mitte der 80-er Jahre eine zweite Gruppe, die der Moskauer Deutschland-Abteilung und der Hauptverwaltung des KGB direkt unterstellt war. Aufgabe dieser Gruppe war es, *„Bürger der ehemaligen DDR in Leitungsfunktionen von Wissenschaft, Technik und Politik zur Zusammenarbeit mit dem KGB zu verpflichten, um auf diese Weise gesellschaftlich relevante Prozesse beeinflussen zu können.“* Die darüber berichtenden Journalisten resümieren: *„Die Gruppe hatte die Aufgabe, in der DDR die Umgestaltung nach sowjetischem Vorbild zu betreiben beziehungsweise zu unterstützen.“* Zunächst habe sich diese Aktivität auf *„Kader aus der Staatsführung“* und *„Entscheidungsträger der FDJ, aus Bildungseinrichtungen und Handelsorganisationen, aber auch aus den Reihen der Kirche“* konzentriert. Aber 1988/89 sei die Arbeitsweise ‚modifiziert‘ worden: Fortan wurde die Verpflichtung von Fachleuten der mittleren Managementebene vorrangig.² Offensichtlich war man bei der Suche nach Sympathisanten für die Idee einer im ‚gemeinsamen Haus Europa‘ aufgelösten DDR nicht fündig geworden... Später erstaunte die Vielzahl von Kontakten zwischen führenden Persönlichkeiten der Bürgerbewegung, dem MfS und dem KGB.. Durchaus aufschlussreich ist auch die Charakterisierung, die Werner Großmann, Chef der Hauptverwaltung für Aufklärung im MfS, seinem sowjetischen Partner Gennadi Titow gab: *„Titow, zuletzt Leiter der II. Hauptabteilung – Spionageabwehr, und des gesamten KGB verfährt mit uns wie mit ihren Kundschaftern. Sind die einmal verbrannt und*

¹ W. Kotschemassow: Meine letzte Mission, a.a.O., S. 129

² R.G. Reuth / A. Bönte: Das Komplott – wie es wirklich zur deutschen Einheit kam, München 1993, S. 210f

verurteilt, existieren sie nicht mehr für die Zentrale. Aus, vorbei, erledigt. Gennadi Titow ist der Prototyp eines Leiters, der nach oben diener und nach unten tritt...“¹

Worotnikow skizziert aus seiner Sicht und mit seinem Wissen – er war Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Ministerrates der RSFSR und ab 1988 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR - Etappen der Perestroika: *„Der als Fortsetzung des durch das Aprilplenum des ZK der KPdSU vom XXVII. Parteitag eingeschlagene Kurs auf die ‚Umgestaltung aller Sphären des gesellschaftlichen Lebens‘, die Beschleunigung der ökonomischen und sozialen Entwicklung des Landes wurde in der Partei und in der Bevölkerung zu Beginn mit Aufgeschlossenheit und großen Erwartungen angenommen. Das wird durch einige, wenngleich unbedeutende Erfolge in der Wirtschaft des Landes in den Jahren 1985-1987 bestätigt. Aber die Perestroika entfernte sich schon Mitte 1987 und danach, insbesondere nach der XIX. Parteikonferenz vom ursprünglichen strategischen Ziel, der Erneuerung der Gesellschaft auf der Grundlage umfassender Nutzung der Vorzüge des Sozialismus und der Stärkung der sozialistischen Prinzipien des Wirtschaftens. Die radikale Reform des politischen Systems und die Rekonstruktion der staatlichen Strukturen, wurden unter Losungen grenzenloser Demokratie, ohrenbetäubender ‚Offenheit‘ und dem zweifelhaften Vorwand, das konservative politische System bremse die Entwicklung der Ökonomie eingeleitet. Aber die anwachsende politische Aktivität der Massen wurde von den Architekten der Perestroika weder auf die Schaffung noch auf die Erneuerung des Sozialismus, sondern auf dessen Zerstörung und undifferenzierte Verleumdung orientiert.*

Die schon 1988 von Gorbatschow ausgegebene Losung, dass die ‚allgemeinmenschlichen Werte das Zentrum des neuen Denkens‘ seien, führten zu einer verstärkten ideologischen Desorientierung der Gesellschaft. Aber seine Aufrufe der Art ‚mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Sozialismus‘ wurden durch den Propagandaapparat des ZK und dem jakowlewschen Informationsministerium aktiv unterstützt. ... Die drastische Verschlechterung der ökonomischen Lage des Landes in den Jahren 1989-90 und die Tatenlosigkeit des Präsidenten angesichts des Zerfalls der staatspolitischen Strukturen, Kompromisse und Zugeständnisse in der Außenpolitik vervollständigten den Verzicht auf die Konzeption der Perestroika in deren ursprünglicher Variante. Der Prozess entwickelte sich in einer anderen Richtung: Jetzt fand die Liquidierung des sozialistischen Gesellschaft und ihren Ersatz durch eine andere.. Obwohl die ‚Demokraten‘ zunächst keine Antwort gaben – sie steuerten zum Kapitalismus. Jetzt ist die Perestroika ein Schimpfwort, ein Synonym für Betrug und Verrat.“²

Es hat gedauert, ehe die sich hier bietende Chance in Washington begriffen wurde. Es schien zunächst, als ob alle diese Verhandlungsangebote nur eine neue Masche der Mächtigen im Kreml war. Von Kissinger wurde vermutet, dass Gorbatschow da-

¹ W. Großmann: Bonn im Blick – Die DDR-Aufklärung aus der Sicht ihres letzten Chefs, Berlin 2001, S. 207

² В.И. Воротников: А было это так ... Из дневника члена Политбюро ЦК КПСС (W.I. Worotnikow: Das war so ... Aus dem Tagebuch eines Mitgliedes des Politbüros des ZK der KPdSU), a.a.O., S. 513f

ran interessiert war, „*Unfrieden im westlichen Bündnis zu stiften. Und offensichtlich denkt er, dass ihm das eher mit einer Friedensoffensive gelingt, als mit dem Gepoltere, das einige seiner Vorgänger veranstaltet haben.*“ Schnell wurde begriffen, was Geistes Kinder die neuen Männer in Moskau waren: „*Warum mühsam erkaufen, was die Geschichte einem gratis gibt?*“¹ nach den Erinnerungen Schewardnades hatte der sich schon im Herbst 1984 bei einem Spaziergang mit Gorbatschow am Schwarzen Meer dahingehend geeinigt, dass ‚das ganze System‘ zu verändern sei². Was immer auch darunter zu verstehen war - dem künftigen Außenminister der UdSSR sei schon damals klar gewesen, dass dies nur unter der Voraussetzung der Überwindung der ‚unnatürlichen Teilung Deutschlands‘ zu haben sei.... Wer Gorbatschows ‚Gipfelgespräche – geheime Protokolle aus meiner Amtszeit‘ in die Hand nimmt, rechnet eigentlich damit, etwas über die Verhandlungen zwischen ihm und anderen Teilnehmern von Gipfelgesprächen zu lesen. Da ist denn über den Meinungsaustausch mit der Margaret Thatcher, mit François Mitterand, James Baker, mit Georg Bush und dem Papst nachzulesen. Aber weder Reykjavik noch Ronald Reagan werden erwähnt, Gespräche mit Bush bleiben auf den Teil beschränkt, der am 2.-3.12.1989 auf der ‚Maxim Gorki‘ stattfand, und der zweite Teil der Verhandlungen in Malta werden bezeichnenderweise ausgeklammert.³

Dass sich da etwas Grundlegendes verändert hatte, wurde an verschiedenen Stellen immer deutlicher. Aber in der Art und Weise, in der Egon Krenz einen solchen Augenblick beschreibt, wird auch die Art und Weise deutlich, in der diese Ereignisse damals ‚verstanden‘ wurden: Während des Rückflugs aus Bukarest hörte er, was der schwer erkrankte Honecker von den jüngsten Ereignissen hielt: „*Diese Heuchler. Früher, da sind die Westpolitiker dem Ceaucescu in den Hintern gekrochen. Jede Abweichung vom gemeinsamen Kurs haben sie als Ausdruck seiner Absage an Moskau gefeiert. Je mehr er Moskau kritisierte, umso mehr hat ihn der Westen gelobt. Als man uns keine Kredite geben wollte, hat er welche bekommen. Seine Alleingänge waren dem Westen viel Geld wert. Als Rumänien an den Olympischen Spielen in Los Angeles teilnahm, feierten die Politiker des Westens Ceaucescu als großen Helden. Nun lassen sie ihn sitzen. Sie haben ja Gorbatschow..*“ Krenz war entsetzt: „*Ich schrieb es seiner Krankheit zu. Sieht Honecker in Gorbatschow tatsächlich einen Mann des Westens? Ich will es nicht glauben. Ich vertraue der sowjetischen Partei- und Staatsführung, die ja nicht nur aus Gorbatschow besteht.*“⁴

Selbst bei dieser Gelegenheit fragte keiner von beiden nach der nun immer deutlicher zutage tretenden Funktion dieser Kredite. Die Mechanismen dieses Verdrängungsprozesses werden auch in der Art und Weise deutlich, in der Honecker eigene Verantwortung ignoriert und das Verhalten seiner Mitstreiter kommentierte: „*Maßgeb-*

¹ siehe: R. Beschloss / S. Talbott: „Wie haben keine Zeit zu verlieren“ Das Ende des kalten Krieges (I), Der Spiegel 15/1993, S. 139

² E. Honecker: Moabiter Notizen – Letztes schriftliches Zeugnis und Gesprächsprotokolle vom BRD-Besuch 1987 aus dem persönlichen Besitz Erich Honeckers, a.a.O., S. 15

³ M.S. Gorbatschow: Gipfelgespräche – Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, a.a.O.

⁴ E. Krenz: Herbst `89, a.a.O., S. 28

lich für die Kapitulation des Politbüros ... war der Druck, den Moskau auf den Zeitpunkt der ‚Wende‘ ausübte. Es hat sich gezeigt, dass die unerschütterliche Treue der Mitglieder der SED und des Staates zur SU missbraucht wurde, um diese Kapitulation herbeizuführen.“¹ Michael Sergejewitsch Gorbatschow war ein Mann, der durch die Art und Weise seines Auftretens zu beeindrucken wusste. Nicht nur Worotnikow hatte – ebenso wie viele, die mit Gorbatschow die Hoffnung auf einen neuen Entwicklungsschub verbanden – sehr lange, eigentlich viel zu lange den Eindruck, dass er es hier mit einem Menschen zu tun hatte, dessen Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit nicht anzuzweifeln war. Wer eine ehrliche Antwort auf die sich daraus ergebende Frage sucht, kann und darf das Ausmaß der Probleme auf keinen Fall ignorieren, mit denen sich Gorbatschow und die sowjetische Parteiführung konfrontiert seit dem Jahre 1985 konfrontiert sahen. In der Landwirtschaft, in der Industrie, in der Versorgung der Bevölkerung aber auch im MIK und in der Armee gab es einen kaum noch überschaubaren Rückstau ungelöster Probleme, deren Unkontrollierbarkeit immer deutlicher zutage trat. Aber wie sind die offensichtlich widersprüchlichen praktischen Handlungen, die unter der verlogenen Losung von der Demokratisierung unübersehbar fortschreitende Desorganisation aller Bereiche des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses mit dieser Lage im Lande vereinbar?

Angesichts der Vielzahl einander grundlegend widersprechender und ausschließender ‚Bekanntnisse‘ und Erklärungen ist die Frage mehr als berechtigt, wann M.S. Gorbatschow ehrlich gewesen sein mag. War er das in seinen Bekenntnissen zum Lenismus, bei seinen Treueschwüren, in seinen Reden vor dem Parteitag, vor dem Kongress der Volksdeputierten oder gilt dies für seine vertraulichen Gespräche mit der Thatcher, mit Reagen und Busch? Eine schlüssige Antwort ist auch Gorbatschow in einer seiner großzügig honorierten Reden vor der Amerikanischen Universität in Ankara nicht zu finden. Aber aus dem, was dort zu hören war, wird vielleicht etwas besser verständlich, was von diesem Manne und seinem Platz in der Geschichte zu halten ist. Gorbatschow erklärte dort u.a.: *„Das Ziel meines Lebens war die Vernichtung des Kommunismus. Zur Verwirklichung dieses Zieles habe ich meinen Platz in der Partei und im Lande genutzt. Als ich mich mit dem Westen persönlich bekannt gemacht hatte habe ich verstanden, dass ich dieses Ziel nicht aufgeben werde. Zu seiner Verwirklichung musste ich die Leitung in der KPdSU und in der UdSSR ebenso austauschen, wie die Leitungen in allen sozialistischen Ländern. Mein Ideal in dieser Zeit war der Weg der sozialdemokratischen Länder. Die Planwirtschaft gestattet nicht die Verwirklichung des Potentials, über das die sozialistischen Länder verfügen. Mir gelang es, Mitstreiter zur Realisierung dieses Zieles zu finden. Unter ihnen nahmen A. Jakowlew und E. Schewardnadse einen besonderen Platz ein.“²*

¹ E. Honecker: Moabiter Notizen – Letztes schriftliches Zeugnis und Gesprächsprotokolle vom BRD-Besuch 1987 aus dem persönlichen Besitz Erich Honeckers, a.a.O., S. 35

² zitiert nach: P. Красильников: Новые крестоносцы ЦРУ и перестройка, (R. Krassilnikow: Die neuen Kreuzritter – Der CIA und die Perestroika), Москва 2003, S. 351: «Целью всей моей жизни было уничтожение коммунизма. Именно для достижения этой цели я использовал сырое положение в партии и стране. Когда я лично познакомился с Западом, я понял, что не могу отступать от поставленной цели. А для ее достижения я должен был заменить все руководство

Liest man parallel dazu die Überlegungen und Aufträge, die Gorbatschow im August-September 1987 bei der Vorarbeit an seinem Buch¹ weitergab, entsteht ein anderer Eindruck: Dort ist die Rede davon, dass wir „mit der Perestroika das Porträt des Sozialismus zeichnen“. Da ist zu lesen dass „die Suche läuft. Wir haben die Grundlagen eines neuen Gebäudes, der Erneuerung des Sozialismus geschaffen. Die Grundlagen stehen alles andere werden wir sammeln. Wir werden sehen, was dabei herauskommt. Aber niemand kann für sich einen Anspruch auf Wahrheiten letzter Instanz erheben.“² Offensichtlich folgte er damals der Einsicht, dass eine Erneuerung des Sozialismus unabdingbar notwendig war. Nicht weniger deutlich wird aber auch, dass den in der Analyse der Probleme zutage getretene kumulative Häufung wissenschaftlich-technischer Defizite in fast allen Bereichen der Wirtschaft ausgewichen wurde, als zutage trat, dass es hier keine schnellen Erfolge geben konnte. Stattdessen häufen sich in seinen Überlegungen Formulierungen in einer allgemein gehaltenen Tendenz humanistischer Wünsche mit deren Hilfe den bitteren Einsichten einer nüchternen Klassenanalyse ausgewichen wird. Lenin wird in einer geradezu demagogischen Art und Weise umgedeutet: Wenn ihm zugeschrieben wird, er habe behauptet, dass „die Interessen der gesamten Menschheit höher stehen als die Klasseninteressen“ wird eine Position formuliert, die weit hinter dem schon im Manifest formulierten Anspruch der vom Proletariat angestrebten klassenlosen Gesellschaft zurück bleibt. Aber nicht ‚nur‘ hier wird deutlich, dass dieser Mann zwar begriffen hatte, dass es existenzielle Herausforderungen gab. Aber angesichts der in diesem Prozess bewusst werdenden Schwierigkeiten wurde immer deutlicher, dass er nicht in der Lage und auch nicht willens war, eine praktisch umsetzbare programmatische Orientierung für die immer wieder beschworene Erneuerung des Sozialismus zu erarbeiten. Mit fortschreitender Amtszeit war der Generalsekretär immer mehr mit den Problemen seiner eigenen Reputation beschäftigt – kritische Bemerkungen störten...

Diese Unfähigkeit wurde zum Ausgangspunkt des Scheiterns der mit der Perestroika erweckten Hoffnungen auf eine neue Entwicklungsetappe des realen Sozialismus. Gefördert von Einflussagenten im ZK der KPdSU und im Umfeld wurde diese Tatsache zum Ausgangs- und Anknüpfungspunkt jener Kräfte, die die Massen unter der Losung der Erneuerung des Sozialismus so weit instrumentalisierten, dass es über diese Brücke zur Auslösung konterrevolutionärer Prozesse kam. Dass sich der letzte ‚Gensek‘ wiederholt in einer Art und Weise geäußert hat, die der Erwartungshaltung seines jeweiligen Publikums ‚Rechnung trug‘, ist unbestreitbar. Bemerkenswert ist der Weg, den dieser Mann in seiner unbestritten charmanten Manier ‚sich zu verkaufen‘ auf dem Wege zu gewöhnlicher Käuflichkeit zurücklegte...

КПСС и СССР, а также руководство во всех социалистических странах. Моим идеалом в то время был путь социал демократических стран. Плановая экономика не позволяла реализовать потенциал, которым обладали народы социалистических стран. Мне удалось найти сподвижников в реализации этих целейю Среди них особое место занимают А.Яковлев и Э. Шеварднадзе.»

¹ М. Гorbatschow: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und die ganze Welt, Berlin 1987

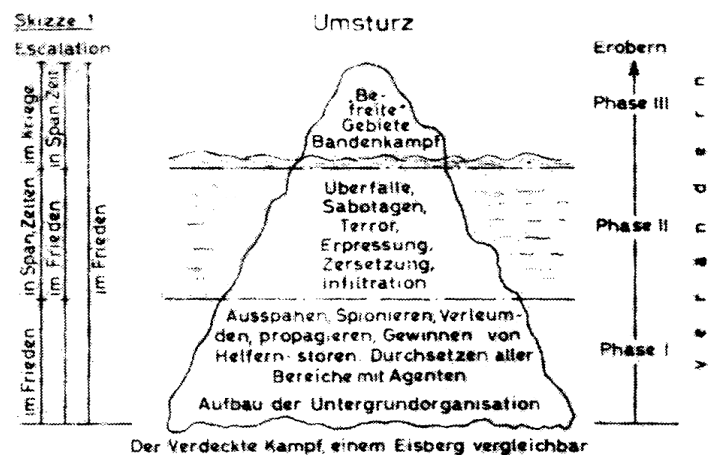
² siehe: В политбюро ЦК КПСС, по записям Анатолия Черняева, Вадима Медведева, Георги Щахназарова (1985-1991), (Im Politbüro des ZK der KPdSU, nach Aufzeichnungen Anatoli Tschernjajewas, Wadim Medwedjews, Georgi Schachnazarow [1985-1991]), а.а.О., S. 193

VII REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION – STRATEGIEWANDEL IV: DIE REVOLUTIONS-GMBH

Es war und ist naiv, wenn man dies den damit beschäftigten Geheimdiensten zum Vorwurf macht, denn das ist der eigentliche Zweck ihrer Tätigkeit. Diese Tatsache ist ebenso nüchtern einzukalkulieren, wie der Umstand, dass sich die Zielstellungen dieser Dienste insbesondere dann verselbständigen, wenn eine Entspannung des politischen Klimas die Hoffnung reifen lässt, dass sich solche Einrichtungen nach der in Krisenzeiten anscheinend begründeten Installation und ihrem personellen, finanziellen und materiellen Ausbau nunmehr ‚erledigt‘ hätte. Es ist nicht nur der sich immer wieder aufs Neue belebende Streit um die Plätze an den Hebeln der Macht, der dem Ausbau der ‚Dienste‘ immer wieder neue Nahrung gibt. Wenn man die Hintergründe der im Umfeld dieser wesentlich geheim gehaltenen Operationen operierenden Kräfte erfassen will, genügt es nicht, die jeweils offiziellen Auftraggeber zu beobachten. Vielmehr geht es um deren Verfilzung mit den konkurrierenden Interessen verschiedener wirtschaftlicher, ethnischer, sozialer und anderer politischer Gruppierungen, mit dem in diesem Zusammenhang vorgeschützten resp. tatsächlich betriebenen Kampf gegen terroristische Gruppierungen und - nicht zuletzt - mit der organisierten Kriminalität derer, die keine Chance sehen, auf legalem Wege an das große Geld heranzukommen.

Abb. 1: Verdeckte Vorbereitung eines Umsturzes – ein ‚Eisberg‘ des kalten Krieges¹

Was 1966 in der bundesrepublikanischen ‚Wehrkunde‘ bei der Planung solcher Operationen als ‚Phase I‘ bezeichnet wird ist nichts anderes als eine systematische Anweisung zur Vorbereitung eines Putsches. Was zunächst als Unzufriedenheit vorgeschoben wird, dient als Anknüpfungspunkt für Zielstellungen, die weit über das ursprüngliche Problem hinausreichen. Für die Anwerbung von Agenten reicht es aus, wenn die Verärgerung über eine unbefriedigende Entscheidung zum Kontakt und zum illegalen Austausch von Informationen führt. Damit ist eine Beziehung hergestellt, aus der sich Abhängigkeiten entwickeln können. Einmal in den Sog dieser Tätigkeit geraten fällt es immer schwerer, sich davon zu lösen. Dazu kommt: Ereignisse, die unter normalen Bedingungen mehrfach überdacht werden, entwickelt sich in Spannungszeiten mit einem Tempo, das es den unter diesen Bedingungen Handelnden kaum noch möglich macht, die Konsequenzen ihres Tuns kritisch zu hinterfragen. In dieser Situation



¹ nach: Wehrkunde – Zeitschrift für alle Wehrfragen von der Gesellschaft für Wehrkunde e.V., April 1966

wurde und wird von den Strippenziehern solcher Prozesse einkalkuliert: Wer einmal an der Ausführung von Verbrechen beteiligt war, war danach kaum noch in der Lage, sich aus seiner Verstrickung in und aus der damit verbundenen fortschreitenden Gewöhnung an eskalierende Verbrechen zu lösen.

In diesem Kontext verdient ein Artikel des ‚Spiegel‘ vom November 2005 besonderes Interesse. Dort wird über Hintergründe politischer Ereignisse berichtet, die – wenn sie denn in einer kommunistisch orientierten Zeitung erschienen wären – als übelste kommunistische Hetze abgetan worden wären. Unter der im Titel abgebildeten Überschrift ‚Die Revolutions-GmbH‘ wird dort informiert, wer hinter ‚Europas friedlichen Revolutionären‘ im Oktober 2000 in Jugoslawien, im November 2003 in Georgien, im Dezember 2004 in Georgien danach in Kirgisien stand. Eine erste Feststellung lautet: *„So reif in all diesen Ländern die Zeit für eine Revolution von unten war, so wenig verlief die Entwicklung allerdings spontan oder unkoordiniert. Denn mit dem spielerischen Auftreten der Demonstranten verbunden waren jeweils Aktionen des zivilen Ungehorsams, sorgfältig geplante, alles lahm legende Streiks gegen die Diktatur. Im Hintergrund zogen Profis die Fäden: Studentenführer, übers Internet verbunden, von Land zu Land unterwegs, um die Revolutionen zu koordinieren. Eine Guerilla ohne Gewehre, eine Internationale unter neuen Vorzeichen. Völker hört die Signale, auf zum nächsten Gefecht - Zielrichtung Machtwechsel.“*

Im ersten Moment mag der Eindruck entstehen, das sei der Text zu einer Agenten-Seifenoper im Stile von ‚Kobra, übernehmen sie‘, ‚in geheimer Mission‘ oder ‚Mission: Impossible‘. Dieser Eindruck wird noch verfestigt, denn sowohl in diesen US-amerikanischen Agententhrellern als auch im Artikel des Spiegel wird die Rechtfertigung des angestrebten Machtwechsels schon durch die Bezeichnung der bis dahin bestehenden Machtverhältnisse als ‚Diktatur‘ gerechtfertigt. Weder in diesen Filmen noch im Artikel des Spiegel wird nach der demokratischen Legitimität der ‚friedlichen Revolutionäre‘ eben so wenig gefragt wie nach den Resultaten ihres Handelns ...

Da wird ein ‚Lenin-Zitat‘ zusammengebastelt, dass es in keinem Buch der 41 Bände von Lenins Werken gibt. (*„Glaubt ihr wirklich, dass wir siegen können, ohne zu dem grausamsten Terror zu greifen?“*) Wenn es um Kommunisten geht, dann ist es doch der Sünden Geringst, wenn gelogen, unterstellt und gefälscht wird. Die Autoren des ‚Spiegel‘ stellen diese – aus ihrer Sicht – ‚ganz anderen Revolutionäre‘ in die Traditionslinie eines Gandhi, reden von ‚Soft Power‘ als einer Alternative *„zum Einsatz militärischer Hardware“* und kommen damit – sicher ungewollt - erstmals in die Nähe der wirklichen Zusammenhänge. Denn *„Revolutionen von innen sind immer Eingriffen von außen vorzuziehen“*... Aber ohne Geld?? *„Benötigt die Revolutions-GmbH für ihren Kampf nicht erhebliche Geldmittel, und stammen diese nicht häufig von regierungsnahen amerikanischen Stiftungen, gelenkt von Neokonservativen oder, wie Freedom House und das International Republican Institute, gar von Politikern mit CIA-Verbindungen? Müssen die Demokratiemacher nicht fürchten, instrumentalisiert oder gar ferngesteuert zu werden?“* Mit der Frage nach der Finanzierung verdichtet sich die Nähe zur Realität: *„Womöglich werden die Bürgerrechtsorganisationen tat-*

sächlich von dem einen oder anderen CIA-Agenten unterwandert. Auch in den Kreisen der Jung-Revolutionäre gibt es bestechliche Karrieristen.“

Dann wird da die Geschichte von einem beschrieben, der sich ‚Trainer‘ nennt: Der als ‚gelernter Maschinenbauingenieur‘ ausgegebene Computer-Freak *„ist gerade von Vorträgen und Geschäftsbesprechungen in den USA zurück. Bei Baltimore entwickelt er zusammen mit der Firma BreakAway Games - und wesentlich finanziert von der Stiftung Freedom House - ein interaktives Computerspiel: „A Force More Powerful.“* Hier sollen *„Teilnehmer zwischen verschiedenen Maßnahmen wählen, einen Diktator erst zu schwächen, ihn dann aus dem Weg zu räumen. Jede Form des zivilen Widerstands ist erlaubt, für eskalierende Gewalt gibt es Punktabzüge.“* Zur Rechtfertigung wird eine Biographie zusammengebastelt, die mit Halbwahrheiten gespickt ist und im Ganzen in jene Lügen einmündet, mit denen die USA, NATO, Schröder und Konsorten den Krieg gegen Jugoslawien und die dabei begangenen Kriegsverbrechen zu rechtfertigen suchten. Sogar die Bombardierung Belgrads wird zur Rechtfertigung der Aktivitäten der sich als ‚Otpor‘ – Widerstand – mit der Glorie des Widerstandskampfes schmückenden fünften Kolonne der Aggressoren herangezogen. Der Zustrom von jungen Leuten wird damit erklärt, dass diese *„im Milosevic-Restjugoslawien keine Chance haben, einen guten Job zu finden oder ernsthaft politisch mitzubestimmen; sie können nicht ins Ausland reisen und keine Konzerte mit internationalen Popstars besuchen. Für sie ist Otpor ein Hoffnungsschimmer für ein besseres, weltoffeneres Jugoslawien: ein sozialer Bezugspunkt.“* Bei Partys und sportlichen Wettkämpfen werden ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl und die spielerische Bereitschaft zum Kampf geprobt. Bei Demonstrationen werden einige aufgegriffen, beim Spraysen erwischt, wandern für ein, zwei Nächte ins Gefängnis. Polizisten prügeln einige andere Belgrader Otpor-Leute auch mal krankenhausreif. Fast bedauernd wird hinzugefügt, dass sich die staatliche Gewalt in Grenzen hält. Und mit Gespür für Nuancen wird das gezielte Streuen von Gerüchten umformuliert: *„Immer wieder kursieren Gerüchte über einen Schießbefehl gegen Demonstranten, den Milosevic seinen Truppen gegeben haben soll. Jeder traut ihm diese Brutalität zu.“* Deshalb mussten Aktionen ausgeweitet und besser finanziert werden.

Der Spiegel plaudert aus dem Nähkästchen: *„Noch gelten die damaligen Geldströme an Otpor als Tabuthema. Dass die Belgrader seit 1999 von der National Endowment for Democracy aus Washington fast drei Millionen Dollar erhalten haben, wird inzwischen kaum mehr bestritten; ebenso, dass Spenden in unbekannter Höhe von der Republikaner-Stiftung fließen - insgesamt wohl 40 Millionen Dollar aus Amerika. Der pensionierte US-Oberst und Ex-Militärgeheimdienstler Robert Helvey veranstaltet im Frühjahr 2000 ein Seminar mit 20 jugoslawischen Aktivisten ‚auf neutralem Boden‘ im Hilton von Budapest. ... Andere Lehrgänge mit amerikanischen Freunden von Freedom House fanden in Novi Sad statt.“¹*

¹ R. Flottau, E. Follath, U. Klußmann, G. Mascolo, W. Mayr, Ch. Neef: Die Revolutions-GmbH, Der Spiegel 46/2005, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43103188.html>

Nicht erst und nicht nur bei diesen Gelegenheiten fand das 1973 von Gene Sharps¹ Buch herausgebrachte ‚The Politics of Nonviolent Action‘ große Verbreitung.² In dem darin vorgeschlagenen ‚handlungsorientierten Ansatz zu gewaltfreier Aktion‘ (Protest und Überzeugung, soziale Nichtzusammenarbeit, wirtschaftliche Boykottaktionen, Streikaktionen, politische Nichtzusammenarbeit, gewaltfreie Intervention) sind Parallelen zu der in Abbildung 1 skizzierten verdeckten Vorbereitung eines Umsturzes eben so unübersehbar, wie die Tatsache, dass diese Vorgehensweise in Ergänzung des Einsatzes ‚militärischer Hardware‘ geplant, finanziert und von einschlägig geschultem Fachpersonal US-amerikanischer Dienste koordiniert, organisiert und gesteuert wurde und wird.

Als Finanzier dieses Szenarios wird George Soros³ ausgemacht, der mit Spekulationen zu Lasten ganzer Volkswirtschaften Milliarden zusammenraffte. Soros spielt sich in seinen Büchern aus der Position eines noch radikaleren Vertreters des entfesselten Kapitals als Kritiker des globalen Kapitalismus auf⁴ („*Das Hauptmerkmal des kapitalistischen Weltsystems ist die freie Bewegung von Kapital*“⁵) In diesem Sinne finanziert er „mit Teilen seines Vermögens Bürgerbewegungen auf der einst antikapitalistischen Seite der Welt.“ Den im Interesse des Kapitals engagierten und deshalb recht unbedarften Schreiberlingen des Spiegel erscheint er deshalb als „*Heuschrecke und Heilsbringer in einem.*“ Welche Rolle der sich als Philanthrop aufspielende Multimilliardär tatsächlich spielt wird deutlicher, wenn daran erinnert, dass und wie er mit seiner Finanzierung der Solidarność, der Charta 77, Sacharows, Gorbatschows und ‚oppositioneller‘ Gruppierungen aller Couleur alles tat um – nach eigener Aussage – ‚das Sowjetsystem hinweg zu fegen‘ Mann tatsächlich spielt. Dabei kooperiert er offen mit solchen Organisationen wie Freedom House.⁶ Wer auch nur andeutungs-

¹ Gene Sharp (1928) US-amerikanischer Politikwissenschaftler und Gründer einer nach Albert Einstein benannten Institution, die sich mit Studien und der Verbreitung von Gewaltfreier Aktion beschäftigt.

² Petra Kelly hatte ‚The Politics of Nonviolent Action‘ in die DDR geschmuggelt und Gerd Poppe übergeben. Der Band II wurde Anfang 1989 in der Demokratischen Initiative in Leipzig rezipiert. Konkreten Einfluss versuchte Sharp in Myanmar zu nehmen, wo 1992 seine Handlungsanweisungen für Befreiungsbewegungen *From Dictatorship to Democracy* verteilt wurden, die inzwischen in über 30 Sprachen übersetzt worden sind und 2012 in der 4. Auflage erschienen. Sharps Theorien beeinflussten mehrere Befreiungsbewegungen in Osteuropa: Otpor in Serbien, Kmara in Georgien, Pora! in der Ukraine, KelKel in Kirgisistan und Subr in Weißrussland (Belarus). Als sein Verbindungsmann zu diesen Bewegungen gilt der US-Oberst a.D. Robert Helvey. Auch die Initiatoren der Revolution in Ägypten 2011, die im Februar 2011 zum Rücktritt des Präsidenten Hosni Mubarak führte, beriefen sich auf ihn. Eine der mit je 50.000 Euro dotierten Auszeichnungen des Alternativen Nobelpreises ging 2012 an Sharp. In der Begründung hieß es, seine Studien zum gewaltfreien Widerstand seien im Dschungel von Burma genauso angewandt worden wie auf dem Kairoer Tahrir-Platz. Er hat auch Regierungen darüber beraten, wie man gewaltlosen Widerstand bei einer militärischen Invasion organisieren könnte. nach: Gene Sharp, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Gene_Sharp#Wirkungsmacht

³ George Soros (geb. György Schwartz) (1930) US-amerikanischer Spekulant ungarischer Herkunft, Inhaber vieler Hedge-Fonds. Bekannt geworden durch Wetten auf die Abwertung des britischen Pfunds und andere Währungen mit denen er mehrere Milliarde Dollar ergaunerte.

⁴ G. Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus – offene Gesellschaft in Gefahr, Berlin 1998; G. Soros: Die offene Gesellschaft – für eine Reform des globalen Kapitalismus, Berlin 2001; G. Soros: Der Globalisierungsreport – Weltwirtschaft auf dem Prüfstand, Berlin 2002

⁵ G. Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus – offene Gesellschaft in Gefahr, a.a.O., S. 194

⁶ Nach eigener Darstellung unterstützen Freedom House-Programme den Schutz der Menschenrechte und der Demokratie, Anwälte in ihren Bemühungen zur Förderung offener Regierung, bei der Ver-

weise nicht in der von den USA eingeforderten blinden Gefolgschaft kooperiert – siehe Milošević in Jugoslawien, Schewardnadse in Georgien, Parwanow in Bulgarien oder Kutschma in der Ukraine - wird in direkter Kooperation von Soros, ‚Freedom House‘ und der US-Botschaft angegangen und so lange unter Feuer genommen, bis er einlenkt oder aber ‚geeigneterere‘ Kandidaten (Koštunica, Saakaschwili, Plewneliew, Juschtschenko) gefunden und ins Amt gebracht wurden.

Der Spiegel notiert: *„65 Millionen Dollar an US-Steuergeldern fließen seit 2002 allein vom US-Außenministerium für die Wahl in der Ukraine über die NED und die Parteistiftungen NDI und IRI. Wir wissen nicht genau, wie viele Millionen oder Dutzende Millionen Dollar die Regierung der USA für die Präsidentenwahl in der Ukraine ausgegeben hat, bemängelt der republikanische Abgeordnete Ron Paul in Washington: „Aber wir wissen, dass der Großteil des Geldes zur Unterstützung eines bestimmten Kandidaten gedacht war“ - Wiktor Juschtschenko.“*¹ Wie damals ‚freie Wahlen‘ vorbereitet und durchgeführt wurden, geht auch aus dem folgenden Text hervor: *„Präsident Putin umgarnet Kutschmas Kandidaten Janukowitsch bei zwei Besuchen und hat seine renommiertesten Polit-Technologen nach Kiew entsandt. Andererseits führt nun für die USA und ihre westlichen Verbündeten kein Weg mehr zurück. Viel Geld, viel Mühe ist investiert worden. Kofferweise wird in den Wochen vor der Wahl Bargeld aus den USA am Flughafen Kiew ausgeladen, erzählt die Buchhalterin der oppositionellen Organisation ‚Unsere Ukraine‘ Vertrauten. Eine amerikanische Privatspende über 150 000 Dollar sei vorübergehend beiseite gelegt worden, weil keiner mehr gewusst habe, wohin mit ihr. Als der von einer rätselhaften Krankheit sichtbar entstellte Wiktor Juschtschenko am 31. Oktober zum ersten Wahlgang antritt, ist sein Lager gerüstet für den Fall der Fälle. Die Hauptstadt und der Rest des Landes sind flächendeckend beschickt mit Wahlbeobachtern. Die New Yorker Marktforschungskanzlei Penn, Schoen & Berland, vier Jahre zuvor beim Sturz Milosevics schon in Serbien tätig, wird die Exit Polls erstellen. Die Pora-Leute schließlich warten auf ein Signal von oben. Zelte und Feldküchen für Massendemonstrationen hat der Kernbrennstoffhändler David Schwanija von der Opposition vorsorglich schon kaufen lassen. Und doch vergehen nach der Verkündung des Wahlergebnisses, das Kutschmas Kandidaten Janukowitsch überraschend im Rückstand sieht, noch Wochen, ehe die Entscheidung zum koordinierten Aufstand fällt.“*²

Der aus Jugoslawien eingeflogene Profi für ‚friedliche Revolutionen‘ Maric wurde am Flughafen Borispol abgefangen und in seine Heimat abgeschoben. Aber die neu-

teidigung der Menschenrechte, der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Erleichterung des freien Flusses von Informationen und Ideen. Zu diesen Zwecken bietet Freedom House Unterstützung durch Schulungen an und fördert internationale Austauschprogramme und Vernetzungsaktivitäten. Freedom House derzeit zehn Niederlassungen und führt Programme in mehr als zwei Dutzend Ländern in allen Regionen der Welt. Freedom House wird vom USAID, dem US-Außenministerium sowie von den Regierungen Großbritanniens, Irlands, Schwedens und der Niederlanden sowie durch private Stiftungen finanziert. Freedom House's programs, unter: http://www.freedomhouse.org/programs#.U_89K-nlp2s

¹ R. Flottau, E. Follath, U. Klußmann, G. Mascolo, W. Mayr, Ch. Neef: Die Revolutions-GmbH, Der Spiegel 46/2005, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43103188.html>

² ebenda

ausgebildeten Pora-Profis hatten schon beschlossen, dass sich der Volkszorn auf dem Maidan, zu konzentrieren habe. Die Bühne war aufgebaut, Mikrofone montiert und die Massen in gespannter Erwartung, als nach dem Stichentscheid am Abend des 21. November die Wahllokale schließen. Aber Wahlsieger war Janukowitsch. Was dann geschieht, beschreibt ‚der Spiegel‘ wie folgt:

*„Wir waren das Streichholz für das Feuer, das in den Leuten schon brannte“, sagt ein Pora-Mann. Die Aktivisten organisieren eine Stadt aus 1546 Zelten, und aus den Provinzen reisen massenhaft Jugendliche an, die von selbsternannten ‚Atamanen‘, nach Kosakenführern benannt, in streng gegliederten Hundertschaften zu Protestzügen durch die Stadt starten. Auch Juschtschenkos Stab gibt sein Bestes, um die Erhebung auf der Straße mit dem zähen Ringen auf der politischen Bühne um eine Korrektur des Wahlergebnisses zu synchronisieren. Doch ohne den Rückhalt der Bevölkerung, die in Frost und Schnee ausharrt und den kühl kalkulierten Aufstand gegen ein abgewirtschaftetes Regime in ein machtvolleres Happening umwandeln hilft, wäre die Orange Revolution nicht gelungen. Am 27. November besetzen anderthalb Millionen Menschen den Maidan und die angrenzenden Straßen. **Mädchen stehen, streng nach den Vorgaben ihrer gewaltlosen Lehrer, an kritischen Punkten in der ersten Reihe. Sobald der Staat zuschlägt, ergäbe das schlimme Fernsehbilder.** Solange nichts passiert, rücken sie den Wachen vor der Präsidialverwaltung auf den Leib und rufen ‚Wir wollen euch küssen.‘¹*

Die Fortsetzung der Freien Wahlen: *„Das Oberste Gericht setzt eine Wiederholung des zweiten Wahlgangs an. Den gewinnt am 26. Dezember 2004 Wiktor Juschtschenko mit 51,9 Prozent. Nur sechs Tage nach Juschtschenkos Einführung ins Amt des Präsidenten feiert Pora im Kiewer Hotel Rus den Machtwechsel und die eigene Auflösung. Die Protestbewegung hält ihre Mission für erfüllt.“²*

Alldieweil die ‚Revolution‘ nicht einmal im Ansatz dazu ausersehen war, die naiven Forderungen der zu Recht empörten Massen zu befriedigen konnte dies nicht das Ende dieser Auseinandersetzungen sein. In Albanien fand das nächste Treffen der nun europaweit agierenden ‚Revolutionäre‘ statt. Originalton Spiegel: *„Es ist ein Treffen, beobachtet von den wichtigsten Geheimdiensten, der amerikanischen CIA, dem britischen MI6 und dem russischen SWR. Sie wissen, dass hier Weichen gestellt werden. Und zumindest die Amerikaner wollen die Teilnehmer hinter den Kulissen auch beeinflussen - schließlich haben ihre Steuerzahler die Veranstaltung zu einem großen Teil finanziert. Alles dreht sich um das große Spiel der internationalen Politik: um Demokratisierung, um neue Freiheiten, und damit auch um Interessensphären der Großmächte. Wie man am besten Gewaltherrscher und Autokraten von Osteuropa bis Zentralasien und dem Nahen Osten aus dem Amt jagt. Wie sich gewaltlose Revolutionen anzetteln und organisieren lassen. Welche Muster bei diesem Kampf immer wiederkehren. Besprochen werden soll vor allem, was die in einigen*

¹ ebenda

² ebenda

Ländern schon erfolgreichen Aktivisten den anderen in den Noch-Diktaturen beibringen können.“¹

Jetzt ging es um Aserbaidshan, Kirgisien und Belarusland. Studentenführer von Baku und Minsk arbeiten in ihren Ländern im Untergrund. Alles andere als naiv stellten Flottau, Follath & Co die abschließende Frage: *„Werden die Weißrussen die nächsten sein, die eine Revolution auf ihren Straßen organisieren? Oder die zentralasiatischen Kasachen, nach dem Vorbild der benachbarten Kirgisen, die im März in der ziemlich überstürzten Tulpenrevolution ihren Autokraten Askar Akajew in die Wüste schickten? Oder die unter dem brutalen Joch des Diktators Islam Karimow leidenden Usbeken, die ‚aus Sicherheitsgründen‘ nur einen Emissär zur Konferenz nach Tirana entsandten?“²*

DDR 1989 – DIE ‚FRIEDLICHE REVOLUTION‘

In den Jahrzehnten nach der Gründung der DDR waren mehrere Generationen heran gewachsen. Die Gründergeneration hatte Bombennächte, KZ und Gefängnis überlebt, fand sich nach der Kriegsgefangenschaft, nach Antifa-Schulung oder antifaschistischem Widerstand in der Arbeit beim Aufbau mit allgegenwärtigen Entbehrungen und allen denkbaren Hindernissen konfrontiert. Jüngere hatten keine eigenen Erfahrungen mit Krieg und Nachkrieg und Kriegsfolgen machen müssen. Für sie wurden geschlossene Grenze und die Umverteilung von Defiziten ebenso allgegenwärtige Realität, wie steigende Anforderungen an die berufliche Qualifikation, Kohleheizung und die Wartezeiten bei Trabant und Wartburg.

In den sechziger Jahren Geborene kamen von der polytechnisch erweiterten Oberschule, machten mit und ohne Abi ihre Berufsausbildung, dienten in der Nationalen Volksarmee, arbeiteten in volkseigenen Betrieben, LPG-s, studierten an technischen und anderen Universitäten, Ingenieurhoch- und –fachschoolen, oder im sozialistischen Ausland. Sie wurden in eine Welt hineingeboren, die zwischen den Anstrengungen zur Realisierung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, des Wohnungsbauprogramms, zwischen (für manchen nur noch ritualisierten) Bekenntnissen zum Sozialismus, zur Arbeiterklasse und ihrer Partei, den Nachrichten aus dem Westfernsehen, durch Heuchelei, unausgesprochene Fragen und fehlende Offenheit charakterisiert war. Ihre Ausbildung wurde an Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und an den Maßstäben einer sozialistischen Gesellschaft orientiert. Aber ihre Arbeit und ihr Alltag waren durch fehlende Roh- und Werkstoffe, Werkzeuge und Waren, durch moralisch oder technisch verschlissene Maschinen, zu hohe Pläne, durch das dünner werdende Netz allgegenwärtiger Improvisation, durch Intershop, GENEX, Westgeld, unausgesprochene Fragen, Heuchelei und Lügen charakterisiert.

Die darin eingeschlossenen Konflikte konnten auf Dauer weder durch den Besuch von KZ-Gedenkstätten noch durch den sozialistisch und antifaschistisch orientierten Unterricht in Staatsbürgerkunde resp. die Verleihung des Titels ‚Kollektiv der soziali-

¹ ebenda

² ebenda

stischen Arbeit' kompensiert werden. Das Leben und die Lebensverhältnisse in der DDR wurden immer weniger und schließlich kaum noch aus der Sicht der historischen Erfahrungen der Gründergeneration erlebt. Immer öfter wurde das eigene Leben mit dem verglichen, was aus dem Fernsehen als die Realität des anderen Teils Deutschlands wahrgenommen und als solche angesehen wurde. Unter diesen Bedingungen wurden hierzulande (so wie auch in anderen Teilen der Welt und insbesondere in den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft) die Ankündigungen der Perestroika von breiten Kreisen der DDR-Bevölkerung mit wachsendem Interesse und unverhüllter Sympathie verfolgt. Dass angesichts selbst erlebter Missstände auch Vorstellungen von einer gerechteren und demokratischeren sozialistischen Wirklichkeit eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten, dass das Ausmaß der anstehenden Probleme eben so wenig bekannt war, wie die damit verbundenen Gefahren, dass die Erwartungshaltungen der nun antretenden Generation sich von denen der vorangehenden unterschied – all das trug dazu bei, dass sich im Spannungsfeld zwischen dem hierzulande wahrgenommenen Erscheinungsbild der Perestroika und der immer deutlicher werdenden offiziellen Skepsis Unverständnis, Frust und Empörung aufbaute. Diese Haltungen waren durchaus nicht nur in der Traditionslinie eines sozialistisch orientierten Selbstverständnisses begründet: Unter der Losung ‚Von der Sowjetunion lernen - heißt Siegen lernen‘ fanden sich jetzt auch Personen zusammen, deren Interessen alles andere als sozialistisch orientiert waren.

Dabei kann aber auch nicht ignoriert werden: In der überwiegenden Mehrzahl waren das Menschen, denen es ernsthaft um eine effektivere Gestaltung des Sozialismus ging. Bloß viel zu viele hatten keine realistischen Vorstellungen von den Lebensverhältnissen in der UdSSR. Ihre Vorstellungen von der Sowjetunion waren durch das idealisierte Bild der propagandistischen Darstellung von den Erfolgen beim Aufbau des Kommunismus geprägt. Nicht nur der Aufbau einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR schien deutlich zu machen, dass es hier um qualitative Unterschiede im Entwicklungsniveau und im Reifegrad der gesellschaftlichen Beziehungen ging. Und wenn denn angesichts der dortzulande angenommenen Fortschritte die Notwendigkeit einer grundlegenden Umgestaltung regierungs- und parteioffiziell anerkannt wurde – wie viel notwendiger musste das denn hier sein. Und ungelöste Probleme in der wirtschaftlichen Entwicklung, bei der Versorgung der Bevölkerung und bei der Realisierung der Vorhaben, die mit dem Programm der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik verbunden waren, gab es auch hierzulande mehr als genug.

Die Führung der SED versuchte, Lösungswege für die aufgelaufenen Probleme zu finden, indem eine eigene Antwort sichtbar wurde. Zu diesem Zweck wurden im gebahnten Stile Expertengruppen gebildet, die über die Analyse der verschiedensten Probleme eine Gesamtlösung vorbereiten sollte. Aber Czichon und Mahron verweisen zu recht darauf hin, dass es damals *„nicht in das protokollarische Szenario“* passte, dies alles in einer öffentlich geführten Diskussion zu erörtern, an der die Betroffenen unmittelbar beteiligt waren: *„Es gehörte zum Denk- und Arbeitsstil der SED-Führung, dass solche grundsätzlichen Überlegungen zunächst unter ‚Fachleuten‘ bzw. ‚Experten‘ ausreifen sollten, um sie anschließend in den Beschlussgremien der Partei ‚abzu-*

segnen.¹ Dabei kann und darf nicht übersehen werden, dass die Parteiführung offensichtlich durchaus zu recht befürchtete, „*dass eine offene Diskussion unter dem – tatsächlich existierenden – politischen Druck des Klassegegners destabilisierend wirken könnte.*“¹

Hier rächte sich aber auch ein Selbstverständnis und eine Berichterstattung, die sowohl im eigenen Lande als auch bei den Informationen über die Entwicklung in der UdSSR und den anderen Bruderländern an Erfolgen und nicht an den herangereiften Entwicklungsproblemen orientiert war. Immer öfter wurde eine sachlich begründete Kritik als ‚Fehlerdiskussion‘ diffamiert. Auch dort, wo Probleme nicht mehr zu übersehen waren, war statt einer sachlich-nüchternen Analyse das ‚positive Beispiel‘ gefragt. Aus der damit verbundenen Absicht, dem Gegner keine Anknüpfungspunkte zu liefern, hatte sich eine latente Unfähigkeit zu offener Aussprache über längst herangereifte Probleme entwickelt: Insider bezogen privilegierte Informationen. Wer dazu gehörte wusste ‚zwischen den Zeilen zu lesen‘. Aber auch hier gab es bemerkenswerte Unterschiede: Die einen beobachteten den verhängnisvollen Verlauf der Auseinandersetzungen um die Perestroika und die nicht weniger problematische Entwicklung der sowjetischen Außenpolitik mit wachsender Sorge. Andere wollten daraus resultierende Konsequenzen schon deshalb nicht zur Kenntnis nehmen, weil dadurch auch eigene Interessen bedroht waren. Zwischen Desinteresse, Verdrängung von Problemen und unausgesprochenen Sorgen entwickelte sich in immer breiteren Kreisen der Bevölkerung eine Atmosphäre der Unzufriedenheit, die sich im selben Maße ausbreitete, in dem sich der Eindruck verfestigte, dass sich ‚da oben‘ sowieso nichts mehr ändert.

Dass man in dieser Situation nicht nur der außerordentlichen Aufmerksamkeit, sondern auch des aktiven Eingreifens der ‚Dienste‘ aller Couleur sicher sein konnte, bedarf keiner besonderen Erklärung: Jetzt boten sich nicht nur für diese Organisationen zuvor nie gekannte Möglichkeiten zur Realisierung einer Politik, die mit der ‚Veränderung durch Annäherung‘ von Anbeginn die Liquidierung des Sozialismus verfolgt hatte. Doch es war und es ist eine irreführende Übertreibung, wenn die Entwicklung der Ereignisse im Herbst 1989 in erster Linie oder gar ausschließlich als eine unmittelbare Folge der Aktivitäten dieser Kräfte beurteilt wird. In der DDR agierenden Residenten des CIA, des BND und des KGB (hier ist an die aus der sowjetischen Botschaft operierende Arbeitsgruppe Lutsch [‚Луч‘ = ‚Strahl‘] zu erinnern²) konnten nur deshalb organisiert und schließlich auch wirksam werden, weil es alternativ und oppositionell denkende Personen und Personengruppen gab, deren Organisationen unterstützt und personell unterwandert werden konnten. Der Nährboden dieser Entwicklung war in der DDR im Resultat der vorab geschilderten Verflechtung internationaler und nationaler wissenschaftlich-technischer, ökonomischer, politischer ideologischer und anderer sozialökonomischer Prozesse entstanden:³

¹ E. Czichon, H. Marohn: Das Geschenk Die DDR im Perestroika-Ausverkauf, Köln 1999, S. 86

² R.G. Reuth, A. Bönke: Das Komplott – wie es wirklich zur deutschen Einheit kam, a.a.O., S. 210f

³ zusammengestellt nach: E. Krenz: Herbst` 89, a.a.O., S. 79ff, И.Н. Кузьмин: Крушение ГДР – История – Последствия, (I.N. Kuzmin: Der Zusammenbruch der DDR – Geschichte – Folgen), Moskau

- 1989 März In Leipzig demonstrieren 600 Personen und fordern freie Ausreise in die BRD
- 2.5. - massenhafte Republikflucht aus der DDR, die Anzahl derer, die über Botschaften der BRD in Prag, Warschau und Budapest abwandern wollen, wächst, Ungarn öffnet am 2.5. die Staatsgrenze zu Österreich;
- Mai - Am Pfingsttreffen demonstrieren 750.000 FDJler, dass die junge Generation die Politik der DDR-Regierung unterstützt;
- 7.5. - bei den Kommunalwahlen in der DDR werden Resultate gefälscht;

Offensichtlich fehlendes Problembewusstsein und ein kaum noch zu übersehender Realitätsverlust prägten das Erscheinungsbild der SED-Führung im Sommer 1989. In den Meldungen wurden die eigenen Erfolge gefeiert und die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges unterstrichen. Aber in der Öffentlichkeit eskalierten Unmut und Enttäuschung: Im Juni 1989 hatte sich der Bund der Evangelischen Kirchen zu einem Zentrum der Opposition gemausert. Im Arbeitskreis ‚Theologie und Philosophie‘ waren Ibrahim Böhme, Martin Gutzeit, Markus Meckel und Stefan Hilsburg aktiv. Im Netzwerk oppositioneller Friedens- und Menschenrechtsgruppen waren der Dresdner Landesjugendpfarrer, der Pfarrer der Leipziger Nikolaikirche Führer, Günter Nooke und andere tätig. In der Gruppe ‚Gegenstimmen‘ waren das u.A. Reinhard Schult und Vera Wollenberger, in der Umweltbibliothek der Zionskirche, in der ‚Kirche von unten‘ und im Arbeitskreis ‚Solidarische Kirche‘ gab es solche Gruppen. Aber hier gab es auch ‚Freundeskreise‘, die durchaus nicht ‚nur‘ auf der Basis ihrer religiösen Orientierung wirksam wurden: Dazu gehören das ‚Netzwerk Frauen für den Frieden‘, die ‚Initiative Menschenrechte und Justiz‘, der ‚Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer‘, die ‚Ärzte für den Frieden‘. Und schließlich gab es auch engste Beziehungen zu nicht-kirchlichen Kreisen der Opposition.¹

- 17.7. - M. Wolf informiert seine KGB-Partner, dass „von dieser (DDR-) Führung keine Erneuerung mehr zu erwarten und eine Alternative nicht in Sicht sei...“;
- 18.7. - In einem Gespräch mit Portugalow und Koptelzew kommt „*Falins Lieblingsthese von der Einheit der Nation zur Sprache, auf welche die SED leichtfertig verzichtet habe*“;²
- August - in der ständigen Vertretung der BRD in Berlin hatten sich 130, in den Botschaft in Prag 20 und in Budapest 200 DDR-Bürger angesammelt, die ihre Ausreise erzwingen;
- 12.8. - In der Potsdamer Bekenntniskirche treffen Vertreter verschiedener Oppositionsgruppen zusammen, um über deren Zusammenwirken, die Bildung einer landesweiten Bewegung und legale Formen zu beraten – schon hier gibt es Differenzen zwischen Gruppierungen, die auf der Basis des Sozialismus operieren wollen und anderen, die dagegen auftreten;
- 22.8. - die Prager Botschaft der BRD schließt wegen Überfüllung;
- 23.8. - Die ungarische Regierung gestattet auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der BRD-Regierung 100 DDR-Bürgern die Ausreise nach Österreich;
- 24.8. - das Außenministerium der DDR dementiert Pressemeldungen nach denen beabsichtigt sei, per 1.9. Reisebeschränkungen für Touristen einzuführen;
- 29.8. - im Politbüro des ZK der SED wird über die Lage in der DDR und die Vorbereitung des XII. Parteitages beraten, Forderungen einiger Mitglieder nach Veränderungen der Politik werden zurück gewiesen;

1996, S. 42ff, D. Pellmann: Herbst-Sturm über Ostdeutschland – eine kommentierte Chronik, Einspruch Leipziger Hefte, Leipzig 1992, Heft 6

¹ E. Czichon, H. Marohn: Das Geschenk Die DDR im Perestroika-Ausverkauf, a.a.O., S. 88

² M. Wolf: In eigenem Auftrag – Bekenntnisse und Einsichten, München 1991, S. 146

31.8. - der ungarische Außenminister Horn informiert die DDR-Regierung, dass angesichts des Aufenthaltes mehrerer tausend nicht rückreisewilliger DDR-Bürger eine unerträgliche Situation entstanden sei, die eine Stornierung der Konsularvereinbarungen notwendig mache...;

Tab. 7: Statistik der Übersiedlung aus der DDR¹

Anfang September wird der als ‚Böhlener Plattform‘ verbreitete Aufruf ‚für eine Vereinigte Linke in der DDR‘ veröffentlicht;

4.9. - die Anzahl der Teilnehmer an Montagsdemos in Leipzig wächst nach Verhaftungen von etwa 1000 vom 4.9. auf mehrere 10.000 im Oktober an;
- Gründung des ‚Neuen Forum‘;

7.9. - in den durch die BRD eingerichteten Durchgangslagern in Ungarn sollen sich 6.500 DDR-Bürger aufhalten;

10.9. - Die ungarische Regierung bricht einseitig die Konsularvereinbarungen mit der DDR und öffnet die Grenze – bis Ende September überschreiten 31.000 DDR-Bürger die Grenze;

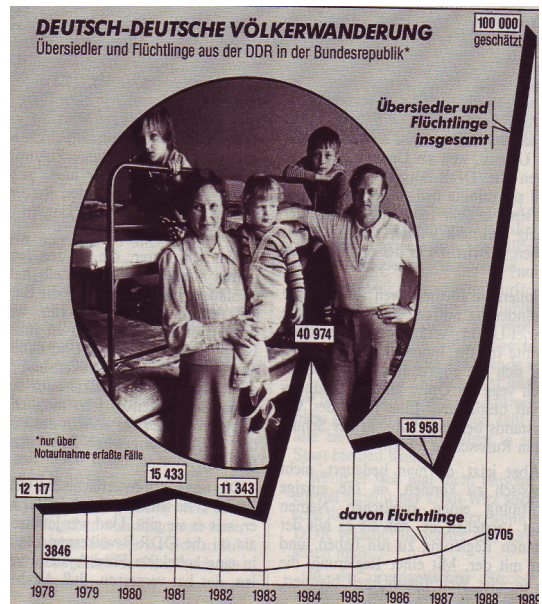
11.9. - das ‚Neue Forum‘ veröffentlicht seinen ‚Aufbruch jetzt‘;

12.9. - das damit gegründete ‚Demokratie jetzt‘ veröffentlicht ‚Thesen zur demokratischen Umgestaltung der DDR‘;
- etwa 11.000 DDR-Bürger sind über die ungarisch-österreichische Grenze in die BRD ausgewandert;

19.9. - das ‚Neue Forum‘ beantragt offizielle Registrierung als eine politische Vereinigung;
- die Synode des DDR-Kirchenbundes beschließt einen Aufruf, in dem dazu aufgefordert wird, *„hier zu leben und einen Beitrag für eine gute gemeinsame Zukunft in unserem Land zu leisten“*;
- die BRD-Botschaft in Warschau schließt wegen Überfüllung.

Im Spiegel wurden die mit dem ‚Wandel durch Annäherung‘ verfolgten und mittlerweile erreichten Ziel offen ausgesprochen: *„Während in anderen Teilen des einst monolithischen Ostblocks längst schon Kapitalismus, Freiheit, Demokratie oder zumindest Reformansätze auf der Tagesordnung von Treffen, Parteigründungsversammlungen und gar Parlamentssitzungen stehen, werden in der von Alt-Stalinisten regierten DDR nun die ersten schwachen Regungen von Perestroika erkennbar.“*²

Man beachte die dynamische Entwicklung in den Beziehungen zwischen der Entwicklung der politischen Ereignisse, den hinter wohlklingenden Phrasen verborgenen eigentlichen Zielen der handelnden Seiten und der dabei verwendeten Sprache: Zwar war hier offizielle die Rede vom notwendigen ‚Wandel‘, von einer längst überfälligen ‚Reform‘, von Freiheit und Demokratie. Aber dabei ging es nicht um die Freiheit derer, die um den Erhalt ihres Lebens arbeiten mussten, nicht um eine Demokratie, die wirklich und ernsthaft als Herrschaft des Volkes praktiziert wurde. Deren Wün-



¹ nach: Der Spiegel 33/1989, S. 21

² „Wir müssen Kurs halten“, Der Spiegel 39/1989, S. 17

sche und Hoffnungen auf die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse, auf die Beseitigung bürokratischer Hindernisse, auf die großzügigere Gestaltung von Reisemöglichkeiten und alles das, was die unter mehr Demokratie und Freiheit verstanden, dienten nur als Anknüpfungspunkt für ganz anders geartete politische Zielstellungen. Was sich viele derer, die im Herbst 89 für eine bessere DDR auf die Straße gingen, gar nicht vorstellen konnten und/oder wollten: Hier ging es nicht einmal um das vorgeschobene Gerede um Freiheit und Demokratie, weder um ihre Reisen noch um die (durch die Verfassung der DDR garantierte) Versammlungs- noch um Meinungsfreiheit, sondern um die Freiheit der unbehinderten Umverteilung des Kapitals. Das war nicht mehr nur eine Reform des Sozialismus, kein ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘, sondern die Liquidation dieses Hindernisses auf dem Wege zu einer uneingeschränkten globalisierten Kapitalverwertung.

Mittlerweile konnte Klartext gesprochen werden: Was damals als Reform und heute als ‚friedliche Revolution‘ gepriesen wurde resp. wird, war das alte Ziel: Es ging um nicht mehr und nicht weniger als um die Beseitigung der sozialistischen Eigentumsverhältnisse, es ging um eine Konterrevolution. Praktisch umsetzbar war das nur mit den Händen derer, die immer noch von einer Erneuerung des Sozialismus mit den Mitteln und Instrumenten der Marktwirtschaft träumten....

- 20.9. - die Registrierung des Neuen Forum wird als ‚regierungsfeindliche Organisation‘ abgelehnt;
 - DDR-Anwalt Vogel führt Gespräche zur Ausreise von Botschaftsbesetzern;
- 25.9. - Montagsdemos in Leipzig, Berlin, Dresden und anderen Städten werden unter dem Motto ‚Wir sind das Volk‘ zu einer Protestbewegung gegen die SED und die DDR-Regierung;
- 1.10. - an die Stelle der Losung ‚wir wollen raus‘, mit der eine schnelle Ausreise erzwungen werden soll, tritt jetzt die Losung ‚wir bleiben hier‘;
- 2.10 - der neu gegründete ‚Demokratische Aufbruch‘ veröffentlicht Forderungen nach ‚Reformen und Erneuerung des sozialistischen Systems in der DDR‘;
 - an der Leipziger Montagsdemos nehmen 20.000 teil;
- 3.10. - in Dresden besetzen Ausreisewillige den Hauptbahnhof, um ihre Ausreise mit durchfahrenden Sonderzügen zu erzwingen. Bei der Räumung durch Kampfgruppen und Polizei kommt es zu Verletzten, der Bahnhof wird demoliert...;
- 4./5.10. - Bei der Durchfahrt eines D-Zuges mit 650 DDR-Flüchtlingen aus der Warschauer und etwa 7.000 aus der Prager Botschaft kommt es in Dresden zu Auseinandersetzungen zwischen anderen ‚Antragstellern‘ und den Sicherheitsorganen;
- 6.10. - beim abendlichen Fackelzug der FDJ ist wiederholt ‚Gorbi, .. Gorbi‘ zu hören;
- 7.10. - 40. Jahrestag der DDR mit großem Empfang im Palast der Republik;
 - bei der Demonstration einiger tausend oppositioneller Kräfte in Berlin kommt es am zu Verhaftungen und durch Gewalt gegen die Sicherheitsorgane auf deren Seite 106, bei den Demonstranten 46 Verletzte¹;
 - Gründung einer ‚Sozialdemokratischen Partei in der DDR‘;
- 8.10. - in einer Sitzung des MfS wird entschieden, keine Gewalt anzuwenden und politische Lösungen zu suchen;

¹ Erklärung des Vorsitzenden des Ausschusses für Nationale Verteidigung W. Heger am 24.10.1989 vor dem Staatsrat, nach: E. Krenz: Herbst‘ 89, a.a.O., S. 155

- in Dresden entscheidet der Rat der Stadt, Gespräche mit den Demonstranten aufzunehmen;
- 9.10. - in Leipzig demonstrieren 80.000, auch in Halle und Magdeburg finden Montagsdemos statt;
 - in Dresden empfängt Oberbürgermeister Berghofer 20 Sprecher zu einem Gespräch, in dessen Ergebnis ein 9-Punkte-Programm mit Forderungen nach Untersuchung der Übergriffe der Polizei, Gewährung der Meinungs-, Demonstrations- und Reisefreiheit, freien Wahlen und der Zulassung des ‚Neuen Forums‘ entgegengenommen wird;
- 10./11.10. - auf der Sitzung des ZK der SED kommt es erstmalig zu einer offenen Auseinandersetzung zur entstandenen Lage in der abschließenden Erklärung wird behauptet, dass ‚der Sozialismus in der DDR nicht zur Disposition steht‘ – für die Lösung der entstandenen Probleme „haben wir alle Voraussetzungen, Foren und Formen der sozialistischen Demokratie;
 - in Bayern werden rund 35.000 Übersiedler aus der DDR registriert;
- 12.10. - Günter Jahn fordert Erich Honeckers auf der Beratung mit den ersten Sekretären der Bezirksleitung zum Rücktritt auf;
 - in einer Dienstanweisung Erich Mielkes wird über Hinweise zu einem bevorstehenden größeren Grenzdurchbruch informiert;
- 13.10. - Erich Honecker unterschreibt auf Drängen der militärischen Führung einen Befehl, der den Einsatz polizeilicher Kräfte nur bei Gewaltanwendung seitens der Demonstranten gestattet und den Einsatz von Schusswaffen gegen Demonstrationen grundsätzlich verbietet;
- 14.10. - auf einem Treffen des ‚Neuen Forum in Ostberlin wird mitgeteilt, dass sich bereits 25.000 Bürger angeschlossen haben
 - in der Warschauer Botschaft der BRD sind schon wieder 1.000 ausreisewillige DDR-Bürger;
- 15.10. - Vom Ministerium für Staatssicherheit wird registriert, dass ganze Kampfgruppeneinheiten ihren Einsatz gegen Demonstranten verweigert haben;
- 16.10. - die Leipziger Montagsdemo verläuft mit mehr als 100.000 friedlich;
- 17.10. - das Politbüro beschließt Erich Hocker, Günter Mittag und Joachim Herrmann von ihren Funktionen zu entbinden;
 - in verschiedenen Tageszeitungen der DDR wird über den in Betrieben und Einrichtungen in Gang gekommenen Dialog berichtet – der Grundtenor dieser Aussprache orientiert auf Verbesserungen des Sozialismus;
- 18.10. - Rücktritt E. Honeckers, G. Mittags und J. Hermanns, Egon Krenz wird Generalsekretär der SED, Vorsitzender des Staats- und des Verteidigungsrates;
 - Krenz verliert die gleiche Ansprache, die er im ZK gehalten hat im DDR-Fernsehen und löst mit der Anrede ‚Genosse‘ Widerspruch und Unverständnis aus;
- 19.10. - in Dresden treffen 2.000 Parteiaktivisten der SED zusammen – Hans Modrow geht davon aus, dass es in der DDR einen grundlegenden Wandel der Gesellschaft geben müsse – am Abend demonstrieren 20.000 Bürger mit der Forderung nach einem echten Dialog und der Anerkennung der Bürgerbewegung ‚Neues Forum‘;
- 20.10. - das VP-Präsidium Berlin teilt mit, dass den bislang 60 offiziellen Beschwerden zum Polizeieinsatz am 7. und 8.10. nachgegangen werde;
- 21.10. - der ‚Sputnik‘ darf wieder vom Postzeitungsvertrieb verkauft werden;
 - Günter Schabowski erklärt in einer Diskussion mit Demonstranten: *„Wir werden eine Zeitlang damit leben müssen, dass alles, was wir jetzt machen, als eine Falle, als ein Trick ausgelegt oder von manchem so verdächtigt wird, obwohl das nicht so ist.“*
- 23.10.- mit der ‚Vereinigten Linken‘ hat sich eine weitere Oppositionsgruppe gebildet

- im Elektrogerätewerk Teltow wurde eine unabhängige Gewerkschaftsorganisation gegründet;
 - Politbüromitglieder erhalten ein Material des MfS in dem informiert wird, dass das ‚Neue Forum‘ in eine Dachorganisation der Opposition mit zunehmendem Einfluss verwandelt wurde, deren Führungskräfte immer mehr dazu übergehen, die DDR und die Rolle der SED in Frage zu stellen;
 - Armeegeneral Snetkow, Oberkommandierender der ‚Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte‘ erklärt im Krenz: *„Genosse Krenz, wir sind immer bereit, der DDR jede Hilfe zu geben. Benachrichtigen Sie mich, wann immer Sie wollen.“*¹
- 24.10. - Egon Krenz wird bei 76 Enthaltungen mit 26 Gegenstimmen zum Staatsratsvorsitzenden gewählt;
- in Berlin und Dresden kommt es zu Demonstrationen, bei denen die Wahl von Egon Krenz kritisiert und ein neues Wahlgesetz verlangt wird;
- 26.10. - in Dresden wird eine Stadtverordnetenversammlung öffentlich übertragen, auf der auch Vertreter der ‚Opposition‘ zu Wort gekommen sind;
- am Abend kommt es bei einer Demonstration zur Aussprache mit Modrow und Berghofer;
- 29.10.- in Berlin demonstrieren 20.000 Menschen mit der Forderung nach ‚Abriss der Mauer‘;
- 30.10.- in einer ‚Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen‘ wird die Verschuldung der DDR mit 26,5 Milliarden US \$ ausgewiesen – nach erneuter Inventur durch die Deutsche Bank vom Juli 1990 waren es 14,8 Mrd. US \$.²

Egon Krenz liest in einer Ausarbeitung des Michael Brie: *„die Fortsetzung der jetzigen Politik der SED führt aber zwangsläufig dazu, dass beschleunigt jene politischen und massen-psychologischen Voraussetzungen entstehen, die es den imperialistischen Kreisen in der BRD ermöglichen, massenhafte Unzufriedenheit, Veränderungswillen, Formen des zivilen Widerstandes zu manipulieren und einer politischen Krise konter-revolutionäre Ausrichtung zu verleihen. Wir stehen unmittelbar vor einer offenen politischen Krise.“*³ Innerhalb kürzester Zeit verschwindet diese Einschätzung nicht nur in der Wortwahl der leitenden Funktionäre der SED/PDS und der PDS, sondern auch in der des Autors dieser durchaus zutreffenden Analyse... In der Westpresse werden Offerten publiziert: *„Wenn die DDR ihre Wirtschaft reformiere, will Bonn großzügige Entwicklungshilfe leisten. Das hat der Bundeskanzler versprochen.“* Aber man müsse vorsichtig sein: *„Wir dürfen auf keinen Fall als Missionar der Marktwirtschaft auftreten“* ... *„Entrümpeln, ohne dass die Ost-Berliner Führung gleich den ganzen Sozialismus aufgeben muss... In einem ersten Schritt könnten die Möglichkeiten des innerdeutschen Handels ausgeschöpft werden.“*⁴ In den Überlegungen des damaligen AEG-Vorstandsvorsitzenden Dürr spielen billigere Lohnkosten im Osten schon eine eben so groß Rolle, wie die Einsicht, dass *„projektgebundene Finanzhilfe ... vielleicht zu Lasten einer Sozialleistung bei uns gehen.“*⁵ Schon 14 Tage später erscheint in derselben Zeitschrift eine Karikatur, auf der Waigel mit einem Rettungsring in der Hand erst mal nachfragt, ob denn die zu ‚rettende‘ DDR ‚für oder gegen

¹ E. Krenz: Herbst` 89, a.a.O., S. 150

² ebenda S. 177

³ ebenda S. 144

⁴ siehe: Mittleres EG-Niveau, Der Spiegel 44/1989, S. 3

⁵ siehe: H. Dürr: „Was man tun könnte“, Der Spiegel 45/1989, S. 54

die Marktwirtschaft sei... Außenminister Genscher wird mit der Sentenz zitiert, dass *„nichts mehr so sein wird, wie es vorher war.“*¹

- 2.11. - der CDU-Vorsitzende Gerald Götting, der Vorsitzende der NDPD Heinrich Homann und der Vorsitzende des FDGB Harry Tisch treten zurück;
 - Egon Krenz trifft sich zu seinem Antrittsbesuch in Polen mit Jaruzelski;
- 3.11. - Egon Krenz teilt im DDR-Fernsehen mit, dass Hermann Axen, Kurt Hager, Erich Mielke, Erich Mückenberger und Alfred Neumann ihren Rücktritt eingereicht haben;
 - Ende 1988 verbotene sowjetische Filme dürfen wieder aufgeführt werden
- 1.11. - In Gespräch zwischen Krenz und Gorbatschow stellt sich u.A. heraus, dass es zur ökonomischen Lage der DDR einen Informationsaustausch zwischen der UdSSR und der BRD und zur Wiedervereinigung Gespräche zwischen Jakowlew und Brzezinski gegeben hat²;

Egon Krenz berichtet, dass ihn ein ihm bekannter Mitarbeiter des KGB am Vorabend dieser Aussprache davor gewarnt habe, *„ins offene Messer zu laufen“*: Gorbatschow entwickle ein besonders gutes Verhältnis zur BRD, das seine frühere Einstellung zur DDR ungünstig verändert habe. Was mit dem Bundeskanzler abgesprochen wurde, wisse niemand. Die UdSSR brauche jetzt reiche Freunde, um wieder auf die Beine zu kommen, die DDR ist in großer Gefahr..³ Offensichtlich gab es auch zu diesem Zeitpunkt Personen in der sowjetischen Parteiführung, die nicht bereit waren, den längst eingeleiteten Verrat der DDR widerspruchslos und ohne Widerstand hinzunehmen. Wer darauf hinweist, sollte aber nicht übersehen, dass eine Lösung der aufgestauten Probleme weder in der Konservierung der bestehenden und gleich gar nicht in einer Rückkehr zu den zuvor bestehenden Verhältnissen zu finden gewesen wäre.

Was damit gemeint war, wird aus einem Gespräch vom 3.11.1989 im Politbüro des ZK der KPdSU deutlich, dessen Wortlaut erst jetzt veröffentlicht wurde:

Krjutschkow: „Morgen gehen in Berlin und anderen Städten 500.000 auf die Straße...“

Gorbatschow: „Rechnest du damit, dass sich Krenz halten kann? Ohne Hilfe der BRD können wir sie sowieso nicht halten“

Schewardnadse: „Es ist besser, wenn wir die ‚Mauer‘ selber abräumen.“

Krjutschkow: „Wenn wir sie abräumen, wird es für die Ostdeutschen schwer..“

*Gorbatschow: „ Der Westen will keine Vereinigung Deutschlands, sie wollen, das wir das mit unseren Händen verhindern, das wir mit der BRD konfrontiert werden, um so eine Absprache zwischen der UdSSR und Deutschland auszuschließen. Wir werden diese Sache in einem Dreieck, d.h. unter Teilnahme der BRD und der DDR führen und das machen wir ganz offen..“*¹

¹ siehe: Mit leeren Taschen – Der Jubel über die Öffnung der DDR-Grenzen ist verklungen – in Bonn setzt Ernüchterung ein, Der Spiegel 47/1989, S. 27

² siehe: E. Krenz: Herbst` 89, a.a.O., S. 192 und 196

³ В политбюро ЦК КПСС, по записям Анатолия Черняева, Вадима Медведева, Георги Шахназарова (1985-1991), (Im Politbüro des ZK der KPdSU, nach Aufzeichnungen Anatoli Tschernjajews, Wadim Medwedjews, Georgi Schachnazarows [1985-1991]), a.a.O., S. 450f

Mit anderen Worten: Schon vor der Berliner Demonstration wurde in Moskau entschieden, die Staatsgrenze der DDR in Berlin zu öffnen und den ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden ganz und ausschließlich aus dem Kalkül großmachtpolitischer Interessen der UdSSR zu opfern. In diesem Kontext gewinnt der konkrete Verlauf der Ausarbeitung des neuen Reisegesetzes und dessen angeblich ‚schlampige‘ Veröffentlichung durch Schabowski eine ganz andere Bedeutung. Wer da was in die Wege leitete, wie welche Schritte dort inszeniert wurden und wie der Informationsfluss über die nun ‚überraschend‘ eintretenden Ereignisse wirklich aussah – alles das erweist sich so als eine Inszenierung für das naive Publikum...

4.11. - Protestdemonstration für ‚Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Versammlungsrecht‘ und ‚keine Gewalt‘ mit einer Million Menschen in Berlin Markus Wolf, ehemals Chef der Hauptverwaltung Aufklärung im MfS, jetzt Schriftsteller und als ‚Hoffnungsträger‘ stilisiert, versucht, die Stimmung auf der Berliner Demo zu kippen und scheitert trotz bis zuletzt anhaltenden Beifalls angesichts lauter werdender Sprechchöre ‚Aufhören‘, vereinzelter Rufe ‚Aufhängen‘¹

Mittlerweile hatten auch jene, die sich in der DDR als Anhänger der Erneuerung des Sozialismus durch die Perestroika engagierten, ausreichend Gelegenheit, sich über die realen Auswirkungen dieses Prozesses zu informieren. Aber offensichtlich fehlte nicht nur damals die Bereitschaft, sich diesem Konflikt zu stellen und daraus entsprechende Schlüsse zu ziehen. Bis heute vertreten Krenz und einige andere Positionen, die schon damals nichts mehr mit der politischen Realität zu tun hatten...

5.11. - in den Medien der BRD und Westberlins wird darauf gedrängt, *„der DDR keine Ruhepause zu gönnen“* – in denen der DDR tauchen immer mehr Veröffentlichungen über Korruption und Amtsmissbrauch auf;

6.11. - Veröffentlichung des neuen Reisegesetzes - auf der Leipziger Montagsdemo wird ein Reisegesetz ohne Einschränkungen gefordert;

7.11. - Rücktritte im Politbüro Vorschlag Hans Modrows als Ministerpräsidenten;

8.11. - das Politbüro der SED tritt nach seiner dreitägigen 10. Tagung geschlossen zurück;
- Demonstration von Vertretern der Berliner Parteibasis fordern vor dem ZK unter der Losung ‚Wir sind die Partei‘ die Einberufung einer Parteikonferenz;

In der innerparteilichen Auseinandersetzung in der SED gab es keinen Stillstand. Czichon und Marohn konstatieren: Die Gebrüder Brie und andere ‚Genossen‘ aus der Gewi-Akademie des ZK der SED befürchteten, dass es *„Krenz gelingen könne, ... mit ein paar intelligenten Reformthesen à la Gorbatschow die junge Opposition an die Wand‘ zu drücken.“*² Denen ging es längst nicht mehr um eine Perestroika im Sinne der Weiterentwicklung des Sozialismus, sondern um ihren Weg in die Moderne‘, um ihren abgesicherten Platz in einer kapitalistischen Gesellschaft, um Sonderinteressen einer kleinen Schicht von ‚Intellektuellen‘, die die großen Worte vom Sozialismus, von der Demokratie, von Menschenrechten etc. immer dann im Munde führen, wenn es um ihre Pöstchen geht. An die Stelle der großen Worte vom ‚besseren Sozialismus‘ trat sehr bald die Forderung nach einer Realpolitik, die sich auf das ‚Ankommen in der BRD‘ konzentrierte...

¹ M. Wolf: Im eigenen Auftrag – Bekenntnisse und Einsichten, a.a.O., S. 223

² E. Czichon, H. Marohn: Das Geschenk Die DDR im Perestroika-Ausverkauf, a.a.O., S. 88, S. 172f

- 9.11. - Aufruf von Künstlern, Schriftstellern u. Kulturschaffenden;
 - im ZK wird ein ‚Beschluss zur Veränderung der Situation der ständigen Ausreise v. DDR-Bürgern nach der BRD über die ČSSR‘ gefasst;
 - das neue ZK der SED beruft für den 15. bis 17.12. die 4. Parteikonferenz ein;
 - im Ergebnis seiner vorfristig veröffentlichten Erklärung Schabowskis wird die Staatsgrenze der DDR ohne Vorbereitungen und Ankündigung geöffnet;
- 10.11. - Innenminister Dickel erklärt, die neuen Reiseregungen seien dauerhafte Maßnahmen;
 - am Abend Massenkundgebung vor dem Schöneberger Rathaus für Momper, Genscher und Brandt gibt es stürmischen Beifall – Kohl wird ausgepiffen;

Unter dem Druck einer wachsenden Ausreisewelle von DDR-Bürgern, die über die ČSSR in die BRD ausreisen wollen entschließt sich das mit personellen Veränderungen überforderte Politbüro, alle bisherigen Einschränkungen aufzuheben. Dümde und andere werteten dies als eine Folge der Untätigkeit der neuen Parteiführung: Die Öffnung der Grenze erfolgte in einer Atmosphäre völliger Verunsicherung. Insider fragen sich, was da eine „*Folge spontanen Unmuts*“ war und wo es um „*vorsätzliche Provokationen*“ ging.¹ Zweifelsohne trifft die Einschätzung, dass die „*kopfloze Öffnung der Grenzen zur BRD und nach Westberlin ... zwar kurzfristig ein Ventil geschaffen (habe), aber strategisch zugleich das Schicksal der DDR besiegelt*“ nicht einmal die halbe Wahrheit.² Diese Entscheidung war nicht nur für die Verantwortlichen der Grenztruppen, des MdI, des Zolls und des MfS völlig überraschend. Allein dadurch blieb ein nicht mehr kalkulierbares Risiko: Es hätte genügt, dass ein einziger der Grenzsoldaten angesichts des nun nicht mehr aufzuhaltenden offenen erkannten Angriffs auf die Staatsgrenze die Nerven verlor, dass eine Gruppe derer, die nun (z.T. in angetrunkenem Zustand) ‚rüber wollten‘ zu Steinen gegriffen hätten... Im Kontext mit den Gesprächsinhalten vom 3.11.89 wird deutlich, dass hier nicht nur hochgradig verantwortungslos gehandelt wurde. Das trifft die sowjetische Führung und die in deren Auftrag handelnden Personen um so mehr, weil die Frage nach der Abstimmung dieses Schrittes mit der sowjetischen Seite selbst von unmittelbar beteiligten Politikern nicht nur sehr widersprüchlich, sondern in einer Art und Weise interpretiert wird, aus der hervorgeht, dass diese nicht wussten und z.T. bis heute nicht wissen (wollen??!!), was da eigentlich ablief.³ Vor dem Hintergrund des durch die bis dahin unvorstellbaren Ausmaße von Verrat losgetretenen Überraschungsmomentes kulminierte die Unfähigkeit einer politischen Führung, die den aktuellen Herausforderungen des Klassenkampfes nicht mehr gewachsen war, in einer Verhaltensweise, die mittlerweile völlig unkalkulierbar wurde. Angesichts des nun einsetzenden Massenansturms von DDR-Übersiedlern kommentiert der ‚Spiegel‘ in einem Artikel unter der Überschrift ‚Die Katastrophe ist da‘: „*Nach Öffnung der deutsch-deutschen Grenzübergänge kommen zu den DDR-Übersiedlern täglich nun noch Tausende Besucher*

¹ R. Grimmer, W. Irmeler, W. Opitz, W. Schwanitz: Die Sicherheit – Zur Abwehrarbeit des MfS. Bd. 1, Berlin 2002, S. 27

² ebenda S. 17

³ H. Modrow: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991, S. 25f; und: И.Н. Кузьмин: Крушение ГДР – История – Последствия, (Der Zusammenbruch der DDR - Geschichte - Folgen), а.а.О., S. 58

*aus dem Osten. Die Städte und Gemeinden können den neuen Massenansturm kaum mehr verkraften – die Republik ist voll. Manche Politiker sehen schon den sozialen Frieden bedroht.*¹

- 12.11.- das Politbüro der SED gibt dem Druck der Parteibasis nach und wandelt die beabsichtigte Parteikonferenz in einen außerordentlichen Parteitag um;
- 13.11.- Hans Modrow wird von der Volkskammer zum Ministerpräsidenten einer Koalitionsregierung gewählt;
- 14.11. - nach Mitteilung der Ministeriums für Nationale Verteidigung ist die Sperrzone an der Grenze zur BRD mit sofortiger Wirkung aufgehoben;
- 15.11. - für Gorbatschow ist die ‚Wiedervereinigung eine innere Angelegenheit der DDR‘;
- 17.11. - der Koalitionsregierung Modrow gehören 29 Minister an, 16 stellt die SED, vier die LDPD, drei die CDU je zwei kommen aus der DBD und der NDPD. An die Stelle des Ministeriums für Staatssicherheit tritt ein Amt für Nationale Sicherheit;
 - der Generalstaatsanwalt informiert: im Oktober wurden landesweit 3.456 Personen ‚zugeführt‘, 480 Anzeigen wegen Beleidigung und Misshandlung werden geprüft;
- 19.11. - Modrow, Krenz und Außenminister Fischer erklären in Interviews, dass eine Wiedervereinigung nicht zur Debatte stehe;
- 20.11. - im Sekretariat der SED-Betriebsgruppe des VEB Werk für Fernsehelektronik (WF) in Berlin-Köpenick treffen sich die ‚Fundamentalreformer‘ Andreas Thum und Lutz Eichhorn, um einen Aufstandsstab gegen die SED-Führung unter Krenz zu bilden²;
- 21.11. - die Staatliche Plankommission schränkt die zentral vorgegebenen Kennziffern um mehr als die Hälfte ein, es gibt nur noch Jahrespläne – Quartals- und Monatskennziffern werden abgeschafft;
- 22.11. - das SED-Politbüro spricht sich für die Einrichtung eines ‚Runden Tisches‘ aus
- 23.11. - der Ministerrat beschließt Maßnahmen zum Schutz der Volkswirtschaft vor Schiebern und Spekulanten eine Reihe von Lebensmitteln und Konsumgütern dürfen nur noch an DDR-Bürger verkauft werden;
 - W. Schwanitz, Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit kündigt die Reduzierung der hauptamtlichen Kräfte um 8.000 Personen an;
 - die ZPKK der SED teilt mit, Günter Mittag wurde aus der SED ausgeschlossen und gegen Erich Honecker und andere wurden Parteiverfahren eröffnet;
- 24.11. - in Berlin wird die Grüne Partei der DDR gegründet;
 - Krenz veröffentlicht im ND ein Interview, in dem er für einen Sozialismus eintritt, *„in dem nur das Volk der Souverän ist“*, er fordert die Ausarbeitung eines neuen Sozialismuskonzeptes und spricht sich für freie Wahlen aus;
- 25.11. - Krenz erklärt in der ‚Financial Times‘, dass die Wiedervereinigung mit der BRD keine Tagesaufgabe sei, es könne aber zu einer Konföderation kommen;
- 26.11. - der von vielen bekannten Persönlichkeiten der DDR unterzeichnete Aufruf ‚Für unser Land‘ fordert dazu auf, die DDR als selbständigen Staat zu erhalten und sich nicht der Wirtschaftskraft der BRD zu unterwerfen;
- 27.11. - in Leipzig demonstrieren 200.000 Menschen – in Sprechchören wird jetzt ‚Deutschland einig Vaterland‘ gerufen;
- 28.11. - Kohl bietet ein Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas an, in dem eine Konföderation beider deutscher Staaten vorgesehen ist;
 - Sagladin wendet sich mit Hinweis auf die Rolle der DDR in der sowjetischen Sicherheitspolitik gegen die Kohlschen Wiedervereinigungspläne;

¹ „Die Katastrophe ist da“, in: Der Spiegel 46/1989, S. 130

² E. Czichon, H. Marohn: Das Geschenk – Die DDR im Perestroika-Ausverkauf, a.a.O., S. 243

- auf einer internen Beratung im Parteibüro des WF wird von Mitarbeitern der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED beraten, wie die Macht in der Parteiführung zu übernehmen, die SED aufzulösen und eine ‚fundamentale Erneuerung des Sozialismus‘ in der DDR in Szene zu setzen ist;

30.11. - Michael Brie ruft in seinem Artikel ‚Die Wende wird zur Revolution‘ in der BZ zur ‚deutschen Oktoberrevolution des Jahres 1989‘ und zum ‚Sturz der SED-Macht‘ auf;

Am Abend des 30.11. treffen sich im WF-Kulturhaus ‚etwa 150 bis 170 Gleichgesinnte‘, um über ein von Brie, Land und Kreibig entwickeltes Modell eines ‚dritten Weges für die DDR .. jenseits von Stalinismus und Kapitalismus‘ zu sprechen. Nach einer *„wilden ziellosen Diskussion“* stellt ein Arbeiter die Fragen: *„Wie geht es nun wirtschaftlich weiter, wie überleben wir? .. Können wir die sozialen Standards halten? Was wird aus Krippe, Kindergarten, Hort, Schulspeisung, Baby-Jahr?“* Nachdem nicht nur die vereinzelt Arbeiter, sondern auch die meisten ‚Gleichgesinnten‘ gegangen sind, beschließt der Rest auf Drängen Dieter Segerts, als Aufstandsstab doch noch die Plattform zu gründen. Falkner schreibt dazu: *„Nach dieser Plattform-Gründung hatte sich die Welt verändert Nun hatte der Kampf um die Macht in der Partei begonnen.“*¹

- 1.12. - das ‚Aufstands-Dokument‘ der WF-Plattform wird halbstündlich über mehrere DDR-Sender verlesen, Noch am gleichen Tag schließen sich der neue Erste Sekretär der BL Halle Roland Claus und Roland Wötzel an;
 - weder in Berlin noch anderswo kommt es zu Streiks, Betriebsstilllegungen oder Demonstrationen;
 - die Volkskammer streicht den Artikel über die führende Rolle der SED aus der Verfassung;
- 2.12. - vor dem Gebäude des ZK tritt auf einer durch Vertreter der Akademie der Wissenschaften und des Prenzlauer Berges organisierten Demonstration Gysi mit der Forderung in Erscheinung, dass das ZK einschließlich Politbüro zurück zu treten habe;
- 3.12. - das ZK der SED tritt geschlossen zurück – Hand Albrecht, Günter Mittag, Gerhard Müller und Harry Tisch werden wegen Amtsmissbrauch verhaftet;
- 4.12. - als sich der DDR-Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski in Westberlin den Behörden stellt, kommt es zu einer erneuten Explosion der Empörung;

Czichon und Marohn beantworten die Frage, wer hinter diesem ‚Aufstand‘ stand mit der Vorgabe des Washingtoner NSC-Stabes, dass die in der DDR entstandene Lage keinesfalls als Folge Bonner Politik erscheinen dürfe: Die WF-Plattform wurde weder von Berliner Arbeitern noch aus Leuna, Bitterfeld oder anderen Orten legitimiert. Es waren *„vor allem die Bürgerrechtler aus der Koordinierungsgruppe – und neben Gorbatschow-Akteuren, die manche ‚Lutsch‘ nennen – und Strategen der AG Deutschlandpolitik im Bonner Kanzler-Bungalow. Besser konnte die Zielstellung des NSC nicht bedient werden.“*² Stefan Heym unterstreicht das, indem er sich gegen die Wiedervereinigung wendet: *„Manchmal scheint es, als säßen da zu Bonn oder Frankfurt im stillen Büro einer Denkfabrik ein paar Kerle, die nach genauem Kalkül, mal lockerer, mal fester an der Schlinge ziehen, die dem Esel um den Hals liegt, wobei sie dem*

¹ ebenda S. 247f

² E. Czichon, H. Marohn: Das Geschenk – Die DDR im Perestroika-Ausverkauf, a.a.O., S. 250

Tier Finanzhilfe, Know-how, Managerial-Help, Joint Ventur und was noch vor die Nase halten, um das Bündel dann um so höher schnellen zu lassen: Aber erst müsst ihr dies tun und jenes ändern und das uns garantieren; bis das arme Vieh, bepackt und geplagt, in die Knie geht und es vorzieht, sich schlachten zu lassen.“¹

- 5.12. - gegen E. Honecker wird ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Vertrauensmissbrauches eröffnet;
 - mit der Übergabe der Bewaffnung, der Technik und der Ausrüstungen der Kampfgruppen an das Innenministerium wird eine Forderung der Bürgerbewegungen nach Auflösung dieser Einheiten Rechnung getragen;
- 6.12. - Krenz tritt als Vorsitzender des Staatsrates und des Verteidigungsrates zurück
- 7.12. - erstes Treffen des ‚Runden Tisches‘;
 - der Aufruf ‚Für unser Land hat 235.000 Unterschriften.

Bei den Fragen nach der Verantwortung der Partei fehlt eine nüchterne Analyse der Lage. Mit dem letzten Parteitag der SED wurde in Parallele zur Deformation der KPdSU nun auch hierzulande die systematische Liquidierung einer kommunistischen Alternative eingeleitet. Unter dem Banner eines ‚demokratischen Sozialismus‘ begann ein Prozess, in dessen Verlauf denen, die dem im Wege standen, der Verbleib unmöglich gemacht wurde. Die SED wurde über die Zwischenstufen SED/PDS, PDS und Linkspartei in eine Neuauflage der sozialdemokratischen Partei mit reformistischem Programm umfunktioniert. Die demokratische Gebärde verkam schon im Frühstadium dieser Entwicklung zu einer handstreichartigen Übernahme der Macht durch ‚Initiativgruppen‘, ohne Mandat. Die vorerst noch verdeckte Zielstellung ihrer leitenden Funktionäre war von Anbeginn auf das Ankommen in der BRD ausgerichtet. Nicht einmal die Redakteure des ‚Spiegel‘ konnten sich vorstellen, was da hinter den Kulissen ablief. Gorbatschow wurde unterstellt, er beabsichtige nicht, *„seine Sicherheitsinteressen und seine Rechte als ‚Siegerstaat des Zweiten Weltkrieges‘ ohne Gegenleistung preiszugeben. Die Annäherung der deutschen Staaten soll die Abrüstung vorantreiben, der UdSSR massiven wirtschaftlichen Nutzen bescheren und der Sozialdemokratisierung dessen dienen, was bis vor kurzem der Ostblock war.“²*

- 9.12. - auf dem Sonderparteitag der SED wird deren Umbenennung in SED/PDS beschlossen, Gregor Gysi wird als Vorsitzender eines neuen Parteivorstandes gewählt;
- 11.12. - die Lage im Gesundheitswesen der DDR wird immer prekärer: Seit Anfang des Jahres haben 1.500 Ärzte und Zahnärzte sowie 4.000 Schwestern und Pfleger die DDR verlassen;
- 12.12. - die SPD bricht alle Kontakte zur SED ab – sie betrachtet nur noch die SDP als ihren Gesprächspartner;
- 13.12. - Bundespräsident Weizsäcker warnt vor einer Bevormundung der DDR;
 - seit Januar sind mehr als 317.000 DDR-Bürger in die BRD übersiedelt;
 - von SPD und SDP wird ein Kontaktausschuss gebildet;
- 16.12. - nach einer vom ZDF und dem Spiegel durchgeführten Umfrage unter DDR-Bürgern sprechen sich lediglich 27% der Befragten für eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten aus;

¹ D. Pellmann: Herbst-Sturm über Ostdeutschland – eine kommentierte Chronik, Einspruch Leipziger Hefte, a.a.O., S. 85

² „Dann haben wir verloren“ Der Spiegel 49/1989, S. 168

- 18.12. - die Dresdner Bank kündigt an, in Dresden ein Büro zu eröffnen;
- 20.12. - Mitterand weilt zu einem dreitägigen Staatsbesuch in der DDR;
- 21.12. - nach einer Umfrage würden für die SED/PDS 34%, für die CDU 7,9%, für das Neue Forum 5,8%, für die SDP 5,4%, für die LDPD 2,6%, für die NDPD 2,0%, für den Demokratischen Aufbruch 2,0%, für den DBD 1,6%, für die Grüne Partei 1,0, für die Vereinigte Linke 0,7%, für Demokratie jetzt 0,4% stimmen;
- 22.12.- das Brandenburger Tor wird in Anwesenheit von Modrow und Kohl geöffnet;
- 30.12.- am Treptower Ehrenmal protestieren 2.000 Berliner gegen antisowjetische nationalistische Schmierereien;
- 1990 1.1. - anlässlich des Jahreswechsels versammelten sich etwa 1 Mio. Menschen vor dem Brandenburger Tor, die Quadriga wurde teilweise zerstört, 271 Personen wurden verletzt und einer getötet;
- 3.1. - In Berlin-Treptow nehmen an einer Demonstration der SED/PDS gegen die immer offener auftretenden Neonazis 250.000 Menschen teil;
- 15.1. - In Berlin und in anderen Städten werden Dienststellen des ‚Ministeriums für Nationale Sicherheit‘ gestürmt, zerstört sowie (auf Hinweis von Überläufern) Unterlagen gestohlen;
- 20.1. - nach der Operation eines bösartigen Tumors an der rechten Niere in der Charité wird E. Honecker in die Untersuchungshaftanstalt Rummelsburg überführt. Nachdem er am 30.1. wegen Haftunfähigkeit entlassen werden musste wurde Familie Honecker von einem Pfarrer in den Hoffnungsthaler Anstalten in Lobetal aufgenommen;
- 5.2. - Die SED/PDS trennt sich von ihrem ersten Namensteil;
- 18.3. - Bei Volkskammerwahlen wird die CDU mit 40,8% vor SPD (21,9%), PDS (16,3%), der ‚Allianz Freier Demokraten‘ (5,3%) und dem ‚Bündnis 90‘ (Neues Forum, Demokratie Jetzt, Initiative für Frieden und Menschenrechte) (2,9%) stärkste Partei;
- 12.4. - de Maiziere (CDU) wird Ministerpräsident einer Regierung aus CDU, SPD, Liberalen DSU und DA;
- 5.5. - Auf der Bonner 2+4-Konferenz der Außenminister der vier Siegermächte und der beiden deutschen Staaten werden die außenpolitischen Aspekte der deutschen Einheit erörtert;
- 18.5. - In Bonn wird der Staatsvertrag zur ‚Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion von BRD und DDR unterzeichnet;
- 1.7. - Mit der Währungsunion entfallen Personenkontrollen an der Grenze zwischen DDR und BRD;
- 14.-16.7. - Kohl erhält die Zusage Gorbatschows für die volle Souveränität Deutschlands;
- 19.8. - Nach Streit um den Termin der Vereinigung verlässt die SPD die Regierungskoalition;
- 23.8. - Die Volkskammer stimmt mehrheitlich für den Beitritt der DDR zur BRD;
- 31.8. - Unterzeichnung des Einigungsvertrages;
- 12.9. - Das Abschlussdokument der 2+4 Verhandlungen wird einschließlich der Regelungen zur Westbindung Deutschlands, seiner Grenzen und seines Verzichtes auf atomare, biologische und chemische Waffen in Moskau unterzeichnet;
- 13.9. - BRD und UdSSR schließen einen Zusammenarbeits- und Nichtangriffspakt, für den Abzug der sowjetischen Streitkräfte zahlt die BRD 13 Mrd. DM;
- 25.9. - Die Mitgliedschaft der DDR im Warschauer Vertrag ist beendet;
- 3.10. - Die DDR tritt der BRD bei.

Mit der Liquidierung der DDR wurde die Endphase der Systemauseinandersetzung zwischen dem unter Führung der UdSSR handelnden sozialistischen Lager und den imperialistischen Staaten eingeleitet. Die zuvor schon bestehenden wirtschaftlichen,

politischen und militärischen Probleme und Konflikte wurden nach 1985 durch die Tätigkeit von Einflussagenten in den zentralen Leitungsgremien zielgerichtet so weit aufgeheizt, dass das Ausscheiden eines der leistungsstärksten Partner letztlich zur Auflösung des Bündnisses führen musste. Aber die letztlich ergebnisentscheidenden Angriffe der Konterrevolution kamen nicht von außen, nicht aus dem Lager der Opposition und nicht von Dissidenten. Niemand wäre je zuvor auf die Idee gekommen, das politische Führungszentrum dieses Prozesses im ZK der KPdSU zu suchen. Angesichts des mit dem Übergang zur Perestroika, mit der demonstrativen Massenwirksamkeit von Glasnostj, neuen Formen sozialistischer Demokratie, einer beeindruckenden außenpolitischen Initiative und dem längst überfälligen ‚neuen Denken‘ eingeleiteten Neubeginns der sozialistischen Entwicklung erschienen solche Bedenken geradezu absurd. Deshalb sollte niemand erfahren, was sich hinter den mediengerecht aufbreiteten Aktivitäten Jakowlews, Schewardnadses und Gorbatschows verbarg. Diesbezügliche Warnungen wurden und werden als Rückfall in stalinistisches Denken verdammt und verfolgt. Erinnerung sei nur an die Art und Weise der Auseinandersetzung mit der Nina Andrejewa..

Gestützt auf die Unzufriedenheit mit einer Vielzahl von Versorgungsproblemen, mit Ungerechtigkeiten, dem anmaßenden Auftreten und dem egoistischen Verhalten leitender Funktionäre und ihrer Privilegien entwickelte sich in der Bevölkerung der sozialistischen Staaten eine auf den Selbstverständlichkeiten sozialistischer Verhältnisse aufbauende Umbruchsstimmung. Die Tatsache, dass grundlegende Veränderungen überfällig waren, wurde zum Ausgangspunkt einer Volksbewegung, die sich akzentuiert gegen die herrschenden Zustände aber durchaus nicht vordergründig gegen die sozialistischen Grundlagen der gesellschaftlichen Entwicklung richteten. Der immer wieder ignorierte Rückstau wissenschaftlich-technischer, ökonomischer, politischer und ideologischer Probleme und fehlender Vorlauf einer programmatischen Auseinandersetzung mit den neuen Herausforderungen wurden Ausgangspunkt einer sich beim ersten besten Anlass rasch ausbreitenden Vertrauensverlustes. Mit der Masse der bislang verdrängten Fragen und der Unfähigkeit, überzeugend Antwort geben zu können eskalierte der Orientierungsverlust zur massenhaften Erscheinung.

In dieser ‚Stunde der Demagogen‘ kippten die Grundstimmung, die soziale Zusammensetzung und die politischen Zielstellungen der mittlerweile zu einer politischen Institution angewachsenen Massendemonstrationen. Dort, wo eben noch das selbstbewusste ‚wir sind das Volk!‘ skandiert wurde, tauchte jetzt das nationalistisch orientierende ‚wir sind ein Volk‘ auf. In den Papieren der nun auftretenden Bürgerbewegungen war keine Rede mehr von einer sozialistischen Orientierung. Unter den Demonstranten tauchten Rechtsradikale und Neonazis auf, die kaum auf Widerstand stießen. Diesmal ging es nicht mehr ‚nur‘ darum, unter der vorgeschobenen Losung von einem ‚nationalen Sozialismus‘ den Kapitalismus zu retten. Diesmal gelang es, mit der Forderung nach einem ‚demokratischen Sozialismus‘ nicht nur den realen Sozialismus zu liquidieren.

Der weitere Verlauf der Ereignisse in den anderen sozialistischen Ländern lässt die Wirkungsbreite der Ereignisse in der DDR auch in internationaler Sicht deutlich werden: Bezeichnend ist die Berichterstattung über die Vorgänge in der CSSR und in Bulgarien. In beiden Fällen wird ausdrücklich auf Parallelen zur DDR verwiesen: *„Zwar durften sich die Kommunisten in Prag noch sicher fühlen und der Verfall ihres Machtapparates ging langsamer vonstatten, als bei der SED.“* Man liest das Bedauern ob dieser Sicherheit der Kommunisten – am liebsten wäre diesen Initiatoren der Konterrevolution wohl doch eine Abrechnung mit allem was dazu gehört. Aber so konnte doch zumindest festgestellt werden, dass *„die Ähnlichkeiten mit der DDR ...nicht zu übersehen (waren).“*¹ Besonders aufschlussreich ist der Hinweis eines Vertreters der Oppositionsgruppe ‚Perestroika‘, dass deren 500 Mitglieder fast ausschließlich aus Intellektuellen bestehe, denen es an Verantwortung gegenüber der Gesellschaft fehle. Diese Erscheinung war und ist eines der charakteristischen Momente der Ereignisse von 1989: Gleich ob in den Unionsrepubliken der UdSSR, in der DDR, in Bulgarien, Polen, Ungarn oder Jugoslawien: Überall war zu beobachten, wie sich größere Gruppierungen der Intelligenz, des Mittelstandes in Wahrnehmung ihrer spezifischen Gruppeninteressen und auch größere Teile der Arbeiterklasse selbst angesichts damit verbundener Konsequenzen für politische Veränderungen einsetzten.

¹ Laute Warnung – nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Adamec wurde in Prag nochmals ein Kommunist mit der Regierungsbildung beauftragt, Der Spiegel 50/1989, S. 155

VIII DIE STRATEGIE DER ‚EINZIGEN WELTMACHT‘

Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und der Sowjetunion entfielen sowohl innen- als auch außenpolitische Hindernisse einer ungebremsen Ausdehnung der Macht des Imperialismus. In diesem Kontext verdienen die Aussagen und die Wortwahl, in der sich Brzezinski 1997 zu geopolitischen Zielen der USA äußerte, Aufmerksamkeit. Die Einzigartigkeit dieser Weltmacht Amerika sah er nicht ‚nur‘ in der *„Beherrschung sämtlicher Ozeane und Meere“* durch die militärischen Mittel, mit denen die USA in der Lage sei *„bis ins Innere eines Landes vor(zu)stoßen und ihrer Macht politisch Geltung zu verschaffen.“* Die praktische Bedeutung dieser Worte kommt nicht zuletzt in der ausdrücklichen Erwähnung der *„Randgebiete des eurasischen Kontinents“* und der Kontrolle des Persischen Golfes zum Ausdruck. Mit kaum noch kontrollierter Verachtung und gezielt beleidigender Sprache ging er davon aus, dass *„der gesamte Kontinent von amerikanischen Vasallen und tributpflichtigen Staaten übersät (ist), von denen einige allzu gern noch fester an Washington gebunden wären.“*¹ Nicht weniger aufschlussreich ist die von großmachtchauvinistischer Arroganz geprägte Sprache, in der er sich über *„das relativ kleine, dünnbesiedelte Aserbaidshan“* äußert. Dessen geopolitische Bedeutung definiert er mit den riesigen Energiequellen: *„Es ist gewissermaßen der Korken in der Flasche, die die Schätze des Kaspischen Beckens und Zentralasiens enthält.“*²

Folgerichtig wurde diese Politik auch in den Beziehungen zur EG und noch deutlicher in denen zu Russland und den anderen Nachfolgestaaten der UdSSR praktiziert. Das begann nicht erst mit der demagogischen Frage, ob ‚dies wirklich Europa‘ sei. In den globalen Zielstellungen der USA in Europa wurde auf *„ein energisches, konzentriertes und entschlossenes Einwirken Amerikas auf die Deutschen (orientiert), um die Ausdehnung Europas zu bestimmen und um mit – vor allem für Russland – derart heikle Angelegenheiten wie dem etwaigen Status der baltischen Staaten und der Ukraine innerhalb des europäischen Staatenbundes fertig zu werden.“*³ Jenseits aller ‚vollmundigen Partnerschaftsromantik‘ wird Russland hier als *„einfach zu rückständig und durch den Kommunismus zu heruntergewirtschaftet qualifiziert, um ein brauchbarer Partner der Vereinigten Staaten zu sein.“*⁴ Hier artikulierte sich der großmäulige Übermut eines Siegers, der es trotz ausdrücklichem Hinweis auf vorangehende Welt-herrschaftspläne für unmöglich hielt, dass es das alles scheitern könnte.

Die Art und Weise, in der die USA die Interessen der hier führenden Monopole nicht nur im Irak, sondern unter Nutzung von ihr provozierten Kriege⁵ überall dort durch-

¹ Z. Brzezinski: Die einzige Weltmacht – Amerikas Streben nach der Vorherrschaft, Weinheim und Berlin 1997, S. 41

² ebenda S. 75

³ ebenda S. 110

⁴ ebenda S. 153

⁵ Hier sei daran erinnert, dass der Besetzung Kuwaits durch den Irak eine Konsultation zwischen der irakischen Führung und der US-Botschafterin April Glaspie vorausging, in deren Verlauf diese versicherte, „keine Meinung zu arabisch-arabischen Konflikten wie der Grenzstreitigkeit zu haben“ [As the world watched the military build up at the Kuwaiti border, Saddam called a meeting with the US ambassador April Glaspie, who told Saddam: "We have no opinion on the Arab-Arab conflicts, like your

setzt, wo es um hinreichend profitable Geschäfte geht, wird u.A. auch durch Henry Kissinger offen gelegt: *„Die Vereinigten Staaten – und andere demokratische Industriestaaten – haben ein zwingendes nationales Interesse daran, zu verhindern, dass die Region von Staaten dominiert wird, deren Ziele mit den unseren unvereinbar sind. Die fortschrittlichen Industriewirtschaften hängen von den Erdöllieferungen vom Golf ab, und eine Radikalisierung der Region hätte Konsequenzen von Nordafrika über Zentralasien bis nach Indien.“*¹ Wenn man solcherart darüber aufgeklärt wird, was unter ‚fortschrittlich‘ verstanden wird, ist klar, dass es durchaus nicht ‚nur‘ um die großmachtchauvinistische Arroganz imperialer Machthaber geht.

Was anderes wird hier gesagt, als das, was Goebbels am 18.10.1942 hinaus schrie, als er nicht mehr von *„blasse(n) Ideale(n)“* nicht mehr nur von *„Proletariat oder Bürgertum .. Sozialismus oder Nationalsozialismus“* sondern im Klartext von *„Kohle, Eisen, Öl und vor allem um Weizen“* sprach. Da war keine Rede mehr von den (heute wieder hervorgekramten) Lügen von der notwendigen Abwehr eines angeblich bevorstehenden Überfalls der Sowjetunion auf Hitlerdeutschland. Und obwohl davor und danach als Rechtfertigung dieser Verbrechen von NS-Führungsoffizieren gepredigt: Hier ging es längst nicht mehr allein und ausschließlich um die ebenso erbärmliche wie verbrecherische Propaganda, mit der arische ‚Herrenmenschen‘ in der Uniformen von Wehrmacht und SS an der Front vor allem aber im Hinterland, in den Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagern, bei der alle Rücksicht ignorierenden Ausbeutung deportierter Zwangsarbeiter zu unsäglichen Verbrechen gegen ‚asiatisch-jüdische Untermenschen‘ aufgehetzt wurden.

Vergleicht man die gegenwärtige politische Praxis der USA mit der Hitlerdeutschlands sind einige Unterschiede im Ausmaß der dabei begangenen Verbrechen genau so wenig zu verkennen wie unübersehbare Parallelen: Das zeigt sich sowohl in der Art und Weise der Kriegsvorbereitung, in der propagandistischen Rechtfertigung, in der Kriegsführung und in der Praxis des Okkupationsregimes. Im Vorfeld dieser aggressiven Akte wurden und werden aus Lügen und tendenziöser Fehlinterpretation ‚Gründe‘ zur Rechtfertigung eines militärischen Eingreifens zurechtgezimmert. Wodurch unterscheidet sich der von SS-Leuten vorgetäuschte Überfall polnischer Soldaten auf den Sender Gleiwitz von den ‚Beweisen‘ einer ‚Bedrohung durch irakische Massenvernichtungswaffen‘ die der US-Außenminister mit schon damals als Fälschung entlarvten Geheimdienst,dokumenten‘ vor aller Welt im Sicherheitsrat vorlegte, von der Verwandlung der albanischen UÇK aus einer Bande separatistischer Terroristen in eine mit amerikanischer Hilfe aufgerüstete ‚Befreiungsarmee‘, von der angeblichen Verfolgung des Chefterroristen Bin Laden, als die Verhandlungen mit den Taliban zur Verlegung einer Gasleitung in Afghanistan ins Stocken gerieten?

border disagreement with Kuwait." She went on to say: "James Baker has directed our official spokesmen to emphasize this instruction.] (Quelle: *San Francisco Examiner* vom 18. November 2002) unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Zweiter_Golfkrieg (Excerpts From Iraqi Document on Meeting with U.E. Envoy, New York Times 23.9.1990) Der Irak – ein belagertes Land - Vorgeschichte und Hintergründe eines angekündigten Krieges, unter: http://www.embargos.de/irak/irak_belagert_votr_ha0802.htm

¹ H. Kissinger: Die Herausforderung Amerikas – Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Berlin 2003, S. 223

Hinderliche völkerrechtliche Straftatbestände wie das von den USA einst selbst initiierte und sanktionierte ausschließliche Recht des UNO-Sicherheitsrates, - mit Ausnahme der Verteidigung gegen einen Angriff - über die Anwendung militärischer Gewalt zu entscheiden, werden mit dem verlogenen Postulat eines hausgemachten ‚Rechtes‘ auf die Führung von ‚Präventivkriegen‘ gebrochen. Aber für die USA und deren Verbündete führte die Zuständigkeit des Internationalen Nürnberger Militärgerichtshofs für *„Artikel 6: ... (a) VERBRECHEN GEGEN DEN FRIEDEN: Nämlich: Planen, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge, Abkommen oder Zusicherungen oder Beteiligung an einem gemeinsamen Plan oder an einer Verschwörung zur Ausführung einer der vorgenannten Handlungen“*¹ nie zu praktischen Konsequenzen.

Der Unterschied zu Hitlerdeutschland: 1928 gab es zwar vertraglich im Kellogg-Briand-Pakt verankerte feierliche Erklärungen aber – trotz wiederholter Forderungen - noch keine verbindlichen strafrechtlichen Normen des Völkerrechts. Gerade wegen der Unerträglichkeit begangener Verbrechen und der schon zuvor ausgesprochenen Ächtung des Krieges wurde diese rückwirkende Entscheidung als rechtens erkannt. Für alle nachfolgenden Kriege ist dieses Recht Entscheidungs- und Bewertungsgrundlage. Trotz und ungeachtet dieses völkerrechtsverbindlichen Straftatbestandes *„nahmen ... (die USA und deren Verbündete K.H. wiederholt) an der Planung, der Vorbereitung, der Entfesselung und der Führung von Angriffskriegen teil, die zugleich auch Kriege waren, die internationale Verträge, Abkommen und Zusicherungen verletzten.“*²

Mit dem missionarischen Eifer eines Gotteskriegers entsandt Präsident Bush seine Marins angeblich deshalb in ‚Schurkenstaaten‘, um den dort Lebenden (auch gegen ihren ausdrücklichen Willen) die Segnungen des american way of live zu bringen. Zwar wirkt diese Art propagandistischer Rechtfertigung vor allem der Rechtfertigung des Einsatzes amerikanischer Soldaten in anderen Teilen der Welt: Mit Verweis auf die von ihm und anderen US-amerikanischen Evangelisten immer wieder beschworenen ‚besondere Verantwortung‘ der USA als ‚Gottes eigenes Land‘ soll durchaus nicht nur dem religiösen Fundamentalismus und also der Stimmungslage eines großen Teils der Wähler dieses Präsidenten Rechnung getragen werden. Dieser hegemonistische Anspruch ist mit den Interessen der US-Monopole kompatibel. Aber selbst im offiziellen Sprachgebrauch dient die Berufung auf eine ‚westliche Wertegemeinschaft‘ (so auch von europäischen Regierungen und den sie tragen Parteien übernommen) als hinreichender Grund der Verketzerung des ‚Islamismus‘, der ‚Terroristen‘ und all derer, die sich allein schon durch ihre Unbotmäßigkeit angeblich des Verdachtes schuldig gemacht haben, kommunistische Diktatoren zu sein. Nicht anders verhält es sich mit den Reden des US-Präsidenten: Für die US-amerikanische Öffentlichkeit ist das Geschwätz des Präsidenten bestimmt, in dem es um ‚Demokratie‘, um Freiheit und den ‚Kampf gegen einen Diktator‘ geht, also um all das geht,

¹ Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vom 14.11.1945 – 1.10.1946, Statut für den Internationalen Militärgerichtshof, Band I, Nürnberg 1947, S. 11

² ebenda S. 45

was von den GI-s zu verteidigen seien. Aber nicht nur die Familie Bush ist so sehr mit dem Erdöl liiert, dass alles Gerede über christliche und sonstige Werte nicht darüber hinweg täuschen kann, worum es wirklich geht: Angesichts dramatisch schrumpfender Öl-Reserven sind Petro-Dollars (mittlerweile in Konkurrenz zum €) die Münze, die im blutigen Spiel der global players wirklich akzeptiert wird.

Diese Tatsache wird in der Art und Weise der Kriegsführung umgesetzt: Die führenden Politiker des einzigen Staates, der in einer eindeutig verbrecherischen Art und Weise mit dem militärischen Einsatz von Kernwaffen den Massenmord praktiziert hat, empören sich darüber, dass andere Staaten im Interesse ihrer eigenen Sicherheit danach streben, sich selbst mit eben solchen Waffen auszurüsten. Das geschieht angesichts der Tatsache, dass die Streitkräfte der USA durch den Einsatz von Giftgasen, Napalm, abgereichertem Uran, Kugelbomben und anderen Waffen und durch deren Einsatz gegen zivile Ziele selbst nachweisbar wiederholt und systematisch gegen einschlägige Verbote der Haager Landkriegsordnung verstoßen haben.¹ Diese Kontinuität von Kriegsverbrechen findet – ebenso wie die dem Völkerrecht Hohn sprechende Behandlung, insbesondere die Misshandlung und die Folter von Kombattanten, die systematische Plünderung von nationalen Reichtümern in den besetzten Gebieten und der Einsatz militärischer Gewalt gegen die Zivilbevölkerung auch in der Art und Weise der Ausübung des Okkupationsregimes Fortsetzung. Wohlgermerkt: Das Ausmaß dieser Verbrechen ist nicht mit den Folgen des verbrecherischen Vernichtungsfeldzuges der Wehrmacht und der SS vergleichbar. Aber das, was dort als Bestandteil einer Strategie der verbrannten Erde Methode war wurde wiederholt auch von den Angehörigen der US-Streitkräfte im Vietnamkrieg, in Afghanistan, im Irak und anderen Kriegen praktiziert.

Auf die Art und Weise, dass und wie sich Zbigniew Brzezinski über die Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika äußerte² und wie er dazu beitrug³, wurde vorn bereits hingewiesen. In deutscher Übersetzung erschien sein 1997 veröffentlichter Bestseller ‚The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives‘ mit dem Vorwort von Hans-Dietrich Genscher. Nicht wirklich anders fielen die Rezensionen des damaligen Bundesverteidigungsministers Volker Rühle⁴ und des seinerzeit bei der

¹ So wird im Artikel 22 festgelegt, dass „die Kriegführenden kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes haben.“ Namentlich wird untersagt: a) die Verwendung von Gift oder vergifteten Waffen, im Artikel 25 wird „untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen. Im Artikel 27. wird gefordert: *„Bei Belagerungen und Beschießungen sollen alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden, um die dem Gottesdienste, der Kunst, der Wissenschaft und der Wohltätigkeit gewidmeten Gebäude, die geschichtlichen Denkmäler, die Hospitäler und Sammelplätze für Kranke und Verwundete soviel wie möglich zu schonen, vorausgesetzt, dass sie nicht gleichzeitig zu einem militärischen Zwecke Verwendung finden.“* Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs [Haager Landkriegsordnung], 18. Oktober 1907, unter: http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0201_haa_de.pdf

² siehe S. 204 und 241

³ siehe S. 180

⁴ V. Rühle: Zbigniew Brzezinski stellt ein strategisches Konzept für globale Sicherheit vor, unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/2.1715/rezension-sachbuch-stabilitaet-durch-ein-neues-gleichgewicht-11316072.html>

Friedrich Ebert Stiftung arbeitenden Spezialisten für Sicherheitspolitik Oliver Thränert aus. Zwar vermutet Thränert, dass dieses Buch wegen „*Theorielosigkeit und Einseitigkeit*“ nicht besonders gut ankommen könnte. Und er ahnt, dass es wegen des „*bisweilen herrischen amerikanischen Auftretens*“ ein – allerdings diplomatisches – Lamento geben werde.¹ Das liegt alles auf der Linie des H.D. Genscher, der ganz beflissen andeutete, dass sich „*Mancher Leser ... daran stoßen (wird), dass die Terminologie des Autors in vielem an das macht- und gleichgewichtspolitische Denken des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts erinnert.*“² Wenn es bloß um den Stil ginge – Brzezinski ist da deutlicher und formuliert klar und unmissverständlich, was er von derlei Politikastern hält: „*Tatsache ist schlicht und einfach, dass Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern.*“³ Wird dieser Text und wird der darin artikulierte Anspruch so ernst genommen, wie dies die Aussagen dieses Mannes nach 1989 und 1991 verdienten, dann kann dieses Buch, kann diese Position nicht anders als eine Neuauflage uneingeschränkter Weltherrschaft verstanden werden. Dieses Buch steht in einer Traditionslinie mit Hitlers ‚Mein Kampf‘ und kann schon deshalb nicht anders gewertet werden.

Wer sich derart positioniert hat sollte sich nicht wundern, wenn die, die er da bestenfalls als Vasallen und Tributpflichtige akzeptiert, ihn als einen ihrer bestgehassten Gegner ansehen. Aber mittlerweile hat sich da einiges getan. Hauke Ritz beschreibt den Weg, des Zbigniew Brzezinski nicht zu unrecht als „*eine der schillerndsten Figuren der außenpolitischen Elite der Vereinigten Staaten.*“ Von einer besonderen Wertschätzung seines Verstandes ist da keine Rede – aber: „*Sein Schriften bestechen durch ihren Sinn für die machtpolitischen Realitäten und irritieren zugleich durch die Konsequenz, mit der diese Machtpolitik entfaltet wird.*“ In diesem Sinne ist sich der Brzezinski treu geblieben. Aber: „*Ging es in seinem letzten großen Buch ‚The Grand Chessboard‘ noch darum, die politische Kontrolle über Zentralasien zu gewinnen und sprach er 2008 immerhin noch von einer ‚Second Chance‘ zur Errichtung einer unipolaren Welt, so gesteht er jetzt ein, dass der Machtverlust der USA und die multipolare Welt Realität geworden sind.*“ Im Rahmen der damit notwendig gewordenen Neubewertungen kommt Ritz zu einer letztlich doch nur oberflächlichen Feststellung: „*An erstaunlichsten ist, dass er seine radikale Gegnerschaft gegenüber Russland, die in allen seinen früheren Büchern direkt oder unterschwellig präsent ist, aufgegeben hat. Mehr noch: Für das Überleben des Westens sei es zentral, Russland zu integrieren.*“⁴ Warum sollte der Mann, der sein ganzes Leben lang nichts anderes als imperialistische Interessen vertreten hat, angesichts einer sich für das ursprünglich als imperia-

¹ O. Thränert: Rezension zu Z. Brzezinskis ‚Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft, in: International Politics and Society 1/1998, unter: http://www.fes.de/ipg/rez_thra.html

² H.D. Genscher: Vorwort zu Z. Brzezinski: Die einzige Weltmacht – Amerikas Streben nach der Vorherrschaft, a.a.O. S. 13

³ Z. Brzezinski: Die einzige Weltmacht – Amerikas Streben nach der Vorherrschaft, unter: <http://de.sc.ribd.com/doc/28572993/Die-Einzig-Weltmacht-Amerikas-Strategie-Der-Vorherrschaft>

⁴ H. Ritz: Warum der Westen Russland braucht – die erstaunliche Wandlung des Zbigniew Brzezinski, unter: <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2012/juli/warum-der-westen-russland-braucht>

listische Führungsmacht überaus unvorteilhaft entwickelnden Lage nicht danach Ausschau halten, wie die immer offensichtlicher werdenden Probleme der derzeit noch imperialistischen Hauptmacht mit Hilfe des imperialistischen Russland zumindest eingegrenzt werden können? Zusammenfassend stellt Ritz fest, dass das neue Buch, die ‚Strategic Vision‘ *„insofern höchst bemerkenswert (ist), als Brzezinski darin eine weitreichende politische Wende vornimmt. Er fordert eine umfassende Revision der bisherigen Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik seit dem Ende des Kalten Krieges. Die zentrale These des Buches lautet, dass die USA sich heute in einer ähnlichen Situation befinden wie die Sowjetunion in den 80er Jahren.“*¹

Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass Brzezinski mit dem von ihm gebildeten Begriff des ‚Tittytainment‘² in der ihm eigenen zynischen Manier ein überaus ernst zu nehmendes Problem der aktuellen sozialökonomischen Entwicklung angesprochen hat. Aber seine, zwar schon ins Russische³, aber noch nicht ins Deutsche übersetzte 2012 in New York erschienene Arbeit ‚Strategic Vision: America and the Crisis of Global Power‘ verdient mehr Beachtung. Dieses Buch ist in vier Teile gegliedert: Im ersten geht es um die Verschiebungen im Machtgefüge zwischen ‚dem Westen‘ und den Aufstieg Asiens und den Einfluss der dadurch in Bewegung gebrachten Veränderungen auf die globalen Beziehungen. Im zweiten analysiert Brzezinski die Krise dessen, was nicht nur er als den ‚amerikanischen Traum‘ ansieht, er warnt vor der Fortsetzung eines noch immer dominierenden Selbstbetruges, skizziert die ‚starken Seiten‘ Amerikas und untersucht die vielen imperialen Kriege der USA. Im dritten Teil zeichnet er ein Bild von der Welt nach Amerika bis 2025 und den Einfluss Chinas, beschreibt das postamerikanische Durcheinander und die in der geopolitischen Entwicklung besonders gefährdeten Staaten. Hier listet er Georgien, Taiwan, Südkorea, Belarusland, die Ukraine, Afghanistan, Pakistan, Israel und den Nahen Osten auf. Am Beispiel der sich weiter komplizierenden Beziehungen zwischen den USA und Mexiko entwirft er ein Szenario der Folgen des zunehmenden Einflusses Chinas auf Lateinamerika und prognostiziert ‚ein Ende der gutnachbarlichen Beziehungen‘. In diesem Kontext analysiert er die sich derzeit abzeichnenden globalen Veränderungen. Er unterscheidet strategische und ökologische als die zwei entscheidenden Gruppen: Zu den strategischen zugehörig sieht er nicht nur die Äquatorien und den Luftraum, sondern auch den modernen Informationsaustausch und die Kernwaffen, deren Verbreitung und die Kontrolle über diese. Zu den ökologischen Problemkreisen gehören Fragen nach den Wasserressourcen, die Arktis und die globalen klimatischen Veränderungen. Hier habe die USA dank ihrer fast weltweiten Hegemonie in der letzten Zeit die Möglichkeit gehabt, eine neue Weltordnung zu schaffen. Aber die sei jetzt in

¹ ebenda

² Wortbildung aus englisch *titty* (Slang für Busen) und *entertainment* (Unterhaltung). Der Begriff steht für die Vermutung, dass auf Grund steigender Produktivität zukünftig ein großer Teil der Weltbevölkerung (80%) von der Produktion von Dienstleistungen und Güter entbunden sein werde und dann von Transferleistungen leben würde. Um diesen Teil der Bevölkerung ruhig zu stellen, würde er durch die Medien berieselt werden, nach: Tittytainment, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Tittytainment>

³ З. Бжезинский: Стратегический взгляд: Америка и глобальный кризис, АСТ, Астрель, Москва 2013

vielerlei Beziehung ernsthaft und nachhaltig bedroht. Er konstatiert, dass die derzeitigen Kandidaten auf eine Führungsrolle in der Welt – China, Indien, Brasilien und Russland – bei der globalen Regelung dieser Prozesse eine immer größere Rolle spielen. Zugleich stellt er fest, dass ein US-amerikanisch-europäischer oder die US-amerikanisch-russischer Konsens allein nicht ausreicht, um die Bedingungen für die Regelung dieser Probleme zu diktieren. Im abschließenden Teil skizziert Brzezinski unter der Überschrift ‚Jenseits von 2015 – eine neue geopolitische Balance‘ seine Vorstellungen von der Welt nach 2015. Hier geht es um Instabilitäten Eurasiens, einen erweiterten und energischeren Westen und einen stabilen und kooperativen Osten.

Im Resultat seiner Untersuchungen kommt Brzezinski zur Schlussfolgerung, dass die *„Hauptaufgabe und der geopolitische Imperativ Amerikas in den nächsten Jahrzehnten“* darin besteht, *„sich einen ‚zweiten Atem‘ zu eigen zu machen, der es zur Bildung eines erweiterten und energischeren Westens befähigt und gleichzeitig das komplizierte Gleichgewicht nach Osten zu stärken, um auf den zunehmenden globalen Status Chinas konstruktiv zu reagieren und ein weltweites Chaos zu verhindern.“*¹

Zwar hat er im ersten Abschnitt mit aller gebotenen Nüchternheit auf sechs Gründe verwiesen, die Grund genug zur Beunruhigung der von ihm vertretenen Kreise Amerikas sind.² Aber auch diese Überlegungen halten ihn nicht davon ab, seinen

¹ З. Бжезинский: Стратегический взгляд: Америка и глобальный кризис, Z. Brzezinski: Eine strategische Vision: Amerika und die globale Krise, unter: <http://www.e-reading.co.uk/book.php?book=102> 2010

² Als ‚sechs wichtigste Gründe zur Beunruhigung Amerikas‘ benennt Brzezinski:

„1. die in einem von der Wirtschaft nicht mehr zu kompensierenden Ausmaße wachsende Staatsschulden.“

„2. das aus zwei Gründen gefährliche verfaulte Finanzsystem: erstens ist dies eine systematische Mine mit verzögerter Wirkung, weil es durch seine riskanten Operationen nicht nur Amerika, sondern die Weltwirtschaft bedroht; zweitens provoziert es Probleme moralischer Natur, die die Wut der Bürger provoziert und durch das sich verschärfende Dilemma sozialer Probleme das Prestige Amerikas im Ausland untergräbt.“

„Dritter Grund zur Beunruhigung sind die wachsende Ungleichheit der Einkommen und die Stagnation der sozialen Mobilität, die in langfristiger Perspektive den sozialen Frieden und die demokratische Stabilität bedrohen.“

„Vierte Quelle dieser Sorgen ist der Verfall der nationalen Infrastruktur. China baut neue Flughäfen und Straßen, Europa, Japan und nun auch China können mit ihren Hochgeschwindigkeitszügen prahlen, die amerikanischen Analoge sind auf dem Niveau des XX. Jahrhunderts stehengeblieben.“

„Der fünfte Schwache Punkt Amerikas sind die sehr schwachen Kenntnisse der amerikanischen Bevölkerung vom Rest der Welt.“

„Die sechste Achillesferse ist das festgefahrene politische System. Politische Kompromisse werden zum Teil schon deshalb immer schwerer, weil die Massenmedien, insbesondere Fernsehen und Radio, die politischen Böcke einen immer größeren Einfluss auf den partisanenhaft verlaufenden Diskurs haben. Die im Ergebnis entstandene politische Paralyse verhindert – wie im Falle der Kürzung des Staatshaushaltes - die Durchführung notwendiger Maßnahmen. Amerika erscheint in den Augen der Weltöffentlichkeit unfähig, seine ernststen sozialen Probleme zu lösen. Mehr als das – das in Amerika in starkem Maße von Investitionen in politische Kampagnen abhängige - existierende politische System hängt von engstirnigen regionalen Interessen und von ausländischen Lobbyisten ab, die dieses System für ihre Interessen nutzen. ... Unser Land steht an der Schwelle eines langen Krieges zwischen Linken und Rechten.“

Nach: З. Бжезинский: Стратегический взгляд: Америка и глобальный кризис, Z. Brzezinski: Eine strategische Vision: Amerika und die globale Krise, unter: <http://www.e-reading.co.uk/book.php?book=102> 2010

Traum von einer exklusiven Rolle Amerikas in der Weltgeschichte weiter zu verfolgen. Nach seiner Meinung kann es *„die Lösung der globalen Probleme und des Lebens der Menschheit ohne ein durch das erneuerte Amerika sichergestelltes stabiles geopolitisches Gleichgewicht Eurasiens nicht geben. Die Unfähigkeit Amerikas, diesen Ambitionen einer transkontinentalen geopolitischen Strategie zu folgen, beschleunigt die Schwächung des Westens und verstärkt die Instabilität des Ostens. Zwischenstaatliche Feindschaft in Asien – vor allem zwischen China, Indien und Japan, erhöht die Spannungen in der Region und verschärft – mit Verlusten für beide Seiten – die wechselseitige Ablehnung zwischen China und Amerika.“*¹

Hier zeichnen sich Konturen einer ernüchternden Verzweiflung ab: Der Mann, der wenige Jahre zuvor mit Selbstverständlichkeit, d.h. in der Art und Weise, in der er sich selbst verstand, davon ausging, dass der Staat, mit dem er sich eins wusste, unaufhaltsam zur Weltherrschaft strebt, sah sich jetzt mit der Tatsache konfrontiert, dass diese seine Politik diesen Staat in ein unausweichliches Debakel gestürzt hatte. Brzezinski versuchte, die Folgen der von ihm seinerzeit vertretenen Orientierung auf jene abzuwälzen, die doch nicht anderes taten, als diese zu praktizieren. Für ihn ist Busch Junior derjenige, der alles vermässelt hat.

Was davon zu halten ist, wird etwas besser verständlich, wenn man Bruno Mahlows Zitat aus einer der jüngsten Reden Brzezinskis mit den Zuständen in der BRD vergleicht. Bei Mahlow wird unter anderem angemerkt, dass *„das heutige Amerika ein Land enormer sozialer Kontraste (ist). 1 Prozent der reichsten Familien besitzen über 35 Prozent des nationalen Reichtums, wogegen 90 Prozent der Bevölkerung nur über 25 Prozent verfügen. Den USA geraten globale Veränderungen in sozialökonomischen und geopolitischen Bereichen außer Kontrolle.“*² Vergleicht man diese Tatsachen mit den Angaben, die in offiziellen Dokumenten resp. einschlägigen Untersuchungen zur Entwicklung der Vermögensverteilung in Deutschland vorliegen wird deutlich, dass es in der BRD eine unübersehbar eindeutige Bevorzugung des reichsten Teils der Bevölkerung gab. Aber in den Jahren nach 1998 setzte ein geradezu schamlos zu nennender Raubzug zu Gunsten der ohnehin reichsten 10 % der Bevölkerung ein, der innerhalb dieses Klüngels noch einmal eine Steigerung zu Gunsten der dünnen Schicht superreicher Multimilliardäre erfuhr. Offiziell hält man sich derzeit noch immer dezent bedeckt: *„Die meisten Milliardäre etwa in Europa ,gehen mit ihrem Reichtum diskret um, besonders die Deutschen‘, sagte Hoogewerf der ,Welt.“*³ Aber sicher ist daran zu zweifeln, welcher Wert den Maßstäbe von Diskretion, Bescheidenheit etc. beizumessen ist, die ein Journalist als ‚normal‘ ansieht, der sich von der Erstellung der Rangordnung der reichsten chinesischen Milliardäre ernährt..

¹ З. Бжезинский: Стратегический взгляд: Америка и глобальный кризис, Z. Brzezinski: Eine strategische Vision: Amerika und die globale Krise, unter: <http://www.e-reading.co.uk/book.php?book=1022010>

² B. Mahlow: Brzezinskis Visionen, unter: http://www.icarus.gbmev.de/sites/icarus_2012_2_Brzezinskis_Visionen.htm

³ Reichen-Liste - 120 geheime Milliardäre in Deutschland?, unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article114003352/120-geheime-Milliardaere-in-Deutschland.html>

	1973 ¹	1983	1988	1993	1998	2002 ¹	2007	2013
90-100%	78,0	48,8	45,5	40,8	41,9	57,9	61,1	+
80-90%		21,3	21,9	20,2	21,1	19,9	19,0	-
70-80%	13,5	14,5	15,1	15,1	15,2	11,8	11,1	-
60-70%		9,0	9,6	11,2	10,7	7,0	6,0	-
50-60%	5,7	4,0	5,0	7,1	6,5	2,8	2,8	-
40-50%		1,5	2,4	3,3	3,0	1,3	1,2	-
30-40%	2,8	0,7	1,2	1,6	1,3	0,4	0,4	-
20-30%		0,4	0,5	0,7	0,6	0,0	0,0	-
10-20%	0,8	0,1	0,1	0,3	0,1	0,0	0,0	-
0-10%		-0,3	-0,8	-0,3	-0,4	-1,2	-1,6	-

Tab. 8: Vermögensverteilung in Deutschland 1973-2013²

Schon die Ausgangslage 1973 war durch ein dramatisches Ausmaß sozialer Ungerechtigkeit charakterisiert: Die oberen 20% verfügten über mehr als $\frac{3}{4}$ des Vermögens, die unteren 20% hatten gerade mal 0,8% zur Verfügung. In den Folgejahren gab es marginale Korrekturen. Aber zwischen 1998 und 2005 kam es zu einer exorbitanten Verschärfung dieser Ungleichheit. Jetzt wurde die BRD nicht CDU/CSU/FDP, sondern von der ‚rot-grün‘ kolorierten‘ Koalition Schröder / Fischer regiert. Im ‚Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung‘ vom März 2013 fehlen konkrete Zahlen. Stattdessen findet sich dort die nicht weniger vielsagende Aussage: *„Der Vermögensanteil des obersten Dezils ist dabei im Zeitverlauf immer weiter angestiegen.“*³

	1973	1983	1988	1993	1998	2002	2007	2013
90-100%	78,0	-7,9	-3,3	-4,7	+1,1	+16,0	+3,2	+
80-90%			+0,6	-1,7	+0,9	-1,2	-0,9	-
70-80%	13,5	+10	+0,6	+/- 0	+0,1	-3,4	-0,7	-
60-70%			+0,6	+0,6	-0,5	-3,7	-1,0	-
50-60%	5,7	-0,2	+1,0	+2,1	-0,6	-3,7	+/- 0	-
40-50%			+0,9	+0,9	-0,3	-1,7	-0,1	-
30-40%	2,8	-1,7	+0,5	+0,4	-0,3	-0,9	+/- 0	-
20-30%			+0,1	+0,2	-0,1	-0,6	+/- 0	-
10-20%	0,8	-1,0	+/- 0	+0,2	-0,2	-0,1	+/- 0	-
0-10%			-0,5	+0,5	-0,1	-0,8	-0,4	-

Tab. 9: Zugewinne und Verluste der Vermögensanteile in Deutschland 1973-2013

Seit 1998 ist nur noch der Vermögensanteil der obersten zehn Prozent der Bevölkerung gewachsen. Und auch da gibt es ‚Unterschiede‘: Mit anderen Worten: 0,1 % der Bevölkerung der BRD verfügen über das sechzehnfache Vermögen dessen, was der unteren Hälfte der Bürger dieses Landes bleibt. Pro Person ist dieses Verhältnis der Reichsten 0,1% zu jedem Promille der untersten 50% wie 7.898 zu 1... Mit der Agenda 2010 präsentierte Schröder am 14.3.2003 das größte und wichtigste Projekt seiner Kanzlerschaft. Kernstück dieser Reform war das Hartz-Konzept, das unter dem

¹ M.M. Grabka: Die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland. Anteil des Nettovermögens am Gesamtvermögen nach Dezilen, S. 37, unter: https://www.diw.de/documents/vortragsdokumente/220/diw_01.c.388794.de/v_2011_grabka_einkommensverteilung_paderborn.pdf

² nach: Vermögensverteilung in Deutschland, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Vermögensverteilung_in_Deutschland

³ Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Stand März 2013, S. XII

Vorsitz des in der VW-Schmiergeldaffäre wegen 2007 wegen Untreue rechtmäßig verurteilten Peter Hartz entwickelt wurde.

JUGOSLAWIEN, DER KALTE KRIEG UND DIE JUGOSLAWIENKRIEGE

Im August 1949 notierte der Spiegel: *„Hinter dem Rücken der Sowjetunion und ohne Wissen der Volksdemokratien verhandelte Tito mit den Westmächten.“*¹ Im Februar 1950 war vom Botschafter der USA in Belgrad zu hören, dass an die USA-Hilfe für Jugoslawien keinerlei politische Bedingungen geknüpft (würden). Selbst der Spiegel wunderte sich: *„Die Amerikaner, Kommunistenfresser durch und durch, helfen dem kommunistischen Diktator Tito auch so mit Waffen und Dollars.“*² Und im November des gleichen Jahres sorgte sich US-Präsident Truman: *„Die Fähigkeit Jugoslawiens, einem Sowjetangriff Widerstand zu leisten, wird ohne sofortige amerikanische Hilfe in gefährlicher Weise in Frage gestellt.“*³ Sich selbst im Alleinvertretungsanspruch für ‚Menschenrechte‘ und ‚westliche Werte‘ deklarierend hatten die selben Herren gleich gar nichts daran auszusetzen, dass die Führung des jugoslawischen Bundes der Kommunisten seit November 1952 mit der Beendigung der *„einjährigen Schonzeit für die Opposition innerhalb ihrer eigenen Reihen“* nicht nur mit der Absetzung aus allen Ämtern, sondern mit Exekutionen ‚aufräumte‘.⁴ In den Folgejahren wurde zwar mitunter auch ein wenig gemäkelt – aber der Grundtenor der Unterstützung antisowjetischer Tendenzen war und blieb ausreichend, um Jugoslawien wirtschaftlich, politisch und – eher symbolisch – auch militärisch zu unterstützen.

In der Entwicklung, die sich in der Jugoslawischen Föderativen Volksrepublik in den Jahren nach 1949 vollzog, widerspiegeln sich die Kalküle der Systemauseinandersetzung zwischen der USA und den sich nur anscheinend klassenneutral als ‚Westmächte‘ bezeichnenden führenden imperialistischen Staaten Europas auf der einen und der UdSSR und dem sozialistischen Lager auf der anderen Seite. Insbesondere ging es dabei auch um die Rolle des Bundes der Kommunisten in der Gemeinschaft der kommunistischen und Arbeiterparteien. So wenig davon auszugehen ist, dass der unter Josip Broz Titos Führung eingeschlagene ‚besondere Weg‘ zum Sozialismus in den führenden Kreisen der USA, Großbritanniens oder in anderen Staaten der ‚westlichen Welt‘ auf besondere Sympathie stieß: Trotz dieser grundlegenden Ablehnung war allein schon die Tatsache, dass es hier eine Regierung gab, die sich den Vorgaben aus der UdSSR nicht bedingungslos unterordnete, völlig ausreichend, um diesen Konflikt nach Kräften zu fördern.

Nach 1990 hatten sich die politischen Rahmenbedingungen für die bis dahin nicht nur geduldete, sondern in Opposition zur UdSSR sogar geförderten und unterstützten Entwicklung der Sozialistischen Föderativen Volksrepublik Jugoslawiens grundlegend

¹ Dem Brechen nahe – aufgeblasener Ochsenfrisch, Der Spiegel 35/1949, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44438231.html>

² Tito – die beste Propaganda, Der Spiegel 8/1950, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44447320.html>

³ Totos Weizen Der Spiegel 48/1950, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44451219.html>

⁴ KOMMUNISTEN / JUGOSLAWIEN Die Mäuse tanzen Die Rache der Partisanen Die Illusion vom Sozialismus, Der Spiegel 2/1955, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31968837.html>

geändert: Mit dem Wegfall dieser Option gab es für die Westmächte nicht nur keine Gründe für die weitere Unterstützung – jetzt ging es nicht mehr um die Unterstützung eines als Alternative zum sowjetischen Modell des Sozialismus geförderten Instrumentes der gesellschaftspolitischen Diversion. Jenseits dieser Rücksichten war Jugoslawien nur noch eine jener sozialistischen Herausforderungen die weder mit den gesellschaftspolitischen noch mit den geopolitischen Interessen der USA und ihrer Verbündeten vereinbar waren. Zugleich war mit der Zerschlagung der Sowjetunion auch die Kraft ausgeschieden, deren Einsatz Jugoslawien die Voraussetzungen für eine sozialistische Entwicklung und deren Existenz überhaupt erst möglich geworden waren. Jetzt wurden die im Verlauf des zweiten Weltkrieges von deutschen, britischen und US-amerikanischen und Politikern verfolgten alten geopolitischen Ziele mit neuer Konsequenz reaktiviert.

In der aktuellen Diskussion der damit verbundenen Probleme wird die Suche nach den Ausgangspunkten dieses Zersetzungsprozesses mit dem Hinweis auf nationale Konflikte zwischen Serben, Slowenen, Kroaten, Albanern, Mazedoniern und anderen Bevölkerungsgruppen dieses Vielvölkerstaates ‚beantwortet‘. Aber hinter den in diesem Zusammenhang insbesondere gegen ‚die‘ Serben erhobenen Vorwürfen des Nationalismus, der ethnischen Unterdrückung anderer Bevölkerungsgruppen und der Verletzung der Menschenrechte werden ganz anders geartete Zielstellungen und deren historische Hintergründe verborgen. Fremdherrschaft, nationaler Befreiungskampf und die Kollaboration ganzer Bevölkerungsgruppen mit osmanischen, italienischen und österreichischen Herrschern prägten schon vor dem XVI. Jahrhundert das Leben. Das nationale Selbstbewusstsein dieser Völker reifte in der Auseinandersetzung zwischen immer wieder aufflammenden Aufständen, furchtbaren Niederlagen, systematisch geschürten ethnischen Konflikten und opportunistischer Anpassung an die jeweiligen Lebensverhältnisse. In diesem Bündel widersprüchlicher Probleme sind – trotz der letztlich gleichen serbokroatisch/kroato-serbischen Sprache auch die Ursachen der Differenzierung zwischen mehrheitlich römisch-katholischen Kroaten, islamischen Bosniaken und den christlich-orthodoxen Serben zu suchen.

Für das Verständnis der aktuellen nationalen Auseinandersetzungen, Hintergründe und die Art und Weise ihrer Instrumentalisierung ist die Geschichte der dreißiger, vierziger und fünfziger Jahre des XX. Jahrhunderts von besonderer Bedeutung. Da ist zu vermerken, dass der erste Weltkrieg durch das Attentat serbischer Nationalisten ausgelöst wurde. Die Geschichte und der Untergang des Königreichs Jugoslawien, die profaschistische ‚Republik Hrvatska‘¹ und die Blutspur der Ustascha² (Ustaša = kroatisch Aufstand) gehören eben so dazu, wie die der nationalistisch und monarchistisch orientierten Čentnici und die blutige Rache der Partisanenverbände der Jugoslawischen Volksarmee. Die in den Nachkriegsjahren immer wiederkehrenden Meldun-

¹ Unabhängiger Staat Kroatien (USK) (ezavisna Država Hrvatska NDH) ist die Bezeichnung des von 1941 bis 1945 bestehenden kroatofaschistischen Vasallenstaates des Hitlerregimes

² Die Ustascha (Ustaša – hrvatska revolucionarna organizacija [UHRO]) von Ante Pavelić 1929 gegründeter kroatischer nationalistisch-terroristischer Geheimbund, der sich zu einer faschistischen Bewegung entwickelte

gen über Angriffe auf jugoslawische Diplomaten und jugoslawische Einrichtungen erinnerten daran, dass diese Konflikte im Hintergrund der jugoslawischen Nachkriegsentwicklung stets präsent bleiben.

Dass es von islamischer Seite separatistische Bestrebungen gab wurde schon 1949 durch die pro-islamische Revolte der ‚Mladi Muslimani‘ dokumentiert. Die Entwicklung nationalistischer Tendenzen wurde 1967 in der Forderung kroatischer Sprachwissenschaftler und Studentenorganisationen nach Wiedereinführung der kroatischen und der Abschaffung der serbokroatischen Sprache ebenso nachvollziehbar wie in der Verselbständigung der mazedonische Kirche und im Auftreten Franjo Tuđmans, das seinen Ausschluss aus dem Bund der Kommunisten nach sich zog. Ähnliche Forderungen veröffentlichte Izetbegovic 1970 in seinem Buch ‚Islamska Deklaracija‘. Ein Jahr später demonstrierten tausende kroatische Studenten und Intellektuelle während des ‚kroatischen Frühlings‘ für mehr Souveränität, vor allem aber für die Reinvestition in Kroatien erwirtschafteter Mittel in Kroatien. Im westlichen Ausland fanden weder dieses Ereignis noch die Niederschlagung dieser politischen Bewegung die sich daran anschließenden Massenverhaftungen oder die gegen vier Mitglieder verhängten Todesstrafen¹ Beachtung: Jugoslawien wurde als subversives Gegengewicht gegen den Einfluss der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten gebraucht, wo vergleichbare Vorkommnisse sofort unmittelbare ‚Empörung‘ ausgelöst hätten...

Durch die 1974 eingeführte neue Verfassung wurden den Teilrepubliken, dem Kosovo und der Vojvodina größere autonome Rechte zugebilligt. Aber die härtesten Auseinandersetzungen fanden zwischen serbischen und kroatischen Nationalisten und Vertretern der jugoslawischen Regierung. Nicht weniger extrem spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen Kosovo-Albanern und den anderen Teilrepubliken zu. Nach Titos Tod häuften sich solche Erscheinungen. Albanische Forderungen nach einer gleichberechtigten Teilrepublik Kosovo wurden von den anderen Teilrepubliken und von der jugoslawischen Bundesregierung abgelehnt. Aus den schon 1981 beginnenden Unruhen entwickelten sich politische und bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der weitgehend serbischen Bundespolizei, der ‚Demokratischen Liga für Kosovo.‘ In dieser Situation wirkte das 1986 von der Serbischen Akademie der Wissenschaften und der Künste veröffentlichte ‚Sanu-Memorandum‘² wie ein Katalysator der ohnehin vorhandenen nationalistischer Tendenzen: Aus einer Analyse der ökonomischer und kultureller Entwicklungsprobleme wurde eine systematische Kritik mangelnder demokratischer Strukturen im jugoslawischen Systems abgeleitet. Die durch größere Investitionen des Bundes geförderte Exportorientierung der slowenischen und der kroatischen Wirtschaft und die Deviseneinnahmen aus dem Tourismus hatten zu erheblichen Disproportionen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit geführt. Mit der immer schneller wachsenden Inflation wurden diese Probleme immer deutlicher spürbar. Der Titoismus wurde als eine ‚antiserbische Doktrin‘ bezeichnet, die die Serben gezielt schwäche, und anderen Teilrepubliken auf ihre Kosten un-

¹ Jugoslawienkriege unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Jugoslawienkrieg>

² ebenda

gerechtfertigte Vorteile einräume Mit den Begriffen Genozid und Völkermord wurden die ‚Unterdrückung der Serben in Kroatien‘ und der ‚Völkermord an den Serben im Kosovo‘ angeprangert.

Nachdem sich Milošević im April 1987 im Kosovo über die Sorgen der Serben und Montenegriner informierte schien eine relative Ruhe einzukehren. Die serbisch-orthodoxe Bevölkerung berichtete dort von einem massiven wirtschaftlichen, politischen und psychischen Druck durch Albaner. Nach seiner Rede im Kulturhaus von Kosovo Polje wurde einer aufgebrachten serbischen Menschenmenge von der albanischen Provinzpolizei der Zutritt verweigert. Als Milošević vor das Gebäude trat und die Menschen rufen *„Sie schlagen uns!“*, antwortet er: *„Niemand darf euch schlagen!“* (*„niko nesme da vas bje“*). Obwohl in seiner Rede auf dem Amselfeld ausdrücklich darauf verwiesen wurde, dass *„Jugoslawien eine multinationale Gemeinschaft ist, die nur auf der Basis völliger Gleichberechtigung aller in ihr lebenden Nationen überleben kann“*, und *„niemals in der Geschichte Serben allein in Serbien gelebt haben“*¹ wurde und wird ihm dieser Auftritt später als Organisation einer ‚nationalistischen, pro-jugoslawischen Kampagne‘ angelastet.

Die Entwicklung eskalierte erst, nachdem die seit 1974 bestehende Autonomie des (albanisch dominierten) Kosovo und der (ungarisch dominierten) Vojvodina im Rahmen einer ‚antibürokratischen Revolution‘ 1989 aufgehoben und der serbischen Zentralverwaltung unterstellt wurden. Staatliche Institutionen wurden ‚serbisiert‘, Serbisch wurde Amtssprache, Albanisch und Ungarisch wurden weder an den Schulen gelehrt noch vor Gericht geduldet. Massenkundgebungen der albanischen Bevölkerung, auf denen nicht mehr nur die Wiedereinführung der Autonomie gefordert, sondern eine ‚unabhängige Republik Kosovo‘ ausgerufen wurde, mündeten in Auseinandersetzungen mit der Polizei, führten zur Auslösung des Ausnahmezustandes zu Haftstrafen und zur drastischen Verschärfung restriktiver Maßnahmen. Parallel dazu kam es im Kontext der sich häufenden nationalistischen, antiserbischen und antisemitischen Äußerungen Tuđmans und der Auftritte zurückkehrender Ustascha- und Tschetnik-Emigranten nun auch in Kroatien und Serbien zu nationalistischen Massendemonstrationen.

Die Führung des BdK hatte die Kontrolle über Teile des Landes verloren. Im Verlauf des sich immer deutlicher abzeichnenden Zusammenbruchs der sozialistischen Staaten erübrigte sich die Unterstützung der jugoslawischen Wirtschaft. Unter dem Druck der sich jetzt dramatisch beschleunigende Inflation kam es zu immer offeneren Auseinandersetzungen zwischen Slowenien, Kroatien und den anderen Teilrepubliken und zur Zuspitzung von Machtkämpfen. Auf dem außerordentlichen Kongress des BdK am 22.1.1990 stimmte die serbische Mehrheit gegen die Forderungen kroatischer und slowenischer Delegierter nach der Umwandlung des Bundesstaates in eine Konföderation. Daraufhin verlassen deren Delegierten den Parteitag. Später wieder-

¹ Rede von Slobodan Milosevic anlässlich der 600 jährigen Gedächtnisfeier der ‚Schlacht auf dem Amselfeld‘, unter: <http://www.friwe.at/jugoslawien/archiv/milosevic.rtf>

holt sich dies im jugoslawischen Parlament, in dem Serbien und Montenegro nach der Auflösung der autonomen Provinzen die Mehrheit hatten. Slowenien und Kroatien zahlen zunächst nicht mehr die vollen Steuern und Zölle und stellten ihre Zahlungen in den Republikenausgleichsfonds der Bundeskasse schließlich ganz ein. Nach der Abführung von 3 Mrd. US-\$ zur Tilgung von Kreditverpflichtungen stand Jugoslawien vor dem Staatsbankrott. Die daraufhin verfügte Sperrung aller Devisenkonten führte zur Enteignung der Privatsparer. Parallel dazu wurde im Mai 1990 die Beschlagnahme der Waffen der Territorialverteidigung durch die Bundesarmee verfügt. Vor diesem Hintergrund der eskalierenden Situation kam es im Sommer in beiden Teilrepubliken zu Referenden, in denen eine Mehrheit der Slowenen und Kroaten für staatliche Unabhängigkeit stimmte.

Jetzt passten die von Ustascha-Funktionären in München erarbeiteten Revanchepläne nicht mehr nur in die außenpolitischen Zielstellungen der BRD-Regierung. Mit der durch die Bundesregierung sanktionierte und sowohl diplomatisch als auch durch die Finanzierung von Waffenlieferungen geförderte separatistischen Abspaltung Sloweniens und Kroatiens wurde eine Welle von militärischen Auseinandersetzungen eingeleitet, die eine nicht mehr abreißende Kette von Bürgerkriegen einleitete. Anfang 1991 proklamierten Kosovo-Albaner die unabhängige ‚Republik Kosova‘, die aber weder von Serbien noch international (mit Ausnahme Albanien) anerkannt wurde. Am 28.2. wurde in Knin die ‚Serbische Autonome Provinz Krajina‘ ausgerufen. Slowenien und Kroatien proklamierten am 25. Juni 1991 ihre Unabhängigkeit. Schon seit März 1991 kam es in Kroatien zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen der kroatischen Polizei, der kroatischen Nationalgarde auf der einen und Gruppierungen von in Kroatien lebenden Serben, serbischen Freiwilligen und Tschetniks aus Bosnien und Serbien und der Jugoslawischen Volksarmee. Am 26. Juni 1991 griff die Jugoslawische Volksarmee in Slowenien ein, um die Unabhängigkeit zu verhindern. MiG-29-Jagdflugzeuge beschossen den Ljubljaner Flughafen. Nachdem in Belgrad erkannt wurde, dass die Unabhängigkeit nicht mehr aufzuhalten war wurde zehn Tagen später ein Waffenstillstand geschlossen. Die letzten Soldaten zogen im Oktober 1991 aus Slowenien ab. Das Zentrum der militärischen Auseinandersetzungen verlagerte sich auf kroatisches Gebiet.¹

Am 25.6.1991 beschlossen Slowenien und Kroatien offiziell ihren Austritt aus dem Staatsverband Jugoslawiens. In Slowenien blieben die damit ausgelösten Auseinandersetzungen auf kleinere Gefechte zwischen der jugoslawischen Volksarmee und der Landespolizei beschränkt. In Kroatien gestaltete sich dieser Prozess durch die von Präsident Tuđman im April 1991 befohlene Umgestaltung der Sonderpolizei in eine ‚Volksgarde‘, die Einwirkung von Ustascha-Gruppierungen und die Einmischung der BRD und anderer Staaten wesentlich komplizierter. Parallel dazu bildeten sich in allen jugoslawischen Teilrepubliken paramilitärische Verbände, die aktiv in die Kampfhandlungen eingriffen. Im Bürgerkrieg zwischen Jugoslawien und kroatischen

¹ siehe Jugoslawienkriege, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Jugoslawienkrieg>

Separatisten kam es von 1991 bis 1995 zu schweren Kämpfen und hohen Verlusten unter der serbischen und der kroatischen Zivilbevölkerung. Im März 1992 wiederholte sich dieses Szenario in Bosnien-Herzegowina.

Aber alles das, was in der Auseinandersetzung zwischen separatistischen und nationalistischen Gruppierungen in einigen Republiken, der jugoslawischen Bundesregierung und der Mehrzahl der serbischen, bosniakischen, kroatischen und albanischen Bevölkerung aufschaukelte, wäre nicht derart aus dem Ruder gelaufen, wenn es keine Einmischung aus dem Ausland gegeben hätte. Von zentraler Bedeutung war der Umstand, dass der Internationale Währungsfonds seine noch aus dem Jahre 1988 stammende Bereitschaft, 750 Mio. US-\$ bereit zu stellen, an die Bedingung geknüpft hatte, die Wirtschaft zentral zu steuern.¹ Milosevic verwies in seiner Verteidigungsrede vor dem Haager Tribunal darauf, dass *„Deutschland (und insbesondere Außenminister Genscher) die Hauptschuldigen sind, weil auf ihr Betreiben gegen erheblichen Widerstand in der EU und in Washington die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens international anerkannt wurde. Damit wurde eine nach jugoslawischem und internationalem Recht illegale, mit provozierenden Gewaltakten begonnene Sezession jugoslawischer Teilstaaten gutgeheißen.“*²

Das Vorgehen der jugoslawischen Streitkräfte gegen separatistische Gruppierungen in Slowenien, Kroatien und Bosnien wird nicht nur im Vergleich zu den Kämpfen mit der UÇK beurteilbar. Mandel konstatierte, dass es sich bei dem *„harten militärischen Vorgehen der Serben gegen die Dörfer, die von der UÇK kontrolliert wurden ... eigentlich nur um die klassische Reaktion überlegener Streitkräfte auf Guerillaaktivitäten aus der Bevölkerung“* handelt, wie dies auch von Israel und den USA selbst mehrfach und von letzteren beim Überfall auf Serbien praktiziert wird.³ Diese Tatsache wurde von Milosevic später auch vor dem Tribunal geltend gemacht: *„Dies ist das klassische Beispiel für eine bewaffnete Rebellion gegen den Staat“* gegen die jeder Staat das Recht hat, mit allen Mitteln vorzugehen.⁴

Bei der Beantwortung der Frage nach militärpolitischen Gründen für die Auslösung dieser Stellvertreterkriege und dem späteren unmittelbaren Eingreifen von NATO-Verbänden kann nicht übersehen werden, dass die jugoslawische Volksarmee zu Beginn der 90-er Jahre ein durchaus ernst zu nehmender Faktor war. Im Verlaufe des Zweiten Weltkriegs unter Führung der Kommunistischen Partei als bewaffneter Teil des antifaschistischen Widerstands gegründet hatten diese Verbände größere Wehrmachtsverbände gebunden. Nach dem Krieg wurde sie zu einer regulären

¹ M. Mandel: Pax Pentagon – Wie die USA den Krieg als Frieden verkaufen, Frankfurt a.M. 2005, S. 115

² Milosevic in seiner Rede vor dem Haager Tribunal, nach: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/un-tribunal-in-den-haag-milosevic-deutschland-verursachte-balkankrieg-1175133.html?service=json&fullhash=qwervf2352642z.234tawt>

³ M. Mandel: Pax Pentagon – Wie die USA den Krieg als Frieden verkaufen, a.a.O., S. 115

⁴ Milosevic in seiner Rede vor dem Haager Tribunal, nach: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/un-tribunal-in-den-haag-milosevic-deutschland-verursachte-balkankrieg-1175133.html?service=json&fullhash=qwervf2352642z.234tawt>

Armee ausgebaut. Noch in den 80-er Jahren hatte sie eine Stärke von 240.000 Soldaten (Heer 190.000, Luftwaffe 37.000, Marine 13.000). Dazu kamen 500.000 Reservisten und 1 Mio. Angehörige der Territorialverteidigung und sowie ca. 2 Millionen der zivilen Verteidigung.¹ Erst nach den auch für diese Armee nicht zuletzt durch das Ausscheiden von Offizieren und Soldaten dieser Völker verlustreichen Bürgerkriegen in Serbien, Kroatien erschien es der Generalität des Pentagon angemessen, aktiv in diese Kampfhandlungen einzugreifen.

Durch die diplomatische Flankierung dieser Entwicklung wurde dieser Angriffskrieg in einer Art und Weise vorbereitet, die direkte Parallelen zur Auslösung des ersten Weltkrieges nahe legt: Der Auftakt bei den Verhandlungen wurde vom Spiegel mit den Worten charakterisiert: „*Noch einmal tun alle so, als hätte die Diplomatie eine Chance.*“ Aber schon in der Zusammensetzung der kosovarischen Delegation wird deutlich, dass es um etwas ganz anderes geht: Hashim Thaçi (UÇK-Kommandeur ‚Schlange‘) wird in Jugoslawien wegen mehrfachen Mordes gesucht.² Aber es blieb nicht ‚nur‘ bei der politischen Aufwertung der eben noch in den USA als eine verbrecherische Terrororganisation bezeichneten UÇK zu einer kosovarischen ‚Befreiungsarmee‘: Das in Rambouillet vorgelegte Dokument enthielt Bestimmungen, die im Sinne der Vorwegnahme einer bedingungslosen Kapital ganz Jugoslawien einer Besetzung durch die NATO unterworfen hätte. Offiziell hieß es, es gehe um eine Autonomieregelung für den Kosovo und deren Absicherung durch die Stationierung einer Friedenstruppe im Kosovo.

Abb. 2: Nachdem in der LVZ gefragt wurde: ‚Kannte Fischer den Inhalt des Rambouillet-Vertrags?‘ und nebenstehende Auszüge veröffentlicht wurden stellte es sich heraus dass der Bundestag über den Einsatz der Bundeswehr im Krieg gegen Jugoslawien abgestimmt hatte, ohne über diese Hintergründe informiert zu sein...

Im militärischen Annex B des Abkommens ging es um die volle Bewegungsfreiheit für die NATO in ganz Jugoslawien. Eine

Unterzeichnung kam einer bedingungslosen Kapitulation gleich. „*Dass der jugoslawische Präsident Milosevic ein solches Papier nicht unterschreiben wollte, erscheint nachvollziehbar*“ leuchtet sogar der Berliner Zeitung³ ein. Der damalige Außenmini-

Auszüge aus dem Vertrag

Artikel 6
a) Die Nato genießt Immunität vor allen rechtlichen Verfahren – ob zivil-, verwaltungs- oder strafrechtlich.
b) Die zur Nato gehörenden Personen genießen unter allen Umständen und zu jeder Zeit Immunität vor der Gerichtsbarkeit der Konfliktparteien.

Artikel 8
Das Nato-Personal soll sich... innerhalb der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien inklusive ihres Luftraumes und ihrer Territorialgewässer frei und ungehindert sowie ohne Zugangsbeschränkungen bewegen können. Das schließt ein – ist aber nicht begrenzt auf – das Recht zur Errichtung von Lagern, die Durchführung von Manövern und das Recht auf Nutzung sämtlicher Regionen oder Einrichtungen, die benötigt werden für Nachschub, Training und Feldoperationen.

Artikel 10
Die Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien sollen den Transport von Personal, Fahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen, Ausrüstungen oder Nachschub der Nato durch den Luftraum, Häfen, Straßen oder Flughäfen mit allen angemessenen Mitteln und mit Priorität ermöglichen. Der Nato dürfen keine Kosten berechnet werden für die Starts, Landung oder Luftraum-Navigation von Flugzeugen. Fahrzeuge, Schiffe oder Flugzeuge, die bei den Nato-Operationen eingesetzt werden, unterliegen keiner Verpflichtung zur Genehmigung, Registrierung oder kommerziellen Versicherung.

¹ Jugoslawische Volksarmee, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/JugoslawischeVolksarmee>

² Der etwas andere Krieg, Der Spiegel 2/2000, S. 135

³ P. Schwarz: Wie der Balkankrieg vorbereitet wurde – Das Abkommen von Rambouillet sah die Besetzung von ganz Jugoslawien vor, unter: <http://www.wsws.org/de/1999/apr1999/ramb-a.13.shtml>

ster Fischer versuchte, dieses Papier damit zu rechtfertigen, dass das ‚eine ‚Maximalforderung‘ gewesen sei, die noch verhandelbar gewesen wäre – aber die Serben hätten gar nicht mehr über den militärischen Annex sprechen wollen.¹ Nach Auskunft des Auswärtigen Amtes, waren zwei der drei ranghöchsten Vertreter des Amtes - die Staatsminister Günter Verheugen (SPD) und Ludger Volmer (Grüne) - überrascht: ihnen seien die Artikel aus dem Annex B ‚völlig neu‘. Der dritte - Staatssekretär Wolfgang Ischinger – behauptete im Widerspruch zu den Tatsachen, die Passagen entstammten einer älteren, nicht mehr aktuellen Fassung des Abkommens. Die *taz* fragt sich, wie viel Außenminister Joschka Fischer selbst wusste, zieht aber auch die Möglichkeit in Erwägung, dass die Bundesregierung das Parlament und die Öffentlichkeit gezielt in die Irre geführt hat.²

Das eigentlich Ungeheuerliche dieser Art heuchlerischen Mitgefühls ist die Tatsache, dass der offensichtliche Bruch des Völkerrechts durch die USA und ihre NATO-Verbündeten, die Art und Weise, in der diese mit anderen Staaten und mit den eigenen Bündnispartnern umgehen und die hinter dem Phantom ‚Kollateralschäden‘ verschleierte Kriegsverbrechen von den dafür verantwortlichen Politikern und diesen Schreiberlingen in aller Öffentlichkeit als die Selbstverständlichkeit der geopolitischen Machtverhältnisse hingenommen und dargestellt werden. Jetzt kommentiert das Altbundeskanzler Schmidt mit den Worten, diese *„Intervention mit dem Hinweis auf Auschwitz .. weder moralisch noch außenpolitisch vertretbar (war).“*³

Milosevic wies in seiner Rede vor dem Haager Tribunal nach, dass *„die Amerikaner und die Allianz mit weltweit bekannten Terroristen und Mitgliedern der albanischen Drogen-Maffia in der Kosovo-Befreiungsbewegung zusammengearbeitet haben, obwohl schon damals bekannt gewesen sei, das diese Kontakte zur Al Qaida Osama bin Ladins hätten“*⁴. Trotz dieses Wissens wurden die Aktivitäten der kroatischen, bosnischen und albanischen Separatisten seitens der NATO und insbesondere durch Politiker, Diplomaten und Militärs der USA mit Waffenlieferungen, gezielten Desinformationen, aber auch logistisch, durch die Entsendung von Militärspezialisten und die Ausbildung an modernen Waffen unterstützt.

In Parallele zur Vorgehensweise der Ustascha auf dem Gebiet der kroatischen Teilrepublik findet sich auch im Hintergrund der UÇK eine Kette historischer Zusammenhänge, in denen Beziehungen zur Zeit des zweiten Weltkrieges unübersehbar sind: Bei der Aufteilung des im 2. Weltkrieg durch die Wehrmacht eroberten Serbiens okkupierten Deutschland, Ungarn und Italien und das von Hitlerdeutschland und Mussolini-Italien geschaffene Kroatien des Ante Pavelić große Gebiete: Im Norden wurden Ungarn die Vojvodina zugeschrieben, Bulgarien erhielt Mazedonien und Ita-

¹ siehe Der etwas andere Krieg, Der Spiegel 2/2000, S. 135

² P. Schwarz: Wie der Balkankrieg vorbereitet wurde - Das Abkommen von Rambouillet sah die Besetzung von ganz Jugoslawien vor, unter: <http://www.wsws.org/de/1999/apr1999/ramb-a13.shtml>

³ ‚Das ist Großmannssucht‘, Der Spiegel 44/2007, S. 40

⁴ Milosevic in seiner Rede vor dem Haager Tribunal, nach: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/un-tribunal-in-den-haag-milosevic-deutschland-verursachte-balkankrieg-1175133.html?service=json&fullhash=qwervf2352642z.234tawt>

lien übernahm nicht nur fast die ganze Adria-Küste sondern verleibte darüber hinaus den Kosovo in das von ihm kontrollierte ‚Groß-Albanien ein. Auf dem übrig gebliebenen $\frac{2}{3}$ Serbiens wurde eine ‚Sonderzone des deutschen Oberbefehlshabers mit eigener Regierung und Armee‘ formiert.¹

Im Kontext dieses historischen Hintergrundes gewinnt die Abfolge der Jugoslawien-Kriege eine eigene Dynamik: Der 10-Tage-Krieg zwischen Jugoslawien und Slowenien fand in den nicht enden wollenden Dramen des von 1991 bis 1995 andauernden Kroatien-Krieges und in dem von 1992 bis 1995 währenden Krieg zwischen serbischen, kroatischen und bosnischen Streitkräften in Bosnien-Herzegowina Fortsetzung. Daran schlossen sich 1996 im Kosovo bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der UÇK und den Kräften der jugoslawischen, d.h. serbischen Bereitschaftspolizei an, die – von Anbeginn aus dem Ausland finanziert und unterstützt – im Frühjahr 1999 den Ausgangspunkt für den von den USA initiierten und von der BRD unterstützten Krieg der NATO gegen Jugoslawien bildeten. Führt man sich das – eben erst durch Ausstellungen der Reemtsma-Stiftung aktualisierte - Ausmaß der im Vernichtungskrieg der Wehrmacht begangenen Kriegsverbrechen vor Augen, ist es geradezu ungeheuerlich, wenn in der Begründung der Teilnahme von Bundeswehreinheiten am Krieg gegen Jugoslawien auch dieses ‚Argument‘ herangezogen wird. Der durch seine Beteiligung an der Vorbereitung und Rechtfertigung dieses Verbrechens beteiligte Scharping brachte es fertig, folgende Ungeheuerlichkeit beizutragen: *„Vergleiche mit den Nazis mögen hier und da hinken - eines bleibt: Wer mit derselben fanatischen Überzeugung Menschen systematisch mordet, vertreibt, vergewaltigt und ihrer elementaren Rechte beraubt, dem muss mit aller Macht in den Arm gefallen werden.“*²

Nach der weitgehenden Ausschaltung der jugoslawischen Luftabwehr durch ein langfristig vorbereitetes System von Maßnahmen der elektronischen Kriegsführung³ stand die Bombardierung serbischer Städte und Betriebe auf der Zielliste der NATO-Bomber. Aufgelistet wurden in diesem Zusammenhang Viren- und Würmer-Programme, logische Bomben (Software, mit der große Datensätze zerstört werden können), Falltüren (in Softwar eingebaute Geheimzugänge zu Datensätzen) und elektromagnetische Impulse (energiestarke sehr kurzweilige Strahlung, mit der elektronische Anlagen in Bruchteilen von Sekunden zerstört werden). In diesem Zusammenhang wird verständlich, warum und wie es gelang, eine militärische Überlegenheit zu sichern, die weitgehendst ungestrafte Luftangriffe garantierte.

Der Spiegel konstatiert: *„Die drei industriellen Schlüsselsektoren Serbiens wurden schwer getroffen: Die Petrochemie, einträglichster Industriezweig des Landes, ist mit unabsehbaren ökologischen Folgeschäden praktisch ausgelöscht, das Prestigewerk*

¹ W. Oschlies: Volksdeutsche Manipuliermasse in der SS-Division „Prinz Eugen“ unter: <http://www.shoa.de/content/view/521/60/>

² R. Scharping „Der Stein auf unserer Seele. Deutschland und der gerechte Krieg - Eine Antwort an György Konrád“, in: Frank Schirmacher (Hg.): *Der westliche Kreuzzug. 41 Positionen zum Kosovo-Krieg*, Stuttgart 1999, S.132f. nach: Jürgen Rose: Warum die NATO Jugoslawien angriff

³ „Die Fronten sind überall“, Der Spiegel 37/1999, S. 288ff

*Petrohemija vor den Toren Belgrads dem Erdboden gleichgemacht. Vernichtet sind ebenfalls die beiden Düngemittelfabrik in Novi Sad und bei Pančevo.*¹ Sofern hier damit argumentiert werden könnte, es handele sich um militärisch bedeutsame Objekte – das war nur ein geringer Teil der Ziele, die von den Jagdbombern der NATO angegriffen wurden. Es ging in erster Linie um Wohnsiedlungen, Dörfer, Brücken, Menschenansammlungen und alles, was den Piloten ‚unterkam‘. Die überwiegende Mehrzahl der Opfer waren Zivilisten. Wieder wurde die von imperialistischen Militärs kolportierte These von der Zerstörung der Wehrmoral des Gegners durch Bombardements zum Ausgangspunkt folgenschwerer Kriegsverbrechen.

Mit der Beendigung des Kosovo-Krieges waren die militärischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien noch längst nicht abgeschlossen. Größere albanische Bevölkerungsgruppen gab es nicht nur im Kosovo. Auch auf dem Territorium des nun auch selbständig gewordenen Mazedonien lebt eine halbe Million Albaner. Auch hier wurden politische Auseinandersetzungen inszeniert, die mit der Infiltration von Kampfgruppen der UÇK bis zum offenen Bürgerkrieg und zum Einsatz von NATO-Truppen aufgeheizt wurden. Dass es dabei ein arbeitsteiliges Zusammenwirken gab, folgt nicht nur daraus, dass die Einheiten der NATO nicht nur deren illegalen Grenzübertritt aus dem Kosovo tolerierten. Sie wurden offensichtlich auch direkt mit modernsten Waffen ausgestattet. Dies geht aus einem Beitrag des Hamburger Abendblatts hervor. Diese Zeitung berichtete, dass sich unter den aus dem mazedonischen Dorf Aracinovo unweit von Skopje von der NATO evakuierten 600 UÇK-Rebellen auch 17 ‚Instruktoren‘ befanden. Diese früheren US-Offiziere hätten der UÇK ‚militärischen Nachhilfeunterricht‘ erteilt. Mazedonischen Sicherheitskreisen zufolge seien 70 Prozent der Ausrüstung der albanischen Gewaltseparatisten US-Fabrikate. Aber auch aus der BRD wurde schweres Gerät, unter anderem Kampfpanzer vom Typ Leopard II sowie Marder-Schützenpanzer, Richtung Mazedonien geliefert.

Es bedarf keiner besonderen Fähigkeiten, um zu begreifen: Jugoslawien, d.h. die Nachfolgestaaten der Föderativen Volksrepublik werden auch in absehbarer Zeit nicht zur Ruhe kommen können. Zu vielschichtig und viel zu widersprüchlich sind die Interessenkonflikte, die auf diesem Territorium und auf dem Rücken der dort lebenden Völker ausgetragen werden, als das es in absehbarer Zeit friedensstaugliche Kompromisse geben könnte. Aber alles das, was da als ‚ethnisch‘ deklariert wurde und wird, hat mit den Besonderheiten der Geschichte und Gegenwart dieser Menschen nur wenig zu tun. Hier werden soziale und politische Konflikte, die in einem tief greifenden Umverteilungsprozess aufbrechenden wirtschaftlichen Interessenkonflikte und einander ausschließende politische Machtansprüche ausgetragen. Großalbanische, -serbische, -kroatische Nationalismen dienen aber nicht nur dazu, diese Tatsache zu kaschieren. Vielmehr handelt es sich hierbei um ideologische Hilfsmittel, mit dessen Hilfe die, die um ihr Eigentum, um ihre Rechte und um ihre Würde betrogen werden, also die letztendlich davon Betroffenen dazu bewegt werden, mit verlogenen Phrasen gegen ihre eigenen Interessen zu handeln..

¹ Ein zertrümmertes Land, Der Spiegel 18/1999, S. 152

DER 11.9.2001 UND DER ‚KRIEG GEGEN DEN TERROR‘

Wer die Bilder vom Einschlag der beiden großen Passagiermaschinen in die Türme des New-Yorker World-Trade-Center noch vor Augen hat wird sich vielleicht auch daran erinnern, welche Bestürzung dieses Ereignis damals auslöste. Aber bei nüchterner Prüfung stellt sich heraus: Das seither des Öfteren zu hörende Wort von der Welt, die nun eine ganz andere geworden sei, kann vor dem Hintergrund gesicherter historischer Erfahrungen nur als Beweis für die verzögerte Wahrnehmungsfähigkeit großer Menschengruppen gewertet werden. Denn da wurde nicht nur aus dem eben noch (im Vergleich zu allen anderen Verkehrsmitteln) als das Sicherste geltendem Fliegen eine Massenhinrichtung, deren dramatische Ausmaße bislang unvorstellbar schienen. Anscheinend wurde da vor unseren Augen eine Hemmschwelle durchbrochen: Der Einsatz eines zivilen Transportmittels als Waffe erweitert die Dimensionen der bekannten mörderischen Ambivalenz der Küchenmesser. Plötzlich wurde auch der bis dahin darüber gar nicht nachdenkenden Öffentlichkeit bewusst: Nicht nur über- und unterirdisch verlegte Versorgungsleitungen der Gasversorgung, Treibstofflager, Hochspannungsleitungen der Energieversorgung und Telefonnetze können mit heute verfügbaren technischen Möglichkeiten in Waffensysteme mit kaum noch kalkulierbarer Zerstörungswirkung umfunktioniert werden. Das trifft ‚nicht nur‘ den schon seit langem praktizierten Gebrauch von Kinderspielzeug zur besonders perfiden Tarnung von Minen, sondern auch die Vergiftung und Verseuchung von Nahrungs- und Genussmitteln, des Trinkwassers, der Atemluft, der Medikamente, der Kosmetika, der Kleidung, des Schuhwerks, und jedes beliebigen anderen Gebrauchsgegenstandes. Aus der gar nicht mehr bewusst wahrgenommenen Vielzahl der eben noch selbstverständlichen Dinge eines mit technischen Mittel zivilisierten Alltags werden nicht mehr kalkulierbare Gefahrenquellen.

In den USA wurde der Angriff auf die Zwillingstürme des World Trade Centers zum Anlass genommen, um mit der Furcht vor terroristischen Angriffen mit Atombomben und anderen Massenvernichtungswaffen den Krieg gegen den Irak vorzubereiten.¹ Aber die Angriffe mit Milzbrandbakterien, die amerikanischen Bürger im Herbst 2001 besorgte wurden durchweg mit Bakterienstämmen ausgeführt, die im Rahmen der bakteriologischen Kriegsvorbereitung des Pentagon in Texas gezüchtet wurde.² Bezeichnenderweise verschwand dieses Thema aus den Schlagzeilen, nachdem diese Peinlichkeit nicht mehr geleugnet werden konnte. Stattdessen wurden die Gerüchte über irakische Massenvernichtungswaffen trotz fehlender Beweise durch die UNO-Kontrollgruppe systematisch aufgeheizt..

Doch so bedrohlich dies alles auch immer erscheinen mag oder tatsächlich ist – viel wichtiger als diese Feststellung ist es, die Hintergründe dieser Entwicklung zu erkennen, ehe es dazu zu spät ist. Wenn jetzt schon absehbare Folgen auf Grund dessen erst einmal wirksam geworden sind, weil derart absurd erscheinende Möglichkeiten

¹ Das Dossier Saddam, Spiegel 37/2002, S. 104ff:

² E.R. Koch, M. Wech: Deckname Artischocke – Die geheimen Menschenversuche der CIA, München 2002, S.12

nicht ernst genommen werden, dürfte es zu spät sein. Und wenn denn schon davon geredet wird, dass die Welt nach diesem Datum eine andere geworden sei - das Drama des 11.9.2001 ist ein Modell. Wenn in dieser Sache etwas sicher ist, dann wohl nur dies: Die wirklichen Hintergründe dieses Verbrechens werden mit Sicherheit nicht bekannt. Wenn denn überhaupt einmal Einblick in die (so weit überhaupt vorhandenen und aufbewahrten) einschlägigen Unterlagen dafür zuständiger ‚Dienste‘ möglich werden sollte, so ist mit gleicher Sicherheit davon auszugehen, dass der darum gewobene Vorhang von Geheimhaltung, Gerüchten, gezielt gestreuten Verleumdungen und Lügen erst dann gelüftet werden wird, wenn die daraus zu erzielenden Informationen alle praktische politische Bedeutung verloren haben. Aber aus dem bis heute nicht abgeschlossenen Streit zwischen denen, die in den Massenmedien als ‚Verschwörungstheoretiker‘ abqualifiziert werden, und jenen, die der offiziellen Lesart der Bush-Administration von einem durch Osama bin Laden geplanten Angriff islamistischer Terroristen folgen, werden Zusammenhänge sichtbar.

Wer sich nach den Erfahrung mit dem Lügengespinnst in der Vorbereitungsphase des Überfalls auf Polen im Jahre 1939 (der von der SS inszenierte Überfall auf den Sender Gleiwitz) mit den in aller Schamlosigkeit zur Schau gestellten aggressiven Zielen führender Kreise der USA befasst¹, kommt trotz aller Unterschiede nicht umhin, eine schreckliche Vielzahl von Parallelen zwischen Hitler, Rosenberg, dem Generalstab der Wehrmacht, den deutschen Monopolen, dem deutschen Kleinbürgertum und Teilen der Arbeiterklasse auf der einen und der Vorgehensweise der Präsidenten, der Staatssekretäre, der Militärs und der Geheimdienste der USA und ihrer ‚Vasallen‘ auf der anderen Seite zu erkennen. Dabei geht es nicht ‚nur‘ um die durchaus vergleichbare Leichtfertigkeit, mit der das Völkerrecht bei der Behandlung von Gefangenen ignoriert wird: Auch bei der Auslösung von Kriegen und in deren Verlauf lassen sich die führenden Repräsentanten der USA ausschließlich von dem leiten, was sie im Auftrag ihrer Monopole als ‚nationales Interesse‘ deklariert haben. Die Feststellung, dass da nicht nur gelogen wird, wenn es diesem Interesse dient, bleibt angesichts der durch diese Lügen ausgelösten Verbrechen und des Leides, das damit über Jugoslawen, Irakis, Palästinenser, Koreaner, Ukrainer, Georgier, Russen viele andere gebracht wurde, eine der Banalitäten, die mit dem Verweis auf die in der ‚freien Welt‘ der Medienmonopole kultivierte ‚Pressefreiheit‘ vom Tisch gewischt wird.

Offiziell befindet sich die USA im Krieg gegen den weltweiten Terror, den ‚islamistische Fundamentalisten gegen die ‚freie Welt vom Zaune gebrochen haben.. Wäre da nicht die uralte Frage nach dem Nutzer dieser Art von Ereignissen, wären da nicht die Erfahrungen aus der Geschichte und die wiederholt dokumentarisch bestätigte Tatsache, dass führende Politiker der USA scham- und hemmungslos lügen, wenn es um die Durchsetzung ihrer Interessen geht – ohne alles das erscheint der Verweis auf den schrecklichen Tod, den tausende US-Bürger in den Türmen des World Trade Center erleiden mussten wie ein eindeutiger Beweis dieser Darstellung der Ereig-

¹ Z. Brzezinski: ‚Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft‘ mit einem Vorwort von Hans-Dieter Genscher, a.a.O.

nisse. Schon die Annahme, dass da jemand bewusst, den Tod dieser Menschen in Kauf nehmend, nachgeholfen hat, um die folgende Serie von Kriegen gegen den Terror mit dieser ‚Rechtfertigung‘ auslösen zu können, erscheint jenseits dieser Erfahrungen als Ausgeburt eines kranken Hirns. Doch die hämische Kommentierung der durch diese Art Kriegsführung verursachten und offensichtlich gewollten ‚Kollateralschäden‘, die Bombardierung ziviler Ziele und die Zerstörung der Infrastruktur in Jugoslawien entlarvt die Geisteshaltung einer Militärclique, die mit der allem Recht Hohn sprechenden Berufung auf das ‚Recht des Stärkeren‘ zu jedem Verbrechen bereit ist.

Den Offiziellen im Weißen Haus war schon damals bekannt, dass die vom damaligen US-Außenminister ‚dokumentarisch belegte‘ und per Fernsehen in alle Welt übertragene Darstellung der ‚Gründe‘ für den Überfall auf den Irak vor dem UNO-Sicherheitsrat erlogen war. Die Folterpraktiken der US-Militärs und der Geheimdienste sind ebenso nachgewiesen, wie die Tatsache, dass die Regierung dieses Staates nicht nur alle Proteste ignoriert, sondern ausdrücklich darauf besteht, dass sie und die in ihrem Auftrag Handelnden für keines der von ihnen begangenen Verbrechen vor ein internationales Gericht gestellt werden dürfen.. Wer noch zweifeln sollte: Das, was jedem normalen Menschen wie die Ausgeburt eines kranken Hirns erscheinen muss, ist politischer Alltag... Welche Folgen daraus erwachsen, dass derartige Entwicklungen verdrängt werden, ist bekannt. Nicht erst nach den Lügen, mit denen die Bush-Administration im Weltsicherheitsrat in aller Öffentlichkeit trotz aller Warnungen den Krieg gegen den Irak vom Zaun ‚begründete‘ ist bekannt, was von den Behauptungen dieser Regierung zu halten ist. So wird überdeutlich, dass die Ereignisse vom 11.9.2001 ganz anders verliefen, als dies in der offiziellen Darstellung für die Öffentlichkeit behauptet wird. Es gibt durchaus nicht ‚nur‘ die Frage nach den Nutznießern dieses Ereignisses. Da sind viel mehr Fragen, die nicht gestellt werden. Alles dies und die fehlenden Antworten sind Grund genug, sich äußerst ernsthaft mit all dem auseinander zu setzen.

Daniele Ganser erinnert in diesem Zusammenhang an die ‚Operation Northwoods‘¹ und die Untersuchung von James Bamford.² Der kam bei der Suche nach einer Antwort auf die Frage, ob dies der korrupteste Plan war, der jemals in den USA aus-

¹ ‚Operation Northwoods‘ war ein US-amerikanischer Geheimplan, der 1962 vom Generalstab des Verteidigungsministeriums der Vereinigten Staaten verfasst und am 13. März 1962 Präsident John F. Kennedy vorgelegt wurde. Neben ‚Operation Mongoose‘ sah dieser Plan vor, die verdeckte Kriegsführung der USA gegen Kuba weiter auszubauen. Durch inszenierte Terroranschläge unter falscher Flagge gegen den zivilen Luft- und Schifffahrtsverkehr innerhalb der USA, für die man im Nachhinein Fidel Castro verantwortlich machen wollte, sollte ein Vorwand zur Invasion Kubas geschaffen werden. Im Gegensatz zu ‚Mongoose‘ wurde ‚Northwoods‘ nicht umgesetzt, weil Kennedy seine Zustimmung verweigerte. Die Planungen wurden bereits unter Präsident Eisenhower vorgenommen. Unterzeichnet war das Dokument von allen Mitgliedern der Vereinigten Stabschefs, Lyman L. Lemnitzer, dem Vorsitzenden und späteren Oberkommandeur der NATO in Europa, sowie von Brigadier General William H. Craig. Nach über dreißigjähriger Geheimhaltung kam er 1997/98 durch den Freedom of Information Act an die Öffentlichkeit. Unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Northwoods

² J. Bamford: Body of Secrets: Anatomy of the Ultra-Secret National Security Agency, unter: <http://hayaryakanch.files.wordpress.com/2013/06/body-of-secrets-anatomy-of-the-ultra-secret-national-security-agency-20-02.pdf>

gearbeitet wurde, zu dem Ergebnis, dass es zum politischen Standard der höchsten Ebenen des Pentagon gehört, die Öffentlichkeit zu täuschen, um die von ihm geplanten Kriege führen zu können.¹ Chossudovsky erinnert in seiner Studie zu den Beziehungen zwischen CIA und der Al-Qaida an den Hinweis auf „*terroristische Ereignisse mit hoher Schadenswirkung*“, die von US-Militärs als entscheidender politischer Wendepunkt angesehen werden und stellt fest, dass „*das ‚Ereignis mit hoher Schadenswirkung‘ am 11. September im Prozess der militärischen Planung eine entscheidende Rolle (spielte).*“ Er konstatiert, dass „*die Auslösung von ‚Ereignissen, die als Vorwand zur Kriegsführung dienen‘ ... Teil der grundlegenden Arbeitsweise des Pentagon (ist). Mehr noch. Sie ist ein wichtiger Bestandteil in der Geschichte des US-Militärs.*“ Er zitiert M. Keefer: „*Genau betrachtet heißt das, dass ‚Terroranschläge von der Art des 11. September‘ Cheney und dem Pentagon als angemessene Mittel zur Legitimierung von Angriffskriegen gegen jedwedem Land, welches durch das Regime und seinen Propagandastrukturen für diese Behandlung ausgewählt wurde, dienen.*“²

Dass derlei Pläne geheim sind und geheim gehalten werden können, ist durch die ‚Operation Northwoods‘ belegt. Chossudovsky teilt mit: „*Die Pläne wurden über einen Zeitraum von drei Jahren von der streitkraftübergreifenden Kommandoeinrichtung (Special Operations Command, SOCOM) in Tampa entwickelt. In ihnen zeigt sich, dass das Pentagon immer mehr in Aufgabengebiete eingreift, die zuvor traditionelles Betätigungsfeld der CIA und des Außenministeriums waren.*“ Zusammenfassend stellt er fest, dass der Krieg gegen den Terrorismus ein Schwindel ist. „*Das Märchen vom 11. September, welches seitens der Untersuchungskommission vorgelegt wurde, ist von vorne bis hinten frei erfunden und die Bush-Regierung ist in die Vertuschung bis in die höchsten Regierungskreise hinein verwickelt. Die Lügen rund um den 11. September aufzudecken würde dem ‚Krieg gegen den Terrorismus‘ die Grundlage entziehen. ... Ohne den 11. September hätten die Kriegsverbrecher in den hohen Ämtern keine Daseinsberechtigung mehr und das gesamte Sicherheitskonstrukt des Staates würde in sich zusammenfallen wie ein Kartenhaus.*“³

Wer sich an den Verlauf der Ereignisse nach dem Zerfall der sozialistischen Staatengemeinschaft und der Auflösung der Sowjetunion erinnert kommt nicht umhin, sich unter anderem auch daran zu erinnern, dass da auch zu hören war, den Armeen und Geheimdiensten seien die Gegner abhandeln gekommen. Da ging es nicht nur um irgend welche Sprüche: Wer sich damit befasst sollte nicht vergessen, dass es nicht ‚nur‘ um die Karriere zigtausender Generäle, Offiziere, Geheimdienstler und Beamten ging. Dass dieser Verlauf der Ereignisse die Kernbereiche der profitabelsten Geschäfte der großen Konzerne berührte belegt Noam Chomsky mit seiner Feststellung: „*Vierzig Jahre beruhte die Industriepolitik der USA auf dem Pentagon-System, das der High-Tech-Industrie regelmäßige Anreize und einen staatlich garantierten Markt*

¹ D. Ganser: All of the theories about 9/11 are conspiracy theories, unter: <http://911blogger.com/news/2008-04-21/daniele-ganser-all-theories-about-911-are-conspiracy-theories>

² Michael Keefer: Petrodollars and Nuclear Weapons Proliferation: Understanding the Planned Assault on Iran. Global Research, February 10, 2006

³ M. Chossudovsky: Der inszenierte Terrorismus; Die CIA und die Al-Qaida, unter: <http://www.globalresearch.ca/der-inszenierte-terrorismus-die-cia-und-al-qaida/9839>

zur Abfederung von Management-Entscheidungen bescherte. Benötigte die Regierung eine Finanzspritze, so ließ sich eine Bedrohung unserer Existenz mühelos konstruieren: der Korea-Krieg von 1950, Kennedys ‚Raketenlücke‘, die drohende russische Welteroberung und das ‚Fenster der Verwundbarkeit‘.¹

Dass diese verallgemeinernde Charakterisierung der US-Politik nicht als ideologischen Nebelkerze aus prosowjetischer Sicht anzusehen ist, geht nicht zuletzt auch aus der kritischen Analyse der unter Henry Kissinger üblichen Praxis hervor, die Hitchens vorlegte: Im Ergebnis seiner Untersuchung kommt der zu dem Resultat, dass Kissingers Kriegsverbrechen in Indochina, und seine Verbrechen in Bangladesch, Chile, Zypern und Osttimor allein schon ausreichend sind, um „*die Vereinigten Staaten mit einem interessanten Dilemma zu konfrontieren*“: „*Jederzeit könnte einer ihrer prominentesten Bürger für terroristisch Handlungen nach den Alien Tort Claims Act zur Verantwortung gezogen werden oder sich einem internationalen Auslieferungsbegehren ausgesetzt sehen.*“² Und das gilt durchaus nicht nur für den ehemaligen Außenminister der USA: Telford Taylor, US-Chefankläger bei den Nürnberger Prozessen erklärte 1971, dass, „*wenn der Maßstab von Nürnberg und Manila allgemein angewendet würde und dies auch für amerikanische Staatsmänner und Beamte gälte, die den Vietnamkrieg ersonnen hätten, dann bestünde, die sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie das gleiche Ende nähmen wie [Yamashita Tomoyuki].*“³

Der kanadische Rechtswissenschaftler Michael Mandel untersuchte und publizierte seine Ergebnisse über die Art und Weise des Vorgehens der US-Regierungen und die juristischen Instrumentarien, mit deren Hilfe diese Konsequenz vereitelt wird. Seine Analysen erfassen die Kriegsvorbereitung und die Kriegsführung der USA im Irak, in Afghanistan und im Kosovo, hierbei begangene Verbrechen und die zielgerichtete Einschränkung der Rechte und Aufgaben des in diesem Zusammenhang in Den Haag geschaffenen Internationalen Strafgerichtshofes. Angesichts fehlender Ermächtigung durch den Sicherheitsrat sind die Umdeutung Resolutionen bei der Einrichtung einer ‚Flugverbotszone‘ und die Berufung der US-Regierung auf das ‚naturegegebene Recht auf Selbstverteidigung‘ zur Rechtfertigung der Angriffe auf den Irak entlarvend: Da wurden nicht nur eindeutige Hinweise auf die Fälschung des ‚Nachweises von Massenvernichtungswaffen‘ aus den eigenen Geheimdiensten unterdrückt und all zu eifrig Mitarbeiter verfolgt. Es ist geradezu absurd, zu behaupten, dass auf der anderen Seite der Erdkugel liegende Entwicklungsländer eine Bedrohung der Sicherheit der USA darstellen, die die Anwendung dieses Rechtes rechtfertigt.

Das Gegenteil ist der Fall: Die offizielle Politik der US-Regierungen ist nicht durch die Abwehr drohender Angriffe bestimmt, diese Regierung ist es, die den Frieden und die nationalen und staatlichen Interessen der Völker bedrohen, die nach Interesse der

¹ N. Chomsky: Wirtschaft und Gewalt – vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung, Lüneburg 2001, S. 176

² Ch. Hitchens: Die Akte Kissinger, München 2001, S. 208f

³ ebenda S. 47

US-Monopole zum Angriffsziel auserkoren werden. Die auf dieser Grundlage befohlenen Handlungen ihrer Dienste und Streitkräfte waren und sind eine existenzielle Gefahr für die von ihnen angegriffenen Staaten. Nach der Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.1945 wären diese verpflichtet gewesen, nach dem Prinzip „*souveräner Gleichheit aller Mitglieder*“ angesichts der Aggression der USA gegen ihre Mitgliedsländer ‚Vorbeugungs- und Zwangsmaßnahmen‘ einzuleiten.¹ Stattdessen werden nicht nur die permanenten Verstöße gegen diese für alle verbindlichen Regeln geduldet. Diplomatische Vertreter der USA würgen durch ihr Vetorecht nicht ‚nur‘ jeden Ansatz von Kritik an den von den USA und ihren Verbündeten begangenen Verbrechen ab. In aller Offenheit wird auf die UNO ihre eigenen Verbündeten und auf die von ökonomischer Hilfe abhängigen Staaten finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Druck ausgeübt, um diese gegen ihren Willen zur Unterstützung der USA zu zwingen.

Der Internationale Strafgerichtshof dient nicht etwa – wie sein Name zunächst vielleicht assoziieren könnte - dazu, wo und von wem auch immer weltweit begangene Verbrechen gegen den Frieden und Kriegsverbrechen zu verfolgen. Dieses Gremium wurde eingerichtet, um Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen aber – im Unterschied zum Nürnberger Statut – keine Verbrechen gegen den Frieden, d.h. keine Aggressionshandlungen zu verhandeln. Damit nicht genug: Dieser Gerichtshof kann nur über die Verbrechen von Bürgern der Staaten verhandeln, die dieses Statut angenommen haben. Nach hinhaltender Destruktion hatte Präsident Clinton dieses Papier zwar unterzeichnet. Aber dieses Dokument wurde nicht ratifiziert. Schließlich erklärte die Regierung Bush, dass sie nicht Vertragspartei werde...² Die USA behalten sich ferner das ‚Recht‘ vor, „*alle erforderlichen und geeigneten Mittel einzusetzen, um die Freilassung*“ eines jeden Amerikaners zu erwirken „*der gegen seinen Willen durch oder im Namen des Internationalen Strafgerichtshofes inhaftiert ist.*“³ Von den USA für die eigenen Bürger abgelehnt - sowohl bei der Besetzung der Richter- als auch bei der Planstellen der Ankläger haben US-Diplomaten über die ausdrücklich verankerte Kontrolle durch den Sicherheitsrat entscheidenden Einfluss auf die Zusammensetzung des Gerichtshofes als auch auf die Entscheidungen über die Verbrechen, die zur Verhandlung zugelassen werden.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen kann es nicht mehr überraschen, dass sich die Funktion dieses – mit Verlaub – internationalen Gerichtshofes auf eine Schützenhilfe für die Kriegsführung der USA und der NATO beschränkt. Mandel konstatiert, dass sich „*der IStGHJ praktisch zur NATO-Pressestelle entwickelte..*“: „*Verstöße gegen das Völkerrecht kritisierte man ausschließlich bei den Serben und ignorierte ähnliche Verstöße durch die UÇK, durch bosnische Muslime, Kroaten und letztlich die*

¹ Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945, in: Menschenrechte – Dokumente und Deklarationen, Bonn 1991, S. 28f

² M. Mandel: Pax Pentagon – Wie die USA der Welt den Krieg als Frieden verkaufen, a.a.O., S. 303-314

³ ebenda S. 306

NATO.¹ Der NATO-Angriff wurde damit ‚gerechtfertigt‘, dass die ‚Appeasementpolitik aus dem Vorfeld des zweiten Weltkrieges nicht wiederholt werden solle. Im Verlaufe des Krieges wurde behauptet, dass die Serben im Stadion Pristina ein KZ eingerichtet hätten, Rudolf Scharping – ‚informierte‘ über einen ‚Hufeisenplan‘ der Serben, der auf die Vernichtung und Vertreibung der Kosovo-Albaner abziele. Vergleiche mit Auschwitz und dem Holocaust wurden nicht gescheut, um den vor aller Augen inszenierten Kriegsverbrechen einen Anschein von Legitimation zu verleihen. Ganz in diesem Geiste erfolgte auch die spätere Ablehnung der Entschädigungsforderungen ziviler Bombenopfer durch deutsche Gerichte. Nichts blieb unversucht, diese offene Aggression zu rechtfertigen. Anzeigen gegen die NATO wurden durch Carla del Ponte ohne Ermittlungen abgewiesen, nachdem der Hinweis, dass diese ‚geprüft würden‘ seitens der USA heftigsten Protest ausgelöst hatte.²

Erst in diesem Kontext gewinnen die Rahmenbedingungen der Ereignisse vor, während und nach dem 11.9.2001 realistische Konturen. Wer sich an die massive Unterstützung des antisowjetischen Dschihad durch die USA, Saudi-Arabien, und Pakistan erinnert und darüber hinaus nicht vergessen hat, dass der von den USA provozierte Überfall des Irak auf Kuwait nicht nur zum zweiten Irak-Krieg sondern auch zur Stationierung US-amerikanischer Truppen in Saudi Arabien führte. Man mag zum muslimischen Glauben stehen, wie man will. Aber es ist durchaus nachvollziehbar, dass der Verbleib dieser Streitkräfte nach der Beendigung dieses Krieges in der Nähe der heiligen Städte des Islam nicht nur von aggressiven Fundamentalisten als unerträgliche Beleidigung empfunden wird. Dies und die Verfügung über erhebliche finanzielle Mittel, moderne Waffen und kriegserfahrene Kämpfer und Kommandeure konnten nicht ohne Folgen bleiben. In Afghanistan, Pakistan und in anderen Staaten rekrutierten sich Gruppierungen, die bereit waren, unter Einsatz aller Mittel gegen diese Übergriffe ausländischer ‚Ungläubiger‘ aber auch gegen die Regierungen ihrer eigenen Länder vorzugehen, die diese direkt oder indirekt unterstützten.

Die vom CIA über Jahre forcierte, finanzierte und ausgerüstete Instrumentalisierung militanter Islamisten gegen die Sowjetunion konnte nach dem Rückzug der sowjetischen Streitkräfte und der Eroberung Kabuls nicht einfach ‚abgeschaltet‘ werden. Dass da etwas aus dem Ruder lief wurde schon beim Vormarsch der Taliban deutlich. Aber das geschah nicht etwa – wie heute in der öffentlichen Darstellung dieser Vorgänge immer wieder unterstellt wird - im Widerspruch zu den Interessen der US-Monopole. Das vielschichtig verfilzte Netzwerk von Finanziers, Waffenlieferanten, Drogenkartellen und Politikastern und Geheimdiensten aller Couleur lief schon deshalb weiter, weil die damit eingefahrenen Profite viel zu verlockend waren, als dass die Beteiligten ohne Not bereit gewesen waren, darauf zu verzichten. Allein die jährlichen Gewinne aus dem Drogengeschäft in den USA wurden auf 100-200 Mio.

¹ ebenda S. 201

² ebenda S. 274

US-\$ geschätzt.¹ Durchaus nicht am Rande ist hier aber auch darauf hin zu weisen, dass die Rolle des CIA und der USA im Verlaufe des Krieges gegen die UdSSR im Hintergrund blieb: Als später bekannt wurde, wer hinter den Stellvertreterorganisationen operierte, verschärfte diese Empfindung den Hass gegen jene, die sich ihrer religiöser Motive derart schnöde bedient hatten. Aber so sehr dies für die Stimmung großer Teile der arabischen Völker zutreffend sein mag – damit wird bestenfalls das äußere Erscheinungsbild eines Konfliktes erfasst, dessen wesentliche Zusammenhänge in diesem Zerrbild viel eher verschleiert, denn erfasst werden.

Die Familie Bush ist durch geschäftliche Beziehungen mit saudiarabischen Kreisen verbunden. George W. Bush erhielt das Startkapital für seine erste Ölfirma von saudischen Milliardären.² Wer wissen will, um was es da geht, braucht keine all zu große Phantasie: Angesichts der absehbaren Erschöpfung der Erdöl- und Erdgasreserven ging und geht es um die Neuregelung des Zugriffs und der Verfügungsgewalt über derzeit bekannte und künftig zu erwartende strategische Erdöl- und Erdgasreserven. Es ist und bleibt fraglich, ob je festgestellt werden kann, wer da mit wem wann welche Vereinbarung getroffen hat – angesichts der globalen Dimensionen damit freigesetzter krimineller Energien ist davon auszugehen, dass derartige Absprachen nicht dokumentiert werden. Dazu kommt: Dieser mit allen Mitteln ausgetragene Konflikt zwischen den konkurrierenden Interessen verschiedener US-amerikanischer, saudischer und anderer großer Erdölmonopolisten hat nach der Zerschlagung der UdSSR neue Nahrung erhalten: Jetzt geht es nicht mehr nur um die Erdöllagerstätten im Irak, in Iran und Kuwait sondern auch um Erdöl- und -gasvorkommen im kaspischen Meer, in Mittelasien, in Westsibirien und im sibirischen Norden. Wer sich dem in den Weg stellt muss wissen, worauf er sich da einlässt.. In diesem Zusammenhang ist die Begründung, die FBI-Direktor O´Neill im Juli 2001 (!) für seinen Rücktritt als Terroristen-Jäger in einem Interview gab: *„Das größte Hindernis bei den Ermittlungen gegen islamistische Terroristen waren die Interessen der US-Ölkonzerne und die Rolle Saudi-Arabiens.“*³ Richard Buttler, damals Waffeninspektor der UNO, ging noch weiter: Aus seiner Sicht *„wurde eine mögliche Gefangennahme Bin Ladens verhindert, um amerikanische Ölinteressen nicht zu gefährden.“*⁴

Erst jetzt, in Kenntnis dieses Hintergrundes, ist es sinnvoll, auf die eigentliche Funktion der Taliban im Kalkül der gegenwärtigen globalen Auseinandersetzungen einzugehen: Denn unmittelbar im Vorfeld des 11.9. scheiterten Verhandlungen zwischen den USA und Vertretern des Mullah-Regimes über eine Pipeline zwischen usbekischen und kasachischen Erdgasfeldern und pakistanischen Häfen. Bröckers erinnert daran, dass *„die US-Administration die Anstrengungen in Sachen Taliban und Pipeline*

¹ L. Napoleoni: Die Ökonomie des Terrors – Auf den Spuren der Dollars hinter dem Terrorismus, München 2004, S. 148

² M. Bröckers: Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9., Frankfurt a.M. 2002, S. 76

³ ebenda 218

⁴ ebenda S. 210

*forcierte*¹. Er verweist darauf, dass unter Schirmherrschaft der UN diskrete Verhandlungen stattfanden, die den Taliban – hätten sie denn zugestimmt, sofortige ökonomische Hilfe garantiert hätte. Es ist nicht auszuschließen, dass die Drohung des US-Chefunterhändlers Simons mit militärischen Operationen dazu führte, dass diese Verhandlungen am 2.8.2001 abgebrochen wurden.¹ Danach änderte sich nicht nur deren - bis dahin etwas kritische aber durchaus wohlwollende – Darstellung in der ‚freien Presse‘. Ganz im Sinne des in der UNO, in der NATO und in den Beziehungen zum Völkerrecht praktizierten Selbstverständnisses der USA: *„Es geht darum, klar zu machen, wer das Sagen hat.“*² wurde demonstriert, wer davon ausgeht, dass er das Sagen hat, die Deutungshoheit ausübt und die Medien kontrolliert, die diese Art von ‚Information‘ verbreiten...

Bröckers stellt eine höchst aufschlussreiche Frage: *„Welcher US-Bürger hätte einem Krieg zugestimmt, um die privaten Ölgeschäfte des Präsidenten und seines Vize zu betreiben?“*³ Zugleich verweist er darauf, dass in der Berichterstattung überhaupt und insbesondere im Spiegel versucht wird, Fragen nach den Hintergründen in einer Flut von Details bei der Darstellung dieses Ereignisses zu ersticken. Das geht so weit, dass ein *„Spiegel online bei der Übersetzung eines langen Essays der indischen Autorin Arundhati Roy ausgerechnet jene zehn Zeilen ohne Auslassungszeichen verschwinden ließ, in denen sie den Rüstungskonzern Carlle Group erwähnt, der bis vor kurzem Bush sen. zu seinen Repräsentanten und die Bin Laden-Familie zu ihren Investoren zählte...“*⁴ Aber so gut organisiert und abgestimmt die Medien auch immer operieren - aus dem Verlauf der Ereignisse und der Berichterstattung ergeben sich immer neue Hinweise auf die Zusammenhänge, die verschwiegen werden sollen.

Dass es Vorbereitungen gab, geht aus dem Statement eines Mitarbeiters der NORAD hervor, nach dem *„am 11.9.2001 die Joint Chiefs of Staff (Richard B. Myers) und NORAD ein gemeinsames Echtflug-Entführungs-Manöver (live-fly hijacking Field Training Exercise) durchführten, bei dem mindestens ein (und höchstwahrscheinlich noch mehr) Flugzeuge unter US-Kontrolle beteiligt waren, die als entführte Linienflüge posierten.“*⁵

Aber daraus lässt sich nicht erklären, dass die Türme in sich zusammenfielen, weil die Stockwerke oberhalb der Einschlagstellen der Flugzeuge mit ihrem Gewicht auf die unteren Stockwerke fielen. Im Spiegel wird geschrieben: *„Die äußeren Stützen und Träger bildeten ein engmaschiges stählernes Netz über die gesamte Oberfläche des Gebäudes. Durch die Einschläge brachen Teile der Träger weg, die verbliebenen wurden durch die enorme Hitze des Brandes aufgeweicht. Der obere Gebäudeteil sackte nach unten und zerquetschte die darunter liegenden Stockwerke.“*⁶ Das ist

¹ ebenda S. 174f

² M. Mandel: Pax Pentagon – Wie die USA der Welt den Krieg als Frieden verkaufen, a.a.O., S. 307

³ M. Bröckers: Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9., a.a.O., S. 149

⁴ ebenda S. 194

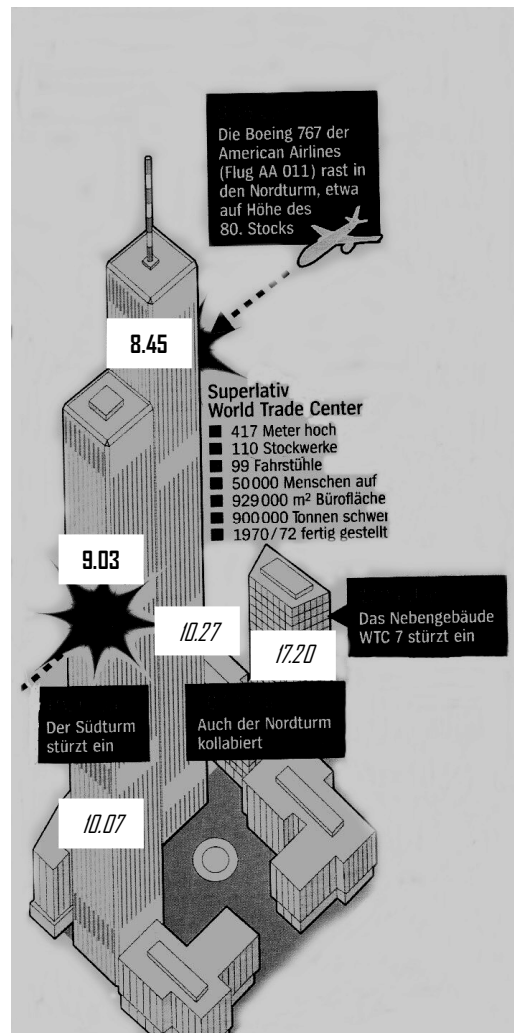
⁵ M. Bröckers: Die Wargames des 11. September, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/17/17622/1.html>

⁶ C. Emcke, H. Hong, D. Koch, S. Simons, G. Spörl: „Wir werden zurückschlagen“, Der Spiegel 38/2001, S. 23

keine Antwort auf die Frage, warum die Türme zu Staub zerbarsten. Die maximal 800° C, die durch explodierenden Kerosintanks ausgelöst wurde, hätten nicht ausgereicht, um die Stahlträger zum Schmelzen zu bringen. Dazu wären 1.300° C notwendig gewesen. Viel einleuchtender sind Zeugenaussagen und die Urteile von Sprengstoffexperten. Mehrfach berichteten Überlebenden, es habe ganze Serien von Explosionen gegeben. Einer von ihnen war Tom Canaban, der vor laufender Kamera von SAT 1 von FBI-Agenten gestoppt und weggeführt wurde. Van Romero, der Vizepräsident des Instituts für Bergbautechnologie in New Mexico, äußerte gleich nach den Anschlägen die Vermutung, dass das Gebäude mit Sprengstoff zum Einsturz gebracht wurde. Ebenso aufschlussreich ist der Bericht der Wissenschaftskommission des Repräsentantenhauses vom 6. März 2002. Danach wurden Untersuchungen behindert, weil „*einige wichtige Stahlreste verschwunden waren, bevor die ersten Ermittler überhaupt am Unglücksort eintrafen*“!¹

Abb. 3: Die Türme des World-Trade Centers zur Zeit des Angriffs² (**fett** – Uhrzeit des Einschlages; *kursiv* – Uhrzeit des Einsturzes)

Nicht weniger auffällig ist der - bei der Erörterung der Ereignisse vom 11.9. immer wieder ignorierte - Umstand, dass das Nebengebäude des WTC 7 sieben Stunden(!) nach dem Einsturz des Nordturms „*unter rätselhaften Umständen*“³ zusammenbrach. Auch in der Art und Weise, in der mit dieser ‚Nebensache‘ umgegangen wurde, wird deutlich, dass der Verlauf der Ereignisse nur wenig mit den Bildern zu tun hat, die seinerzeit über alle Sender gingen und heute immer eingesetzt werden, wenn es gilt, den Einsatz militärischer Gewalt zu ‚rechtfertigen‘. Denn, so Bröckers: „*Hier waren nicht nur Büros von CIA, FBI und Finanzbehörden untergebracht, sondern auch ein auf zwei Etagen eingerichteter Hochsicherheits-Bunker für die Stadtregierung New Yorks im Katastrophenfall. Dass WTC 7 einer ‚controlled demolition‘ zum Opfer fiel, deuten nicht nur technische Ungereimtheiten des Einsturzes und das veröffentlichte Statement des WTC-Be-*



¹ E. Hufschmid: Time for Painful Questions (Zeit für schmerzhaft Fragen). Hintergründe der Anschläge vom 11. September 2001 und der laufenden US-Politik, unter: www.jwdt.com/~paysan/bush/11_september.pdf

² C. Emcke, H. Hong, D. Koch, S. Simons, G. Spörl: „Wir werden zurückschlagen“, Der Spiegel 38/2001, S. 23

³ Skepsis in Sachen »11. September« US-Wissenschaftler hinterfragen die offizielle Darstellung des Angriffs auf die New Yorker Zwillingtürme, unter: <http://www.das-gibts-doch-nicht.info/seite3789.php>

sitzers Larry Silverstein über ein Gespräch mit der Feuerwehr an, in dem vereinbart wird ‚to pull it down‘. Mit der Frage, wer die Wargames des 11.9. von wo aus koordinierte, könnte der Bunker in WTC 7 als möglicher Tatort ins Visier geraten - und mit der Beweis- und Spurenvernichtung auch ein wirkliches Motiv für die bis dato unerklärte Zerstörung dieses Gebäudes.“¹

Stanley Hilton, ein Berater Bob Doles, der mit dieser Aussage sein berufliches Ansehen und sein Leben aufs Spiel setzte, verfügt über Dokumente und vereidigte Zeu- genaussagen ehemaliger FBI-Geheimagenten und –informanten über Kriegsspiele des Pentagon. In fünf von 35 Wargames sei genau das erprobt worden, was am 11.9. zu genau derselben Uhrzeit geschah: *„Diese Flugzeuge wurden mit einer bereits Dekaden alten Technologie, die sich Global Hawk nennt, ferngesteuert. Dafür wurde ein System mit dem Namen Cyclops eingesetzt, das wie folgt funktioniert: Ein Computer-Chip in der Nase des Flugzeuges ermöglicht die Grundkontrolle. Es deaktiviert die Flugzeugkontrolle für den Piloten, kontrolliert es selbst und fliegt in ein angegebenes Ziel. CIA-Agenten aus Arabien (Doppelagenten) wurden vom FBI und dem CIA bezahlt, um arabische Gruppen auszuspionieren. Diese Doppelagenten wurden von deren Hausherrn kontrolliert, der ein FBI-Informant war. Sie wurden in den US Militärbasen (Pensacola Naval Air Station – mainstream media) trainiert; davon gibt es Probeaufnahmen.“²* Recherchen Hopsickers belegen, dass die Vorbe- reitung der Piloten, die (angeblich - auch das ist nicht nachgewiesen - die Leichen der Entführer wurden als nicht identifizierbar bezeichnet³) in den Passagiermaschinen das Kommando übernommen haben sollen, in der Flugschule des Holländers Rudi Dekker in Venice/ Florida nur mit finanzieller und organisatorischer Unterstützung des CIA möglich war.⁴

Man muss sich nicht unbedingt Bröckers verschwörungstheoretische Konstruktionen zu Eigen machen. Aber außer den vorab notierten Überlegungen gibt es nicht nur eine Liste offener Fragen sondern auch eine kaum noch überschaubare Menge ungeklärter Umstände, die um so mehr Aufmerksamkeit verdienen, weil die Bush- Administration alles unternimmt, um davon abzulenken: *„Mitte Januar 2002 hatte Präsident Bush den Kongress aufgefordert, keine tiefergehenden Ermittlungen zu den Hintergründen des 11.9. anzustellen, da dies die nationale Sicherheit gefährden würde.“⁵* Worum es dabei geht, wird deutlich, wenn man die Fragen überdenkt, die Bröckers aufwirft:

- Warum wurden im Unterschied zum normalen Geschäft ausgerechnet in den Tagen vor dem 11.9. Tausende von Aktienpapieren der United Airlines ver-

¹ M. Bröckers: Die Wargames des 11. September, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/17/17622/1.html>

² Th. Buyea: Gouvernment Insider Says Bush Authorized 911 Attacks, unter: <http://rense.com/general/57/aale.htm>

³ M. Bröckers, A. Hauß: Fakten, Fälschungen und die unterdrückten Beweise des 11.9., Frankfurt a.M., 2003, S. 66f

⁴ D. Hopsicker: Welcome to TERROR LAND – Mohammed Atta und seine amerikanischen Helfer, Frankfurt a.M. 2004, S. 156f, 160-163, ff

⁵ M Bröckers: Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9., a.a.O. S. 209

kauft? Auf der im Schutt des World Trade Centers sichergestellten Hardware wurden Finanztransaktionen von über 100 Millionen Dollar nachgewiesen.

- Sind die Flugschreiber tatsächlich so zerstört, dass die darauf aufgezeichneten Daten nicht mehr lesbar sind?
- Wie ist es möglich, dass von den entführten Fluggästen Handy-Anrufe getätigt wurden, die nicht auf ihren Telefonrechnungen auftauchen?
- Warum werden die Inhalte der Gespräche der Luftraumkontrolle nicht veröffentlicht?
- Welche Rolle spielten Unocal und die Carlyle Corporation vor 2001 bei der Durchsetzung von Plänen zum Bau einer Pipeline durch Afghanistan?
- Welche Rolle spielten Fernsteuerungseinrichtungen bei den Crashes vom 11.9.?
- Was wusste George W. Bush vor den Anschlägen vom 11.9.?
- Welche Rolle spielte die Nordallianz bei der Explosion der Opiumproduktion nach der US-Intervention?¹

Wisnewski fragt wo die Insassen der vier Passagiermaschinen sind, ob deren Überreste wirklich identifiziert wurden, wo Original-Passagierlisten und Boarding Unterlagen sind, wo die Black boxes (Flugdatenschreiber und Cockpitvoicerecorder) und die Aufzeichnungen der Flugsicherung der vier Maschinen sind, wann endlich eine neutrale und dem Gesetz entsprechende Flugunfalluntersuchung erfolgt.²

Aber nicht nur das bleibt im Dunkel der angeblich ach so ausführlichen Berichterstattung. Wer sich nicht an die restriktiven Vorgaben hält, fliegt. Ein Paradebeispiel der Pressefreiheit ist der Film ‚AKTENZEICHEN 11. 9. UNGELÖST - LÜGEN UND WAHRHEITEN zum 11. SEPTEMBER 2001‘. Die von Willy Brunner und Gerhard Wisnewski³ erarbeitete Fernsehdokumentation wurde am 20.6.2003 um 23:00 im WDR gezeigt und sollte am 23.6. wiederholt werden.⁴ Aber nicht nur die Wiederholung dieser Sendung unterließ. Der WDR kündigte die Zusammenarbeit mit Wisnewski und Brunner wegen angeblicher Vernachlässigung journalistischer Sorgfaltspflicht und Vertrauensbruch.⁵ Um wessen Vertrauen es da wohl ging??? Und der Spiegel leitete mit seiner Nummer 37/2003 eine Serie von Verleumdungen gegen Wisnewski, von Bülow, den Franzosen Thierry Meyssan und all jene ein, die sich der offiziellen Version mit ihren Fragen und unangenehmen Tatsachen in den Weg stellten. Mittlerweile liegt mit dem italienischen Dokumentarfilm ‚ZERO: An Investigation into 9/11‘ eine weitere Untersuchung vor, in der sich Dario Fo und Gioletto Chiesa, Gore Vidal und viele US-Bürger mit den Ungereimtheiten und Lügen auseinander setzen die nach wie vor von offizieller Seite um dieses Ereignis gesponnen werden.⁶

¹ ebenda S. 207f

² G. Wisnewski: Mythos 9/11 – Der Wahrheit auf der Spur – Neue Enthüllungen, München 2004, S. 208

³ AKTENZEICHEN 11. 9. UNGELÖST - LÜGEN UND ... - YouTube, zu sehen unter: <http://www.youtube.com/watch?v=gLYEku79egk>

⁴ Aktenzeichen 11.9. ungelöst - Lügen und Wahrheiten zum 11. September 2001, unter: <http://dattlov.epowerschn.blogspot.de/2009/03/aktenzeichen-119-ungelost.html>

⁵ K. Schmid: Ein Film über den 11.9. und seine Folgen, 26.10.2003, unter: <http://www.heise.de/tp/artikel/15/15909/1.html>

⁶ 9/11 – WAS STECKT WIRKLICH DAHINTER? (ZERO: An Investigation into 9/11) – Deutsch, unter: <http://mediathek.vicente.at/911-was-steckt-wirklich-dahinter-zero-an-investigation-into-911-deutsch/>

Dabei geht es längst nicht mehr nur um die korrekte Beantwortung der Fragen, wie die beiden Maschinen vom Typ Boeing 767 von Flugschülern ohne abgeschlossene Ausbildung derart präzise 8⁴⁵ in den Nordturm und 9⁰³ in den Südturm des WTC gesteuert werden konnten.¹ Zwar gehören derart kritische Töne mittlerweile zu den politischen Selbstverständlichkeiten des Kontextes, in dessen Zusammenhang die Politik der Bush-Administration wahrgenommen wird. Eine besondere Rolle spielen dabei die Ereignisse im Irak. Aber werden die bis heute nicht geklärten Vorgänge vom September 2001 wirklich ernst genommen? Die Beteiligung der NATO-Partner in den als ‚Friedensmissionen‘ interpretierten Kampfeinsätzen in Afghanistan, die Duldung logistischer Leistungen für den Krieg im Irak auf dem Territorium der BRD und die immer offener zutage tretende Bereitschaft der europäischen Staaten, sich im Krieg um die Rohstoffe weltweit zu engagieren, sprechen eine andere Sprache. Deshalb werden weder die dubiosen Umstände der Wahl dieses US-Präsidenten noch dessen elementare Verstöße gegen das Völkerrecht so ernst genommen, wie dies angesichts der davon ausgehenden Gefahren notwendig wäre. Hier werden Praktiken geduldet und übernommen, die zu einer dramatischen Zuspitzung heute schon vorhandener und in Perspektive absehbarer Interessengegensätze zwischen den führenden Industriestaaten, den Schwellen- und jenen Entwicklungsländern führen wird, die auf ihrem Territorium über strategische Rohstoffvorkommen verfügen.

Die Entwicklung der Ereignisse wurde durch neue Katastrophenmeldungen angeheizt: In mehreren staatlichen Behörden der USA tauchten kleine Päckchen mit weißem Pulver auf. Wenige Tage später erkrankten und verstarben die, die damit in Berührung gekommen waren, an Milzbrand. Im November 2001 löste ein verdächtiger Brief auch in Wiesbaden Anthrax-Alarm aus. Wieder war die Rede von der Al Queida und Bin Laden aber sehr bald stellte es sich heraus, dass die Täter nicht dort, sondern in Amerika zu suchen waren. Bald stellte es sich heraus, dass die wahre Geschichte der Milzbrand-Briefe in Fort Detrick begonnen hatte. Später stellten die Journalisten von ‚Monitor‘ nicht nur fest, dass eben der Milzbrand-Skandal in den USA, der Wochen lang die Welt in Atem hielt, ganz still und heimlich im Sand versiegt war. Jetzt stellte es sich heraus, dass bis heute mit demselben Milzbrand-Erreger, der für die Anschläge verwendet wurde, im Auftrag von CIA und US-Army an mehreren Forschungseinrichtungen experimentiert wird. Und die Militärs suchen nicht nur Impfstoffe gegen diese tödliche Krankheit.²

¹ Bröckers und Hauß verweisen darauf, dass die „AA 11 ... in kürzester Zeit einen rapiden Sinkflug um 30.000 Fuß (absolvierte). Noch um 8.38 war sie aus der UA 175 von Kapitän Victor Saracinin in dieser Höhe fliegend gemeldet worden, sieben Minuten später stürzte sie in das WC, punktgenau. Die UA 175 flog, wie alle Filmsequenzen ausweisen, ihr Ziel in einer Kurve vom Meer her an, wobei sie noch Sekunden vor dem Einschlag ihren Kurs perfekt korrigierte. Die UA 175 flog zeitweise über Kopf. Und die scharfe Sinkkurve der AA 77, die mit hoher Geschwindigkeit zielgenau das Pentagon traf, erinnert Fachleute eher an einen professionellen Kunstflug als an den Zufallstreffer eines Fluglaien.“ M. Bröckers, A. Hauß: Fakten, Fälschungen und die unterdrückten Beweise des 11.9., Frankfurt a.M. 2003, S. 113

² Die Spur führt zum CIA - Das ARD-Magazin Monitor fasst zusammen, unter: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Biowaffen/monitor.html>

So wird dieses Schweigen etwas besser verständlich, weil das, was da bekannt wurde, offensichtlich nicht in das Konzept vom ‚Krieg gegen den Al-Queida-Terror‘ passte. Die FBI-Fahnder stießen auf einen Steven J. Hatfill, der durch seine Arbeit bestens beim USAMRID mit der Fertigung von Anthrax-Viren vertraut waren. Das, was er 1978 in Rhodesien gegen das Vieh der Schwarzen eingesetzt hatte, tauchte jetzt in Briefen an US-Bürgern auf.

In diesem Zusammenhang ist auch an die weitere Entwicklung der Ereignisse in Afghanistan zu erinnern. Seitdem die Allianz der Mudschaheddin Präsident Nadschibullah im April 1992 gestürzt und eine ‚Islamische Republik‘ ausgerufen hatten war viel Zeit ins Land gegangen. Durchaus vergleichbar zur ‚neuen Offenheit‘, in der in den Jahren nach 1991 über die Rolle des CIA berichtet wird: Jetzt ist nachzulesen, dass die Darstellung der Mudschaheddin ‚Freiheitskämpfer‘, die die Waffen gegen die russischen Invasoren erhoben hätten zwar häufig für bare Münze genommen wurde, aber *„trotzdem falsch ist.“*¹ Hippler berichtet, der pakistanische militärischen Geheimdienst ISI habe schon 1971/72 begonnen, die Strukturen der Mudschaheddin militärisch auszubilden. Angesichts der Tatsache, dass die schlagkräftigsten Mudschaheddin-Gruppen schon damals in keiner Weise als ‚revolutionäre‘, sondern vielmehr als fundamentalistische islamistische Fanatiker anzusehen waren ist es höchst verlogen, wenn die an deren Ausbildung und Finanzierung beteiligten Kreise heute so tun, als müsse man sich darüber wundern. Im Vergleich dazu erschien sogar der vom saudiarabischen Königshaus mit ‚beträchtlichen Summen‘ unterstützte als ‚gemäßigter‘ prowestlich orientierter Flügel.² Was und wer damit gemeint war wird deutlicher, wenn man weiß, dass der Sohn des Clanchefs der Duran-Paschtuni Hamid Karzai seit Mitte der 80-er Jahre als Verbindungsglied zwischen verschiedenen Mujaheddin-Gruppen und der US-Regierung resp. dem CIA fungierte, um die Finanzierung und Waffenlieferungen zu koordinieren.³ In der Rabbani-Regierung (d.h. von 1992-1994) war Karzai stellvertretender Außenminister.

Hippler charakterisiert die nach der Eroberung Kabuls durch die immer noch und nun erst recht im Kampf um die Macht miteinander konkurrierenden verfeindeten Gruppen der Mudschaheddin entstandene Lage wie folgt: *„Als die Mudschaheddin im April 1992 die Macht in Kabul übernahmen, führte dies weder zum Frieden in Afghanistan, noch zu einer demokratischen oder die Menschenrechte achtenden Regierung. Es wurde nur eine neue Runde des Krieges eröffnet, die insbesondere sich in der Hauptstadt als verheerender erwies, als alles zuvor erlebte. Erst nach dem Sturz Präsident Nadschibullahs wurde Kabul weitgehend zerstört. Die Hauptkonfliktlinie verlief in dieser Zeit vor allem zwischen Präsident Rabbani und Ministerpräsident Hekmatyar.“*⁴ Diese Entwicklung erklärt auch den außerordentlich schnell zunehmenden Einflusses

¹ J. Hippler: Afghanistan: Von der Volksdemokratie bis zur Herrschaft der Taliban, http://www.jochen-hippler.de/Aufsatze/Afghanistan_Von_der_Volksdem/afghanistan_von_der_volksdem.html

² ebenda

³ siehe: Karzai, Hamid – Khan, Royalist, Pashtune, Übergangsregierungschef (Hamed Karsai), unter: http://www.afghanistan-seiten.de/afghanistan/bios_karzai.html

⁴ J. Hippler: Afghanistan: Von der Volksdemokratie bis zur Herrschaft der Taliban, http://www.jochen-hippler.de/Aufsatze/Afghanistan_Von_der_Volksdem/afghanistan_von_der_volksdem.htm

der Taliban. 1994 erstmalig in Erscheinung getreten waren die aus den Flüchtlingslagern in Pakistan einwandernden ‚Koranschüler‘ schon zwei Jahre später in der Lage, Kabul ohne wesentlichen Widerstand zu erobern. Im Mai 1997 brachten sie auch große Teile des Nordens, insgesamt mehr als 70 % des Territoriums unter ihre Kontrolle.

Aus europäischer Sicht mag das von diesen errichtete Regime mit der drastischen Verfolgung aller Ansätze nicht islamitisch orientierter Aktivitäten schrecklich und brutal erscheinen. Für die afghanische Bevölkerung, insbesondere aber für die in ländlichen Gebieten Lebenden war es viel wichtiger, dass der viele Jahre tobende Bürgerkrieges zu Ende ging. Angesichts des schon 1997 in den 26 von Taliban beherrschten Gebieten (von 31 und hier lebten über rund 90 Prozent der Bürger Afghanistans) absehbaren Friedens erschienen die Einführung der Scharia und die immer strengeren Repressionen, vor allem gegen die Frauen durchaus nicht so dramatisch. Die Mudschahedin spielten zu diesem Zeitpunkt für die Taliban kaum noch eine Rolle. Karzai wurde von der Taliban-Regierung der Posten des Botschafters in der UN angeboten. Doch der trieb doppeltes Spiel: Auf der einen Seite wird berichtet, Karzai habe bereits 1997 in Zusammenarbeit mit dem CIA an einer verdeckten Operation gegen das Taliban-Regime gearbeitet. Aber angesichts dessen, dass sich der US-amerikanische Ölkonzerns Unocal nach dem Scheitern der Regierung Rabbani und der Verhandlungen über ein transafghanisches Pipeline-Projekt orientierte sich dieser Konzern auf die neuen Machthaber. Um im Boot zu bleiben musste sich der nun als Berater dieses Konzerns auftretende neu orientieren. So kann es nicht sonderlich überraschen, dass der im Jahre 2000, als die USA wie Pakistan den Bürgerkrieg beenden und die Situation in Afghanistan stabilisieren wollten von den Taliban als höchst honetten Leuten zu reden wusste...¹

Es war nicht, wie immer wieder glauben gemacht wird, „*der 11. 9. 2001, der die Wende in der US-Politik brachte*“. Einen Monat, am 2.8.2001, waren die Verhandlungen um das Pipeline-Projekt gescheitert. Offensichtlich waren die Vertreter der Koranschüler nicht willens, die rigorosen Forderungen der US-amerikanischen Ölmilli-ardäre und ihres afghanischen Emissärs zu akzeptieren. Jetzt wurde ein Vorwand gebraucht, um den eigensinnigen Widerstand dieser Kräfte zu brechen. Mit dem 11.9. war das gegeben. Jetzt erhielt Karzai von der US-Regierung grünes Licht für sein Vorhaben. Er sollte mit einer Gruppe Männer die Grenze nach Südafghanistan überschreiten, sich mit pashtunischen Clan-Chefs in den Provinzen Kandahar, Zabul, Uruzgan und Helmand treffen und sie zum bewaffneten Volksaufstand gegen das Taliban-Regime ermutigen. Welche Kreise hier mitspielten wird deutlich, wenn in diesem Zusammenhang darauf verwiesen dass auch der Ex-Schah Muhammad Zahir dieses Vorhaben unterstützt.

Doch sein mit Rumsfeld und dem CIA Director Tenet abgestimmte Plans scheiterte: Karzais Männer wurden von den Taliban gefangen genommen und am 26. Okt. hingerichtet. Anfang November wurde auch die von ihm selbst geführte Gruppe von den

¹ Karzai, Hamid – Khan, Royalist, Pashtune, Übergangsregierungschef (Hamed Karsai)unter: http://www.afghanistan-seiten.de/afghanistan/bios_karzai.html

Taliban entdeckt und gefangen genommen, Karzai konnte mit einem US-Militärhubschrauber nach Pakistan entkommen.¹ Aber im Hintergrund dieses Skandals liefen die Vorbereitungen für den Überfall der US-Streitkräfte auf Afghanistan auf Hochtouren. Ohne alle Skrupel wurden jetzt die eben noch als brutale Verbrecher, Massenmörder und Unterdrücker abqualifizierten Khans, Warlords und Abenteurer der Nordallianz als ‚natürliche Verbündete‘ aufgebaut. Eben noch durch die militärische Überlegenheit der Taliban in unzugängliche Gebirgsgegenden abgedrängt wurden deren Kämpfer gebraucht, um die Verlustquote der US-Streitkräfte bei den zwangsläufig bevorstehenden Bodenkämpfen so niedrig wie möglich zu halten. Wesentlich half dabei der Mord, den Selbstmordattentäter der Taliban an Ahmed Schah Massud begangen hatten. Alle bis dahin noch bestehenden Bedenken wurden ausgeräumt: Gleich ob der Usbekengeneral Dostum, der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident Hekmatjar oder irgend ein anderer Warlord – jeder verfolgte eigene Ziele und keiner von denen hatte auch nur das geringste Interesse an den politischen Spielen der künftigen Herren. Nicht nur Gulbuddin Hekmatjar hatte begriffen, worum es ging. Er hatte verstanden, dass alles nur ein Vorwand war, die Amerikaner verfolgten eine eigene langfristige Strategie: *„Sie wollen ein gefügiges Regime in Kabul etablieren, dann ihre Öldiplomatie durch das Land legen. Sie suchen Hegemonie und brauchen dafür Afghanistan – als ein zweites zentralasiatisches Israel...“*²

Die Panzerverbände der Nordallianz erhielten jetzt flächendeckende Unterstützung durch die US-Luftwaffe. Langstreckenbomber vom Typ B 52 und B-2 Tarnkappenbomber bombardierten fast zwei Wochen lang die Stellungen der Taliban. Dabei wurden Streubomben vom Typ BLU-97/B eingesetzt, von denen jede mit 202 hochbrisanten Bündelbomben einen Landstrich von 400 m Länge und 200 m Breite mit vernichtender Wirkung traf. (zwischen 5 bis 10% blieben für Jahrzehnte aktiv als Blindgänger liegen)³ Über die Grenze zu Usbekistan trafen umfangreiche russische Waffenlieferungen ein. Garnisonen in Masar-i-Scharif und anderen größeren Städten waren zerschlagen, größere Gruppierungen der Taliban zerfielen und liefen auseinander. *„Praktisch alle militärisch bedeutsame Objekte – Kasernen, Waffenlager, Öltanks – waren zerstört, die wenigen flugtauglichen Kampffjets Kabuls in rauchende Blechklumpen verwandelt. Wegen fehlender Ziele wurden den angreifenden Piloten schließlich ‚killing zones‘ zugewiesen: Gebiete, in denen sie ihre Waffen nach eigenem Ermessen gegen feindliche Kräfte, Truppenansammlungen etwa, Artilleriestellungen oder Panzer einsetzen durften.“*⁴ In den Medien war davon kaum etwas zu

¹ ebenda

² „Osama war ein guter Kumpel“ Ex Premier Gulbuddin Hekmatjar über Terroristen, den Krieg und die Zukunft Afghanistans, Der Spiegel 42/2001, S. 174

³ O. Ihlau, S.v. Ilsemann, U. Klussmann, Ch. Neef, W. Mayr, G. Spörl: Eine Region in Brand – Debakel am Hindukusch: Die Supermacht Amerika droht sich in Afghanistan zu verstricken wie einst die Sowjetunion. Washington forciert die Bodenkampagne, doch die Gotteskrieger halten stand. Sie bekommen Zulauf aus dem von inneren Unruhen aufgewühlten Pakistan, Der Spiegel 45/2001, S. 144

⁴ siehe: Friedhof der Invasoren – im Kampf gegen die Gotteskrieger und ihren Terroristen-Gast Bin Laden starteten Amerikaner und Briten die zweite Stufe ihrer militärischen Eskalation: den Bodenkrieg am Hindukusch. Das Risiko ist enorm, die Nordallianz noch kein schlagkräftiger Partner. Der Spiegel 43/2001, S. 150

finden: Die mehrfach gescheiterte Legende von den Präzisionsschlägen sollte nicht durch die Nachrichten über die tatsächlichen Opferzahlen bloßgestellt werden. *„Luftaufnahmen mit toten Zivilisten hätten jedoch das Propagandakonzept der Washingtoner Strategen empfindlich gestört.“*¹

Schon 2001 war zu erkennen, dass die Rechnung der US-Strategen nicht aufgehen konnte. Ihre eigentliche Absicht war durchschaut. Die flächendeckenden Zerstörungen und die unvorstellbaren Opfer der Zivilbevölkerung konnten durch die Wiederzulassung von Filmen, die Aufhebung der restriktiven Bestimmungen der Taliban, der mit fanatischem Eifer durchgesetzten mittelalterlich anmutenden Sitten und Bräuche fanden durchaus nicht nur Zustimmung. Das, was in den Städten und größeren Siedlungen angesichts der noch größer gewordenen existenziellen Sorgen vielleicht noch auf Verständnis stoßen konnte, war und blieb vor allem der ländlichen Bevölkerung und den eben erst aus Pakistan und dem Iran zurückkehrenden Flüchtlingen fremd. Die USA hatten erwartet, dass der mit Hilfe eines US-Ölkonzerns implantierte neue afghanische Präsident in der Lage sein würde, die miteinander konkurrierenden Kräfte an einen Tisch zu bringen. Aber sowohl hinsichtlich der siegreichen Beendigung der Kampfhandlungen als auch in Bezug auf die Kontrolle über das Land: Das eigentliche Ziel – der Bau von Pipeline-Verbindungen zu den mittelasiatischen Erdölquellen rückte in unerreichbare Ferne.

Die Kampfhandlungen gegen die Taliban und die nur noch vorgeschobene Suche nach Bin Laden wurden zu einem Dauerthema: Die Lage in Afghanistan war weder über die in dubiosen Kanälen versickernde ‚Entwicklungshilfe‘ noch mit militärischen Mitteln unter Kontrolle zu bringen. Mit der unvorstellbar großen und immer weiter wachsenden Zahl von zivilen Opfern verschärfen sich die ohnehin nur verbal überbrückten Interessenkonflikte. Heute wird der Krieg gegen Afghanistan aus den Schlagzeilen verdrängt. Aber in den vergangenen Jahren wurde deutlich, dass die ununterbrochen anhaltenden Kampfhandlungen nicht erkennen lassen, dass eine militärische Lösung dieses Konfliktes möglich ist.

Zwar lässt schon ein Blick auf die Karte erkennen, warum nicht nur die USA sondern auch andere NATO-Staaten daran interessiert sind, Afghanistan unter ihre Kontrolle zu bringen. Dabei geht es nicht nur um den Zugang zu den mittelasiatischen Rohstoffressourcen dieses Landes. Nicht weniger wichtig ist der mit der Verfügung über Afghanistan gesicherte Zugang zu Turkestan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan. Das sind Staaten, die vor allem wegen der dort vorhandenen Rohstoffe, aber durchaus nicht nur aus ökonomischen Gründen aus dem Einfluss Russlands herausgelöst werden sollen. Hier geht es um den Ausbau der US-amerikanischen Einflussphäre im Zentrum des asiatischen Kontinents. Aus aktueller Sicht ist die unmittelbare Nähe zum Iran von nicht geringerer Bedeutung: Gelänge es den USA und der NATO, nach den Stützpunkten in Pakistan nun auch Afghanistan und den Irak unter Kontrolle zu bringen, würden sich auch die Ausgangsbedingungen für militärische

¹ ebenda S. 151

Operationen gegen den Iran erheblich verbessern. Und schließlich kann und darf auf keinen Fall übersehen werden, dass der Zugriff auf Afghanistan auch außerordentlich günstige Möglichkeiten für die militärische Aufklärung, für wirtschaftliche und politische Einflussnahme (insbesondere bei elektronischen Medien) auf die am wenigsten erschlossenen und auch auf Grund ihrer ethnischen und nationalen Probleme besonders störanfälligen Gebiete der Volksrepublik China.

IX FORTSETZUNG DES KALTEN KRIEGES MIT MITTELN DER KONTERREVOLUTION

Am 20. September 2001 erklärte US-Präsident George Bush: „*Unser Krieg gegen den Terrorismus beginnt mit der Al-Quaida, aber er wird dort nicht enden. Er wird nicht eher zu Ende sein bis jede weltweit tätige terroristische Gruppe gefunden, am weiteren Vorgehen gehindert und besiegt worden ist.*“¹ Das wurde und wird als ‚Antwort‘ auf den ‚Terrorangriff gegen Amerika‘ vom 11.9.2001 angesehen. Führt man sich vor Augen, was da an diesem Tag und in den darauf folgenden Tagen, Wochen, Monaten und nun schon Jahren geschah, wird immer deutlicher, dass das, was da zu sehen war - korrekter: was da gezeigt wurde, sehr wenig mit dem zu tun hat, was wirklich geschah.

Was gezeigt wurde liest sich bei RTL wie folgt: „*11.09.2001, Breaking News: Terror gegen Amerika - RTL unterbricht laufendes Programm - Am Dienstag, den 11. September 2001, läuft um 15:09 Uhr auf RTL gerade die Quiz-Show 'Der Schwächste fliegt'. Plötzlich wird das TV-Bild kurz schwarz, dann setzt der Vorspann für die Nachrichten ein. RTL unterbricht für eine Meldung, deren gewaltiges Ausmaß zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar ist. - Peter Kloeppe berichtet von den unglaublichen Ereignissen - RTL-News-Anchor Peter Kloeppe erscheint auf dem Bildschirm und berichtet von den unglaublichen Ereignissen: Zwei Flugzeuge sind in die beiden Türme des World Trade Centers (WTC) in New York gerast. Eines der Wahrzeichen der Stadt steht in Flammen, ist Ziel eines Terroranschlages geworden. – Terroristen der Al Kaida entführen insgesamt vier Verkehrsflugzeuge, lenken zwei davon in die Türme des WTC und eins ins Pentagon. Das vierte Flugzeug mit unbekanntem Anschlagziel stürzt während Kämpfen zwischen Terroristen und Passagieren bei Shanksville (Pennsylvania) ab. Bei den Anschlägen sterben mindestens 2.993 Menschen.*“²

Was damals tatsächlich unvorstellbar war aber vor den Augen von mehreren Millionen Fernsehzuschauern ablief und seither immer wieder gezeigt wird war der Auftakt dessen, was darauf als ‚Krieg gegen den Terror‘ folgte. Mittlerweile liegen Zahlen zu den Opfern dieses Krieges vor. Nach den offiziellen Angaben sind unter Einbeziehung eigener Verluste 2003-2013, der Verluste unter der Zivilbevölkerung 2004-2009, der Verluste anderer Nationen 2004-2009, der Feindverluste 2004-2009, der Verluste von Aufständischen (März-Dezember 2003) und die, die von denen der Gegenseite zugefügt wurden, der Verluste aufständischer & irakischer Soldaten und die Verluste des Personals ausländischer Firmen wurde anhand von Unterlagen und Schätzungen eine Gesamtzahl der Todesfälle von 184.512 benannt.³ Vergleicht man diese Angaben mit der Hochrechnung, die der US-Wissenschaftler R. Burnham im Herbst 2006(!) im

¹ Bush kündigt Beginn eines ‚Kriegs gegen den Terror‘ an - Rede des Präsidenten, unter: <http://usa.usembassy.de/etexts/docs/ga1-092001d.htm>

² 11. September 2001, Breaking News: Terror gegen Amerika - Anschlag auf das Pentagon, unter: <http://www.rtl.de/cms/news/rtl-aktuell/11-09-2001-breaking-news-terror-gegen-amerika-e267-51ca-22-858354.html>

³ Total violent deaths including combatants 2003-2013, unter: <https://www.iraqbodycount.org/>

Fachblatt ‚Lancet‘ veröffentlichte, wird verständlich, warum es dazu einen heftigen Streit gab. Nach Burnham waren im Irakkrieg zwischen 2003 und 2006 d.h. in 4 der vorn zugrunde gelegten Rechnung für 10 Jahre 650.000 Menschen, d.h. in nicht einmal der Hälfte dieses immer noch nicht abgeschlossenen Krieges das 3,5 fache der offiziell genannten Zahl ums Leben gekommen.¹ Im Rahmen des längst noch nicht abgeschlossenen Streites wurde von der Ärztevereinigung IPPNW die Zahl von 1,5 Millionen Iraker genannt, die durch die US-Invasion umgekommen sind, d.h. „5% der Bevölkerung des Irak mit entsprechenden Schäden für Gesellschaft und Infrastruktur.“² Weiter heißt es in dieser Studie: „Die Zahl der direkt durch Kriegseinwirkungen in Afghanistan zwischen dem 7. Oktober 2001 und dem 31. Dezember 2011 getöteten Zivilpersonen und Kombattanten liegt zwischen 70.000 und 100.000. Die Zahl der indirekt Getöteten ist darin nicht enthalten.“³

Ob Otto v. Bismarck der Autor des Satzes ‚im Krieg ist die Wahrheit das erste Opfer‘ war oder ob das der älteste der großen griechischen Tragödiendichter Aischylos war ist angesichts der Bedeutung, die dieser Einsicht im Medienzeitalter beizumessen ist nur noch bedingt interessant. Damit unvergleichbar ist, dass und wie sich der im Kosovokrieg als NATO-Pressesprecher wegen seines widerwärtigen Zynismus berüchtigte Jamie Shea sich eben so wie seine Nachfolger davon leiten ließen und lassen. Was da an ‚Informationen‘ zu hören ist sind nicht einmal Halbwahrheiten sondern ein strategische Gespinnst von zielsicher auf die Manipulation der öffentlichen Meinung ausgerichteten Aussagen. Das trifft vollinhaltlich die Aussagkraft der offiziellen Angaben zu den Kriegsfolgen. Danach sollen im Irak zwischen 2003 und 2012 insgesamt 123.398 und in Afghanistan zwischen 2007 und 2013 insgesamt 17.705 Zivilpersonen zu Tode gekommen sein.⁴

Das und wie im Umfeld der von den USA inszenierten Kriege, Putsche, Putschversuche, Revolutionen, Aufstände, Unruhen etc. gelogen wurde und wird ist Grund genug, an allem zu zweifeln, was aus dieser Quelle kommt. Was da in welchem Maße Halbwahrheit und was komplett gelogen wurde und wird ist auch deshalb schwer durchschaubar, weil den Regisseuren dieses Medienspektakels Professionalität nicht abgesprochen werden kann. Aus all diesen Gründen sind folgerichtig auch Zweifel am Wahrheitsgehalt der Aussagen anzumelden, die von offiziellen Dienststellen, durch staatliche Forschungseinrichtungen, von halb- oder vierteloffiziellen Agenturen zu den Kosten dieser Kriege angemeldet wurden und werden. Hinreichende Gründe für diese Bedenken werden schon dann unübersehbar, man sich daran erinnert, wie damals bei der Offenlegung der Kosten des wegen der erlittenen Niederlage zu einer

¹ Kriegsoffer im Irak: Forscher bezweifeln Zahl von 650.000 Toten, Der Spiegel vom 6.3.2007, unter: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/kriegsoffer-im-irak-forscher-bezweifeln-zahl-von-650-000-toten-a-470099.html>

² Body Count, Opferzahlen nach 10 Jahren „Krieg gegen den Terror“ Irak Afghanistan Pakistan S. 7, unter: http://www.ipnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Body_Count_Opferzahlen2012.pdf

³ ebenda S. 60

⁴ Vergleiche die Zahlenangaben zu ‚Number of documented civilian deaths in the Iraq war from 2003 to 2014‘, unter: <http://www.statista.com/statistics/269729/documented-civilian-deaths-in-iraq-war-since-2003/>, Civilian casualties due to combat in Afghanistan from 2007 to 2013, unter: <http://www.statista.com/statistics/266300/civilians-killed-in-afghanistan-since-2007/>

‚Polizeiaktion‘ herabgespielten Koreakrieges (1950-1953) gelogen wurde und wie diese Lügen bis auf den heutigen Tag fortgeschrieben werden.¹ Aber diese Praxis ist systemimmanent, denn die Kosten für den Staatshaushalt, d.h. für die Steuerzahler, sind Einnahmen für die, die als Lieferanten von Waffen, Munition und Ausrüstungen an und mit diesem Krieg verdienen: Mit 1950 = 16,5 Mrd. US-\$, 1951 = 57,8 Mrd. US-\$, 1952 = 67,5 Mrd. US-\$, 1953 = 56,9 Mrd. US-\$ und 1954 = 38,7 Mrd. US-\$² lagen die Ausgaben für die Rüstung mit 237.400 Mio. US-\$ um 538% über dem vierfachen der Rüstungsausgaben von 1949. Aber schon im Zusammenhang bei Einbeziehung der Zahlungen für die Veteranen zeigt sich, dass diese Rechnung hinten und vorn nicht stimmt.

Inwieweit und zu welchem Prozentsatz die offiziell ausgewiesenen Zahlen eine realitätsnahe Vorstellung von den Kosten der Kriege im Irak und in Afghanistan vermitteln lässt sich anhand der offiziellen Angaben nicht zweifelsfrei feststellen. Trotz dieser Einschränkung ist nicht zu übersehen, dass es im Ergebnis des von der Bush-Administration inszenierten ‚Krieges gegen den Terror‘ zu einer überaus bemerkenswerten Umverteilung staatlicher Mittel zu Gunsten der US-amerikanischen Rüstungsmonopole kam.

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt	
Irak	53,0	75,9	85,5	101,6	131,2	142,1	589,3	
Afghanistan	14,7	14,5	20,0	19,0	39,2	43,5	150,9	
Gesamt	67,7	90,4	105,5	120,6	170,4	185,6	740,2	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Gesamt	Σ
Irak	95,5	65,1	47,4	10,1	5,2	3,2	226,5	815,8
Afghanistan	59,5	106,6	122,0	111,1	93,3	89,1	581,6	732,5
Gesamt	155,0	171,7	169,4	121,2	98,5	92,3	808,1	1.548,3

Tab. 10: Kriegskosten der USA im Krieg gegen den Irak und gegen Afghanistan (in Milliarden US-\$)³

Dass da ‚etwas‘ schief läuft, kann mittlerweile weder in den gleichgeschalteten Massenmedien noch in dem sich seriös gebenden ‚Diskurs‘ von Politologen, Währungs- und sonstigen ‚Experten‘ ignoriert werden. Das signalisiert nicht nur der Kommentar eines Till Schwarze vom 11.9.2011, wo unter der Überschrift ‚USA nach dem 11. September 2001 – Der Verfall einer Supermacht‘ unter anderem nachzulesen ist: *„Nicht nur, dass sich die US-Regierung vor allem mit den Einsätzen in Afghanistan und dem Irak politisch befassen musste und damit weniger Zeit und Ressourcen für innenpolitische Reformen hatte. Finanziell führten die beiden Kriegseinsätze zu enormen Belastungen. Im Jahr 2000 betrugen die Verteidigungsausgaben noch knapp 300 Milliarden Dollar, bereits im Jahr 2007 hatten sie sich mehr als verdoppelt und betragen nach der Planung des Pentagon 2011 ganz 685 Milliarden Dollar. Das ent-*

¹ Von offizieller Seite wurden gerade einmal 54 Mrd. US-\$ angegeben. (III. Financial Cost, unter: <http://img249.imageshack.us/img249/8502/costna4.jpg>) Das war nicht einmal ¼ der tatsächlichen Kriegskosten. Siehe: K. Hesse: Kritik der politischen Ökonomie heute – Heft 3: Der Imperialismus, Leipzig 2014, S. 104

² National Defense (050) Budget Authority, FY 1946-FY 2013, unter: http://www.csbaonline.org/4Publications/PubLibrary/U.20080331.FY_09_Request_in_T/U.20080331.FY_09_Request_in_T.pdf

³ U.S. war costs in Iraq and Afghanistan from 2003 to 2014 (in billion U.S. dollars), unter: <http://www.statista.com/statistics/271526/us-war-costs-in-iraq-and-afghanistan/>

*spricht etwa 40 Prozent der weltweiten Militärausgaben. Neben den Kriegskosten kommen noch die steigenden Zahlungen für Renten und Pensionen, die Pflege von Kriegsveteranen sowie deren Hinterbliebenen hinzu.*¹

Es ist sicher nicht angebracht, die Irrungen und Wirrungen eines Journalisten sonderlich ernst zu nehmen, der sich heute über ‚Wulffs zwei große Fehler‘, morgen über ‚Beschneidung und Religionsfreiheit‘, über den ‚NSU und den NSA-Skandal und zwischendurch über Wahlkämpfe verschiedener Couleur auslässt.² Dazu kommt der Rahmen, den ihm die Redakteure einer manchmal sogar ‚bildungs-‘ aber immer -bürgerlichen Zeitung lassen. Aber hier ist denn doch darauf hinzuweisen, dass nicht erst der Krieg gegen den Irak mit einer faustdicken Lüge ‚begründet‘ wurde. Das was da am 5.2.2003 von Colin Powell vor dem Weltsicherheitsrat an ‚Beweisen‘ für irakische Massenvernichtungswaffen aufgetischt wurde, war nicht mehr und nicht weniger als die folgerichtige Fortsetzung der Lügen um den 11.9.2001, die als Vorwand für die Auslösung des ‚Krieges gegen den Terror‘ gebraucht wurden. Mit dem 11.9. hatten die reaktionärsten Kräfte der USA mit dem einkalkulierten Mord an tausenden eigenen Bürgern den Vorwand geschaffen, den sie brauchten, um ihre aggressiven Vorhaben weltweit umzusetzen. Dabei ging es nicht nur um das ‚nationale Interesse‘ der US-Monopole an den strategischen Rohstoffe Zentralasiens. Mit dem Sieg in diesem Krieg sollten europäische und andere Verbündeten durch ihre Beteiligung an diesen Kriegsverbrechen in einer Art und Weise in die Geostrategie der USA eingebunden werden, durch die die letzten Reste ihrer Souveränität der Verfügungsgewalt des US-amerikanischen Militär-industriellen Komplexes unterstellt werden. Die US-Regierung ‚musste‘ sich nicht mit den *Einsätzen in Afghanistan und dem Irak befassen* – sie war und ist der Initiator einer bis heute nicht abreißenden Welle terroristischer Kriege, Putsche, Putschversuche, Revolutionen, Aufstände, Unruhen etc..

Seit 1992 tauchen im Blätterwald Artikel auf, die auf etwas aufmerksam machen, was anscheinend eben erst beendet worden war. In der ‚Zeit‘ räsionierte ein Herr Kuhlmann unter der Überschrift ‚Nach dem Ende des Kalten Krieges: Das Unbehagen in der liberalen Kultur: Fehlt uns der Feind?‘ nicht nur an, dass *„die Verhältnisse diffus, unübersichtlich sind.“* In einem aufschlussreichen Nebensatz zu ‚liberaler Kultur‘ erwähnt er, ‚man habe‘ *„die Chance versäumt, die Repräsentanten des DDR-Regimes zu lynchen. Danach wird Ernst Nolte zitiert, der sich sorgt, was mit einer Gesellschaft geschieht, der ihre „Feinde“ abhanden gekommen sind. Jetzt, da die Bedrohung durch das Sowjetimperium wegfiel, so fürchte Nolte, drohe der Westen in einen „todverneinenden“, den „Opfertod“ ablehnenden Zustand zu verfallen. „Demokratische Melancholie mache sich breit, denn: „Nur der Kampf mit dem Reich des Bösen, so schrieb Bruckner, könne die Demokraten im Glauben an sich selbst bestärken und sie zum Einsatz für das gefährdete Gemeinwesen bewegen.“* Und Francis Fukuyama

¹ T. Schwarze: USA nach dem 11. September 2001 – Der Verfall einer Supermacht, unter: <http://www.n-tv.de/politik/119/Der-Verfall-einer-Supermacht-article4260276.html>

² Artikel von Till Schwarze Ergebnisse 1-71, unter: http://www.zeit.de/autoren/S/Till_Schwarze/index

sei vom Pessimismus befallen, da die Menschen in den pluralistischen Gesellschaften des Westens nur noch ihren niederen Instinkten folgen.¹

Nachdem der erstaunte Zeitungsleser solcherart über Merkwürdigkeiten des Unbehagens liberaler Kultur informiert wurde lohnt es doch, z.B. das hier gebrauchte Worte vom ‚Kampf mit dem Reich des Bösen‘ nicht ganz und gar zu vergessen. Im Spiegel wurde man damals etwas deutlicher: Im internen Gerangel um scheinbare oder tatsächliche Bedeutsamkeit hatte sich H.D. Genscher in die Debatte um künftige Aufgaben der Bundeswehr eingemischt. Nach dessen Meinung sollte der *„mögliche Einsatz außerhalb des Bündnisgebiets ... nicht mit verfassungsrechtlichen Unsicherheiten belastet werden‘. Dabei gehe es nicht nur um ‚sogenannte Blauhelm-Einsätze‘. Der Außenminister redete auch multinationalen Kampfeinsätzen nach dem Muster des Golfkriegs das Wort, wenn nur der Uno-Sicherheitsrat ein Mandat dazu erteile.“*² Aber selbst dann, wenn man diese Wort, der Einfluss der Massenmedien und das ganz auf dieser Linie und obendrein durch ausdrücklich betonte Untertänigkeit des damaligen Außenministers geprägte Vorwort zu Brzezinskis geopolitischer Kampfansage von 1997 heranzieht bleibt dies alles doch nur an der Oberfläche.

Alles das, was da um den verloren gegangenen Feind und die Suche nach einem neuen Gegner zusammengeredet und –geschrieben wurde und wird ist nicht mehr aber auch nicht weniger als eine ideologische Übung im Auftrag des militärisch-industriellen Komplexes. Wer immer daran zweifelt sollte sich nicht nur daran erinnern, was der aus diesem Umfeld kommende US-Präsident Eisenhower am 17.1.1961 anlässlich seines Amtsendes zu sagen hatte. Der warnte davor, dass *„das Land unter die Dominanz einer mächtigen Allianz aus Militär und Rüstungsindustrie zu geraten (drohe). Schon jetzt seien dreieinhalb Millionen Arbeitsplätze von der militärischen Produktion abhängig, und die jährlichen Ausgaben für die nationale Sicherheit überstiegen die Nettoeinnahmen aller amerikanischen Unternehmen. ‚Der wirtschaftliche, politische, sogar der geistige Einfluss ist in jeder Stadt, in jedem Staatsparlament, in jeder Bundesbehörde zu spüren‘, konstatierte der Präsident und mahnte: ‚Bei unseren politischen Entscheidungen müssen wir vor dem übertriebenen Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes auf der Hut sein. Es besteht die Gefahr, dass unkontrollierte Macht desaströse Folgen haben könnte. Wir dürfen nicht zulassen, dass dieser Komplex unsere Freiheit und Demokratie bedroht.“*³ Das war die Lage, wie sie von einem ehemaligen General und späteren US-Präsidenten, also einem Mann mit hinreichend zuverlässigem Urteilsvermögen, wie sie von ihm am Ende seiner Amtszeit vor mehr als einem halben Jahrhundert beschrieben wurde.

¹ A. Kuhlmann: Nach dem Ende des Kalten Krieges: Das Unbehagen in der liberalen Kultur: Fehlt uns der Feind? unter: <http://www.zeit.de/1992/43/fehlt-uns-der-feind>

² Bundeswehr - Ruhe vor dem Sturm - Der neue Verteidigungsminister kämpft - gegen die Generäle und seinen Stellvertreter, den Außenminister. unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13679709.html>

³ M. Berg: Kalter Krieg: Wer ist Herr im Weißen Haus?, unter: http://www.zeit.de/2008/37/Milit-r_-Industriell_-Komplex

Die Serie von Kriegen, Putschen, Putschversuchen, ‚Revolutionen‘, Aufständen, Unruhen etc. für die Eisenhower und dessen Nachfolger in ihrer Amtszeit verantwortlich zeichneten, wurde vorangehend in groben Konturen skizziert. Weitaus schwieriger ist es, die Gemengelage zwischen diesen politischen Ereignissen und den Interessen der damit unmittelbar und mittelbar verfilzten Rüstungsindustrie nicht nur zu konstatieren, sondern nachweisbar auszuweisen.

Gewiss nicht von antikapitalistischem Ideen geprägt verdienen die Recherchen des Norbert Rief, eines leitenden Redakteurs der Wiener ‚Presse‘ Interesse. Er verweist darauf, dass es *„normalerweise Zahlen sind, die Firmen gerne und lautstark verkünden,“* um dann festzustellen, dass *„Northrop Grumman, General Dynamics, Lockheed Martin und Raytheon ihr Geld in erster Linie mit dem Leiden anderer Menschen verdienen: mit den Kriegen in Irak und Afghanistan. Und an denen verdienen sie nicht schlecht.“* 2007 ging es um eine Billion Dollar: *„Northrop konnte den Umsatz bei Wehr- und Informationstechnik in den ersten beiden Quartalen 2007 um 15 Prozent erhöhen; General Dynamics, Hersteller von Panzern und Militärfahrzeugen, verzeichnete eine Gewinnsteigerung von 23 Prozent, Lockheed Martin (Kampffjets, Kriegsschiffe, Raketen) gar um 34 Prozent (die Firma erhöhte ihre Umsatzerwartung für 2007 auf 41,75 Milliarden Dollar).“* Und weiter heißt es in diesem Text: *„Die Rüstungsindustrie in den USA blüht und gedeiht wie nicht mehr seit den eisigsten Tagen des Kalten Krieges. Nicht nur wegen der Kriege in Irak und Afghanistan, die zu führen die USA bisher 742 Milliarden Dollar gekostet hat. Sondern wegen der generellen Spendierfreudigkeit der US-Administration, wenn es um den Schutz der Heimat nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und um die Unterstützung von Alliierten geht.“* Er verweist auf die Milliarden, die durch Rüstungshilfe für US-freundliche Länder und Rüstungsexport eingefahren werden und vergisst weder das Militärbudget der US-Army, des Heimatschutz- und des Energieministeriums noch die aus diesem Bereich kommenden Millionenspenden für Politiker. Abschließend zitiert er Whinslow T. Wheeler vom Washingtoner ‚Center for Defense Information‘ mit den Worten *„Die Kriege und die Angst vor neuen Anschlägen sind der Motor unserer Wirtschaft‘, Frieden könnten sich die USA gar nicht leisten.“*¹

KRIEGE NACH DEM KALTEN KRIEG - EINE CHRONOLOGIE I ²

1989 - bei einem Bevölkerungsanteil von $\approx 25\%$ verbrauchen die Industrieländer $\approx 80\%$ des Bruttosozialproduktes - 17% der Menschheit leben in 'absoluter Armut';

- die Schulden der Entwicklungsländer haben 1.020.000.000.000 US-\$ erreicht;
- die Militärausgaben der UdSSR sind mit 129 Mrd. US-\$ = 15% des BSP (USA = 6,4%);
- Protestdemonstrationen gegen Perestroika und 'Demokraten' in Leningrad und Moskau;

¹ N. Rief: US-Rüstungsindustrie: Das große Geld mit dem Krieg, Die Presse vom 5.8.2007, unter: http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/321557/USRustungsindustrie_Das-grosse-Geld-mit-dem-Krieg

² zusammengestellt nach: Liste der Kriege und Schlachten im 20. und 21. Jahrhundert, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Kriege_und_Schlachten_im_20._und_21._Jahrhundert, und: Wie viele Kriege hat die USA nach Beendigung des 2. Weltkriegs bereits geführt?, unter: <http://www.terra-kurier.de/US-Kriege.htm>

- obwohl die USA, Frankreich und Großbritannien Verhandlungen über Kurzstreckenraketen ablehnen sprechen Bush und Gorbatschow nach dem Treffen in Malta vom 'Beginn einer neuen Ära' - die USA bleiben einzige Weltmacht;
 - nach blutigen Unruhen wird der Ausnahmezustand über Tibet verhängt;
 - in Peking entwickeln sich Demonstrationen, auf denen der Rücktritt Deng Xiaopings, Demokratisierung und Pressefreiheit gefordert werden;
 - in Peking kommt es auf dem Tien An Men Platz zu blutigen Auseinandersetzungen mit protestierenden Studenten;
 - auf der Leipziger Frühjahrsmesse demonstrieren DDR-Bürger für ihre Ausreise in die BRD;
 - knapper Wohnraum veranlasst eine größere Zahl von DDR-Flüchtlingen zur Rückkehr
 - nach dem 40. Jahrestag der DDR wird E. Honecker von seinem Amt abgelöst, umfangreiche Personalveränderungen in der Parteispitze und in der Regierung können die Defizite in der politischen Entwicklung nicht mehr kompensieren
 - Massendemonstrationen in Leipzig und anderen Städten führen zum Sturz der DDR-Regierung;
 - mit der Öffnung der Staatsgrenze West wird das Ende der DDR eingeleitet;
 - Spekulanten nutzen die monetären und andere Differenzen zwischen BRD und DDR;
 - statt erwarteter 10 Mrd. erhält Polen von den USA für seine Wirtschaft 100 Mio. US-\$;
 - Operation "Nimrod Dancer": Panama, Mai 1989 bis 20.12.1989
 - Operation "Just Cause": Panama, 20.12.1989 bis 31.01.1990
- 1990
- Seit 1900 hat sich das Bruttosozialprodukt der Wirtschaft um das 20-fache vergrößert: 5,3 Mrd. Menschen erzeugen 20.000 Mrd. US-\$ (≈ 3.500 US-\$ pro Kopf);
 - trotz Entspannung sinken die Rüstungsausgaben weltweit nur um 2% - davon hängen ≈ 55 Mio. Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie ab;
 - Nachwende-Volkskammer und Bundestag beschließen den Anschluss der DDR an die BRD;
 - Gorbatschow billigt den Verbleib der BRD in der NATO auch nach dem Anschluss der DDR;
 - mit Einführung der D-Mark wird die DDR-Wirtschaft finanzwirtschaftlich ausgehebelt, der Osthandel bricht zusammen;
 - Litauen, Lettland und Estland fordern ihre staatliche Unabhängigkeit;
 - in Polen wird Lech Walesa zum Staatspräsidenten gewählt;
 - mit Sloweniens Unabhängigkeit Beginn bürgerkriegsähnlicher Kämpfe in Jugoslawien;
 - Georgien und Usbekistan erklären mit ihrer Unabhängigkeit den Austritt aus der UdSSR;
 - nach Unruhen im Nagorny Karabach wird in Teilen Aserbaidshans der Ausnahmezustand verhängt, Armenien fordert die Übergabe des N.G.;
 - militärische Invasion der USA in Panama - die Regierung wird gestürzt, Noriega inhaftiert und wegen Rauschgiftvergehen verurteilt, die er als Mitarbeiter und im Auftrag des CIA begangen hat;
 - der Irak überfällt und annektiert Kuwait;
 - nach dem Abzug der sowjetischen Truppen wird in Afghanistan der Bürgerkrieg fortgesetzt;
 - nach 15 Jahren Bürgerkrieg zwischen den von der USA und der UdSSR unterstützten Gruppierungen wird in Mocambique Waffenstillstand geschlossen;
 - Operation "Sharp Edge": Liberia, Mai 1990 bis 8.01.1991
 - Operation "Desert Shield": 2.08.1990 bis 17.01.1991

1990/1993 - Operation "Ghost Zone": Bolivien, März 1990 bis 1993

1991 - die 'G7' Industriestaaten erwirtschaften bei einem 23%-igen Anteil an der Weltbevölkerung \approx 55% des globalen Sozialproduktes;

- bei einer Volksbefragung stimmen 76 % der Bürger der UdSSR für den Erhalt der Sowjetunion, 9 von 15 Republiken einigen sich auf einen neuen Staatsvertrag;
- Gorbatschow wird als Staatspräsident der UdSSR, Jelzin zum Präsidenten der RSFSR gewählt;
- in Moskau scheitert der Versuch eines staatlichen Komitees für den Ausnahmezustand, den Zusammenbruch der UdSSR mit militärischen Mitteln aufzuhalten;
- Gorbatschow tritt als Generalsekretär der KPdSU zurück und empfiehlt ihre Selbstauflösung, Jelzin verbietet die KPdSU auf dem Territorium Russlands;
- Gorbatschow übergibt Boris Jelzin das Kommando über die Atomwaffen;
- die Präsidenten Russlands, der Ukraine und Beloruslands, Jelzin, Krawtschuk und Schuschkewitsch vereinbaren die Auflösung der UdSSR;
- die USA greifen mit arabischen Verbündeten die irakischen Truppen in Kuwait an und drängen diese zurück, die USA und Großbritannien erklären große Gebiete im Süden und im Norden des Irak für dessen Luftwaffe zu unter ihrer Kontrolle stehenden 'Flugverbotszonen';
- in Angola und Kambodscha werden die Bürgerkriege eingestellt;
- Operation "Desert Storm": Irak, 17.01.1991 bis 28.02.1991
- Operation "Eastern Exit": Somalia, 2.01.1991 bis 11.01.1991
- Operation "Productiv Effort/Sea Angel": Bangladesch, Mai 1991 bis Juni 1991
- Operation "Fiery Vigil": Philippinen, 1. bis 30.06.1991
- Operation "Victor Squared": Haiti, 1. bis 30.09.1991
- Operation "Quick Lift": Zaire, 24.09.1991 bis 7.10.1991
- Operation "Coronet Nighthawk": Zentral- und Südamerika, ab 1991
- Operation "Desert Falcon": Saudi Arabien, ab 31.03.1991

1991/1992 - Operation "Desert Calm": "Südwest-Asien, 1.03.1991 bis 1.01.1992

1991/1994 - Operation "Support Justice": Südamerika, 1991 bis 1994

1991/1996 - Operation "Provide Comfort": Kurdistan, 5.04.1991 bis Dezember 1994

1991/1996 - Operation "Provide Comfort II": Kurdistan, 24.07.1991 bis 31.12.1996

1992 - die NATO beansprucht das 'Recht' auf einen atomaren Präventivschlag;

- Russland staatliche Industrie durch Vergabe von 'Vautscher-Schecks' ,privatisiert';
- E. Honecker wird von Russland an Deutschland ausgeliefert, wo ihm wegen 'Mitschuld an den Todesschüssen' an der DDR-Grenze der Prozess gemacht wird;
- die BRD entsendet Sanitätssoldaten nach Kambodscha;
- der UNO-Sicherheitsrat verhängt ein Embargo gegen den Irak, weil Waffenstillstandsbedingungen nicht erfüllt werden;
- in Afghanistan wird die Regierung Nadjibullah von den Mudschaheddin gestürzt;
- nach Sieg der MPLA bei den Präsidentenwahlen setzt Savimbis UNITA den Bürgerkrieg fort;
- Algerien Überfälle militanter Islamisten auf zivile und militärische Objekte aus;
- Operation "Desert Farewell": Südwest-Asien, 1.01.1992 bis 1992
- Operation "Silver Anvil": Sierra Leone, 2.05.1992 bis 5.05.1992
- Operation "Maritime Monitor": Adria, 16.07.1992 bis 22.11.1992
- Operation "Sky Monitor": Bosnien-Herzegowina, ab 16.10.1992

1992/1993 - Operation "Maritime Guard": Adria, 22.11.1992 bis 15.06.1993

1992/1996 - Operation "Provide Promise": Bosnien, 3.07.1992 bis 31.03.1996

1993 - \approx 1.400.000.000 Menschen leben in totaler Armut, eine weitere Milliarde am Rande der Armut, in Europa \approx 2¹/₂ Mio. obdachlos, weltweit \approx 300 Mio. arbeitslos;

- im Start-II-Vertrag wird zwischen den USA und Russland die Reduzierung der Kernwaffen innerhalb der nächsten 10 Jahre auf 2/3 vereinbart;
- die USA verzichten auf SDI u. beenden d. Stationierung von Raketenabwehrwaffen im Weltraum;
- die USA greifen mit einem Landeunternehmen in Somalia ein, Einsatz von 1.700 Bundeswehrsoldaten;
- heftige politische Auseinandersetzungen um Probleme und Konsequenzen von 'Privatisierung', 'Marktwirtschaft' und Finanzwirtschaft zwischen dem nach präsidentialer Alleinherrschaft drängenden Jelzin und dem Obersten Sowjet;
- in Grusinien, Armenien und Aserbaidshan weiten sich militärische Konflikte aus;
- Slowakei und Tschechien trennen sich und bilden eigene Staaten;
- die letzten russischen Militärs verlassen Kuba;
- Operation "Sharp Guard": Adria, 15.06.1993 bis Dezember 1995
- Cruise Missile-Angriffe: Irak, 26.06.1993, 17.01.1993,

1994 - alle auf dem Territorium der Ukraine stationierten sowjetischen Raketen mit 1.800 Kernsprengköpfen werden liquidiert;

Kriege	Beginn	Kriege	Beginn	Kriege	Beginn
Afrika		Indien (Naxaliten)	1997	Georgien	1992
Angola (Cabinda)	2002	Indien (Triopura)	1999	(Abchasien)	
Athiopien(Gambela)	2003	Indonesien (Aceh)	1999	Georgien	2004
Burundi	1993	Indonesians	1963	(Südossetien)	
Elfenbeinküste	2002	(West-Papua)		Irak	1998
Kongo-Kinshasa	1997+2002	Laos	2003	Israel (Palästina)	2000
Nigeria (Niger-Delta)	2003	Myanmar	2003	Jemen	2004
Nigeria (Nord- und Zentralnigeria)	2004	Nepal	1999	Libanon	1990
Senegal(Casamance)	1990	Pakistan	2001	Russland	1999
Somalia	1988	(Religionskonflikt)		(Tschetschenien)	
Sudan (Darfur)	2003	Philippinen	1970	Türkei (Kurdistan)	2004
Tschad	1966	(Mindanao)		Lateinamerika	
Uganda	1995	Philippinen (NPA)	1970	Haiti	2004
Asien		Thailand (Südthld.)	2004	Kolumbien (ELN)	1964
		Vorderer / mittlerer Orient		Kolumbien (FARC)	1965
Indien (Assam)	1990	Afghanistan	1978		
Indien (Bodos)	1997	Afghanistan	2001		
Indien (Kaschmir)	1990	(Anti-Terror-Krieg)			
Indien (Nagas)	1969	Algerien	1992		

Tab. 11: Liste der Kriege und bewaffneten Konflikte 2004¹

- die russischen Streitkräfte verlassen das Territorium der ehemaligen DDR und das der baltischen Staaten;
- Luftangriffe und Einmarsch russischer Truppen in Tschetschenien;
- NATO-Kampfflugzeuge greifen im ersten Kampfeinsatz seit ihrer Gründung im Jahre 1949 serbische Militärflugzeuge und Panzer an;
- Bilanz des jugoslawischen Bürgerkrieges in Bosnien: 142.595 Tote u. 162.000 verwundete Muslime, \approx 50.000 tote Kroaten;
- Aufstand der indianischen Zapatistischen Befreiungsarmee in Chiapas, dem ältesten Bundesstaat Mexikos;

¹ ebenda

- dem Bürgerkrieg in Ruanda zwischen Hutu-Milizen und Tutsis fallen \approx 500.000 Tutsi zum Opfer;
 - Abzug der israelischen Truppen aus dem Gaza-Streifen, die palästinensische Autonomiebehörde übernimmt schrittweise die Kontrolle über die geräumten Gebiete;
 - Operation "Distant Runner": Ruanda, 9.04.1994 bis 15.04.1994
 - Operationen "Quiet Resolve"/"Support Hope": Ruanda, 22.07. bis 30.09.199
 - Operation "Vigilant Warrior": Kuwait, Oktober 1994 bis November 1994
 - Operation "Able Sentry": Serbien-Mazedonien, ab 5.07.1994
 - Operation "Uphold/Restore Democracy": Haiti, 19.09.1994 bis 31.03.199
 - Operation "Steady State": Südamerika, 1994 bis April 1996
- 1995 - nach Berechnungen der Weltbank liegt die Schweiz mit 36.410 US-\$ pro Kopf der Bevölkerung auf Platz 1 der Einkommensliste, gefolgt von Luxemburg, Japan, Dänemark, Norwegen und Schweden. Die BRD (in den alten Grenzen) liegt mit 23.560 \$ auf Platz 9 Schlusslicht ist Mocambique mit 80 \$ pro Kopf;
- mit 2 Mrd. \$ werden die Entwicklungskosten für das neue Raketensystem MEADS bezeichnet, das die BRD gemeinsam mit den USA, Frankreich und Italien bauen will;
 - Schätzungen für den Euro-Fighter 2000 weisen 150,5 Mio. DM Stückpreis und weitere 20 Mio. für die Bewaffnung aus;
 - bei der militärischer Verfolgung kurdischer Kämpfer dringen türkische Truppen in den Irak ein;
 - die Zahl der aus ehemaligen Sowjetrepubliken Flüchtigen hat \approx 3 Mio. erreicht;
 - mit dem Schengener Abkommen werden die Grenzkontrollen innerhalb der EG abgebaut;
 - Operation "United Shield": Somalia, 22.01.1995 bis 25.03.1995
 - Operation "Vigilant Sentine I": Kuwait, ab August 1995
 - Operation "Nomad Vigil": Albanien, 1.07.1995 bis 5.11.1996
 - Operation "Safe Border": Peru/Ecuador, ab 1995
 - Operation "Deliberate Force": Republika Srpska, 29.08.1995 bis 21.09.1995
 - Operation "Determined Effort": Bosnien, Juli 1995 bis Dezember 1995
 - Operation "Quick Lift": Kroatien, Juli 1995
 - Operation "Decisive Enhancement": Adria, 1.12.1995 bis 19.06.1996
 - Operation "Joint Edeavor": Bosnien-Herzegowina, Dezember 1995 bis Dezember
- 1996 - Russland liefert Kampfflugzeuge an China;
- USA-Konzerne dominieren das internationale Rüstungsgeschäft mit 21,4 Milliarden \$ gefolgt von Großbritannien mit 3,4 Mrd., Russland mit 1,3 Mrd., Frankreich und China mit je 800 Mio. und der BRD mit 700 Mio. US-\$);
 - Operation "Assured Response": Liberia, April 1996 bis August 1996
 - Operation "Quick Response": Zentralafrikanische Republik, Mai 1996 bis August 1996
 - Operation "Guardian Assistance": Zaire/Ruanda/Uganda, 15.11.1996 bis 27.12.1996
 - Operation "Pacific Haven/Quick Transit": Irak – Guam, 15.09.1996 bis 16.12.1996
 - Operation "Laser Strike": Südafrika, ab 1.04.1996
 - Operation "Nomad Edeavor": Taszar, Ungarn, ab März 1996
 - Operation "Northern Watch": Kurdistan, ab 31.12.1996
 - Operation "Desert Focus": Saudi Arabien, ab Juli 1996
 - Operation "Desert Strike": Irak, 3.09.1996; Cruise Missile-Angriffe: Irak, 26.06.1993, 17.01.1993, Bombardements: Irak, 13.01.1993
 - Operation "Decisive Edeavor/Decisive Edge": Bosnien-Herzegowina, Januar 1996 bis Dezember 1996

- 1997 - die USA beginnen nach 80-jähriger Besetzung ihren Rückzug aus der Panama-Kanalzone;
- Nigeria interveniert nach einem Militärputsch in Sierra Leone;
 - Militärputsch in Sambia gescheitert;
 - blutiger Umsturz in Zaire - Mobutu flieht, dessen Nachfolger Kabila nennt das Land in ‚Demokratische Republik Kongo‘ um;
 - Operation "Guardian Retrieval": Kongo, März 1997 bis Juni 1997
 - Operation "Noble Obelisk": Sierra Leone, Mai 1997 bis Juni 1997
 - Operation "Bevel Edge": Kambodscha, Juli 1997
 - Operation "Phoenix Scorpion I": Irak, ab November 1997
- 1998 - in Indien werden mehrere unterirdische Atombombentests durchgeführt;
- in Pakistan werden gleichfalls fünf Atomsprengköpfe gezündet;
 - USA und Großbritannien bombardieren mit 415 Marschflugkörpern den Irak, weil das dortige Regime Massenvernichtungswaffen hergestellt habe;
 - bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen serbischen Milizen und Freischärlerkommandos der albanischen UÇK im Kosovo;
 - General Pinochet wurde nach spanischem Auslieferungersuchen in London festgenommen;
 - Präsident Suharto tritt nach blutigen Unruhen zurück;
 - nach einem Blutbad im Norden des Landes kontrollieren die Taliban fast ganz Afghanistan;
 - Ministerpräsident Netanjahu und der Vorsitzende der Autonomiebehörde Arafat unterzeichnen ein Interimsabkommen;
 - Operation "Noble Response": Kenia, 21.01.1998 bis 25.03.1998
 - Operation "Shepherd Venture": Guinea-Bissau, 10.06.1998 bis 17.06.1998
 - Operation "Infinite Resch": Sudan/Afghanistan, 20. bis 30.08.1998
 - Operation "Phoenix Scorpion II": Irak, ab Februar 1998
 - Operation "Phoenix Scorpion III": Irak, ab November 1998
 - Operation "Phoenix Scorpion IV": Irak, ab Dezember 1998
 - Operation "Desert Fox": Irak, 16.12.1998 bis 20.12.1998
 - Operation "Joint Guard": Bosnien-Herzegowina, 20.06.1998
 - Operation "Determined Falcon": Kosovo/Albanien, 15.06.1998 - 16.06.1998
 - Operation "Joint Forge": ab 20.06.1998
 - Operation "Deliberate Forke": Bosnien-Herzegowina, ab 20.06.1998
 - Operation "Deny Flight": Bosnien, 12.04.1993 bis 20.12.1995
 - Operation "Eagle Eye": Kosovo, 16.10.1998 bis 24.03.
 - Operation "Determined Force": Kosovo, 8.10.1998 bis 23.03.1999
- 1998/1999 - Kosovo-Krieg
- 6.-7. Juni 1998 - Schlacht um Lodja, serbischer Sieg gegen Albanische Guerillakämpfer und der UÇK;
 - 30.6.1998 - Schlacht um Belačevac Mine, erste Schlacht zwischen UÇK und der Jugoslawischen Volksarmee endet ohne Sieger;
 - 9. 9. 1998 - Schlacht um Gnojane, die Jugoslawische Volksarmee erobert Junik und dessen Umgebung
 - 24.3.-10.6.1999 - Operation Allied Force, Luftangriffe der Nato auf Serbien
 - 9.4.-10.6.1999 - Schlacht um Košare, letzte große Schlacht zwischen der UÇK und der Jugoslawischen Volksarmee bis zum Kriegsende
- 1998/2000 - Eritrea-Äthiopien-Krieg

- 1999 - Polen, Ungarn und die Tschechische Republik werden Mitglied der NATO;
- russische Offensive gegen Tschetschenien;
 - die Aktivitäten der UÇK im Kosovo werden verstärkt;
 - Verhandlungen zwischen Serben und Kosovo-Albanern scheitern am Annex B des Vertrages von Rambouillet;
 - NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien unter Beteiligung von BRD-Luftstreitkräften;
 - Georgien, Usbekistan und Aserbaidschan scheiden aus der GUS aus;
 - Militärputsch in Pakistan;
 - 3000 landlose Bauern besetzen im Nordosten Brasiliens 15 Farmen;
 - Operation "Sustain Hope/Allied Harbour": Kosovo, ab 5.04.1999
 - Operation "Shining Hope": Kosovo, ab 5.04.1999
 - Operation "Cobalt Flash": Kosovo, ab 23.03.1999
- 1999-2009 - Zweiter Tschetschenienkrieg
- 29.2.1999-1.3.2000 - Schlacht um Höhe 776, schweres Gefecht zwischen russischen Fallschirmjägern und tschetschenischen Islamisten
- 2000 - US-Rüstungskonzerne und Militärs forcieren Anstrengungen um ein Raketenabwehrsystem;
- das russische Parlament ratifiziert Start II-Abkommen zur Abrüstung strategischer Atomwaffen;
 - nach heftigen Kämpfen nehmen russische Truppen Grosny ein;
 - im Zuge einer Massendemonstration wird in Belgrad die Regierung Milosevic gestürzt;
 - UN-Menschenrechtskommission verbietet den Einsatz Minderjähriger in militärischen Konflikten;
- 2000–2005 – Angesichts der ebenso aussichts- wie hoffnungslosen Lage löst die Fatah die zweite Intifada aus. Sie begann Ende September, Anfang Oktober 2000 und endete mit dem Abschluss eines Waffenstillstandes zwischen dem Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde und dem israelischen Ministerpräsidenten. Aber dieses Ende war zugleich auch der Auftakt zum offenen Ausbruch der Spaltung zwischen der Fatah und der Hamas. Letztere gewannen im Gaza-Streifen die Oberhand und setzten den bewaffneten Kampf gegen Israel fort;
- 2001 - Ein bewaffneter Konflikt zwischen Vertretern der albanischen Minderheit Mazedoniens und den mazedonischen Sicherheitskräften wurde mit dem Angriff UÇK auf eine Polizeistation in Tearce eingeleitet. Der Konflikt währte den Großteil des Jahres und forderte einige Dutzend Opfer auf beiden Seiten der Konfliktparteien;
- mit der US-geführten Intervention wurde im Herbst 2001 eine neue Phase im Krieg in Afghanistan eingeleitet. Die USA und ihre Verbündeten verfolgten dabei offiziell das Ziel, die Taliban-Regierung zu stürzen, die die für die Terroranschläge am 11.9.-2001 verantwortlich gemachte al-Qaida unterstützen soll. Der Krieg begann am 7.10.2001 mit US-Luftangriffen endete aber nicht mit der Eroberung der von Kabul und den Provinzhauptstädte Kandahar und Kunduz. Die von den USA eingesetzte Regierung unter Präsident Hamid Karzai konnte sich nur durch eine von NATO-Staaten und mehreren Partnerländern gestellte Internationale „Sicherheitsunterstützungstruppe“ halten. Die afghanische Zentralregierung ist seit 2003 zunehmend Angriffen durch „Neo-Taliban“ ausgesetzt. Um deren Vormarsch zu bremsen, wurde das Engagement von ISAF schrittweise ausgeweitet. Mit der Zeit wurde auch klar, dass in den Aufbau afghanischer staatlicher Strukturen mehr investiert werden musste;
- 12.-17.12.2001 - Schlacht um Tora Bora, Al-Qaida wird aus Afghanistan vertrieben;

- 1.-18.3.2002 - Operation Anaconda, militärische Unternehmung US-amerikanischer, britischer, kanadischer und deutscher Spezialeinheiten;
- 2.-7.9.2006 - Operation Medusa, Offensive der NATO gegen die Taliban;
- 2002–2007 - Der Bürgerkrieg in der Elfenbeinküste (Ivorischer Bürgerkrieg) begann am 19. September 2002 mit einem Aufstand von Teilen der Armee, die die nördliche Hälfte des Landes unter ihre Kontrolle brachte. Ursachen sind der Kampf um natürliche Ressourcen in der Elfenbeinküste und ethnische Spannungen zwischen Nord und Süd, Einheimischen und Einwanderern. Die Situation beruhigte sich nach der Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen Rebellen und Regierung und der Entsendung der Operation der Vereinten Nationen an der Elfenbeinküste (ONUCI), doch hält die Spaltung des Landes, die durch den offenen Ausbruch des Konflikts verschärft wurde, an. Am 30. Juli 2007 erklärten Präsident Laurent Gbagbo und Rebellenführer Guillaume Soro den Bürgerkrieg für beendet.
- 2003–2011 - Der Irakkrieg (zweiter Irak oder Golfkrieg) war eine Invasion der USA und Großbritanniens, die unter offenem Bruch des Völkerrechts mit politischer Unterstützung der sogenannten Koalition der Willigen erfolgte. Er begann mit der Bombardierung Bagdads am 20. März 2003 und wurde nach der Eroberung Bagdads und dem Sturz des irakischen Diktators Saddam Hussein am 1. Mai von US-Präsident George W. Bush für beendet erklärt. Die genannten Kriegsgründe sind historisch widerlegt und wurden als absichtliche Irreführung der Weltöffentlichkeit bewertet, da im Irak weder Massenvernichtungsmittel noch Beweise akuter Angriffsabsichten gefunden wurden. Die USA verfolgten geopolitische und wirtschaftliche Interessen.
- 21.-25.3.2003 - Schlacht um Umm Qasr, erstes Angriffsziel des Krieges;
- 3.-9.4.2003 - Schlacht um Bagdad, Fall der Saddam Hussein-Regierung;
- 4.-9.4.2004 - Operation Vigilant Resolve, versuchte Rückeroberung Falludschas;
- 8.-18.11.2004 - Operation Phantom Fury, Vertreibung von Abu Musab az-Zarqawi aus Falludscha;
- 3.11.-2.12.2004 - Operation Plymouth Rock, Großangriff gegen Hochburgen irakischer Rebellen in Babil;
- 16.-22.3.2006 - Operation Swarmer, größte Luftoffensive seit dem offiziellen Kriegsende als Reaktion auf anhaltende Gewalt im Harmein-Gebirge;
- 14.2.-24.11.2007 - Operation Imposing Law, Koalitionstruppen und irakische Sicherheitskräfte versuchen Bagdad von Aufständischen zu befreien
- 13.3.-1.9.2007 - Schlacht um Baquba, Angriff der Koalitionstruppen auf Baquba und Umgebung;
- 2003–2009 – zwischen verschiedenen Völkern Darfurs und der sudanesischen Regierung kam es im Streit um mehr Mitbestimmung im Staat und eine Entwicklung ihrer Region zu militärischen Auseinandersetzungen, in denen die Regierung Reiternomaden einsetzte. Dabei kamen bis 2008 etwa 300.000 Menschen um, 2,5 Millionen wurden innerhalb der Region vertrieben. Von den Dschandschawid wurden schwere Menschenrechtsverletzungen, die Zerstörung von Dörfern, Massaker an der Zivilbevölkerung und Vergewaltigungen begangen.

‚ROSENREVOLUTION‘ - GEORGIEN 2003

Im Verlauf des sich seit Mitte der achtziger Jahre beschleunigenden Zerfallsprozesses traten nationalistische und neokapitalistische Kräfte auch in der Grusinischen Sowjetrepublik immer offener auf. Führende politische Kraft dieser Ereignisse war die 1989 unter Führung Swiad Gamsachurdias gegründete Partei ‚Freies Georgien‘. Die

Niederschlagung einer Demonstration in Tibilisi durch Sicherheitskräfte und der von Sobtschak behaupteten Verantwortung des ZK der KP Grusiniens hatten diese Kräfte dominierenden Einfluss. Bei der Wahl von 1990 erhielt Gamsachurdias Partei mit 87% die absolute Mehrheit. Seine politische Praxis wird im Internet als sprunghaft und autoritär, auf Konfrontationskurs mit Russland orientiert qualifiziert. *„Er habe sich mit diktatorischen Vollmachten ausstatten und Oppositionsführer verhaften lassen.“*¹ Ein von der Nationalgarde und paramilitärischen Gruppen ausgelöster Umsturz führte dazu, dass er im Januar 1992 fliehen musste. Nachfolger Schewardnadse operierte mit seinen ‚Reformen‘ zwar durchaus erfolgreich im Interesse von Teilen der sich neu formierenden georgischen Bourgeoisie aber offensichtlich nicht so eindeutig nach geopolitischem Interesse der USA.

Micheil Saakaschwili hatte 1994 ein Studium in den USA absolviert, ein Jahr später an der Georg Washington Universität in Washington D.C. promoviert und als Anwalt in der Sozietät Patterson, Belknap, Webb & Tyler in Manhattan in einschlägig einflussreichen Geschäftskreisen Vertrauen gewonnen. Zunächst als Justizminister in der Regierung Schewardnadse, danach als Bürgermeister von Tiflis tätig war das die Alternative zur Verlängerung der Amtszeit Schewardnadses. Wahlfälschungen bei der Neuwahl des Präsidenten wurden für Saakaschwili zur Steilvorlage.

Was von der nun eingeleiteten ‚Rosenrevolution‘ zu halten ist, wird eigentlich schon mit dem Titel einer einschlägigen Studie des Osteuropa-Instituts der FU Berlin auf den Begriff gebracht. Juliane Küchholz versieht den Titel ihrer Arbeit ‚Die Rosenrevolution in Georgien‘ mit dem aufschlussreichen Untertitel ‚Ausdruck der Demokratie oder ein von den USA erkaufter Putsch‘. Gleich einleitend notiert sie: *„Der als ‚Rosenrevolution‘ bezeichnete Machtwechsel im November 2003 war eine Mischung aus Spontaneität und sorgfältiger Vorbereitung. Die westlichen Medien haben diesen Wechsel sehr wohlwollend kommentiert. Aber es gibt auch andere Stimmen. So berichtete das Wall Street Journal am 24. November 2003: ‚Hinter den drei Politikern [Saakaschwili, Burdschanadse und Schwania] stehen zahlreiche Nicht-Regierungsorganisationen [...], die seit dem Untergang der Sowjetunion entstanden sind.‘ Viele dieser NGOs werden von Stiftungen aus Amerika und anderen westlichen Ländern unterstützt, die eine Klasse junger, englisch-sprachiger Intellektueller hervorbringen, die pro-westliche Reformen herbeisehnen.‘* *Glaubt man dem Guardian-Artikel vom 6. Dezember 2003 und anderen Medien waren der Aufstand und der Machtwechsel in Georgien vor allem ein vom Westen organisierter Putsch, als ‚ein gut geplantes Drama mit Saakaschwili als von den Amerikanern ausgewähltem Hauptdarsteller‘, bei dem die Georgier lediglich als Statisten oder Gäste einer gigantischen Straßenfete mitwirkten.“*² Offensichtlich gibt es Bedenken, wenn ausgerechnet diese Blätter derart skeptisch mit den großen Worten und den merkwürdigen Hintergründen solcher ‚Revolutionen‘ umgehen.

¹ Swiad Gamsachurdia, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Swiad_Gamsachurdia

² J. Küchholz: Die Rosenrevolution in Georgien – Ausdruck der Demokratie oder ein von den USA erkaufter Putsch?, unter: <http://www.oei.fu-berlin.de/politik/publikationen/AP49-3.pdf>, S. 6

Aber welche Schlüsse werden daraus gezogen? Frau Küchholz fragt nach: *„Waren die Demonstrationen und Proteste nach der Wahl im November 2003 und folglich die ‚Rosenrevolution‘ Ausdruck einer aus Unzufriedenheit heraus erstarkten Zivilgesellschaft und des fortschreitenden Demokratisierungsprozesses?“*¹ Einer direkten Antwort weicht sie zunächst aus.

In diesem Zusammenhang ist nicht nur überaus aufschlussreich, wie der Oppositionspolitiker Saakaschwili im Internet charakterisiert wird: *„Saakaschwili profilierte sich als Vertreter einer stark westlich geprägten Demokratie in Georgien. Im November 2003 gehörte er mit Surab Schwania und Nino Burdschanadse zu den Wortführern der Rosenrevolution.“* An gleicher Stelle wird beschrieben, wie die Machtübernahme vonstatten ging und welche Rolle dieser ‚stark westlich geprägte Demokrat‘ dabei spielte: *„Unter seiner Führung stürmten oppositionelle Demonstranten am 22. November den Sitzungssaal des aufgrund von Wahlbetrug zustande gekommenen georgischen Parlaments, verschafften sich Zutritt zum Plenarsaal und unterbrachen die Eröffnungsrede Präsident Schewardnadses. Saakaschwili rief dem alten Präsidenten zu: ‚Treten Sie zurück!‘ Es entstand ein Handgemenge. Der Präsident flüchtete mit seinen Leibwächtern aus dem Gebäude. Am Folgetag traf sich Schewardnadse mit Saakaschwili und Schwania, um zu verhandeln. Nach dem Treffen erklärte der Präsident seinen Rücktritt.“*²

Welche Rolle die ‚Zivilgesellschaft‘ dabei spielte beschreibt Frau Küchholz: *„Da die Georgier seit Jahren von Schewardnadse enttäuscht waren, hatte es Michail Saakaschwili leicht, seine Anhänger zu mobilisieren. Mit Wahlkampfparolen wie ‚Schewardnadse muss weg‘ und dem Versprechen, dem Volk ‚das von Schewardnadses Clan gestohlene Eigentum zurückzugeben‘, gewann er schnell Zustimmung. Die Bevölkerung, die sich von den Wahlen einen politischen Neuanfang erhoffte, war durch den erneuten Versuch der Wahlmanipulation empfänglich für die Parolen der Opposition, ging auf die Straße und stürmte das Parlament. Letztendlich hat dieses zivilgesellschaftliche Engagement funktioniert.“*³ Wie beim Lesen dieser Passage Ideen von Zivilgesellschaft und Demokratie assoziiert werden bleibt vorerst das Geheimnis der Autorin. Jenseits ihrer Absicht, sich mit den schwerwiegenden Vorwürfen des ‚Wall-Street-Journals‘ und des Guardian auseinanderzusetzen bleibt der Eindruck von einem erkaufte(n) Politiker, der Karriere macht, indem er im Interesse des von ihm inszenierten Putsches mit populistischen Losungen und Lügen als eine demokratische Transformation auszugeben versteht.

Aber Frau Küchholz bedauert nicht nur, dass „die Finanzierung der maßgeblich am Umsturz beteiligten Personen und gesellschaftlichen Gruppen durch das westliche Ausland kritisiert“ wurde. „Auch in Westeuropa wurde die ‚Rosenrevolution‘ auffallend häufig im Zusammenhang mit der Finanzierung und Organisation durch die US-

¹ ebenda S. 15

² Micheil Saakaschwili, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Micheil_Saakaschwili

³ J. Küchholz: Die Rosenrevolution in Georgien – Ausdruck der Demokratie oder ein von den USA erkaufte Putsch?, unter: <http://www.oei.fu-berlin.de/politik/publikationen/AP49-3.pdf>, S. 20

amerikanische Administration und amerikanische NGOs bewertet.“¹ Unter anderen wird hier G. Soros als einer der führenden Finanziere genannt. Für sie geht derlei Kritik am Wesen dieser Auseinandersetzung vorbei. Sie stellt eine viel weiter reichende Frage: „Inwiefern ist die internationale Einflussnahme auf Demokratisierungsprozesse überhaupt möglich? Wenn ja, hat eine solche – konkret im Falle Georgiens – tatsächlich stattgefunden. Trifft also der oft postulierte Vorwurf des ‚von den USA erkaufte Putsch‘ zu?“² Damit ist in ihren Augen nicht nur die Finanzierung sondern auch die organisatorische und personelle Vorbereitung derartiger ‚Revolutionen‘ durch NGOs und deren – großzügiger honorierter – Flankierung durch die Stimmungsmache der Massenmedien legitimiert. Geradezu zynisch wird es, wenn diese – mittlerweile flächendeckend eingesetzte – konterrevolutionäre Praxis mit einem Verweis auf Marx legitimiert wird: „*Eine Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift. Es war und bleibt die demokratische Idee, die das Volk Georgiens in Bewegung gesetzt hat.*“³

‚ORANGE REVOLUTION‘ UKRAINE 2004

Dass es da nicht um Gerede und Propagandasprüche geht wird deutlich, wenn daran erinnert wird, dass der britische Publizist John Laughland in der ‚Zeit‘ vom 2.12.2004 darüber berichtet, dass die ukrainische Opposition „*allein von USAID⁴, einer Agentur der US-Regierung, 55 Millionen Dollar*“ erhielt.⁵ Aus einer Studie der ‚Forschungsstelle Osteuropa Bremen‘ vom Dezember 2004 zur ‚europäisch-nordamerikanischen Unterstützung ukrainischer Reformbestrebungen seit 1991‘ geht hervor, dass diese Summe weit unter den tatsächlichen Transferleistungen liegt. Aus Angaben zur EBRD-Förderung bis 2002 geht hervor, dass für die Bereiche Landwirtschaft, Finanzinstitutionen, Energiewirtschaft, Transportwesen, Naturreichtümer, Industrie, Telekommunikation, Eigentum und Tourismus, Stadtverwaltung und effektive Energienutzung die Summe von 1,068 Mrd. € bereitgestellt wurden.⁶ Dazu kamen Kredite des IWF in Höhe von 1,4 Mrd. US-\$, von der Weltbank in Höhe von 2,4 Mrd. US-\$, vom EBRD in Höhe von 1,4 Mrd. € sowie Zahlungen vom USAID in Höhe von 1,6 Mrd. US-\$, von der EU in Höhe von 1,4 Mrd. € und von der UNO 40,4 Mio. US-\$.⁷ Darüber hinaus liefen die Förderprogramme der ‚Charles Stewart Mott Foundation‘, der ‚International Renaissance Foundation‘ und der ‚Eurasia Foundation‘, deren Zielstellung zusammenfassend mit der Stärkung des Dritten Sektors, der Stärkung von Bürgerrechten und – verantwortung und der Verbesserung von interethnischen Beziehungen beschrieben

¹ ebenda S. 20f

² ebenda S. 22

³ ebenda S. 28

⁴ Die ‚United States Agency for International Development (USAID) koordiniert die Aktivitäten der US-Außenpolitik auf dem Gebiet der Entwicklungsförderung.

⁵ Westliche Regierungen finanzierten und steuerten ukrainische Opposition, unter: http://de.wikinews.org/wiki/Westliche_Regierungen_finanzierten_und_steuerten_ukrainische_Opposition

⁶ A. Umland: Westliche Förderprogramme in der Ukraine Einblicke in die europäisch-nordamerikanische Unterstützung ukrainischer Reformbestrebungen seit 1991, in: Forschungsstelle Osteuropa Bremen Arbeitspapiere und Materialien Nr. 63 – Dezember 2004, unter: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/UserFiles/file/06-Publikationen/Arbeitspapiere/fsoAP63.pdf>, S. 10

⁷ ebenda S. 17

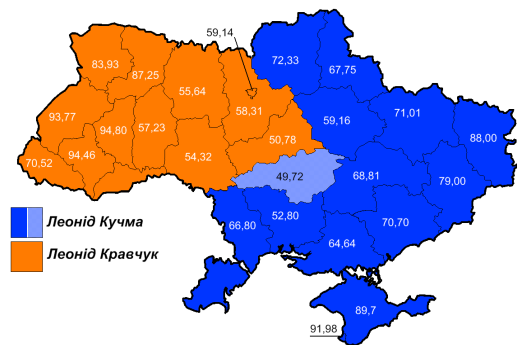
wird.¹ Hier wird detailliert über Empfänger und Auswirkungen westlicher Demokratieförderung in der Ukraine berichtet. Dazu gehört auch die ‚westliche Medienförderung in der Ukraine‘².

Die Verschiebungen in den Abstimmungsergebnissen bei den Präsidentenwahlen von 1991, 1994, 1999 und 2004 vermittelt einen informativen Einblick in die Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse in der Ukraine:

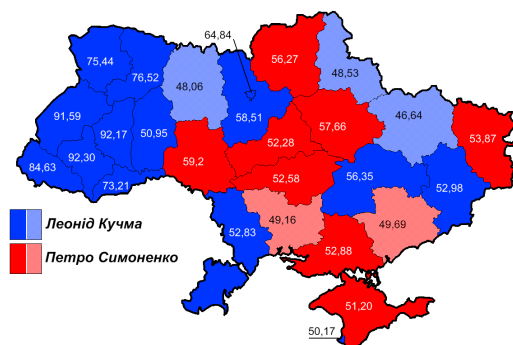
1991



1994



1999



2004 – 21.11.

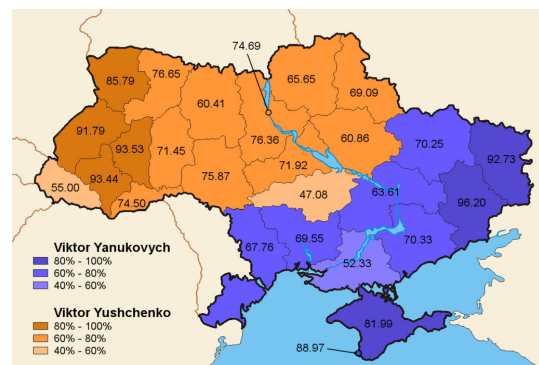


Abb. 4: Verschiebungen im Wahlverhalten bei den Präsidentenwahlen in der Ukraine 1991 bis 2004 nach der regionalen Verteilung des Abstimmungsverhaltens³

Aus der vorangehenden Übersicht wird deutlich, dass es seit 1991 im Abstimmungsverhalten der Ukrainer deutliche Veränderungen gab: 1991 wurde der durch seine Zustimmung zur Auflösung der UdSSR bekannt gewordene Leonid Krawtschuk⁴ mit Ausnahme einiger Gebiete in der Westukraine mit eindeutiger Mehrheit (61,1%) zum Präsidenten gewählt. Die von ihm unterstützte ‚Privatisierung‘ der Industrie war mit einer Inflation in Größenordnungen um 1.000%, mit dem Raub an Lohn- und Gehaltszahlungen und in einem solchen Maße mit krimineller Korruption verbunden, dass er die 1991 im Osten gefundene Unterstützung verlor.

¹ ebenda S. 22

² ebenda S. 29

³ nach: Президентские выборы на Украине (1991) (1994) (1999) (2004) (Präsidentenwahlen in der Ukraine [1991][1994][1999][2004], https://ru.wikipedia.org/wiki/Выборы_Президента_Украины

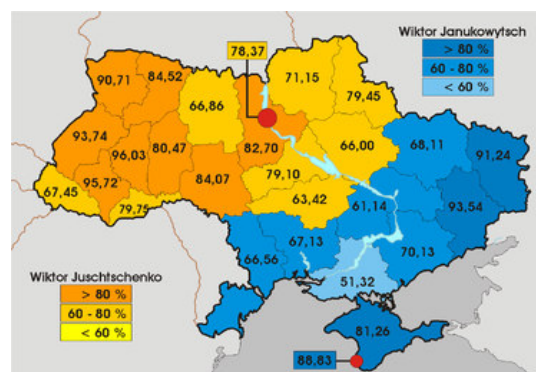
⁴ *Леонід Макарович Кравчук* (Leonid Makarowytsh Krawtschuk) (1934) 1990 zweiter Sekretär der KP der Ukraine und Mitglied des ZK der KPdSU. Unterzeichnete mit Jelzin und Schuschkewitsch am 8.12.1991 die Erklärung zur Auflösung der UdSSR, von 1991 bis 1994 erster Präsident der Ukraine

Dem 1994 mit der Unterstützung des industriellen Ostens – d.h. einflussreicher Groß-industrieller gewählte Leonid Kutschma¹ widerfuhr das Gleiche. Bei den Präsidentenwahlen 1999 hatte sich – in Parallele zu den Erfahrungen seines Vorgängers - auch das ihn unterstützende Klientel aus dem Osten in den Westen verlagert. Ausschlaggebend waren dafür die auf eine ‚Demokratisierung‘ westlichen Stils orientierten politischen Parteien und Organisationen.

Im Oktober 2004 waren die Investoren und deren durch westliche Demokratieförderung darauf eingestellten Organisationen und deren Politiker der Meinung, dass nun der Zeitpunkt gekommen sei, ihre Rendite noch offener einzufahren. Aber beim ersten Wahlgang für die Rada konnte sich der von Juschtschenko² repräsentierte Block nationalistischer (narodnyj ruch Ukrainy, Vperjod Ukraina, Kongress ukrainisch Nationalistow), liberaler (liberalnaja partija Ukrainy, molodjoschnaja partija Ukraina), christdemokratischer (Chritiansko-demokratitscheskij sojus, respublikanskaja christianskaja partija Ukrainy) und ‚reformorientierter‘ Parteien (Reform und Ordnung) nicht eindeutig gegen die von Janukowitsch³ vertretenen Oligarchen des industriellen Ostens durchsetzen. (Juschtschenko - 39,87%, Janukowitsch - 39,32%) Das Ergebnis der Stichwahl (Janukowitsch - 49,42%, Juschtschenko – 46,69%) löste in den westlichen Teilen des Landes aber auch in Kiew Massenproteste aus. Die Gebietsleitungen der westlichen Landesteile weigerten sich, dieses Resultat anzuerkennen, da es zu Wahlfälschungen gekommen sei. Die nun schon eingeleitete Ernennung Janukowitschs wurde unterbrochen, weil das Oberste Gericht der Ukraine am 3.12.2004 entschieden hatte, dass das Wahlergebnis ‚nicht dem Wählerwillen entspricht‘, für den 26.12. eine Wiederholung der Stichwahl angesetzt hatte. Zugleich wurden die Zusammensetzung der Zentralen Wahlkommission und die Verfassung in einem Sinne verändert, der die Vollmachten des Präsidenten erheblich eingeschränkte. Im Resultat der am 26.12.2004 wiederholten Präsidentschaftswahlen, deren ordentlicher Verlauf ausländische Beobachtern bestätigten, erhielten Juschtschenko 51,99% und Janukowitsch 44,2% der Stimmen.

Abb. 5: Ergebnisse der wiederholten Stichwahl vom 26.12.2004 nach der regionalen Verteilung des Abstimmungsverhaltens⁴

Was sich in den Tagen nach der Stichwahl vom 21.11. abspielte ging – in Anlehnung an die Farbe des Signums Juschtschenkos später als ‚orange Revolution‘ in die Geschichtsschreibung



¹ *Леонід Данилович Кучма* (Leonid Danilowitsch Kutschma) (1938) Ingenieur (Dr.Ing), Raketeningenieur, 1986 – 1992 Generaldirektor der Produktionsvereinigung ‚südliche Maschinenbauwerke‘ (Южмаш), 1992-1993 Premierminister der Ukraine, 1994-2005 Präsident der Ukraine

² *Віктор Андрійович Ющенко* (Viktor Andrianowitsch Juschtschenko), (1954) 1993-1999 Direktor der Nationalbank der Ukraine, 1999-2001 Premierminister der Ukraine 2005-2010 Präsident der Ukraine

³ *Віктор Федорович Янукович* (Viktor Fjodorowitsch Janukowitsch) (1950) ukrainischer Premierminister 2002-2005 und 2006-2007. Präsident der Ukraine 2010-2014)

⁴ nach: Президентские выборы на Украине (2004) (Präsidentenwahlen in der Ukraine [2004][[https://ru.wikipedia.org/wiki/Президентские_выборы_на_Украине_\(2004\)](https://ru.wikipedia.org/wiki/Президентские_выборы_на_Украине_(2004))]

ein. Zur Wahlfälschung wird angemerkt: *„Die Anhänger Juschtschenkos sowie die Beobachter der OSZE gingen von einem Wahlbetrug zugunsten Janukowytschs aus. Andere internationale Beobachter zum Beispiel von den zwölf Mitgliedstaaten der EMO (aus der Gemeinschaft unabhängiger Staaten) und von der BHHRG konnten zwar auch Wahlverstöße feststellen, jedoch keine, die das Wahlergebnis ernsthaft beeinträchtigten, da die Verstöße im Vergleich zu den gültigen Stimmen verschwindend waren und da von beiden Seiten gegen die Wahlgesetze verstoßen wurde.“*¹

Zu den Hintergründen ist an gleicher Stelle zu lesen: *„Die Orange Revolution baut auf einem Muster auf, das zuerst in Jugoslawien entwickelt wurde, um die Regierung mit Slobodan Milošević zu stürzen, welches in Form der sogenannten Rosenrevolution in Georgien weitergeführt wurde. Obwohl diese Umstürze spontan wirkten, waren sie Resultate einer umfangreichen Untergrundtätigkeit, Konspiration und Zusammenarbeit innerhalb oppositioneller Gruppen. Jedem Umsturz ging eine Wahl voraus, bei der die prowestliche Opposition verlor, woraufhin Demonstrationen und andere Aktionen erfolgten. Bei all diesen Vorgängen waren studentische Aktivisten und Akademiker führend beteiligt, auch die ukrainische Pora! Besteht fast nur aus Studenten. Die bisher bekannteste Umstürzbewegung war Otpor, eine Bewegung junger Leute und Studenten, die half, den prowestlichen Vojislav Kostunica in Serbien an die Macht zu bringen. In Georgien 2003 wurde die analoge Bewegung Kmara benannt. Eine bis jetzt erfolglose Bewegung in Weißrussland heißt Subr. Sie trat 2004 bei den dortigen Wahlen in Erscheinung. In der Ukraine arbeitet die Studentenbewegung Pora! für den Umsturz, sie gilt in den ukrainischen Medien und bei den Sicherheitskräften als Terrororganisation. Sechs Pora-Aktivisten sind Mitte November 2004 wegen Terrorismusverdacht verhaftet worden, da bei ihnen Sprengstoff, Zünder und eine Granate gefunden wurden. Die Pora, westliche Regierungen und die Anhänger von Juschtschenko hingegen halten die Pora nicht für eine terroristische Organisation.*

Die Aktivisten dieser Bewegungen wurden in den Taktiken gewaltlosen Widerstands ausgebildet - von einer Koalition professioneller westlicher Berater, Helfer und Pollster, die durch eine Reihe von westlichen Regierungen, Agenturen und Organisationen finanziert und unterstützt wurden, zum Beispiel von der Konrad Adenauer Stiftung und - laut der britischen Tageszeitung The Guardian - durch das ‚US State Department‘ und USAID zusammen mit dem ‚National Democratic Institute‘, dem ‚International Republican Institute‘, der ‚Freedom House NGO‘ und dem Milliardär George Soros mit seinem ‚Open Society Institute‘. Die deutsche Wochenzeitung Die Zeit, behauptete unter anderem, Juschtschenko und seine Kreise erhielten allein aus den USA mindestens 65 Millionen US-Dollar über verschiedene Kanäle. Ziel der USA sei es, auf diese Weise die NATO auszudehnen und die EU schwächen.

*Juschtschenko versprach vor den Wahlen zudem, dass er den Plan für einen euroasiatischen Wirtschaftsraum zerreißen werde, sollte er gewinnen.“*²

¹ Siehe: Orange Revolution, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Orange_Revolution

² daselbst

,TULPENREVOLUTION' IN KIRGISIEN 2005

Die Entwicklung der Ereignisse in Kirgisien ist in vielerlei Hinsicht zu der in der Ukraine vergleichbar. Aber hier begann die Loslösung aus dem Verband der UdSSR schon im August 1991. Unmittelbar nach dem Scheitern des ‚Staatlichen Komitees für den Ausnahmezustand‘ hatte der erst im Oktober 1990 zum Staatspräsidenten der Kirgisischen SSR gewählte Akajew¹ die Unabhängigkeit Kirgisiens erklärt. Um seine Wiederwahl zu einer dritten Amtszeit gab es 2000 Auseinandersetzungen, weil die 1993 in Kraft getretene Verfassung nur zwei Wahlperioden vorsah.

Akajew hatte in Parallele zur Entwicklung in den anderen Nachfolgerstaaten der UdSSR einen radikalen Kurs auf die Kapitalisierung des staatlichen Eigentums durchgezogen. Schon 1990 war es angesichts der um sich greifenden Korruption, steigender Preise und der Unfähigkeit der Regierung zu ethnischen Spannungen zwischen Kirgisen und Usbeken sowie zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Ein Drittel der Einwohner Kirgisiens lebte unter der Armutsgrenze. Angesichts dieser Lage wirkte der als ‚Privatisierung‘ ausgegebene Raubzug am staatlichen Eigentum der eigentliche Kern seiner als ‚Demokratisierung‘ propagierten politischen Reformen wie ein Katalysator der sich ohnehin zuspitzenden Probleme. 1998 wurde dieser Prozess mit einer gleichfalls auf die Privatisierung orientierten ‚Bodenreform‘ der Landwirtschaft weitergeführt. Die damit ausgelösten Welle sozialer Demontage stießen in der Bevölkerung auf offenen Widerstand. Ende der 90-iger Jahre häuften sich bewaffnete Überfälle und Unruhen. Proteste gegen den nun immer offener zutage tretenden Machtmissbrauch führten dazu, dass es im März 2002 beim Einsatz bewaffneter Polizeieinheiten in Aksy fünf tote Demonstranten gab. Im Februar 2005 kam es nach den Parlamentswahlen zu Unruhen, die in die ‚Tulpenrevolution‘ mündeten. Akajew floh nach Russland.

Wie später bekannt wurde, war einer der wichtigsten Finanziere der ‚Tulpenrevolution‘ Bajaman Ärkinbajew nicht nur Besitzer des Karasuisker Basars sondern auch eine der führenden Figuren der kirgisischen Maffia. Von ihm und weiteren ‚Oppositionellen‘ wurden bewaffnete ‚Freiwillige‘ finanziert, die in der Anfangsphase dieser Auseinandersetzung das Feuer auf Demonstranten eröffneten, um danach ‚auf deren Seite‘ und mit ihrer Unterstützung Überfälle auf Einrichtungen des Staatsapparates, der Polizei und des Sicherheitsdienstes zu organisieren.²

Das Durcheinander der damit eröffneten Unruhen dauerte mehrere Monate an. In Bischkek und anderen Städten kam es zu Plünderungen und Pogromen. Die zunächst mit dem Verweis auf Unregelmäßigkeiten bei der Neuwahl des Parlaments inszenierten Unruhen hatten nicht nur einen Staatsstreich ausgelöst. Im Verlaufe der Überfälle des nun außer Kontrolle geratenen Mobs wurden alle bis dahin noch bestehenden Reste staatlicher Ordnung aus dem Wege geräumt.

¹ Аскар Акаевич Акаев (Askar Akajewitsch Akajew) (1944) Dr.Ing. 1990–1991 Präsident der Kirgisischen SSR und 1991–2005 der erste Staatspräsident des unabhängigen Kirgisistan

² Dazu unter anderen bei: А. Князев: Государственный переворот 24 марта 2005 г. в Киргизии (А. Knjasew: Der Staatsstreich vom 24. März 2005 in Kirgisien), Бишкек 2007, unter: http://www.knyazev.org/books/Gov_over_3.pdf

KRIEG NACH DEM KALTEN KRIEG - EINE CHRONOLOGIE II¹

- 2004-2008 – Unabhängigkeitskampf Südossetiens (Georgischer Fünftagekrieg)
- 2004-2010 - Huthi-Konflikt / Bürgerkrieg im Jemen;
- 2005-2010 - Bürgerkrieg im Tschad;
- 2006 - Libanonkrieg zwischen Hisbollah und Israel Kampfhandlungen vom 12.7. bis 8.9.2006;
- 2006 - Fatah-Hamas-Konflikt (palästinensischer Bürgerkrieg)
- Drogenkrieg in Mexiko – Kampf zwischen Angehörigen der Drogenkartelle;
- 2006-2009 - Dritter Kongokrieg (Kivu-Krieg)
- 2007 - Bürgerkrieg in Sri Lanka - Kampfhandlungen vom 1.1. bis 23.12.2007;
- 2008 - Kaukasuskonflikt 2008 - Kampfhandlungen vom 7.8. bis 16.8.2008;
- Schlacht um Zchinwali – die südossetische Hauptstadt wird von georgischen Truppen besetzt und durch russische Truppen zurück erobert;
- Eritreisch-dschibutischer Grenzkonflikt vom 10.-13.6.2008
- 2008-2009 – Operation Gegossenes Blei – Hamas gegen Israel
- 2009 - Krieg gegen die Taliban in Pakistan
- 2010 - al-Quaida im Jemen – die jemenitische Regierung erklärt am 14.1.1020 der al-Quaida den offenen Krieg;
- 2010-2011 – Bürgerkriege in der Elfenbeinküste
- 2011 - Bürgerkrieg in Libyen – größere Kampfhandlungen unter Einsatz der Luftstreitkräfte der USA, Frankreichs und Großbritanniens vom 14.2. bis 23.10.2011
- unmittelbar nach dem Abzug der US-Okkupationstruppen aus dem Irak bricht ein Aufstand verschiedener Gruppierungen aus, der bis heute anhält;
- Seit 2011 – Nach der bewaffneten Niederschlagung von Protestdemonstrationen oppositioneller Gruppen kommt es in Syrien zum Bürgerkrieg – von März 2011 bis April 2014 sollen nach Angaben der UNO 191.396 Menschen umgekommen sein, rund 2,6 Mio. Syrer sind außerhalb und weitere 9 Mio. innerhalb Syriens auf der Flucht;
- Seit 2012 - Krieg in Mali - am 11.1.2013 marschieren französische Truppen in Mali ein, um islamistische Gruppierungen zu bekämpfen.

DER ‚ARABISCHE FRÜHLING‘

Am 17.12.2010 hat sich der tunesische Gemüsehändler Mohammed Bouazizi in Sidi Bouzid auf der Straße vor dem Gouverneurssitz selbst verbrannt. Diese Verzweiflungstat eines 26 Jahre jungen Mannes war die Reaktion auf mehrfache Behördenwillkür, durch die es ihm unmöglich gemacht wurde, seine Mutter, seine Geschwister und seine Familie zu ernähren. Zuvor wurde sein Gemüsestand wegen fehlender Genehmigung mehrfach geschlossen, seiner Produkte und seiner Waage wurden beschlagnahmt und alle Beschwerden blieben erfolglos. Sein Protest auf der Polizei hatte dazu geführt, dass er verprügelt wurde.²

Was damit ausgelöst wurde scheint zunächst in keinem Verhältnis zu der Bedeutung dieses Vorfalles zu stehen. Der sich seit Jahren mit den Problemen der arabischen

¹ zusammengestellt nach: Liste der Kriege und Schlachten im 20. und 21. Jahrhundert, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Kriege_und_Schlachten_im_20._und_21._Jahrhundert, und: Wie viele Kriege hat die USA nach Beendigung des 2. Weltkriegs bereits geführt?, unter: <http://www.terra-kurier.de/US-Kriege.htm> und: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Kriegen

² M. v. Rohr: Mohammeds Früchte, Der Spiegel 11/2011, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-77435198.html>

Welt auseinandersetzen. Politikwissenschaftler Volker Perthes kam durch seine Studien nicht nur zu dem Resultat, dass *„die arabische Revolte von 2011 ... vor allem ein Aufstand der Jugend (ist). Von Rabat bis Riad, quer durch die arabische Welt, ist dies eine Generation, die sich um ihre Chancen zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Teilhabe betrogen gesehen hat.“* Nicht weniger bemerkenswert ist seine Feststellung, dass *„mit dem Begriff Demokratiehilfe“* Schindluder getrieben wurde: *„Selbst die Irak-Invasion von 2003 wurde von Vertretern oder Vordenkern der damaligen amerikanischen Regierung gelegentlich als Beitrag zur Demokratisierung des Nahen und Mittleren Ostens dargestellt.“*¹

Mit dieser Feststellung werden Zusammenhänge angedeutet, deren ursächliche Entwicklung lange vor dem Ausbruche der Aufstände, Staatsstrieche und Unruhen initiiert wurde, die heute mit dem Begriff von der arabischen Revolution erfasst werden sollen. Was in Tunesien innerhalb weniger Wochen zum Sturz der Regierung des Zine el-Abidine Ben Ali, danach in Ägypten zum Rücktritt des Präsidenten Husni Mubarak und im Jemen zum Rücktritt von Ali Abdullaj Salih führte, wurde in Libyen zur Initialzündung eines Bürgerkrieges, in dessen Ergebnis mit militärischer Unterstützung aus den USA, aus Frankreich und Großbritannien Muammar al-Ghadaffi gestürzt und ermordet wurde.

Aber die Suche nach den eigentlichen Hintergründen dieser Entwicklung kann weder bei der Oberflächlichkeit der Anlässe noch bei der Rekonstruktion einer Chronik des Verlaufs dieser Ereignisse stehenbleiben. Ausgangspunkte sind auch nicht zu finden, wenn man sich auf die Genese der inneren Konflikte konzentriert. Was in der aktuellen Darstellung dieser Probleme fast durchweg als Probleme mit der Demokratisierung dargestellt wird, die aus der Konfrontation der westlichen Wertegemeinschaft mit dem ‚Islamismus‘ herrühren sollen, hat ganz andere Wurzeln.

Wer die Entwicklung der Ereignisse in den Jahren des Kalten Krieges und in der Zeit nach dem vermeintlichen Ende dieser Phase unvoreingenommen und aufmerksam verfolgt kommt nicht umhin, die Rücksichtslosigkeit zur Kenntnis zu nehmen, mit der transnationale Monopolgruppierungen ihre Interessen bei der Erschließung von Märkten, Rohstoffquellen und immer noch billigeren Arbeitskräften durchsetzen. Das war und ist der eigentliche Hintergrund und die wahre Ursache jener Konflikte, die unter ganz verschiedenen Namen in den spätbürgerlichen Monopolmedien als ‚Ausdruck des Strebens nach Demokratisierung‘ interpretiert und gefeiert wurde und wird. Die sich immer weiter ausbreitende Chancenlosigkeit von Milliarden Menschen in Afrika, in Asien, Lateinamerika, in Ozeanien und Australien aber auch in den weniger bzw. angeblich hoch entwickelten Industriestaaten Asiens, Europas und Nordamerikas hat einen Namen: Es ging und es geht um die Globalisierung imperialistischer Interessen. Gestützt auf die rücksichtslose Verwertung der neuesten wissenschaftlich-technischer und technologischer Mittel und Möglichkeiten wird der Bedarf an lebendiger Arbeit auf ein immer weiter zusammenschrumpfendes Niveau herabgedrückt. Im

¹ V. Perthes: Politischer Umbruch im Nahen Osten – Die Neuordnung der Welt, unter: <http://de.qantara.de/content/politischer-umbruch-im-nahen-osten-die-neuordnung-der-welt>

Auftrag von Finanzmonopolen, Rating-Agenturen und weltweit in Echtzeit agierenden Hedge-Fonds operierende Spekulanten sind in der Lage, den in aller Welt erarbeiteten Reichtum durch hochkriminelle Manipulationen so umzuverteilen, dass dieser einer immer kleiner werdende Schicht superreicher Multimilliardäre zugespielt wird. Wer dabei auf der Strecke bleibt, ist kein Geheimnis.

Die vor dem Hintergrund dieses globalen Raubzuges zwangsläufig immer wieder aufflammende Empörung wurde und wird durch die - unter der Kontrolle derselben Finanzimperien stehenden - Massenmedien in ethnische, religiöse, rassistische, nationalistische Konflikte abgedrängt. Wesentlich dazu beigetragen haben die systematische antikommunistische Hetze und die immer wieder aufs Neue aufgeheizte Verleumdung aller Ansätze einer sozialistischen Entwicklung und das Ausmaß einer durch hoffnungslose aufgeheizten Ausweglosigkeit.

Schon im Vergleich der Intentionen der Akteure dieser Ereignisse mit denen der Organisatoren werden Differenzen sichtbar, die jenseits der darin zutage tretenden antagonistischen Klasseninteressen unverständlich bleiben. Noch deutlicher wird das, wenn die Rolle der Finanziere solcher Bewegungen hinterfragt wird. Unübersehbar wird das alles aber erst dann, wenn die Resultate dieser Ereignisse mit den ursprünglichen Zielstellungen dieser – mit Verlaub – ‚Revolutionen‘ verglichen werden. Sowohl im Irak als auch in Libyen wurden die dortigen Machthaber gestürzt, weil sich deren Interesse nicht stromlinienförmig mit dem der Monopolgruppierungen deckte, denen es um einen ungehinderten Zugriff auf die Erdöl- und Erdgasvorkommen dieser Staaten ging. Beide Staaten wurden unter gezielter Instrumentalisierung innerer Konflikte in eine Serie nicht mehr abreißender Bürgerkriege gestürzt. Dass dem nicht nur der relative Wohlstand und das für diese Regionen geradezu beispielhafte Bildungs- und Gesundheitswesen sondern auch unzählige Menschen zum Opfer fielen und fallen wurde und wird mit zynischer Umverteilung der Schuld zur Kenntnis genommen. Dabei wurde und wird nach wie vor davon ausgegangen, dass die effektivste Variante der Ausschaltung potentieller Feinde einer uneingeschränkten Herrschaft des Kapitals nach wie vor darin besteht, dass sich diese nach dem Motto ‚teile und herrsche‘ an ihren inneren Konflikten selbst zerreiben...

X USA - EU - NATO - RUSSLAND - CHINA - UKRAINE ... LEITLINIEN EINER GEOSTRATEGISCHEN WENDE

Am 4. März diesen Jahres veröffentlichte ein als ‚krakauer‘ unterzeichnender Autor im polnischen ‚Obserwator Polityczny‘ einen Artikel, in dem er sich mit Ursachen und Konsequenzen der derzeitigen Entwicklung auseinandersetzt. Darin heißt es unter anderem: *„Die Vereinigten Staaten spielen auf dem europäischen Kontinent in militärischer, politischer und wirtschaftlicher fast keine Rolle mehr. Die scharfe Rhetorik des schwachen Präsidenten Barack Obama hat keine Grundlage. Alles, was die USA der Welt zu bieten hat sind Sanktionen gegen Russland. Aber in der Praxis würde dies bedeuten, dass die russischen Rohstoffe nach einem neuen kalten Krieg nach China und Asien, aber nicht in den Westen fließen. Damit wäre auf lange Sicht eine ernsthafte strategische Schwächung des Westens verbunden.“* Sowohl zu dieser Einschätzung als auch an der sich daran anschließenden Wertung der NATO als einen ‚Papiertiger mit herausgerissenen Zähnen‘¹ sind Zweifel anzumelden. Aber der rationale Kern dieser Darstellung wird etwas besser fassbar, wenn man sich mit einem Vergleich konkreter Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung befasst.

Der bei allem berechtigten Zweifel an statistischen Daten vielleicht doch noch zuverlässigste Vergleich ist der der Entwicklung des Bruttoinlandproduktes.

	Russland		EU		Deutschland		USA	
	BIP in Mrd. US-\$	BIP pro Kopf in US-\$	BIP in Billio. €	BIP pro Kopf in €	BIP in Mrd. €	BIP pro Kopf in €	BIP in Mrd. US-\$	BIP pro Kopf in US-\$
2004	591,18	4.096,86	10,15	21.600	2.195,70	26.614	12.277,03	41.845,61
2005	763,70	5.310,88	10,66	22.400	2.224,40	26.974	13.095,43	44.224,13
2006	989,93	6.912,93	11,13	23.600	2.313,90	28.093	13.857,90	46.358,36
2007	1.299,70	9.101,56	11,76	25.000	2.418,50	29.521	14.480,35	47.963,56
2008	1.660,85	11.630,58	12,47	25.000	2.473,80	30.124	14.720,25	48.307,78
2009	1.222,65	8.567,94	11,82	23.500	2.374,20	28.988	14.417,95	46.906,90
2010	1.524,92	10.671,21	12,34	24.400	2.495,00	30.517	14.958,30	48.294,15
2011	1.893,79	13.252,56	12,71	25.100	2.609,90	31.914	15.533,83	49.797,25
2012	2.004,25	14.015,75	12,96	25.500	2.666,40	32.550	16.244,58	51.708,98
2013	2.118,01	14.818,64	13,10	25.700	2.737,60	33.346	16.799,70	53.101,01
2004-2013	358,26%	361,7%	129,1%	118,9%	124,7%	125,3%	136,8%	126,9%

Tab. 12: BIP und BIP pro Kopf Russland, EU, Deutschland und USA 2004 bis 2013²

Zunächst und keinesfalls zu unterschätzen ist die dabei ins Auge fallende Tatsache, dass das BIP der USA fast das Achtfache des BIP Russlands ausmacht. Aber schon im Vergleich des Zeitraums dieser zehn Jahre ist nicht zu übersehen, dass sich diese

¹ krakauer: Skompromitowane USA, NATO i UE mogą pocałować rosyjskiego misia w dupę!, unter: <http://obserwatorpolityczny.pl/?p=19697>

² Zusammengestellt nach: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/19373/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-russland/>; [/19415/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-russland/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/19415/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-russland/); [/222901/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-der-europaeischen-union-eu/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/222901/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-der-europaeischen-union-eu/); [/249069/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-pro-kopf-in-der-europaeischen-union-eu/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/249069/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-pro-kopf-in-der-europaeischen-union-eu/); [/1251/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-seit-dem-jahr-1991/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1251/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-seit-dem-jahr-1991/); [/1252/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-je-einwohner-seit-1991/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1252/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-je-einwohner-seit-1991/); [/14418/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-den-usa/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14418/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-den-usa/); [/14454/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-den-usa/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14454/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-den-usa/)

Proportion von 1 : 20,77 im Jahre 2004 auf 1 : 7,93 im Jahre 2013 doch erheblich verändert hat. Dazu kommt ein weiteres Moment: In Russland hat sich der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion von 2004 auf 2013 von 5,62% auf 3,9% reduziert, der der Industrie blieb mit 36,33% bzw. 36,16% konstant, der des Dienstleistungswesens wuchs nur geringfügig von 58,05% auf 59,9%.¹ In den USA sind diese Verschiebungen mittlerweile nur noch marginal: Aus der Landwirtschaft kommen nur noch 1,35% (2004) bzw. 1,25% (2011), aus der Industrie 22,04% bzw. 20,15% und aus dem Dienstleistungswesen 76,6% bzw. 78,6%.² Der Hintergrund dieser Proportionen: Das BIP der USA besteht zu mehr als $\frac{3}{4}$ aus Dienstleistungen und diese bestehen ihrerseits vor allen Dingen aus Finanzdienstleistungen. Genauere Betrachtung wird zeigen, was davon zu halten ist.

	China		Indien		Brasilien		Südafrika		Argentinien	
	BIP in Mrd. US-\$	BIP pro Kopf in US-\$	BIP in Mrd. US-\$	BIP pro Kopf in US-\$	BIP in Mrd. US-\$	BIP pro Kopf in US-\$	BIP in Mrd. US-\$	BIP pro Kopf in US-\$	BIP in Mrd. US-\$	BIP pro Kopf in US-\$
2004	1.931,65	1.486,02	688,55	629,82	663,73	3.664,89	219,43	4.722,82	151,82	4.048,31
2005	2.256,92	1.726,05	808,74	728,60	882,04	4.809,85	246,96	5.266,90	181,36	4.781,82
2006	2.712,92	2.063,05	908,57	806,90	1.089,26	5.869,97	261,18	5.511,06	212,51	5.540,57
2007	3.494,24	2.644,56	1.152,58	1.009,26	1.366,85	7.284,37	285,81	5.909,59	260,07	6.704,96
2008	4.519,95	3.403,53	1.262,52	1.090,26	1.653,54	8.720,60	274,19	5.605,82	324,41	8.270,16
2009	4.990,53	3.739,62	1.266,25	1.078,58	1.622,31	8.472,44	284,24	5.746,32	305,77	7.707,84
2010	5.930,39	4.422,66	1.630,47	1.369,54	2.142,91	11.088,60	363,48	7.270,80	367,56	9.162,30
2011	7.321,99	5.434,36	1.826,81	1.513,62	2.474,64	12.693,89	408,69	8.078,45	444,61	10.959,08
2012	8.229,38	6.077,65	1.947,77	1.591,57	2.247,75	11.437,39	390,92	7.635,57	475,21	11.572,76
2013	9.020,31	6.747,23	2.117,28	1.708,50	2.242,85	11.310,88	402,15	7.761,83	488,21	11.931,67
2004-2013	466,9%	454%	307,5%	271,3%	337,9%	308,6%	183 %	164,2%	321,6%	294,7%

Tab. 13: BIP und BIP pro Kopf China, Indien, Brasilien, Südafrika und Argentinien 2004 bis 2013³

In einem Vergleich mit der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas, Indiens, Brasiliens und Südafrikas wird deutlich, dass die Verschiebungen im weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnis nicht nur auf die Beziehungen zwischen den USA, der EU – und dabei insbesondere mit Deutschland – und Russland beschränkt werden können. Mit den BRICS-Staaten China, Indien, Brasilien, Südafrika und Argentinien drängen Volkswirtschaften auf den Weltmarkt, die innerhalb der letzten zehn Jahre ein wesentlich höheres Entwicklungstempo zu verzeichnen hatten, als die Staaten, die jetzt noch als

¹ nach: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/171870/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bruttoinlandsprodukt-russlands/>

² nach: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/165838/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bruttoinlandsprodukt-der-usa/>

³ Zusammengestellt nach: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/19365/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-china/>; /19407/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-china/; /19369/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-indien/; /19411/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-indien/; /19364/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-brasilien/; /19406/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-brasilien/; /254713/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-suedafrika/; /254714/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-pro-kopf-in-suedafrika/; /254219/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-argentinien/; /254227/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-pro-kopf-in-argentinien/

‚führende Industriestaaten‘ gewertet werden: Der Anteil industrieller Produkte am BIP ist in China von 22,5 auf 29,5% gestiegen und liegt in Südafrika zwischen 31,27 und über 30%. In Indien und Brasilien liegt dieser Anteil tendenziell sinkend unter 30%.¹ Dazu kommt noch ein anderes Moment: In den derzeit 6 BRICS-Staaten leben fast 42% der Weltbevölkerung und dieser Anteil wächst eben so stetig weiter, wie das sich damit entwickelnde Wirtschaftspotential und die keinesfalls geringer einzuschätzenden Probleme.

Wesentlich aufschlussreicher als der vorangehende Vergleich des BIP sind Angaben zur Entwicklung der Außenhandelsbilanz und zu den Staatsschulden.

	Russland		Deutschland		USA	
	AHB Mrd. US-\$	Staats- schulden % vom BIP	AHB Mrd. €	Staats- schulden % vom BIP	AHB Mrd. US-\$	Staats- schulden % vom BIP
2004	85,53	22,32	156,1	66,22	-710,81	65,48
2005	118,36	14,24	158,2	68,55	-831,62	64,88
2006	139,27	9,05	159,0	68,02	-892,11	63,64
2007	130,92	8,51	195,3	65,48	-872,20	64,01
2008	179,75	7,88	178,3	66,81	-882,05	72,83
2009	111,59	10,96	138,7	74,58	-549,25	86,05
2010	152,00	11,04	154,9	82,53	-690,69	94,81
2011	198,18	11,71	158,7	78,89	-785,60	99,01
2012	193,81	12,74	189,8	81,04	-789,83	102,36
2013	179,04	12,95	197,7	78,42	-752,40	104,52

Tab. 14: Russland, Deutschland, USA - Handelsbilanzsaldo und Staatsschulden in Relation zum BIP von 2004 bis 2013²

Anhand dieser Zahlenangaben wird deutlich, dass von den zunächst überaus beeindruckenden 16 Trillionen US-\$ des BIP der Vereinigten Staaten nicht nur nichts, sondern ein Minus von 759 Milliarden bleibt. Aber selbst dann, wenn dazu die 752 Milliarden des Außenhandelsdefizits hinzugezogen werden, wird nicht einmal im Ansatz deutlich, welche Konsequenzen mit diesem Verlauf der Ereignisse verbunden sind. Denn die Frage wie es denn wirklich um die Volkswirtschaft der USA bestellt ist greift weit über den Rahmen der nationalen Interessen der derzeit immer noch führenden imperialistischen Macht hinaus.

In Ergänzung des vorangehend zusammengestellten Überblicks ist daran zu erinnern, dass der US-Dollar in den fünfziger Jahren angesichts des desolaten Zustandes der durch die Kriegsfolgen zerrütteten Finanzwirtschaft der westeuropäischen und asiatischen Staaten die so gut wie unumstrittene Weltwährung war. Das wurde durch das

¹ Nach: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167156/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bruttoinlandsprodukt-in-china/>; /170838/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bruttoinlandsprodukt-indiens/; /169880/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bruttoinlandsprodukt-brasilien/; /255145/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bruttoinlandsprodukt-bip-von-suedafrika/

² Zusammengefasst und berechnet nach: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/15645/umfrage/handelsbilanz-von-russland/>; /171417/umfrage/staatsverschuldung-von-russland-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/; /37793/umfrage/exportueberschuss-in-deutschland-seit-1999/; /162986/umfrage/entwicklung-der-staatsverschuldung-in-deutschland/; /15635/umfrage/handelsbilanz-der-usa/; /165786/umfrage/staatsverschuldung-der-usa-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/

als Teil des Bretton-Woods Abkommens vereinbarte System starrer Wechselkurse festgeschrieben. Nach diesem Plan wurde der Goldwert des US-\$ mit 35 \$ je Unze Feingold festgeschrieben. Dabei wurde davon ausgegangen, dass die Goldreserven der Vereinigten Staaten als Äquivalent für alle ausländischen Einlagen ausreichen. Die USA verfügten schon auf Grund der Überweisungen aus den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg in den Nachkriegsjahren über zwei Drittel des weltweiten Geldbestandes.¹ Der Wert des Dollars galt als festgeschrieben. Damit verfügten die USA in eigener Machtvollkommenheit nicht nur über die eigene nationale Währung. Über die mit einem Anteil des US-Dollars von über 95% aller Geschäfte im Welthandel und im internationalen Geldverkehr hatte die USA auch ausschlaggebenden Einfluss auf die Finanzpolitik aller Staaten, die ihre Währungsreserven in Dollar angelegt hatten.

Welche Probleme damit verbunden waren wurde erstmals publik, als die De Gaulle Regierung unter dem Druck der Lasten des Vietnamkrieges die Rückzahlung der in den USA eingelagerten Gold- und Devisenreserven einforderte. Dabei stellte es sich heraus, dass die Auslandsschulden der USA ihre nationalen Goldbestände mit 18.7 Mrd. US-\$ überstiegen. Seit 1969 waren die USA nicht mehr der Lage, den Forderungen mehrerer Teilnehmerstaaten des Bretton-Woods-Abkommens nachzukommen, ihre Dollarreserven entsprechend der vertraglich vereinbarten Festlegungen in Gold einzutauschen. Frankreich löste eine politische Krise aus, als es auf seinen Forderungen nach Auslieferung der französischen Dollarreserven bestand. Präsident Nixon sah sich zu einer Offenbarungseid gezwungen: Am 15.8.1971 wurde die Konvertierung des US-\$ in Gold aufgehoben.² Conally, Nixons Finanzminister kommentierte dies mit der Feststellung: „*Es ist unsere Währung, aber euer Problem.*“³

Aber dieses Problem gibt es nicht nur immer noch – es hat sich in einer Art und Weise verschärft, die mit geradezu dramatischen Konsequenzen verbunden ist: Zwar hat sich der Anteil der weltweiten Währungsreserven, die in US-\$ angelegt wurden, 2012 auf 61,9% reduziert (€ = 23,9%; £ = 4%; ¥ = 3,9%) aber in der nationalen Währung der USA wird immer noch der Löwenanteil von Währungsreserven angelegt. Seit der Finanzkrise von 2008 und den in diesem Kontext von angeheizten Spekulationen gegen den Euro ist der Anteil des € von 25,8 % im Jahre 2010 auf 23,9 % im Jahre 2012 gesunken.⁴ Angesichts der unaufhaltsam fortschreitenden Entwertung des US-\$ mag dieses Szenario wie ein absurdes Theater erscheinen. Aber erst bei genauerem Hinsehen wird sichtbar, welche Konsequenzen mit einem anderen Vorgehen verbunden wären: Ausschlaggebend ist die Tatsache, dass die USA gar nicht in der Lage sind, die Forderungen ihrer Gläubiger durch angemessene Export-

¹ T. Stuchtey: Globale makroökonomische Ungleichgewichte und ihre Effekte auf die nationale und innere Sicherheit, unter: http://www.bigs-potsdam.org/files/BIGS_Essenz_Nr_4_Globale-Ungleichgewichte-und-Sicherheit_Druckversion.pdf

² Bretton-Woods-System, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Bretton-Woods-System#Krise_und_Zusammenbruch

³ USA - Erlassjahr 2015? Washingtons erodierende Vorherrschaft und der Kreuzzug zum Erhalt der Dollarhegemonie, IMI-Studie 2006/05 – vom 19.8.2006, unter: <http://www.imi-online.de/2006.php3?id=1368>

⁴ Währungsreserve, unter: <http://www.lexas.biz/glossar/waehrungsreserve.aspx>

leistungen zu befriedigen. Das geht schon aus der organischen Zusammensetzung des Exports der USA hervor: 49% davon waren 2009 ‚Kapitalgüter‘, ganze 26,8% sind industrielle Güter (2009 = 283,02 Mrd. US-\$, davon 37,8 Mrd. Waffen¹), 15% Konsumgüter und 9,2% landwirtschaftliche Produkte.² Vergleicht man das Leistungspotential an industriellen, Konsum- und landwirtschaftlichem Exportmöglichkeiten der USA mit der Summe der Forderungen der Gläubiger wird deutlich, dass die USA gar nicht in der Lage sind, diese zu befriedigen. Angesichts der sich immer deutlicher abzeichnenden Gefahr eines nicht mehr kalkulierbaren Verlustes bleibt den Gläubigern gar nichts anderes übrig, als den drohenden Totalverlust durch Stützungskäufe (den Kauf von ‚Kapitalgütern‘) hinauszuschieben, und zwischenzeitlich eine Alternative zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund sind das bemerkenswerte Entwicklungstempo der BRICS Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), die von diesen unternommenen Anstrengungen zur Abwicklung des Handels auf der Basis der nationalen Währungen und die Bildung einer Alternative zu dem von den USA dominierten Weltwährungsfonds überaus ernst zu nehmen.

	30.12.2005	29.12.2006	31.12.2007	31.01.2008	2010/2011	2014
VR China	818.872	1.066.344	1.528.249	1.589.810	3.201.680	3.800.000
Japan	846.897	895.320	973.365	996.044	1.122.920	1.297.000
Saudi-Arabien	-	-	-	-	502.190	592.000
Russland	182.240	303.732	476.391	483.225	472.500	454.000
Taiwan	253.290	266.148	270.310	272.820	389.170	-
Brasilien	53.799	85.839	180.334	187.507	351.740	365.000
Südkorea	210.390	238.956	262.224	261.870	303.380	351.800
Indien	131.192	170.071	266.936	279.721	280.721	257.000
Hongkong	124.278	133.204	152.702	159.906	277.700	315.900
Singapore	115.957	136.213	162.939	167.521	242.524	235.000
Schweiz	57.509	64.444	75.109	78.970	215.970	417.000
Deutschland	101.657	111.774	135.300	146.617	181.430	210.600
USA	65.127	65.895	70.565	72.017	132.000	144.900
Indonesien	33.140	41.103	54.976	53.842	119.700	105.000

Tab. 15: Devisenreserven der solventesten Länder 2005 bis 2014 (in Mio. US-\$)³

Wer jedoch meint, dass es diese Situation dadurch besonders treffend beschrieben werden könnte indem er an die Stelle des Weißkopfseeadlers den Pleitegeier setzt, irrt: Mit satirischen Späßchen dieser Art werden weder die Dimensionen dieser Probleme noch damit verbundene volkswirtschaftliche, politische und militärische Konsequenzen erfasst. Mit zunehmender Sorge wird auch in den Kreisen des Finanzkapitals beobachtet, was sich da zusammenschiebt: *„Der Welthandel zersplittert immer stärker in zunehmend autonome Handelsblöcke, die über Währungs- und Handelsbeziehungen definiert werden. Ein Beispiel hierfür sind die BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien und China) gemeinsam mit Südafrika.“* 2012 wurden noch die Konsequenzen abgewogen, die sich aus der Aufheizung der Konflikte um den Iran erge-

¹ Waffenexporte USA Spitzenreiter im Export von Waffen 7.09.2009, 12:24 Uhr | AFP, unter: http://www.t-online.de/nachrichten/ausland/usa/id_19881392/waffenexporte-usa-sind-spitzenreiter-im-export-von-waffen.html

² USA: Verteilung der Exportgüter im Jahr 2009, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/65931/umfrage/verteilung-der-exportgueter-der-usa/>

³ nach: Währungsreserve, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/W%C3%A4hrungsreserve>

ben könnten: *„Wie dem auch sei – es ist unwahrscheinlich, dass ein Regimewechsel dazu führen würde, dass die iranischen Ölverkäufe in US-Dollars abgewickelt werden oder die Herrschaft des US-Dollars als Weltreservewährung ausgebaut wird. Genauso gut könnte ein Präventivschlag der USA auch dazu führen, dass die politische Unterstützung für das gegenwärtige iranische Regime zunimmt.“*¹ Zwei Jahre später wird unverblümt festgestellt, dass sich der Niedergang des Dollars vor dem Hintergrund einer sich verdichtenden Menge von Problemen beschleunigt: ‚Chinas Widerstand gegen den Dollar nimmt zu‘, ‚Frankreich will Vorherrschaft des Dollar bekämpfen‘, ‚die BRICS zeigen dem Dollar die Zähne‘. Daraus wird gefolgert: *„Der Dollar wird zwar nicht über Nacht stark an Wert verlieren. Viel mehr könnten in der nächsten Krise viele Investoren wieder in den Dollar flüchten. Allerdings nur aus Gewohnheit, und nicht etwa weil der Dollar eine so solide Währung ist. Bis zum Ende des Jahrzehnts könnte die Bedeutung des Dollar jedoch merklich sinken, zumal wenn die US-Notenbank ... auf die nächste Krise reagieren könnte und das Anleihenkaufprogramm möglicherweise über den bisherigen Rekordwert von 85 Mrd. Dollar hinaus aufstocken wird. Dann werden Investoren sich eingestehen müssen, dass die mit knapp 60 Billionen Dollar hoch verschuldete US-Wirtschaft ohne das Gelddrucken der Notenbank nicht auskommen kann. ‚Den heutigen Dollar wird es in 6 Jahren nicht mehr geben‘, hatte der US-Finanzprofi Mike Maloney vor kurzem gewarnt.“*²

Dass sich die hinter dieser Entwicklung verborgenen Konflikte um die globale Umverteilung des weltweit erarbeiteten Reichtums zu Gunsten der sich noch als führende Industriestaaten aufspielenden imperialistischen Mächte zuspitzen ist absehbar. Dass es in der weiteren Entwicklung dieser grundlegenden Widersprüche zu erbitterten Auseinandersetzungen kommen muss und dass dies nicht ohne schwerwiegende Folgen bleiben kann ist folgerichtig. Offen bleibt die Frage, wie dieser Prozess im Detail verlaufen wird, wie sich dies für die Bürger der Vereinigten Staaten auswirken wird, welche ‚Kollateralschäden‘ nicht nur den großen Gläubigern der Vereinigten Staaten drohen, was aus dem riesigen Haufen wertlos gewordener Dollars (und Euro) wird und wie sich dies alles auf die Weltwirtschaft, die Volkswirtschaft der großen und kleinen Staaten auswirken wird.

¹ Ron Hera, Hera Research: Der Todeskampf des US-Dollars: Vom Goldstandard zum Bleistandard - Das kostspielige Ende des Dollarimperiums: Der Goldpreis und der Ölpreis veranschaulichen die Hintergründe, 12.04.2012, unter: <http://www.propagandafront.de/1107750/der-todeskampf-des-us-dollars-vom-goldstandard-zum-bleistandard.html>

² E. Haidt: Trotz Erholung: Der Niedergang des Dollar beschleunigt sich, unter: http://www.finanzen100de/finanznachrichten/wirtschaft/der-niedergang-des-dollar-beschleunigtsich_H1961690870_69024/

XI DIE UKRAINE - IM ZENTRUM GEOSTRATEGISCHER KONFLIKTE

Jenseits aller großen Worte von ‚Freiheit‘, ‚westlicher Wertegemeinschaft‘ und dergleichen hat Zbigniew Brzezinski die geopolitischen Interessen der USA an Europa wie folgt fixiert: *„Vor allen Dingen aber ist Europa Amerikas unverzichtbarer geopolitischer Brückenkopf auf dem eurasischen Kontinent. Die Alte Welt ist für die USA von enormem geostrategischen Interesse. Anders als die Bindungen an Japan verankert das Atlantische Bündnis den politischen Einfluss und die militärische Macht Amerikas unmittelbar auf dem eurasischen Festland.“*¹

Diesem aggressiven ‚Interesse‘ waren‘ und sind auch die von ihm skizzierten Etappen seines Zeitplans für den Prozess der EU-Erweiterung verpflichtet:

- „1. Spätestens 1999 werden die ersten neuen Mitglieder aus Mitteleuropa in die NATO aufgenommen sein, wenn auch ihr Beitritt zur EU vermutlich nicht vor 2002 oder 2003 erfolgen wird.*
- 2. In der Zwischenzeit wird die EU Beitrittsverhandlungen mit den baltischen Republiken aufnehmen, und auch die NATO wird sich in der Frage einer Mitgliedschaft dieser Staaten sowie Rumäniens vorwärtsbewegen, deren Beitritt mutmaßlich 2005 abgeschlossen sein dürfte. Irgendwann in diesem Stadium werden wohl die anderen Balkanstaaten die für Beitrittskandidaten erforderlichen Voraussetzungen ebenfalls erfüllen.*
- 3. Der Beitritt der baltischen Staaten könnte vielleicht auch Schweden und Finnland dazu bewegen, eine Mitgliedschaft in der NATO zu erwägen.*
- 4. Irgendwann zwischen 2005 und 2010 sollte die Ukraine für ernsthafte Verhandlungen sowohl mit der EU als auch mit der NATO bereit sein, insbesondere wenn das Land in der Zwischenzeit bedeutende Fortschritte bei seinen innenpolitischen Reformen vorzuweisen und sich deutlicher als ein mitteleuropäischer Staat ausgewiesen hat.“*²

Dabei wird ausdrücklich auf die eben so aufmerksamen wie kritischen Hinweise auf ‚postsowjetische‘ Warnungen vor der amerikanischen Außenpolitik verwiesen, die „in ganz Eurasien eine Reorganisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen“ anstrebt. Brzezinski konstatiert nicht nur, dass diese *„nicht ganz zu Unrecht“* vorgebracht werden. Viel aufschlussreicher ist, was in diesem Zusammenhang zu Ukraine nachzulesen ist: *„Von entscheidender Bedeutung war in dieser Hinsicht die Ukraine. In der seit spätestens 1994 zunehmenden Tendenz der USA, den amerikanisch-ukrainischen Beziehungen höchste Priorität beizumessen und der Ukraine ihre nationale Freiheit bewahren zu helfen, erblicken viele in Moskau – sogar die sogenannten Westler – eine gegen das vitale russische Interesse gerichtete Politik, die Ukraine schließlich wieder in den Schoß der Gemeinschaft zurückzuholen.“*³

Was von dem US-amerikanischen Interesse an der nationalen Freiheit der Ukraine zu halten ist, wird etwas klarer, wenn einige Seiten weiter über das Interesse ‚des Westens und der USA an Aserbaidshan nachzulesen ist, dass dieses Land *„dem Westen*

¹ Z. Brzezinski: Die einzige Weltmacht – Amerikas Streben nach der Vorherrschaft, a.a.O., S. 91

² ebenda S. 127

³ ebenda S. 152f

den Zugang zu dem an Ölquellen reichen Kaspischen Becken und Zentralasien eröffnen (kann).“ Schon hier wird daran erinnert, dass es nicht zuletzt auch darum geht, dieses geostrategisch wichtige Land jeder ‚neuerlichen Kontrolle Russlands‘ zu entziehen. Darauf folgt die Feststellung: „Am wichtigsten allerdings ist die Ukraine. Da die EU und die NATO sich nach Osten ausdehnen, wird die Ukraine schließlich vor der Wahl stehen, ob sie Teil einer dieser Organisationen werden möchte...“¹

Nachdem solcherart die spezifische Besorgnis der USA über die ‚richtige‘ Wahl der Ukraine angesprochen wurde lohnt es, dies in die Schwerpunkte des geopolitischen Interesses der USA einzuordnen. Diese beschreibt Brzezinski wie folgt: *„Die Staaten, die Amerikas stärkste geopolitische Unterstützung verdienen, sind Aserbaidshan, Usbekistan und (außerhalb dieser Region) die Ukraine, da alle drei geopolitische Dreh- und Angelpunkte darstellen. Die Rolle Kiews bestätigt fraglos die These, dass die Ukraine der kritische Punkt ist, wenn es um Russland geht...“²*

Angesichts dieser strategischen Planspiele eines US-amerikanischen Geopolitikers mit polnischen Wurzeln an die vorn bereits erwähnte ‚Hilfe‘ bei der langfristigen Vorbereitung der orange Revolution vor Augen führt, dass der für 2005-2010 geplante Zeitraum mit den Wahlergebnissen von 2010 nicht zu dem erhofften Resultat geführt hatte, kann man sich ausrechnen, dass die Investoren allmählich unruhig wurden. Dazu kam, dass nicht nur die Vorhaben derer, die sich immer noch als einzige Weltmacht verstanden, im Irak, in Afghanistan und in anderen Teilen der Welt mehr oder weniger offensichtlich gescheitert waren. Zwar hatte sich China zwischenzeitlich zu einer den Weltmarkt dominierenden Wirtschaftsmacht entwickelt und Russland war mittlerweile nicht mehr – wie zu Jelzins Zeiten - Spielwiese für Raubzüge aller Art. Aber genau so offensichtlich waren viele der immer noch dem Denk- und Verhaltensstil Brzezinskischer Geostrategie vom Ende des zwanzigsten Jahrhundert verfallenen Manager der US-Interessen nicht willens und nicht imstande, diese Veränderungen zur Kenntnis zu nehmen. Der auch an ihnen nicht vorüber gegangene Bedeutungsverlust der USA wurde und wird stattdessen von diesen Kreisen als Herausforderung zu noch aggressiverer Durchsetzung ihrer Interessen verstanden.

UKRAINE 2010: DIE WAHL DER OLIGARCHEN

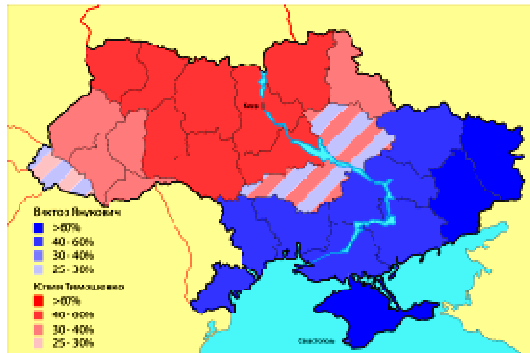
Der Ausgangspunkt der Entwicklung in den Jahren nach 2004 bleibt unverstänlich, wenn die sich (auch) in den Wahlergebnissen von 2010 widerspiegelnden Differenzen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen der Ukraine ignoriert werden. In der ersten Runde der am 17.1.2010 durchgeführten Präsidentschaftswahlen erhielten Viktor Janukowitsch von der Partei der Regionen 35,52%, der Block um Julia Timoschenko 25,05%, Sergej Tigipko und die ‚Starke Ukraine‘ 13,06%, Andrej Jazenjuk von der ‚Front der Veränderung‘ 6,96%, Viktor Juschtschenko (von 2005 bis 2010 Präsident) 5,45% und Pjotr Simonenko von der KP der Ukraine 3,55%. Ein entscheidendes Moment der Niederlage Juschtschenkos war viel weniger der Zerfall des

¹ ebenda S. 177

² ebenda S. 216

Bündnisses mit der in seiner Amtszeit zunächst als Ministerpräsidentin amtierenden Timoschenko als vielmehr die sich dramatisch verschlechternde wirtschaftliche Lage. In der öffentlichen Diskussion wurde und wird weitestgehend ignoriert, dass dabei die sich zuspitzenden Konflikte zwischen den reichsten Oligarchen und den bei der Privatisierung zu kurz oder aber gar zu Tode gekommenen eine entscheidende Rolle spielten. Bei der Stichwahl am 7. Februar bekamen Viktor Janukowitsch 49,95% und Julia Timoschenko 45,47% der Stimmen.

17.1.2010



7.2.2010

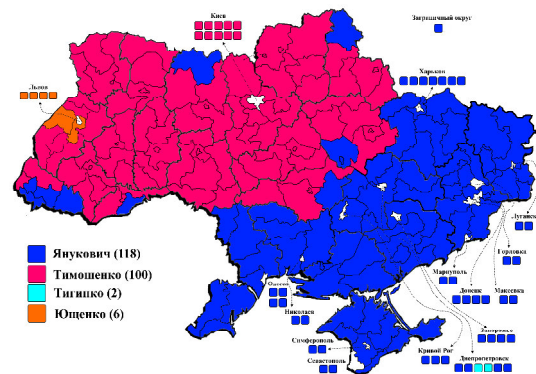


Abb. 6: Ergebnisse der Präsidentenwahlen und der Stichwahl vom 7.2.2010 nach der regionalen Verteilung des Abstimmungsverhaltens¹

Aus den graphischen Darstellungen in den Abbildung 4, 5 und 6 wird unübersehbar deutlich, dass es eine stabile Differenz im Abstimmungsverhalten zwischen dem dominant russischsprachigen Gebieten im Osten und im Süden des Landes und den zentralen und westlichen Gebieten der Ukraine gab. Abgesehen von den politischen Irritationen in der Dominanz verschiedener Parteien und den oft grundlegend anders ausfallenden Wertungen der Präsidentschaft war und ist dies eine der Konstanten, die für die weitere Entwicklung der Ereignisse von grundlegender Bedeutung war.

Schon bei den Wahlen von 1991 ging es um eine Entscheidung, die wesentlich durch die Alternativen der Orientierung der Ukraine an der GUS oder am Westen geprägt war. Damals fand Tschernowol, der Kandidat der ‚liberalen‘ ‚Ruch‘ nur in den Gebieten Lwiw, Ternopil und Chmelnyzkij Unterstützung. Dass sich der Einfluss der am Westen orientierten Bevölkerung 1994 und in den Folgejahren immer weiter ausbreitete ist nicht nur eine Folge der katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung in der Ukraine. In den Jahren der Präsidentschaft Jelzins verlor Russland nicht nur unter der ukrainischen, sondern auch in der russischsprachigen Bevölkerung des Ostens und Südostens immer mehr an Einfluss. Das änderte sich auch nicht nach der Machtübergabe an Putin. Doch dabei kann nicht unterschätzt werden, dass die Dimensionen schamloser Bereicherung solcher Oligarchen wie Rinat Achmetow², Igor Kolomois-

¹ Президентские выборы 2010 года на Украине (Präsidentenwahlen in der Ukraine 2010), unter: [https://ru.wikipedia.org/wiki/Президентские_выборы_на_Украине_\(2010\)](https://ru.wikipedia.org/wiki/Президентские_выборы_на_Украине_(2010))

² Рінат Леонідович Ахметов (Rinat Leonidowytch Achmetow) (1966) der reichste ukrainischer Oligarch mit einem geschätzten Vermögen von 11,6 Mrd. US-\$. Ehemaliger Profiboxer. Er kontrolliert als Chef des ‚System Capital Management‘ (SCM) ein Firmengeflecht von über 100 Unternehmen, große Teile der ostukrainischen Stahl- und Kohleindustrie, fast die Hälfte des gesamtukrainischen Kohlemarktes, ein Drittel der ukrainischen Stromproduktion sowie 40 Prozent der Verteilerkapazitäten. Mit

kij¹, Viktor Pintschuk², Wadim Nowinskij³, Dmytro Firtasch⁴, Serhij Tihipko⁵ und Aleksander Janukowitsch⁶ zu Lasten des ehemals sowjetischen Staatseigentums in engstem Kontakt mit der politischen Entwicklung im Lande abgewickelt wurde. Deshalb war und ist es nur folgerichtig, dass und wie sich die politischen Auseinandersetzungen im engsten Zusammenwirken mit den einander ausschließenden Interessen sich gegenseitig bekämpfender Oligarchen und ihrer Finanzierung konkurrierender Gruppierungen entwickelten.

DIE EU, DER ASSOZIATIONSVERTRAG UND DER ‚MAIDAN‘

Welche Konsequenzen damit verbunden sind lässt sich vielleicht noch am ehesten anhand einer Einschätzung des Präsidenten des analytischen Zentrums der Ukraine eruieren. Nach A. Ochrimenko sind die Probleme der ukrainischen Oligarchen in vielerlei Hinsicht nicht durch innere Probleme der Ukraine, sondern vielmehr durch den Wertverlust von Metallen auf dem Weltmarkt verursacht. *„Für die Ukraine ist und bleibt Metall, genauer der Export von Metall, der wichtigste Wirtschaftszweig. Achmetow, Pintschuk, Kolomoiskij und Bogolobow sind die Barone der Metallurgie. Deshalb ist die Lösung der Probleme im Osten der Ukraine so schwer. Dieser Krieg wird nicht um Ideen, sondern um Aktiva geführt.“* Dazu kommen die durch steigende

dem Mariupoler Metallkombinat stieg die zu ‚System Capital Management‘ gehörende Metinvest-Gruppe zum größten Stahlhersteller der GUS auf. In der Lebensmittelindustrie und im Transportgewerbe ist Achmetow führend, außerdem hat er großen Einfluss auf die regionalen Medien. Im Juni 2011 verkündete er mit seinem Geschäftspartner Wadim Nowinskij und dessen ‚Smart-Holding‘ den Einstieg in den Landwirtschaftsmarkt. Hierzu gründeten sie die ‚HarvEast Holding‘, die u.a. über 200.000 ha Land verfügt.

¹ *Ігор Валерійович Коломойський* (Ihor Walerijowytsch Kolomojskyj) (1963) ukrainischer Multimilliardär und Oligarch. Seit März 2014 Gouverneur des Oblast Dnipropetrowsk, wird als zweit- bzw. dritt-reichste Mensch der Ukraine gelistet. 2011 belegte er mit 3 und 6,5 Mrd. US-Dollar unter den reichsten Menschen der Welt den 377. Platz. Neben der ukrainischen besitzt Kolomojskyj auch die israelische Staatsbürgerschaft. Von 2000 bis 2014 lebte er vorwiegend in der Schweiz.

² *Віктор Михайлович Пінчук* (Wiktor Mychajlowytsch Pintschuk) (1960) ukrainischer Unternehmer. gründete 1990 den Röhrenhersteller ‚Interpipe‘, der für große Energieunternehmen wie Gazprom and Rosneft Rohre liefert, Eisenbahnschienen produziert und mittlerweile einer der größten Industriebetriebe der Ukraine ist. 2006 gründete Pintschuk den Firmenverbund ‚Eastone Group‘, zu dem vor allem Unternehmen der Metallverarbeitung das ukrainische Fernsehsender und Verlagshäuser gehören.

³ *Вадим Владиславович Новинський* (Wadim Wladislawowitsch Nowinskij) (1963) Unternehmer mit 3,275 Mrd. US-\$ auf dem fünften Platz unter den Reichsten der Ukraine, Besitzer der ‚Smart-Group‘, der ‚Smart-Holding‘ und eines blockierenden Aktienpaketes der Metallurgie-Holding ‚Metinvest‘ und anderer Firmen.

⁴ *Дмитро Васильович Фірташ* (Dmytro Wassylowytsch Firtasch) (1965) ukrainischer Oligarch, Mitbesitzer des Gaszwischenhändlers ‚RosUkrEnergo‘, der zu 50 Prozent ‚Gazprom‘ gehört. Firtasch gilt mit 10 Milliarden € als einer der reichsten Ukrainer. Er verfügte, insbesondere während der Amtszeit von Wiktor Janukowitsch, über einen großen politischen Einfluss in der Ukraine. Firtasch hat enge Kontakte zu Russland und ist im Gas-, Chemie-, Medien- und Bankengeschäft tätig.

⁵ *Сергій Леонідович Тігіпко* (Serhij Leonidowitsch Tihipko) (1960) ukrainischer Oligarch und Politiker. Von März 2010 bis Februar 2014 stellvertretender Ministerpräsident der Ukraine. Von 2002 bis 2004 Präsident der Nationalbank der Ukraine. Ab 2005 Vorstandsvorsitzender der Finanzgruppe ‚TAS‘ und 2007 Vorstandsvorsitzender der ‚LLC Svedbank‘. 2008 Berater der Premierministerin. Am 16. Juni 2009 trat er von allen Posten in der Wirtschaft zurück, um sich auf die Politik zu konzentrieren. Sein Vermögen wird auf 369 Millionen US-Dollar geschätzt Er gehörte von März 2010 bis April 2014 der Partei der Regionen an.

⁶ *Олександр Вікторович Янукович* (Oleksandr Viktorowitsch Janukowitsch) (1973) Oligarch Sohn des 2014 gestürzten Präsidenten. Ursprünglich Zahnarzt und Ökonom, Präsident der ‚MAKO Trading AG‘

Gaspreise immer größer werdenden Probleme der chemischen Industrie. Noch in diesem hätten viele einen wachsenden Einfluss der Landwirtschafts-oligarchen erwartet. Aber dazu werde es nicht kommen, weil der auf diesem Gebiet einflussreichste Oligarch Juri Kosjuk gar nicht daran denke, auf seine Machtposition zu verzichten.¹

Vor diesem Hintergrund widerspiegeln der Abschluss des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens der Ukraine und der EU von 1994, die Absichtserklärungen Präsident Kutschmas zur Integration der Ukraine in die europäischen und euroatlantischen Strukturen von 1996, der 2004 von Präsident Juschtschenko angekündigte Beitritt zur EU, der bilaterale Aktionsplan von Ukraine und EU von 2005 und die Vorbereitung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine die Fortschritte einer am Westen orientierten Außenpolitik nur einseitig. Die Härte der Auseinandersetzung um die am Westen orientierte außenpolitische Orientierung wurde in den Wahlergebnissen deutlich: Kutschmas Wende zum Westen hatte dazu geführt, dass sich die Landesteile im Süden und Osten von ihm abwendeten. Noch deutlicher wurde dieser Konflikt durch die – unter dem Druck des durch den Block Timoschenko / Janukowitsch inszenierten Maidan - vom Obersten Gericht erzwungenen Nichtigkeitsklärung des Wahlergebnisses vom 3.12.2004 (das Wahlergebnis entspreche nicht dem Willen des Volkes). Schon bei der unter dem Trommelfeuer der Massenmedien durchgesetzten Wahl Janukowitschs war unübersehbar, dass sich der Osten des Landes gegen diesen Kurs stellte. In dieser Entwicklung blieben aber auch die Interessen der am Außenhandel und an arbeitsteiliger Zusammenarbeit mit Russland interessierten ukrainischen Oligarchen weitestgehend unberücksichtigt. Das änderte sich erst mit der Amtsübernahme Janukowitschs, der und dessen ‚Partei der Regionen‘ auf das Engste mit diesen Machtgruppierungen verbunden war.

Die auch durch den Druck der EU und der USA nicht mehr zu verhindernde Machtübernahme Janukowitschs hatte zur Folge, dass die zuvor dominant an der Assoziation in die EU orientierte Außenpolitik revidiert wurde. Im April 2010 kam es zum Abschluss eines Abkommens, das der russischen Schwarzmeerflotte die Nutzung von Sewastopol bis 2042 garantierte. In der zweiten Jahreshälfte 2011 stand aber auch das weitestgehend ausgearbeitete Assoziationsabkommen unmittelbar vor der Unterzeichnung. Im Juli begannen auf dem Kreschtschatik Demonstrationen der Unterstützer und Anhänger Timoschenko. Jetzt machten führenden Kreise der EU die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens von der wegen Korruption und Machtmissbrauch inhaftierten Timoschenko abhängig. Im August und September 2011 gab es ultimative Forderungen dieses Inhalts vom Präsidenten des Europarlaments, vom französischen Botschafter in der Ukraine, vom polnischen Präsidenten, vom Ministerrat der EU und anderen offiziellen Vertretern der EU. Obwohl die Unterzeichnung dieses Vertrages bis Ende 2011 erfolgen sollte entschied sich der Eurorat, dies wegen

¹ А. Азаренко: Украинские олиганхи похудели - Состояние большинство украинских олигархов заметно сократилось за год (A. Azarenko: Ukrainische Oligarchen sind schwächer geworden – Der Besitz der Mehrzahl der Oligarchen ist in diesem Jahr spürbar zusammengeschmolzen), unter: <http://www.gazeta.ru/business/2014/06/13/6069205.shtml>

der ‚Sache Timoschenko‘ so lange zu vertragen, bis der daran geknüpfte ‚Test der Ukraine auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit‘ erfolgreich entschieden sei.¹

In diesem Zusammenhang ist auf ein Interview mit einem habilitierten Wirtschaftsmathematiker hinzuweisen, der daran erinnert, dass es in dieser Phase eine russisch-ukrainische Expertengruppe gab, die unter Beteiligung von Vertretern der Wirtschaft zu dem Ergebnis kam, dass *„die Unterzeichnung dieser Vereinbarung einem Selbstmord gleichkam. Dies hätte zur Folge, dass die ukrainische Handelsbilanz durch die Überschwemmung mit EU-Waren und die Umstellung der eigenen Technik auf EU-Normen zusammenbrechen musste. Diese Vereinbarung ließe der ukrainischen Regierung keine Möglichkeit zu eigenständigem Handeln, zur Regulierung der Wirtschaft und zur Durchführung antimonopolistischer Maßnahmen – alle Vollmachten zur Regulierung des Handels und der Wirtschaft würden auf Brüssel übertragen.“*²

Der Leiter der ukrainischen Experten kam zu dem Schluss, dass die Unterzeichnung des Assoziationsvertrages zu einer Wiederholung der Ereignisse in Bosnien-Herzegowina führen würde. Die dort ausgelösten Massenunruhen waren nach dessen Meinung das Resultat der Liquidierung sozialer Verpflichtungen, der Schließung staatlicher Betriebe und des Wachstums der Arbeitslosigkeit auf 50%. Semenoshenko konstatierte, dass diese Vereinbarung mit den ökonomischen Interessen der Ukraine unvereinbar ist. Noch am 12. Februar 2014 erklärte er, dass die Ereignissen auf dem Maidan zu diesem Zeitpunkt mit den durch diese Vereinbarung ausgelösten Unruhen nicht vergleichbar seien: *„Das wäre die vollständige Destabilisierung, sozialer und ökonomischer Rückschritt und überall ausbrechende Massenunruhen. Im Vergleich dazu würde der derzeitige Maidan nur wie ein blasser Schatten erscheinen.“*³

Die parallel zu den Verhandlungen mit der EU laufenden Verhandlungen der Regierung Janukowitsch zur Mitgliedschaft der Ukraine in der Zollunion der eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft wurden von offiziellen Vertretern der EU als unvereinbar mit der Assoziierung in der EU betrachtet. Die daraufhin von ukrainischer Seite erhobene Forderung nach finanzieller Kompensation von Verlusten im Export ukrainischer Waren und durch die Beendigung der arbeitsteiligen Zusammenarbeit mit russischen Unternehmen konnten nicht befriedigt werden. Dies und das über Monate aufrecht erhaltene Trommelfeuer der EU veranlasste die Deputierten der Partei der Regionen und der KP der Ukraine am 21.11.2013 mit Ausnahme eines Gesetzes über Veränderungen des Prozederes der gesetzgeberischen Tätigkeit alle anderen Forderungen der EU, d.h. auch die nach der Freilassung der Timoschenko aus dem Strafvollzug

¹ Уголовное преследование Юлии Тимошенко (2011-2014) (Strafverfolgung der Julia Timoschenko [2011-2014]), unter: [https://ru.wikipedia.org/wiki/Уголовное_преследование_Юлии_Тимошенко_\(2011—2014\)](https://ru.wikipedia.org/wiki/Уголовное_преследование_Юлии_Тимошенко_(2011—2014))

² Сергей Глазьев: «Украинское руководство не читало соглашение с ЕС» (Sergej Glazjew: „Die ukrainische Führung hat die Vereinbarung mit der EU nicht gelesen“), unter: <http://www.bfm.ru/news/241006>

³ Семеноженко уверен, что ассоциация с ЕС привела бы ныне благоденствующую Украину к массовым беспорядкам, (Semenoshenko ist überzeugt, dass die Assoziation mit der EU die derzeit stabilen und prosperierenden Ukraine zu Massenunruhen führen würde) 12.2.2014, unter: <http://rus.4post.com.ua/politics/199354.html>

abzulehnen. Am 22.11.2013 lehnte die EU einen weiteren Vorschlag der ukrainischen Regierung über dreiseitige Verhandlungen zwischen der EU, der Ukraine und Russland ab, da als ‚in der europäischen Praxis beispiellos‘. Auf dem am 28.11. in Vilnius stattfindenden EU-Gipfel kam es nicht zu der eigentlich beabsichtigten Unterzeichnung des Assoziierungsvertrages kommen.¹

Wie unterschiedlich nicht nur der Verlauf der Ereignisse sondern auch die Darstellung der Ursachen der Krise in der Ukraine interpretiert wurden und werden wird schon durch einen Vergleich der Darstellung des ‚Euromaidan‘ in deutscher und russischer Sprache überdeutlich: Im deutschen Text wird die ‚ausländische Einflussnahme auf die Protestbewegung‘ nur als russische bzw. ukrainische Propaganda der Janukowitsch-Regierung heruntergespielt. Im russischen Text ist zur Rolle der USA zu lesen, dass der amerikanische Wirtschaftsfachmann und Publizist Paul Craig Roberts erklärt habe, dass alles, was in der Ukraine geschieht, von den USA vorfinanziert wurde. Dabei habe er darauf hingewiesen, dass *„dies nicht heißt, dass die Ukrainer keine Ursache für reale und gesetzmäßige Beschwerden gehabt hätten. Aber unübersehbar sei, dass alles das geplant war, damit die Ukraine in die EU und in die NATO eintritt. Denn das wichtigste Ziel der USA ist es, eigene Militärbasen auf ihrem Territorium, d.h. neben der russischen Grenze einzurichten.“*² Als zweite Quelle wird die Position des US-amerikanischen Publizisten Steve Weisman wiedergegeben, der erklärt, dass die USA in der Ukraine eine strategische Einschränkung Russlands verfolge. Die Koordinierung der Finanzierung der ‚zweiten orange Revolution‘ sei vom State Departement mit Unterstützung einer Vielzahl verschiedener Fonds erfolgt, zu denen der ‚Nationale Fonds zur Unterstützung der Demokratie‘ eben so gehöre, wie das ‚Zentrum für internationale Privatunternehmen‘, das ‚Amerikanische Zentrum für gewerkschaftliche Solidarität‘ und die Soros-Foundation.³

Aufschlussreicher sind Umfragergebnisse zu Veränderungen in der Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zum Euromaidan und zur Integration in die Zollunion:

Datum	Euromaidan		Integration			Agentur
	für	gegen	für EU	für Zollunion	status quo	
10.12.	49%	45%	46%	36%		R&B Group
24.12.	50%	42%	47%	36%		Demokratische Initiative
30.12.	45%	50%	43%	30%	20%	R&B Group
24.1.	49%	45%	38%	29%	25%	Soziopolis
27.1.	44%	51%				R&B Group
1.2.	47%	38%	47%	38%		Sozis
5.3.			62%	38%		Sozis
22.3.			50%	27%		GFK Ukrain

Tab. 16: Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zum Euromaidan und zur Integration in die EU nach Angaben aus gesamtukrainischen Befragungen zur öffentlichen Meinung⁴

¹ Соглашение об ассоциации Украины с Европейским союзом (Vereinbarung über die Assoziation der Ukraine in die Europäische Union), unter: https://ru.wikipedia.org/wiki/Соглашение_об_ассоциации_Украины_и_Европейского_союза

² Евромайдán (Euromaidan), unter: <https://ru.wikipedia.org/wiki/Евромайдан>

³ ebenda

⁴ ebenda

Schon die Entscheidung vom 21.11. kam es im Zentrum Kiews zu einer Demonstration, auf der Vitalij Klitschko, Führer der von ihm gegründeten Partei ‚Udar‘, Oleg Tjabinbok, Vorsitzender der nationalistischen Partei ‚Svoboda‘ und Arsenij Jazenjuk als Vertreter der nun unter dem Namen ‚Batkywschina‘ (Vaterland) operierenden Partei der Julia Timoschenko auftraten. Auf dem Maidan wurde ein Zeltlager aufgeschlagen. Drei Tage später kam es vor dem Gebäude des Ministerrates der Ukraine zu einer Massendemonstration auf der Forderungen nach dem Abschluss des Assoziierungsabkommens vorgetragen wurden. Gegen den Versuch einer Gruppe, das Gebäude des Ministerrates zu stürmen setzte die Polizei Schlagstöcke und Tränengas ein. Nachdem die Zahl der Teilnehmer in den folgenden Tagen angewachsen war wurde am 29.11. von Jazenjuk, Klitschko und Tjabinbok zur Durchführung einer ‚friedlichen Revolution‘ aufgerufen. In der Nacht zum 30.11. versuchte die Polizeieinheit ‚Berkut‘ das Zeltlager auf dem Maidan zu räumen. Dabei gab es auf beiden Seiten Verletzte. Am nächsten Tag begann die Bewaffnung der Demonstranten - auf dem Maidan wurden ‚Selbstverteidigungseinheiten‘ gebildet. Der Schwerpunkt der Forderungen verlagerte sich jetzt vom Eintritt in die EU zur Ablösung der Regierung und zum Sturz Janukowitschs. Das Regierungsgebäude wurde blockiert.

Am 4.12. erschien der Außenminister der BRD Westerwelle auf dem Maidan und traf sich dort mit Klitschko und Jazenjuk. Am 8.12. wurde als neue Form des Protestes in Anlehnung an die altslawischen Traditionen eine ‚Narodnoe Wetsche‘ – eine Volksversammlung durchgeführt und in Verantwortung der ‚Svoboda‘ das Kiewer Lenin-Denkmal gestürzt.. Zeitgleich stellte die EU-Außenbeauftragte die Forderung, dass alle Konflikte friedlich geregelt werden müssten. Der Versuch der Polizeieinheit Berkut, das Gebäude der Kiewer Stadtverwaltung zu räumen, scheiterte am bewaffneten Widerstand der Besetzer. Auf dem Maidan wurden Barrikaden errichtet.

Aus Klitschkos E-Mails an den litauischen Präsidentenberater Laurynas Jonavicius geht hervor, dass es da nicht nur freundliche Gespräche mit der Präsidentin Litauens über ‚unsere Pläne für die Zukunft‘ und „einige interessante Vorschläge bezüglich meiner Zukunft“ gegeben hat, dass Klitschko zwar darüber nachdenken müsse aber grundsätzlich willens sei, diese Konditionen zu akzeptieren. Es gab auch „besonderen Dank an die litauischen Freunde für die finanzielle Unterstützung“, Rechtsberatung und einen Austausch zu Klitschkos Kontodaten in Deutschland...¹ Offensichtlich waren diese Verbindungen in jeder Hinsicht erfolgreich, denn am 14.12. erklärt Klitschko, *„ich werde alles was ich kann dafür tun, den Erwartungen meiner europäischen Partner zu entsprechen.“* Dass es ihm damit durchaus ernst ist signalisiert er schon mit seinem Hinweis dass er die ihm übergebenen Pläne Janukowitschs für ‚sehr wichtig‘ hält.² Und am 9.1. meldet er Erfolg: *„Ich denke wir haben den Weg ge-*

¹ 27.11.2013 E-Mail Klitschkos am Tag nach dem Auftritt Loreta Graužinienė schreibt Klitschko an den litauischen Präsidentenberater, Nach: Die Klitschko– E-Mails zeigen wie Klitschko für Geld sein Land an die NATO verriet, veröffentlicht am 1. März 2014 von admin „Hinter der Fichte“ Freitag, 28. Februar 2014, unter: <http://www.chemtrail.de/?p=6788>

² ebenda vom 14. Dezember 2013

ebnet für eine radikalere Eskalation der Situation.“ Zugleich wächst der Appetit derer, die im Kampf um ‚nationale Freiheit‘ erst mal an ihren Geldbeutel denken: *„Ich möchte auch bitten, über die Möglichkeit einer stärkeren Finanzierung nachzudenken, um unsere Unterstützer für ihre Dienste zu bezahlen.“*¹

In Fortsetzung der Demonstrationen des Vormonats fanden im Januar auf dem nun ständig besetzten Maidan mehrere Massendemonstrationen statt, an denen zwischen einigen Tausend und mehreren hunderttausend Personen beteiligt waren. Im Verlaufe der eskalierenden Auseinandersetzungen wurden Fahrzeugreifen in Brand gesetzt, Molotowcocktails und Schusswaffen kamen zum Einsatz. Allein zwischen dem 19. und dem 20. Januar kam es zu Verletzungen von 103 Teilnehmern. Obama beschuldigte die Regierung als allein Verantwortlichen und warf ihr vor, die ‚legitimen Forderungen des eigenen Volkes nicht zur Kenntnis zu nehmen‘. Am 1. Februar wurde den auf der Münchener Sicherheitskonferenz anwesenden Klitschko, Jazenjuk und Poroschenko von US-Außenminister Kerry volle Unterstützung zugesagt.

Zwischen dem 18. und 20. Februar kam es zu einer erneuten Zuspitzung des Konfliktes: Beim Versuch mehrerer tausend bewaffneter Demonstranten, zum Gebäude der Obersten Rada vorzustoßen, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Da erneut Molotowcocktails eingesetzt wurden kam es zu 25 Toten, mehr als 350 schweren Verletzungen. Mehrere Milizionäre hatten Schusswaffenverletzungen. Ein Versuch zur Schlichtung endete in wechselseitigen Beschuldigungen. Zeitgleich wurden Lwiw und im Lwiwsker Gebiet Polizeidienststellen gestürmt und Waffenlager ausgeräumt.

In den Nachrichten taucht am 19. Februar 05:43 der folgende ‚Überblick über die Ereignisse‘ auf:

- *„Der ukrainische Machtkampf ist außer Kontrolle – die gewalttätigen Auseinandersetzungen um den Maidan gehen weiter*
- *Janukowitsch macht die Oppositionsführer für die Eskalation der Gewalt verantwortlich*
- *Nach offiziellen Angaben starben während der Straßenschlachten bislang 18 Menschen, fast 1.000 wurden verletzt*
- *Ein Treffen zwischen Klitschko und Janukowitsch verlief ohne Ergebnis*
- *Polizisten sind am Abend auf den besetzten Maidan vorgedrungen, Spezialeinheiten stürmten das Oppositionscamp, Tausende Demonstranten leisten Widerstand, haben mehrere Gebäude besetzt.*
- *Auch im Westen des Landes gibt es Proteste*
- *Außenminister Frank-Walter Steinmeier droht mit Sanktionen gegen Einzelpersonen.“*²

Eine für den 19. Februar angekündigte antiterroristische Operation des Geheimdienstes (СБУ) wurde damit begründet, dass es in mehreren Regionen des Landes zu Überfällen auf die Einrichtungen des Innenministeriums, des Geheimdienstes, der

¹ ebenda vom 9. Januar 2014

² Kiew-Liveblog: Janukowitsch sagt Opposition den Kampf an, unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-02/Kiew-Ukraine-Ausschreitungen>,

Staatsanwaltschaft und der Armee gekommen sei und bei dieser Gelegenheit mehr als 1.500 Waffen und eine große Menge Patronen gestohlen wurde.¹

SCHARFSCHÜTZEN IM EINSATZ

Am 20. wurden auf den Dächern einiger Gebäude Scharfschützen ausgemacht, die mit gezielten Feuer sowohl Angehörige der Milizeinheiten aber auch eindeutig als solche erkennbare Akteure des Maidan erschossen. In der späteren Auseinandersetzung um diese Personen wurden sowohl Angehörige des ukrainischen Sicherheitsdienstes als auch Angehörige der ukrainischen Nationalisten von der Organisation „УНА-УНСО“² beschuldigt.³ Nach Angaben des Gesundheitsministeriums kamen dabei 75 Personen ums Leben. Von den Vertretern der damaligen Opposition wurde dieser Einsatz als ein Verbrechen von Angehörigen des „Berkut“ bezeichnet. In der späteren Erörterung dieses Themas kam es jedoch zu aufschlussreichen Enthüllungen: Urmars Paet, der estonische Außenminister hatte aus einem Gespräch mit Olga Bogomolez, einer auf dem Maidan tätigen Ärztin unbestreitbare Beweise erhalten, dass die Handlung dieser Scharfschützen nicht der Regierung Janukowitsch und der Polizeieinheit „Berkut“, sondern der damaligen Opposition anzulasten ist. Dass diese Information nur widerwillig veröffentlicht wurde, geht nicht nur daraus hervor, dass Catherine Ashton erst zwei Tage nach diesem Gespräch darüber berichtete. Nicht weniger bemerkenswert ist die sich später mehrfach wiederholende Tatsache, dass der Vorwurf an die Regierung Janukowitsch und Berkut in den westlichen Medien zunächst lautstark als feststehende Tatsache publiziert wurde aber nach den Mitteilungen Paets völlig aus den Schlagzeilen verschwand.⁴ An anderer Stelle wird aus der Tatsache, dass „die ‚УНА-УНСО‘ keine ukrainische Opposition sondern eine geheime Unterabteilung der NATO ist“ gefolgert, dass die „von den Europäern herbeigeführte Vereinbarung zur friedlichen Regelung von denen zunichte gemacht wurde, die an dieser Vereinbarung nicht beteiligt waren – vom State Departement. Zum Beweis für diese Behauptung wird darauf verwiesen, dass sowohl die überaus aktiv und aggressiv auftretende offizielle Vertreterin des Außenministeriums Victoria Nuland als auch der nicht weniger radikal auftretende konservative US-Senator John McCain in dieser Zeit vor Ort engste Kontakte mit den rechtsradikalen Parteien ‚УНА-УНСО‘ und ‚Свобода‘ unterhielten.“⁵ Wenn es noch eines weiteren Hinweises für die Verantwortung der derzeitigen Regierung bedurfte: Da die Untersuchungsergebnisse der Ermittler die von der ukrainischen Staatsanwaltschaft behauptete Schuld von Angehörigen der

¹ Что ждет Украину в ходе контртеррористической операции? (Was hat die Ukraine im Verlauf der konterterroristischen Aktion zu erwarten) 19.02.2014, unter: <http://www.pskherson.com.ua/politika-vlast/chto-zhdet-ukrainu-v-khode-kontrterroristicheskoy-operatsii-30816.html>

² Die *Українська Національна Асамблея — Українська Народна Самооборона; Українська Народна Асамблея — Українська Національна Солідарна Організація*; (УНА-УНСО) ist eine rechtsradikale politische Partei faschistoider Orientierung.

³ Снайперы стреляли по приказу США (Scharfschützen schossen auf Befehl aus den USA), unter: <http://www.politonline.ru/ventilyator/15612.html>

⁴ Нужно проводить расследование и изучать фактические данные (Man muss eine Untersuchung durchführen und die Fakten untersuchen), unter: <http://www.kazkhabar.com/?page=article&id=953>

⁵ Снайперы стреляли по приказу США (Scharfschützen schossen auf Befehl aus den USA), unter: <http://www.politonline.ru/ventilyator/15612.html>

Berkut nicht bestätigt werden diese weiter beschuldigt und die weitere Klärung dieses Falles wurde und wird unterbunden und hintertrieben.¹ Das eigentliche Ziel war erreicht: Am 20.2. bestimmte die Feststellung: „Kiew ist außer Kontrolle“ die Spitzenmeldungen der Presse. Meldungen, mit der die Dramatik immer weiter aufgeheizt wurde, überschlugen sich: Auf die Demonstranten sei gezielt erschossen worden, so der Abgeordnete Swjatoslaw Chanenko von der ‚Swoboda‘. Der ukrainische Innenminister Sachartschenko habe Schusswaffen für den „Anti-Terror-Einsatz“ verteilt und den Einsatz scharfer Munition legitimiert.²

In dieser Phase ist an eine Meldung von AP/dpa vom 20.2.2014 10.54 Uhr zu erinnern, in der unter der Überschrift ‚EU plant Sanktionen‘ nachzulesen ist: *„Im Kern geht es im Machtkampf um die künftige Identität der Ukraine, wo sich ein prorussisches und ein EU-freundliches Lager unversöhnlich gegenüberstehen. Entzündet hatten sich die Unruhen Ende November an einer Abkehr Janukowitschs von einem unterschrittsreifem Abkommen mit der Europäischen Union. Stattdessen wandte sich der Präsident dem Kreml zu, der einen milliardenschweren Kredit in Aussicht stellte. Die diplomatischen Bemühungen um eine Beilegung der Krise nehmen derweil Fahrt auf. Steinmeier appellierte an beide Seiten, "eine Atempause einzulegen und die Gewalt herunterzufahren. Die EU hatte Reaktionen angekündigt. Die Außenminister wollen bei einem Sondertreffen ‚finanzielle Sanktionen und Visabeschränkungen‘ gegen die politische Führung beschließen. Auch US-Präsident Barack Obama verurteilte die Eskalation und drohte mit Konsequenzen für die Ukraine, sollte die Gewalt nicht enden. Die Regierung müsse die Bereitschaftspolizei abziehen, die Streitkräfte müssten Zurückhaltung an den Tag legen.“³*

Doch dann beschloss die Rada die Beendigung des Antiterrorereinsatzes. In den die ganze Nacht andauernden Verhandlungen zwischen dem Präsidenten Janukowitsch, Klitschko, Jazenjuk und Tjagnibok wurde in Anwesenheit der Außenminister der BRD Steinmeier, des polnischen Außenministers Sikorski, des Mitarbeiters des Französischen Außenministeriums Fournier und des Vertreters des russischen Präsidenten Wladimir Lukin wurde eine Vereinbarung zur Lösung der Krise erarbeitet, die innerhalb der darauf folgenden zehn Tage umgesetzt werden sollten. Janukowitsch, Klitschko, Jazenjuk, Tjagnibok, Steinmeier, Sikorski und Fournier unterzeichneten dieses Dokument. Damit waren die BRD, Polen und Frankreich Garantiemächte. Lukin war dazu nicht bevollmächtigt. Mit anderen Worten: Russland hatte zwar an der Ausarbeitung mitgewirkt, war aber keine Garantiemacht.

¹ Лучше, чтобы дело снайперов так и не раскрыли до конца, как и дело Гонгадзе – эксперт, (Es ist Besser, wenn die Sache der Scharfschützen – so wie das Verfahren Gonggadze - nicht bis zum Ende aufgeklärt wird) 18.03.2014, unter: <http://from-ua.com/news/303753-luchshe-chtobi-delo-snaipe-rov-tak-i-ne-raskrili-do-konca-kak-i-delo-gonggadze-ekspert.html>

² INNENSTADT AUßER KONTROLLE 67 Tote - Innenminister verteilte Waffen an Sicherheitsleute, unter: <http://www.mopo.de/politik---wirtschaft/innenstadt-ausser-kontrolle--67-tote---innenminister-v-erteilte-waffen-an-sicherheitsleute,5066858,26296138.html>

³ Neue Zusammenstöße in Kiew - Die Waffenruhe hielt nur eine Nacht, unter: http://www.t-online.de/nachrichten/specials/id_68156484/ukraine-lage-in-kiew-geraet-trotz-waffenruhe-ausser-kontrolle.html

DIE ‚VEREINBARUNG ZUR REGULIERUNG DER POLITISCHEN KRISE‘

In den sechs Punkten der Vereinbarung vom 21.2.2014 war vorgesehen, dass innerhalb von 48 Stunden nach der Unterzeichnung die Verfassung von 2004 wieder in Kraft gesetzt und innerhalb von weiteren 10 Tagen eine Regierung der nationalen Einheit gebildet wird. Die Verfassungsreform und die Regelungen zu den Vollmachten des Präsidenten, der Regierung und des Parlaments sollten bis September abgeschlossen werden. Neuwahlen des Präsidenten sollten nicht später als Dezember 2014 stattfinden. Dabei und bei der Aufstellung der Zentralen Wahlkommission auf proportionaler Grundlage sollten die Regeln der OBSE und der Venedig-Kommission eingehalten werden. Die Untersuchung der gewaltsamen Auseinandersetzungen sollte unter Kontrolle der Regierung, der Opposition und des Europarates stattfinden. Abschließend wurde vereinbart, dass die Regierung auf die Ausrufung des Ausnahmezustandes verzichtet und sowohl von Seiten der Regierung als auch von Seiten der Opposition auf Gewaltanwendung verzichtet wird. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass sich alle Seiten ernsthaft um die Normalisierung des Lebens in den Städten und Dörfern bemühen, dass Waffen innerhalb von 24 Stunden dem Ministerium des Inneren übergeben werden und dass danach alle späteren Fälle des unberechtigten Tragens und der Bewahrung von Waffen nach dem Gesetz geahndet werden. Die Außenminister Frankreichs, Deutschlands und Polens sowie der Vertreter des Präsidenten der Russischen Föderation riefen dazu auf, alle Arten der Gewaltanwendung und des Widerstandes sofort einzustellen.¹

Zwar warnte Steinmeier vor ‚allzu großem Optimismus‘ aber im Deutschlandfunk wurde unter der Ankündigung: ‚Im Eiltempo aus der Staatskrise‘ angekündigt: *„Es gibt Hoffnung auf ein Ende der Gewalt in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Präsident Viktor Janukowitsch zeigt sich nach mindestens 77 Toten in den vergangenen Tagen einsichtig: Er will Unruhen und Staatskrise mit Zugeständnissen lösen. Vorgeesehen sei ein neues ‚Kabinett des nationalen Vertrauens‘ innerhalb von zehn Tagen, hatte Janukowitsch mitteilen lassen. Er sprach von Schritten, die getan werden müssen, um Ruhe wiederherzustellen und weitere Opfer der Konfrontation zu vermeiden‘. Besiegelt wurden die Pläne in einem vorläufigen Abkommen zwischen Regierung und Opposition. Der russische Ukraine-Vermittler Wladimir Lukin weigert sich zu einer Billigung dieser Vereinbarung, berichtet die Nachrichtenagentur Interfax.“*²

Noch am gleichen Tag beschloss die Oberste Rada ein Gesetz über die Entlassung allerer, die im Verlauf dieser Auseinandersetzungen inhaftiert wurden. Einheiten der Berkut und der Streitkräfte des Ministeriums des Inneren erhielten den Befehl, das Zentrum Kiews zu räumen. Mit anderen Worten: Die Regierung Janukowitsch hielt sich an diese Vereinbarung.

¹ Текст Соглашения об урегулировании политического кризиса на Украине (Text der Vereinbarung über die Regulierung der politischen Krise in der Ukraine), unter: <http://www.warandpeace.ru/ru/exclusive/view/87999/>

² Im Eiltempo aus der Staatskrise, unter: http://www.deutschlandfunk.de/ukraine-im-eiltempo-aus-der-staatskrise.1818.de.html?dram:article_id=278095

Doch das, was da unterzeichnet wurde, wurde noch am gleichen Tag von einem ,ranghohen Beamten des State Departement als ‚sehr fragil‘ bezeichnet – die Opposition werde es schwer haben, die Demonstranten zur Niederlegung ihrer Waffen zu bewegen.¹ Der Mann wusste, wovon er sprach – seine ‚Berater‘ und die des CIA waren nicht nur vor Ort, sie hatten ihre Leute auch unter denen rekrutiert, die da auf dem Maidan an vorderster Stelle aktiv tätig waren. Zwar wurde der erste Besuch des CIA-Chefs John Brennan in Kiew erstmals am 13.4. bekannt. Aber schon lange vorher waren dessen Leute vor Ort aktiv.

Dass diese Kontakte über längere Zeit aufgebaut wurden geht u.a. auch aus der folgenden Feststellung hervor: *„Am 8. Mai 2007 erstellten baltische, polnische, ukrainische und russische Nazis und ukrainische und russische Dschihadisten in Ternopil (west-Ukraine), eine so genannte ‚antiimperialistischen Front‘ mit Unterstützung der CIA. Diese Organisation ist unter dem Vorsitz von Dmytro Jarosch, der anlässlich des Staatsstreichs von Kiew im Februar 2014, stellvertretender Generalsekretär des nationalen Sicherheitsrates der Ukraine wurde, und dann Pravý Sektor-Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai.“*²

Was bei der Mitteilung der Verhandlungsergebnisse geschah, folgte dem Drehbuch jener ‚Berater‘, die gar nicht am Verhandlungstisch gesessen hatten: Die Vertreter des ‚rechten Sektors‘ weigerten sich, auch nur eine einzige Festlegung dieser Vereinbarung zu akzeptieren. Weder wurden Waffen abgegeben noch waren die Führer der rechtsradikalen Gruppierungen bereit, auf die mittlerweile außer Kontrolle geratene Anwendung bewaffneter Gewalt zu verzichten. Das hing nicht nur damit zusammen, dass Klitschko und andere Wortführer des Maidan mittlerweile jeglichen Einfluss verloren hatten. In der aufgeputschten Menge agierende neofaschistische Gruppierungen hatten die Führung übernommen und waren nun gewillt, die Gunst der Stunde zu nutzen und die Macht an sich zu reißen. Sie forderten den sofortigen Rücktritt des Präsidenten und drohten den verbliebenen Angehörigen des Ministeriums des Inneren bei Weigerung sowohl den Sitz des Präsidenten und das Gebäude der Obersten Rada stürmen. Nach Dmitrij Jarosch³ sollten alle, die ‚verbrecherische Befehle gegen den Maidan erteilt hatten‘ sofort verhaftet werden. Aber dabei blieb es nicht, denn zeitgleich besetzte die siebente Hundertschaft des Maidan das Gelände vor der Obersten Rada, wo sich bereits eine Abteilung des ‚rechten Sektors‘ in Stellung gebracht hatte. Die fünfzehnte und die dritte Hundertschaft hatten das Gebäude des Präsidenten besetzt. An Einheiten des MdI, die auf ihre Seite übergegangen waren und nun gemeinsam mit den Kräften der Selbstverteidigung durch die Stadt patrouillierten wurden gelb-blaue Bänder vergeben. Zugleich wurde erklärt,

¹ Die ‚Basler Zeitung‘ vom 21. 2. 2014 berichtet im Zusammenhang mit der obigen Vereinbarung von der amerikanischen Haltung, unter: <http://opablog.net/2014/03/03/dokumentiert-die-vereinbarung-von-kiew-vom-21-2-2014/>

² Th. Meyssan: CIA koordiniert Nazis und Dschihadisten, unter: <http://www.voltairenet.org/article183851.html>

³ *Дмитро Анатолійович Ярош* (Dmytro Anatolijowytsch Jarosch) (1971) Anführer der rechtsextremen ukrainischen Partei ‚Pravyj Sektor‘, seit Mai 2014 als einer der Kommandeure der aus rechtsextremen und offen faschistischen Nationalgardistenverbände im Osten der Ukraine im Einsatz.

die Handlungen des Maidan seien mit dem Stab des Kiewer Militärbezirkes abgestimmt. Der ‚Kommandant des Maidan‘ Parubij¹ verkündete: „*der Maidan kontrolliert heute ganz Kiew.*“²

DIE OBERSTE RADA UND DER STAATSTREICH³

Die Sitzung der von Gruppierungen des rechten Sektors umstellten Rada begann mit der Erklärung, dass nicht nur die von der ‚Partei der Regionen‘ gestellten Sprecher und ein Vicesprecher ihren Rücktritt erklärt hätten. Darüber hinaus habe eine Gruppe von Abgeordneten ihren Austritt aus der Fraktion dieser Partei erklärt. Als neues Oberhaupt der Rada wurde Olexandr Turtschynow⁴ mit 288 der anwesenden 326 Abgeordneten gewählt. Aus den Angaben zur damaligen Zusammensetzung des Parlaments⁵ ist zu ersehen, dass bei der ‚Wahl‘ Turtschynows ‚nachgeholfen‘ wurde. Die Abwesenheit von mehr als einem Viertel der Deputierten und die Tatsache, dass es unter ‚normalen‘ Umständen eine sichere Ablehnung durch die Deputierten der Partei der Regionen und der KPU gegeben hätte, lässt erkennen, dass das Ergebnis von 288 Stimmen für Turtschynow dem Druck der bewaffneten Hundertschaften vom Maidan geschuldet war.

Ein geradezu unvorstellbares Ereignis charakterisiert die in dieser Situation in der Obersten Rada herrschende Atmosphäre: Der Deputierte W.A. Kirilenko⁶ hatte am 23.2. den Vorschlag unterbreitet, das Gesetz über die staatlich Sprachenpolitik für ungültig zu erklären. Der damit getroffene Entscheidung, Ukrainisch zur einzigen Amtssprache zu erklären, wurde ohne Diskussion(!) zugestimmt.⁷ Daran anschließend forderte der Deputierte Tjagnibok⁸ eine Änderung des Strafgesetzbuches der Ukraine. Danach sollten alle Russisch sprechenden Bürger der Ukraine zu einer Haftstrafe von drei bis fünf Jahre verurteilt werden.⁹

¹ *Андрій Володимирович Парубій* (Andrij Wolodymyrowytsch Parubij) (1971) Mitglied der ‚Batkiwschina‘ Kommandant des Euromaidan von November 2013 bis Februar 2014 danach bis August 2014 Sekretär des Sicherheitsrates — український політик.

² *Майдан повністю контролює Київ – Парубій* (Der Maidan kontrolliert ganz Kiew) 22.02.2014, unter: <http://kiev.unian.net/888141-maydan-polnostyu-kontroliruet-kiev-parubiy.html>

³ Bei der Rekonstruktion der Ereignisse wurden Angaben in *Евромайдан* (Euromaidan), unter: <https://ru.wikipedia.org/wiki/Евромайдан> zugrund gelegt

⁴ *Олександр Валентинович Турчинов* (Olexandr Walentynowytsch Turtschynow) (1964) Vorsitzender der Timoschenko-Partei ‚Batkiwschina‘

⁵ Bei den Parlamentswahlen 2012 wurden 135 unabhängige Deputierte, 119 von der ‚Partei der Regionen‘, 87 von der ‚Batkiwschina‘ (‚Vaterland‘), 42 von der ‚Ukrainischen demokratischen Allianz für Reformen UDAR‘, 33 von der Allukrainischen Vereinigung ‚Swoboda‘ und 32 von der ‚Kommunistischen Partei der Ukraine KPU‘ gewählt. Nach: Werchowna Rada unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Werchowna_Rada

⁶ *В'ячеслав Анатолійович Кириленко* (Wjatscheslaw Anatolijowitsch Kirilenko) (1968) Kirilenko hatte 2013 gemeinsam mit den Abgeordneten I. Stojko und O. Medunizej einen Gesetzentwurf vorbereitet, der die Anerkennung der Handlungen von Bandera-Banden von der OUN-UPA im zweiten Weltkrieg als Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine vorsah.

⁷ *Кириленко, Вячеслав Анатольевич*, (Kirilenko, Wjatscheslaw Anatoljewitsch), unter: https://ru.wikipedia.org/wiki/Кириленко,_Вячеслав_Анатольевич#.D0.9A.D0.B0.D1.80.D1.8C.D0.B5.D1.80.D0.B0

⁸ *Олег Ярославович Тягнибок* (Oleg Jaroslawowitsch Tjagnibok) (1968) Politiker der nationalistischen Partei ‚Swoboda‘

Turtschinow und die mit ihm verbündeten Rechten nutzten die von ihnen geschaffene ‚Gunst‘ der Stunde. Unmittelbar nach seiner Wahl wurde nicht nur dem Generalstaatsanwalt das Misstrauen ausgesprochen. Turtschinow behauptete, Jazenjuk sei es gelungen, Janukowitsch zu erreichen und dieser habe sich damit einverstanden erklärt, das Amt des Präsidenten niederzulegen. Turtschinow erklärte, *„der Staat könne nicht von den Launen eines Präsidenten abhängig gemacht werden, der zurück getreten sei und sich an unbekanntem Ort aufhalte.“*¹ Zeitgleich hatte Janukowitsch in einem Interview mit dem Charkower Fernsehkanal UBR erklärt, dass es auf ihn einen Überfall gegeben habe und dass er nicht willens sei, die gesetzwidrige Entscheidung der Obersten Rada zu akzeptieren.² Noch am 21.2. verbreitete Radio Moskau die Nachricht, Janukowitsch habe in einem Telefonat mit Putin erklärt, dass es ‚seiner‘ mittlerweile in den Massenmedien verbreitete Rücktrittserklärung nie gegeben habe und dass er diesen Vorgang als Staatsstreich werte.³ Selbst in den Nachrichten der ‚Deutschen Welle‘ wird Turtschinow der Lüge überführt. Dort ist heute noch zu lesen: *„Der ukrainische Staatschef Viktor Janukowitsch hält sich in der Millionenstadt Charkow auf. Dort schloss er einen Rücktritt vom Amt aus und bekräftigte: ‚Ich werde das Land nicht verlassen‘. Er sei weiter der rechtmäßige Präsident des Landes, unterstrich Janukowitsch gegenüber einem Lokalsender in Charkow. Janukowitsch war nach Medienberichten am Vorabend überhastet in Begleitung von Vertrauten und Leibwächtern aus Kiew abgereist.“*⁴

Von den Garantiestaaten gab es keinen Protest gegen den Bruch der eben erst unter Beteiligung und Zustimmung aller Seiten erarbeiteten Vereinbarung. Die Reaktionen des ‚Westens‘ lassen sich mit einem Beitrag des Schweizer Fernsehens vom 24.2. zusammenfassen. Unter dem Titel ‚Ukraine: Abkommen mit EU wieder in Reichweite‘ wurde zur Tagesordnung übergegangen. Dort wird festgestellt, dass die Van Rompuy der Ukraine eine Annäherung in Aussicht stellt. Russland ‚gehe bei seiner Strategie über die Bücher‘ – (gemeint ist, dass Russland angekündigt habe, angesichts der Ereignisse im Nachbarland Milliardenkredite zunächst auf Eis zu legen). Zwar warte man erst auf eine neu gewählte und von der Bevölkerung legitimierte Führung aber man sei sich dessen bewusst, dass die Ukraine nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich um das Überleben kämpfe. Gebraucht würden 35 Milliar-

¹ Рада отстранила Януковича и назначила выборы Президента на 25 мая 2014 г (Die Rada hat Janukowitsch abgelöst und die Wahl des Präsidenten für den 25. Mai 2014 angesetzt), unter: <http://www.rbc.ua/rus/news/politics/rada-otstranila-yanukovicha-i-naznachila-vybory-prezidenta-22022014171100>

² Янукович отказывается подписывать принятые Радой законы (Janukowitsch weigert sich, die von der Rada getroffene Entscheidung zu unterzeichnen), 22 февраля 2014, unter: <http://podrobnosti.ua/power/2014/02/22/960558.html>

³ Москва оценивает происходящее на Украине как попытку госпереворота и использует все свое влияние, чтобы там воцарились мир и спокойствие (Moskau wertet die Vorgänge in der Ukraine als Versuch zu einem Staatsstreich und nutzt seinen Einfluss, um Frieden und Ruhe zu sichern), unter: <http://v102.ru/politics/43443.html>

⁴ Umsturz in der Ukraine – Präsident Janukowitsch entgleitet die Macht – zum Rücktritt ist er jedoch nicht bereit. Die Polizei stellte sich auf die Seite der Opposition. Julia Timoschenko soll umgehend aus der Haft freikommen. 22.2.2014, unter: <http://www.dw.de/umsturz-in-der-ukraine/a-17450903>

den US-\$. Wie ernst es der EU damit war, wurde signalisiert: Schon am Nachmittag des 24.2. traf die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton in Kiew ein. Und die Chefin des IWF kündigte an, dass ihre Organisation für Unterstützung bereit stehe.¹

Im Unterschied dazu hatte der russische Außenminister Lawrow schon am 23.2. in einem Gespräch mit US-Außenminister Kerry darauf hingewiesen, dass es jetzt das Wichtigste sei, die Regelung vom 21.2. zu erfüllen. In einer Mitteilung des Außenministeriums hieß es: *„Wir haben unsererseits betont, das Wichtigste ist jetzt, die vollständige Erfüllung des Abkommens über die politische Regelung vom 21. Februar sicherzustellen, der sich die ukrainische Opposition, die de facto die Macht in Kiew ergriffen hat, entzieht. Sie weigert sich, die Waffen niederzulegen und setzt weiterhin auf Gewalt.“*² Am 24.2. folgte eine offizielle Erklärung des russischen Außenministeriums zu den Ereignissen in der Ukraine. Darin wird mit äußerster Sorge darauf hingewiesen, dass es *„in den letzten Tagen in der Hauptstadt und einer Reihe anderer Städte bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen ultrarechter nationalistischer Organisationen und Einheiten der Staatsorgane gegeben hat, die sich für den Schutz der friedlichen Bevölkerung einsetzen.“* Die Vereinbarung zur Regulierung der Krise in der Ukraine wird ungeachtet ihrer Unterzeichnung nicht erfüllt. Die Angehörigen dieser bewaffneten Gruppierungen wurden nicht nur nicht entwaffnet sondern kontrollieren faktisch die von ihnen besetzten administrativen Gebäude. Man nehme mit Verwunderung zur Kenntnis, dass neue Präsidentenwahlen angesetzt wurden, ohne die zuvor notwendigen Verfassungsreformen durchzuführen. Die Vorgehensweise der Obersten Rada der Ukraine wird mit Bedenken verfolgt, weil die humanitären Rechte der Russen und anderer Nationalitäten erheblich eingeschränkt werden. Es gibt Rufe nach dem Verbot der russischen Sprache sowie Forderungen nach der Überprüfung und Liquidation ihrer Parteien, Massenmedien und der Aufhebung von Einschränkungen der Propaganda neonazistischer Ideologie. In der Ukraine werde Kurs genommen auf diktatorische und terroristische Methoden zur Unterdrückung Andersdenkender und verschiedener Regionen des Landes. Das Außenministerium sehe sich veranlasst, darauf hinzuweisen, dass *„einige unserer westlichen Partner nicht nach Maßgabe der Sorge um das Schicksal der Ukraine sondern nach Maßgabe einseitiger geopolitischer Interessen handeln.“* Es gebe keine prinzipielle Wertung der Handlung von Extremisten, neonazistischer und antisemitischer Elemente stattdessen werden diese durch Stillschweigen und aktive Hilfe unterstützt. Besondere Sorge bereiten die Versuche, diese Linie bis in das Sekretariat der UNO zu rechtfertigen.³

¹ Ukraine: Abkommen mit EU wieder in Reichweite, unter: <http://www.srf.ch/news/international/ukraine-abkommen-mit-eu-wieder-in-reichweite>

² Nach: Minutenprotokoll des Tages aus Kiew [23.2.2014] aktualisiert 23:06, unter: <http://www.russland.ru/minutenprotokoll-des-tages-aus-kiew-23-2-2014-aktualisiert-0943/>

³ Заявление МИД России по событиям на Украине (Erklärung des Außenministeriums Russlands zu den Ereignissen in der Ukraine) 24.2.2014, unter: http://www.mid.ru/brp_4.nsf/0/B395A03608020C3244257C89004F7443

DIE ‚KRIMKRISE‘¹

Angesichts der sich in Kiew und im Westen des Landes überschlagenden Ereignisse wurde dem Rest des Landes, insbesondere dem Osten und der Krim kaum Aufmerksamkeit zuteil. Dieser Umstand trug und trägt wesentlich zu einer mittlerweile durch die Massemedien standardisierten oberflächlichen Darstellung der Ereignisse auf der Krim und im Osten der Ukraine bei. Schon deshalb ist es angebracht, den Verlauf dieser Ereignisse chronologisch zu rekonstruieren.

1.12.2013 - Das Präsidium des Obersten Sowjets der Krim erklärt, dass das Auftreten oppositioneller Gruppen in Kiew die politische und wirtschaftliche Stabilität der Ukraine gefährdet und wendet sich an mit der Bitte an Janukowitsch, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung zu treffen und den Ausnahmezustand zu erklären.

Im Vergleich der offensichtlich nicht an einer friedlichen Beilegung des Konfliktes zwischen den auf dem Maidan versammelten Oppositionsgruppen und der Regierung Janukowitsch wäre es durchaus möglich und legal gewesen, den Ausnahmezustand auszurufen. Angesichts der systematischen Behinderung der Regierungsorgane, der immer öfter außer Kontrolle geratenen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitsorganen und den Demonstranten, der massiven Störung der Ordnung und der Angriffe rechtsradikaler und offen faschistoid auftretender Kräfte gegen alle und jeden, der nicht bereit war, diese zu unterstützen, wäre diese Entscheidung längst überfällig gewesen. Aber nicht nur *„Merkel warnt vor Gewalt gegen ukrainische Demonstranten“* und fordert, *„die Regierung Janukowitschs müsse friedliche Proteste dulden.“*² Monate später gab es derlei Warnungen nicht mehr, als nicht nur die zu ‚Terroristen und Separatisten‘ abqualifizierten Oppositionskräfte, sondern auch die Zivilbevölkerung im Süden und im Osten des Landes Front mit Bomben und Artillerie angegriffen wurden.

24.1.2014 – Das Parlament der Ukraine fordert Janukowitsch erneut auf, den Ausnahmezustand zu erklären und die Finanzierung der Regionen der Westukraine einzustellen, in denen Vertreter des Euromaidan staatliche Verwaltungsgebäude besetzt haben.

4.2. - Das Präsidium des Obersten Sowjets der Krim ergreift angesichts der nicht abbreißenden Protestaktionen von Aktivisten des Euromaidan die Initiative zur Durchführung einer Befragung der Bevölkerung der Krim über den künftigen Status der Halbinsel. Zugleich wurde die Möglichkeit erörtert, sich mit der Bitte an den Präsidenten der russischen Föderation zu wenden, die Garantie für den autonomen Status der Krim zu übernehmen. Der Sicherheitsdienst der Ukraine eröffnet wegen der Vorbereitung eines Angriffs auf die staatliche Integrität der Ukraine ein Strafverfahren eingeleitet.

20.2. - Bei einer Begegnung von Abgeordneten mit Vertretern der Staatsduma der Russischen Föderation beschuldigt der Sprecher des Parlaments der Krim den Westen ‚ständig und methodisch Versuche‘ zur Einmischung in die Situation in der Ukraine zu unternehmen. Er weist darauf hin, dass sich die Krim im Falle einer Destabilisierung

¹ Zusammengestellt unter Zuhilfenahme von Хронология крымского кризиса (Chronologie der Krimkrise) 18. März 2014 ИТАР-ТАСС, unter: <http://www.c-inform.info/dossier/id/28>

² Merkel warnt vor Gewalt gegen ukrainische Demonstranten, unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-12/ukraine-protest-merkel-kritik-janukowitsch>

- des Landes von der Ukraine trennen werde. Am gleichen Tag patrouillieren Bürgerwehren und Miliz in den Straßen Sewastopols und an den Zufahrten werden Kontrollpunkte eingerichtet.
- 22.2. - Vor dem Hintergrund des in der Obersten Rada inszenierten Staatsstreichs beginnen auf der Krim Protestaktionen der russischsprachigen Bevölkerung gegen die provisorische Regierung. Vor dem Gebäude des Obersten Sowjets der autonomen Republik Krim wird die Forderung nach der Trennung der Krim von der Ukraine und der Erklärung eines eigenen Staates erhoben.
- 23.2. - Die Oberste Rada hebt das ‚Gesetz über die staatliche Sprachpolitik‘¹ auf. Noch am gleichen Tag erklärt der Bürgermeister Sewastopols auf einem Meeting von 20.000 Bürgern der Stadt, dass ab sofort keine Steuern mehr an die Kiewer Regierung abgeführt werden und die örtliche Miliz der Stadtverwaltung unterstellt wird. Der Vorsitzende der Partei ‚Russischer Block‘ teilt mit, dass ab sofort in Sewastopol und Simferopol Gruppen der Selbstverteidigung gebildet werden.
- 25.2. - Auf der Krim finden unter großer Anteilnahme der Bevölkerung Meetings gegen die Destabilisierung der Ukraine statt. Die Deputierten des Sewastopoler Stadtrates bilden ein neues Machtorgan, das die Verwaltung der Stadt sicherstellt.
- 26.2. - Vor dem Gebäude des Obersten Sowjets der Krim kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der neuen Machthaber in der Ukraine und prorussischen Demonstranten, die das Ausscheiden der Krim aus der Ukraine fordern. Eine Sitzung des Obersten Sowjets der Krim wird von Anhängern der Medschlis² unterbrochen. Im Verlaufe des dabei entstehenden Handgemenges wurden 30 Personen verletzt und 2 kamen zu Tode.
- 27.2. - Eine Gruppe mit Feuerwaffen bewaffneter Vertreter der Selbstverteidigung besetzt Gebäude des Parlaments und der Regierung der Krim. Über dem Parlamentsgebäude wird die russische Flagge gehisst, vor dem Eingang werden Barrikaden errichtet. Aber im Verlaufe des Tages nehmen die Abgeordneten ihre Tätigkeit wieder auf. Die alte Regierung wird vom Parlament durch ein Misstrauensvotum des Parlaments abgelöst und durch eine unter der Leitung des Vorsitzenden der Partei ‚russische Einheit‘ Sergej Aksjonow stehende ersetzt. Das Parlament erklärt seine Absicht, in der Republik am 25.5. ein Referendum zum Status der Autonomie und zur Erweiterung ihrer Vollmachten durchzuführen.
- 28.2. - In der Nacht zum 1. März wurden die Dienststellen von Einheiten der ukrainischen Armee von Bewaffneten und durch die örtliche Bevölkerung blockiert
- 1.3. - Der neue Ministerpräsident der Krim erlässt eine Anordnung, durch die er alle Einheiten der Polizei und der Sicherheitsorgane seinen Weisungen unterstellt. Zeitgleich teilte er mit, dass das Referendum zum Status der Krim im Zusammenhang mit der sich zuspitzenden Situation auf den 30. März vorverlegt wird. Präsident Putin ersucht den Föderationsrat der Föderationsversammlung um Vollmacht zum Einsatz von Streitkräften der Russischen Föderation bis zur Normalisierung der gesellschaftspolitischen Lage auf dem Gebiet der Ukraine. Der Stadtrat Sewastopols beschließt, Weisungen der Kiewer Regierung zu ignorieren und das Referendum zur Erweiterung des Autonomiestatus der Krim zu unterstützen.

¹ Das Gesetz «Про засади державної мовної політики» vom 5.6.2012 wurde am 23.2.2014 durch die Oberste Rada aufgehoben.

² *Къырымтатар Миллий Меджлиси* – die Nationalversammlung der Krimtataren

- 2.3. - Aksjonow ernennt Konteradmiral Berezowskij zum Kommandeur der Seestreitkräfte der Republik und erlässt eine Weisung, mit der er alle auf der Krim dislozierten ukrainischen Streitkräfte seinen Befehlen unterstellt.
- 4.3. - Putin erklärt in einem Interview, dass Russland den Anschluss der Krim nicht anstrebt. Diese Entscheidung können nur die Bürger treffen. Zugleich erinnert er an das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung und an die Vorgänge im Kosovo. Aber Russland werde dies nicht provozieren. Russische Streitkräfte seien nicht in die Ereignisse der letzten Tage auf dem Territorium der Krim verwickelt gewesen. Die ukrainische Seite führte ein verschärftes Kontrollregime zur Einreise auf die Krim ein.
- 5.3. - Der Verteidigungsminister der Russischen Föderation erklärt, dass die nicht durch Uniformen ausgewiesenen bewaffneten Kräfte auf der Krim keine Beziehung zur russischen Armee haben.
- 6.3. - Der Oberste Rat der Autonomen Republik der Krim wendet sich mit dem Ersuchen an Präsident Putin, die Krim als Subjekt in den Bestand der Russischen Föderation aufzunehmen und beschließt, das Referendum am 16. März durchzuführen. Auf der Krim werden Ministerien und Einrichtungen gebildet, die unabhängig von den Weisungen der Kiewer Regierung handeln. Der Sewastopoler Stadtrat fasst einen gleichlautenden Beschluss. Die Ukraine versucht, dieses Referendum durch die Sperrung der dazu notwendigen Daten zu verhindern. Militärischen Beobachtern der OBSE wird der Zugang zur Krim verweigert.
- 7.3. - Eine Delegation des Obersten Rates der Krim führt in Moskau Gespräche mit Vertretern beider Kammern der Föderalen Versammlung Russlands.
- 9.3. - Auf dem Territorium der Krim wird die Übertragung ukrainischer Fernsehstationen „aus juristischen und moralischen Gründen“ eingestellt.

Der 9.3. verdient noch aus einem anderen Grund Aufmerksamkeit: An diesem Tag veröffentlichten die Nachrichtenagenturen AFP und dpa einen Bericht über Schröders Einschätzung des Vorgehens Russlands in der Ukraine-Krise: Er halte das Vorgehen Russlands zwar für völkerrechtswidrig – aber *„er selbst habe als Kanzler im Jugoslawienkrieg ebenfalls gegen das Völkerrecht verstoßen. „Da haben wir unsere Flugzeuge (...) nach Serbien geschickt und die haben zusammen mit der NATO einen souveränen Staat gebombt – ohne dass es einen Sicherheitsratsbeschluss gegeben hätte.“*¹ Doch dazu ist zumindest dreierlei anzumerken: Erstens hat es im Unterschied zum Krieg in Jugoslawien keine russischen Bombenangriffe auf die Krim oder auf andere Gebiete der Ukraine gegeben. Zweitens hat es dort im Unterschied zum Kosovo ein Referendum gegeben, wo nicht die Kosovaren, sondern die UCK und die US-Regierung und deren nur allzu willige NATO-Partner mit Bomben und Granaten über deren Selbstbestimmungsrecht ‚abstimmten‘. Und Drittens sollte nicht übersehen werden, dass der von den USA aufgebaute Druck auf die europäischen NATO-Partner schon damals unter anderem auch das Ziel verfolgte, deren Entwicklung so zu beeinflussen, dass auch künftig keine Gefahr besteht, dass da ein potentieller Konkurrent heranwächst.

¹ Schröder zur Krim-Krise - Altkanzler nimmt Putin in Schutz, unter: http://www.t-online.de/nachrichten/specials/id_68404174/schroeder-zur-krim-krise-putin-verstoest-gegen-das-voelkerrecht-na-und-.html

- 11.3. - Der Oberste Sowjet der Krim und der Sewastopoler Stadtrat beschlossen die ‚Deklaration über die Unabhängigkeit der Republik Krim und der Stadt Sewastopol.
- 13.3. - Auf der Sitzung des Sicherheitsrates der UNO erklärt der Ministerpräsident der Ukraine, dass Kiew bereit sei, die Vollmachten der Krim zu erweitern, wenn dies in einem gesamtnationalen Dialog der Ukraine so entschieden werde.
- 15.3. - Russland verhindert durch ein Veto die Annahme einer EntschlieÙung des Sicherheitsrates, durch die die Durchführung des Referendums auf der Krim illegitim erklärt werden sollte. China enthält sich der Stimme.
- 16.3. - Auf der Krim und in Sewastopol wird das Referendum durchgeführt. An dieser Entscheidung nahmen 83,1% der Wahlberechtigten teil. Für den Verbleib in der Ukraine stimmten 2,51%, für den Anschluss als Subjekt der Russischen Föderation 96,77%. In Sewastopol nahmen 89,5% an der Wahl teil, für den Verbleib in der Ukraine stimmten 3,37%, für den Anschluss als Subjekt der Russischen Föderation 95,6%.
- 17.3. - Der Oberste Sowjet der Krim fasst auf einer außerordentlichen Sitzung den Beschluss ‚Über die Unabhängigkeit der Krim‘ und beantragt, als Subjekt in die russische Föderation aufgenommen zu werden. Der Sewastopoler Stadtrat fasst einen Beschluss über die Aufnahme der Stadt mit föderalem Status in die Russische Föderation. Präsident Putin unterzeichnet einen Ukas über die Anerkennung der Republik Krim.
- 18.3. - Präsident Putin, der Vorsitzende des Staatsrates, der Premierminister der Republik Krim und der Bürgermeister Sewastopols unterzeichnen den zwischenstaatlichen Vertrag über die Aufnahme der Krim in die Russische Föderation als neue Subjekte.

Wer sich die Mühe macht und die Darstellung dieser Ereignisse in den Medien rekonstruiert wird mit einer kaum noch nachvollziehbaren Vielzahl bemerkenswerter Aussagen konfrontiert. ‚Altkanzler‘ Gerhard Schröder hatte ‚das russische Vorgehen‘ am 9.3.2014 in ‚Zeit-online‘ *„einen Verstoß gegen das Völkerrecht“* genannt. *„Mit einem erhobenen Zeigefinger solle man jedoch vorsichtig sein, weil ich es selber gemacht habe‘, sagte er mit Blick auf die deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg gegen Serbien während seiner Regierungszeit. Für das, was gegenwärtig auf der Krim passiert, sei der Kosovo ‚die Blaupause‘. In beiden Fällen handele es sich ‚formal‘ um einen Verletzung der Charta der Vereinten Nationen.“*¹ Mittlerweile ist hinreichend dokumentiert, dass der Bundesregierung damals bekannt war, dass es die zur ‚Begründung‘ des Kosovokrieges behauptete humanitäre Katastrophe‘ nie gegeben hat und dass die Vergleiche mit Auschwitz nachgerade ungeheuerlich waren.²

Ungeachtet dessen behauptete Bundeskanzlerin Merkel am 13.3.2014 zur Lage in der Ukraine wider besseres Wissen: *„Weil in diesen Tagen von dem einen oder anderen der Vergleich mit dem Kosovo-Konflikt gezogen wird vielleicht auch gleich in dieser Debatte, erlaube ich mir dazu eine kurze Nebenbemerkung. Nachdem damals die Staatengemeinschaft den sogenannten ethnischen Säuberungskriegen von Milosevic auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien jahrelang mehr oder weniger ohnmächtig zugesehen hatte, nachdem Sanktionen und Verhandlungen keinerlei Wirkung gezeigt hatten, entschloss sich die NATO, ohne UN-Mandat militärisch einzugreifen,*

¹ L. Greven: Putin verstehen mit Gerhard Schröder, unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/ukraine-russland-putin-schroeder>

² Interview mit Heinz Loquai: Es gab keine "Humanitäre Katastrophe" die einen Krieg rechtfertigte, unter: <http://www.friedenskooperative.de/ff/ff01/2-50.htm>

auch weil Russland jeden Beschluss des UN-Sicherheitsrates für ein UN-Mandat blockiert hatte. Um es klipp und klar zu sagen: Die Situation damals ist in keiner Weise mit der in der Ukraine heute vergleichbar.“¹ Ungeachtet einer derart selektiven Wahrnehmung des eigenen und des Verhaltens der anderen bleibt festzustellen, dass es „Angesichts des Vorgehens von Deutschland, den USA und der EU gegenüber Serbien und dem Kosovo ... eigentlich nicht mehr verwunderlich (ist), wenn heute in der Frage der Ukraine und der Krim immer wieder Vergleiche dazu kommen. Denn mit welchem Recht will der Westen das Vorgehen Russlands angesichts des eigenen Vorgehens auf dem Balkan kritisieren. So sagte der tschechische Präsident Milos Zeman, dass die Abtrennung des Kosovo von Serbien einen völkerrechtlichen Präzedenzfall geschaffen habe. ‚Wir ernten die Früchte, die wir selbst gesät haben.‘²

SELBSTBESTIMMUNGSRECHT - TERRITORIALE INTEGRITÄT VÖLKERRECHT UND NATIONALE INTERESSEN

Nach wie vor wird allen Ernstes behauptet, dass der Kosovokrieg, seine ‚Kollateralschäden‘ eben so wie die Bombardierung von Chemiefabriken, Brücken und Städten Jugoslawiens in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht geschehen sei. Wer diesen Standpunkt vertritt findet es sicher auch in Ordnung, wenn Präsident Obama erklärt, dass die Entscheidung über die Unabhängigkeit des Kosovo in einem Referendum gefallen sei.³ Der feine Unterschied: Im Kosovo gab es kein Referendum, sondern bewaffnete Angriffe der UCK, die mit Unterstützung der NATO in den Kosovokrieg einmündeten. Auf der Krim gab es eine Volksabstimmung und keinen Krieg.⁴ Aus der Sicht des an den Werten der westlichen Freiheit orientierten Westens wurde im Kosovo die Freiheit verteidigt während auf der Krim eben diese ‚Freiheit‘ per Referendum mit Füßen getreten wurde....

Offensichtlich geht es um ein Schmierentheater, mit dem der Streit um ganz anders geartete Interessen (siehe S. 226f) hinter großen Worten unsichtbar gemacht werden soll. Seinerzeit beriefen sich die USA und ihre NATO-Verbündeten auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wer sich damals für Jugoslawiens territoriale Unversehrtheit aussprach musste sich vorwerfen lassen, dass er den ‚Diktator Milosevic‘ und das von dem errichtete Regime unterstütze. In der Ukrainekrise ist das – in der Darstellung eben dieser Interessen ‚gaaanz anders‘. Diese Situation ist - nach Frau

¹ Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht, 20. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 13. März 2014, Plenarprotokoll 18/20, unter: <https://www.bundestag.de/blob/195772/2ef644e61fb6a2cb64388ddb0aedf0af/18020-data.txt>

² R. Streck: Heuchelei zu Krim-Unabhängigkeitsbestrebungen, 15.3.2014, unter: <http://www.heise.de/tp/artikel/41/41251/1.html/> Kosovo hat die Büchse der Pandora geöffnet, unter: <http://www.heise.de/tp/artikel/41/41251/2.html>

³ Moskau ist über die Erklärung des US-Präsidenten Barack Obama erstaunt, laut der die Entscheidung über die Unabhängigkeit der Region bei einem Referendum vor Ort und in Abstimmung mit der Nato sowie mit den Nachbarländern getroffen wurde. unter: http://german.ruvr.ru/news/2014_03_28/Moskau-uber-Obamas-Erklärung-zu-Kosovo-erstaunt-9727/

⁴ Th. Brey: Russland und die Nato: Der feine Unterschied Krim gleich Kosovo? Wer bricht Völkerrecht?, unter: <http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.russland-und-die-nato-der-feine-unterschied-krim-gleich-kosovo-wer-bricht-voelkerrecht.909c2f3f-1628-457a-840a-d209e08e8d38.html>

Merkel – *„in keiner Weise mit der in der Ukraine heute vergleichbar.“* In ihrer Sicht ist also der Einsatz militärischer Gewalt zur Durchsetzung eines Gruppeninteresses dann legitim, wenn dies in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen der USA und den Absichten ihrer NATO-Partner geschieht. Aus gleicher Logik folgt, dass ein Referendum dann illegal ist, wenn dies im Widerspruch zu den nationalen Interessen der USA und den Absichten ihrer NATO-Partner geschieht.

Nicht erst hier wird deutlich, wie widersprüchlich die Berufung auf ‚das Völkerrecht‘ ist. In der UNO-Charta findet sich im Artikel 1 *„Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele.“* unter Absatz 2 die Aussage: *„freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen.“* Im Artikel 2 *„Die Organisationen und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:“* steht unter Absatz 4 *„Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“*¹

Dass die Möglichkeit, sich mit einander ausschließenden Standpunkten auf ein und dasselbe grundlegende Dokumente zu berufen nicht nur unter Juristen finden sollte geht aus einem Interview hervor, dass – durchaus nicht zufällig – im April 2014 geführt wurde. Auf die Frage, wer da bei der Interpretation des Völkerrechts ‚richtig liegt‘, antwortete ein emeritierter Professor von der Uni Zürich wie folgt: *„Spätestens seit 1976, als die beiden internationalen Menschenrechtspakte von 1966 in Kraft traten, besteht ein uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht aller Völker. Dabei ist nie international verbindlich definiert worden, was ein Volk ist. Man hat diese Definition nicht vergessen, sondern man hat sie nicht gewollt und will sie auch heute nicht, damit die Staaten jeweils ad hoc bestimmen können, wen sie als Volk (und damit als selbstbestimmungsberechtigt) behandeln wollen und wen nicht. Das heißt aber rechtlich gesehen, dass sich jedes Kollektiv, das sich selber als Volk versteht, auch als solches bezeichnen und ein Selbstbestimmungsrecht beanspruchen darf – dem steht ja keine verbindlich geltende Definition, die das verbieten würde, entgegen. Eine ganz andere Frage ist, wie ein solches Recht dann zu verwirklichen ist.“*²

Ein Schweizer Biologe und Fernsehmoderator stieß bei der Ausarbeitung eines Textes zu aktuellen Fragen über Demokratie, Selbstbestimmung, zur Unverletzlichkeit der territorialen Integrität der Ukraine auf *„ein Paar Beispiele aus jüngster Zeit:*

- *In Bosnien-Herzegowina wurde im Dayton-Abkommen darauf beharrt, diesen künstlichen, ehemaligen jugoslawischen Teilstaat intakt zu lassen, obwohl die Bevölkerung*

¹ Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs, unter: http://www.un.org/depts/german/un_charta/charta.pdf

² G. Chatzoudis: Das Selbstbestimmungsrecht ist ein Stachel im Fleisch der Staatengemeinschaft" 03.04.2014, unter: http://www.lisa.gerda-henkel-stiftung.de/das_selbstbestimmungsrecht_ist_ein_stachel_im_fleisch_der_staatengemeinschaft?nav_id=4885

in Randgebiete davon viel lieber zu Serbien bzw. Kroatien gehört hätten. Das Ergebnis ist ein uneinheitlicher, fast unregierbarer Staat mit einer Vielzahl von aufgeblähten kommunalen, regionalen, staatlichen und internationalen Verwaltungsebenen.

- *Der gleiche Fehler wurde im Kosovo begangen. Die überwiegende Mehrzahl der Staaten der Welt erkannte das unabhängige Kosovo in den Grenzen der einstigen jugoslawischen Provinz an, statt es auf die 90% des Gebiets zu beschränken, die albanisch bewohnt und geprägt sind, und den fast ausschließlich serbisch bewohnten Nordteil bei Serbien zu belassen. Heute würde in Pristina kein Hahn mehr nach Nord-Mitrovica krähen, und das Verhältnis zwischen Serbien und Kosovo könnte wesentlich kooperativer sein.*
- *Mehr als 10 Jahre lang haben wir darauf bestanden, Afghanistan als ein einheitliches Gebilde zu behandeln, obwohl viele Einwohner dies gar nicht so wichtig finden. Wenn sich die ISAF auf die zu befriedenden und stabilisierenden Teile Afghanistans konzentriert hätte, säßen zwar in Kandahar noch die Taliban, aber durch die Konzentration unserer Ressourcen hätten wir zum Beispiel in und um Kabul und Herat durchaus so etwas wie eine Gesellschaft mit echten Überlebenschancen aufbauen helfen können. Vielleicht. So haben wir in ganz Afghanistan halbherzig herumgefuhrt, werden dieses Jahr abziehen, und ganz Afghanistan wird den Bach runtergehen. Wenigstens müssen wir uns keine neuen Grenzen merken.*
- *Obwohl im Norden von Somalia mit Somaliland und Puntland zwei einigermaßen stabile Regionen ihre Unabhängigkeit erklärt haben, werden diese international kaum anerkannt, und die Welt beharrt stattdessen darauf, ganz Somalia als gescheiterten Staat zu betrachten.”¹*

Jeder mag selbst darüber nachdenken, was er von dieser Art ‚Analyse‘ zu halten hat. Aber unter dem Strich bleibt: Das Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Integrität und dem Recht auf Selbstbestimmung der Völker ist nicht lösbar, wenn man sich im Rahmen juristischer Interpretationen bewegt. Jede der konkurrierenden Seiten kann sich in ihrer Argumentation auf Texte des geschriebenen ‚Rechts‘ berufen. Selbst scheinbar salomonische Sprüche wie die von den zwei Paar Schuhe – Recht haben und Recht kriegen – helfen da nicht wirklich weiter. Eben so wenig die Einsicht, dass geschriebenes und praktiziertes Recht nur wenig miteinander zu tun haben und für die davon Betroffenen nichts bleibt, was als ‚Gerechtigkeit‘ verstanden werden könnte. Wer sich davon nicht ablenken lässt und die Spur der Zusammenhänge anhand der divergierenden Interessen verfolgt wird darauf stoßen, dass auch dieses Recht nichts als das Recht der herrschenden Klassen ist.... Mit Zuhilfenahme dieser juristischen Instrumentarien kann sich jede der im Hintergrund als global player agierenden Seiten ganz nach Bedarf nach Maßgabe dessen, was als eigenes ‚nationales‘ Interesse ausgegeben wird der einen oder aber der anderen Argumentationslinie bedienen. Was das mit Gerechtigkeit zu tun hat und wo da die Interessen der davon betroffenen Völker bleiben wird sehr schnell deutlich, wenn man sich die politische Praxis der jüngsten Zeit vor Augen führt.

¹ A. Moser: Territoriale Integrität? Es gibt Wichtigeres, 29.2.2014, unter: <http://www.carta.info/71284/territoriale-integritat-es-gibt-wichtigeres/>

ANTIMAIDAN:**CHARKOW, DONEZK, LUGANSK, MARIUPOL, ODESSA**

Vorn wurde schon darauf hingewiesen, dass die Obersten Rada am 23. Februar den Beschluss fasst, dass erst 2012 erlassene Gesetz über den besonderen Status der Sprachen nationaler Minderheiten in den Regionen der Ukraine aufzuheben. Diese Entscheidung wurde zwar zehn Tage später durch das Veto des am gleichen Tag in das Präsidentenamt eingesetzten Turtschinow vorerst ausgesetzt. In Ergänzung dieser Entscheidung wurde das Verbot der Ausstrahlung der russischen Fernsehsender ‚Rossija 24‘, ‚Erster Kanal‘, ‚RTR-Planeta‘ und ‚NTW-Mir‘ durch das Kiewer Gericht als eine weitere Provokation der russischsprachigen Bevölkerung verstanden. Aber diese Signale wurden nicht nur auf der Krim mit äußerster Aufmerksamkeit registriert. Wenn man die Bedeutung und die Konsequenzen dieser Entscheidung verstehen will sollte man sich vor Augen führen, dass die Bevölkerung 2001 auf der Krim mit 97%, im Gebiet Donezk mit 93%, im Gebiet Lugansk mit 89%, im Gebiet Odessa mit 85%, im Gebiet Zaporoshje mit 81%, im Gebiet Charkow mit 74% und im Gebiet Dnepropetrowsk mit 72% russischsprachige ausgewiesen wurde. Aber erst, wenn man darüber hinaus zur Kenntnis nimmt, dass es die Bevölkerung aller Gebietszentren nach einer Befragung aus dem Jahre 2002 zu 75% vorzieht, russisch zu sprechen und nur ganze 9% die ukrainische Sprache bevorzugen reift eine Ahnung von den Folgen dieser Entscheidung.¹ Wenn man dies auf einer Karte sieht sind Parallelen zu Differenzen im Wahlverhalten der Bürger der Ukraine unübersehbar:

Abb. 7: Karte der in der Bevölkerung der Ukraine umgangssprachlich bevorzugten Sprache nach Ergebnissen der Befragung von 2003² (суржик = Mischsprache)



Die in der Obersten Rada unter dem Einfluss von Hundertschaften um eine von ultrarechten und offen neofaschistischen Parteien initiierte gezielte Provokation eines großen Teiles der ukrainischen Bevölkerung. Dass das nicht ohne schwerwiegende Folgen bleiben konnte war nicht nur absehbar, sondern offensichtlich gewollt. Die bei den Wahlen nicht durchsetzbare Entscheidung für den Anschluss der Ukraine an den Westen wurde mit bewaffneter Gewalt gegen die gewählten Machtorgane und gezielten Provokationen faschistoider Banden durchgesetzt. Dabei konnten sich die Führer der rechtsradikalen Gruppierungen und Parteien auf die – insbesondere im Westen aber auch im Zentrum stark ausgeprägte – Unzufriedenheit großer Teile der ukrainischen Bevölkerung mit der Politik der Regierung Janukowitsch und der Macht der Oligarchen stützen.

¹ nach: Население Украины (Bevölkerung der Ukraine), unter: https://ru.wikipedia.org/wiki/Население_Украины

² ebenda

Unmittelbar nach dem unter dem Schirm des ‚Euromaidan‘ inszenierten Staatsstreich in Kiew begannen im Osten und im Süden der Ukraine Protestaktionen. Die von der Rada eingesetzte Regierung Jazenjuk und die von dieser eingesetzten neuen Gouverneure der Gebiete stießen auf Ablehnung und offenen Widerstand. Was in den letzten Tagen des Februar in Charkow, Odessa, Donezk und einigen anderen Städten begonnen hatte breitete sich über die Städte und Ortschaften des Ostens und des Südens der Ukraine aus. Der Versuch ultrarechter Gruppierungen, ihren Machtanspruch auf den Osten und den Süden des Landes auszudehnen stieß auf wachsenden Widerstand. Jetzt richtete sich das Szenario, was eben erst in Kiew zum Sturz der Regierung Janukowitsch geführt hatte, gegen die neuen Machthaber. Mit zunehmender Radikalisierung dieser Auseinandersetzungen kam es im Resultat des Angriffs der Polizei auf die zunächst friedlichen Protestdemonstrationen zu bewaffneten Auseinandersetzungen, in deren Ergebnis Gebäude staatlicher Einrichtungen besetzt und bewaffnete Gruppen der Selbstverteidigung gebildet wurden. In dem Maße, in dem sich die bewaffneten Auseinandersetzungen mit den aus Kiew und anderen westlichen Landesteilen entsandten Milizeinheiten verschärften wurden die ursprünglich auf eine Föderalisierung der Ukraine abzielenden Forderungen durch die Forderung nach der Selbständigkeit des Donbass abgelöst.

Die am 22.2. im Charkower Sportpalast zusammengekommenen Deputierten der Parlamente des Ostens setzten sich für die Wahrung des Friedens, für die Einheit der Ukraine und für die Vereitelung des Faschismus ein. In der von eineinhalbtausend Deputierten beschlossenen EntschlieÙung wird mit Verweis auf die Ereignisse der letzten Tage festgestellt, dass die zentralen Machtorgane paralyisiert und der Staat destabilisiert wurden, weil sich die Opposition geweigert hat, die Bedingungen der Vereinbarung zur Regulierung der Krise zu akzeptieren. Die Rada arbeite unter Bedingungen des Terrors, der Bedrohung mit Waffen und die von ihr gefassten Beschlüsse sind allein schon deshalb nicht legitimiert. Im Interesse der Wiederherstellung der verfassungsgemäÙen Ordnung, der Gesetzlichkeit und der Sicherstellung normaler Arbeitsbedingungen unternehmen die Organe der Selbstverwaltung ihrerseits Schritte in ihren Territorien.¹ Zu der am gleichen Tag stattfindenden Kundgebung waren unter der Losung ‚Der Donbass gegen Bandera-Faschismus‘ mehrere tausend Bergarbeiter und andere Demonstranten zusammengekommen.

Am 23. Februar, dem Tag der Sowjetarmee kam es in Odessa, Zaporoshje, Berdjansk und anderen Städten zu analogen Protestaktionen gegen den Euromaidan. Danach brach diese Welle von Protestaktionen nicht mehr ab. In Cherson kam es am 26.2. zu einer Protestaktion aus Anlass der Verletzung eines Hauptmanns der Miliz, der bei der Verfolgung rechtsradikaler Banditen umgebracht wurde. Am 28. forderte der Kommandeur der Ende Februar gebildeten Volkswehr Donbass vom Stadtrat von Donezk zunächst noch erfolglos, die Oberste Rada, den Ministerrat und den Gouver-

¹ С. Савостьянов: В Харькове пообещали навести порядок на Украине (S. Sawostjanow: In Charkow wurde zugesichert, dass die Ordnung in der Ukraine wiederhergestellt werden wird), 22.02.2014, 15:10, unter: <http://www.rg.ru/2014/02/22/harkov.html>

neur des Donezker Gebietes als nicht legitim abzuqualifizieren. Aber der Widerstand gegen die durch einen Staatsstreich an die Macht gekommene neue Regierung spitzte sich in Donezk am 1. März 2014 im Verlauf einer Kundgebung zur Unterstützung der nun verfolgten Angehörigen der Berkut weiter zu. Unter den Losungen ‚Donbass‘, ‚Russland‘, ‚Donezk – eine russische Stadt‘ und ‚Bandera kommt nicht durch‘ waren über zehntausend Demonstranten zusammengekommen. Die Forderung Gubarews¹, des Vorsitzende der ‚Bürgerwehr Donbass‘, eines Referendum zum weiteren Verbleib in der Ukraine löste Streit aus: Anhänger Janukowitschs waren noch der Meinung, dass die nun offen zutage getretenen Probleme in der Ukraine gelöst werden müssten. Aber die Mehrheit der Versammelten entschied sich für Gubarews Vorschlag und wählte den zum ‚Volksgouverneur‘. Zeitgleich fanden am 1. März in Berdjansk, Cherson, Lugansk, Nikolajew, Dnepropetrowsk, Zaporoshje, Melitopol, Altschewsk, Anthrazit, Swerdlowsk, Krasnodon, Sewerodonezk, Krasnyj Lutsch, Kirowsk, Popasnoj und Stachanowje Kundgebungen statt.

Nachdem am Vortag Sergej Taruta² zum Gouverneur des Donezker Gebietes ernannt wurde eskalierte der Konflikt am 3.3.: Zwar wurde Gubarews Forderung nach Durchführung eines Referendums von Deputierten des Gebietssovjets akzeptiert aber sie weigerten sich, Taruta abzulösen, an seiner Stelle Gubarew zu wählen und mit der Kiewer Regierung zu brechen. Daraufhin wurde das Gebäude der Gebietsverwaltung von den schon zuvor vor dem Gebäude der Gebietsverwaltung stehenden Demonstranten gestürmt. Die Einheiten des Ministeriums des Inneren zogen sich zurück.

Unter dem Vorwand, dass dort Sprengstoff deponiert sei wurde das Gebäude der Gebietsverwaltung am 5. März erneut von der Miliz besetzt. Unter dem Protest einer größer werdenden Gruppe von Demonstranten wurde die dort gehisste russische Flagge wieder durch die ukrainische ersetzt. Aber gegen 16 Uhr hatten sich bis zu zehntausend Demonstranten versammelt und das Gebäude erneut gestürmt und die russische Flagge erneut gehisst. Das wiederholte sich in den kommenden Tagen und Wochen des Monat März. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen wurden Gubarew und andere Aktivisten der Widerstandsbewegung vom ukrainischen Sicherheitsdienst verhaftet. In Lugansk wurde Aleksander Charitonow am 5. März auf einem Meeting zum Vorsitzenden des Lugansker Volksrates gewählt. Eben so wurde beschlossen, am 30.3. ein Referendum über die Föderalisierung durchzuführen. Bei der nächsten Demonstration am 9.3. wurde das Lugansker Gebietsverwaltungszentrum besetzt und die russische Flagge gehisst.

Seit Anfang März fanden an jedem Wochenende Protestaktionen gegen die Handlungen der früheren Opposition, gegen die durch einen Staatsstreich an die Macht ge-

¹ *Павло Юрійович Губарев* (Pawlo Juriowitsch Gubarew) (1983) Leiter der Bürgerwehr Donbass und Volksgouverneur des Donbass

² *Сергій Олексійович Тарута*; (Sergij Oleksijowitsch Taruta) (1955) ukrainischer Oligarch, 23 июля 1955, Mitinhaber der ‚ISD‘ Präsident der Donezker FK ‚Metallurg‘ wurde am 2.3.2013 von Turtschinow zum Gouverneur des Gebiets Donezk ernannt. 2008 wurde sein Vermögen mit 2,65 Mrd. US-\$ eingeschätzt, 2013 mit 597 Mio. US-\$.)

kommene Regierung und die von dieser eingesetzten Gouverneure statt. Die protestierende Menge lehnte es ab, diese Regierung als legitim anzusehen und wählte aus ihrer Mitte Bürgermeister und andere politische Vertreter, denen sie vertrauten. Aus der folgenden Chronik ist zu ersehen, wie sich diese Ereignisse entwickelten:¹

- 9.3. - Auf einer bis zu 10.000 Teilnehmer anwachsenden Kundgebung werden in Lugansk Forderungen nach der Durchführung eines Referendums erhoben. Danach wurde das Gebäude der Gebietsverwaltung besetzt und der eben erst ernannte neue Gouverneur Bolotski zum Abtreten gezwungen.
- 22.3., 29.3. und 30.3. - erneute Massendemonstrationen in Lugansk.
- 6.4. - nach einer erneut stattfindenden Massenkundgebung wird das Gebäude des Donezker Gebietskomitees besetzt.
 - zeitgleich wird das Gebäude des ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU) in Lugansk gestürmt.
- 7.4. - Demonstranten blockieren die Zufahrt zum SBU-Gebäude in Lugansk, in dem der Stab des Widerstandes im Südosten eingerichtet wird. Die Miliz wird alarmiert. Die Aktivisten fordern die Freilassung der politischen Gefangenen und kündigen für den Fall der Nichterfüllung dieser Forderung die Bildung eines 'Parlaments der Lugansker Republik an.
 - Der amtierende Präsident der Ukraine Turttschinow weist die Einleitung der antiterroristischen Operation (ATO) gegen das Donezker Gebiet an.
- 8.4. - Die Leitung der Demonstranten deklariert die Donezker Volksrepublik (DVR). Das Gebäude der Donezker Gebietsverwaltung wird durch Barrikaden gesichert. Hunderte Bürger Mariupols beteiligen sich an der Sicherung des Gebäudes.
- 9.4. - Die DVR erkennt die Republik Krim an und fordert die Deputierten des Parlaments der Krim auf, die Unabhängigkeit der Donezker Republik anzuerkennen. Eine Zentrale Wahlkommission nimmt ihre Arbeit auf.
 - Bürger Lugansks blockieren die Zufahrten zur Stadt. Vor den Toren der Kaserne der ukrainischen Armee in Lugansk versammeln sich Demonstranten und Familienangehörige und fordern die Soldaten auf, nicht an Einsätzen gegen Demonstranten teilzunehmen.
- 10.4. - in der DVR wird ein Komitee für die Durchführung des Referendums über den Status der Region gebildet. Am gleichen Tag beginnt die Aufstellung bewaffneter Formationen.
- 11.4. - eine von der Kiewer Regierung zum Sturm auf Donezk, Charkow und Lugansk befohlene Unterabteilung der Gruppe ‚Alpha‘ verweigert die Teilnahme an der Liquidierung der bewaffneten Formationen der Republiken. Am Abend des 11. erklärt i.O. Präsident Turttschinow, dass er den Aufständischen Gelegenheit gibt in der Nacht die Waffen niederzulegen ansonsten würden Waffengewalt angewendet.
 - Der Vereinigte Stab der Armee des Südosten wendet sich mit einem Ultimatum an den Lugansker Gebietsrat: Innerhalb von 10 Stunden sollen die Deputierten die staatliche Souveränität der Lugansker Volksrepublik beschließen und in 10 Tagen

¹ Zusammengestellt nach Angaben in : Донецкая Народная Республика (Donezker Volksrepublik), unter: https://ru.wikipedia.org/wiki/Донецкая_Народная_Республика; Луганская Народная Республика (Lugansker Volksrepublik), unter: https://ru.wikipedia.org/wiki/Луганская_Народная_Республика; Война на Украине » 2014 » Май (Der Krieg in der Ukraine - 2014 – Mai), unter: <http://www.hronika-2012.com/blog/2014-05>; Война на Украине » 2014 » Июнь (Der Krieg in der Ukraine – 2014 – Juni), unter: <http://www.hronika-2012.com/blog/2014-06>;

- dazu ein Referendum durchführen. Zugleich teilt der Stab mit, dass die Waffen nur der Macht übergeben werden, die durch dieses Referendum gewählt werden.
- Demonstranten haben das Gebäude der Staatsanwaltschaft Donezk besetzt.
 - Die Einheiten des Donezker Berkut haben sich den Demonstranten angeschlossen.
- 12.4. - Gegner der Kiewer Regierung haben in Slawjansk Verwaltungsgebäude besetzt.
- Vertreter der DVR haben in Drushkowskje, Krasnyj Liman, Kramatorsk, Konstantinowke und anderen Städten des Gebietes Verwaltungsgebäude besetzt.
- 13.4. - In Mariupol findet vor dem Gebäude des Stadtrates eine Kundgebung von Anhängern der Föderalisierung statt. Die Miliz zieht sich zurück. Am folgenden Tag wird über Radio verbreitet, dass der Rat der Stadt, Fernsehen und Radio unter der Kontrolle nationalistischer Gruppen stehen. Der Bürgermeister erklärt seine Bereitschaft, mit Vertretern der Republik zu verhandeln.
- 14.4. - Shdanowka, Kirowskoje und andere Städte schlossen sich der DVR an.

KRIEG IN DER UKRAINE

Am 15. April hatte der durch einen Staatsstreich an die Macht gekommene und also in keiner Weise legitimierte ‚Präsident‘ Turtshynow angewiesen, wegen fehlender Ausrüstungen für die aus nationalistischen Gruppierungen gebildete Nationalgarde „*alle Panzer, Fahrzeuge und Munition von der Krim nach Osten zu verlegen. Dies sei viel billiger, als die Technik vom Westen des Landes zu verlegen. Die gesamte Technik von der Krim wird in die Gebiete Donezk, Lugansk und Charkow verlegt. Nach der Niederwerfung der Proteste soll dort ein Armeekorps und eine neue Division des Innenministeriums aufgestellt werden.*‘ Handfeuerwaffen und Panzerfäuste würden direkt an die Nationalgarde übergeben, deren Kern, so der Sprecher, die *Kämpfer des nationalistischen „Rechten Sektors.“*¹ Darauf folgte der Befehl zum Angriff auf die Gebiete der Ukraine, in der die Bevölkerung auf Grund ihrer Weigerung, diese Entscheidung hinzunehmen, die Macht übernommen hatte.

- 15.4. - In Slawjansk wird des ersten Toten des Aufstandes gedacht. Provokateure kleben antisemitische Plakate. Dieses Ereignis wird von den westlichen Massenmedien der USA und der Ukraine hochgespielt, um die Lage aufzuheizen.
- Der Flugplatz Kramatorsk wurde durch einen Sondereinsatz einer Gruppe des von Blackwater-Söldner unterstützten ukrainischen Militärs unter die Kontrolle der Kiewer Junta gebracht. Dabei kommt es zu mehreren Toten. Der Versuch, in die Stadt vorzustoßen scheitert am Widerstand der Bevölkerung, die die Zugangsstraßen sperrt.
- 16.4. - Angehörige der ukrainischen treten auf die Seite der militärischen Kräfte der Donezker Volksrepublik über. Bei Kramatorsk kommt eine geschlossene Gruppe von 60 Soldaten mit Panzern und BTR.
- in Donezk übernehmen Kämpfer der Armee der DVR das Gebäude des Stadtrates.
 - Die Flagge der DVR wird über den Rathhäusern von Nowoasowk und Krasnoarmeisk gehisst.
 - Nach der Erklärung der Vereinigung der Südöstlichen Regionen wird die Vereinigung der Selbstverteidigungskräfte von Donezk und Lugansk erklärt. Der per Akklamation zum Präsidenten dieses Zusammenschlusses gewählte Anatolij Wizir² wendet sich mit

¹ Minutenprotokoll des Tages [15.4.2014], unter: <http://www.russland.ru/minutenprotokoll-des-tages-15-4-2014-aktualisiert-1002/>

² *Анатолій Михайлович Візір* (Anatolij Michailowitsch Wizir) (1956) Dr.jur., 2006—2011 Vorsitzender des Appellationsgerichtes des Lugansker Gebietes

- der Bitte um Hilfe an Präsident Putin und erklärt den Ausnahmezustand, um die Bevölkerung vor Bandera-Neofaschisten zu schützen.
- 17.4. - In Genf kommt es einer Begegnung zwischen Vertretern der USA, der EU, Russlands und der Ukraine zur Regulierung der Krise im Osten der Ukraine. Vertreter der DVR fordern, die militärischen Angriffe der ukrainischen Armee als einen Akt der Aggression gegen die DVR zu werten und verlangen ihre Beteiligung an dieser Begegnung.
- 18.4. - Resultat der siebenstündigen Verhandlungen in Genf zwischen den Außenministern der Ukraine Andrej Deschtschitza, Russlands Sergej Lawrow, der USA John Kerry und der Außenbeauftragten der EU Catherine Ashton ist eine Übereinkunft in vier Punkten: Erstens sollen alle irregulären Milizen entwaffnet werden. Zweitens sind alle illegal besetzten Gebäude an die staatliche Macht zurück zu geben und Plätze und Straßen zu räumen. Drittens wird den Aufrührern – außer in Fällen schwerer Verbrechen – Amnestie versprochen. Viertens werden alle am Konflikt Beteiligten aufgerufen, keine Gewalt anzuwenden sowie Einschüchterungen und Provokationen zu unterlassen.¹ Ferner soll eine Verfassungsreform vorbereitet werden.
- Vertreter der DVR weisen darauf hin, dass sich die ukrainische Seite nicht an die in Genf getroffene Übereinkunft hält. Ein Dialog zwischen der Ukraine und der DVR sei erst nach der Befreiung der von der ukrainischen Seite besetzten Gebiete, der Entwaffnung der Nationalgarde der Ukraine, des rechten Sektors und der Befreiung der politischen Häftlinge möglich.
 - Auf dem Donezker Flughafen wird die Flagge der DVR gehisst.
- 19.4. - In Komsomolsk und Starobeschewo wird auf Kundgebungen der örtlichen Bevölkerung beschlossen, die Kiewer Regierung nicht mehr anzuerkennen. Die Flagge der Ukraine wird eingeholt, die der DVR gehisst,
- 20.4. - An einem Vorposten bei Bylbasowka kommt es zu einem Schusswechsel in dessen Verlauf mehrere Aufständische umkommen.
- 21.4. - In Lugansk wird Walerij Bolotow² auf einer öffentlichen Versammlung als Volksgouverneur gewählt.
- 24.4.- Der (и.о.)³ Innenminister der Ukraine Arsen Awakow⁴ erklärt, dass das Gebäude des Stadtrates von Mariupol ‚befreit‘ sei.
- Julia Timoschenko und Sergej Krawtschuk kommen nach Lugansk und sprechen mit den Vertretern der Demonstranten.
- 25.5. - Die Kiewer Regierung eröffnet die ‚zweite Etappe‘ militärischen Operationen.
- Auf dem Flughafen Kramatorsk explodiert ein von Kämpfern der DVR beschossener Hubschrauber Mi-8.
- 26.5. - Die Führung der DVR unterstellt alle Kräfte der Selbstverteidigung dem Kommandeur der Slawjansker Selbstverteidigung Igor Strelkow⁵

¹ Nach: R. Bauer: Entwaffnung und Verfassungsreform. Neue Züricher Zeitung 18.4.2014, unter: <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/entwaffnung-und-verfassungsreform-1.18286692>

² Валерій Дмитрович Болотов; (Walerij Dmitrowitsch Bolotow) (1970) Vorsitzender des Verbandes der Veteranen der Luftlandetruppen im Gebiet Lugansk Ingenieur

³ исполняющий обязанности (и.о.) – mit der Wahrnehmung der Aufgaben Beauftragter

⁴ Арсен Борисович Аваков; (Arsen Borisowitsch Awakow) (1964) Ingenieur, 1990 Gründung des Finanzunternehmens ‚Investor‘ 1992 der Kommerzbank, Mitglied der Timoschenko-Partei, seit Februar 2014 Innenminister der Regierung Jazenjuk, nimmt mit einem Vermögen von 98,9 Mio. US-Dollar in der Liste der 200 reichsten Ukrainer Platz 118 ein.

⁵ Игорь Иванович Стрелков (auch bekannt als Игорь Всеволодович Гиркин) (Igor Iwanowitsch Strelkow, auch als Igor Wsewolodowitsch Girkin bekannt) (1970) Oberst des russischen Inlandsgeheimdienstes i.R., Teilnehmer an mehreren militärischen Operationen im Kaukasus Anhänger monarchistischer und weißgardistischer Überzeugungen.

- 27.4. - Das staatliche Fernsehstudio Donezk wird von Anhängern der DVR unter Kontrolle genommen.
- die strategisch wichtige Stadt Stachanow im Lugansker Gebiet wird nach einer Serie von Provokationen des ‚rechten Sektors‘ durch Selbstverteidigungskräfte der DVR unter Kontrolle genommen
- 28.4. - Bei einer Konfrontation zwischen Anhängern der DRV und des ‚rechten Sektors‘ kommt es zu einer Massenschlägerei, in deren Verlauf Blendgranaten und Schlagstöcke eingesetzt werden
- in Lugansk wird die Lugansker Volksrepublik (LVR) deklariert.
- 29.4. - Anhänger der Föderalisierung der Ukraine besetzen in Lugansk Gebäude der Gebietsverwaltung und der Staatsanwaltschaft. Den zu deren Schutz eingesetzten Angehörigen der Miliz wird freier Abzug gewährt. Viele von ihnen treten auf die Seite der LVR über, ihr Kommandeur erklärt seinen Rücktritt.
- 30.4. - Der amtierende Präsident Turtschinow schätzt ein, dass die Zentralregierung die Macht über Donezk und Teile des Donezker Gebietes verloren habe.
- 1.5. - Kämpfer der Selbstverteidigungskräfte der DVR besetzen das Gebäude der Gebietsstaatsanwaltschaft und die Abteilungen der Miliz in Krasnoarmeisk und Rodinsk.
- 2.5. - Kräfte des ‚rechten Sektors‘ landen am Stadtrand von Slawjansk mit einem Hubschrauber, werden aber von der Bevölkerung am Vordringen in die Stadt behindert. Einwohner von Jasnogorki versperren einer Fahrzeugkolonne der ukrainischen Armee den Weg und werden von BTR überrollt. Bewaffnete Einheiten der Kiewer Regierung beginnen unter Einsatz von Artillerie, Panzern und Luftstreitkräften den Sturm auf Slawjansk. Dabei werden zwei Hubschrauber der Armee abgeschossen.
- in Odessa kommt es zu Zusammenstößen zwischen rechtsradikalen Nationalisten und Anhängern der Föderalisierung. Dabei kam es zum Einsatz von Schusswaffen und Knüppeln. Einheiten der Miliz unterstützen die Rechtsradikalen. Nach dem die Gegner des Maidan in das Gewerkschaftshaus verdrängt wurden, wird dieses in Brand gesetzt. Dabei kommen nach Angaben von Journalisten mehrere hundert zu Tode.
- 3.5. - Anhänger der Föderalisierung besetzen das Donezker Gebäude des ukrainischen Sicherheitsdienstes. Der Zustrom zu den Donezker Selbstverteidigungskräften wächst sehr schnell.
- in Kramatorsk kommt es zwischen Anhängern der DVR und Regierungskräften zu Straßenkämpfen. Auf beiden Seiten gibt es Tote und Verletzte. Die Stadt wird von Regierungskräften eingeschlossen. Im Verlauf der Kämpfe gibt es 15 Tote, davon 11 Zivilisten.
 - in Mariupol beginnen Kampfhandlungen gegen die Anhänger der Föderalisierung.
 - in Odessa werden die dem Angriff auf das Gewerkschaftshaus entkommenen Anhänger des Antimaidan verhaftet.
- 4.5. - In Donezk wird der Bahnhof von Kräften der Selbstverteidigung besetzt.
- 5.5. - Im Verlauf der Kämpfe um Slawjansk wird ein weiterer Hubschrauber abgeschossen. Auf Seiten der Regierungstruppen gab es 4 Tote, auf Seiten der Kräfte der Selbstverteidigung 20. In Slawjansk wurden Wohnhäuser beschossen. Dabei kam unter anderem ein Kind zu Tode.
- In Kiew, Odessa und anderen Städten kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Kräften des Antimaidan und rechtsradikalen Gruppierungen.
- 6.5. - Die Nachrichtenagentur РІА Новості berichtet mit Verweis auf offizielle Quellen der Kiewer Regierung, dass Ausrüstungen russischer Militärs und nachgemachte Dokumente von Offizieren der Russischen Streitkräfte nach Donezk verbracht wurden, um

- eine Angriff auf ukrainische Grenztruppen zu imitieren. Kräfte der Selbstverteidigung haben die Offiziersschule und das Waffenarsenal besetzt.
- Die Kräfte der Selbstverteidigung von Slawjansk haben hohe Verluste, das ukrainische Militär bereitet die Liquidierung des Widerstandes vor.
 - die Kräfte der Selbstverteidigung Mariupol informieren über den Beginn des Sturmes auf die Stadt.
- 7.5. - Die Anhänger der Donezker Selbstverteidigung werden aus dem Gebäude des Stadt-rates verdrängt. Der Besitz des Gebäudes wechselt mehrfach. Am Abend erklärt der Kiewer Innenminister, dass die Stadt unter Kontrolle der Regierungskräfte sei.
- Die ukrainische Armee und die ‚Nationalgarde dringen in Berdjansk ein.
 - In Odessa wird der Einsatz eines ‚Todesbataillons‘ erwartet.
 - Wladimir Putin und Didier Burkhalter¹, der Vorsitzende der OBSE wenden sich mit dem Vorschlag an die Regierungen der DVR und der LVR, den Termin des Referendums vom 11.5 auf den 25.5. zu verlegen. Darauf antwortet der Vorsitzende der zentralen Wahlkommission, dass im Falle einer solchen Entscheidung durch die Leitung der DVR zwar das Referendum verlegt werde. Aber eine Wahl des Präsidenten der Ukraine werde es nicht geben.
- 8.5. - Bei einem Überfall auf die Typographie wurden mehr als eine Million der Wahlunterlagen wurden von Angehörigen des ‚rechten Sektors‘ vernichtet.
- Außenminister Lawrow erklärt, dass Russland die Wiedergeburt des Faschismus in Europa nicht zulassen werde.
- 9.5. - In Mariupol kommt es zu Kämpfen zwischen Kräften der Selbstverteidigung und der ukrainischen Nationalgarde.
- In Dnepropetrowsk wird von Kräften des Antimaidan bei der Abfahrt eines für den Einsatz im Bürgerkrieg bestimmten Militärtransports ein bekannter Militärmarsch der Nazis abgespielt.
- 10.5. - Das aus 18 gesellschaftlichen Organisationen gebildete Komitee der patriotischen Kräfte des Donbass (КПЦД) und die regionalen Vertreter von vier Parteien informieren über ein alternatives Referendum zur Vereinigung des Donezker Gebietes mit dem Dnepropetrowsker.
- Bei der Einfahrt nach Slawjansk werden mehrere Bewaffnete verhaftet, die mehr als einhunderttausend bereits ausgefüllter Wahlunterlagen mitbrachten.
 - Vertreter der USA übernehmen die Leichen von 13 Angehörigen privater Sicherheitsdienste, die im ukrainischen Bürgerkrieg gefallen sind.
- 11.5. - Beim Referendum wurde eine einzige Frage gestellt: ‚Unterstützen Sie die staatliche Selbständigkeit der Donezker Volksrepublik?‘ Auf diese Frage konnte mit ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ antworten. In der Lugansker Volksrepublik wurde die gleiche Frage gestellt.
- In der LVR nahmen 75% der Wahlberechtigten am Referendum teil. Mit ‚Ja‘ stimmten 96,2%, mit ‚Nein‘ 3,8%.
 - In der DVR nahmen 74,87% der Wahlberechtigten am Referendum teil. Mit ‚Ja‘ stimmten 89,7%, mit ‚Nein‘ 10,19%, 0,74% der Bulletins waren ungültig.
 - In Krasnoarmejsk verhindern Angehörige der ukrainischen Streitkräfte die Durchführung des Referendums und drohen Wähler mit der Anwendung von Schusswaffen.
 - Am Stadtrand von Slawjansk kommt es zu einer Konzentration von Gruppierungen der Nationalgarde und ausländischen Söldnern.

¹ *Didier Eric Burkhalter* (1960) ist ein Schweizer Politiker, seit 1. Januar 2014 Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft und damit Vorsitzender der OSCE

- 12.5. - In der DVR und in der LVR wird die staatliche Souveränität deklariert. Jetzt werden die obersten Staatsorgane der DVR und der LVR neu organisiert.
- Das Kiewer Innenministerium erklärt die Referenden und deren Ergebnisse als ‚illegal‘, da sie sich gegen die staatliche Souveränität der Ukraine wenden.
 - In Shitomir desertieren über hundert Soldaten der ukrainischen Armee.
- 17.5. - Igor Strelkow, der Kommandeur der Bürgerwehr des Donbass wendet sich mit der Aufforderung an die Bürger der DVR, sich der Bürgerwehr als Freiwillige anzuschließen. Bislang seien lediglich weniger als 1.000 Kämpfer und 20 Berufsmilitärs in ihren Reihen.
- Der Kiewer Generalstaatsanwalt erklärt die DVR und die LVR zu terroristischen Organisationen. Ihrerseits bezeichnet das Außenministerium der DVR die Kiewer Zentralregierung als ‚verbrecherisches Kiewer Regime‘, die Leitung der LVR spricht von der ‚Kiewer Junta‘.
- 18.5. - Die ‚Versammlung der Lugansker Volksrepublik‘ beschließt die provisorische Verfassung der LVR.
- 19.5. - In Kramatorsk wird ein ukrainischer Angriff abgeschlagen.
- 20.5. - Söldner des Bataillons ‚Dnepr‘ verweigern wegen ausbleibender Zahlungen den Einsatz an der Front.
- Der Oligarch Achmetow ruft den Donbass zum Protest gegen die Separatisten auf.
- 21.5. - Der Volksgouverneur der LVR erklärt seine Bereitschaft, mit der Kiewer Regierung zu verhandeln, wenn die ukrainischen Truppen das Territorium der LVR verlassen.
- 22.5. - Nach der Erklärung des Ausnahmezustandes wird in der LVR eine allgemeine Mobilmachung für alle Männer im Alter von 18 bis 45 angeordnet. In diesem Zusammenhang kam es in den Städten Rubeshnoje und Lisitschansk zu Zusammenstößen zwischen Kämpfern der ‚Nationalgarde der Ukraine‘ und der Armee der LVR.
- 24.5. - Die DVR und die LVR unterzeichneten ein Dokument zur Vereinigung im Rahmen einer Neurussischen Konföderation.
- Das Strafbataillon ‚Donbass-1‘ ist eingeschlossen.
 - Der Chefredakteur der ‚New York Times‘ wird wegen einer Reportage aus Slawjansk entlassen.
- 25.5. - Bei den mit Ausnahme der Gebiete Donezk und Lugansk in der Ukraine durchgeführten Präsidentschaftswahlen siegt Petro Poroschenko mit einem Stimmenanteil zwischen 55 und 57%. Julia Timoschenko kam auf 13%, Lyaschko auf 8 und Hryzenko erreichte 6 %.
- 26.5. - Von ukrainischen Einheiten wird der Flughafen Donezk angegriffen. Dabei kamen Kampfflugzeuge und Hubschrauber, Raketen und Luftlandeinheiten zum Einsatz.
- 28.5. - Über Donezk wird eine Drohne vernichtet.
- 29.5. - Charkower Partisanen greifen einen Militärtransport an.
- Polnische Freiwillige kommen in der Ostukraine zum Einsatz.
- 2.6. - Von bewaffneten Kräften der Ukraine werden wiederholt Artillerie- und Luftangriffe gegen das Lugansker Zentrum geführt. Dabei kommen u.a. auch Raketenwerfer und Kassettenbomben zum Einsatz. In Lugansk gibt es 8 Todesopfer aus der Zivilbevölkerung
- 3.6. - Auf Kiewer Seite sind ausländische Piloten im Kampfeinsatz
- Im Kampf um Slawjansk kommen amerikanische Minen und französische BTR zum Einsatz.

DER ‚BLITZKRIEG‘ DES PETRO POROSCHENKO

Am 4. Juni wurde über den ‚Blitzkrieg des Petro Poroschenko‘ berichtet: Der hoffe, die Militäroperationen in wenigen Wochen zu beenden. Und wenn Russland seine Taktik nicht ändere, könne diese Rechnung aufgehen. In diesem Zusammenhang wird konstatiert, dass *„der Angriff der ukrainischen Formationen vergleichsweise erfolgreich“* verläuft: Zwar sei *„eine bedeutende Zahl von Soldaten und Technik verloren“*. Aber diese hätten eine Reihe von Siedlungen im Donbass besetzt und die Blockade um Slawjansk verstärkt. Zugleich wird festgestellt, dass auch die Selbstschutzkräfte erhebliche Verluste hatten aber ‚bis zum Ende stehen wollten‘.¹

- 6.6. - In Odessa wird eine ‚Odessaer Volksrepublik‘ ausgerufen.
 - ukrainische Kampfflugzeuge sind in den russischen Luftraum eingedrungen.
- 7.6. - Die Regierung der LVR lehnt jede Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung ab, so lange die Souveränität der LVR nicht anerkannt wird.
 - Im Verlauf der schweren Kämpfe um Slawjansk werden 20 gepanzerte Fahrzeuge der ukrainischen Armee vernichtet.
 - Krasnyj Liman wird durch schwere Bombardements zerstört.
- 9.6. - Die LVR erklärt der Kiewer Junta den Krieg und bereitet Spezoperationen vor.
 - Präsident Lukaschenko erklärt seine Bereitschaft, das Feuer einzustellen und stößt auf massiven Widerstand der Radikalen.
- 11.6. - Die DVR erklärt, dass es Verhandlungen mit Kiew nur unter Vermittlung durch Russland geben werde.
- 12.6. - In der LVR werden Thesen zum politischen Programm und zur wirtschaftlichen Entwicklung der LVR veröffentlicht.
 - In den Vororten Slawjanks werden Brandbomben eingesetzt-
- 13.6. - Mariupol wird durch das von ukrainischen Nationalgardisten und Panzer unterstützte Bataillon ‚Asow‘ besetzt. Besonders heftige Kämpfe gibt es um den Stab der DVR. Dabei kamen 5 Kämpfer der DVA zu Tode, 40 weitere gerieten in Gefangenschaft.
- 14.6. - Der Stab der Selbstverteidigungskräfte der LVR warnt: In Kiew ist unter US-amerikanischer Kontrolle ein georgischer Transport von biologischen Waffen eingetroffen
- 16.6. - In der LVR werden Reservisten des Militärs mobilisiert.
- 18.6. - Präsident Poroschenko unterbreitet erneut den Vorschlag einer – diesmal allerdings kurzzeitigen – Feuerpause. Dabei geht er davon aus, dass dies zur Lösung des Konfliktes beitrüge, wenn die Gruppen der Selbstverteidigung – in seiner Terminologie ‚separatistische Terroristen‘ – diese Zeit nutze, um die Waffen niederzulegen. Für die in Slawjansk Eingeschlossenen hat er die Liquidierung angewiesen.
 - Kramatorsk und andere Städte werden weiter beschossen und bombardiert.
 - Auf einer Kundgebung von 10.000 Donezker Bergarbeitern wird die Beendigung des Einsatzes ukrainischer Strafbataillone gegen den Donbass gefordert.
 - Der Rat für Menschenrechte der UNO stellt fest, dass die ukrainische Regierung nicht gewillt ist, die am 2. Mai in Odessa bei der Brandstiftung des Gewerkschaftshauses und der Ermordung von Regimegegnern begangenen Verbrechen zu untersuchen.

Am 19. Juni ging die Meldung durch die Presse, dass Poroschenko eine Feuerpause plane. In dem schon mehrere Tage angekündigten ‚Friedensplan‘ sah er die Entwaff-

¹ Г. Мирзаян: Блицкриг Петра Порошенко (G. Mirzajan: Der Blitzkrieg des Petro Poroschenko), «Expert Online» 04 июл 2014, unter: <http://expert.ru/2014/07/4/slovo-za-moskvoj/>

nung von Milizen, die Dezentralisierung der Macht und einen ‚Korridor für russische und ukrainische Söldner‘ zum Verlassen der Krisenregion vor. *„Zudem sollen demnach prorussische Separatisten, die keine ‚schweren Verbrechen‘ begangen haben, straffrei ausgehen. Auch werde in dem Plan ein ‚Korridor für russische und ukrainische Söldner‘ zum Verlassen der Krisenregion angekündigt. Den vollständigen Plan will Poroschenko am 23. Juni in Luxemburg vor Vertretern der Europäischen Union vorstellen, vier Tage später will er den wirtschaftlichen Teil des EU-Assoziierungsabkommens mit der EU unterzeichnen.“*¹ Damit war schon durch die gezielt beleidigende Wortwahl absehbar, dass dieser ‚Vorschlag‘ nie als ein ernst zu nehmendes Angebot zu verstehen war. Zudem wurden weder der Inhalt des Vierzehnpunkteplans veröffentlicht noch Fristen für seine Durchführung benannt.

19.6. - An der Front ist nichts von einem ‚Waffenstillstand‘ zu spüren. Die Kämpfe dauern an und die Zahl der zivilen Opfer wächst.

- Die Kämpfe in Slawjansk und an anderen Frontabschnitten werden eben so fortgesetzt, wie die Beschießung und Bombardierung der Städte und Dörfer, die unter Kontrolle der DVR bzw. der LVR stehen.
- in den Grenzgebieten Russlands wächst der Zustrom von Flüchtlingen weiter an.
- Die Führung der LVR teilt mit, dass das ukrainische Bataillon ‚Aidar‘ von Kräften der Selbstverteidigung der Siedlung Metallist zerschlagen wurde.
- In der LVR wird Komitee für Staatssicherheit gebildet.

Am 19.6. kommt es in ukrainischen TV-Talkshow ‚Shuster Live‘ zu einem Eklat. Mark Franchetti, ein Journalist der britischen Zeitung ‚Sunday Times‘ berichtet von seinen Erfahrungen aus einem Einsatz des ukrainischen Militärs, bei dem er fast selbst zu Tode gekommen wäre. Er konstatiert: *Faschistische Truppen aus dem Westen, schlechte Ausrüstung der Einwohner, kein Militär und fehlende russische Unterstützung der ‚Separatisten‘. Wörtlich: „ich möchte hier keine Position vertreten, sondern einfach von dem berichten, was ich gesehen habe. Man sagt, es sind Terroristen, und dass sie Waffen und Finanzierung von Russland erhalten. Aber das ist nicht wahr. Zumindest im Moment nicht. Es sind überwiegend ganz gewöhnliche Menschen ohne jegliche Militärerfahrung. Wir sind dort in eine Falle geraten. Meiner Meinung nach könnte das erfahrenen Soldaten nicht passieren. Die wären dort nicht hineingeraten. Und sie sind völlig davon überzeugt, dass Russland ihnen irgendwann zu Hilfe kommt. Sie warten auf diese Unterstützung, obwohl mir als Moskau Korrespondent völlig klar ist, dass Moskau keine Hilfeleistung beabsichtigt. Ich meine dies im Sinne von Geld, Waffen und Soldaten.“*²

20.6. - in der DVR wird die Bildung von Bergarbeiterdivisionen vorbereitet. Ein Vertreter der Selbstschutzeinheiten teilt mit, dass die DVR über 250 Panzer verfügt.

- Mit dem Einsatz von Raketenwerfern wird der Druck auf Slawjansk weiter verschärft.
- Poroschenko hat einen 14 Punkte-Friedensplan ausgearbeitet, den er aber nicht mit Vertretern der DRV oder der LVR erörtert hat.

¹ Poroschenko plant Feuerpause und feuert Außenminister, unter: <http://de.ria.ru/zeitungen/20140619/268797008.html>

² T. Hildmann: Britischer Reporter entlarvt in TV-Show die Wahrheit über Kiewer Lügen, unter: <http://www.neopresse.com/politik/britischer-reporter-entlarvt-in-tv-show-die-wahrheit-ueber-kiewer-luegen/>

- 21.6. - Die Bataillone des Oligarchen Kolomojskij weigern sich, einem von Poroschenko erteilten Befehl zur Feuereinstellung Folge zu leisten.
- eine Gruppe von 80 ukrainischen Grenzsoldaten ist unter dem Druck der Kampfhandlungen zwischen ukrainischem Militär und Kräften der Selbstverteidigung auf russisches Territorium übergetreten.
 - in der Ukraine häufen sich Fälle der Behinderung von Mobilisierungsmaßnahmen – die Mütter und Frauen verhindern die Einberufung ihrer Söhne und Männer und die Verlegung militärischer Einheiten an die Front.
 - Eine mit der Luftkontrolle im Grenzgebiet beauftragte ukrainische Radareinheit wurde vernichtet.
 - Am Grenzposten ‚Izwarino‘ wurde russisches Territorium über mehrere Stunden beschossen.
- 22.6. - Nach dem Eintreffen mehrerer Särgen in Lwow treffen dort auch Nachrichten über die hohen Verluste und die Zustände in der ukrainischen Armee ein.
- Poroschenkos ‚Friedensplan‘ wird durch Armee und Nationalgarde ignoriert
 - wiederholte Aufforderungen zum Dialog der ukrainischen Regierung mit Vertretern der DVU und der LVU werden ignoriert.
 - Das russische Ministerium für Ausnahmestände meldet, dass sich die humanitäre Katastrophe zuspitzt und die Zahl der ukrainischen Flüchtlinge bereits über 100.000 angewachsen ist.
- 23.6. - Die ukrainische Armee hat die ohne hin nicht realisierte Feuereinstellung beendet.
- in Charkow kommt es zu Zusammenstößen zwischen Kräften des Antimaidan, den Anhängern der Regierung und der Miliz.
 - die ukrainische Armee verlegt tausende Armeeeingeborene aus den zentralen Militärbezirken in den Osten des Landes.
 - In Donezk wurde bei Verhandlungen zwischen der durch den ehemaligen Präsidenten Kutschma vertretenen Ukraine, der OBSE und der Donezker und Lugansker Regierung vereinbart, die Kampfhandlungen einzustellen. Vereinbart wurde, die Einheiten Kolomojskij, die Nationalgarde, Sonderbataillone der Miliz und der ukrainischen Armee aus den Gebieten Donezk und Lugansk abzuziehen.
- 25.6. - Der russische Föderationsrat hebt auf das Ersuchen Präsident Putins die am 1. März des Jahres erlassene Zustimmung zum Einsatz russischer Streitkräfte auf dem Territorium der Ukraine auf.
- Die ukrainische Regierung und die Regierungen der DVR und der LVR beschuldigen sich gegenseitig, die Waffenruhe gebrochen haben.
 - Die DVR und die LVR erklären die Bildung einer Konföderation
- 26.6. - Das Kiewer Regime hat seine Ressourcen ausgeschöpft. Die anwachsenden hohen Verluste, der anwachsende Partisanenkrieg im Hinterland und der massive Widerstand in der Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete haben die Handlungsfähigkeit des Militärs bereits erheblich eingeschränkt. Dazu kommt der Widerstand der Mütter, Frauen und Familienangehörigen im Westen der Ukraine. Im Gegensatz dazu gewinnen die Selbstverteidigungskräfte an Einfluss und erhalten immer mehr Unterstützung.
- 27.6. - Seit mehreren Wochen erstmalig keine Kampfhandlungen. Aber noch vor dem Ende der offiziell vereinbarten Waffenruhe kam es erneut zu Kämpfen.
- Im Rahmen der Fortführung von Verhandlungen zwischen Kiew, Donezk und Lugansk wird vereinbart, die Waffenruhe um weitere drei Tage fortzusetzen.
- 29.6. - Ein Sonderkommando der Donezker Selbstverteidigungskraft hat eine Raketeneinheit der ukrainischen Luftabwehr übernommen.

- 1.7. - Poroschenko lehnt ungeachtet darauf abzielender Forderungen aus dem Aus- und aus dem Inland die weitere Verlängerung des Waffenstillstandes ab. Es kommt zu einer dramatischen Zuspitzen der Lage an der Front.
- 2.7. Vor Slawjansk greifen die erneut verstärkten Kräfte der ukrainischen Junta an. Wasser- und Energieversorgung sind völlig zusammengebrochen.
 - Trotz der sich durch die Kampfhandlungen dramatisch verschlechternden Möglichkeiten überschreitet eine immer größer werdende Zahl ukrainischer Flüchtlinge die russische Grenze. In einigen Gebieten Russlands musste auf Grund der hohen Zahl von Flüchtlingen der Ausnahmezustand erklärt werden.
 - Die ukrainische Luftwaffe fliegt massierte Luftangriffe gegen Lugansk und andere Städte und Ortschaften.
- 3.7. - Die Verbrechen der Kiewer Regierung werden in einem von der russischen Regierung herausgegebenen ‚Weißbuch der Verstöße gegen das Menschenrecht und prinzipielle Grundlagen des Rechts in der Ukraine (November 2013-März 2014)‘¹ dokumentiert.
 - Die ukrainische Armee greift Ziele an, die in keiner Beziehung zur militärischen Infrastruktur stehen.
- 4.7. - Die Kampfhandlungen in der Ostukraine verschärfen sich im Ergebnis der Konsultationen zwischen Poroschenko, US-Vizepräsident Joe Biden, dem ukrainischen Außenminister Pawel Klimkin und seinem britischen Kollegen.
- 5.7. - In der Nacht zum 5. durchbricht eine größere Gruppe der Aufständischen den Kessel um Slawjansk und stößt in das benachbarte Kramatorsk durch. Nach den Worten Strelkows sei es gelungen, 80 bis 90 % der Technik, der Mannschaften, ihrer Familien und der diesen Helfenden mitzunehmen.
- 6.7. - Die Einwohner der besetzten Gebiete werden überprüft, ob sie mit den Kräften der Selbstverteidigung zusammengearbeitet haben.
 - In den Medien wird ein Dokument der RAND Corporation zitiert, in dem es um Maßnahmen und Empfehlungen für den Fall geht, dass der Friedensplan Poroschenkos scheitert. Die erste Etappe sieht die vollständige Isolation, die zweite die Säuberung und die Dritte wird als Rückkehr zur Norm bezeichnet.
- 7.7. - In Russland sind mittlerweile mehr als eine halbe Million ukrainischer Flüchtlinge.
 - Die zwischenzeitlich zu Armeen der DVR und der LVR umgruppierten Einheiten der Selbstverteidigung werden umgruppiert, um die Möglichkeiten und Fähigkeiten zur Durchführung von Verteidigungsoperationen zu verbessern.
- 8.7. - Poroschenko hat einen Plan der Kampfhandlungen zur Einnahme von Donezk und Lugansk bestätigt.
- 9.7. - Strelkow informiert im Donezker Fernsehen, dass eine ‚auf Vertragsbasis‘ (Zahlung von fünf- bis achttausend Griwna pro Monat) aufgestellte Armee vorbereitet werde.
 - In den unter Kontrolle der ukrainischen Armee stehenden Gebieten greifen Partisaneneinheiten Militärtransporte und Gruppierungen an.
 - die ukrainische Staatsanwaltschaft unternimmt alles in ihren Kräften stehende, um die Untersuchung und Aufdeckung des Angriffs von Scharfschützen auf den Maidan zu verhindern.
- 10.7. - Slawjansk wird schon den dritten Tag hintereinander mit Artillerie, Raketen und von der Luftwaffe beschossen. Wieder gibt es unter der Zivilbevölkerung Verluste.

¹ Белая книга нарушений прав человека и принципа верховности права на Украине (Ноябрь 2013 - Март 2014) (Weißbuch der Verletzung der Menschenrechte und prinzipieller Grundlagen des Rechts in der Ukraine [November 2013-März 2014]), unter: http://www.coe.mid.ru/doc/Belaya_kniga.pdf

- in den grenznahen Gebieten bereiten russische Dienststellen Lager für Flüchtlinge aus der Ukraine vor
- in Brüssel findet die dritte Verhandlungsrunde zur Klärung der Gaslieferungen aus Russland an die Ukraine statt. Der Ukraine wird zur Begleichung der offen stehenden Forderungen eine bis zum 16. Juni verlängerte Frist eingeräumt. Wird diese nicht wahrgenommen werde Russland nur noch auf Vorauszahlung liefern.
- Nachdem die NATO in den baltischen Staaten das Manöver ‚Saber Strike‘ begonnen hat reagiert Russland mit der Durchführung eines Manövers im Gebiet Kaliningrad.

Am 10. Juli erscheint in der elektronischen Zeitung ‚утро py‘ ein Artikel unter der Überschrift ‚Die Ukraine wird in einen Krieg mit Russland gedrängt‘, in dem unter anderem darauf verwiesen wird, dass die Ukraine von Seiten der EU, der USA und Kanadas Kredite erhalten habe, die angesichts der Schulden geradezu lächerlich sind. Spätestens in zwei Monaten stehe die Ukraine vor einem kompletten wirtschaftlichen Kollaps. Dabei wird auf eine Erklärung des Deputierten der russischen Duma Jewgenij Fjodorow verwiesen, der davon ausgeht, dass der Westen der Ukraine nur dann ausreichende Kredite zugesichert habe, wenn diese einen Angriff auf die Krim durchführe. Erst gehe es um die Beendigung der Probleme im Donbass, danach die Krim und anschließend Moskau. Für ihn steht fest, dass die handelnden Subjekte nicht die Regierung Kiews, sondern die USA sind.¹

- 11.7. - Im Hintergrund einer relativen Ruhe an der Front kommt es zwischen der ukrainischen Armeeführung und verschiedenen Gruppen der Nationalgarde zu heftigen Auseinandersetzungen um Versorgungs- und Ausrüstungsfragen.
- Auf ukrainischer Seite kam es wiederholt zu Hinrichtungen ukrainischer Soldaten durch Angehörige der Nationalgarde
 - Im Bereich des Donezker Flughafens gibt es überaus harte Kämpfe. Bei Artillerieangriffen auf Lugansk schlägt eine Granate in eine der Schachtanlagen ein.
 - im Verlauf der Kämpfe im Südosten kamen nach Angaben des Kiewer Gesundheitsministeriums bisher 1.500 Bürger zu Schaden. Nach Angaben der OBSE leben in den von ukrainischen Kräften besetzten Städten nach Artillerie- und Raketenbeschuss und Bombardierung noch ganze 6% der ursprünglichen Bevölkerung.
- 12.7. - Slawjansk und Semjonowka sowie weitere Städte und Siedlungen werden mit Artillerie, Raketen und von der Luftwaffe beschossen.
- im Verlauf der an Härte zunehmenden Auseinandersetzung kommt es auf beiden Seiten zu schweren Verlusten.
 - Im Zusammenhang mit dem Versuch, Donezk einzuschließen, stoßen ukrainische Armeeeinheiten nach Ilowajsk vor, werden aber dort und in anderen Städten und Siedlungen in verlustreiche Kämpfe verwickelt.
 - Bei Lugansk kam es im Zusammenhang mit einem der Versuche, die Verbindung nach Donezk zu unterbrechen, zum Einsatz von bis zu 70 Panzern der ukrainischen Armee.
- 13.7. - In Mariupol wird der Stab der Selbstverteidigungskräfte vom Nationalgardebataillon ‚Asow‘ gestürmt. Anschließend beginnt die Suche und Verhaftung von Anhängern der DVR.

¹ А. Иванова: Украину заставят вступить в войну с Россией (А. Iwanowa: Die Ukraine wird in einen Krieg mit Russland gedrängt), 10.7.2014, unter: <http://www.utro.ru/articles/2014/07/10/1203893.shtml>

- In Mariupol und anderen besetzten Städten und Ortschaften wurden die zuvor neu gewählten neuen Bürgermeister verhaftet.
 - In Lugansk melden die Selbstverteidigungskräfte den Abschuss eines Transportflugzeuges.
 - Mit der Hoffnung, Donezk vollständig einzuschließen, werden die Angriffe unter Einsatz von Artillerie, Raketenwerfern und der Luftstreitkräfte verschärft.
- 14.7. - In Slawjansk entwickeln sich die Ereignisse zu einer humanitären Katastrophe. Das Zentrum der Kampfhandlungen verlagert sich in Richtung Lugansk,
- In Lugansk konzentrieren sich die Kämpfe auf den Flughafen. Aus der kriminaltechnischen Untersuchung der Artillerie-, Raketen- und Bombenschäden in Donezk wird deutlich, dass zivile Ziele, Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten gezielt angegriffen wurden.
 - Im Gebiet Lugansk wird ein Transportflugzeug vom Typ An-26 abgeschossen.
 - In Donezk wird eine relativ ruhige Phase genutzt, um die Einheiten umzugruppieren.
- 15.7. - Trotz intensiver Vorbereitung und konzentriertem Einsatz aller verfügbaren Mittel und rücksichtslosestem Vorgehen sind die Einheiten der ukrainischen Armee und der Nationalgarde nicht in der Lage, Donezk einzuschließen und in Lugansk einzudringen. Zeitgleich wächst die Zahl der Verluste und der zivilen Opfer.
- Einheiten der Nationalgarde greifen gezielt Objekte des Gesundheitswesens im Donbass an.
 - die Zahl der ukrainischen Flüchtlinge im Gebiet Rostow ist auf 13.500 angewachsen. Täglich kommen hunderte dazu. Damit sind die Möglichkeiten der Region erschöpft.
 - einen Tag vor dem Ende des letzten Termins für die Bezahlung von ukrainischen Gasschulden scheitern die dazu geführten Verhandlungen.
- 16.7. - Bei dem Versuch, den Ring um Donezk zu schließen sind Einheiten der ukrainischen Armee selbst eingeschlossen worden. Die Armeeführung versucht, die Lage durch den Einsatz schwerer Raketensysteme wieder unter Kontrolle zu bringen. Ein Ausbruchversuch der eingeschlossenen Einheiten scheitert am Einsatz schwerer Artillerie von Seiten der Armee der DVR.
- Bei der Zerschlagung eingeschlossener Einheiten fallen den Einheiten der Donezker Armee neben größeren Gruppen von Gefangenen Panzer und andere schwere Technik in die Hände..
 - an der russischen Grenze kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Einheiten der ukrainischen Armee und Gruppen der Nationalgarde.
- 17.7. - Nördlich Donezk wird eine weitere Einheit der ukrainischen Armee eingeschlossen.
- Mehrere Gruppen ukrainischer Soldaten, die an der russischen Grenze eingeschlossen waren übertreten die Grenze und werden interniert. Mehrere von ihnen werden auf Grund ihrer schweren Verletzungen medizinisch behandelt.
 - Nach lang anhaltenden Kämpfen wurde von Seiten der Donezker Armee die Kontrolle über Marinowka wiederhergestellt. Im Verlauf dieser Kämpfe wurden Einheiten der ukrainischen Armee und der Nationalgarde eingeschlossen. Neben hohen personellen Verlusten wurde ihre Militärtechnik vernichtet.
 - 18.32 Uhr wird eine Meldung des russischen Verteidigungsministeriums veröffentlicht, in der festgestellt wird: ‚Die Meldung des ukrainischen Sicherheitsrates, dass ein Flugzeug der ukrainischen Luftstreitkräfte durch einen Raketeneinsatz von unserer Seite abgeschossen wurde‘, sei absurd. Zuvor hatten die Selbstverteidigungskräfte aus der Ostukraine den Abschuss gemeldet und das ukrainische Verteidigungsministerium habe dies bestätigt. Kiew verbreite regelmäßig solche unbewiesenen Meldungen.

- 19.53 folgt die Meldung, dass eine Boeing 777 der Malaysian Airlines unweit der Siedlung Sneshnoje abgestürzt sei. Der Kontakt zwischen der auf 10 km Höhe fliegenden Maschine und den Luftfahrtdispatchern sei überraschend abgebrochen. Informationsagenturen hätten bereits die Meldung verbreitet, dass das Flugzeug abgeschossen worden sei. Vertreter der Selbstverteidigungskräfte der DVR hatten ihrerseits erklärt, dass sie nicht über Waffen verfügen, mit denen dieses Flugzeug in dieser Höhe getroffen werden könnte.¹

DER KRIEG, DER ABSCHUSS DER MH17 UND DER INFORMATIONSKRIEG

Am Abend des 17. Juli ist es Gewissheit: Trümmer der Maschine und Leichenteil wurden gefunden und Brände gelöscht. Nach der Anzahl der Opfer war dies eine der zehn schwersten Katastrophen der Luftfahrt. Aber damit scheint auch schon alles gesagt zu sein, was dazu unbestritten festgestellt werden kann.

Im Internet ist unter ‚Malaysia-Airlines-Flug 17‘ – ‚Erste politische Reaktionen‘ nachzulesen, was sich da tat: *„Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko sprach noch am gleichen Abend von einem ‚terroristischen Akt‘ prorussischer Separatisten. Einen Abschuss des Flugs MH17 durch die Streitkräfte der Ukraine schloss er aus. Anton Geraschtschenko, Berater des ukrainischen Innenministers Arsen Awakow, beschuldigte die Separatisten, das Flugzeug mit einem von Russland bereitgestellten Buk-Flugzeugabwehrsystem abgeschossen zu haben.“*² Wie jetzt bekannt ist erfolgte der Absturz 16:21:28 Uhr örtlicher Zeit. Poroschenkos ‚Erklärung‘ stand 20.46 Uhr in den Nachrichten³. Doch so ein Text muss erst mal geschrieben werden. Was war, was konnte zu diesem Zeitpunkt bekannt sein. Wie viel Zeit blieb, um anhand des verfügbaren Wissens ein solches Urteil abzugeben. Schon die Fragestellung lässt erkennen, dass da ohne alle weiter reichenden Schlussfolgerungen nur konstatiert werden kann, dass hochgradig verantwortungslos gehandelt wurde.

Viel weiter gehende Fragen tauchen auf, wenn man die vollmundigen Erklärungen Poroschenkos zum baldigen ‚erfolgreichen Abschluss‘ der Kämpfe im Osten mit dem tatsächlichen Verlauf vergleicht. Was hier vorliegt ist keine systematische militärische Analyse. Dazu fehlen die für eine solche Untersuchung unerlässlichen konkreten Angaben zur Entwicklung des Kräfteverhältnisses der einander bekämpfenden Seiten im Verlauf der Kampfhandlungen. Aber anhand der (hier nur anhand durchaus anzuzweifelnder Meldungen rekonstruierten) Entwicklung ist doch zu erkennen, dass die Erwartungen der Führung der Ukraine nicht erfüllt werden konnten.

Da ist nicht nur anzumerken, dass die unter Bruch der im Februar getroffenen Vereinbarung über die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit durch einen

¹ Боинг-777 Малазийских авиалиний рухнул на территории Украины недалеко от посёлка Снежное (Boeing-777 von der Malaysian Airline ist unweit der Siedlung Sneshnoje abgestürzt. Nach: tv ru vom 17, Juli 2014 19,53

² Malaysia-Airlines-Flug 17, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Malaysia-Airlines-Flug_17#Erste_politische_Reaktionen

³ Vergleiche z.B.: Порошенко: крушение "Боинга-777" - это теракт (Poroschenko: Der Absturz der ‚Boeing-777‘ war ein Terrorakt), 17 июля 2014, 20:46 — Украина, unter: http://www.dialog.ua/news/9668_1405619160

Putsch an die Macht gekommene Regierung auch in den folgenden Monaten gar nicht daran dacht, die von ihr eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die bewaffneten Banden der Rechten wurden nicht nur nicht aufgelöst, sondern als ‚Nationalgarde‘ mit anderem Etikett versehen. Keine der Verpflichtungen aus Waffenstillstandsverhandlungen wurde eingehalten. Als die russischsprachigen Bürger im Osten nicht willens waren und sich nun ihrerseits gegen die Putschisten zur Wehr setzten hatten die neuen Machthaber in Kiew die Frechheit, denen nicht nur jenes ‚Recht‘, abzuspochen, mit dem sie sich an die Macht geputscht hatten. Die Regierung der Rechtsbrecher behauptete jetzt, dass der gegen sie gerichtete Widerstand Terror und die Angehörigen dieses Widerstandes Terroristen seien. Eine kaum noch zu übertreffende Steigerung erfuhr dieses Spektakel nur noch dadurch, dass sich die USA, die EU und deren Politiker nicht nur nicht gegen diese Eskalation einer faschistoiden Machtübernahme stellten, sondern statt dessen von den ‚demokratischen Errungenschaften der Revolution in der Ukraine‘ schwätzten. Von den seinerzeit an Janukowitsch gerichteten Forderungen, den Einsatz der Polizei rückgängig zu machen, war jetzt nicht einmal mehr etwas zu hören, als die Kiewer Machthaber mit Geschützen, Panzern und Bombenflugzeugen gegen die eigene Bevölkerung vorging.

Das Scheitern des in Verkehung der Wahrheit als ‚Antiterrorereinsatz‘ ausgegebenen Angriffs auf die Gebiete Donezk und Lugansk war für den im Mai mit gerade mal einem Viertel der Stimmberechtigten Wähler gewählten Poroschenko kein Grund, über eine ernst zu nehmende Friedenslösung nachzudenken. Sein ‚Friedensplan‘ war in der Tat nichts anderes als die Fortsetzung der Kriegspolitik seiner Vorgänger.

Aber auch dabei stellte es sich heraus, dass die mit viel zu hohen eigenen Verlusten erzielten anfänglichen Erfolge nicht von Dauer sein konnten: Da halfen weder die Warnungen unvoreingenommener Beobachter noch die Tatsache, dass am 26.6. schon nicht mehr zu übersehen war, dass die Ukraine in keiner Hinsicht über Ressourcen verfügte, die für die Führung eines solchen Krieges Voraussetzung waren. In dem Maße, in dem die zeitweiligen Erfolge gegen eine völlig neu aufzubauende Armee über die in diesem Vorfeld der erst noch bevorstehenden Kämpfe über die eigenen Verluste hinwegtäuschten ging offensichtlich auch die Fähigkeit zu nüchternem Urteilen verloren. Anders kann man sich das Ausmaß der Überraschung schwerlich erklären, dass angesichts der ersten schweren Niederlagen vorgespielt wurde.

In diesem Moment wurde das Vabanquespiel zum scheinbar letzten Ausweg. Es ist davon auszugehen, dass der dokumentarische Beweis für den Zusammenhang des Abschusses der MH 17 mit der militärischen Lage der ukrainischen Regierung nicht allzu bald angetreten werden kann. Wer aber nicht nur die zeitliche Übereinstimmung sondern auch das Umfeld der nun eintretenden Ereignisse in seine Überlegung einbezieht, kommt nicht umhin, die alte Frage nach dem ‚Cui bono‘ zu bedenken.

Dass die Herrschaften in der Ukraine mit ihren Behauptungen nicht allein gelassen werden konnten, versteht sich. Am 18.7. meldete sich das ‚The Wall Street Journal‘. Dieser Zeitung reichte ein ‚nicht genannter amerikanischer Angestellter‘ der seiner-

seits behauptete, dass ‚die Aufklärungsdienste den Start einer Rakete und die Explosion des Flugzeugs verfolgt hätten. Daraus gehe hervor, dass es sehr wahrscheinlich sei, dass das Flugzeug abgeschossen wurde. Doch die vorläufigen Ergebnisse würden nicht ausreichen, um den genauen Standort der Raketenabschussrampe festzustellen, von dem aus die Rakete abgeschossen wurde. Man müsse vorsichtig sein, denn die erste Version könne falsch sein. Und dann hätten da einige andere Angestellte vermutet, dass Russland an dem Schlag gegen das Flugzeug beteiligt gewesen sein könne. Entweder durch die Unterstützung durch die Separatisten oder sie haben diese Rakete selbst abgeschossen. Aber schließlich wird trotz aller Zurückhaltung behauptet: ‚Alle Wege führen zu den Russen...‘ Die Version, dass die Boeing durch ukrainisches Militär abgeschossen wurde, sei ‚außerordentlich unwahrscheinlich‘ – die einzige Gruppe, die wir untersuchen, das sind die Separatisten und die russische Seite.¹ Jeder Krimileser würde stutzig: Da sind keine zuverlässigen Fakten bekannt – aber warum wird von vornherein eine von drei möglichen Varianten ausgeschlossen?

Aber durch die weitere Verfolgung der Medien können schon die Nachrichten vom nächsten Tag ein wenig Klarheit in dieses Puzzle bringen:

18.7. - Der Ministerpräsident der DVR erklärt noch in der Nacht zum 18. (0:49 Uhr), dass die DVR bereit sei, über einen Waffenstillstand für einige Tage zu verhandeln, um die freie Untersuchung der Ursachen der Flugzeugkatastrophe zu ermöglichen.² Diese Nachricht wird 07:02 wiederholt.

- Noch am gleichen Tag wird bekannt, dass die Boeing auf einer veränderten Marschroute geflogen ist. Zugleich (01:21 Uhr) tauchen Spekulationen auf, dass das eigentliche Ziel der Rakete die Maschine des russischen Präsidenten gewesen sei, die allerdings 37 Minuten später und in einem anderen Luftkorridor flog.
- Rückfragen bei den Luftraumüberwachungsbehörden ergaben, dass die Maschine zum Zeitpunkt des Abschusses von ukrainischen Behörden geleitet wurde. Aber schon in diesem Gespräch wird neben der für einen solchen Abschuss geeigneten Rakete ‚Buk‘ auf Luft-Luft-Raketen hingewiesen. Zudem sei der Luftraum im Osten der Ukraine am 8. Juli von der ukrainischen Behörde für Zivilflugzeuge gesperrt worden.³
- 01:58 geht die Meldung über den Sender, dass die EU die internationale Untersuchung der Flugzeugkatastrophe in der Ukraine fordert.
- 07:04 wird im russischen Fernsehen übertragen: W. Putin: Der Staat, über dem die Katastrophe stattfand, trägt dafür die Verantwortung. Zugleich stellt er fest: Es hätte diese Tragödie nicht gegeben, wenn die Kampfhandlungen nicht wieder erneuert worden wären.
- 07:32 Kiew lehnt offiziell jede Beteiligung an dieser Tragödie zurück und beschuldigt die ‚Separatisten‘. Poroschenko wiederholt seine Einschätzung, dass es hier nicht um einen Unfall, sondern um einen Terrorakt gehe.

¹ Причины катастрофы Boeing 777: версия разведслужб США – WSJ (Ursachen der Katastrophe der Boeing 777: Versionen der Aufklärungsdienste der USA – WSJ), unter: http://news.liga.net/foreign/politics/2576600-prichiny_katastrofy_boeing_777_versiya_razvedsluzhb_ssha_wsj.htm?

² Премьер-министр ДНР: Донецк готов вести гуманитарные переговоры с Киевом (Ministerpräsident der DVR: Donezk ist bereit, in Kiew humanitäre Gespräche zu führen) nach tv ru vom 18 Juni 2014 00:49

³ Эксперт: при обстреле из ПЗРК гражданский лайнер обречен (Experte: Beim Beschuss aus einem Raketenkomplex war das Schicksal dieses Zivilflugzeugs besiegelt), nach tv ru vom 18 Juni 2014 01:29

- 07:32 wird aus Donezk berichtet, dass zwei Versionen des Abschusses der Boeing gebe, eine davon: Die Boeing könnte auch von einer Cy-25 der ukrainischen Luftstreitkräfte abgeschossen worden sein.
- 09:15 meldet das russische Verteidigungsministerium, die Boeing sei außerhalb der Reichweite der russischen Luftabwehr geflogen.
- 15:11 werden unter der Überschrift ‚Versionen zur Ursache der Katastrophe der malaisischen Boeing‘ erstmalig Beobachter vom Ort dieser Tragödie zitiert. Aus den Meldungen geht hervor, dass bereits eine große Zahl der Opfer gefunden wurde.
- 18:02 kommt die Nachricht, dass sich die ukrainischen Machthaber und die Vertreter der DVR nicht über eine dreitägige humanitäre Pause einigen konnten.
- 18:05 wird gemeldet, dass Russland eine unabhängige Untersuchung unter Einbeziehung internationaler Experten fordert.

Schon die Sprache der an dem sich nun entwickelnden Streit ist aufschlussreich: Kiew behauptet, dass die Separatisten der Donezker Republik für den Abschuss verantwortlich sind (Киев утверждает, что малазийский "Боинг" сбили ополченцы). Das russische Verteidigungsministerium schließt eine Beteiligung von bewaffneten Kräften der Ukraine am Untergang der ‚Boeing‘ nicht aus (Минобороны России не исключает причастность вооруженных сил Украины к гибели "Боинга").

Diese Aussagen wurden gemacht, bevor die Absturzstelle untersucht wurde. Die einen schließen die Variante der Beteiligung oder gar Verantwortung der Ukraine aus, obwohl sie über keine Beweise verfügen. Die anderen fordern eine internationale Untersuchung. Die Beschuldigten unterbreiten den Vorschlag, die Kampfhandlungen im Interesse der Untersuchung einzustellen. Und von denen, die behaupten, bereits zu wissen wer verantwortlich ist, gibt es auf diese Vorschläge keine Reaktion. Statt Einstellung der Kämpfe wurde von ukrainischer Seite alles getan, um die Absturzstelle mit militärischen Mitteln unter ihre Kontrolle zu bringen:

- 18:25 aus Lugansk wird berichtet, dass 20 friedliche Einwohner durch flächendeckenden Beschuss ums Leben gekommen sind
- 21:00 kommt die Meldung, dass Beobachter der OBSE an der Unglücksstelle eingetroffen sind.
- 21:07 werden hinter der Frage, was am Himmel über Donezk geschehen sei verschiedene Versionen der Flugzeugkatastrophe beschrieben. Zugleich wird aber auch darauf hingewiesen, dass die Kiewer Machthaber alle Schuld auf die DVR abwälzen, ohne die Untersuchung der Ergebnisse überhaupt abzuwarten.
- 21:15 wird mitgeteilt, dass sich an Bord der Boeing 298 Menschen aus 10 Ländern, darunter 80 Kinder befanden.
- 21:46 folgt die Meldung, dass die ukrainische Armee im Verlaufe des ganzen Tages Lugansk angegriffen habe und 21:47 schließt sich daran die Mitteilung an, dass zwischen dem 9. und dem 15. Juli im Osten der Ukraine 496 Zivilisten umkamen und 762 verwundet wurden.

In der ‚Pravda‘ vom 18.7. werden ganz andere Frage gestellt: Ging es um einen Fehler oder war das Absicht?¹ Und: ‚Der Absturz der ‚Boeing-777‘: Suche wem das nützt‘¹ Schließlich: war das ein Auftrag der Timoschenko?²

¹ Трагедия над Украиной: ошибка или намерение? (Die Tragödie über der Ukraine: Fehler oder Absicht?), unter: 18.07.2014 <http://www.pravda.ru/accidents/factor/catastrof/18-07-2014/1216810-ukrai>

In diesem Kontext werden Zusammenhänge sichtbar, die in der Entwicklungsphase dieses Konfliktes vielleicht von manchem Zeitgenossen als abwegig angesehen wurden. Am 23.3.2014 taucht im Internet eine AP/dpa-Notiz auf. Unter der Überschrift ‚Ukraine-Krise beschert der NATO neuen Lebenszweck‘ wird gefragt: *„Hat die NATO noch einen Sinn, eine Aufgabe? Jahre nach Ende des Kalten Krieges hielten immer mehr Kritiker das westliche Verteidigungsbündnis für überflüssig. Aber jetzt ist da die Ukraine-Krise.“*³ Damit werden die Dimensionen, Absichten und Ziele, die schon lange vor 2004 mit den Investitionen von Soros, Co. und anderen in der Ukraine verbunden wurden, allmählich in ihrer Komplexität erkennbar.

Wenn dort erklärt wird, dass die NATO sozusagen mit einem Donnerschlag in die geopolitische Arena zurückkehrt wird deutlich, warum die MH 17 außerhalb des für sie vorgesehenen Luftkorridors in ein Krisengebiet hineingesteuert wurde, warum die ukrainischen Cy-25 dort im Einsatz waren, warum die ukrainische Regierung die Gesprächsprotokolle ihrer Dispatcher zurückhält, warum diese ukrainische Regierung absolut kein Interesse an einer Feuerpause hatte, weshalb der Aussagewert der Ergebnisse der britischen und niederländischen Experten unter null anzusiedeln ist und weshalb die sich an Lügen, Verdrehungen und Unterstellungen überbietenden Meldungen alle nach einem Strickmuster aufgebaut waren und noch viel schneller von der Bildfläche verschwanden, als unübersehbar wurde, was und wer da wirklich dahintersteht.

19.7. - 12:01 Mitarbeiter der OBSE sind an der Absturzstelle eingetroffen.

- 12:03 Das russische Verteidigungsministerium zieht Parallelen zu den 2001 von der Ukraine totgeschwiegenen Ursachen des Absturzes einer russischen Ty-152 über dem schwarzen Meer
- 12:05 die Kampfhandlungen gehen weiter aber aus Kiew kommen andere Lageberichte als aus Lugansk
- 18:01 an der Absturzstelle arbeiten ukrainische Kriminalisten
- 18:09 aus Lugansk werden erneut 16 zivile Tot gemeldet.
- 21:11 aus Malaysia sind 132 Spezialisten in Kiew eingetroffen.

20.7. - 10:00 heute sollen die internationalen Experten zum Absturzort kommen.

- 10:00 die Regierung der DVR garantiert ihre Sicherheit
- 10:04 Donezk könnte in nächster Zeit eingeschlossen werden.
- 12:00 Die Kiewer Regierung hat mit der Regierung der DVR Vereinbarungen über den Ort der Evakuierung der Leichen vom Absturzort getroffen.
- 21:21 Verschwörungstheorien werden verbreitet. Die USA beschuldigt Russland und verweigert sich, Hinweise zu akzeptieren, die ihren Schuldvorwürfen im Wege stehen

21.7. - 07:05 niederländische Kriminalisten sollen am Unglücksort eintreffen. Die Sperrzone am Absturzort wurde auf 50 km² erweitert

ne-0/

¹ Крушение "Боинга-777": ищи кому выгодно (Der Absturz der ‚Boeing-777‘: Suche, wem das nützt), unter: <http://www.pravda.ru/society/18-07-2014/1216824-boing-0/>

² Авиакатастрофа малайзийского Boeing 777 над Украиной - заказ Тимошенко? (Die Flugzeugkatastrophe der Boeing 777 über der Ukraine – war das ein Auftrag der Timoschenko?) unter: <http://www.pravda.ru/news/expert/18-07-2014/1216802-malinovsky-0/>

³ Ukraine-Krise beschert der NATO neuen Lebenszweck, unter: http://www.t-online.de/nachrichten/specials/id_68_565180/ukraine-krise-beschert-der-nato-neuen-lebenszweck.html

- 12:05 niederländische Kriminalisten sind am Unglücksort.
 - 12:09 Das Epizentrum der Kämpfe hat sich nach Lugansk verlagert.
 - 18:00 Das russische Verteidigungsministerium weist nach, dass die ukrainischen Cy-25 etwa 3 bis 5 km entfernt waren.
 - 18:07 Poroschenko verbietet Kampfhandlungen im Bereich der Absturzstelle.
 - 18:08 An der Absturzstelle wurden 282 Leichen gefunden.
- 22.7. - 07:00 Die Regierung der DVR übergibt die Blackbox an die malaiischen Experten
- 09:09 Das russische Verteidigungsministerium legt Satellitenaufnahmen zur Verlegung ukrainischer Abwehrsysteme vom System ‚Buk‘ vor. Ferner wird darüber informiert, dass die MH 17 kurz vor dem Abschuss den Korridor verließ und 14 km nördlich flog. Zudem wurden Cy-25 ausgemacht, die in Richtung der Boeing flogen.
- 23.7. - 07:00 Auf einer geschlossenen Pressekonferenz erklärte ein Mitarbeiter der US-amerikanischen Aufklärung, dass ‚wir nicht in der Lage sind, genau festzustellen, wer auf die Boeing geschossen hat.‘ Unabhängig davon werden die Beschuldigungen an die Donezker Adresse wiederholt.
- 07:02 In den vergangenen Tagen wurden die Kämpfe im Donezker und Lugansker Gebiet fortgesetzt.
 - 09:03 Angesichts Präsident Obamas Ankündigung beweiskräftiger Fakten für die Verantwortung Russlands stellt es sich heraus, dass es diese nicht gibt. Der russische Experte Igor Korotschenko geht davon aus, dass die USA über Dokumente verfügen, die die Ukraine als Verantwortliche überführen. Deshalb werden diese Dokumente nicht vorgelegt.
 - 21:02 Vertreter der Agentur ‚Associated Press‘ erklären, dass es für Vorwürfe der amerikanischen Regierung gegen Russland keine Beweise gibt. Das hätten Vertreter der US-amerikanischen Aufklärung bestätigt.
- 24.7. - 12:05 Ukrainische Soldaten weigern sich nach einem Heimaturlaub wieder an die Front zurück zu kehren.
- Im Internet kursiert ein Brief Naliweikos an Poroschenko, in dem davon gesprochen wird, dass das Desertieren in der ukrainischen Armee eine Massenerscheinung sei.
 - 12:10 mittlerweile haben sich fast 40.000 Ukrainer mit der Bitte an die russische Regierung gewendet, sie als Flüchtlinge anzuerkennen.
 - Das russische Verteidigungsministerium kommentiert die Erklärung der USA zum Absturz der Boeing. Es habe viele Worte aber keine der immer wieder angekündigten Beweise gegeben.
 - 18:10 am Absturzort sind wieder Vertreter der OBSE
- 25.7. - 15:06 ‚Human Rights Watch‘ hat Beweise für den Einsatz der Raketenwerfer ‚Grad‘ gegen die Zivilbevölkerung vorgelegt.
- 18:00 Das russische Verteidigungsministerium legt Beweise für den Einsatz der nach dem Kriegsrecht verbotenen Phosphorbomben vor.
 - 18:03 Als neue Version taucht die Mutmaßung auf, dass eine Störung die Ursache des Abschusses von MH 17 gewesen sein könne.
 - 18:10 Eine Untersuchungsgruppe wurde auf dem Weg zum Absturzort von ukrainischer Seite beschossen.
 - BBC entfernt von seiner Internet-Seite eine Reportage über den Absturz von MH 17
- 26.7. - 12:04 In mehreren Gebieten der Ukraine sammeln sich Gegner der allgemeinen Mobilmachung.
- 18:03 Niederländische Gerichtsmediziner treffen an der Absturzstelle ein.
- 27.7. - 10:02 In Umkreisung eingeschlossene ukrainische Militärangehörige suchen Hilfe in Russland.

- 12:09 Im Südosten der Ukraine verschlechtert sich die humanitäre Lage mit jedem Tag.
- 21:14 Das ukrainische Finanzministerium teilt mit, dass ab 1.8. keine finanziellen Mittel verfügbar sind, um die in ‚Antiterroristischen Maßnahmen‘ eingesetzten Soldaten zu bezahlen.
- Nach internen Mitteilungen der ukrainischen Armee hatte diese innerhalb der letzten Woche 1.600 Tote und 4.723 Verletzte.
- 28.7. - 09:05 Durch Kämpfe zwischen Donezk und Thorez werden niederländische Gerichtsmediziner an der Fortführung ihrer Arbeit behindert.
 - In der Presse erscheint der Bericht eines ukrainischen Offiziers, aus dem hervorgeht, dass ganze Züge die Waffen niederlegen. Zwischen dem 20. Juni und dem 20. Juli hat die Armee des Donbass auf diese Weise 25 Panzer T-64, 19 BTR, 11 SFL ‚Gwasdika‘, 12 Granatwerfer ‚Grad‘, 5 Haubitzen D-30, 16 Granatwerfer 82 mm, 3 Luftabwehrsysteme 3Y-23 und 5 LKW erhalten.¹
 - 21:24 Das ukrainische Verteidigungsministerium leitet gegen Soldaten, die den einzigen Ausweg aus wochenlanger Einschließung auf dem Territorium Russlands gefunden hatten, Strafverfahren ein.
- 29.7. - 10:31 erneut ist eine größere Gruppierung der ukrainischen Armee eingeschlossen
 - 12:01 erneut liegen neue Wohnviertel unter Dauerfeuer der ukrainischen Armee.
- 30.7. - 09:00 Im Verlauf der Kämpfe um Donezk geraten erneut Zivilisten unter Feuer. Unter den Toten und Verletzten sind wieder Kinder.
 - die Kommission der OBSE war durch die von ukrainischer Seite eröffneten Kampfhandlungen nicht in der Lage, die Arbeit am Absturzort fortzusetzen.
- 31.7. - 07:00 in den Vorstädten Donezks kommt es zu Straßenkämpfen
 - 09:00 Einheiten der Armee versuchen, Straßenverbindungen zwischen Donezk und dem Donezker Gebiet zu durchbrechen.
 - 09:08 Experten aus den Niederlanden und Australien können das Absturzgebiet nicht erreichen
 - 11:32 Im Kampf um die Stadt Schachtjorsk gibt es auf beiden Seiten hohe Verluste. Aber die Stadt bleibt unter Kontrolle der Armee der DVR.
 - 23:45 Die ukrainische Armee setzt bei der Beschießung des Donbass ballistische Raketen des Typs ‚Точка-У‘ ein
- 1.8. - Die Höhe der Verluste der ukrainischen Armee und der Nationalgarde werden für den Zeitraum vom 2.5 bis zum 30.7. mit 14.328 Mann angegeben. Davon 8.091 Tote und Verwundete, 17 Gefangene und 6.220 Deserteure. Im gleichen Zeitraum wurde eine große Menge Militärtechnik vernichtet.²
 - 15:04 Bei Verhandlungen zwischen Russland, der Ukraine und der OBSE wird der Austausch von Gefangenen vereinbart
- 2.8. - 10:01 zwischen Einheiten der ukrainischen Armee und der der DVR kommt es im Streit um jeden Ort zu immer härteren Kämpfen
 - 12:02 Die Einheiten der ukrainischen Armee haben eine Umgruppierung vorgenommen. Immer öfter werden gezielte Falschinformationen eingesetzt.
 - 18:02 Experten und Beobachter der OBSE sind am Absturzort und sichern Dokumente
 - 21:06 Eine Expertengruppe verlässt nach dem Beginn von Artilleriebeschuss das Absturzgelände.
- 3.8. - 10:01 In Donezk gab es die ganze Nacht durch schwere und verlustreiche Kämpfe.

¹ Вестник Новороссии 28.7.2014

² Вестник Новороссии 1.8.2014

- 21:03 Im Resultat bewaffneter Kämpfe kamen in Lugansk 3 Menschen um, 8 weitere wurden verletzt.
- 4.8. - 07:00 An den Zugängen zu Lugansk und Donezk stehen sich die kämpfenden Seiten in einem Stellungskrieg gegenüber.
- 12:00 Eine Gruppe von 438 eingeschlossenen Soldaten der ukrainischen Armee will über Russland aus ihrer hoffnungslosen Lage heraus kommen.
- 12:07 Der Suchtrupp auf dem Absturzgelände wird personell verstärkt.
- 15:02 gibt es auf dem gesamten Territorium Neuruslands erbitterte Kämpfe.
- 18:01 mehr als 400 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte verlassen ihre Stellungen über den humanitären Korridor, der ihnen von russischen Grenzsoldaten geöffnet wurde.
- 18:05 Versuche der ukrainischen Armee, zum ‚Izwarinsker Kessel‘ durchzustoßen scheitern
- 5.8. - 07:00 Die ukrainische Armee beschießt die Stadt Gorlowka mit Raketenwerfern.
- 12:01 Die Kampfhandlungen intensivieren sich auf dem ganzen Territorium
- 15:01 aus Städten und Ortschaften wird berichtet, dass die ukrainische Armee gezielt Wohngebäude angreift.
- 18:11 eine Gruppe von 243 Angehörigen der ukrainischen Armee weigert sich, in die Ukraine zurück zu kehren, da sie befürchten entweder an die Front geschickt zu werden oder aber als Deserteure abgeurteilt zu werden.
- 21:07 Die UNO bestätigt russische Angaben zur Zahl der ukrainischen Flüchtlinge mit 730.000.
- 6.8. - 07:30 Einheiten der Donezker Armee ist es gelungen, einen Angriff der ukrainischen Armee aus westlicher Richtung zurück zu schlagen.
- 07:32 Russland bereitet die Entsendung eines humanitären Konvois in den Osten der Ukraine vor.
- 18:02 Donezk bereitet sich auf den nächsten Sturmangriff vor.
- 21:06 Die ukrainische Armee bombardiert gezielt Wohngebiete. Ganze Familien werden umgebracht.
- 7.8. - In der Presse tauchen Hinweise auf den Einsatz von Bordgeschützen beim Abschuss der MH 17 auf. Ein Teil der Einschüsse lässt sich eindeutig 30 mm Geschützen zuordnen. Daneben sind Schrapnelleinschläge zu erkennen, die für Luft-Luft-Raketen charakteristisch sind.
- 8.8. - 12:01 Nach den Schlägen auf die Wohngebiete bereiten sich die Einheiten der ukrainischen Armee auf Straßenkämpfe vor.
- 9.8. - 10:00 im Donezker und im Lugansker Gebiet werden äußerst erbitterte Kämpfe fortgesetzt.
- 18:00 In der Barentssee wurde ein U-Boot der USA aus den russischen Hoheitsgewässern abgedrängt.
- 18:15 Der Ministerpräsident der DVR erklärt seine Bereitschaft, im Interesse der Verhinderung einer weiteren Eskalation der humanitären Katastrophe die Kampfhandlungen einzustellen.
- 21:10 Die ukrainischen Streitkräfte haben im Izwarinsker Kessel schwere Verluste hinnehmen müssen. Im Verlaufe dieser Kämpfe fielen den Einheiten der DVR mehrere Raketenwerfer, Panzer und BTR in die Hände.
- 10.8. - 10:03 In Donezk ist die Lage bis zum Äußersten angespannt. Das Stadtzentrum ist in Händen der DVR. Aber durch die Beherrschung einer strategischen Höhe liegt die Stadt unter dem Artilleriefeuer des Gegners.

- 12:03 seit den Morgenstunden wird die ganze Stadt durch massiertes Artilleriefeuer unter Druck gesetzt.
 - 21:22 angesichts des Scheiterns der Angriffe auf Donezk verlagert die ukrainische Armee auf die Grenze zwischen dem Donezker und dem Lugansker Gebiet.
 - 22:21 Die internationalen Experten sehen sich gezwungen, ihre Arbeit auf der Absturzstelle einzustellen.
 - 22:25 Russland verfügt über Beweise für die Anwendung verbotener Waffen der Kiewer Streitkräfte gegen die Zivilbevölkerung.
- 11.8. - 10:49 dpa meldet Erfolge der ukrainischen Armee: *„Stehen kurz vor Einnahme von Donezk – Die Armee habe „ihren Belagerungsring um Donezk erneut enger gezogen und ist nach eigenen Angaben kurz davor, die Rebellenhochburg im Osten des Landes einzunehmen. Die Truppen hätten beträchtlich an Boden gewonnen und einen Keil zwischen die separatistischen Kämpfer getrieben, sagte Militärsprecher Andrii Lysenko in Kiew.“*¹
- 21:04 Russland entsendet einen humanitären Convoy in die Ukraine.
- 12.8. - 07:00 Die Kiewer Streitkräfte unternehmen immer neue Anstrengungen, um Donezk zu besetzen.
- 09:00 Die Armee der DVR berichtet über ernste Verluste der ukrainischen Armee bei Ilowajsk. Unter den 500 Toten seien auch lettische Söldner.
 - Obwohl der Kontakt zwischen Donezk und der Außenwelt zwischenzeitlich mehrfach geschlossen war und das Dauerfeuer auf die Stadt weder tagsüber noch nachts eingestellt wurde gelang es den Kräften der ukrainischen Armee nicht, in das Zentrum der Stadt vorzustoßen. Dies und die immer schwerer werdenden Verluste der Angreifer, die sich immer dringender bemerkbar machenden Versorgungsprobleme und elementare Führungsmängel führten dazu, dass der Prozess der Demoralisierung immer weiter voranschritt. Dieser Prozess hat mittlerweile auch auf immer größere Teile der ukrainischen Bevölkerung übergegriffen.

DIE GEGENOFFENSIVE

Im Krieg der Kiewer Junta gegen die russischsprachige Bevölkerung im Osten des Landes gab es von Anbeginn nicht nur erhebliche Mängel bei der Finanzierung und in der Versorgung der Truppe mit Waffen, Munition und Ausrüstungen. Nicht nur die im Osten kasernierten Einheiten hatten Vorbehalte gegen den Einsatz militärischer Gewalt gegen die eigenen Landsleute. Schon in den Anfangsphasen kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der Armee und den in der Nationalgarde zusammengezogenen Neonazibanden. Darauf sind Gruppenhinrichtungen von Armeeingehörigern und eine Vielzahl andere Verbrechen der Nationalgarde und einiger Sondereinheiten des Ministeriums des Inneren zurück zu führen. In diesem Kontext wird aber auch verständlich, warum relativ gut ausgerüstete Armeeeinheiten ihre einsatzbereiten Waffen den gegen sie vorgehenden Selbstverteidigungskräften der DVR überließen, warum sich so viele weigerten, dem Mobilisierungsbefehl nachzukommen und warum sich größere Gruppen ergaben. Mehrfach schlossen sich ehemalige Angehörige der ukrainischen Armee den Selbstschutzkräften der DVR und der LVR an.

¹ Ukrainische Armee vermeldet Erfolg "Stehen kurz vor Einnahme von Donezk", unter: http://www.t-online.de/nachrichten/specials/id_70586002/ukrainische-armee-stehen-kurz-vor-einnahme-von-donezk-.html

Deshalb gestaltete sich der Verlauf der Kämpfe nicht annähernd so, wie dies im April mit der Anordnung der ‚Antiterroroperation‘ durch Turtschynow und von Poroschenko im Juni mit dem von ihm als ‚Friedensplan‘ bezeichneten beabsichtigten Unterwerfung gedacht war. Die Ukraine war allein schon auf Grund ihrer Verschuldung¹ nicht in der Lage gewesen, ein derartiges Abenteuer in Angriff zu nehmen. Vorn wurde schon auf die Einschätzung vom 26. Juni hingewiesen. Anhand der unten ausgewiesenen Zahlen wird nachvollziehbar, welche wirtschaftlichen Folgen mit diesem abenteuerlichen Verbrechen verbunden waren. Zugleich reift da eine Ahnung, welche sozialpolitischen Konsequenzen damit verbunden sind.

2014	1.1.	1.2.	1.3.	1.4.	1.5.	1.6.	1.7.	1.8.
Staats-schulden	27,9	27,8	27,9	27,8	27,8	31,4	31,2	31,0

Tab. 17: Staatsschulden der Ukraine Januar bis August 2014 in Milliarden US-\$²

Am 15. August geht eine Meldung durch die Nachrichten, die das Ende der Hoffnungen auf einen militärischen Erfolg der ukrainischen Regierung erkennen lässt:

- 15.8. - 09:00 Die Selbstverteidigungskräfte melden im Osten der Ukraine einen erfolgreichen Gegenangriff: In Krasnyj Lutsch und Miusinsk sind größere Einheiten der ukrainischen Armee eingeschlossen. Die Ortschaft Stepanowka wurde befreit.
- 12:00 Zwischen Donezk und Lugansk werden erbitterte Kämpfe um die Kontrolle der strategischen Verbindungswege geführt.
 - 18:03 Nach der Zerschlagung einer ukrainischen Einheit wurden vier Raketenwerfer übernommen. Die Besatzung einer ukrainischen SFL schließt sich den Selbstverteidigungskräften an.
 - 21:06 Bei der Zerschlagung einer größeren Gruppierung ukrainischer Einheiten wird deren Technik zerstört bzw. übernommen. Dabei fallen den Kräften der Selbstverteidigung unter anderem einige schwere Geschütze und größere Mengen Munition in die Hände.
- 16.8. - Wiederholter Artilleriebeschuss von Wohngebieten in Donezk, Lugansk, Anthrazit, Jenakijewo, Krasnyj Lutsch, Sneshnoje und anderen Städten kann die sich immer deutlicher abzeichnende Wende nicht aufhalten. Versuche, Donezk einzuschließen, sind offensichtlich gescheitert.
- 17.8. - 10:00 In Jasinowata sind zwischen Einheiten der Selbstverteidigungskräfte und der ukrainischen Armee heftige Kämpfe ausgebrochen.
- 21:15 Donezk und Lugansk werden weiter beschossen.
- 18.8. - Durch den auch über Nacht anhaltenden Dauerbeschuss ist in Donezk der Wasserversorgung der Stadt zusammengebrochen.
- Der für den Donbass bereitstehende LKW-Konvoi mit humanitärer Hilfe wird von der ukrainischen Seite mit allen denkbaren bürokratischen Hindernissen aufgehalten.

¹ „Das Land benötigt nach eigenen Angaben rund 35 Milliarden Dollar an ausländischer Hilfe. Die Summe entspricht etwa dem Finanzbedarf für das laufende Jahr. Die Ukraine sitzt auf einem Schuldenberg von 64,1 Milliarden Dollar. Allein in diesem Jahr müssen umgerechnet 3,6 Milliarden Dollar für die Tilgung von Altschulden und 2,6 Milliarden Dollar für Zinsen aufgebracht werden.“ H. Zschäpitz: Drohender Bankrott – Die Ukraine ist das Griechenland des Ostens, 24.2.2014, unter: <http://www.welt.de/finanzen/article125151664/Die-Ukraine-ist-das-Griechenland-des-Ostens.html>

² Внешний государственный долг Украины, (Staatliche Außenschulden der Ukraine), unter: <http://index.minfin.com.ua/index/debt/gov/>

- 12:04 Im Verlauf der Kampfhandlungen schlägt eine Granate in einer der Schächte ein.
- 19.8. - 07:30 In mehreren Städten des Donezker Gebietes ist die Wasserversorgung zusammengebrochen.
- 09:00 Die Kämpfe um Ilowajsk nehmen an Schärfe zu.
- 20.8. - 07:30 Versuche der ukrainischen Armee, die Stadt Ilowajsk einzunehmen, scheitern an dem sich verhärtendem Widerstand der Selbstverteidigungskräfte.
- 09:03 nach offiziellen Angaben halten sich 730.000 ukrainische Flüchtlinge auf dem Territorium Russlands auf.
- 21.8. - 12:05 In Ilowajsk sind Gruppen der Nationalgarde eingeschlossen. Die Kämpfe im Gebiet Saur-Mogila, Saurowki und Tarani werden intensiver. In Donezk gab es wie schon in den vorangehenden Tagen erneut Tote unter der Zivilbevölkerung. Die Versorgungslage hat sich dramatisch zugespitzt. Es fehlen Wasser und Nahrungsmittel.
- 21:09 Die ukrainische Armee hat hohe Verluste an Menschen und Material und ist nicht mehr in der Lage, diese Ausfälle durch die Mobilisierung neuer Kräfte auszugleichen. Die Zahl der Verwundeten wird mit 10.000 angegeben. Sie ist auch im Hinterland so hoch, dass es nicht mehr möglich ist, sie alle medizinisch zu versorgen.
- 22.8. - 15:00 Der russische Konvoi mit humanitären Hilfsgütern ist auf dem Gebiet der Ostukraine unterwegs.
- 15:04 Die ukrainische Armee beschießt die Wohngebiete von Donezk, Lugansk und deren Vororte.
- 21:18 Bei den Kämpfen um Saur-Mogila sowie im Gebiet Kamenka und Nowoswetlowsk, haben die Kräfte der Selbstverteidigung die Initiative übernommen.
- 21:27 Beobachter der OBSE haben einen Bericht über Verbrechen von Soldaten der ukrainischen Armee veröffentlicht.
- 23.8. - 12:07 Die ukrainische Armee beschießt ununterbrochen Donezk und seine Vororte. Jetzt setzen die Kräfte der Selbstverteidigung Artillerie bei der Vernichtung feindlicher Technik ein.
- 24.8. - 05:58 Seit Beginn der Kampfhandlungen haben die ukrainischen Streitkräfte im Osten des Landes 18 Kampfflugzeuge, davon 11 Су-25, 2 СУ-24, 2 МиГ29, 1 Ан-30, 3 Ил-76 und 1 Ан-26 verloren.
- 12:00 Im Donezker Gebiet sind etwa 5.000 Angehörige der ukrainischen Armee eingeschlossen. Dazu gehören Angehörige Nationalgarde- Bataillone ‚Schachtjorsk‘, ‚Ajdar‘ und ‚Donbass‘. Innerhalb weniger Tage konnten die in die Hände der Selbstverteidigungskräfte Panzer, Raketenwerfer und Artilleriewaffen für die eigenen Einheiten übernommen werden.
- 21:00 im Zentrum von Donezk wurden einige dieser Waffen aus Anlass des in Kiew gefeierten Tages der Unabhängigkeit aufgestellt. Am gleichen Tag wurde eine größere Gruppe ukrainischer Kriegsgefangener durch das Zentrum der Stadt geführt.
- 21:15 Durch die von den Kräften der Selbstverteidigung praktizierte offensive Taktik gelang es, den bisherigen Verlauf der Kämpfe grundlegend zu ändern. Für den Gegner war der Verlust einer Reihe strategisch wichtiger Position mit erheblichen Verlusten verbunden.
- 21:20 Angesichts der sich verdichtenden Meldungen über Verluste, die sich häufende Zahl von Beerdigungen und die Art und Weise der Vernachlässigung von Verwundeten werden die Protestaktionen gegen den Krieg in den westlichen Gebieten immer einflussreicher.
- 25.8. - 12:00 Die Selbstverteidigungskräfte der DVR führen weitere erfolgreiche Gegenangriffe durch.

- 15:00 Von den Selbstverteidigungskräften der DVR wurden eine weitere Gruppe von 7.000 ukrainischen Soldaten bei Uspenki und Kutejnikowo eingeschlossen. Dabei fielen ihnen 120 Panzer, 380 BTR und 100 Raketenwerfer ‚Град‘ und ‚Ураган‘ in die Hände.
- 26.8. - 12:00 Der Stab der Selbstverteidigungskräfte informiert, dass im Rahmen der Kampfhandlungen im Raum Jelenowka mehrere Stellungen des Gegners, Raketenwerfer, BTR und Panzer vernichtet wurden.
 - 12:04 In Minsk findet ein Treffen der Präsidenten Russlands, Beloruslands, Kasachstans und der Ukraine statt, auf dem es neben den Fragen der weiteren Entwicklung der Zollunion um die humanitäre Katastrophe in der Ukraine geht. An dieser Begegnung nehmen die EU-Kommissare für äußere Angelegenheiten, für Handel und Energie teil.
 - 15:01 Durch einen massierten Vorstoß nach Süden konnten die strategische Höhe Saur-Mogila und die Autostraße Kuznezowa - Michailowka - Nowoasosk eingenommen werden. Im Verlauf des Tages wurden 18 Panzer, 2 Raketenwerfer, 36 KFZ und 2 Waffen und Munitionslager in Besitz genommen.
 - 18:20 Putin erklärt, dass die Krise in der Ukraine nicht durch eine weitere Eskalation des Szenarios der Gewalt gelöst werden kann. Nach dem Abschluss der Beratung kam es zu einem zweistündigen Gespräch zwischen Putin und Poroschenko, auf dem insbesondere Fragen der Feueinstellung und die Probleme der Gaslieferungen erörtert wurden.
- 27.8. - 01:43 Putin erklärt in einer Pressekonferenz, dass „Russland alles für den Friedensprozess tun werde, der so schnell wie möglich begonnen werden muss.“
 - 07:01 Die Selbstverteidigungskräfte haben die volle Kontrolle über Ilowajsk wieder hergestellt
 - 07:32 Die Bataillone der ukrainischen Armee ‚Donbass‘ und ‚Asow‘ haben Ilowajsk verlassen.
 - 08:30 Putin und Poroschenko haben die Wiederaufnahme der Arbeit der Kontaktgruppe vereinbart
 - 15:00 Der intensive Artilleriebeschuss Donezks wird fortgesetzt.
 - 15:09 Putin bezeichnet die Verhandlungen zwischen Kiew, der DVR und der LVR als eine innere Angelegenheit der Ukraine.
 - 18:02 Im Südosten der Ukraine gehen die Kampfhandlungen weiter.
 - 18:05 in Ilowajsk werden Reste einer Einheit der Nationalgarde eingeschlossen.
 - 21:02 Die Einheiten der ukrainischen Armee haben hohe Verluste. Die offensive Taktik der Selbstschutzeinheiten der DVR und der LVR zeitigt Erfolge.
- 28.8. - 07:00 Einheiten der Selbstverteidigungskräfte konnten die von ihnen im Süden eingenommenen Positionen stabilisieren.
 - 09:03 In Reaktion auf die Vorstöße der Selbstverteidigungskräfte sehen sich die Einheiten ukrainischer Armee gezwungen, zur Verteidigung der noch gehaltenen Positionen überzugehen. Im Verlauf des vorigen Tages hatte die ukrainische Armee Verluste von 90 Mann, 3 Panzern, 4 BTR und 13 LKW.
 - 12:02 Der Stab der DVR meldet, dass sich in der vergangenen Nacht mehr als 150 ukrainische Soldaten ergaben.
 - 15:00 Ein Journalist der ‚New-York Times‘ berichtet, dass sich Soldaten der ukrainischen Armee weigern, Befehle auszuführen.
 - 15:02 Der Ministerpräsident der DVR informiert, dass in den Reihen der Selbstverteidigungskräfte 3 bis 4.000 russische Freiwillige kämpfen. Unter ihnen seien viele ehemalige Militärangehörige. Mittlerweile gebe es auch Tote.

- 18:00 Angehörige der Selbstverteidigungskräfte haben die strategisch wichtige Höhe Saur-Mogila eingenommen.
- 18:03 Die Selbstverteidigungskräfte drängen die nördlich von Lugansk und westlich von Donezk stehenden Einheiten der ukrainischen Armee zurück.
- 29.8. - 07:00 Putin fordert die Regierungen der DVR und der LVR auf, einen humanitären Korridor für den Rückzug eingeschlossener ukrainischer Soldaten einzurichten.
- 07:02 Im UNO-Sicherheitsrat wird eine von Russland eingebrachte EntschlieÙung zur Feuereinstellung in der Ukraine blockiert.
- 12:00 Die Regierung der DRV ist bereit, unter der Bedingung der Entwaffnung dieser ukrainischen Soldaten einen solchen Korridor einzurichten
- 21:14 Die ukrainische Armee muss sich unter den Schlägen der Selbstverteidigungskräfte der DVR und der LVR zurückziehen. Dabei fallen diesen 9 Panzer, 13 BTR, 15 LKE und ein Raketenwerfer in die Hände. Auf ukrainischer Seite gibt es mehr als 60 Tote.
- 21:19 Ein Bataillon der Territorialverteidigung ‚Transkarpatien‘ hat die Front verlassen und ist nach Iwano-Frankowsk zurückgekehrt. Die Soldaten erklären, dass sie nicht länger gewillt sind, als Zielscheibe zu dienen.
- 30.8. - 10:00 Donezk und Lugansk liegen nach wie vor unter dem Artilleriefeuer der ukrainischen Armee. Gezielt werden der Bahnhof, der Markt und Wohngebiete beschossen.
- 12:00 Der Stab der Armee Neuruslands informiert über Erfolge im südlichen Donezker Gebiet. Ilowajsk ist nun auch von zurückgebliebenen Diversantengruppen gesäubert. In der Lugansker Richtung wurden Illirija und Rudakowa befreit. Im Verlauf der Kämpfe verlor die ukrainische Armee 2 BTR, 8 Granatwerfereinheiten, einen LKW und 30 Mann.
- 18:00 Einheiten der Armee Neuruslands haben die Zugänge zu Mariupol erreicht.
- 21:00 Teile der im Gebiet der DVR eingeschlossenen ukrainischen Einheiten haben diese durch einen humanitären Korridor verlassen können.
- 31.8. - 12:02 Kommandeure der im Gebiet der DVR und der LVR eingeschlossenen ukrainischen Einheiten haben mit der Armee Neuruslands ein Übereinkommen über den Rückzug durch den humanitären Korridor abgeschlossen. Die Forderung nach Entwaffnung wurde akzeptiert. Tote werden abtransportiert, Verwundete bekommen medizinische Hilfe. Die Kämpfe in der Lugansker Richtung werden fortgesetzt.
- 21:00 Einheiten der Armee Neuruslands versuchen, die Frontlinie von den Städten zurückzudrängen.
- 1.9. - 07:30 Einheiten der Selbstverteidigung gelang es, die Kontrolle über den Flughafen Lugansk wieder herzustellen.
- 09:00 Obwohl sich bereits mehrere Gruppierungen der ukrainischen Armee im Raum Donezk ergeben haben kämpfen andere sowie Gruppierungen der Nationalgarde weiter.
- 12:00 in Mereshki wurde eine Cy-27 der ukrainischen Luftstreitkräfte abgeschossen. Im Gebiet Lugansk wurden im Verlauf von Kämpfen im Rayon Malonikolajewki die Siedlungen Lenin und Wesjoloj Gory befreit.
- 15:00 In Minsk takt die Kontaktgruppe der Ukraine, der DVR und der LVR unter Vermittlung von Russland und der OBSE
- 15:04 Vertreter der DVR und der LVR fordern die Vertreter Kiews auf, bei der Regulierung der Krise den besonderen Status des Donbass zugrunde zu legen. Sie berufen sich dabei auf das Recht auf Selbstbestimmung und fordern die Regierungen Russlands, der USA und der EU auf, dies zu garantieren.
- 21:00 Kiew bestätigt die Aufgabe des Flughafens Lugansk.

- 2.9. - 09:00 Einheiten der Armee Neurusslands setzen ihren Vormarsch zum Asowschen Meer fort
- 12:00 Im Verlauf der Kämpfe wurden Signalnoje, Jasinowatoje, Jelenowka und andere Ortschaften befreit.
 - 15:00 Die Einheiten der Selbstverteidigung haben ihre Positionen im Kugansker Gebiet ausgebaut und gefestigt. Durch die Kontrolle über Wesjoloj Gory ist die Infrastruktur dieses Gebietes wieder unter Kontrolle.
 - 21:00 Erneut ist eine größere Gruppierung der ukrainischen Armee eingeschlossen. Die Straßenverbindung zwischen Donezk und Mariupol ist unter Kontrolle der DVR. Im Raum Peremoshnoje hat die ukrainische Armee eine große Gruppierung Panzertechnik verloren. Die Selbstverteidigungskräfte der DVR haben die Kontrolle über Uspenskoj, Lenino und andere Städte und Ortschaften.
- 3.9. - 07:02 Die Einheiten der Selbstverteidigung haben im Gebiet Lugansk mehr als 13 Ortschaften befreit.
- 09:09 Nachdem der Flughafen Donezk bereits besetzt war lebten dort die Kämpfe erneut auf.
 - 18:07 Kräfte der Selbstverteidigung der LVR haben die Kontrolle über 20 weitere Ortschaften übernommen.
 - 18:10 Der Ilowaisker Kessel ist voll unter Kontrolle der Kräfte der Selbstverteidigung der DVR
 - 20:50 Putin unterbreitet seinen Siebenpunkte-Plan zur Beendigung des Blutvergießens in der Ostukraine.¹
- 4.9. - 07:00 Der Berater des Präsidenten der Ukraine S. Kunizyn erklärt, dass es außer dem Einfrieren des Konfliktes keinen anderen Ausweg aus der Lage gäbe. Ministerpräsident Jazenjuk fordert die Fortsetzung des Konfliktes und wendet sich gegen Verhandlungen. Poroschenko erklärt, dass das ukrainische Volk für den Frieden sei – nur Politikaster seien an der Fortsetzung des Krieges interessiert.
- 07:31 Das Oberhaupt der DVR erklärt, dass die Selbstverteidigungskräfte zur Feuereinstellung bereit seien, wenn sich die Gegenseite, d.h. die ukrainische Armee und die Nationalgarde an die gleiche Ordnung halte.
 - 09:02 Die Kräfte der Selbstverteidigung verfolgen die sich unter dem Schutz der Zivilbevölkerung ungeordnet zurückziehenden Einheiten der ukrainischen Armee. Von denen werden Verwundete und Technik zurückgelassen.
 - 12:06 Das Bataillon ‚Ajdar‘ miniert beim Rückzug das Lugansker Kohlekraftwerk.

¹ Präsident Putins Plan zur Stabilisierung der Lage in der Südostukraine sieht folgende Punkte vor:
 „1. Beendigung aller aktiven Angriffsoperationen der bewaffneten Kräfte und bewaffneten Formationen und der Selbstverteidigungskräfte im Südosten der Ukraine in Donezker und Lugansker Richtung.
 2. Abzug der bewaffneten Einheiten der Ukraine auf eine Entfernung, die die Möglichkeit des Beschusses bewohnter Ortschaften durch die Artillerie und alle anderen Arten des Beschusses ausschließt.
 3. Es sind Voraussetzungen für eine vollständige und objektive internationale Kontrolle zur Einhaltung der Feuereinstellung und der Kontrolle der damit geschaffenen Sicherheitszone zu schaffen.
 4. Die Anwendung der Luftstreitkräfte gegen friedliche Bürger und bewohnte Ortschaften ist auszuschließen.
 5. Die Organisation des Austausches gewaltsam festgehaltener Personen ist ohne alle Einschränkungen nach der Formel ‚alle gegen alle‘ vorzunehmen.
 6. Öffnung von humanitären Korridoren für die Bewegung von Flüchtlingen und humanitären Lieferungen in die Städte und Ortschaften des Donbass, des Donezker und Lugansker Gebietes.
 7. Sicherstellung des Einsatzes von Reparaturbrigaden für die Wiederherstellung zerstörter Objekte der Infrastruktur und Hilfe bei der Vorbereitung auf den Winter.“

Nach: Путин озвучил план по стабилизации ситуации на юго-востоке Украины - 03.09.2014 - РИА Новости (Putin hat seinen Plan zur Stabilisierung der Lage im Südosten der Ukraine vorgelegt), unter: <http://ria.ru/world/20140903/1022608618.html#ixzz3Debw9hm7>

- 15:01 Nach wie vor werden Vororte von Donezk durch die Artillerie der ukrainischen Armee beschossen.
 - 18:12 Vor dem Gebäude der Obersten Rada kommt es zu einer Protestkundgebung von Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte und der Bataillone der Rechtsradikalen ‚Ajdar‘, ‚Asow‘ und ‚Dnepr‘. Unter der Losung ‚Tag der Beschwerde und der Wut‘ protestieren diese gegen den ‚Verrat ihrer Offiziere, die nur den Oligarchen dienen‘ und fordern Waffen zur Fortsetzung des Krieges.
 - 21:12 aus Lugansk wird die Zerschlagung eines Bataillons der Kiewer territorialen Verteidigung gemeldet.
- 5.9. - 07:32 In der Ukraine eskalieren erbitterte Auseinandersetzungen über das in Vorbereitung befindliche Gesetz über den besonderen Staus des Donbass.
- 12:01 In Donezk kommt es nach mehreren örtlichen Schießereien zu einer allmählichen Beruhigung der Lage.
 - 12:03 Einheiten der ukrainischen Armee und der Nationalgarde beziehen nördlich von Lugansk Stellung
- 6.9. - 10:00 Nach der in Minsk erreichten Vereinbarung begann der Tag im Donbass ohne erneute Schießereien.
- 12:00 in Donezk beginnen die Reparaturarbeiten.

Die zunächst zögerlichen, dann aber immer deutlicher werdenden Veränderungen im Verlauf der Kampfhandlungen lassen erkennen, dass die Zielstellungen der von rechtsradikalen und neonazistischen Kräften dominierten politischen Führung der Ukraine gescheitert waren. Zwar wurden aus den USA und aus einigen Staaten der EU politische Solidaritätserklärungen abgegeben.

Der nach wie vor anhaltende Beschuss von Wohngebieten ist nichts anderes als ein fortwährender Bruch des Völkerrechts. Das, was da als Kampf gegen Terroristen ausgegeben wird ist selbst brutalster Terror. In den westlichen Medien wird diese Tatsache eben so wenig zur Kenntnis genommen, wie die Tatsache, dass dieser Krieg der russischsprachigen Bevölkerung der Ostukraine gegen die durch einen Staatsstreich an die Macht gekommene Kiewer Regierung nicht nur andere Ursachen als die in der Westpresse immer wieder kolportierten ‚Absichten Putins‘ hat, sondern auch einen ganz anderen Verlauf nimmt.

Die Hintergründe, die treibenden Kräfte, das Umfeld und das eigentliche Ziel dieses Krieges ist aber weder durch eine noch viel detailliertere Erfassung seines Verlaufes noch durch die Rekonstruktion der Veränderungen zu erfassen, die seit Mitte August zu seinem Scheitern führten. Alles das, was da an militärischen, politischen und anderen Hintergründen zusammengetragen werden kann, ist nicht mehr und nicht weniger als die Oberfläche eines viel tiefer liegenden grundlegenden geopolitischen Konfliktes.

XII REVOLUTION, KONTERREVOLUTION UND GEOPOLITIK

Eingangs wurde darauf hingewiesen, dass es durch die Beantwortung ganz einfacher Fragen möglich sei, das Wesen revolutionärer bzw. konterrevolutionärer Ereignisse zu unterscheiden. Im Zentrum dieser Auseinandersetzungen standen und stehen auch heute Fragen nach dem Eigentum. Seit den Anfängen der Klassengesellschaft ging und auch heute geht es letztlich um die private oder aber gesellschaftliche Aneignung und um die daraus resultierende Verfügungsgewalt über den in gesellschaftlicher Arbeit geschaffenen Reichtum. So eindeutig, einfach, überzeugend und klar diese Unterscheidung aber auch immer fällt, so einfach ist es nicht, wenn nach Anlässen, Ursachen und Hintergründen der Entstehung, der Entwicklung und des Verlaufes der Auseinandersetzungen zwischen Revolution und Konterrevolution und den diese tragenden revolutionären und konterrevolutionären Kräften gefragt wird.

Schon die in der vorangehenden Darstellung der längst noch nicht ‚abgeschlossen‘ erfassten Ereignisse in der Ukraine dokumentieren: Wer sich mit der kaum noch überschaubaren Vielzahl unterschiedlichster Verschiebungen und Verwerfungen zwischen und auf den hier - oft nur angesprochenen verschiedenen - Ebenen von Widersprüchen konfrontiert sieht, kommt folgerichtig zu der weit darüber hinaus reichenden Frage, wie und ob denn dann überhaupt eine hinreichend zuverlässige Orientierung in den sich verdichtenden Wirren aktueller Probleme gefunden werden kann. In der Tendenz dieser Problemsicht scheint es immer schwieriger zu werden, eine sachlich begründete Antwort auf Fragen nach mittel- und langfristigen Prognosen zu finden.

Zweifelsohne können solche nicht gefunden werden, wenn - aus welchen Gründen auch immer - auf eine Analyse der sozialökonomischen Entwicklung verzichtet wurde. Die Entwicklung des gesellschaftlichen Fortschritts der Menschheit war und ist insbesondere von der Art des verfügbaren produktiven Reichtums und von der Menge der damit geschaffenen Güter abhängig. Man erinnere sich an die vielschichtigen Wirkungen des Buchdrucks, der Werkzeug- und Energiemaschinen, an die chemische Industrie, Elektrotechnik, aber auch an Maschinenwaffen, an das Flugwesen, an Telefon, Radio und Fernsehen, Computer, Roboter, immer komplexer werdende Mikroprozessoren, an die sich jetzt erst abzeichnenden Konturen der technologischen, wirtschaftlichen, medizinischen und an die noch gar nicht vorstellbare Vielzahl weit darüber hinaus reichender Konsequenzen von Bio- und Nanotechnik.

Eine erste Näherung an die Beantwortung dieser Fragen wird erst dann möglich, wenn die damit untrennbar verbundenen mehr oder weniger tief greifenden Veränderungen in der mittlerweile globalisierten Arbeitsteilung, in den sich beschleunigenden Brüchen der Sozialisierung, der Entstehung neuer, der Beförderung künstlicher und der Befriedigung solcher Bedürfnisse und im Komplex dadurch ausgelöster Veränderungen in der Art und Weise der zwischenmenschlichen Beziehungen erfasst werden. Dabei geht es sowohl um jene Bevölkerungsgruppen, Schichten und Klassen, die in diesem Prozess ihre Existenzgrundlagen erarbeiten als auch um die damit

ebenso verbundenen Konsequenzen für all jene, die im Zuge dieser Entwicklung aus ihrer Mitarbeit im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess aus unterschiedlichsten Gründen ausgeschieden und an den unteren Rand der ihnen fremden (oder aber fremd gewordenen) Gesellschaft abgedrängt werden.

Schon diese Auflistung von Fragen lässt erahnen, dass Antworten nicht in einer einfachen Fortschreibung jener Antworten gefunden werden können, die unter den – wenngleich nicht weniger einfachen – aber anders konstituierten sozialökonomischen Voraussetzungen von der Mitte des XIX., vom Anfang, von der Mitte und vom auslaufenden XX. Jahrhundert gefunden werden können.

Genau so wenig kann ignoriert werden, dass viele grundlegende Momente der Suche nach Antworten nach wie vor von grundlegender Bedeutung sind: Wer hat diesen Reichtum geschaffen? Wer verfügt darüber? Was war und was ist von dem ‚Recht‘ zu halten, mit dem die besitzenden Klassen und Schichten ihren Anspruch auf ihren Reichtum gegen jene Klassen und Schichten verteidigen, die diesen Reichtum der anderen in der ganzen vorangehenden Geschichte der Menschheit erarbeitet haben? Aber eingedenk der eben erst konstatierten grundlegenden Veränderungen in und zwischen dem Verhältnis von im Umbruch befindlichen Produktivkräften und der Restauration imperialistischer Produktionsverhältnisse, die im Prozess dieser Entwicklung gleichfalls von sich krisenhaft zuspitzenden Katastrophen erfasst sind: Auch und gerade hier zeichnen sich Verwerfungen ab, deren unmittelbare und Fernfolgen nicht mehr nur im Rahmen der klassischen Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit zu fassen sind: Im Bündel des Raubbaus an den natürlichen Existenzgrundlagen und der globalisiert grenzenlos gewordenen Ausbeutung wurden die nationalen Grenzen dieser katastrophalen Entwicklung in einer Art und Weise gesprengt, durch die sichtbar wird, dass die Eigenlogik des Kapitals immer offener im Widerspruch zu den grundlegenden existenziellen Interessen steht.

Wer sich von der Oberflächlichkeit und den Banalitäten der Massenmedien und Nachrichtenkanäle leiten lässt, läuft aktuell unter anderem Gefahr, sich von der verlogenen Empörung über den menschenverachtenden Terror islamistischer Banden anstecken zu lassen. Wer aber versucht, den über Jahrhunderte gezielter Beleidigungen, Demütigungen, durch Betrug, Raub und eine unendliche Vielzahl anderer ungesühnter Verbrechen nicht nur in den arabischen Völkern kultivierten Hass zu verstehen, sollte sich nicht nur an die Arroganz britischer Kolonialherren, die bestialischen Morde US-amerikanischer Rassisten vom Ku-Klux-Klan oder von der US-Police, an das Verhalten faschistoider und anderer Herrenmenschen erinnern. Er stößt auf alles das, was diesen Völkern und Kulturen mit Kreuzzügen, mit Mord und Brandstiftung durch die Inquisition der katholischen Kirche, den Sklavenhandel und – nicht nur in den USA durch die Funktion der Sklaverei in der ursprünglichen Akkumulation angetan wurde. Diese Rechnung ist schon deshalb offen, weil die heute Lebenden nicht nur an den Spätfolgen dieses zerstörten Erbes leiden. Wer dieses Erbe und die ihm geschuldeten Entwicklungsdefizite von heute mit der Arroganz US-amerikanischer und europäischer Mächte, mit Lügen und Kriegsverbrechen der USA im Iran,

im Irak, in Afghanistan, in Libyen und in den Ländern Südamerikas multipliziert, kommt in die Nähe der Stimmung und Gesinnung jener, die bereit sind, sich selbst zu opfern, um nicht nur die eigene Chancenlosigkeit zu rächen.

Was sich da zusammenschiebt, ist der Auftakt einer differenzierten Gemengelage verschiedener Kettenreaktionen, die nicht mehr nur nach den ohnehin nicht einfach zu fassenden Maßstäben jener Epoche sozialer Revolutionen zu fassen ist, in der die materiellen Produktivkräfte *„auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung ... mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten,“* in Widerspruch geraten.¹ Hier brechen Konflikte auf, die viel tiefer in der Zeit verankert sind, die Marx an gleicher Stelle als die *„Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft“* charakterisierte, als uns die Medien der Monopole glauben machen wollen.

Was da im Gewande religiösen Eifers als Verweigerung gegen elementare Menschlichkeit zutage zu treten scheint hat wenig oder fast nichts mit dieser Erscheinungsform zu tun. Die Taliban fanden und finden nicht nur deshalb Unterstützung und immer neue Anhänger, weil sie als Koranschüler wahrgenommen und entweder unterstützt oder aber abgelehnt werden.² Der mit immer moderneren Waffen gegen die zu großen Teilen analphabetische afghanische Bevölkerung vorgetragene Krieg, die ungesühnte Ermordung tausender Frauen und Kinder und die jämmerliche Rolle der von den USA installierten Marionetten sind Bestandteil jener Summe unerträglicher Beleidigungen, deren sich die Mullahs der Taliban bedienen. Parallelen und Varianten waren und sind im Iran, im Irak, in Syrien, in Zentralafrika und auch in den Ländern zu finden, in denen Flüchtlinge und andere Chancenlose jenseits des unteren Randes scheinbar prosperierender Gesellschaften aus einem ebenso erbärmlichen wie würdelosen Leben ausbrechen wollen.

In Kombination dieser an Dynamik und Einfluss anwachsenden Ereignisse nehmen die vorn angesprochenen wirtschaftlichen Probleme und das in seinen Auswirkungen auf das Weltwährungssystem nicht einmal in groben Konturen kalkulierbare Desaster der US- und Weltwährung Ausmaße an, die längst nicht mehr nur die eben noch ‚einzige Weltmacht‘ in Frage stellen. Als beispiellose militärische Macht und zugleich auch als existenzielle Grundlage wirtschaftlicher Potenz gefeiert hat die sich längst verselbständigende Eigendynamik des US-Militärs mit ihrem verhängnisvollen Einfluss auf die US-Wirtschaft auch die Entscheidungsmöglichkeiten der US-Regierung untergraben. Was eben noch als besonderer Ausdruck der Stärke dieser Weltmacht interpretiert werden konnte steuert in einen Kollaps hinein. Die geradezu verzweifelten Versuche der Obama-Administration, einen Ausweg aus dieser Misere zu finden, indem die imperialistischen Ambitionen der EU unter Nutzung ukrainischer Faschisten

¹ K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort, a.a.O., S. 9

² Nach der Unterzeichnung des vor allem wegen der darin garantierten Immunität US-amerikanischer Militärangehöriger immer wieder hinausgezögerten ‚Sicherheitsabkommens‘ mit USA am 30.9. d.J soll die Loya Jirga am 23.11. dem Truppenstatut-Abkommen mit der NATO zustimmen und den Verzicht auf Souveränität fortschreiben.

hart an die Grenze eines Krieges mit Russland getrieben werden, signalisieren ein Ausmaß hilfloser Verzweiflung, das überaus besorgniserregend ist. Aber alles das, was da mit der offen erklärten Absicht der Destabilisierung der Ukraine, Belorusslands, Russlands, zentralasiatischer Staaten und Chinas auf den Weg gebracht wurde und wird, kann nicht jenseits der damit hervorgerufenen Abwehr- und Gegenreaktionen gedacht werden.

Wer sich nicht nur vor Augen führt, was, sondern auch wie da von Seiten der US-Monopole und ihrer Washingtoner Administration der EU mit den Sanktionen gegen Russland abverlangt wurde, gegen elementare eigene wirtschaftliche Interessen zu handeln, gewinnt eine gewisse Vorstellung von den Dimensionen der Konflikte, die zwischen den derzeit noch führenden imperialistischen Staaten heranreifen. Unübersehbar zeitigt die nicht nur vulgär-dümmliche, sondern durch Verbrechen aller Art und Intensität geprägte Vorgehensweise noch immer Wirkung, in der versucht wird, den Machterhalt der USA mit allen Mitteln gegen den unübersehbaren Verfall zu sichern. Aber mindest eben so unübersehbar sind die damit verbundenen Verluste für all jene, die sich diesem Diktat beugen. Wer sich daran erinnert, wie nicht nur die USA, sondern auch alle anderen führenden imperialistischen Staaten, alle Schwellenländer und insbesondere auch die ohnehin schon schwach resp. unterentwickelten Staaten nach dem Debakel der Lehmann-Brothers-Pleite in einen bis heute nicht ausgestandenen Wirbel sich regelmäßig erneuernder Krisen hineingerissen wurden, kann sich ausrechnen, was mit dieser Neuauflage einer US-amerikanischen ‚Führungsrolle‘ verbunden ist.

Schon jetzt ist spürbar, dass die Sanktionen gegen Russland nicht nur polnische Apfelbauern und finnische Handelsunternehmen treffen. Auch in Griechenland, in der tschechischen Republik, in Spanien, Frankreich, in dem wie immer besonders eifrigen Großbritannien und sogar in Deutschland verweisen nüchtern abwägende Volkswirte auf sinkende Auftragszahlen und absehbare Gewinneinbrüche. Noch werden die gar nicht mehr überschaubaren Schulden der Staaten des Euroraumes und die negative Tendenz des Euro schöngeredet und noch ist anhand der Wirtschaftsdaten nicht zu erkennen, welche Auswirkungen dies alles auf die Entwicklung der Lebenshaltungskosten hat. Aber schon durch diese Fragestellung wird verständlich, warum sich dafür weder in den offiziellen noch in den kommerziell kontrollierten Medien Interesse findet.

Vorn wurde bereits auf wirtschaftliche Potenzen und perspektivische Möglichkeiten der BRICS-Staaten hingewiesen.¹ Wer sich im Kontext der vorab skizzierten Entwicklung in den derzeit noch führenden westlichen Industriestaaten vor Augen führt, wie die eben noch anscheinend unipolare Machtstruktur durch eine nun schon nicht mehr übersehbare Verschiebung der weltwirtschaftlichen Beziehungen vorerst relativiert und danach aufgebrochen wird kann sich nicht länger der Erkenntnis verschließen, dass das aus dem kalten Krieg überkommene und von kalten Kriegern unterschied-

¹ siehe S. 247 ff

licher Couleur übernommene Vasallentum der NATO-Staaten schließlich von einem alternativen System multipolarer Bündnisse abgelöst wird. Auf der sechsten Konferenz der BICS-Staaten in Fortaleza wurde eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die für die weitere Entwicklung der finanzwirtschaftlichen Grundlagen der Weltwirtschaft von grundlegender Bedeutung sind.

Wer immer sich dazu äußert – die Anfänge dieser Suche nach einer Alternative zur Weltmacht des US-\$ sind viel früher zu finden: Vom 3.-12. April 1952 fand in Moskau eine internationale Wirtschaftskonferenz statt, auf der die UdSSR und die RGW-Länder den sozialistischen und Entwicklungsländern die Bildung eines gemeinsamen Marktes für Waren, Dienstleistungen und Investitionen vorschlugen, dass als Gegengewicht zur wirtschaftlichen Expansionspolitik der USA wirksam werden sollte. Der sowjetische Finanzminister Zwerjew¹ beschrieb die mit diesen Eingriffen in die Grundstrukturen der Finanzwirtschaft verbundenen Konsequenzen: *„Stalin hat damit das Heiligste des Heiligen der USA, die Grundlage ihrer parasitären Entwicklung, den Dollar angegriffen. Denn nur dank der Tatsache, dass der Dollar im internationalen Handel zur universellen Grundlage gemacht wurde, hatten die USA die Möglichkeit, an Stelle realer Werte aller Welt Papiere mit dem Porträt ihrer Präsidenten unterzujubeln. Stalin hat nicht nur darauf verzichtet, den Dollar im sich weiter entwickelnden Welthandel der UdSSR zu nutzen, er beendete auch die Nutzung des Dollars bei der Bewertung von Waren. Es gibt keinen Zweifel, dass er damit für die USA zum meist gehassten Menschen wurde.“*²

Dies und der Zusammenhang dieser Tatsache mit der Ermordung Stalins signalisierte schon damals, dass durch diese Absicht als ein Angriff auf die Alleinherrschaftspläne der US-Monopole verstanden wurde, der von diesen Kreisen und den Vasallen dieses Regimes nicht hingenommen werden konnte. Der weitere Verlauf der Entwicklung in der UdSSR war viel weniger durch die immer wieder beschworene friedliche Koexistenz als vielmehr durch die offene und verdeckte Konfrontation mit dem Imperialismus im kalten Krieg, durch Stellvertreterkriege, Staatsstrieche und die systematische Vorbereitung und Inszenierung von Konterrevolutionen geprägt.

In den Jahren des kalten Krieges mussten die Kräfte der Reaktion ihre strategische Vorgehensweise und die taktische Organisation ihrer Operationen mehrfach korrigieren. Die arrogante Unterschätzung der nach der Befreiung vom Faschismus eingeleiteten sozialökonomischen Umwälzungen und ihrer politisch-ideologischen Tiefenwirkung war die eigentliche Ursache des Scheiterns konterrevolutionärer Putsch in der DDR, in Polen und auch in Ungarn. Aus dieser Erfahrung wurden Schlussfolgerungen gezogen: In den Folgejahren sahen sich die Kräfte der Konterrevolution gezwungen, den Generalangriff auf die sozialistische Entwicklung unter der Maske eines ‚besseren‘, eines ‚demokratischen Sozialismus‘ eines Sozialismus in den jeweiligen Landes-

¹ Арсений Григорьевич Зверев (Arsenij Grigorjewitsch Zwerjew) (1900-1969) von 1938 bis 1960 Volkskommissar bzw. Minister für Finanzen der UdSSR, 1952/53 Kandidat des Präsidiums des ZK der KPdSU, nach: http://ru.wikipedia.org/wiki/Зверев,_Арсений_Григорьевич

² А.Г. Зверев: Сталин и деньги (A.G. Zwerjew: Stalin und das Geld), Moskau 2012, S. 268f

farben vorzubereiten, ehe man zur, d.h. gegen unsere ‚Sache‘ übergehen konnte. Ein wesentliches Moment dieser Entwicklung war die reformistische Instrumentalisierung bürokratisierter und reformistisch infizierter Elemente des Partei- und Staatsapparates. In Ergänzung dieser Korrektur des taktischen Vorgehens wurden bei Beibehaltung der strategischen Zielstellung strategische und taktische Korrekturen vorgenommen. Es ist überaus bezeichnend, dass eine der wesentlichen Korrekturen die von der SPD initiierte Politik des ‚Wandels durch Annäherung‘ war, die durch eine von Seiten der UdSSR vorrangig nach Maßgabe daraus zu erschießender Handelsvorteile praktizierte Vorgehensweise in eine Politik des Ersticken in der Umarmung einmündete.

Dass diese Politik des Lavierens letztlich zum Scheitern verurteilt war, wäre bei einer unvoreingenommenen Analyse der damit verbundenen Konsequenzen schon damals sichtbar gewesen. Aber angesichts der nicht nur nicht geringer sondern immer größer werdenden Probleme alter und neuer Herausforderungen wurden derartige elementare Erfahrungen verdrängt. Dabei spielte die in bürokratisch erstarrten Formen verharrende Zentralisierung der volkswirtschaftlichen Planung und Leitung eine eben so verhängnisvolle Rolle, wie die Doppelung einer immer weniger durch Kompetenz geprägten Entscheidungsfindung im Partei- und im Staatsapparat. So wurde ignoriert, dass der zunächst überaus gewinnträchtige Export von Rohstoffen und die angesichts damit erwirtschafteter Devisen vernachlässigte Entwicklung eigener moderner Produktivkräfte mit schwerwiegenden wirtschaftsstrategischen Konsequenzen verbunden waren. Mit der Erwartung, dass diese Probleme gelöst werden könnten, weil der Import neuer Technologien durch die wesentlich schnellere Entwicklung der Rohstoffpreise kompensiert werden könne, entstand, entwickelte und vertiefte sich ein System technologischer und wirtschaftlicher Abhängigkeiten der UdSSR und ihrer Bündnispartner von den führenden imperialistischen Industriestaaten.

Unter diesen Bedingungen führte der schon zu Beginn der 80-iger Jahre alle anderen Bereiche der Volkswirtschaft dominierende Einfluss des Erdölexports der UdSSR mit in sich schlüssiger Folgerichtigkeit dazu, dass die bis dahin positive Bilanz mit dem Absturz der Erdölpreise von 27 US-\$ zum Jahresende 1985 auf 10 bis 12 US-\$ im Folgejahr zusammenbrach. Angesichts des über Jahrzehnte angewachsenen Rückstaus der hochgradigen Vernachlässigung der Landwirtschaft, völlig veralteter und verschlissener Ausrüstungen in der Industrie, des Fehlens ganzer Industriezweige und einer vernachlässigten Infrastruktur, immer wieder hinausgeschobener Investitionen und der seit Mitte der siebziger Jahre einsetzenden Verselbständigung von Sonderinteressen des militärisch-industriellen Komplexes zeichnete sich hier schon eine Katastrophe ab. Dass es angesichts dieser Entwicklung kein ‚weiter so‘ geben konnte, war unübersehbar und durfte nicht noch länger ignoriert werden.

Die mit der Orientierung auf die Intensivierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Umstellung von Betrieben und Einrichtungen des militärisch-industriellen Komplexes auf zivile Forschung und Produktion und die in dieser Richtung eingeleiteten Schritte schienen eine echte Alternative zu sein. Nachdem deutlich wurde,

dass es wieder bei allgemeinen Sprüchen blieb, die nicht hinreichend durchdacht und weder inhaltlich noch organisatorisch untersetzt waren traten nicht nur immer größere Folgeprobleme zutage. Nach einer kurzen Phase der Gleichgültigkeit entlud sich eine Welle der Wut und der Empörung, die zum Kollaps der ohnehin schwer angeschlagenen Wirtschaft führte. Unter diesen Bedingungen war es für Gorbatschow, und die in seinem Umfeld installierten Einflussagenten ein Leichtes, mit Unterstützung der von ihnen in leitende Funktionen gebrachten Schwätzer und Karrieristen die Liquidation der UdSSR vorzubereiten. Wer sich dem in den Weg stellte, wurde diffamiert und kaltgestellt.

Den Geheimdiensten der USA, Großbritanniens und der anderen imperialistischen Staaten war es in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre nicht möglich, eine Informationsquelle im Zentrum der sowjetischen Führung zu erschließen.¹ Besonders deutlich wurde dies auch im Zusammenhang mit der Art und Weise, in der Chruschtschows Rede auf dem XX. Parteitag in die Hände des CIA kam. Weiner beschreibt diese Situation: *„Damals wie heute war die CIA stark auf die Hilfe ausländischer Nachrichtendienste angewiesen und musste Geld für Geheiminformationen lockermachen, zu denen sie selbst keinen Zugang hatten. Auf diesem Wege erhielt auch James Angleton², der in der Folge alleiniger Verbindungsmann der CIA zu Israel war, den Text der Rede von israelischen Geheimdienstleuten. Über diese Verbindung liefen auch die meisten Informationen, die die CIA über die arabische Welt bekam, allerdings um den Preis, dass die USA, was ihr Wissen zur Lage im Nahen Osten betraf, mehr und mehr in die Abhängigkeit von Israel gerieten. Diese israelische Perspektive sollte denn auch den Blick der USA auf den Nahen Osten über Jahrzehnte weitgehend bestimmen.“*³ Abgesehen von den hier nur angedeuteten, aber bis heute aktuellen, Fernwirkungen: Auch in den sechziger Jahren gab es noch keinen direkten Zugriff auf Informationen zur aktuellen Entscheidungsfindung.

Das änderte sich in dem Maße, in dem durch die Einführung eines einheitlichen Systems von EDV-Anlagen auf der Grundlage einer Kopie des IBM System/360 der Zugriff auf die mit Hilfe dieses Systems gespeicherten und verarbeiteten Daten ermöglicht wurde. Am 30.12.1967 wurde auf einer gemeinsamen Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU und des Ministerrates der UdSSR der Beschluss ‚Über die Entwicklung der Produktion von Mitteln der Rechentechnik‘ (№1180-420) gefasst. In Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in Kiew, Moskau, Leningrad, Jerewan, Pensa, Nowosibirsk und einer gar nicht mehr rekonstruierbaren Vielzahl von Betrieben und Einrichtungen des militärisch-industriellen Komplexes wurde an der Entwick-

¹ Weiner registriert: *„Allen Dulles war erst seit einer Woche CIA-Direktor, als am 5. März 1953 Josef Stalin starb. ‚Wir haben‘, so lamentierte die Agency wenige Tage später, ‚keine verlässlichen Insider-Informationen über das, was man im Kreml denkt. Unsere Einschätzungen, die langfristigen Pläne und Absichten der Sowjets betreffend, sind bloße Spekulationen, die wir aus unzureichenden Indizien abgeleitet haben.“* T. Weiner: CIA - Die ganze Geschichte, a.a.O., S. 113

² James Jesus Angleton (1917-1987) US-amerikanischer Agent und langjähriger Chef der Spionageabwehr der CIA.

³ T. Weiner: CIA - Die ganze Geschichte, a.a.O., S. 175

lung und Weiterentwicklung dieser Systeme gearbeitet. Zu diesem Zeitpunkt waren Eigenentwicklungen der Serien «Урал»¹, «Промінь»², «Киев»³, «Сетунь»⁴, «Раздан»⁵, «Минск»⁶, «Днепр»⁷, «Радон»⁸, «БЭСМ-6»⁹ und «Мир»¹⁰ in verschiedensten Bereichen der Forschung, der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Verwaltungen des Staatsapparates, im Militärwesen und in der Industrie im Einsatz. Welche Leistungen dabei erreicht wurden, zeigte insbesondere die ‚БЭСМ-6‘. Mit ihr konnte auf der Basis von Halbleitern, d.h. mit der Technologie der zweiten Generation, die seinerzeit unvorstellbare Rechengeschwindigkeit von einer Million Operationen pro sec. und vierzehn gleichzeitig ablaufenden Vorgängen realisiert werden. Das war der Anschluss an die damalige Leistungsspitze.¹¹

Doch für den Beschluss vom Dezember 1967 waren weiter gehende Überlegungen ausschlaggebend: Die Zahl der in der Volkswirtschaft, in Forschungseinrichtungen und im Militärwesen verfügbaren EDV-Anlagen reichte nicht aus, um die dort immer schneller anwachsenden Erwartungen zu befriedigen. Dazu kam, dass viele dieser Anlagen miteinander nicht kompatibel waren und wegen fehlender und schlecht

¹ Die EDV-Anlage ‚Ural‘ wurde unter Leitung des Chefkonstruktors Baschir Ramejew entwickelt und war seit 1955 in der geheim gehaltenen Briefkastenfirma (п/я) 24 (dem Werk für analytische Rechenmaschinen in Pensa in Serie hergestellt. Bis 1975 wurden hier fast 700 Maschinen hergestellt. Урал (компьютер), nach: [http://fakty-o.ru/ урал_%28компьютер%29](http://fakty-o.ru/урал_%28компьютер%29)

² Die EDV-Anlage ‚Promin‘ wurde 1958 unter Leitung von Akademiemitglied W.M. Gluschkow am Institut für Kybernetik der Akademie der Wissenschaften der Ukraine entwickelt und nach 1963 im Sewerodonezker Gerätewerk in Serie hergestellt. Neben einer ganzen Reihe technischer Verbesserungen wurde hier erstmals mit abgestuften Mikroprogrammen gearbeitet. Nach: Б.Н.Малиновский - Глушков (2) - Lib.Ru, unter: <http://lib.ru/MEMUARY/MALINOWSKIJ/5.htm>

³ Die EDV-Anlage ‚Kiew‘ wurde 1958 unter Leitung von B.W. Gnedenko am Institut für Mathematik der Akademie der Wissenschaften der Ukraine entwickelt und als Unikat im Vereinigten Kernforschungszentrum Dubna eingesetzt. Nach: Киев (комьютер) [http://ru.m.wikipedia.org/wiki/Киев_\(компьютер\)](http://ru.m.wikipedia.org/wiki/Киев_(компьютер))

⁴ Die EDV-Anlage ‚Setun‘ wurde 1959 unter Leitung von N.P. Brusenzow im Rechenzentrum der Moskauer Universität entwickelt. Vom Kasaner Werk für mathematische Maschinen wurden 46 Computer dieses Typs gebaut. Nach: Сетунь (компьютер) [http://ru.wikipedia.org/wiki/Сетунь_\(компьютер\)](http://ru.wikipedia.org/wiki/Сетунь_(компьютер))

⁵ Die mit Halbleitern arbeitende EDV-Anlage ‚Razdan‘ wurde 1958 unter Leitung von N.J. Matjuchin am Jerewaner Forschungsinstitut für mathematische Maschinen 1958 entwickelt und im Eisenbahnnetz der UdSSR eingesetzt.

⁶ EDV-Anlage der Serie ‚Minsk‘ wurde unter der Leitung des Chefindingenieurs G.P. Lopato zwischen 1959 und 1975 in Minsk entwickelt und in Minsk, Gomel und Brest für verschiedenste Anwendungsbereiche weiterentwickelt und hergestellt. Insgesamt wurden 220 Maschinen hergestellt.

⁷ Die EDV-Anlage ‚Dnepr‘ wurde 1961 unter Leitung von Akademiemitglied W.M. Gluschkow am Institut für Kybernetik der Akademie der Wissenschaften der Ukraine entwickelt und bis 1971 im Kiewer Werk ‚Радиоприбор‘ in einer Auflage von etwa 500 Maschinen hergestellt.

⁸ Die EDV-Anlage ‚Radon‘ wurde unter Leitung von S.A. Krutowski am Moskauer Institut für elektronische Maschinen (seit 1986 НИИ «Аргон») entwickelt. Im Moskauer Werk für analytische Rechenmaschinen wurden 10 Maschinen gebaut. Nach: завод счётно-аналитических машин имени В.Д. Калмыкова, unter: http://ru.wikipedia.org/wiki/Завод_счётно-аналитических_машин_имени_В._Д._Калмыкова

⁹ Die EDV-Anlage ‚БЭСМ-6‘ wurde 1964 unter Leitung von S.A. Lebedew entwickelt. 1968 begann die Serienproduktion im Moskauer Werk für analytische Rechenmaschinen. Insgesamt wurden 367 Maschinen dieses Typs hergestellt.

¹⁰ Mit der unter Leitung von W.M. Gluschkow am Kiewer Institut für Kybernetik entwickelten EDV-Anlage ‚Мир‘ wurde die Serie neuer Anlagen von ‚Мир-1‘, ‚Мир-2‘ und ‚Мир-3‘ eingeleitet.

¹¹ 1961 erreichte der mit Leiterplatten arbeitende US-amerikanische Superrechner IBM 7030 „Stretch“ 1,2 MegaFlops, 1964 der mit einem Mikroprozessor arbeitende CDC 6600 3 MegaFlops und 1969 die CDC 7600 36 MegaFlops, nach: Supercomputer, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Supercomputer>

geeigneter Peripherie-Geräte nur eingeschränkt einsetzbar waren. Was aus Sicht der Konstrukteure als herausragende kreative Leistung verstanden wurde war in der Praxis mit erheblichen Problemen verbunden und blieb deshalb hinter den Erwartungen zurück. Dazu kam die Konkurrenz zwischen den von der Ausschließlichkeit ihrer Lösungen überzeugten Wissenschaftler. Nicht nur die Akademiemitglieder Gnedenko und Glushkow hatten sich in der Auseinandersetzung um die Priorität bei der künftigen Entscheidungsbefugnis so zerstritten, dass eine weitere Zusammenarbeit unmöglich war.¹

In dieser Situation war eine klärende Entscheidung überfällig. Aber der Versuch, dieses Bündel von Problemen durch den Abbruch der Eigenentwicklung zu lösen, war überaus folgenschwer: Denn mit der, der Entwicklung von «Ряд» zugrunde liegenden Kopie des IBM System/360 konnten nicht nur die bislang anstehenden Probleme nicht gelöst werden. Vieles von dem, was da von den Anhängern der IBM-Lösung vorgebracht wurde, stimmte nicht. Auch hier gab es im praktischen Einsatz ungelöste Probleme und mit den Peripheriegeräten sah es nicht wesentlich besser aus. Um was es aber wirklich ging, wird deutlich, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass diese Entscheidung auf der 1975-iger NATO-Sommerschule in Marktoberdorf von dem niederländischen Informatiker Edsger W. Dijkstra² als ‚größter Erfolg des Westens im kalten Krieg‘ qualifiziert wurde.³⁺⁴ Mit der Weiterentwicklung der nach wie vor nicht offengelegten Funktion der Betriebssysteme von Microsoft und anderen IT-Konzernen wurde der damals ermöglichte erste Zugriff so weit ausgebaut, dass den Möglichkeiten der Manipulation Tür und Tor geöffnet waren und sind.

Vor diesem Hintergrund werden Zusammenhänge zwischen der Entwicklung technischer Möglichkeiten des Zugriffs auf volkswirtschaftlich, militärisch und politisch relevante Daten, der technischen Manipulation von Entscheidungen, der gezielten Einspeisung von Falschinformationen, dem Anfüttern durch überaus ‚attraktive‘ Rohstoffpreise, der Vernachlässigung von wissenschaftlich-technischen Eigenentwicklungen, dem Verfall ganzer Bereiche der eigenen Industrie, einer sich ausbreitenden Abhängigkeit von Fremdtechnologien und der in diesem Prozess schrittweise deformierten Entscheidungsfindung deutlich. Von der Gewöhnung an dieses System von Sprüchen über die eigene Rückständigkeit, an gezielte Falschinformationen und die damit ‚gerechtfertigte‘ Vernachlässigung der politischen Wachsamkeit war es dann

¹ Б.Н. Малиновский: Виртуальный компьютерный музей Исповедь. Последний подвиг ученого (часть 1) (B.N. Malinowski: Das virtuelle Computermuseum – eine Beichte. Die letzte Heldentat [Teil 1]), unter: http://www.computer-museum.ru/books/vt_face/4_glushkov_3.htm

² *Edsger Wybe Dijkstra* (1930-2002) niederländischer Informatiker, Wegbereiter der strukturierten Programmierung.

³ „The German adoption of ALGOL 68 has had a similarly paralyzing effect upon the Germans as the Russian decision in the late sixties to develop as their next national computer series a bit-compatible copy of the IBM 360 —the greatest American victory in the cold war!“ Nach: Trip report E.W. Dijkstra: NATO Summer School Marktoberdorf 1975., unter: <http://www.cs.utexas.edu/~EWD/transcriptions/EWD05xx/EWD506.html>

⁴ В. Сосновский, А. Орлов: Советская вычислительная техника. История взлёта и забвения. Предательство (Die sowjetische Rechentechnik. Geschichte des Aufstieges und des Vergessens – der Verrat, unter: http://vk.com/page-14347281_44216084

nur noch ein kleiner Schritt zur nächsten Stufe. In dem Maße, in dem grundlegende wissenschaftlich-technische, volks- und weltwirtschaftliche sowie militärstrategische Veränderungen in einem von Überalterung, Selbstzufriedenheit und Inkompetenz geprägten Führungsgremium nicht mehr zur Kenntnis genommen werden konnten, waren nicht nur personelle, sondern auch alle anderen Voraussetzungen für eine direkte Einflussnahme auf politische Entscheidungen der sowjetischen Führung gegeben.

SZENARIEN VON HEUTE, MORGEN, ÜBERMORGEN

Wer sich vor diesem historischen Hintergrund nicht nur nach der Beurteilung aktueller Ereignisse fragt, kann weder hier noch bei der Suche nach der weitaus komplexeren Antwort auf die viel weiter greifenden Fragen nach den Perspektiven die Augen vor diesen Erfahrungen verschließen. Eine grundlegende Orientierung kann nur auf der Grundlage des historischen Materialismus gefunden werden. Jeder Versuch, sich an, wie auch immer zusammengestellten Eckpunkten einer anderen Analyse zu orientieren, scheitert nicht nur an der Willkür einer in sich nicht schlüssigen Logik.

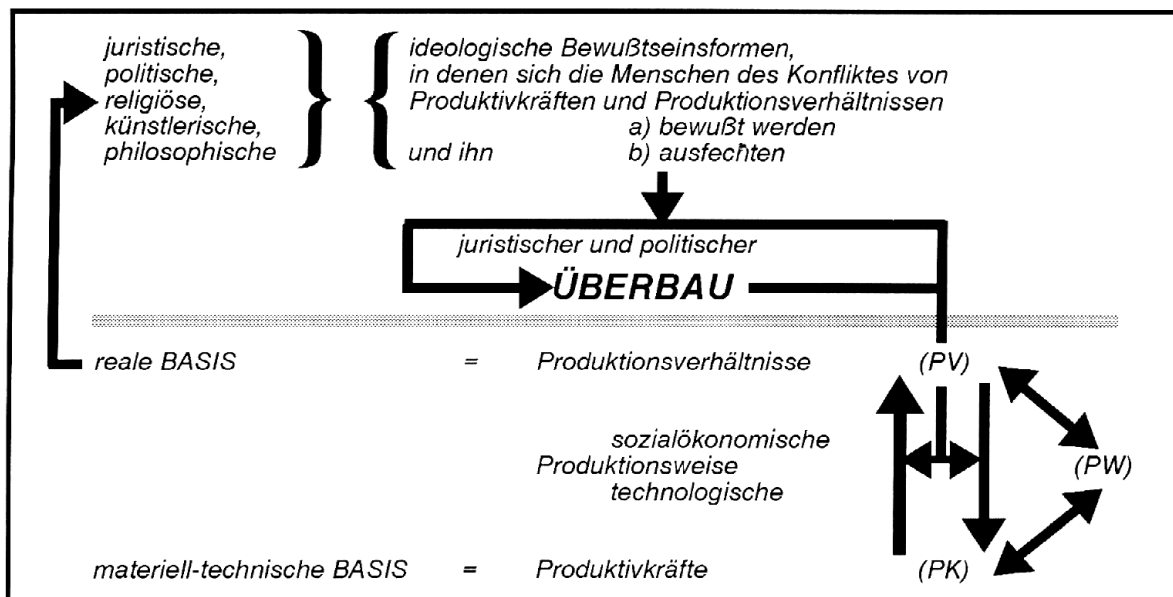


Abb. 8: Schema des Modells der sozialökonomischen Gesellschaftsformation

Werden Veränderungen, Korrekturen und strategischen Um- und Neuorientierungen der vergangenen Jahrzehnte nicht nur ‚eingerechnet‘, sondern in der Komplexität damit verbundenen Verschiebungen in, auf und zwischen den Ebenen technologischer, wirtschaftlicher, d.h. betriebs-, regional-, volks- und weltwirtschaftlicher Grundstrukturen, sozialer und politischer Perspektiven analysiert, abgewogen und durchdacht, differenzieren und komplizieren sich diese ohnehin nicht einfachen Orientierungen für eine fundierte Analyse. Da es nicht nur um eine Momentaufnahme gehen kann, wird allein schon durch die Skizzierung des Systems von Elementen der materiell-technischen Basis, d.h. durch die in fortschreitender Entwicklung befindlichen Produktivkräfte, die sich gleichzeitig verändernden technologischen Produktionsweisen und die nicht weniger tief greifenden Veränderungen in der Arbeitsteilung, im Anteil lebendiger Arbeit, durch neue Herausforderungen an die berufliche Qualifikation der noch in diesem Produktionsprozess Arbeitenden, folglich auch durch die nicht weniger tief

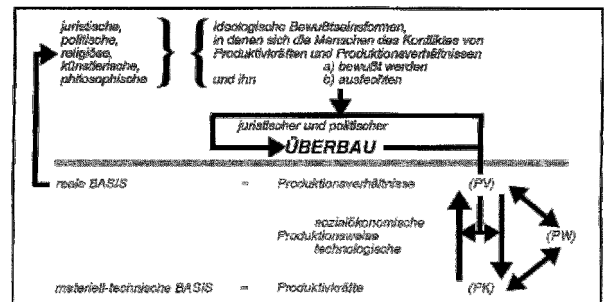
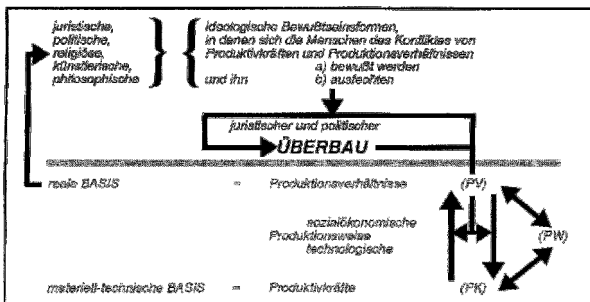
greifende Vielfalt der Veränderungen ihrer sozialen Beziehungen und der Art und Weise ihrer Sozialisierung deutlich. Wer sich der Absicht verpflichtet fühlt, ein realistisches Bild der aktuellen Entwicklung zu erarbeiten, kommt folglich nicht umhin, seine Untersuchung prozessbegleitend fortzuschreiben.

Nicht weniger bemerkenswert ist die Tatsache, dass schon bei einem, zunächst auf einige wesentliche Momente der zeitgleichen Entwicklung der Produktionsverhältnisse Vergleich mit der hochdynamischen Umwälzungen der Entwicklung der Produktivkräfte deutlich wird, dass deren Grundstrukturen ungeachtet der immer schneller fortschreitenden Verselbständigung des Finanzkapitals konstant geblieben sind. Gleiches ist auch zur Beziehung zwischen dem in seinen Wesen konstanten Inhalt und der explosionsartigen Differenzierung der Formen des Überbaus zu sagen.

Da es dabei nicht nur um Strukturen und Beziehungen innerhalb staatlich oder zwischenstaatlich organisierten Gesellschaftsformationen geht, zwingt folgerichtig dazu, nicht nur die Beziehungen innerhalb, sondern auch die zwischen den real existierenden verschiedenen Gesellschaftsformationen zu untersuchen. Erst in diesem Kontext wird fassbar, was es heißt, in der arbeitsteilig globalisierten zugleich aber auch auf das tiefste gespaltenen Welt von heute über diese Probleme zu sprechen.

a) zu Teilen halbfeudal / neokolonialistische chancenlose Entwicklungsländer

b) Schwellenländer mit einer halbfeudal / Hig-Tech Gemengelage



c) Agrar-Industriestaaten und Industriestaaten 'klassischen' Profils

d) Zentren der High-Tech Forschung, Entwicklung + Produktion + Banken

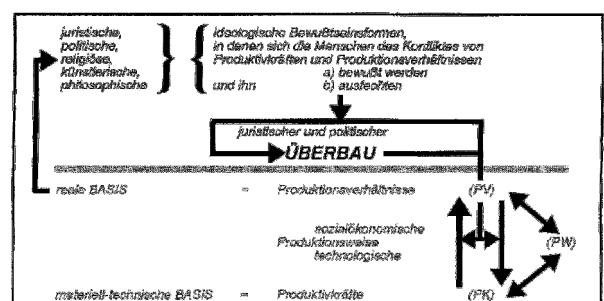
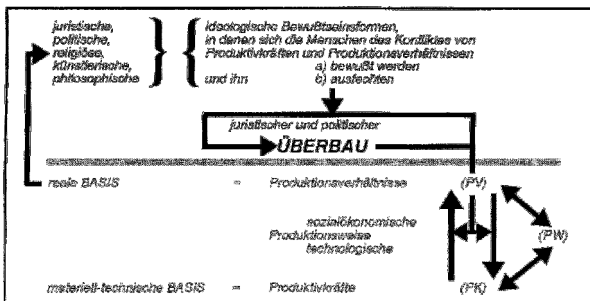


Abb. 9: Gegenüberstellung der sozialökonomischen Grundstrukturen zeitgleich nebeneinander existierender Gesellschaftsordnungen ohne Berücksichtigung der zwischen diesen bestehenden Wechselbeziehungen

Aber aus der schematischen Anordnung der Abbildung 9 geht nicht nur nicht hervor, wie sich die organische Zusammensetzung der in diesen unterschiedlichen Entwicklungsstadien und -phasen die jeweilige Beschaffenheit der produktivitätsprägenden

Produktivkräfte sind und welche Spannbreite vorindustrieller, frühkapitalistischer, kapitalistischer, imperialistischer und postindustrieller Strukturen dominierend ist. In dieser Übersicht fehlt auch eine Darstellung der im Gefolge kolonialer und neokolonialistischer Ausbeutung dominierend gewordene Chancenlosigkeit ganzer Völker, die dadurch ausgelösten Flüchtlingstragödien und die damit provozierten grundlegenden Interessenkonflikte zwischen den ihrem Schicksal Überlassenen und den ehemaligen ‚Mutterländern‘. Hier aber auch zwischen den Schwellenländern, zwischen den Agrar-Industrie- und klassischen Industriestaaten und zwischen den führenden Zentren der High-Tech-Entwicklung und Finanzimperien gab und gibt es tiefgreifende Interessenkonflikte auf unterschiedlichstem Niveau.

Das reicht von der grundlegend widersprüchlich konfigurierten Interessenlage zwischen transnationalen Konzernen, in denen die unüberbrückbaren Interessengegensätze zwischen Forschungs- und Entwicklungszentren und den Konzernführungen auf der einen Seite und den durch die Auslagerung arbeitsintensiver und umweltschädlicher Fertigungsbereiche in Billiglohnländer nur ein Moment sind. Hier geht es nicht nur um das globalisierte System der Arbeitsteilung, sondern vielmehr noch um die sozialökonomischen Konsequenzen der Umverteilung des unter erbärmlichsten Bedingungen erarbeiteten Reichtums. Diese Differenzen reichen weit über das vornur skizzierte Ausmaß der an sich schon allen elementaren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit Hohn sprechenden Dimensionen der Vermögensverteilung in Deutschland¹ hinaus.

	Aufteilung der Einnahmen: Ein Dutzend Hemden aus der Produktion einer Billiglohnfabrik der Dritten Welt	Menge in US-\$	Prozentsatz des Verkaufspreises
1.	Einnahmen des Drittweltlandes	8,00	2,7
1.1	Löhne	5,00	1,7
1.2	Nettogewinn	3,00	1,0
2.	Einnahmen des Industrielandes	284,60	97,3
2.1	Aus Industrieländern importiertes Material, Zubehör und Ausrüstung	30,00	10,2
2.2	Fracht und Kommissionen	4,00	1,4
2.3	Zölle auf Fob-Preis	4,00	1,4
2.4	Löhne im Groß- und Einzelhandel	10,00	3,4
2,5	Bruttogewinn, Miete und andere Einkommen von Vertriebsunternehmen	210,00	71,8
2.6	Verkaufssteuern (10% des Einzelhandelspreises) zugunsten des Industriestaates	26,60	9,1
3.	Gesamteinzelhandelspreis (einschließlich Verkaufssteuern)	292,60	100,00

Tab. 18: Verteilung der Einnahmen aus der Fertigung in der Dritten Welt²

Ganze 2,7% an Einnahmen bleiben den Produzenten in Drittweltländern, 97,3% verschwinden in den Kassen von ‚Industrieländern‘. Sicher ist das Ausmaß an krimineller Energie, das in den von Chossudovsky registrierten Dimensionen der Ausbeutung

¹ Siehe Tab. 8 und 9 auf Seite 194

² M. Chossudovsky: Global brutal – Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg, Frankfurt a.M. 2002, S. 101

durch die Auslagerung von Segmenten der Textilindustrie in den Dimensionen nicht auf alle anderen Bereiche übertragbar. Wer sich aber vor Augen führt, um welche Größenordnungen der Umverteilung es hier geht, bekommt eine Ahnung von den Ausmaßen der Umverteilung des in Drittweltländern erarbeiteten und durch ‚Industrieländer‘ abgezockten Reichtums. Dass diese Rechnung auf Dauer nicht aufgehen kann, bedarf eigentlich keiner besonderen Begründung.

Wer sich die geostrategischen Veränderungen auf der Weltkarte sei 1989/1991 vor Augen führt, beginnt in diesem Kontext zu verstehen, was es heißt, wenn von US-amerikanischen Politikern und deren westeuropäischen Vasallen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien etc. von der ‚Freiheit‘ des Welthandels geschwätzt wird. In diesem Kontext reifen konkretisiertere Ahnungen von den Hintergründen der Sanktionen, die die USA ihren NATO-Vasallen aufs Auge gedrückt haben, um a) die Unbotmäßigkeit der für ihre Interessen gar zu aufmüpfigen russischen Regierung abzustrafen und b) bei dieser Gelegenheit die sich zur Konkurrenz entwickelnden Euro-Staaten zu kujonieren. Wer etwas weiter sieht, kommt nicht nur nicht umhin, die Tendenz der politischen Veränderungen in Afghanistan, im Irak, in Tunesien, Libyen, in Ägypten, im Jemen und in Syrien nicht nur nach Maßgabe der Vorgabe monopolistischer Medien zu registrieren. Was dortzulande als Kampf gegen Diktatoren inszeniert wurde und wird, erweist sich bei nüchternerer Betrachtung als eine mehr oder weniger gut kaschierte Umverteilung des zur Verfügung stehenden gesellschaftlichen Reichtums. So wenig, wie es beim ‚Prager Frühling‘ oder in der ‚friedlichen Revolution‘ von 1989 um einen ‚demokratischen Sozialismus‘ ging, so wenig ging es in ‚Afghanistan‘ um einen Krieg gegen den Terror, im Irak um die Liquidierung der gar nicht vorhandenen Massenvernichtungswaffen, in Tunesien, Libyen, Ägypten um eine ‚Demokratisierung‘ der dortigen Verhältnisse.

Wer sich die Resultate dieser Ereignisse vor Augen führt sollte nicht nur dabei stehen bleiben, dass in der ČSR eben so wie in der DDR, in Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien sowie in den ehemaligen Unionsrepubliken der UdSSR und in Russland der Kapitalismus restauriert wurde, dass das dort in Jahrzehnten geschaffene Volkseigentum in den Händen aller möglichen Konzerne und Oligarchen gelandet ist. Er sollte auch nicht vergessen, warum das Jelzinsche Regime so viel Beifall geerntet und das Regime des Putin noch viel mehr bössartige Kritik erfährt. Die Zahl der Toten in den Kriegen der USA gegen Afghanistan und den Irak ist so hoch, dass sich nicht nur alles Gerede über den Sturz eines Diktators verbietet. Was nach diesen Kriegen und ‚Revolutionen‘ blieb waren nicht nur die Zerstörung des bis dahin funktionierenden Gesundheitswesens, die Liquidierung des Bildungswesens, der Ausbruch von Massenunruhen und Bürgerkriegen. Wesentlich aufschlussreicher ist, dass die Nationalisierung des Erdöls rückgängig gemacht wurde, dass und wie die großen Konzerne unter Zuhilfenahme von Strohmännern und Briefkastenfirmen daran gingen, ihre Verfügungsgewalt über den nationalen Reichtum dieser Völker durchzusetzen. Und hier wird alles das, was zuvor in seiner vertrackt vielschichtigen Widersprüchlichkeit gezeigt wurde, anscheinend wieder ganz einfach.

Aber vor dem Hintergrund dieser Ausführungen bleiben Fragen nach den Perspektiven der Entwicklung des Spannungsverhältnisses von Revolution und Konterrevolution. Vorn wurde die marxsche Erkenntnis schon einmal zitiert, dass *„die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft ... auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung ... mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten (in Widerspruch geraten). Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein.“*¹ Von dieser Überlegung ausgehend wurde die Leninsche Forderung nach der Überführung der bürgerlichen Revolution in eine sozialistische seinerzeit nicht nur von Bedenkenträgern kritisiert. Tatsächlich war es um die objektiven Voraussetzungen für den Sieg einer sozialistischen Revolution im nachzaristischen Russland schlecht bestellt. Aber eine Analyse der Gesamtheit der damaligen historischen Bedingungen und - nicht zu vergessen - die Erwartung, dass die russische Revolution auf die damals industriell führenden Staaten Europas übergreifen würde führten nicht nur zum Sieg dieser sozialistischen Revolution. Die Entwicklung der ersten sozialistischen Macht, ihre Siege, ihre Probleme und die Ursachen ihres Scheiterns konnten hier nur angedeutet werden.

Anhand dieser Erfahrungen wird deutlich, dass der Sieg einer sozialistischen Revolution und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auch unter Voraussetzungen möglich ist, die alles andere als optimal sind. Deshalb kann die Frage nach den Perspektiven des Sozialismus nicht beantwortet werden, wenn sie allein am Reifegrad des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte orientiert wird. Vielmehr ist es notwendig, die Gesamtheit der jeweils konkreten Voraussetzungen zu hinterfragen und anhand der in einer systematischen Analyse aufzudeckenden Widersprüche und des Reifegrades grundlegender Probleme zu prüfen, ob und inwieweit bereits ein Zustand erreicht ist, in dem eine revolutionäre Situation zur Revolution führt. Lenin kam auf Grund seiner Erfahrungen zu *„drei Hauptmerkmalen“*: *„1. Für die herrschenden Klassen ist es unmöglich, ihre Herrschaft unverändert aufrechtzuerhalten; die eine oder andere Krise der ‚oberen Schichten‘, eine Krise der Politik der herrschenden Klasse, die einen Riss entstehen lässt, durch den sich die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen Bahn bricht. Damit es zur Revolution kommt, genügt es in der Regel nicht, dass die ‚unteren Schichten‘ in der alten Weise ‚nicht leben wollen‘, es ist noch erforderlich, dass die ‚oberen Schichten‘ in der alten Weise ‚nicht leben können‘. 2. Die Not und das Elend der unterdrückten Klassen verschärfen sich über das gewöhnliche Maß hinaus. 3. Infolge der erwähnten Ursachen steigert sich erheblich die Aktivität der Massen, die sich in der ‚friedlichen‘ Epoche ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten dagegen sowohl durch die ganze Krisensituation als auch durch die ‚oberen Schichten‘ selbst zu selbständigem historischem Handeln gedrängt werden.“*²

¹ K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort, MEW Bd. 13, Berlin 1961, S. 9

² W.I. Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale, LW Bd. 21, Berlin 1960, S. 206

Dabei geht es nicht nur um die keinesfalls zu ignorierenden sozialökonomischen Entwicklungsunterschiede sondern auch um die spezifischen historischen Besonderheiten der gesellschaftlichen Entwicklung, um die auf dieser Grundlage entstandene Art und Weise der jeweiligen Klassenstruktur. Genau so wenig kann die Art und Weise ignoriert werden, in der sich die *„materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen“* widerspiegeln, *„worin sich die Menschen dieses Konflikts bewusst werden und ihn ausfechten.“*¹

Überträgt man diese Erfahrungen auf die Gegenwart wird deutlich, dass ein breites Spektrum verschiedener Szenarien zu erfassen und zu untersuchen ist, in dem die unterschiedlich gearteten Voraussetzungen und Ansätze revolutionärer Entwicklung zu erfassen sind. Zweifelsohne verdienen dabei die Umbrüche in der Entwicklung materiell-technischen Produktivkräfte zumindest eben so große Aufmerksamkeit, wie die der darauf beruhenden Verschiebungen in und zwischen den verschiedenen sozialen Klassen und Schichten. Erst und nur auf dieser Grundlage wird es überhaupt möglich, die technologischen und ökonomischen Hintergründe sozialer Umschichtungen, dadurch provozierte Klassenauseinandersetzungen und die damit untrennbar verbundenen Brüche in der Entwicklung der Interessen verschiedener Gruppen der Klasse der lohnabhängig Arbeitenden und im Entwicklungsstand ihres Klassenbewusstseins zu erfassen.

Eine derart gründliche Auseinandersetzung mit den jeweils konkret vorhandenen materiell-technischen, technologischen und ökonomischen Verhältnissen ist schon deshalb unerlässlich, weil die Ausarbeitung einer angesichts der bestehenden Machtverhältnisse überzeugenden revolutionären Alternative zu diesen Zuständen und den damit verbundenen sozialen Problemen nur auf dieser Grundlage erarbeitet werden kann. Erst durch eine gründliche Untersuchung können die Fragen nach dem Heranwachsen einer revolutionären Situation ernsthaft erörtert und nüchtern geprüft werden. Diese Arbeit ist schon deshalb von außerordentlicher Bedeutung, weil jegliche Oberflächlichkeit, alle Versuche, die eigenen Klassenkräfte und deren Bereitschaft sowie die der potentiell und tatsächlich verbündeten Kräfte zu überschätzen letztlich in ein nicht zu verantwortendes Abenteuer treiben.

Nicht weniger große Aufmerksamkeit verdient die nüchterne Einschätzung der Klassenkräfte des Gegners, die auf seiner Seite verfügbaren Mittel und Kräfte zur Unterdrückung revolutionärer Aktionen. Dabei können Erfahrungen aus den Auseinandersetzungen in der vorangehenden Phase einer relativ friedlichen Austragung im Verlauf von Demonstrationen und Kundgebungen nur bedingt herangezogen werden. Zugleich ist aber auch daran zu denken, dass es auch in den Reihen derer, die durch ihren Platz in dieser Gesellschaft auf der Seite des Gegners einzuordnen sind, nicht wenige gibt, die viel eher geneigt sind, revolutionäre Veränderungen zu unterstützen.

¹ K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort, MEW Bd. 13, Berlin 1961, S. 9

Szenario	<p>1</p> <p>mittel- bzw. langfristige Restauration eines von der USA dominierten globalisierten postindustriellen Imperialisismus</p>	<p>2</p> <p>Konflikte zwischen den US-amerikanischen, europäischen und asiatischen Zentralen dieses globalisierten Imperialisismus, die sich zu neoklassischen resp. 'modernern' Kriegen ausweiten</p>	<p>3</p> <p>revolutionäre Krisen in den Zentren und/oder an ihrer Peripherie in den sogenannten 'Schwellen-' bzw. 'Entwicklungsländern'</p>	<p>4</p> <p>Implosion des monetären und finanzwirtschaftlichen Systems des Imperialismus mit kaum kalkulierbaren Konsequenzen für die weitere gesellschaftliche Entwicklung</p>	<p>5</p> <p>Mischform aller skizzierten Szenarien mit regional unterschiedlich stark ausgeprägter Dominanz der verschiedenen Momente und Interdependenz dieses globalen Prozesse</p>
Technologische Grundstrukturen	<p>Technologische Verwertung atomarer, molekularer, biologischer und genetischer Eigenschaften zur Herstellung von 'Werkstoffen nach Maß' sowie zur Fertigung sich selbst optimierender automatisierter Systeme für Forschung und Entwicklung (F/E), Produktion, Marketing u. Dienstleistungen aller Art</p> <p>Einführung genetischer und biotechnologischer Verfahren in die landwirtschaftliche Produktion, die Herstellung und Verarbeitung von Roh- und Werkstoffen, insbesondere von Nahrungsgütern, Pharmazeutika, die Textilindustrie aber auch für die Abwasser- und Abproduktverarbeitung, die Gewinnung und Kultivierung reproduzierbarer Roh- und Werkstoffen</p> <p>Übergang zu global vernetzten informationstechnologischen Verbundsystemen für F/E, Konstruktion und Fertigung.</p>	<p>Alternativen zwischen a) revolutionäre Krisen in den High-tech-Zentren und b) Krisen der 'Peripherie' in veralteten Strukturen neokolonialistischer Abhängigkeit des Reproduktionsprozesses Wenn nur a), dann grundlegend neue Chancen, wenn nur b), dann Gefahr der Wiederholung von 1917-1990 Optimal wäre a) + b)!</p>	<p>Im günstigsten Falle wäre eine neue Qualität verantwortungsvollen Umganges mit der Gesamtheit des verfügbaren produktiven, informationellen und genetischen Reichtums möglich</p> <p>Infolge des Zusammenbruchs der bislang herrschenden Zivilisationskultur des Eigentums sind tiefgreifende Erschütterungen, Zerstörungen u. Rückfälle in nationalistische u. a. individual- u. gruppenegoistische Auseinandersetzungen real..</p>	<p>kaum kalkulierbare Entwicklung, da keine Erfahrungen über derartige Vorgänge verfügbar sind. Das schließt die Gefahr einer Zivilisationskrise ebenso ein, wie grundlegend neue Chancen zur perspektivischen Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Dabei könnte das bereits erreichte Niveau globaler Vergesellschaftung zum Ausgangspunkt einer qualitativ neuen Entwicklung werden, wenn der Handlungsrahmen im Sinne von Szenario 3 a) + b) d.h. durch aktive revolutionäre Veränderungen geprägt wird.</p>	<p>Weitere kontinentale u. regionale Differenzierung des wissenschaftlich-technologischen Entwicklungsniveaus mit allen sich daraus ergebenden latenten und akuten Problemen.</p> <p>Erst mittelfristig wird sich so die Einsicht und die Bereitschaft zu globaler Verantwortungsfähigkeit herausbilden.</p>
technologische Grundstrukturen	<p>Konzentration moderner kommerzieller Bildungseinrichtungen, High-Tech-Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und hochautomatisierter Verarbeitungszentren in infrastrukturell komplex entwickelten Ballungszentren, (z.B. 'blaue Banane')</p> <p>Systematische Reduktion des Aufwandes an lebendiger Arbeit durch Automatisierung von F/E, Fertigung, Transport</p>	<p>In Abhängigkeit von a), b) oder a) + b) könnten so - qualitativ neue ökonomische Voraussetzungen einer sozialistisch / kommunistischen Gesellschaft in einigen Ländern; - solidarische Notgemeinschaften mit mehr oder weniger deutlich ausgeprägter diktatorischer Deformierung ihrer demokratischen und sozialökonomischen Zielstellungen, - eine globale Solidargemeinschaft freier Völker, die sich bei der regionalen und kontinentalen Entwicklung menschenwürdiger Lebensbedingungen unterstützt</p>	<p>Die Natur wird in ihrer Gesamtheit als virtuelle Grundlage zur Schaffung materiellen, informationellen und genetischen Reichtums erschlossen</p> <p>Die Gefahren militärischer Konflikte gewinnen in dem Maße an Bedeutung, in dem die Zerstörungskraft der waffentechnische Entwicklung mit deutlich wachsender Tendenz zur Vernichtung der Existenzgrundlagen der Menschheit die Fragwürdigkeit militärischer Ziele immer offensichtlicher ad absurdum führen..</p>	<p>Die lebendige Arbeit wird funktional durch allgemeine und vergegenständlichte Arbeit verdrängt und verliert ihre Bedeutung als allgemeines Wertäquivalent. Das Kapital emanzipiert sich von lebendiger Arbeit</p>	<p>Alternative zwischen qualitativ neuen Chancen für eine Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, die allen Menschen den historischen erarbeiteten Reichtum produktiver Möglichkeiten wirklichung erschließt Und der Gefahr des Absturzes in die Barbarei !</p>
wirtschaftliche Grundstrukturen	<p>Die leistungsfähigste, ökologisch gefährlicher und risikoreicher Verfahren in Gebiete der 3. und 4. Welt</p> <p>- Billigstlieferung von Rohstoffen + Anheizung ethnischer u. a. Konflikte bis zu Kampfhandlg. + Rüstungsexport, militärisches 'Eingreifen'</p>	<p>Das Finanzkapital verselbständigt sich als spekulatives Instrument globaler Umverteilung materiellen, informationellen und genetischen Reichtums zugunsten der durch 'Eigentum' Privilegierten</p>	<p>Alternative zwischen qualitativ neuen Chancen für eine Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, die allen Menschen den historischen erarbeiteten Reichtum produktiver Möglichkeiten wirklichung erschließt Und der Gefahr des Absturzes in die Barbarei !</p>	<p>Alternative zwischen qualitativ neuen Chancen für eine Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, die allen Menschen den historischen erarbeiteten Reichtum produktiver Möglichkeiten wirklichung erschließt Und der Gefahr des Absturzes in die Barbarei !</p>	<p>Alternative zwischen qualitativ neuen Chancen für eine Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, die allen Menschen den historischen erarbeiteten Reichtum produktiver Möglichkeiten wirklichung erschließt Und der Gefahr des Absturzes in die Barbarei !</p>

1	2	3	4	5
<p>Uneingeschränkte Macht einer verschwindenden Minderheit über den im Verlauf der ganzen bisherigen Geschichte von allen Generationen der Menschheit geschaffenen Reichtum</p>	<p>Herausbildung neuer sozialer Widersprüche zwischen informationellen und genetischen Habenichtsen und denen, denen als Besitzer alle Chancen vorbehalten bleiben</p> <p>Privilegierung derer, die noch zu ≈ 20% gebraucht werden + Korrumpierung derer, die in den Zentren ausgehalten werden, Pauperisierung und sozialer Absturz in die Chancelosigkeit, für alle anderen:</p> <p>Globalisierte Klassenstrukturen mit High-tech-Zentren. Dort kommt eine Mehrheit der Weltbevölkerung, die zu ≈ 70% als pauperisiertes postindustrielles Proletariat (konzentriert in der '3. + 4. Welt') zu ≈ 13% als sozial korruptiertes Industrie-Proletariat (konzentriert in der '1. + 2. Welt') zu ≈ 2% als privilegiertes Management in Bildung, F/E, Prod. + Marketing (konzentriert i.d. '1. + 2. Welt') zu ≈ 10% als Pensionäre für Wahl- und andere Machtkämpfe instrumentalisiert (konzentriert in der '1. + 2. Welt') zu ≈ 4 % Kleinaktionäre u. -unternehmer (konzentriert in der '1. + 2. Welt') zu ≈ 0,9 Großaktionäre Unternehmer u. Großgrundbesitzer zu ≈ 0,03 % 'Superreiche', die über 7/8 des heute verfügbaren Reichtums kontrollieren</p>	<p>Im Falle von a) Chancen zum Abbau sozialer Differenzen und günstige Voraussetzungen für die Entstehung einer internationalen klassenlosen Solidargemeinschaft</p>	<p>Sozialstruktur einer sich aus historisch gewachsenen Entwicklungsunterschieden globalisierenden Übergangsgesellschaft, die mit der ganzen Breite sozialer, wirtschaftlicher, wissenschaftlich-technischer, ethnischer, religiöser und politischer Differenzen, Widersprüchen und Konflikten konfrontiert wird, aber über ausreichende produktive Ressourcen verfügt.</p>	<p>Sozialstruktur einer sich im Konflikt mit dem globalisierten Monopolkapital aus historisch gewachsenen Entwicklungsunterschieden regional bildenden Übergangsgesellschaft, die mit den härtesten sozialen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, ethnischen, religiösen und politischen Differenzen, Widersprüchen und Konflikten konfrontiert wäre, ohne über ausreichende Ressourcen zu ihrer Überwindung zu verfügen.</p>
<p>Die Ausbeutung allgemeiner Arbeit ver-wandelt sich in ein Instrument, das die ökonomischen Existenzgrundlagen ganzer Völker vernichtet. Neue Klassen gegenseitlich werden globalisiert</p>	<p>Die Ausbeutung allgemeiner Arbeit ver-wandelt sich in ein Instrument, das die ökonomischen Existenzgrundlagen ganzer Völker vernichtet. Neue Klassen gegenseitlich werden globalisiert</p>	<p>im Falle von a) + b) Herausbildung sozialökonomischer Solidargemeinschaft, die den materiellen, informationellen und genetischen Reichtum zur Entwicklung des gesundheitlichen Wohlergehens, für Bildung, Kultur und gesellschaftlichen Fortschritt einsetzt.</p>	<p>Sozialstruktur einer sich aus den historisch gewachsenen Entwicklungsunterschieden bildenden globalen Übergangsgesellschaft, die mit den sozialer, wirtschaftlicher, wissenschaftlich-technischer, ethnischer, religiöser und politischer Differenzen, Widersprüchen und Konflikten konfrontiert ist, aber über ausreichende produktive Ressourcen verfügt</p>	<p>Sozialstruktur einer sich aus den historisch gewachsenen Entwicklungsunterschieden bildenden globalen Übergangsgesellschaft, die mit den sozialer, wirtschaftlicher, wissenschaftlich-technischer, ethnischer, religiöser und politischer Differenzen, Widersprüchen und Konflikten konfrontiert ist, aber über ausreichende produktive Ressourcen verfügt</p>
<p>Weltherrschafts- und -eroberungspläne werden diskutiert und praktiziert. Das Menschen- und das Völkerrecht werden instrumentalisiert, um Vorwände für die militärische Durchsetzung der USA gegen realen und potentiellen Widerstand zu liefern. Die USA ist eine Supermacht, die Gefahr läuft, in faszinierenden Machtstrukturen zu einer Gefahr für die Menschheit zu werden.</p>	<p>Neopauperismus ganzer Völker + völkerwanderungsähnliche soziale Katastrophen an den Grenzen der 'hochentwickelten' Industriestaaten. Der sich zuspitzende Verteilungskampf um Arbeit und Privilegien führt zu einer assozialen Prästabilisierung von Massen eines deklassierten Kleinbürgertums und zur Faszinierung der politischen Verhältnisse.</p>	<p>Im Falle von a) und a) + b) schrittweise Entspannung der nationalen und internationalen Konflikte auf der Grundlage eines Interessenausgleiches -</p> <p>Im Falle von b): Neuaufgabe eines kalten u. Gefahr mehrerer 'heißer' Kriege zwischen revolutionierten und imperialistisch-teiglobalisierten Staaten.</p>		

soziale Perspektiven

politische Perspektiven

Manch einem mag die Vielschichtigkeit dieser Probleme eben so übertrieben erscheinen, wie die damit verbundenen Anstrengungen. Wer sich nicht nur ‚mal so‘ mit dieser Materie beschäftigt, sollte allen, die nach gar zu einfachen Lösungen entgegenhalten, was Marx zu solcherlei Herangehensweise zu sagen hatte: *„Die demokratischen ‚simpletons‘, denen die Erleuchtung ‚von oben‘ kommt, haben natürlich derartige Anstrengungen nicht nötig. Wofür sollen sie sich mit ökonomischem und historischem Material plagen, diese Sontagskinder? Es ist ja alles so einfach, pflegte der wackre Willich mir zu sagen. Alles so einfach! In diesen wüsten Köpfen. - Höchst einfache Kerls!“*¹

¹ K. Marx: Brief an J. Weydemeyer v. 27.6.1851, MEW Bd. 27, Berlin 1963, S. 559

TABELLEN

Tab. 1: Opfer des faschistischen Terrors von 1933-1945	42
Tab. 2: Opfer antifaschistischen Widerstandskampfes nach Parteizugehörigkeit und Motiven	43
Tab. 3: Verluste der UdSSR und Hitlerdeutschlands an der Ostfront 1941-1945	46
Tab. 4: Vergleich des Territoriums, der Bevölkerungsentwicklung und des Brutto-sozialproduktes der USA, der UdSSR und der VR China 1960-1990	111
Tab. 5: Übersicht zur Darstellung des militärischen Kräfteverhältnisses des Warschauer Vertragsstaaten und der NATO	132
Tab. 6: Proportionen der Umverteilung betrieblicher Gewinne in der UdSSR 1985 und 1990, der Inlandverschuldung des Staatshaushaltes (Mlrd. Rubel) in % des Bruttonationalproduktes	152
Tab. 7: Statistik der Übersiedlung aus der DDR	173
Tab. 8: Vermögensverteilung in Deutschland 1973-2013	194
Tab. 9: Zugewinne und Verluste der Vermögensanteile in Deutschland 1973-2013	194
Tab. 10: Kriegskosten der USA im Krieg gegen den Irak und gegen Afghanistan	225
Tab. 11: Liste der Kriege und bewaffneten Konflikte 2004	231
Tab. 12: BIP und BIP pro Kopf Russland, EU, Deutschland und USA 2004 bis 2013	246
Tab. 13: BIP und BIP pro Kopf China, Indien, Brasilien, Südafrika und Argentinien 2004 bis 2013	247
Tab. 14: Russland, Deutschland, USA - Handelsbilanzsaldo und Staatsschulden in Relation zum BIP von 2004 bis 2013	248
Tab. 15: Devisenreserven der solventesten Länder 2005 bis 2014 (in Mio. US-\$)	250
Tab. 16: Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zum Euromaidan und zur Integration in die EU nach Angaben aus gesamtukrainischen Befragungen zur öffentlichen Meinung	258
Tab. 17: Staatsschulden der Ukraine Januar bis August 2014 in Milliarden US-\$	299
Tab. 18: Verteilung der Einnahmen aus der Fertigung in der Dritten Welt	316

ABBILDUNGEN

Abb. 1: Verdeckte Vorbereitung eines Umsturzes – ein ‚Eisberg‘ des kalten Krieges	163
Abb. 2: Nachdem in der LVZ gefragt wurde: ‚Kannte Fischer den Inhalt des Rambouillet-Vertrags?‘ und nebenstehende Auszüge veröffentlicht wurden stellte es sich heraus dass der Bundestag über den Einsatz der Bundeswehr im Krieg gegen Jugoslawien abgestimmt hatte, ohne über diese Hintergründe informiert zu sein...	201
Abb. 3: Die Türme des World-Trade Centers zur Zeit des Angriffs	214
Abb. 4: Verschiebungen im Wahlverhalten bei den Präsidentenwahlen in der Ukraine 1991 bis 2004	239
Abb. 5: Ergebnisse der wiederholten Stichwahl vom 26.12.2004 nach der regionalen Verteilung des Abstimmungsverhaltens	240
Abb. 6: Ergebnisse der Präsidentenwahlen und der Stichwahl vom 7.2.2010 nach der regionalen Verteilung des Abstimmungsverhaltens	254
Abb. 7: Karte der in der Bevölkerung der Ukraine umgangssprachlich bevorzugten Sprache nach Ergebnissen der Befragung von 2003	275
Abb. 8: Schema des Modells der sozialökonomischen Gesellschaftsformation	314
Abb. 9: Gegenüberstellung der sozialökonomischen Grundstrukturen zeitgleich nebeneinander existierender Gesellschaftsordnungen ohne Berücksichtigung der zwischen diesen bestehenden Wechselbeziehungen	315

LITERATURVERZEICHNIS

- III. Financial Cost, unter: <http://img249.imageshack.us/img249/8502/costna4.jpg>
- 9/11 – WAS STECKT WIRKLICH DAHINTER? (ZERO: An Investigation into 9/11) – Deutsch, unter: <http://mediathek.vicente.at/911-was-steckt-wirklich-dahin-ter-zero-an-investigation-into-911-deutsch/>
- 11. September 2001, Breaking News: Terror gegen Amerika - Anschlag auf das Pentagon, unter: <http://www.rtl.de/cms/news/rtl-aktuell/11-09-2001-breaking-news-terror-gegen-amerika-e267-51ca-22-858354.html>
- Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs [Haager Landkriegsordnung], 18. Oktober 1907, unter: http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0201_haa_de.pdf
- AKTENZEICHEN 11. 9. UNGELÖST - LÜGEN UND ... - YouTube, zu sehen unter: <http://www.youtube.com/watch?v=gLYEku79egk>
- Allen Welsh Dulles, nach: http://de.wikipedia.org/wiki/Allen_Welsh_Dulles
- Andert / Herzberg: Der Sturz – Honecker im Kreuzverhör, Berlin und Weimar 1990
- Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt Chinas, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167156/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bruttoinlandsprodukt-in-china/>
- Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt Indiens, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/170838/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bruttoinlandsprodukt-indiens/>
- Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt Brasiliens, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/169880/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bruttoinlandsprodukt-brasiliens/>
- Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt Südafrikas, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/255145/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bruttoinlandsprodukt-bip-von-suedafrika/>
- Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt Russlands, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/171870/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bruttoinlandsprodukt-russlands/>
- Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt der USA, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/165838/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bruttoinlandsprodukt-der-usa/>
- Artikel von Till Schwarze Ergebnisse 1-71, unter: http://www.zeit.de/autoren/S/Till_Schwarze/index
- Auszüge aus dem ‚Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei‘, München, den 24. Februar 1920
- Bahar, A; Kugel, W.: Der Reichstagsbrand – wie Geschichte gemacht wird. Berlin 2001
- Bamford, J. Body of Secrets: Anatomy of the Ultra-Secret National Security Agency, unter: <http://hayaryakanch.files.wordpress.com/2013/06/body-of-secrets-anatomy-of-the-ultra-secret-national-security-agency-2002.pdf>
- ‚Basler Zeitung‘ vom 21.2.2014, unter: <http://opablog.net/2014/03/03/dokumentiert-die-vereinbarung-von-kiew-vom-21-2-2014/>
- Bauer, B. Entwaffnung und Verfassungsreform. Neue Züricher Zeitung 18.4.2014, unter: <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/entwaffnung-und-verfassungsreform-1.18286692>
- Bauer, R. Entwaffnung und Verfassungsreform. Neue Züricher Zeitung 18.4.2014, unter: <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/entwaffnung-und-verfassungsreform-1.18286692>
- Berg, M: Kalter Krieg: Wer ist Herr im Weißen Haus?, unter: <http://www.zeit.de/2008/37/Militar-Industriell-Komplex>
- Bergschicker, H.: Deutsche Chronik 1933 – 1945, Berlin 1988

- Bericht des Untersuchungsausschusses 5/1 ‚Rechtsterrorismus und Behörden-Sandeln‘ Mögliches Fehlverhalten der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden, einschließlich der zuständigen Ministerien unter Einschluss der politischen Leitungen, sowie der mit den Sicherheitsbehörden zusammenarbeitenden Personen (so genannte menschliche Quellen) im Zusammenhang mit Aktivitäten rechtsextremer Strukturen, insbesondere des "Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU) und des ‚Thüringer Heimatschutzes‘ (THS) und seiner Mitglieder sowie mögliche Fehler der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden bei der Aufklärung und Verfolgung der dem NSU und ihm verbundener Netzwerke zugerechneten Straftaten. THÜRINGER LANDTAG 5. Wahlperiode Drucksache 5/8080, S. 1330
- Beschluss des Plenums de ZK der KPdSU Über die verbrecherische partei- und staatsfeindliche Tätigkeit Berijas, in: Der Fall Berija – Protokoll einer Abrechnung, Berlin 1993
- Beschloss, R. / Talbott, S.: „Wie haben keine Zeit zu verlieren“ Das Ende des kalten Krieges (I), Der Spiegel 15/1993
- Betzien, H. Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte - Verlauf - Hintergründe, Berlin 2003
- Bilak, V. Wir riefen Moskau – Der ‚Prager Frühling‘ aus der Sicht eines Beteiligten, Berlin 2006
- Black, E. IBM und der Holocaust - Die Verstrickung des Weltkonzerns in die Verbrechen der Nazis (Aktualisierte Taschenbuchausgabe), Berlin 2001
- Body Count, Opferzahlen nach 10 Jahren „Krieg gegen den Terror“ Irak Afghanistan Pakistan S. 7, unter: http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Body_Count_Opferzahlen2012.pdf
- Dem Brechen nahe – aufgeblasener Ochsenfrisch, Der Spiegel 35/1949, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44438231.html>
- Brey,Th. Russland und die Nato: Der feine Unterschied Krim gleich Kosovo? Wer bricht Völker-recht?, unter: <http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.russland-und-die-nato-der-feine-unterschied-krim-gleich-kosovo-wer-bricht-voelkerrecht.909c2f3f-1628-457a-840a-d209e08e8d38.html>
- Bröckers, M.; Hauß, A.: Fakten, Fälschungen und die unterdrückten Beweise des 11.9., Frankfurt a.M., 2003
- Bröckers, M. Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9., Frankfurt a.M. 2002
- Bröckers, M. Die Wargames des 11. September, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/17/17622/1.html>
- Brünneck, A. v.: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1978
- Bruttoinlandsprodukt in Argentinien, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/254219/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-argentinien/>
- Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Argentinien, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/254227/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-pro-kopf-in-argentinien/>
- Bruttoinlandsprodukt in Brasilien, unter: <http://de.statista.com/daten/studie/19364/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-brasilien/>
- Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Brasilien, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/19406/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-brasilien/>
- Bruttoinlandsprodukt in China, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/19365/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-china/>
- Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in China, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/19407/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-china/>
- Bruttoinlandsprodukt in Indien, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/19369/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-indien/>

- Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Indien, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/19411/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-indien/>
 - Bruttoinlandsprodukt in Südafrika, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/254713/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-suedafrika/>
 - Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Südafrika. Unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/254714/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-pro-kopf-in-suedafrika/>
 - Bruttoinlandsprodukt in Russland, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/19373/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-russland/>;
 - Bruttoinlandsprodukt in Russland pro Kopf, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/19415/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-russland/>
 - Bruttoinlandsprodukt in der europäischen Union EU, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/222901/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-in-der-europaeischen-union-eu/>;
 - Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der europäischen Union unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/249069/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-pro-kopf-in-der-europaeischen-union-eu/>;
 - Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes seit dem Jahre 1991, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1251/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsproduktes-seit-dem-jahr-1991/>;
 - Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes seit dem Jahre 1991 pro Einwohner: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1252/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsproduktes-je-einwohner-seit-1991/>;
 - Bruttoinlandsprodukt in den USA, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14418/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-den-usa/>;
 - Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den USA, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14454/umfrage/bruttoinlandsprodukt-pro-kopf-in-den-usa/>
 - Bretton-Woods-System, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Bretton-Woods-System#Krise_und_Zusammenbruch
- Brzezinski, Z.: Die einzige Weltmacht – Amerikas Streben nach der Vorherrschaft, Weinheim und Berlin 1997
- Die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 – 1951, unter: <http://geschichtsverein-koengen.de/Adenauer.htm>
 - Bundeswehr - Ruhe vor dem Sturm - Der neue Verteidigungsminister kämpft gegen die Generäle und seinen Stellvertreter, den Außenminister. unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13679709.html>
 - Bush kündigt Beginn eines ‚Kriegs gegen den Terror‘ an - Rede des Präsidenten, unter: <http://usa.usembassy.de/etexts/docs/ga1-092001d.htm>
- Buyea, Th. Government Insider Says Bush Authorized 911 Attacks, unter: <http://rense.com/general57/aale.htm>
- BVerfGE 5, 85 - KPD-Verbotsurteil vom 17. August 1956, unter: <http://www.ml-werke.de/andere/kpdverbt.htm>
 - Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945, in: Menschenrechte – Dokumente und Deklarationen, Bonn 1991
 - Civilian casualties due to combat in Afghanistan from 2007 to 2013, unter: <http://www.statista.com/statistics/266300/civilians-killed-in-afghanistan-since-2007/>
- Chatzoudis, G.: Das Selbstbestimmungsrecht ist ein Stachel im Fleisch der Staatengemeinschaft" 03.04.2014, unter: http://www.lisa.gerda-henkel-stiftung.de/das_selbstbestimmungsrecht_ist_ein_stachel_im_fleisch_der_staetengemeinschaft?nav_id=4885
- Chomsky, N.: Wirtschaft und Gewalt – vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung, Lüneburg 2001
- Chossudovsky, M.: Der inszenierte Terrorismus; Die CIA und die Al-Qaida, unter: <http://www.globalresearch.ca/der-inszenierte-terrorimus-die-cia-und-al-qaida/9839>

- Chossudovsky, M.: Global brutal – Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg, Frankfurt a.M. 2002
- Czichon, E; Marohn, H.: Das Geschenk Die DDR im Perestroika-Ausverkauf, Köln 1999
- „Dann haben wir verloren“ Der Spiegel 49/1989
- Deist, W. Die militärischen Planungen des „Unternehmens Barbarossa“. In: Roland G. Foerster (Hg.): „Unternehmen Barbarossa“. Zum historischen Ort der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis Herbst 1941. München 1993, S.109-122 nach: Forum "Barbarossa": Beitrag 2 – 2001, unter: <http://www.historisches-centrum.de/forum/dorn01-1.html>
- Denkschrift Hermann Röchlings an Adolf Hitler: ‚Gedanken über die Vorbereitung zum Kriege und seine Durchführung‘ v. 17.8.1936, in: Deutsche Geschichte 1918-1933, Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Frankfurt a.M. 2002
 - Deutsche Geschichte 1933-1945, Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Frankfurt a.M. 2002
 - Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht, 20. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 13. März 2014, Plenarprotokoll 18/20, unter: <https://www.bundestag.de/blob/195772/2ef644e61fb6a2cb64388ddb0aedf0af/18020-data.txt>
- Dimitroff, G. Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin 1958, S. 629f, zitiert nach: J. Kuczynski: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Band 5 / 1918 - 1945, Wiesbaden o.J.
- Dimitroff, G. Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale, unter: <http://www.marxists.org/deutsch/referenz/dimitroff/1935/bericht/ch2a.htm>
- Dokumente zur Geschichte der SED, Band 2: 1945 bis 1971, Berlin 1988
 - Das Dossier Saddam, Spiegel 37/2002
 - H. Dürr: „Was man tun könnte“, Der Spiegel 45/1989
- Eberlein, W. Geboren am 7. November – Erinnerungen, Berlin 2000
- Emcke, C.; Hong, H.; Koch, D.; Simons, S.; Spörl, G.: „Wir werden zurückschlagen“, Der Spiegel 38/ 2001
- Engels, F. Revolution und Konterrevolution in Deutschland, MEW Bd. 8, Berlin 1960
- Engels, F. [Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1892 der „Lage der arbeitenden Klasse in England“!], MEW Bd. 2, Berlin 1962
- Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960 / Referat Walter Ulbrichts und Entschließung der 11. Tagung des ZK der SED, Berlin 1961
 - Erklärung der Rechte des Menschen und der Bürgers Art. 2, 26. August 1789, nach: W. Markov: Revolution im Zeugenstand – Frankreich 1789-1799, Band 2, Leipzig 1982
 - Der etwas andere Krieg, Der Spiegel 2/2000
- Feldmarschall Montgomery Viscount Montgomery of Alamein: Kriegsgeschichte – Weltgeschichte der Schlachten und Kriegszüge, London 1968
- Flottau, R; Follath, E; Klußmann, U; Mascolo, G; Mayr, W; Neef, Ch: Die Revolutions-GmbH, Der Spiegel 46/2005, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43103188.html>
- Frank, M. Walter Ulbricht – Eine deutsche Biographie, Berlin 2001
- Freedom House's programs, unter: http://www.freedomhouse.org/programs#.U_89K-nlp2s
- Frei, N.: Karrieren im Zwielficht – Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt a.M. 2001
- Friedhof der Invasoren – im Kampf gegen die Gotteskrieger und ihren Terroristen-Gast Bin Laden starteten Amerikaner und Briten die zweite Stufe ihrer militärischen Eskalation: den Bodenkrieg am Hindukusch. Das Risiko ist enorm, die Nordallianz noch kein schlagkräftiger Partner. Der Spiegel 43/2001
 - „Die Fronten sind überall“, Der Spiegel 37/1999,

- Ganser, D. All of the theories about 9/11 are conspiracy theories, unter: <http://911blogger.com/news/2008-04-21/daniele-ganser-all-theories-about-911-are-conspiracy-theories>
- Ganser, D. NATO-Geheimarmeen in Europa – inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung, Zürich 2008
- Gene Sharp, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Gene_Sharp#Wirkungsmacht
- „Gibt es einen Ort für vernünftige Menschen“ Neues Deutschland (ND) 7.1.1997
- Gorbatschow, M.S.: Gipfelgespräche – Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993
- Gorbatschow, M.: Die Grundfragen der Wirtschaftspolitik der Partei, in: M. Gorbatschow: Reden und Aufsätze zu Glasnost und Perestroika, Moskau 1989, S. 54ff, siehe auch: M. Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995
- Gorbatschow, M.: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Berlin 1987,
- Gössner, R. Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges, Berlin 1998
- Gossweiler, K.: Zur Vorgeschichte des 13. August 1961, unter: <http://www.kurt-gossweiler.de/artikel/13aug61.pdf>
- Grimmer, R; Irmeler, W; Opitz, W; Schwanitz, W: Die Sicherheit – Zur Abwehrarbeit des MfS. Bd. 1, Berlin 2002
- Grabka, M.M. Die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland. Anteil des Nettovermögens am Gesamtvermögen nach Dezilen, S. 37, unter: https://www.diw.de/documents/vortragsdokumente/220/diw_01.c.388794.de/v_2011_grabka_einkommensverteilung_paderborn.pdf
- Greven, L. Putin verstehen mit Gerhard Schröder, unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/ukraine-russland-putin-schroeder>
- Großmann, W.: Bonn im Blick – Die DDR-Aufklärung aus der Sicht ihres letzten Chefs, Berlin 2001
- ‚Das ist Großmannssucht‘, Der Spiegel 44/2007
- Gyurkó, L. János Kádár – Porträtskizze auf historischem Hintergrund, Budapest 1988
- Hager, K. Erinnerungen, Leipzig 1996
- Hahn, F. Waffen und Geheimwaffen des deutschen Heeres 1933-1945, Band 2: Panzer- und Sonderfahrzeuge, ‚Wunderwaffen‘, Verbräuche und Verluste, Bonn 1998
- Richard Helms, nach: http://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Helms
- Hera, R. Hera Research: Der Todeskampf des US-Dollars: Vom Goldstandard zum Bleistandard - Das kostspielige Ende des Dollarimperiums: Der Goldpreis und der Ölpreis veranschaulichen die Hintergründe, 12.04.2012, unter: <http://www.propagandafront.de/1107750/der-todeskampf-des-us-dollars-vomgoldstandard-zum-bleistandard.html>
- Hesse, K. Kritik der politischen Ökonomie heute – Heft 3: Der Imperialismus, Leipzig 2014
- Hesse, K. Zur Geschichte der UdSSR und der KPdSU, Über erste praktische Erfahrungen mit dem Sozialismus, Fragen zur historischen Wahrheit, zu Hintergründen der Siege, der Niederlage und des Scheiterns ... Teil 1.1 Von den Anfängen bis 1941, Leipzig 2012, unter: http://www.kommmitter.de/Buecher/Zur%20Geschichte%20der%20UdSSR%20und%20der%20KPdSU_B_%201.1.pdf;
- Hesse, K. Faschismus und Neonazis, Hintergründe, Wirkungsmechanismen, Ideologie und Praxis, Leipzig 2008
- Hesse, K. Zur Geschichte der UdSSR und der KPdSU, Über erste praktische Erfahrungen mit dem Sozialismus, Fragen zur historischen Wahrheit, zu Hintergründen der Siege, der Niederlage und des Scheiterns ... Teil 1.2: Der Große Vaterländische Krieg, unter: http://www.kommmitter.de/Buecher/Zur%20Geschichte%20der%20UdSSR%20und%20der%20KPdSU_B_%201.2.pdf;
- Hesse, K. Zur Geschichte der UdSSR und der KPdSU, Über erste praktische Erfahrungen mit dem Sozialismus, Fragen zur historischen Wahrheit, zu Hintergründen der Siege, der Niederlage und des Scheiterns ... Teil 1.3: Nach dem Sieg bis zum

- Tode Stalins, unter: http://data8.blog.de/media/521/6798521_3ad5b25d83_d.pdf;
- Hesse, K. Zur Geschichte der UdSSR und der KPdSU, Über erste praktische Erfahrungen mit dem Sozialismus, Fragen zur historischen Wahrheit, zu Hintergründen der Siege, der Niederlage und des Scheiterns ... Teil 2: 1953-1964, Leipzig 2013
- Horak, K. ‚Rude Pravo‘: „Wie waren die Worte und wie waren die Taten – Die Wahrheit über das ‚Aktionsprogramm‘ 1968“, Neues Deutschland (ND) vom 9./10.4. 1988
- Hildmann, T. Britischer Reporter entlarvt in TV-Show die Wahrheit über Kiewer Lügen, unter: <http://www.neopresse.com/politik/britischer-reporter-entlarvt-in-tv-show-die-wahrheit-ueber-kiewer-luegen/>
- Hippler, J. Afghanistan: Von der Volksdemokratie bis zur Herrschaft der Taliban, http://www.jochenhippler.de/Aufsätze/Afghanistan_Von_der_Volksdem/afghanistan_von_der_volksdem.html
- Hitchens, Ch.: Die Akte Kissinger, München 2001
- Holmes and Dixon: Behind the US War in Afghanistan, Sydney 2002, S. 29, zitiert nach: J. Pilger : Verdeckte Ziele – über den modernen Imperialismus, Frankfurt a.M. 2004
- Honecker, E.: Moabiter Notizen – Letztes schriftliches Zeugnis und Gesprächsprotokolle vom BRD-Besuch 1987 aus dem persönlichen Besitz Erich Honeckers, Berlin 1994
- Hopsicker, D.: Welcome to TERROR LAND – Mohammed Atta und seine amerikanischen Helfer, Frankfurt a.M. 2004
- Hubatsch, W.: Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945, Bonn o.J.
- Hufschmid, E.: Time for Painful Questions (Zeit für schmerzhaftige Fragen). Hintergründe der Anschläge vom 11. September 2001 und der laufenden US-Politik, unter: http://www.jwdt.com/~paysan/bush/11_september.pdf
- Der Irak – ein belagertes Land - Vorgeschichte und Hintergründe eines angekündigten Krieges, unter: http://www.embargos.de/irak/irak_belagert_votr_ha0802.htm
- Ihlau, O.; v. Isemann, S.; Klussmann, U.; Neef, Ch.; Mayr, W.; Spörl, G.: Eine Region in Brand – Debakel am Hindukusch: Die Supermacht Amerika droht sich in Afghanistan zu verstricken wie einst die Sowjetunion. Washington forciert die Bodenkampagne, doch die Gotteskrieger halten stand. Sie bekommen Zulauf aus dem von inneren Unruhen aufgewühlten Pakistan, Der Spiegel 45/2001
- Im Eiltempo aus der Staatskrise, unter: http://www.deutschlandfunk.de/ukraine-im-eiltempo-aus-derstaatskrise.1818.de.html?dram:article_id=278095
- INNENSTADT AUßER KONTROLLE 67 Tote - Innenminister verteilte Waffen an Sicherheitsleute, unter: <http://www.mopo.de/politik---wirtschaft/innenstadt-ausser-kontrolle--67-tote---innenminister-verteilte-waffen-an-sicherheitsleute,5066858,26296138.html>
- Interview mit Heinz Loquai: Es gab keine "Humanitäre Katastrophe" die einen Krieg rechtfertigte, unter: <http://www.friedenskooperative.de/ff/ff01/2-50.htm>
- Ist Schlosser Schermer nun überzeugt?, ND vom 3.6.1953
- Jakowlew, A.: Der Sozialismus der Gegenwart braucht ein tiefere Verständnis seiner selbst, Moskau 1987
- Jakowlew, A.N.: Ein Jahrhundert der Gewalt in Sowjetrussland und ders.: Die Abgründe meines Jahrhunderts, zitiert nach: H. Schützler: Dämonischer Wahnsinn – Alexander Jakowlew sinniert über ein Jahrhundert der Gewalt in Sowjetrussland, ND v. 10.3.2005
- Jugoslawische Volksarmee, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Jugoslawische_Volksarmee
- Jugoslawienkriege unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Jugoslawienkrieg>
- Justiz, unter: <http://www.gedenkbuch-wuppertal.de/de/justiz>
- „Die Katastrophe ist da“, in: Der Spiegel 46/1989

- Karzai, Hamid – Khan, Royalist, Pashtune, Übergangsregierungschef (Hamed Karsai), unter: http://www.afghanistan-seiten.de/afghanistan/bios_karzai.html
- Keefe, M. Petrodollars and Nuclear Weapons Proliferation: Understanding the Planned Assault on Iran. Global Research, February 10, 2006
- Kellerhoff, S.F.: 21.27 Uhr war der Plenarsaal ein Flammenmeer, Ende Februar 1933 legte ein junger holländischer Anarchist im Berliner Reichstagsgebäude Feuer. Er wollte gegen die Regierung Hitler protestieren – und spielte den Nationalsozialisten in die Hände. unter: <http://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article113959804/21-27-Uhr-war-der-Plenarsaal-ein-Flammenmeer.html>
- Kennan, G.F. Über Potsdam, unter: http://www.zum.de/psm/n45/kennan1_n45_al.php
- Kennan, G. The Long Telegram, Moskau 22.2.1946, unter: <http://www.ntanet.net/KENNAN.html>
- Kessler, H. Zur Sache und zur Person – Erinnerungen, Berlin 1997
- Kiew-Liveblog: Janukowitsch sagt Opposition den Kampf an, unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-02/Kiew-Ukraine-Ausschreitungen>,
- Kissinger, H.: Die Herausforderung Amerikas – Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Berlin 2003
- Die Klitschko– E-Mails zeigen wie Klitschko für Geld sein Land an die NATO verriet, veröffentlicht am 1. März 2014 von admin „Hinter der Fichte“ Freitag, 28. Februar 2014, unter: <http://www.chemtrail.de/?p=6788>
- Koch, E.R.; Wech, M.: Deckname Artischocke – Die geheimen Menschenversuche der CIA, München 2002
- Kogon, E. Der SS-Staat - Das System der deutschen Konzentrationslager, München 2001
- Kommunique des Politbüros des ZK der SED vom 9.6.1953, ND vom 12.6.1953
- KOMMUNISTEN / JUGOSLAWIEN Die Mäuse tanzen Die Rache der Partisanen Die Illusion vom Sozialismus, Der Spiegel 2/1955, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-31968837.html>
- Die konterrevolutionären Kräfte bei den Oktoberereignissen in Ungarn I, Felelős kiadó: a Magyar Népköztársaság Minisztertanácsa Tájékoztatói Hivatala, o.O., o.J.,
- Kotschemassow, W.: Meine letzte Mission, Berlin 1994
- KPD-Verbot, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/KPD-Verbot>
- krakauer Skompromitowane USA, NATO i UE mogą pocałować rosyjskiego misia w dupę!, unter: <http://obserwatorpolityczny.pl/?p=19697>
- Krenz, E.: Herbst `89, Berlin 1999
- Kriegesopfer im Irak: Forscher bezweifeln Zahl von 650.000 Toten, Der Spiegel vom 6.3.2007, unter: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/kriegesopfer-im-irak-forscher-bezweifeln-zahl-von-650-000-toten-a-470099.html>
- Küchholz, J. Die Rosenrevolution in Georgien – Ausdruck der Demokratie oder ein von den USA erkaufter Putsch?, unter: <http://www.oei.fu-berlin.de/politik/publikationen/AP49-3.pdf>
- Kuhlmann, A.: Nach dem Ende des Kalten Krieges: Das Unbehagen in der liberalen Kultur: Fehlt uns der Feind? unter: <http://www.zeit.de/1992/43/fehlt-uns-der-feind>
- Kühnl, R. Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1977
- Laute Warnung – nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Adamec wurde in Prag nochmals ein Kommunist mit der Regierungsbildung beauftragt, Der Spiegel 50/1989
- Lenin, W.I. Briefe über die Taktik, LW. Bd. 24, Berlin 1959
- Lenin, W.I. Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes, in: LW Bd. 26, Berlin 1972
- Lenin, W.I. Die revolutionären Marxisten auf der internationalen sozialistischen Konferenz vom 5.-8. September 1915, LW Bd. 21, Berlin 1960
- Lenin, W.I. Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (gemeinverständlicher Abriss), LW Bd. 22, Berlin 1960

- Lenin, W.I. Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, LW Bd. 24, Berlin 1959
- Lenin, W.I. Über die Doppelherrschaft, LW. Bd. 24, Berlin 1959
- Lenin, W.I. Der Zusammenbruch der II. Internationale, LW Bd. 21, Berlin 1960
- Liste der Kriege und Schlachten im 20. und 21. Jahrhundert, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Kriege_und_Schlachten_im_20._und_21._Jahrhundert
- ‚Liste sozialistischer Staaten‘, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_sozialistischer_Staaten
- Luxemburg, R.: Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in Berlin I. Rede für die Beteiligung der KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung, in: in: R. Luxemburg: Gesammelte Werke Band 4 August 1915 bis Januar 1919, Berlin 1990
- Luxemburg, R.: Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 in Berlin III Unser Programm und die politische Situation, in: in: R. Luxemburg: Gesammelte Werke Band 4 August 1915 bis Januar 1919, Berlin 1990
- Luxemburg, R.: Zur russischen Revolution, in: R. Luxemburg: Gesammelte Werke Band 4 August 1915 bis Januar 1919, Berlin 1990
- Mahlow; B.: Brzezinskis Visionen, unter: http://www.icarus.gbmev.de/sites/icarus_2012_2_Brzezinski_s_Visionen.htm
- Malanowski, W.: Einer muss der Bluthund werden, Der Spiegel 28.3.1998, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13528846.html>
- Majorow, B. Zur Vorgeschichte der ungarischen Konterrevolution von 1956, RotFuchs Nr. 89
- Majorow, B. Die erste Etappe der ungarischen Konterrevolution von 1956, RotFuchs Nr. 90
- Majorow, B. Die zweite Phase der ungarischen Konterrevolution 1956, RotFuchs Nr. 91,
- Majorow, B. Die Niederwerfung der ungarischen Konterrevolution 1956, RotFuchs Nr. 92
- Malaysia-Airlines-Flug 17, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Malaysia-Airlines-Flug_17#Erste_politische_Reaktionen
- Mandel, M. Pax Pentagon – Wie die USA den Krieg als Frieden verkaufen, Frankfurt a.M. 2005
- Marinin, V. Nuclear Submarine Construction in Russia, in: Military-Parade, Журнал военно-промышленного комплекса, March-April 1995
- Marshallplan, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Marshallplan>
- Marx, K.; Engels, F.: Manifest der Kommunistischen Partei. MEW Bd. 4 Berlin 1959
- Marx, K. Brief an J. Weydemeyer v. 27.6.1851, MEW Bd. 27, Berlin 1963
- Marx, K. Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, MEW Bd. 7, Berlin 1960
- Marx, K. Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort, MEW Bd. 13, Berlin 1961
- Mátyás Rákosi übt Selbstkritik, 18. Juli 1956, unter: http://www.zeitgeschichte-online.de/portals/_ungarn1956/documents/chronik/rakosi_selbstkritik_180756.html
- Meister, G. Lichtsignale vom Nikolaikirchturm, in: Spurensicherung – Zeitzeugen zum 17. Juni 1953, Schkeuditz 1999
- Merkel warnt vor Gewalt gegen ukrainische Demonstranten, unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-12/ukraine-protest-merkel-kritik-janukowitsch>
- Meyssan, Th. CIA koordiniert Nazis und Dschihadisten, unter: <http://www.voltairenet.org/article183851.html>
- Micheil Saakaschwili, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Micheil_Saakaschwili
- Mihály, K. Hit, illuziók nélkül, (Glaube ohne Illusionen), Budapest 1977
- Milosevic in seiner Rede vor dem Haager Tribunal, nach: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/un-tribunal-in-den-haag-milosevic-deutschland->

- veru rsachte-balkankrieg-1175133.html?service=json&fullhash=qwervf2352642z.23 4tawt
- Minutenprotokoll des Tages aus Kiew [23.2.2014] aktualisiert 23:06, unter: <http://www.russland.ru/minutenprotokoll-des-tages-aus-kiew-23-2-2014-aktualisiert-0943/>
 - Minutenprotokoll des Tages [15.4.2014], unter: <http://www.russland.ru/minutenprotokoll-des-tages-15-4-2014-aktualisiert-1002/>
 - Mit leeren Taschen – Der Jubel über die Öffnung der DDR-Grenzen ist verklungen – in Bonn setzt Ernüchterung ein, Der Spiegel 47/1989
 - Mittleres EG-Niveau, Der Spiegel 44/1989
- Modrow, H.: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991
- Moser, A. Territoriale Integrität? Es gibt Wichtigeres, 29.2.2014, unter: <http://www.cartainfo/71284/territoriale-integritat-es-gibt-wichtigeres/>
- Moskau ist über die Erklärung des US-Präsidenten Barack Obama erstaunt, laut der die Entscheidung über die Unabhängigkeit der Region bei einem Referendum vor Ort und in Abstimmung mit der Nato sowie mit den Nachbarländern getroffen wurde. unter: http://german.ruvr.ru/news/2014_03_28/Moskau-uber-Obamas-Erklarung-zu-Kosovo-erstaunt-9727/
- Napoleoni, L.: Die Ökonomie des Terrors – Auf den Spuren der Dollars hinter dem Terrorismus, München 2004
- National Defense (050) Budget Authority, FY 1946-FY 2013', unter: http://www.csbaonline.org/4Publications/PubLibrary/U.20080331.FY_09_Request_in_T/U.20080331.FY_09_Request_in_T.pdf
- Neubert, H.; Wolkow, W.: Stalin wollte ein anderes Europa – Moskaus Außenpolitik 1940-68, Berlin 2003
- Neue Zusammenstöße in Kiew - Die Waffenruhe hielt nur eine Nacht, unter: http://www.t-online.de/nachrichten/specials/id_68156484/ukraine-lage-in-kiew-geraet-trotz-waffenruhe-ausser-kontrolle.html
 - Neues Deutschland (ND) vom 1.7.1956
 - Neues Deutschland (ND) vom 26.10. bis zum 2.11.1956
 - Paul Nitze, nach: http://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Nitze
- Noske, G. Die Abwehr des Bolschewismus, in: Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928, Berlin 1928
- NSC 68: United States Objectives and Programs for National Security – Terms of Reference, unter: <https://www.fas.org/irp/offdocs/nsc-hst/nsc-68-t.htm>
 - ,Number of documented civilian deaths in the Iraq war from 2003 to 2014', unter: <http://www.statista.com/statistics/269729/documented-civilian-deaths-in-iraq-war-since-2003/>
 - Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vom 14.11.1945 – 1.10.1946, Statut für den Internationalen Militärgerichtshof, Band I, Nürnberg 1947
- Oldenburg, F.S.: Ein Maulwurf oder Erleuchteter, ND v. 29.1.2004
- ,Operation Northwoods', unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Northwoods
 - Orange Revolution, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Orange_Revolution
 - Osame war ein guter Kumpel" Ex Premier Gulbuddin Hekmatjar über Terroristen, den Krieg und die Zukunft Afghanistans, Der Spiegel 42/2001
- Oschlies, W. Volksdeutsche Manipuliermasse in der SS-Division „Prinz Eugen“ unter: <http://www.shoa.de/content/view/521/60/>
- Pätzold, K; Weißbecker, W.: Hakenkreuz und Totenkopf – Die Partei des Verbrechens, Berlin 1981
- Pellmann, D.: Herbst-Sturm über Ostdeutschland – eine kommentierte Chronik, Einspruch Leipziger Hefte, Leipzig 1992, Heft 6

- Perthes, V. Politischer Umbruch im Nahen Osten – Die Neuordnung der Welt, unter: <http://de.qantara.de/content/politischer-umbruch-im-nahen-osten-die-neuordnung-der-welt>
- Pientka, K. Ein ‚Toter‘ saß im Gerichtssaal, in: Spurensicherung – Zeitzeugen zum 17. Juni 1953, Schkeuditz 1999
- Poroschenko plant Feuerpause und feuert Außenminister, unter: http://de.ria.ru/zeitungen/2014061_9/268797008.html
 - Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Angenommen vom XXVII. Parteitag der KPdSU, in: XXVII. Parteitag der KPdSU – Dokumente, Berlin 1986
 - Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 24.2.1920
- Putrament, J.: Ein halbes Jahrhundert – Memoiren 1950-1956, 2. Buch, Berlin 1982
- Putrament, J.: Ein halbes Jahrhundert – Memoiren 1950-1956, 3. Buch, Berlin 1984
- Redaktionskollegium: Geschichte der neuesten Zeit Teil I 1917-1939, Berlin 1961
- Redaktionskollegium: Weltgeschichte in zehn Bänden, Band 10, Berlin 1965
- Der ‚Reichenau-Befehl‘ - Das Verhalten der Truppe im Ostraum, unter: <http://www.ns-archiv.de/krieg/untermenschen/reichenau-befehl.php>
 - Reichen-Liste - 120 geheime Milliardäre in Deutschland?, unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article114003352/120-geheime-Milliardaere-in-Deutschland.html>
- Rief, N. US-Rüstungsindustrie: Das große Geld mit dem Krieg, Die Presse vom 5.8.2007, unter: http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/321557/US-Rustungsindustrie_Das-grosse-Geld-mit-dem-Krieg
- Ritz, H.: Warum der Westen Russland braucht – die erstaunliche Wandlung des Zbigniew Brzezinski, unter: <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2012/juli/warum-der-westen-russland-braucht>
- Rede von Slobodan Milosevic anlässlich der 600 jährigen Gedächtnisfeier der ‚Schlacht auf dem Amsselfeld‘, unter: <http://www.friwe.at/jugoslawien/archiv/milosevic.rtf>
- Reuth, R.G. / Bönnte, A.: Das Komplott – wie es wirklich zur deutschen Einheit kam, München 1993
- Röhl, B. Der Spekulant Marx, unter: <http://www.wiwo.de/politik/europa/bettina-roehl-direkt-revolutionen-als-die-lokomotiven-der-geschichte/7025266-3.html>
- Rohr, M. v. Mohammeds Früchte, Der Spiegel 11/2011, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-77435198.html>
- Rozsyai, E. Brief an K. Gossweiler, in: Rotfuchs Nr. 98
- Rühe, V.: Zbigniew Brzezinski stellt ein strategisches Konzept für globale Sicherheit vor, unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/2.1715/rezension-sachbuch-stabilitaet-durch-ein-neues-gleichgewicht-11316072.html>
- ‚Russland eliminieren‘ – Die britischen Geheimdienste drängen die Regierung Blair, die Veröffentlichung von Dokumenten über ihre dubiosen Auslandsoperationen zu verbieten. Sie haben aus gutem Grund Angst vor Blamagen, Der Spiegel 43/1998
 - „Russland wird auferstehen“ – Michael Gorbatschow über die Politik Jelzins und über seine Chancen einer Rückkehr zur Macht, Der Spiegel 3/1993
- Scharping, R. „Der Stein auf unserer Seele. Deutschland und der gerechte Krieg - Eine Antwort an György Konrád“, in: Frank Schirrmacher (Hg.): *Der westliche Kreuzzug. 41 Positionen zum Kosovo-Krieg*, Stuttgart 1999, S.132f. nach: Jürgen Rose: Warum die NATO Jugoslawien angriff
- Schewardnadse, E.: „Das ist meine Tragödie“ – der frühere Außenminister Edward Schewardnadse über seinen Rücktritt und die Krise in der Sowjetunion, Der Spiegel 22/1991

- Schirdewan, K.: Über die Abänderungen am Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands - Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1954
- Schmid, K. Ein Film über den 11.9. und seine Folgen, 26.10.2003, unter: <http://www.heise.de/tp/artikel/15/15909/1.html>
- Schneider, H. 3787 Tage - unter Stalins Knute, unter: http://209.85.129.104/search?q=cache:EpcAxcQG_LcJ:kazachestvo.org/PORTAL/request.php%3F54+Rittmeister+zur+M%C3%BChlen+Estland&hl=de&ct=clnk&cd=&gl=de&client=firefox-a
- Scholl-Latour, P.: Russland im Zwangsgriff, Berlin 2014
- „Schön, ich gab die DDR weg“ – Nikolai Gorbatschow über seine Rolle bei der deutschen Vereinigung, Spiegel – Gespräch, Der Spiegel 40/1995
 - Schröder zur Krim-Krise - Altkanzler nimmt Putin in Schutz, unter: http://www.t-online.de/nachrichten/specials/id_68404174/schroeder-zur-krim-krise-putin-verstoest-gegen-das-voelkerrecht-na-und-.html
- Schwarz, P.: Wie der Balkankrieg vorbereitet wurde – Das Abkommen von Rambouillet sah die Besetzung von ganz Jugoslawien vor, unter: <http://www.wsws.org/de/1999/apr1999/ramb-a.13.shtml>
- Schwarze, T.: USA nach dem 11. September 2001 – Der Verfall einer Supermacht, unter: <http://www.n-tv.de/politik/119/Der-Verfall-einer-Supermacht-article4260276.html>
- Sik, O. Interview mit O. Sik: "Wer will denn heute den Mischmasch aus Plan und Markt?", in: Die Welt 5.11.1990, zitiert nach: K. Kukuk: Nachbetrachtung zu Bilak, V.: Wir riefen Moskau – Der ‚Prager Frühling‘ aus der Sicht eines Beteiligten
- Skepsis in Sachen »11. September« US-Wissenschaftler hinterfragen die offizielle Darstellung des Angriffs auf die New Yorker Zwillingstürme, unter: <http://www.das-gibts-doch-nicht.info/seite3789.php>
 - So wurde Deutschland gespalten, Berlin 1966
- Sorge, R. Der neue deutsche Imperialismus, Berlin 1988
- Soros, G. Die Krise des globalen Kapitalismus – offene Gesellschaft in Gefahr, Berlin 1998
- Soros, G. Die offene Gesellschaft – für eine Reform des globalen Kapitalismus, Berlin 2001
- Soros, G. Der Globalisierungsreport – Weltwirtschaft auf dem Prüfstand, Berlin 2002
- Der Spiegel 33/1989
 - Die Spur führt zum CIA - Das ARD-Magazin Monitor fasst zusammen, unter: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Biowaffen/monitor.html>
- Stiffel, K. Über 10.000 Opfer der Justiz des kalten Krieges, unter: http://www.archiv.ruhrecho.de/Uber_10000_Opfer_der_Justiz_des_kalten_Krieges.pdf
- Streck, R. Heuchelei zu Krim-Unabhängigkeitsbestrebungen, 15.3.2014, unter: <http://www.heise.de/tp/artikel/41/41251/1.html> / Kosovo hat die Büchse der Pandora geöffnet, unter: <http://www.heise.de/tp/artikel/41/41251/2.html>
- Stuchtey, T. Globale makroökonomische Ungleichgewichte und ihre Effekte auf die nationale und innere Sicherheit, unter: http://www.bigs-potsdam.org/files/BIGS_Essenz_Nr_4_Globale-Ungleichgewichte-und-Sicherheit_Druckversion.pdf
- Supercomputer, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Supercomputer>
 - Swiad Gamsachurdia, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Swiad_Gamsachurdia
- Thränert, O. Rezension zu Z. Brzezinskis ‚Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft, in: International Politics and Society 1/1998, unter: http://www.fes.de/ipg/rez_thra.html
- Tiedke, K. Doppelzüngler der schlimmsten Sorte, ND v. 10.2.2004,
- Tim Weiner, nach: http://de.wikipedia.org/wiki/Tim_Weiner
 - Tito – die beste Propaganda, Der Spiegel 8/1950, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44447320.html>

- Tittytainment, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Tittytainment>
- Total violent deaths including combatants 2003-2013, unter: <https://www.iraqbodycount.org/>
- Trip report E.W. Dijkstra: NATO Summer School Marktoberdorf 1975., unter: <http://www.cs.utexas.edu/~EWD/transcriptions/EWD05xx/EWD506.html>
- Udry, C.-A. Ungarn 1956: eine Revolution wird entstellt, unter: [http://bfs-zh.ch/Themen/Geschichte/ Ungarn%201956_Eine%20Revolution%20wird%20entstellt.htm](http://bfs-zh.ch/Themen/Geschichte/Ungarn%201956_Eine%20Revolution%20wird%20entstellt.htm)
- Ukraine: Abkommen mit EU wieder in Reichweite, unter: <http://www.srf.ch/news/international/ukraine-abkommen-mit-eu-wieder-in-reichweite>
- Ukraine-Krise beschert der NATO neuen Lebenszweck, unter: http://www.t-online.de/nachrichten/specials/id_68_565180/ukraine-krise-beschert-der-nato-neuen-lebenszweck.html
- Ukrainische Armee vermeldet Erfolg "Stehen kurz vor Einnahme von Donezk", unter: http://www.t-online.de/nachrichten/specials/id_70586002/ukrainische-armee-stehen-kurz-vor-einnahme-von-donezk-.html
- Ulbricht, W. Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: W. Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Aus Reden und Aufsätzen, Berlin 1958
- Ulbricht, W. Neuen Erfolgen entgegen! Schlusswort nach Abschluss der Diskussion zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees auf dem IV. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1954
- Umland; A. Westliche Förderprogramme in der Ukraine Einblicke in die europäisch-nord-amerikanische Unterstützung ukrainischer Reformbestrebungen seit 1991, in: Forschungsstelle Osteuropa Bremen Arbeitspapiere und Materialien Nr. 63 – Dezember 2004, unter: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/UserFiles/file/06-Publikationen/Arbeitspapiere/fsoAP63.pdf>
- Umsturz in der Ukraine – Präsident Janukowitsch entgleitet die Macht – zum Rücktritt ist er jedoch nicht bereit. Die Polizei stellte sich auf die Seite der Opposition. Julia Timoschenko soll umgehend aus der Haft freikommen. 22.2.2014, unter: <http://www.dw.de/umsturz-in-der-ukraine/a-17450903>
- Unmenschlichkeit als System – Dokumentarbericht über die ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e.V.‘ Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2-4, Berlin 1957
- USA - Erlassjahr 2015? Washingtons erodierende Vorherrschaft und der Kreuz-zug zum Erhalt der Dollarhegemonie, IMI-Studie 2006/05 – vom 19.8.2006, unter: <http://www.imi-online.de/2006.php3?id=1368>
- USA: Verteilung der Exportgüter im Jahr 2009, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/65931/umfrage/verteilung-der-exportgueter-der-usa/>
- US Gross Domestic Product GDP History, unter: http://www.usgovernmentspending.com/us_gdp_history
- U.S. OBJECTIVES WITH RESPECT TO RUSSIA - TOPSECRET August 18, 1948 [Source; Records of the National Security Council on deposit in the Modern Military Records Branch, National Archives, Washington. D.C.], unter: http://www.sakva.ru/Nick/NSC_20_1.html
- U.S. war costs in Iraq and Afghanistan from 2003 to 2014 (in billion U.S. dollars), unter: <http://www.statista.com/statistics/271526/us-war-costs-in-iraq-and-afghanistan/>
- Volksrepublik China, Bevölkerungsentwicklung, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Volksrepublik_China#Bev.C3.B6lkerungsentwicklung
- Waffenexporte USA Spitzenreiter im Export von Waffen 7.09.2009, 12:24 Uhr | AFP, unter: http://www.t-online.de/nachrichten/ausland/usa/id_19881392/waffenexporte-usa-sind-spitzenreiter-im-export-von-waffen.html
- Währungsreserve, unter: <http://www.lexas.biz/glossar/waehrungsreserve.aspx>

- Der Weg aus der Krise, Materialien der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Berlin 1971
- Wehrkunde – Zeitschrift für alle Wehrfragen von der Gesellschaft für Wehrkunde e.V., April 1966
- Weiner, T. CIA – die ganze Geschichte, Frankfurt a.M. 2009
- Westliche Regierungen finanzierten und steuerten ukrainische Opposition, unter: http://de.wikinews.org/wiki/Westliche_Regierungen_finanzierten_und_steuerten_ukrainische_Opposition
- Wie viele Kriege hat die USA nach Beendigung des 2. Weltkriegs bereits geführt?, unter: <http://www.terra-kurier.de/US-Kriege.htm>
- Williamson, M: Eisenhower and Berlin, unter: <http://weaponsandwarfare.com/?p=2827>
- „Wir müssen Kurs halten“, Der Spiegel 39/1989
- Wirtschaftswachstum der USA ab 1929, unter: <http://pdwb.de/nd23.htm>
- Wisnewski, G.: Mythos 9/11 – Der Wahrheit auf der Spur – Neue Enthüllungen, München 2004
- Wolf, M. In eigenem Auftrag – Bekenntnisse und Einsichten, München 1991
- Vermögensverteilung in Deutschland, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Vermögensverteilung_in_Deutschland
- Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Stand März 2013
- Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei – Tatsachen - Dokumente Presse- und Augenzeugenberichte, APN-Verlag Moskau, o.J.
- Zbigniew Brzezinski's, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Zbigniew_Brzezi%C5%84ski
- Ein zertrümmertes Land, Der Spiegel 18/1999
- Zinge, W.P. Afghanistan – Wirtschaft, unter: <http://www.sai.uniheidelberg.de/abt/intwep/zingel/afgha-wi.htm>
- Zschäpitz, H. Drohender Bankrott – Die Ukraine ist das Griechenland des Ostens, 24.2.2014, unter: <http://www.welt.de/finanzen/article125151664/Die-Ukraine-ist-das-Griechenland-des-Ostens.html>
- Zum Buch ‚Das begrenzte Kontingent‘ von Boris V. Gromov, unter: http://www.thans.de/ralph_site/texte/gromov_kritik.htm
- Авиакатастрофа малайзийского Boeing 777 над Украиной - заказ Тимошенко? (Die Flugzeugkatastrophe der Boeing 777 über der Ukraine – war das ein Auftrag der Timoschenko?) unter: <http://www.pravda.ru/news/expert/18-07-2014/1216802-malinovsky-0/>
- Aзаренко, А. Украинские олиганхи похудели - Состояние большинство украинских олигархов заметно сократилось за год (А. Azarenko: Ukrainische Oligarchen sind schwächer geworden – Der Besitz der Mehrzahl der Oligarchen ist in diesem Jahr spürbar zusammengeschmolzen), unter: <http://www.gazeta.ru/business/2014/06/13/6069205.shtml>
- Андогский, А.И.; Дроздов, Ю.И.; Курилов, В.Н.; Бахтурин, С.Г.: Афган, снова Афган... (A.I. Andogskij, J.I. Drozdow, W.N. Kurilow, S.G. Bachturin: Afghan, immer wieder Afghan...), Москва 2002
- Аналитическая записка № 44/Б (Analytische Notiz Nr. 44/B vom 6.5.1953 von Berija für das ZK der KPdSU, in: Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), Moskau 2003
- Бахтурин, С. Так это было (S. Bachturin: So war das ...) in: А.И.Андогский, Ю.И. Дроздов, В.Н. Курилов, С.Г. Бахтурин: Афган, снова Афган... (A.I. Andogskij, J.I. Drozdow, W.N. Kurilow, S.G. Bachturin: Afghan, immer wieder Afghan...), Moskau 2003
- Белая книга нарушений прав человека и принципа верховности права на Украине (Ноябрь 2013 - Март 2014) (Weißbuch der Verletzung der Men-

- schenrechte und prinzipieller Grundlagen des Rechts in der Ukraine [November 2013-März 2014]), unter: http://www.coe.mid.ru/doc/Belaya_kniga.pdf
- Бжезинский, З.: Стратегический взгляд: Америка и глобальный кризис, АСТ, Астрель, Москва 2013
- Внешний государственный долг Украины, (Staatliche Außenschulden der Ukraine), unter: <http://index.minfin.com.ua/index/debt/gov/>
- Бовин, А. XX. век как жизнь - Воспоминания (A. Bowin: Das XX. Jahrhundert als Leben – Erinnerungen), Москва 2003
- Боинг-777 Малазийских авиалиний рухнул на территории Украины недалеко от посёлка Снеж-ное (Boeing-777 von der Malaysian Airline ist unweit der Siedlung Sneshnoje abgestürzt. Nach: tv ru vom 17, Juli 2014 19,53
 - Валовой внутренний продукт (ВВП) СССР (Bruttoprodukt der UdSSR), unter: http://be5.biz/makro_ekonomika/gdp/gdp_ussr.html
 - Вестник Новороссии 28.7.2014
 - Вестник Новороссии 1.8.2014
 - Внешний государственный долг Украины, (Staatliche Außenschulden der Ukraine), unter: <http://index.minfin.com.ua/index/debt/gov/>
 - Война на Украине » 2014 » Май (Der Krieg in der Ukraine - 2014 – Mai), unter: <http://www.hronika-2012.com/blog/2014-05>
 - Война на Украине » 2014 » Июнь (Der Krieg in der Ukraine – 2014 – Juni), unter: <http://www.hronika-2012.com/blog/2014-06>
- Волокитина, Т.В.; Мурашко, Г.П.; Носкова, А.Ф.; Покиваилова, Т.А.: Москва и восточная европа политических режимов советского типа 1949-1953 Очерки истории (Т.В. Wolokitina, G.P. Muraschko, A.F. Noskowa, T.A. Pokiwailowa: Moskau und Osteuropa - Die Errichtung politischer Regime sowjetischen Typs 1949-1953 Abriss der Geschichte), Moskau 2002
- Воротников, В.И.: А было это так ... Из дневника члена Политбюро ЦК КПСС (W.I. Worotnikow: Das war so ... Aus dem Tagebuch eines Mitgliedes des Politbüros des ZK der KPdSU), Moskau 2003
- Гаврилов, В.А., in: Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (W.A. Gawrilow in: Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), Moskau 2003
- Генри, Э. Гитлер над Европой? Гитлер против СССР' (Ernst Henri: Hitler über Europa? – Hitler gegen die UdSSR), Moskau 2004
- Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), Moskau 2003
- Глазьев, С. «Украинское руководство не читало соглашение с ЕС» (Sergej Glazjew: „Die ukrainische Führung hat die Vereinbarung mit der EU nicht gelesen“), unter: <http://www.bfm.ru/news/241006>
- Гриневский, О.: Перелом от Брежнева к Горбачеву, (O. Grinjewskij: Der Umbruch – von Breshnew zu Gorbatschow), Москва 2005
- Громов, Б.В. Ограниченный контингент (B.W. Gromow: Begrenztes Kontingent), Moskau 1994
- Директива Совета Национальной Безопасности США 20/1 от 18 августа 1948 года из сборника Thomas H. Etzold and John Lewis Gaddis, eds., Containment: Documents on American Policy and Strategy, 1945-1950 NSC 20/1 (pages 173-203), unter: http://www.sakva.ru/Nick/NSC_20_1R.html
 - Из донесений командарма-38 (июль 1968 года) (Aus dem Bericht des Kommandeurs der 38. Armee [Juli 1968]), nach: А. Майоров: Вторжение - Чехословакия 1968 (A. Majorow: Der Einmarsch - Tschechoslowakei 1968), Москва 1998
 - Донецкая Народная Республика (Donezker Volksrepublik), unter: https://ru.wikipedia.org/wiki/Донецкая_Народная_Республика

- Дроздов, Ю.: «Шторм-333» (J. Drozdow: „Sturm-333“), in: А.И.Андогский, Ю.И. Дроздов, В.Н. Курилов, С.Г. Бахтурин: Афган, снова Афган... (A.I. Andogskij, J.I. Drozdow, W.N. Kurilow, S.G. Bachturin: Afghan, immer wieder Afghan...), Москва 2002
- Евромайдан (Euromaidan), unter: <https://ru.wikipedia.org/wiki/Евромайдан>
 - Заявление Комитета министров обороны государств-участников Варшавского Договора «О соотношении численности вооруженных сил и вооружений Организации Варшавского Договора и Североатлантического союза в Европе и прилегающих акваториях», (Erklärung des Komitees der – Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages „Über das Kräfteverhältnis der Streitkräfte und der Bewaffnung der Organisation des Warschauer Vertrages und des Nordatlantiktaktes in Europa und angrenzenden Gewässern“) Правда 30.1.1989
 - завод счётно-аналитических машин имени В.Д. Калмыкова, unter: http://ru.wikipedia.org/wiki/Завод_счётно-аналитических_машин_имени_В._Д._Калмыкова
 - Заявление МИД России по событиям на Украине (Erklärung des Außenministeriums Russlands zu den Ereignissen in der Ukraine) 24.2.2014, unter: http://www.mid.ru/brp_4.nsf/0/B395A03608020C3244257C89004F7443
- Зверев, А.Г. Сталин и деньги (A.G. Zwerjew: Stalin und das Geld), Moskau 2012
- Иванова, А. Украину заставят вступить в войну с Россией (A. Iwanowa: Die Ukraine wird in einen Krieg mit Russland gedrängt), 10.7.2014, unter: <http://www.utro.ru/articles/2014/07/10/1203893.shtm>
- История второй мировой войны 1939-1945, (im weiteren Ивмв), том четвертый - Фашистская агрессия против СССР. Крах стратегии молниеносной войны, (Geschichte des Zweiten Weltkrieges [im weiteren GdZW], Band 4: Die faschistische Aggression gegen die UdSSR. Das Scheitern der Blitzkriegsstrategie), Moskau 1974
 - История второй мировой войны 1939-1945, том девятый – Освобождение территории СССР и европейских стран. война на тихом океане и в азии, (Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Band 9: Die Befreiung des Territoriums der UdSSR und der europäischen Länder, der Krieg im Stillen Ozean und in Asien), Moskau 1978
- Кара Мурза, С.Г.: Советская цивилизация - от великой победы до наших дней (S.G. Kara-Murza: Die sowjetische Zivilisation vom großen Sieg bis zu unseren Tagen), Moskau 2001
- Киев (компьютер) [http://ru.m.wikipedia.org/wiki/Киев_\(компьютер\)](http://ru.m.wikipedia.org/wiki/Киев_(компьютер))
- Князев, А. Государственный переворот 24 марта 2005 г. в Киргизии (A. Knjasew: Der Staatsstreich vom 24. März 2005 in Kirgisien), Бишкек 2007, unter: http://www.knyazev.org/books/Gov_over_3.pdf
- Коллективное письмо сотрудников СКБ «АСУ Союзпищепром» (Kollektiver Brief der Mitarbeiter des SKB ‚ASU Unionslebensmittelindustrie‘ aus Kishinjew), in: Известия ЦК КПСС 10-1989
- Крассильников, Р.: Новые крестоносцы ЦРУ и перестройка, (R. Krassilnikow: Die neuen Kreuzritter – Der CIA und die Perestroika), Москва 2003
- Крушение "Боинга-777": ищи кому выгодно (Der Absturz der ‚Boeing-777‘: Suche, wem das nützt), unter: <http://www.pravda.ru/society/18-07-2014/1216824-boing-0/>
- Кузьмин, И.Н.: Крушение ГДР – История – Последствия, (I.N. Kuzmin: Der Zusammenbruch der DDR – Geschichte – Folgen), Moskau 1996
- Луганская Народная Республика (Lugansker Volksrepublik), unter: https://ru.wikipedia.org/wiki/Луганская_Народная_Республика
 - Лучше, чтобы дело снайперов так и не раскрыли до конца, как и дело Гонгадзе – эксперт, (Es ist Besser, wenn die Sache der Scharfschützen – so wie das Verfahren Gongadze - nicht bis zum Ende aufgeklärt wird) 18.03.

- 2014, unter: <http://from-ua.com/news/303753-luchshe-chtobi-delo-snaiperov-tak-i-ne-raskrili-do-konca-kak-i-delo-gongadze-ekspert.html>
- Ляховский, А.А. in: Ю. Дроздов «Шторм-333» (Ljachowski in: J. Drozdow: „Sturm-333“), in: А.И. Андогский, Ю.И. Дроздов, В.Н. Курилов, С.Г. Бахтурин: Афган, снова Афган... (А.И. Andogskij, J.I. Drozdow, W.N. Kurilow, S.G. Bachturin: Afghan, immer wieder Afghan...), Moskau 2003
- Майдан полностью контролирует Киев – Парубий (Der Maidan kontrolliert ganz Kiew) 22.02.2014, unter: <http://kiev.unian.net/888141-maydan-polnostyu-kontroliruet-kiev-parubiy.html>
- Майоров, А. Вторжение - Чехословакия 1968 (A. Majorow: Der Einmarsch – Tschechoslowakei 1968), Москва 1998
- Максимычев, И.Ф. in: Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (I.F. Maksimytsch in: Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), Moskau 2003
- Малиновский, Б.Н.: Виртуальный компьютерный музей Исповедь. Последний подвиг ученого (часть 1) (B.N. Malinowski: Das virtuelle Computermuseum – eine Beichte. Die letzte Heldentat [Teil 1]), unter: http://www.computer-museum.ru/books/vt_face/4_glushkov_3.htm
- Б.Н.Малиновский - Глушков (2) - Lib.Ru, unter: <http://lib.ru/MEMUARY/MALINOWSKIJ/5.htm>
- Медведев, В.: Человек за спиной, (W. Medwedjew: Der Mann im Hintergrund), Moskau 1994
- Медведев, Р.: Юрий Андропов: неизвестное об известном (R. Medwedjew: Jurij Andropow: Unbekanntes über einen Bekannten), Moskau 2004
- Мирзаян, Г. Блицкриг Петра Порошенко (G. Mirzajan: Der Blitzkrieg des Petro Poroschenko), «Expert Online» 04 июл 2014, unter: <http://expert.ru/2014/07/4/slovo-za-moskvoj/>
- Млечин, Л. Особая папка: Знаменитые самоубийцы, (L. Mletschin: Die besondere Akte: Berühmte Selbstmörder), Москва 2005
- Москва оценивает происходящее на Украине как попытку госпереворота и использует все свое влияние, чтобы там воцарились мир и спокойствие (Moskau wertet die Vorgänge in der Ukraine als Versuch zu einem Staatsstreich und nutzt seinen Einfluss, um Frieden und Ruhe zu sichern), unter: <http://v102.ru/politics/43443.html>
 - Назад, в каменный век (Zurück in die Steinzeit), unter: <http://mikle1.livejournal.com/2114182.html>
 - Население СССР (Bevölkerung der UdSSR), unter: https://ru.wikipedia.org/wiki/Население_СССР
 - Население Украины (Bevölkerung der Ukraine), unter: https://ru.wikipedia.org/wiki/Население_Украины
- Ненароков, А.П.: 1917 краткая история, документы, фотографии (A.P. Nenarokow: 1917 kurze Geschichte, Dokumente, Fotografien), Moskau 1987
- Нужно проводить расследование и изучать фактические данные (Man muss eine Untersuchung durchführen und die Fakten untersuchen), unter: <http://www.kazkhabar.com/?page=article&id=953>
- Панарин, И.: Технология информационной войны (I. Panarin: Technologie des Informationskrieges), Moskau 2003
- В политбюро ЦК КПСС, (Im Politbüro des ZK der KPdSU), Известия 30.3.1985
 - В политбюро ЦК КПСС, по записям Анатолия Черняева, Вадима Медведева, Георги Цахназарова (1985-1991), (Im Politbüro des ZK der KPdSU, nach Aufzeichnungen Anatoli Tschernjajewas, Wadim Medwedjews, Georgi Schachnazarows [1985-1991]), Moskau 2006

- Порошенко: крушение "Боинга-777" - это теракт (Poroschenko: Der Absturz der ‚Boeing-777‘ war ein Terrorakt), 17 июля 2014, 20:46 — Украина, unter: http://www.dialog.ua/news/9668_1405619160
 - Президентские выборы на Украине (1991) (1994) (1999) (2004) (Präsidentenwahlen in der Ukraine [1991][1994][1999][2004], unter: https://ru.wikipedia.org/wiki/Выборы_Президента_Украины
 - Президентские выборы на Украине (2004) (Präsidentenwahlen in der Ukraine [2004]), unter: [https://ru.wikipedia.org/wiki/Президентские_выборы_на_Украине_\(2004\)](https://ru.wikipedia.org/wiki/Президентские_выборы_на_Украине_(2004))
 - Президентские выборы 2010 года на Украине (Präsidentenwahlen in der Ukraine 2010), unter: [https://ru.wikipedia.org/wiki/Президентские_выборы_на_Украине_\(2010\)](https://ru.wikipedia.org/wiki/Президентские_выборы_на_Украине_(2010))
 - Премьер-министр ДНР: Донецк готов вести гуманитарные переговоры с Киевом (Minister-präsident der DVR: Donezk ist bereit, in Kiew humanitäre Gespräche zu führen) nach tv ru vom 18 Juni 2014 00:49
 - Причины катастрофы Boeing 777: версия разведслужб США – WSJ (Ursachen der Katastrophe der Boeing 777: Versionen der Aufklärungsdienste der USA – WSJ), unter: http://news.liga.net/foreign/politics/2576600-prichiny_katastrofy_boeing_777_versiya_razvedsluzhb_ssha_wsj.htm?
 - Путин озвучил план по стабилизации ситуации на юго-востоке Украины - 03.09.2014 - РИА Новости (Putin hat seinen Plan zur Stabilisierung der Lage im Südosten der Ukraine vorgelegt), unter: <http://ria.ru/world/20140903/1022608618.html#ixzz3Debw9hm7>
 - Рада отстранила Януковича и назначила выборы Президента на 25 мая 2014 г (Die Rada hat Janukowitsch abgelöst und die Wahl des Präsidenten für den 25. Mai 2014 angesetzt), unter: <http://www.rbc.ua/rus/news/politics/rada-otstranila-yanukovicha-i-naznachila-vybory-prezidenta-22022014171100>
- Рогоза, С.Л.; Ачкасов, Н.Б.: Засекреченные войны 1950-2000 гг., (S.L. Rogosa, N.B. Atschkasow: Geheimgehaltene Kriege der Jahre 1950-2000), Moskau – S. Petersburg 2005
- Россия и СССР в войнах XX века – Потери вооруженных сил – Статистическое исследование (Russland und die UdSSR in den Kriegen des XX. Jahrhunderts, Verluste der Streitkräfte, Statistische Untersuchung), Moskau 2001
- Рыбас, С. и. Е.: Сталин судьба и стратегия – том 1, (S. u. E. Rybas: Stalin- Schicksal und Strategie, Band 1, Moskau 2007
- Рыбас, С. и. Е.: Сталин - судьба и стратегия 2 (S. u. E. Rybas: Stalin – Schicksal und Strategie, Band 2) Moskau 2007
- Рыжков, Н. Перестройка: История предательств (N. Ryshkow: Die Perestroika – Geschichte eines Verrates), Москва 1992
- Савостьянов. С.: В Харькове пообещали навести порядок на Украине (S. Sawostjanow: In Charkow wurde zugesichert, dass die Ordnung in der Ukraine wiederhergestellt werden wird), 22.02.2014, 15:10, unter: <http://www.rg.ru/2014/02/22/harkov.html>
- Семенюченко уверен, что ассоциация с ЕС привела бы ныне благоденствующую Украину к массовым беспорядкам, (Semenoschenko ist überzeugt, dass die Assoziation mit der EU die derzeit stabilen und prosperierenden Ukraine zu Massenunruhen führen würde) 12.2.2014, unter: <http://rus.4post.com.ua/politics/199354.html>
 - Сетунь (компьютер) [http://ru.wikipedia.org/wiki/Сетунь_\(компьютер\)](http://ru.wikipedia.org/wiki/Сетунь_(компьютер))
- Сироткин, В. Кто обворовал Россию?, Москва 2003
- Снайперы стреляли по приказу США (Scharfschützen schossen auf Befehl aus den USA), unter: <http://www.politonline.ru/ventilyator/15612.html>
 - Соглашение об ассоциации Украины с Европейским союзом (Vereinbarung über die Assoziation der Ukraine in die Europäische Union), unter: <https://ru.>

- wikipedia.org/wiki/Соглашение_об_ассоциации_Украины_и_Европейского_союза
- Соколов, В.В.: Германия, июнь 1953 года: Уроки прошлого для будущего (W.W. Sokolow in: Deutschland Juni 1953: Lehren der Vergangenheit für die Zukunft), Moskau 2003
- Сосновский, В.; Орлов, А.: Советская вычислительная техника. История взлёта и забвения. Предательство (Die sowjetische Rechentechnik. Geschichte des Aufstieges und des Vergessens – der Verrat, unter: http://vk.com/page-14347281_44216084)
- Стивен, С. Операция ‚Раскол‘, (S. Steven: Operation Splinter), Moskau 2002
- Судоплатов, А.: Тайная жизнь генерала Судоплатова – правда и вымыслы о моем отце, Книга 2 (A. Sudoplatow: Das geheime Leben des Generals Sudoplatow – Wahrheit und Dichtung über meinen Vater), Moskau 1998
- Судоплатов, П.: Спецоперации лубянка и кремль 1930-1950 годы, (P. Sudoplatow: Spezoperationen – Lubjanka und Kreml 1930-1950), Moskau 2003
- Текст Соглашения об урегулировании политического кризиса на Украине (Text der Vereinbarung über die Regulierung der politischen Krise in der Ukraine), unter: <http://www.warandpeace.ru/ru/exclusive/view/87999/>
 - Трагедия над Украиной: ошибка или намерение? (Die Tragödie über der Ukraine: Fehler oder Absicht?), unter: 18.07.2014 <http://www.pravda.ru/accidents/factor/catastrof/18-07-2014/1216810-ukraine-0/>
 - Уголовное преследование Юлии Тимошенко (2011-2014) (Strafverfolgung der Julia Timoschenko [2011-2014]), unter: [https://ru.wikipedia.org/wiki/Уголовное_преследование_Юлии_Тимошенко_\(2011—2014\)](https://ru.wikipedia.org/wiki/Уголовное_преследование_Юлии_Тимошенко_(2011—2014))
 - Урал (компьютер), nach: http://fakty-o.ru/урал_%28компьютер%29
- Уткин, А. Мировая холодная война, (A. Utkin: Der kalte Weltkrieg), Moskau 2005
- Хасбулатов, Р.: Взорванная жизнь, Кремль и российско чеченская война, (R. Chasbulatow: Das zerrissene Leben – Der Kreml und der russisch-tschetschenische Krieg) Москва 2002
- Хронология крымского кризиса (Chronologie der Krimkrise) 18. März 2014 ИТАР-ТАСС, unter: <http://www.c-inform.info/dossier/id/28>
- Черняев, А.: Был ли у России шанс? Он последний (A. Tschernjajew: Hatte Russland eine Chance? – Das war die letzte), Moskau 2003
- Что ждет Украину в ходе контртеррористической операции? (Was hat die Ukraine im Verlauf der konterterroristischen Aktion zu erwarten) 19.02.2014, unter: <http://www.pskherson.com.ua/politika-vlast/chto-zhdet-ukrainu-v-khodie-kontrterroristicheskoy-operatsii-30816.html>
- Чуев, Ф. Молотов - полудержавный властелин (F. Tschujew: Molotow - Herrscher im Schatten der Macht), Moskau 2002
- Швейцер, П. Победа (P. Schweizer: Der Sieg), Минск 1995
- Широнин, В. Под колпаком контрразведки тайная подоплека перестройки - тайная подоплека перестройки, (W. Schironin: unter dem Deckel der Spionageabwehr – der geheime Hintergrund der Perestroika), Moskau 1996
- Эксперт: при обстреле из ПЗРК гражданский лайнер обречен (Experte: Beim Beschuss aus einem Raketenkomplex war das Schicksal dieses Zivilflugzeugs besiegelt), nach tv ru vom 18 Juni 2014 01:29
- Яковлев, А.Н.: Главное практические дела и результаты in: А.Н. Яковлев: Реализм земля пере-стройки Избранные выступления и статьи (A.N. Jakowlew: Das wichtigste sind praktische Resultate, in: A.N. Jakowlew: Realismus – Erde Perestroika, ausgewählte Reden und Artikel), Moskau 1990
- Яковлев, А. Сумерки (A. Jakowlew: Dämmerung), Москва 2005
- Янукович отказывается подписывать принятые Радой законы (Janukowitsch weigert sich, die von der Rada getroffene Entscheidung zu unterzeichnen), 22 февраля 2014, unter: <http://podrobnosti.ua/power/2014/02/22/960558.html>

